Digitized by Google

Eur.
775

Hornschuch

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Staats-Umwälzungen der Jahre 1847 und 1848,

dargestellt

von

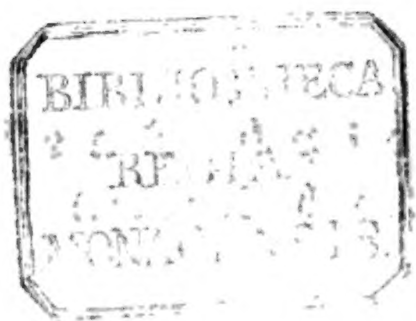
Adolph Carl.
(Adolph Streckfuß.)

Dritter Band.

Berlin, 1849.
Verlag von Albert Sacco, Georgenstraße Nr. 25.

Druck von C. Lindow in Berlin, Neue Schönhauser Straße Nr. 12.

Digitized by Google



Digitized by Google

Dritte Abtheilung.

Geschichte von Oesterreich und Ungarn.

Erstes Kapitel.

1.

Auch in Oesterreich, dem deutschen Kaiserstaat, sollte die französische Februar-Revolution einen gewaltigen Umschwung hervorbringen, um so gewaltiger, je tiefer bisher Oesterreich in politischer Beziehung allen anderen deutschen Staaten gegenüber gestanden hatte.

In keinem Staate des deutschen Vaterlandes war das System des Absolutismus auf eine so gehässige Weise ausgebildet worden, als in Oesterreich. In keinem Staate trat die Unerträglichkeit der Bevormundung des Volkes durch eine verdorbene Büreaukratie so grell hervor, als in Oesterreich.

Ein Mann stand an der Spitze des Staates, der sich vermöge der gänzlichen Unfähigkeit eines verstandesschwachen Kaisers die alleinige Leitung aller Staats-Angelegenheiten zu verschaffen gewußt hatte. Der Fürst Metternich, der unbeschränkte Herrscher Oesterreichs, er war es, der den Fluch

Digitized by Google

der Nation durch seine Staatsweisheit auf sich geladen hat, durch jene Staatsweisheit, welche systematisch die Unterdrükkung der unter der österreichischen Kaiserkrone vereinigten Völker zu bewerkstelligen wußte.

Fürst Metternich war in Oesterreich furchtbar verhaßt, und er verdiente diesen Haß in vollstem Maaße. Es ist schwer, den Charakter des Fürsten Metternich zu schildern, ohne in den Verdacht der Uebertreibung aus Parteihaß zu kommen. Denn nur wenige Menschen giebt es, welche so, wie der Fürst, alle Laster, alle Charakterfehler in sich vereinigen.

Neben einer grenzenlosen Sinnlichkeit ein ungebändigter Stolz! — Neben einem dünkelhaften Hochmuth eine feile Bestechlichkeit! — Fürst Metternich gebrauchte, um sein schwelgerisch-üppiges Leben durchführen zu können, gewaltige Summen Geldes, und er mißbrauchte seine einflußreiche Stellung, um sich diese zu verschaffen. Er machte Schulden, aber er bezahlte sie nicht; denn welcher Banquier hätte gewagt, den Allgewaltigen zu mahnen! — Für seine zahlreichen in Oesterreich und außerhalb des Kaiserstaates liegenden Güter fiel es ihm nie ein, Steuern zu zahlen! Welche Behörden des In- und Auslandes konnten ihn dazu zwingen?

Aber auch das war ihm nicht genug; er überließ sich auch der feilsten Bestechung. An Rußland verkaufte er die Einwilligung, die Donaumündungen zu besetzen, für baares Geld, und von den Lieferungen, welche für die Armen und für den Staat überhaupt zu machen waren, floß immer ein großer Theil in seine Tasche, ohne diese füllen zu können; denn trotz dieser ungeheuren Einnahmequellen blieben doch seine Finanzverhältnisse stets in der äußersten Zerrüttung.

Digitized by Google

So bestechlich Fürst Metternich war, so gewissenlos war er andererseits in der Politik, jedes Mittel zum Zweck war ihm recht, so niedrig, so schlecht es auch sein mochte, und der Zweck, welchen Metternich verfolgte, war immer und ewig die Unterdrückung des Volkes, der Schutz des krassesten Absolutismus. Er war der Träger dieses verderblichen Systems, an ihn klammerten sich die kleinen süddeutschen Fürsten an, und selbst auf Preußen war seine Politik vom tiefsten Einfluß.

Metternich wollte aber auch der Einzige sein, der in Oesterreich herrschte. Er verdächtigte deshalb die kaiserliche Familie und wußte die Erzherzöge vom Hofe und aus allen besonders einflußreichen Stellen zu entfernen, um nicht von ihnen behindert zu werden. Er unterdrückte den in Oesterreich und besonders in Ungarn und Böhmen einflußreichen und freisinnigen Adel, während er ihn andererseits nach Wien zog, um ihn durch die Hofluft zu demoralisiren und durch das kostspielige Leben seine Finanzen zu zerrütten, um ihm einen großen Theil seiner Macht zu nehmen.

Welche Mittel Fürst Metternich zu diesem Zwecke aufwendete, davon hat der an gräßlichen Mordthaten so reiche Bauernaufstand in Galizien, den Metternich möglichst unterstützte, einen glänzenden Aufschluß gegeben.

Daß die Person eines Mannes, der schon seit einer so langen Reihe von Jahren Oesterreich nach diesem System beherrschte, im ganzen Lande furchtbar verhaßt sein mußte, versteht sich wohl von selbst. Auf Metternich lastete der Fluch, der Haß aller unter der österreichischen Kaiserkrone vereinten Nationen; aber gerade der Haß, welcher diesen Mann traf, bewirkte, daß die kaiserliche Familie, trotz des

Unterdrückungs-Systems der Regierung, beim Volke nicht unbeliebt war.

Den Kaiser Ferdinand selbst konnte der Haß des Volkes nicht treffen, er war, in seiner an Blödsinn grenzenden Verstandesschwäche, nur zu bemitleiden, und die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie hatten selbst zu viel von Metternich zu leiden, mußten sich selbst unter dem eisernen Scepter des Fürsten beugen. Das Volk sah in ihnen seine Leidensgefährten und concentrirte allen seinen Haß auf den eigentlichen Träger des Systems, auf Metternich. Es kam hierzu, daß schon seit alten Zeiten die kaiserliche Familie sich nicht streng vom Volke abgeschlossen gehalten hatte, sondern mit einer freundlichen Leutseligkeit, einer gewissen Wiener Gutmüthigkeit mit demselben zusammenkam.

So fiel denn aller Haß gegen das Regierungs-System lediglich auf die Schultern des Fürsten Metternich, und es gehörte die gutmüthige Duldsamkeit des österreichischen Volkes dazu, daß dieser Mann mit seinen Kreaturen so lange die Zügel der Regierung in den Händen halten konnte. Die Zustände in Oesterreich waren nach und nach vollkommen unerträglich geworden. Eine bestechliche, feile Beamtenwelt beherrschte den Staat. Für Geld war Alles feil, die Staats-Beamten betrachteten ihre Stellen nur als die Mittel, das Volk auszusaugen und zu unterdrücken.

Um ein solches System haltbar zu machen, kam natürlich Alles darauf an, das Volk einerseits nie zur Ueberlegung kommen zu lassen und es andererseits von jedem Versuche einer Widersetzlichkeit abzuschrecken.

Zu diesem Zweck wurde in Oesterreich eine geheime Polizei gehalten, wie kaum in einem anderen Staate. Jedes

Digitized by Google

frei gesprochene Wort wurde behorcht, angezeigt und streng bestraft; selbst in Familienkreisen mußte man sich mit jeder freisinnigen Aeußerung außerordentlich in Acht nehmen, denn die Regierung verschmähte es nicht, selbst Dienstboten als geheime Spione zu erkaufen.

Die Presse war in einem jammervollen Zustande, die Censur so strenge, wie in keinem anderen Staate Deutschlands; das Volk durfte natürlicher Weise nicht aufgeklärt werden über seine Regierung.

Vor allen Dingen kam es dem Fürsten Metternich darauf an, dem Volke den letzten Rest von Freiheit, den es sich bewahrt hatte, zu entreißen. Die in Oesterreich, Ungarn und Böhmen noch bestehenden ständischen Vertretungen waren ihm daher ein Dorn im Auge. Er that Alles, um die Rechte derselben zu schmälern und ihre Wirksamkeit zu unterdrücken. Den Ständen, wenn sie auch weit von constitutionellen Rechten entfernt waren, stand doch immer noch eine wichtige Befugniß zu, nämlich die Bewilligung der Steuern; aber auch diese suchte ihr Metternich zu entreißen.

So hatte im Jahre 1847 z. B. der böhmische Landtag eine Steuer-Erhöhung von 50,000 Gulden zur Deckung von Kriminalgerichtskosten abgeschlagen, wenn ihm nicht eine Einsicht in die Verwendung dieser Summe gestattet würde.

Die Regierung kehrte sich an diese Verweigerung nicht; sie forderte erst noch einmal die unweigerliche Bewilligung und ließ dabei durch den Landtags-Direktor den Ständen drohen, daß sich die väterliche Warnung in eine Ungnade des Herrn verwandeln würde, wenn die Stände auf ihrer Weigerung beharrten.

Aber die Stände gaben nicht nach; Metternich hingegen

machte kurzen Prozeß, er ließ die 50,000 Gulden erheben, ohne sich um die Stände zu kümmern. Er gab der ständischen Steuerkanzlei gemessenen Befehl, die Summe im Namen der Stände auszuschreiben, und diese wagte nicht zu widerstreben. Außerdem schloß er die Stimmführer der Opposition, den Fürsten Auersperg, die Grafen Thun, Deym, Nostitz und Lazansky ohne Weiteres von den ferneren Berathungen aus.

Ein solches Verfahren mußte die Stände auf das Aeußerste reizen. Sie fühlten sich nicht nur in ihren Rechten verletzt, sondern auch in ihrem Stolz gekränkt, und wurden dadurch zu den heftigsten Gegnern der bestehenden Regierung gemacht, so sehr sie auch sonst in ihrer Stellung, als die Vertreter des privilegirten Adels, sich zur conservativen Partei neigen mußten.

Durch diese und ähnliche Rechtsverletzungen hatte Fürst Metternich es so weit gebracht, daß die Stände, so wenig sie auch eigentlich aus dem Volke hervorgegangen waren, sich doch in einer fortwährenden Opposition der Regierung gegenüber befanden, daß der alte Liberalismus auch in Oesterreich immer festere Wurzeln faßte. Die Forderungen um eine Erweiterung der Preßfreiheit und ähnliche Wünsche wurden immer lauter, aber stets von der Regierung mit Hohn zurückgewiesen. Ja, Metternich ging soweit, daß er dem Fürsten Lamberg, welcher den Antrag gemacht hatte, die Regierung möge die Bücher über zwanzig Bogen, wie in Preußen, censurfrei erscheinen lassen, wegen Mißbrauch des Vertrauens und Entwickelung unstatthafter Ansichten eine verdiente Rüge zukommen ließ.

Es konnte nicht fehlen, daß unter solchen Umständen die französische Februar-Revolution, wie in ganz Deutschland,

auch in dem österreichischen Kaiserstaate den lebhaftesten Wiederhall finden mußte.

Alle Klassen der Bevölkerung standen ja der Regierung feindlich gegenüber. Das eigentliche Volk war vollkommen rechtslos, besonders der Bauer, den Robotten und Frohnden auf das Furchtbarste drückten; aber auch der Adel war, trotz seiner Privilegien, der Regierung feindlich gesinnt, weil diese ihn fortwährend zu unterdrücken, zu erniedrigen suchte, weil diese gegen seine ständischen Rechte auftrat.

Sobald daher die Kunde von der Februar-Revolution nach Oesterreich kam, wurde es plötzlich im ganzen Kaiserstaate überall lebendig.

In Prag traten am 2. März zwanzig Mitglieder der Stände-Versammlung zusammen und verlangten in Anbetracht der dringenden Zeit-Ereignisse die schleunige Berufung der Stände.

Mit jedem folgenden Tage wuchs die Gährung und wurde immer allgemeiner in allen Klassen des Volkes.

Am 11. März war im Wenzelsbad eine Volks-Versammlung angesagt, behufs des Entwurfs einer Petition an die Regierung. Mit ungeheurer Spannung erwartete man dieselbe. Das Militair war in den Kasernen consignirt, der Mann hatte zwölf Stück scharfe Patronen bekommen. Man glaubte einen Conflict mit Sicherheit erwarten zu können; aber er kam nicht, denn die Behörden fühlten sich der allgemeinen Aufregung gegenüber zu schwach und ließen daher die Versammlung ungestört.

Eine ungeheure Versammlung hatte sich im Wenzelsbad im Saale eingefunden, alle Stände waren vertreten, besonders zahlreich aber der Bürgerstand. Der ganze Saal

war dicht angefüllt, die zahlreichen Zuhörer standen Kopf an Kopf.

Nach 6 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und ein Bürger las eine Petition an die Regierung vor, welche von der Versammlung mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde.

Die Petition berührte nach einer kurzen Einleitung folgende Punkte:

1) Gleichheit der Nationalitäten (böhmisch und deutsch) in Schule, vor Gericht und bei den Behörden. Alle Beamten müssen der beiden Landessprachen mächtig sein.

2) Garantie für die Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch eine ständische Repräsentation, und deren Versammlung abwechselnd in Prag und Brünn.

3) Ausdehnung der Landes-Repräsentation auch auf die Städte und Landbezirke.

4) Freie Communal-Verfassung, insbesondere selbstständige Verwaltung des Gemeinde-Vermögens. Freie Wahl der städtischen Beamten und Magistrate.

5) Gleichheit aller Confessionen.

6) Unabhängigkeit der Bezirksgerichte.

7) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichts-Verfahrens.

8) Vollkommene Preßfreiheit mit bloßer Beschränkung durch ein Repressivgesetz.

9) Eigene verantwortliche Central-Hofstellen.

10) Volks-Bewaffnung.

11) Aufhebung der Feudal-Lasten, Ablösung der Robot, Aufhebung der privilegirten Gerichte.

12) Aufhebung der Verzehrungs-Steuern, Verbesserung des Tax- und Stempel-Gesetzes.

13) Allgemeine Militairpflichtigkeit, Rekrutirung durch Losung, vierjährige Kapitulation.

14) Sicherung der persönlichen Freiheit; Niemand solle seiner Freiheit beraubt werden können, ohne vorhergegangenen Ausspruch des Gerichts.

15) Associations- und Petitionsrecht.

Jeder dieser Punkte wurde einzeln abgestimmt, jeder von der Versammlung mit einem ungetheilten, stürmischen Beifall aufgenommen. Besonders erregten die Punkte 1, 7 und 8 einen stürmischen Enthusiasmus; ein deutsches Reich als die Gleichberechtigung des Böhmen und Deutschen ausgesprochen wurde, in böhmischer Sprache, leicht kenntlich am Accent: „Cech a Nemes je jedno telo!" (Der Böhme und der Deutsche sind ein Leib!) Ein stürmischer Beifall folgte diesen Worten, die leider in späterer Zeit verwirklicht werden sollten.

Ueberblicken wir die Punkte der Petition, so finden wir auch hier dieselben Forderungen wieder, welche wir bereits in Preußen entworfen und welche sich bei den Bitten der Völker an ihre Fürsten in ganz Deutschland wiederholten. Es sind die stürmischen Forderungen der Zeit, denen die Fürsten Rede stehen mußten, die sie aber später mehr oder weniger durch die Gewalt der Bajonette zu unterdrücken gewußt haben. Zu ihrem Unglück, denn die Zeit ist nicht fern, wo abermals die Völker ihre gerechten Forderungen ins Leben rufen werden; die Völker werden dann nicht vergessen, welche Lehren ihnen die Fürsten in den Sommermonaten des Jahres 1848 gegeben haben, sie werden nicht vergessen, daß in der Zeit einer Revolution die größte Thorheit eines Volkes ist, wenn es dem einfachen Versprechen eines Fürsten glaubt.

Nach der Annahme der Petition erwählte die Versammlung eine Commission, welche die Aufgabe bekam, die Adresse an den Kaiser zu formuliren. Die Zusammensetzung dieser Commission ist charakteristisch für den Geist der Einigkeit, welche damals noch unter den verschiedenen Ständen herrschte, eine Einigkeit, welche allein die großartigen Freiheitsbewegungen des Jahres 1848 veranlaßt hat, welche aber leider sich später zertrümmert und dadurch den Regierungen wieder die Macht zur Contre-Revolution in die Hände gab. Die Commission bestand außer einer Anzahl von Prager Bürgern aus den Grafen Albert Deym, Graf Franz Thun, Graf Bouquoi dem Aelteren, dem Schriftsteller Palacky, den Doctoren juris Trojan, Strobach, Brauner, Gabriel, dem Dr. phil. Gabler und dem jüdischen Banquier Lämmer. Als der Letztere gewählt werden sollte, zeigte sich einiger Widerspruch in der Versammlung, denn noch immer bestand unter der Prager Bürgerschaft ein gewisses Vorurtheil gegen die Juden; aber es bedurfte nur einer Hinweisung auf den fünften Punkt der Adresse, der Gleichberechtigung aller Confessionen, um die Wahl des Juden unter allgemeinem Beifall zu bewirken.

So wurde denn die Adresse ins Werk gesetzt.

2.

Wie in Böhmen rief auch in Ungarn die Februar-Revolution eine mächtige Bewegung hervor.

Das Königreich Ungarn war dasjenige Land des österreichischen Kaiserstaates, in welchem das Metternich'sche Unterdrückungssystem am wenigsten Wurzeln zu fassen vermochte.

Die Ungarn hatten sich eine große Selbstständigkeit von frühen Zeiten her bewahrt.

Allerdings war auch in Ungarn das eigentliche Volk vollkommen rechtlos. Die Bauern waren gedrückt durch lästige Frohnden und Robottdienste und der Bürgerstand hatte keinen Antheil an der Gesetzgebung und Verwaltung, welcher lediglich dem Adel vorbehalten war; aber dieser Adel zeichnete sich durch Freisinnigkeit und einen kräftigen Widerstand gegen das Metternich'sche Unterdrückungssystem aus.

Der ungarische Adel war längst zu dem Bewußtsein gekommen, daß dem Volke größere Freiheiten bewilligt werden müßten, wenn anders dasselbe, fest mit dem Adel vereint, der österreichischen Unterdrückungssucht gegenüber stehen sollte.

Es war deshalb schon längst auf den Reichstagen, wie wohl vergeblich, auf Preß- und Redefreiheit gedrungen worden, und sogar die Aufhebung der Frohnden und Robotte, der Steuerfreiheit des Adels u. s. w. war von den adligen Mitgliedern angenommen worden; besonders hatte sich der am 12. November 1847 beginnende Reichstag durch freisinnige Beschlüsse ausgezeichnet.

Unter allen Deputirten leuchtete als Stern erster Größe Ludwig Kossuth hervor. Er gewann bald einen bedeutenden Einfluß, dem später Ungarn seine Befreiung vom österreichischen Joch verdanken sollte.

Am 3. März brachte eine Deputation einen Antrag bei dem Reichstage ein: die Regierung möge um beruhigende Auskunft über die Bankverhältnisse gebeten werden.

Ludwig Kossuth benutzte diese Gelegenheit, um in einer glänzenden Rede die Nothwendigkeit von Reform in den

ungarischen Staats-Verhältnissen vorzuschlagen, und er schloß damit, die folgende Adresse an den Kaiser zu beantragen.

Diese Adresse, welche die Grundlage zu allen von den Ungarn gemachten Forderungen an die österreichische Regierung bildet, ist ein Aktenstück von unermeßlicher, historischer Wichtigkeit. Wir geben sie daher dem gütigen Leser unverkürzt; sie lautet folgendermaßen:

„Ew. Majestät!

Die in der neuesten Zeit entwickelten Vorfälle machen es zur unverschieblichen Pflicht, unsere Aufmerksamkeit dahin zu richten, wo es unsere Treue gegen das Herrscherhaus Ew. Majestät, unsere gesetzlichen Verhältnisse mit der Gesammt-Monarchie und unsere Pflicht gegen das Vaterland erfordern. Auf unsere Geschichte zurückblickend, steht die Erinnerung dessen vor uns, daß wir seit drei Jahrhunderten unser constitutionelles Leben, den Aufforderungen der Zeit entsprechend, nicht nur nicht entwickeln konnten, sondern hauptsächlich auf die Aufrechthaltung desselben alle unsere Sorgen verwenden mußten. Die Ursache dessen war, daß Ew. Maj. Staats-Regierung keine verfassungsmäßige Richtung verfolgte, und demnach mit der Selbstständigkeit unserer Regierung sowohl, als auch mit dem constitutionellen Leben nicht im Einklange stehen konnte. Bis nun hat diese Richtung nur die Entwickelung unserer Verfassungsmäßigkeit gehindert, doch sehen wir es jetzt, daß, wenn dieses auch ferner geschieht und die Staats-Regierung mit der Verfassungsmäßigkeit nicht in Einklang gebracht wird, der Thron Ew. Majestät, wie auch die in Folge der pragmatischen Sanction mit süßen Banden an uns gekettete Monarchie, in unabsehbare Folgen verwickelt

werden, unser Vaterland aber einen unaussprechlichen Schaden erleiden könnte. Ew. Majestät haben uns, um Reformen zu gründen, zusammenberufen; wir sahen hierdurch unsere alten Wünsche erfüllt und haben mit inniger Bereitwilligkeit die Arbeiten begonnen. Wir haben beschlossen, daß wir auf Grundlage der allgemeinen Besteuerung uns an jenen öffentlichen Lasten des Volks, mit denen bisher die öffentliche Comitats-Verwaltung allein bestritten wurde, betheiligen und für die Deckung der neuen Reichsbedürfnisse ebenfalls auf gleiche Weise bedacht sein werden. Wir haben beschlossen, daß wir die Losmachung aus den Urbarialverhältnissen, mit Entschädigung verbunden, veranstalten, und hierdurch die Interessen des Volkes mit dem Adel ausgleichend, durch Vermehrung der Wohlfahrt unseres Vaterlandes den Thron Ew. Majestät befestigen wollen. Die Erleichterung der Militair-Einquartierungs- und Verpflegungslasten gehört unter die größere unserer Sorgen. Die politische und administrative Coordination der königlichen Städte und freien Bezirke halten wir für unterschiedliche Gegenstände, und glauben, die Zeit sei bereits herangekommen, um das Volk an den politischen Rechten ebenfalls zu betheiligen. Daß zum Aufblühen unserer Industrie, des Handels und des Feldbaues erfolgreiche Schritte geschehen werden, erwartet das Vaterland mit Recht. Aber auch unser constitutionelles Leben erfordert die Entwickelung in einer wahrhaften Repräsentativrichtung — unsere geistigen Interessen verlangen eine auf Freiheit gegründete Unterstützung. Unser Vertheidigungs-System erfordert eine dem National-Charakter nnd dem Gesammtinteresse der verschiedenen Klassen unserer Landesbewohner entsprechende radikale Umgestaltung;

dieses aber macht, sowohl in Ansehung des königlichen Thrones Ew. Majestät, als auch der Sicherheit unseres Vaterlandes, unverzügliche Anstalten nothwendig. Die Rechnungsnahme und verantwortliche Manipulation der ungarischen Staats-Einkünfte und Bedürfnisse können wir nicht länger verschieben, denn nur auf diese Art vermögen wir jene constitutionelle Pflicht zu erfüllen, die sowohl die Bestreitung der Pracht des königlichen Thrones Ew. Majestät, als auch die Deckung der Bedürfnisse unseres Vaterlandes betreffen; und ebenso auch alle anderen rechtmäßigen Pflichten, deren Erfolg nur heilsam sein kann. Bei vielen dieser Fragen ist nothwendig, mit den Erbprovinzen gegenseitiger Interessen halber ein Ausgleich zu treffen, wozu wir mit Bewahrung unserer selbstständigen Nationalrechte und Interessen gerne hülfreiche Hand bieten. Auch sind wir überzeugt, daß die zur Entwickelung unseres constitutionellen Lebens, wie auch zum geistigen und materiellen Wohl unserer Nation zu creirenden Gesetze nur dadurch Wirklichkeit und Leben gewinnen können, wenn zur Vollziehung derselben eine nationale, von jedem fremden Einflusse unabhängige Regierung ins Leben gerufen wird, welche, dem constitutionellen Grundsatze gemäß, verantwortlich, ein Resultat der Volks-Majorität sein soll — daher betrachten wir die Umgestaltung des gegenwärtigen Collegial-Regierungs-Systems in ein verantwortliches ungarisches Ministerium als Hauptbedingung und wesentlichste Garantie aller Reformen. Auf diese Weise haben wir unseren Beruf aufgefaßt: dieses in Einverständniß mit Ew. Majestät noch während dieses Reichstages glücklich zu lösen, ist unser entschlossener ernstlicher Vorsatz. Dieses erwartet von

uns das Vaterland, dieses erwarten die Millionen der Völker, dieses gebietet der Trieb der Treue und Anhänglichkeit, mit dem wir für das Herrscherhaus Ew. Majestät unerschütterlich sind; denn wir sind überzeugt, daß wir nur durch dieses die Ruhe, den Frieden und das vertrauliche Einverständniß in unserem Vaterlande so fest begründen können, daß keine unvorhergesehenen Fälle und Stürme es zu erschüttern vermögen; und nur durch eine solche Garantie des Friedens und der Zufriedenheit können wir den vereinten Kräften jene Uebereinstimmung und Verstärkung verleihen, auf die das Herrscherhaus Ew. Majestät sich unter allen Verhältnissen beruhigt verlassen kann. Doch werden es Ew. Majestät mit uns fühlen, daß zur Erlangung dieses ein Friede nöthig sei und wir in ungetrübten, ruhigen Verhältnissen sein müssen. In dieser Beziehung aber ist es uns unmöglich, jene Zeichen von Ruhestörungen, welche in manchen Theilen der mit uns in Folge pragmatischer Sanction vereinigten Provinzen der Monarchie sichtbar sind, nicht mit Besorgniß zu erblicken, deren Größe die unvorhergesehene Verwickelung neuester auswärtiger Vorfälle bedeutend erhöht. Wir wollen das väterliche Herz Ew. Majestät mit detaillirter Anführung dieser Vorfälle nicht betrüben, wir wollen die in finanzieller Hinsicht schon fühlbare Wirkung auch nicht erörtern; aber das Gefühl der Treue und die auf uns lastende Verantwortlichkeit zwingen uns, auszusprechen: daß wir sowohl den wirklichen Ursprung der sich kundgebenden Uebel, als auch die Hauptursache unseres Zurückbleibens in der Natur des Staatsverwaltungs-Systems finden; wir sind fest überzeugt, daß Ew. Majestät das sicherste Schutzmittel gegen möglichenfalls eintretende Mißverhältnisse, das freundschaftlichste Einverständniß Ihrer getreuen Völker

die innigste Verschmelzung der verschiedenen Provinzen der Monarchie und durch alles dieses des königlichen Throns und der herrschenden Dynastie unerschütterlichste Stütze darin finden werden, wenn Ihr königlicher Thron in allen herrschenden Verhältnissen mit den, den Bedürfnissen der Zeit unausweichlich beanspruchten constitutionellen Institutionen umgeben wird. Ew. Majestät! Die Ereignisse sind in Gottes Hand; wir vertrauen auf den Schutz der Vorsehung, doch fühlen wir die Pflicht, daran zu erinnern, daß Ew. Majestät getreues Ungarland von der ungewissen Zukunft nicht unvorbereitet getroffen werde. Zu der unaufschiebbaren Hebung dieser Besorgnisse zählen wir auch die Lösung der angeführten Reform-Fragen noch im Laufe dieses Reichstages in constitutioneller Richtung, und sind besorgt, daß die üblichen reichstäglichen Verhandlungen und die in Folge collegialen Systems langwierigen Unterhandlungen mit der Regierung einen der Ew. Majestät väterlichen Absicht, wie auch der gerechten Erwartung des Vaterlandes entsprechenden Erfolg gefährlicherweise verzögern werden. Demnach wagen wir es, mit unerschütterlicher Treue und festem Vertrauen Ew. Majestät anzuflehen: Höchstdieselben mögen in Berücksichtigung der obwaltenden außerordentlichen Umstände geruhen, machteigene Organe Ihres allergnädigsten königlichen Willens, und zwar im Sinne der bestehenden Gesetze, Mitglieder unseres höchsten Regierungs-Amtes, der königlichen Statthalterei nämlich, als solche Individuen zum Reichstag zu senden, welche vorläufig durch das gnädigste Vertrauen Ew. Majestät bezeichnet, die verfassungsmäßigen Organe der vollziehenden Gewalt abzugeben hätten und die Vollstreckung der Gesetze in vorzuschreibender

Art und unter persönlicher Verantwortlichkeit handhaben müßten. Diese müßten ferner an den reichstäglichen Verhandlungen unmittelbar theilnehmen, hinsichtlich der Absicht Ew. Majestät die Reichsstände orientiren, die erforderlichen Aufklärungen und Ausweise von Seite der Regierung besonders in finanzieller Beziehung gebend, die Lösung der obschwebenden Fragen mit solchem Erfolg befördern, daß die zu creirenden wohlthätigen Gesetze je eher zur allergnädigsten Sanction unterbreitet und durch dieselben, für welche immer unerwartete Wendung der gegenwärtigen Verhältnisse der Friede in unserem Vaterlande gesichert, die vertrauensvolle Ruhe befestigt und auf Grundlage dieser jene geistige Kraft und materielle Wohlfahrt entfaltet werde, in welcher Ew. Majestät bei unserer unerschütterlichen Treue in allen nur möglichen Fällen der ungewissen Zukunft und zugleich Ihres königlichen Thrones festeste Stütze finden werden."

Diese Adresse fand in der Versammlung eine ungetheilte Anerkennung. Selbst die conservativsten Mitglieder stimmten für dieselbe und sprachen sich mit furchtbarer Energie aus; die Adresse wurde einstimmig angenommen und sollte nun der ersten Kammer, der Magnatentafel, zur gleichfalsigen Beschlußnahme überwiesen werden.

Der Palatin von Ungarn, Erzherzog Stephan, sah mit Schrecken die gewaltige, herrschende Aufregung; er fürchtete die Annahme und Verwerfung gleich sehr, ehe er sich Instructionen vom Hofe geholt habe. Er reiste deshalb schleunigst von Preßburg nach Wien.

Diese Abreise hatte denn auch in der That die Folge, daß die Magnatentafel die Discussion der Adresse, trotz der

lebhaftesten Opposition, verweigerte, bis der Palatin zurückgekehrt sei.

Darüber entstand nun in Preßburg eine gewaltige Aufregung und es war vorauszusehen, daß dieselbe sich auf eine oder die andere Weise Luft machen würde. Angesehene Häupter der Magnatentafel wendeten sich deshalb mit der Bitte um schleunigste Rückkehr an den Erzherzog Palatin, da sie sonst für die Folgen nicht stehen könnten.

Erzherzog Stephan hatte mittlerweile in Wien die nöthige Rücksprache genommen, er hatte eingesehen, daß es jetzt an der Zeit sei, dem billigen Wunsche des Volkes gutwillig nachzugeben, wenn man nicht mit Gewalt zu viel größeren Opfern gezwungen werden wollte. Er kehrte deshalb schleunigst nach Preßburg zurück und erklärte sich in der Sitzung vom 14. März zum höchsten Staunen, aber auch zu unerwarteter Freude aller Reichstags-Mitglieder für die unbedingte Annahme der Adresse.

Er sagte:

„Hohe Magnaten!

Aus der Verzögerung der vor mir liegenden und eben verlesenen Repräsentation wage Ich die Hoffnung zu schöpfen daß die hohen Magnaten diese ihrem ganzen Umfange nach anzunehmen belieben. (Beifallssturm.) Ja, wir nehmen sie an. (Nachhallender Freudenruf von dem Auditorium, welcher beinahe nach jeder Pause des Redners sich anhaltend stürmisch wiederholte.) Indem Ich sehe, daß die hohen Magnaten diese Petition einstimmig annehmen, kann Ich Meinen Wunsch nicht unterdrücken, in Folge dessen Meine heißeste Sehnsucht dahin strebt, daß dieser Reichstag erfolgreich sei. (Lebhafte Freudenbezeugung.) Zugleich versichere Ich Sie,

daß Ich in dieser Beziehung allen Meinen persönlichen und selbstständigen Einfluß anwenden werde, und daß Ich es für Meine heiligste Pflicht halte, zur Entwickelung unserer Verfassungsmäßigkeit in jener Richtung, welche die löblichen Stände eingeschlagen haben, mit Ihnen Hand in Hand zu gehen. Zur Erreichung dessen kenne Ich aber nur ein Mittel, nämlich: strenges Einverständniß und Zusammenhalten in diesen schweren Zeiten, wozu Ich die hohen Magnaten auch bei dieser Gelegenheit vertrauensvoll aufforder."

Ein Beifall, wie ihn die Ständetafel noch nicht erlebt hatte, belohnte den Redner. Die Zuhörer auf den Gallerieen umarmten sich, die Damen schwenkten mit den Tüchern, kurz, es war ein unendlicher, namenloser Jubel, der wahrlich nicht ahnen ließ, daß nach wenigen Monaten schon der Erzherzog Palatin aus Ungarn sich flüchten und daß das ganze Land gegen die treulose österreichische Regierung unter Waffen stehen würde.

Die Adresse wurde auch von der Magnatentafel, wie von der Ständetafel, einstimmig angenommen, und eine gemeinschaftliche Reichs-Deputation aus den hervorragendsten Mitgliedern beider Tafeln gewählt, welche am 16. März die Adresse, unter Anführung des Erzherzog Palatin, dem Kaiser übergeben sollte.

Auch Ludwig Kossuth, dem am Abende des 14. März die gesammte Bevölkerung von Preßburg aus Dankbarkeit einen glänzenden Fackelzug gebracht hatte, befand sich unter den Mitgliedern dieser Commission.

In der Stände-Sitzung vom 15. März wurde, um das Werk der Reform zu vollenden, auf Antrag Kossuths beschlossen:

1) Alle Steuern und öffentlichen Lasten, auch die Kriegssteuer, ohne Unterschied des Standes, unverzüglich nach gleichem Verhältniß zu vertheilen.

2) Die Urbariallasten und bäuerlichen Lasten sofort aufzuheben.

3) Die Grundbesitzer auf Staatskosten billig zu entschädigen.

4) Den Städten noch auf diesem Landtage eine verhältnißmäßige Ausübung des Stimmrechts zu ertheilen und die Deputirten nicht als Repräsentanten einer einzelnen Kaste oder eines Comitats, sondern als Stellvertreter des ganzen Volkes zu erklären.

So war denn durch diese Beschlüsse ein neuer Geist in das ungarische Ständewesen gekommen, und Ludwig Kossuth hat sich das unsterbliche Verdienst erworben, ihn angeregt zu haben. Im Zeitraum weniger Tage hatte Ungarn eine unblutige Revolution seiner Staats-Verfassung durchlebt, es war eingetreten in die Reihe der demokratischen Staaten, die alte Adelsherrschaft war gestürzt, und zwar gestürzt durch diesen Adel selbst, der dadurch ein großartiges Beispiel von Vaterlandsliebe, von Freisinnigkeit und Selbstaufopferung gegeben hat.

Nur dadurch aber hat es auch der Adel möglich gemacht, daß sich später das ganze Volk, wie ein Mann, erhob, als es galt, die gewonnene Freiheit Ungarns zu vertheidigen gegen die Tyrannen der treulosen österreichischen Regierung!

Zweites Kapitel.

1.

Auch in Wien, dem ruhigen, gemüthlichen Wien, in der Stadt, welche in ganz Deutschland ihrer Vergnügungssucht, ihrer politischen Theilnahmlosigkeit wegen bekannt war, sollte die Pariser Februar-Revolution ein neues, nie geahntes Leben erwecken.

Die Kunde von den Ereignissen in Frankreich und von den Rückwirkungen derselben im westlichen Deutschland wurde von dem Wiener Volke mit einem regen Interesse aufgenommen, und plötzlich erwachten auch in der österreichischen Kaiserstadt alle die Wünsche und Forderungen auf politische Freiheiten, welche auch im übrigen Deutschland sich überall kundgaben.

Der früher nur auf sein Vergnügen bedachte, politisch fast theilnahmlose Wiener Bürger wurde plötzlich von einem regen Interesse erfaßt für die Bewegung, welche sich in Frankreich und im westlichen Deutschland kundgab.

In den Caffeehäusern und Restaurationen wurden die Zeitungen mit einer wahren Begierde verschlungen, Vorleser stellten sich auf die Tische und trugen den aufmerksamen Zuhörern die welthistorischen Begebenheiten vor, welche in den westlichen Ländern sich ereigneten. Dabei hörte man denn Aeußerungen fallen, welche man früher in Wien wohl für unmöglich gehalten hätte; ohne Rücksicht auf die zahlreichen,

überall umherschleichenden Polizeispione wurde politisirt, sprach man mit der höchsten Entschiedenheit seine politische Meinung aus.

Als nun gar auch in Ungarn der Landtag zu Preßburg sich so entschieden für zeitgemäße Reformen aussprach, als Ludwig Kossuth mit flammenden Worten für die Freiheit des Volkes aufgetreten war, als dadurch selbst in das Innere des österreichischen Kaiserstaates der Keim der Revolution gelegt worden war, da fanden Kossuths Worte den lautesten Wiederhall in allen Herzen des zur Freiheit erwachenden Wiens; überall hörte man sie wiederholen, in Tausenden von Exemplaren wurde Kossuths Rede verkauft und vom Wiener Volke mit dem ungetheiltesten Jubel, mit einem feurigen Enthusiasmus aufgenommen.

Den ersten Ausfluß fand die Stimmung des Wiener Volkes im niederösterreichischen Gewerbe-Verein, in welchem am 6. März eine Adresse an den Kaiser beschlossen wurde, welche neben den Versicherungen der treuesten Anhänglichkeit an das Kaiserhaus doch den dringenden Wunsch eines innigen Anschlusses an Deutschland aussprach, da hierdurch der gesunkene Gewerbswohlstand gehoben werden könne.

Diese Adresse war im höchsten Grade genehm und loyal; aber sie war dennoch von Wichtigkeit, weil sie von der wohlhabenden Bürgerschaft ausging und weil sie den Ersten Ausfluß der in Wien allgemein herrschenden Stimmung bildete.

Der Erzherzog Franz Carl, der Protector des Vereins, billigte die Adresse und versprach, sie persönlich dem Kaiser zu übergeben.

Am 13. März sollten die Stände von Niederösterreich zusammenkommen. Es ließ sich von denselben bei ihrer aristo-

kratischen Zusammensetzung freilich nicht dieselbe Freisinnigkeit erwarten, welche die ungarischen Tafeln bewiesen hatten; aber dennoch hoffte das Volk, daß die Repräsentanten ebenfalls vom Geiste der Zeit ergriffen worden seien.

Es wurde deshalb eine Adresse an die Stände vorbereitet, welche vom 9. März an unter der Bürgerschaft circulirte und in den Caffeehäusern auslag; bald war sie mit vielen Tausenden von Unterschriften (beim Abschluß mit über 9000) bedeckt.

Diese Adresse, welche den allgemeinsten Anklang fand, lautete:

„An die hochlöblichen Stände des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns zu Handen des hochlöblichen ständischen verordneten Collegiums!

Seit einer Reihe von Jahren ist von jedem Vaterlandsfreunde der Wunsch lebhaft gefühlt und von manchem in Rede und Schrift die Nothwendigkeit laut ausgesprochen worden, auch unser schönes und mächtiges Oesterreich den Weg friedlichen, gediegenen Fortschrittes betreten zu sehen. Die letzten Ereignisse im Westen Europa's lassen diese Forderung um so unabweislicher und unaufschiebbarer erscheinen, als sie dem Weltfrieden, so wie dem Staatscredit, der Sicherheit des Eigenthums, der Ordnung und des Rechts in jedem Reiche gefährlich werden können. Was in Deutschland in diesem Augenblick zur Wahrung vor jedem Wechselfall des Glücks, zum Schutze und zur Stärkung nach Außen und im Innern geschieht, ist Niemandem unbekannt. Jeder hegt zugleich die Ueberzeugung, daß Oesterreich, dessen Herrscherfamilie durch Jahrhunderte die deutsche Kaiserkrone trug, auch nur in

festem Anschließen an deutsche Interessen und deutsche Politik sein wahres Heil gewinnen könne; wenn die österreichischen Bürger sich vor Allem gedrungen fühlen, ihre unerschütterliche Liebe und Anhänglichkeit an das erhabene Kaiserhaus auszusprechen, so halten sie es auch zugleich für ihre heilige Pflicht, diejenigen Maßregeln offen und frei darzulegen, welche ihrer Meinung nach einzig und allein geeignet sein können, in so drohenden Zeitverhältnissen der Dynastie, so wie dem Gesammt-Vaterlande neue Kraft und neuen Halt zu verleihen.

Diese Maßregeln sind:

a) Unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts;

b) periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, so wie alle Klassen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controlle des Finanzhaushaltes, so wie der Theilnahme an der Gesetzgebung;

c) Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse durch Einführnng eines Repressivgesetzes;

d) Durchführung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit in der Rechtspflege und in der gesammten Verwaltung;

e) Verleihung einer zeitgemäßen Munizipal- und Gemeinde-Verfassung und auf deren Grundlage;

f) Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaues, der Industrie, des Handels und der Intelligenz.

Die Stände, wenngleich in ihrer dermaligen Verfassung nicht der vollständige Ausdruck des ganzen Landes, sind als verfassungsmäßiges Organ für die Bedürfnisse des Volkes

berufen, die Gewährleistung unserer Bitten bei unserem gütigen Monarchen zu vermitteln. Die Unterzeichneten stellen daher die Bitte: die hochlöbl. niederösterreichischen Stände wollen die vorgeschlagenen Maßregeln in der nächsten Landtagssitzung in Berathung nehmen, und die geeigneten Anträge zu deren baldiger Verwirklichung an den allerhöchsten Thron gelangen lassen."

Außer dieser Adresse wurden noch mehrere andere, besonders unter der Buchhändlerschaft um Preßfreiheit, vorbereitet.

Während so im Volke sich die deutlichsten Vorzeichen einer nahe bevorstehenden gewaltsamen Umwälzung des bisherigen Regierungssystems zeigten, schien doch Fürst Metternich noch gar keine Ahnung von Dem zu haben, was rings um ihn her vorging.

Der verhaßte Despot von Oesterreich hatte die Zügel der Regierung so lange Jahre mit kräftiger Hand geführt, ohne daß auch nur der Versuch gemacht worden wäre, sie ihm zu entreißen, daß er sich jetzt vollkommen sicher fühlte.

Während die Gährung im Volke täglich wuchs, während in Böhmen, in Ungarn, in Wien die Revolution sich offenbar vorbereitete, wurden mit den Regierungen von Preußen und Rußland fortdauernd Unterhandlnngen geführt, auf welche Art die sich in allen Ländern Luft machenden Freiheitsbestrebungen durch gemeinsame Handlungsweise am besten niederzudrücken seien.

In Wien traf ein specieller Abgesandter des Kaisers von Rußland, Herr von Orloff, ein, der fast täglich Audienzen beim Fürsten Metternich hatte, und der Freiherr von Münch-Bellinghausen, einer der treuesten Diener Metternichs, wurde

an den sächsischen Hof geschickt, um in Dresden an einer Ministerial-Conferenz verschiedener deutscher Staaten Theil zu nehmen, nachdem er vorher mit dem von der preußischen Regierung nach Wien geschickten General von Radowitz, dem absolutesten preußischen Absolutisten, eifrig verhandelt hatte.

So wurden in Wien denn die Fäden immer fester geschlungen, welche die freiheitdurstenden Völker umgarnen sollten; aber alle Mühen und Anstrengungen waren vergeblich, denn in nicht langer Zeit sollte sich die vollkommene Ohnmacht der Regierungen, die Freiheitsbewegungen des März 1848 aufzuhalten, auf das Deutlichste zeigen.

Wie wenig Fürst Metternich die Natur der Bewegungen, welche sich auch in Wien vorbereiteten, erkannte, geht wohl am klarsten aus einem amtlichen Artikel hervor, den er durch die Wiener Zeitung noch am 10. März über die innere und äußere Politik Oesterreichs veröffentlichen ließ.

Dieser charakteristische Artikel lautet:

„Im Angesichte der wichtigen Begebenheiten der jüngst verflossenen Zeit finden Se. Majestät der Kaiser Sich verpflichtet, Sich über Ihre Stellung zu dem, was geschehen ist und was nach den Rathschlüssen der Vorsehung die Zukunft bringen mag, offen auszusprechen. Se. Majestät erwartet, daß Ihre Worte irrige Begriffe berichtigen und Mißdeutungen vorbeugen werden, welche unnöthige Besorgnisse erregen könnten. Die Regierungs-Veränderung, welche in Frankreich vor sich gegangen ist, betrachten Se. Majestät als eine innere Angelegenheit jenes Landes. Oesterreich ist fern von jeder Absicht, mittelbar oder unmittelbar auf die dortigen inneren Verhältnisse einzuwirken. Se. Majestät der Kaiser erkennt es für Seine Pflicht, innerhalb Seiner Länder die

Institutionen des Staats und das Recht zu schützen und die Wohlfahrt der Ihm anvertrauten Völker zu befördern. Diese Verpflichtung wird Er auch in der gegenwärtigen politischen Lage der Welt in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen wissen. Sollten jedoch wider Erwarten die bestehenden europäischen Verträge verletzt oder die Gränzen entweder der eigenen Staaten oder die des deutschen Bundes feindlich bedroht werden, so wird Se. Majestät der Kaiser mit allen von der Vorsehung Ihm verliehenen Mitteln einen solchen Friedensbruch zurückweisen. Es ist der Wille Sr. Majestät, in diesem ernsten Zeitpunkt dafür kräftigst zu sorgen, daß Oesterreich sich nach innen stark, nach außen gesichert und geachtet fühle. Se. Majestät werden aber auch eben so ernstlich darüber wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung stattfinden, die Sein von Gott gesegnetes Reich in einen Zustand von Zerrüttung versetzen könnten, der es als leichte Beute den Angriffen jedes Feindes überliefern würde. Für diese allein dem Wohle Seiner Unterthanen gewidmeten Zwecke zählt Se. Majestät der Kaiser auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der getreuen Stände Seiner Reiche, so wie aller Klassen Seiner Unterthanen, denen die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liegt, und die sich die Fähigkeit bewahrt haben, inmitten einer vielfach bewegten Zeit die Folgen zu ermessen, zu denen der entgegengesetzte Weg unausbleiblich führen würde."

Vertrauen forderte Fürst Metternich! Er forderte ein inniges Zusammenhalten des Volkes mit der Regierung, des Geknechteten mit den Tyrannen! Er glaubte daran, die bestehende staatliche Ordnung aufrecht erhalten zu können, in einer Zeit, wo schon die ganze Bevölkerung von Wien sich

in der furchtbarsten Gährung befand, wo es schon an jedem Tage sich zeigte, daß der Wille des Volkes sich in kürzester Frist gewaltsam Bahn brechen müsse! —

Mit jedem Tage wurde jetzt die Aufregung der Bevölkerung heftiger, da von der Regierung keinerlei Concessionen gemacht wurden, um den nahenden Sturm zu beschwichtigen.

Am heftigsten zeigte sich die allgemeine Aufregung gerade unter den intelligenten Klassen des Volkes, und zwar besonders unter der bei dem Arbeiter und Bürgerstande Wiens außerordentlich beliebten Studentenschaft.

Die Studenten hatten eine Petition um Preßfreiheit, Oeffentlichkeit u. s. w. vorbereitet, welche sie in corpore dem Kaiser übergeben wollten. Dem Kanzler der Universität, einem etwas ängstlichen Mann, erschien dieser Schritt sehr bedenklich; er berief deshalb am 12. März die sämmtlichen Professoren der Universität nach der Aula, um durch den Einfluß derselben die Studenten zur Nichtabsendung der Adresse zu bewegen.

Kaum waren die Herren Professoren indessen versammelt, als auch die Studenten in Masse erschienen und Einlaß in die Aula begehrten.

Es wurde ihnen nicht geöffnet; da versuchten sie mit Gewalt die Thüren zu erbrechen und standen erst dann von diesem Vorhaben ab, als zwei der beliebtesten Docenten unter ihnen erschienen und versicherten, die Professoren würden sich mit einer eigenen Adresse, in welcher die von der Studentenschaft aufgestellten Forderungen enthalten wären, direct an den Kaiser wenden.

Auf dieses Versprechen hin, welches auch gehalten wurde, gaben sich die Studenten zufrieden und zogen sich zurück.

Ueber die Aufnahme der von den Professoren an den Kaiser gesendeten Deputation bei Hof gaben die Wiener Sonntagsblätter folgenden interessanten Bericht:

„Um 11 Uhr verfügten sich Hye, Professor der Rechte, und Endlicher in die Burg, um bei Sr. Majestät Audienz zu erbitten. Vom Grafen Kolowrat an den Erzherzog Ludwig gewiesen, trugen sie demselben ihre Bitte um unmittelbare Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser vor, nebst gründlicher Auseinandersetzung der hierfür sprechenden unabweisbaren Motive. Ihr Vortrag wurde nicht günstig aufgenommen. Da, ergriffen von der Wichtigkeit des Moments und vertraut mit der unter Wiens Bevölkerung herrschenden Stimmung, erklärte Endlicher dem Erzherzog, unter Berufung auf seine bekannte Anhänglichkeit an das Kaiserhaus und auf das besondere Vertrauen, dessen er von den Gliedern desselben zu wiederholtenmalen gewürdigt wurde, daß Metternich im Kaiserreiche verhaßt sei und die Liebe der Bevölkerung zu einzelnen Gliedern des angestammten Herrscherhauses auf dem Spiele stehe, wenn man fortführe, ihn noch ferner in der bisherigen Weise wirken zu lassen. Der Erzherzog entließ hierauf die Deputation sehr kalt, ja streng, und ohne Hoffnung auf die erbetene Audienz bei Sr. Majestät. Während Endlicher und Hye in dem Vorzimmer ihre Oberröcke anzogen, ging Erzherzog Ludwig durch dasselbe und reichte dem Endlicher die Hand. Bei ihrer Entfernung aus der Burg hörten sie, es sei Befehl gegeben, den Staatsrath auf zwei Uhr zusammen zu berufen. Um vier Uhr erhielten sie die Einladung, Schlag sechs Uhr bei Sr. Majestät zur Audienz zu erscheinen. Die Adresse wurde gütig angenommen, genaue Erwägung zugesagt, bestimmtere Antwort jedoch nicht ertheilt.“

Diese Aufnahme der Deputirten war zwar keineswegs eine zufriedenstellende; aber dennoch hat sie eine tiefe Bedeutung dadurch, daß sie zeigt, wie am Hofe bereits eine Partei thätig war, welche dem unumschränkten Absolutismus des Fürsten Metternich entgegenarbeitete. In früheren Zeiten hätte es wahrlich kein Professor wagen dürfen, mit Klagen über den Haß, welcher im Volke gegen den Fürsten Metternich herrschte, dem Hofe zu nahen! —

2.

Die unruhigen Auftritte vor der Aula am 12. waren nur die Vorläufer einer viel bedeutenderen Erregung, welche am 13. unter der Studentenschaft Platz greifen und die Veranlassung zu der Wiener Revolution werden sollte.

Am Montag, dem 13. März, dem Eröffnungstage der niederösterreichischen Stände, bot Wien schon am frühen Morgen ein Bild des regsten, bewegtesten Lebens dar. Durch alle Straßen und Gassen, und besonders durch die dem Landhause, dem Versammlungsorte der Stände nächstgelegenen, wogten und flutheten die Volksmassen, deren äußeres Ansehen davon zeugte, daß der größte Theil des wohlhabenden Bürgerstandes den innigsten Antheil an der Entwickelung des Staatslebens nahm.

Man erwartete mit Spannung die Beschlüsse der Stände. Nach einer vorläufigen Berechnung erschien es wahrscheinlich, daß von den 100 Landständen sich etwa 58, also die entschiedene Majorität, den Wünschen des Volkes geneigt zeigen würden. Auch auf die Bereitwilligkeit des Grafen von

Montecuculi, des Landtags-Marschalls, der beim Volke nicht unbeliebt war, hoffte man.

Auch die Regierung schien auf einige Unruhen am 13. März nicht unvorbereitet zu sein, wenn Fürst Metternich auch entfernt davon war, das Ende dieses denkwürdigen Tages zu ahnen. Die Truppen waren sämmtlich in den Kasernen consignirt und mußten sich in jedem Augenblick bereit halten, auszumarschiren.

Am Morgen gegen 8 Uhr hatten sich die Studenten wieder in der Universität versammelt; es waren mehr denn 2000 gegenwärtig.

Der Zweck der Versammlung war theils die Vernehmung des Resultats, welches die von den Professoren abgesendete Adresse gehabt hatte, theils eine nähere Besprechung darüber, wie die von uns bereits mitgetheilte, von der Mehrzahl der Studentenschaft unterschriebene Adresse an die niederösterreichischen Stände, diesen im Landhaus zu übergeben sei.

Der Professor Hye theilte den Studenten das Resultat der Deputation vom 12. mit; aber dasselbe befriedigte natürlicher Weise die jungen, feurigen Leute keineswegs, sie beschlossen, sofort sich in corpore nach dem Ständehause zu begeben und dort den Ständen selbst durch eine Deputation ihre Wünsche bekannt zu machen.

Vergebens rieth Professor Hye von diesem Schritt ab und bewies das Ungesetzliche einer solchen Demonstration; seine Worte wurden nicht gehört. Die Studenten ordneten sich und marschirten nach dem Landhause, wo sie gegen 10 Uhr eintrafen.

Die Umgegend des Landhauses, die enge Herrengasse und deren Queerstraße, war schon vom frühen Morgen von

einer ungeheuren, aber meist aus angesehenen Bürgern bestehenden Menschenmasse angefüllt, welche sich indessen bisher ziemlich ruhig verhalten hatte.

Erst als die Studenten in dichten Schaaren ankamen, wurden die Volksmassen belebter und drangen mit der Studentenschaft in den inneren Hof des Landhauses ein.

Ein Brunnen im Hofe diente den Studenten zur Tribüne und von hier aus sprachen sie zum Volke. Ein Redner trug unter allgemeinem Jubelruf die Kossuth'sche Rede vor, ein anderer verlas die Forderungen des Volkes und motivirte die Nothwendigkeit, daß dieselben augenblicklich realisirt werden müßten.

Vergeblich bat aus einem Fenster der Landtags-Marschall Graf von Montecuculi um Ruhe, vergeblich versicherte ein anderes Ständemitglied, daß die Stände mit den Forderungen des Volkes einverstanden seien, aber doch Zeit zu ungestörter Berathung derselben haben müßten, der Tumult dauerte fort, Redner auf Redner, meistens Studenten, lösten sich ab, und Alle sprachen mit dem gleichen, ungezügelten Jugendmuth und Enthusiasmus sich aus.

Aus dem Ständesaal kam endlich der Entwurf einer Adresse an den Kaiser; dieselbe wurde vorgelesen, aber sie befriedigte bei weitem nicht. Die Sprache war viel zu gemäßigt, es fehlte die den Umständen nach nöthige Energie.

Unter dem ungeheuren Jubel des Volks zerriß ein Student die Adresse und warf sie von sich.

Der Tumult wurde jetzt mit jedem Augenblicke stärker, das Volk drang in Massen in das Ständehaus selbst ein und verlangte die augenblickliche persönliche Uebergabe einer Adresse durch die Stände an den Kaiser.

Der Wille des Volkes wurde so mächtig und stürmisch ausgesprochen, daß die Stände diesem gebieterischen Willen nachgeben mußten. Eine Deputation des Volkes war schon vorher in das Landhaus eingelassen worden, ohne etwas bewirkt zu haben; dieser folgte jetzt eine zweite, schnell aus den nächststehenden Studenten und einigen Bürgern gewählte Deputation, welche in den Ständesaal geführt wurde.

Während die Deputation im Ständesaal war, entstand plötzlich wieder ein furchtbarer Tumult, welcher leicht von unheilbringenden Folgen hätte begleitet sein könnnen. Er wurde dadurch veranlaßt, daß einige der Deputirten aus dem Fenster eines der Vorsäle dem Volke die Mittheilung machten, die Deputation sei verhaftet.

Es war dies ein unseliges Mißverständniß, die Deputation war nämlich in dem Wirrniß von einander getrennt worden und ein Portier hatte hinter fünf zurückgebliebenen Mitgliedern derselben die Thür verschlossen, um den Andrang von nicht zur Deputation gehörigen Volksmassen zu verhindern. Die fünf Deputirten hatten sich gefangen geglaubt und dies aus dem Fenster dem Volk mitgetheilt.

Augenblicklich erhob sich ein Schrei allgemeiner Entrüstung. „Die Deputirten müssen befreit werden!“ so hieß es allgemein und sofort stürmte das Volk aufs Neue gegen das Landhaus vor.

Die Thüren wurden erstürmt oder mit Bänken eingerannt, die Fenster eingeworfen, die Tische und Stühle in den Vorzimmern zerbrochen und die Stücke als Waffen benutzt. Der Lärm war so furchtbar, daß die Ständemitglieder glauben mußten, sie sollten ermordet werden.

Das Mißverständniß klärte sich indessen bald auf und sofort legte sich der Lärm wenigstens einigermaßen.

Mittlerweile war die Deputation des Volks in den Ständesaal geführt worden; über ihr Wirken daselbst geben uns die Wiener Sonntagsblätter folgenden interessanten Bericht:

„Die Deputation wurde in den Ständesaal geführt und mit den Worten: „Was wollen Sie hier? und was wollen die Leute unten?“ etwas barsch empfangen. Einer aus den Zwölfen, Med. Dr. Kapper, trat nun hervor und nahm beiläufig folgender Weise das Wort: „Hochansehnliche Versammlung! Eine stürmisch bewegte Menschenmasse erfüllt die Räume in und vor diesem Hause. Ihre nächste Absicht war, Ihnen für die in letzter Zeit kundgegebene liberale Gesinnung ein Lebehoch zu bringen. Das Volk fühlt genau, wer ihm wohl will, wer seine Wünsche versteht und zu den seinen macht, und weiß das zu schätzen. Je lebhafter nun der Beifallssturm war, der Ihnen noch vor einer halben Stunde erscholl, desto furchtbarer ist die Erbitterung, die die Zuschrift hervorbrachte, welche, als von Ihnen zugesandt, dem Volke so eben verlesen wurde. Sie wurde, als unzulänglich, unter Wüthen zerrissen. Es ist unsere heiligste Pflicht, zu versichern, daß Alles, was außer den Grenzen der Ordnung und der Ruhe ist, durchaus nicht in den Absichten irgend Eines von Allen ist, die sich unten befinden. Fortschritt und Recht ist Alles, was sie wollen, und für dies Alles sind sie bereit, Alles zu opfern, wenn es sein müßte! Wir haben daher im Namen des Volkes bloß die einfache Frage zu stellen, ob das vorgelesene Blatt in der That Alles enthalte, was die hochansehnlichen Stände in Sachen des Volkes zu peti-

tioniren gedenken, oder, was wir hoffen und vermuthen, nur einen Theil! Im ersteren Falle steht es außerhalb unserer Macht, die einmal rege gewordenen Gemüther zu beruhigen. Wir wollen nichts Halbes! ist ein Ruf, der von tausend Lippen scholl. Die Lichtlawine, die von Westen gegen Osten heranrollt, reißt alle Völker fort, und kein leeres Wort ist mehr im Stande, sie zu hemmen! Ist das Verlesene aber nur ein Theil der Petition, so wird die Versicherung dessen von Seite der hochansehnlichen Versammlung die Ruhe bis zur Mittheilung der weiteren Punkte herzustellen nicht verfehlen!" — Hierauf antwortete der Präsident Graf Montecuculi beiläufig Folgendes: „Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß uns die Wünsche des Volkes nicht fremd sind, daß wir sie verstehen, und daß wir es uns zur heiligsten Aufgabe machen, dieselben in gehöriger Fassung vor den Thron zu bringen. Wenn wir Sie aber versichern, daß dies nichts Leichtes ist, daß wir bereits seit Jahren damit beschäftigt sind, des Volkes zeitgemäße Forderungen zu berathen, daß wir so eben in derselben Absicht beisammen sind, so werden Sie einsehen, daß die fortdauernde Bewegung und der unaufhörliche Lärm in der Nähe des Berathungssaales uns nur stören und den Gang der Berathung hemmen muß. Nehmen Sie die Versicherung hin, daß von unserer Seite dem Volke Nichts mitgetheilt wurde; das erwähnte Blatt ist somit ein zufällig oder böswillig unterschobenes, und uns ganz fremdes. Benützen Sie dies zur Herstellung der Ruhe, und veranlassen Sie, um uns die zur Fortsetzung unserer Geschäfte nöthige Ruhe zu verschaffen, daß die Volksmasse sich zertheile und friedlich auseinander gehe. Es kommen uns jeden Augen-

blick neue Petitionen zu, die wir zu erwägen haben, und wenn das Volk uns stört, stört es nur den gesetzlichen Fortgang seiner eigenen Sache." — Eine Erwiderung auf diese Rede, die ein Zweiter aus den Zwölfen mit dem Ausrufe: „Wir wollen jetzt Thaten und nicht Worte!" begann, wurde durch eine Bewegung unter den Ständen und durch mehrfaches Durcheinanderreden niedergehalten. Graf Ferdinand von Colloredo nahm das Wort. Auch er sprach im Sinne des Präsidenten, und fügte noch hinzu, ebenso wie die Stände, deren Aufgabe es ist, die Sache des Volkes zu der ihren zu machen, entschlossen seien, diese mit aller Macht gewissenhaft zu vertreten, ebenso würden diese wissen, sich die nöthige Ruhe zur Erfüllung ihrer Pflicht zu verschaffen, wenn man sie ihnen nicht aus freien Stücken geben werde. — Nun bemerkte der Präsident, der vorige Sprecher hätte ihn wohl über den Grund des jetzigen Lärmens belehrt, aber durchaus nicht die Wünsche genannt, die das bewegte Volk eigentlich zu solchen Versammlungen erregten. Dies zu beantworten, stellte sich ein dritter Sprecher, Dr. Brühl, aus den Zwölfen, zur Aufgabe. Er sprach etwa folgendermaßen: „Sie begehren zu wissen, was die Wünsche der unten versammelten Menge sind? Nun, so vernehmen Sie es. Fürs Erste verlangt man Rede- und Preßfreiheit. Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß wir weit genug fortgeschritten sind, um von den wohlthätigen Consequenzen des befreiten Staates die mißlichen Seiten desselben zu scheiden. Nicht zur Schmähung, nicht zum Schimpfe soll es dienen! Nein! nur zur Offenbarung gerechter Wünsche, zu gerechtem Tadel, zur freien, bandelosen Entwickelung des Geistes! Fürs Zweite wird Lehr- und Lernfreiheit verlangt. Das Maß des zu Erlernenden sei Niemandem mehr

zugemessen, die Weise, wie er es, und wo oder wann zu erlernen habe, nicht beschränkt; möge Jeder nach Maßgabe seiner Fähigkeiten ungehindert diese entwickeln, diese verwenden können. Viel wäre über diesen Punkt noch zu sprechen, jedoch Ort und Zeit gebieten mir Kürze. Fürs Dritte ist Vertretung bei dem deutschen Bunde ein allgemein ausgesprochener Wunsch. Ich nenne diesen Punkt einen hochwichtigen! Deutschlands Einheit ist die mächtigste Schutzwehr, die das bis jetzt zerstückte deutsche Volk dem drohenden Feinde entgegenzustellen im Stande ist." — Die immer reger werdende Theilnahme der Stände, die sich den Worten des Sprechers zuwandte, so wie der immer mehr zunehmende Lärm hemmten die weitere Entwickelung der Volkswünsche. Die Stände beschlossen nun, beruhigende Worte vom Hofbalkone herab zur aufgeregten Menge zu sprechen. Jeder Versuch, gehört zu werden, war vergebens. Die dazu bestimmten Ständemitglieder kehrten unverrichteter Dinge zurück. Kaum jedoch hatten sie wieder den Saal erreicht, als schon Scheibengeklirre ganz unzweideutig den Grad anzeigte, bis zu welchem die Volkserbitterung bereits gediehen. „Es ist zu spät!" hörte man die Ständemitglieder, die in furchtbarer Unordnung ihre Hüte und Stöcke aufrafften, unter einander ausrufen; der Präsident meinte, nun wäre nichts zu thun, als den ganzen Pack von Petitionen, die ihm vorliegen, unverzüglich Sr. Majestät vorzulegen, und verließ mit einigen ihm als Deputirte hierzu Beigegebenen den Saal. Im Vorsaal waren Tische und Stühle bereits zertrümmert. Die Gänge voll Glasscherben."

Wir haben diesem Bericht noch hinzuzufügen, daß während des stürmischen Lärms draußen ein anderer Redner die

von Seiten eines großen Theils der Stände mit großem Beifall aufgenommene Forderung stellte, daß Fürst Metternich sofort abgesetzt und wegen Hochverraths an Volk und Kaiser in Anklagezustand versetzt werde! —

Der Redner, welcher diesen Vorschlag im Ständesaal gemacht hatte, wiederholte denselben auf der Straße und fand hier einen noch weit gewaltigeren Anklang, denn der Haß gegen den Fürsten Metternich wohnte seit vielen Jahren schon tief in dem Herzen jedes Wieners!

Ein allgemeiner Schrei: „Nach dem Palais Metternich!" wurde vom Volke ausgestoßen und tausendfach wiederholt. Der junge Redner wurde von vier kräftigen Männern auf die Schultern gehoben und nach der Staatskanzlei getragen, wo in den Salons des Fürsten Metternich eine Zahl von Hof- und Staatsbeamten versammelt war.

Vor den Augen dieser Männer, welche scheu durch die Fenster blickten, wurde die Anklage gegen den bisher allmächtigen Fürsten wiederholt unter dem jauchzenden Zuruf des Volkes, dann wälzte sich die ganze Menschenmenge wieder nach dem Ständehause zurück, ohne sich eine Gewaltthat erlaubt zu haben. Die Aufregung war so furchtbar gewachsen, der Lärm in allen Straßen der Stadt so bedeutend, daß ein gewaltsamer Ausbruch sichtbar nahe bevorstand. Ueberall wnrden deshalb die Läden geschlossen und die Thorwege gesperrt. Ebenso wurden die Thore der Stadt geschlossen und die inneren Hofräume der kaiserlichen Burg mit Militair besetzt. Ebenso wurde auch die Staatskanzlei in einem Halbkreise vom Militair umzingelt, imposante Kavalleriemassen besetzten die Straßen, vor der Nationalbank und dem Stände-

hause wurden Infanterie-Abtheilungen aufgestellt, welche in Gegenwart des Volkes laden mußten.

Das Volk ließ sich durch diese drohenden Maßregeln des Fürsten Metternich indessen keineswegs einschüchtern; es waren im Ganzen in Wien etwa 10 bis 12,000 Mann Militair zur Disposition der Regierung, dem die ganze Masse des kampfbereiten, freiheitsmuthigen Volkes in ungeheurer Mehrzahl gegenüber stand.

Fürst Metternich war so weit entfernt davon gewesen, in seiner ruhigen Sicherheit auch nur an die Möglichkeit einer Revolution zu glauben, daß er die Garnison der Kaiserstadt unverstärkt gelassen hatte.

Der Ausgang eines etwaigen blutigen Kampfes war daher leicht vorauszusehen, zumal da die Wiener Bürgergarde vom besten Sinne beseelt und gut bewaffnet war, da auch auf das Militair, welches in Oesterreich nie eine vom Bürgerstande streng abgesonderte Kaste gebildet hat, kaum mit Sicherheit gerechnet werden konnte.

Nur diesen ungünstigen Verhältnissen ist das leichte und fast unblutige Gelingen der Wiener Revolution zuzuschreiben, nicht, wie man anfangs geglaubt hat, einem freudigen Eingehen der herrschenden Partei in die Volkswünsche. Die spätere Folge hat deutlich genug gezeigt, wie wenig es dieser Partei auf Menschenblut und die Aufopferung des bürgerlichen Wohlstandes blühender Städte ankam.

Während vor dem Landhause noch das Volk mit Freude und Hoffnung auf das Resultat der zum Kaiser gesandten ständischen Deputation, welche bei Hofe ziemlich kurz mit dem Bescheide abgefertigt wurde, der Kaiser werde die Sachen in

Ueberlegung ziehen, wartete, wurde die Veranlassung zum Blutvergießen gegeben.

Zwischen zwei Compagnieen Grenadiere, welche das Landhaus besetzen sollten, drängten sich die Volksmassen ein und zwangen so dieselben, sich etwas zurückzuziehen. Es kam dabei zu Reibungen, einige Grenadiere wurden zu Boden geworfen, anderen die Bajonette umgebogen.

Der Erzherzog Albrecht, welcher hier kommandirte, ritt mit mehreren Officieren vor die Front, um das Volk zum Auseinandergehen aufzufordern, wurde aber mit Steinwürfen empfangen. Wüthend ritt er zurück und kommandirte den Angriff.

Die Grenadiere rückten, die Herrengasse in ihrer ganzen Breite versperrend, vor und gaben Feuer, welches mörderisch wirkte. Vier bis fünf Todte und eine große Anzahl Verwundete waren die Opfer dieses ersten unglücklichen Zusammenstoßes, welcher zwischen zwei und drei Uhr Mittags erfolgte.

Mit einem Wuthgeschrei stäubte die Menge auseinander.

Rathlos, ohne Waffen, ohne Führer, aber vor Wuth heulend, stürzen die Volksmassen durch die Straßen, hier und dort sich sammelnd, sich durch die Erzählung des Vorgefallenen immer mehr und mehr aufregend.

Die Todten werden durch die Gassen getragen, einige Verwundete reiten blutend, von ungeheuren Schaaren gefolgt, durch die Straßen, und regen zu einer immer größeren Wuth auf.

Plötzlich ertönt der Ruf: „Nach dem Zeughaus!“ und giebt nun den rathlos umherirrenden Massen eine bestimmte Richtung. Eine mit Knitteln und Brettern bewaffnete Menge

wälzt sich nach dem Zeughause und versucht die starken Thore desselben zu stürmen; aber vergeblich, die dicken Bohlen widerstehen jedem Angriff.

Ein Kavallerie-Angriff zerstreut auch hier die Menge und treibt das waffenlose Volk in die nächstgelegenen engen Gassen, in denen es Barrikaden zu bauen versucht, aber bald durch Infanterie-Angriffe, bei denen abermals tödtliche Verwundungen vorkommen, auseinander getrieben wird.

Die Aufregung wächst durch diese Vorfälle zu einer furchtbaren Höhe! Durch alle Straßen ziehen die wüthenden Volksmassen und zertrümmern in wilder Zerstörungssucht die Schilderhäuser und die Baugerüste, aus denen sie schwache Barrikaden mit ungeübter Hand aufzurichten versuchen. In den Wohnungen verhaßter Staats-Beamten, Metternich'scher Kreaturen, werden dabei die Fenster eingeworfen, ebenso auch im Polizei-Gebäude selbst, in welchem keine Scheibe ganz bleibt.

An verschiedenen Orten kommt es während dieses planlosen Umherziehens zu einem kurzen Kampf, wenn man ein Schießen von Seiten des Militairs auf das unbewaffnete und sich immer schnell wieder flüchtende Volk einen Kampf nennen will.

Unterdessen beginnen die dichtbevölkerten Vorstädte, welche bisher sich noch ruhig verhalten hatten, auch Theil zu nehmen an der Bewegung.

Ungeheure Volksmassen strömen aus ihnen der Stadt zu und sammeln sich auf dem Glacis, wo in den dichtgedrängten Gruppen Redner auf die Schultern gehoben werden und den Umstehenden die Ereignisse des Morgens erzählen.

Der Ruf nach Bürger=Bewaffnung wird immer lauter und lauter. Endlich erscheinen einige Bürger-Soldaten, welche vom Volke mit stürmischem Jubel begrüßt werden. Sie sammeln sich auf dem Glacis, immer mehr und mehr strömen hinzu, und bald ordnen sie sich zu Bataillonen und rücken so in die Stadt ein, in welcher die Trommler der Bürgergarde bereits Allarm schlagend die Straßen durchzogen.

Wir kehren jetzt zurück zu den Unterhandlungen mit der Regierung, welche das schnelle Ende der Revolution bewerkstelligen sollten.

Im Ständesaal hatte sich nach Abgang der ständischen Deputation schnell ein revolutionairer Sicherheits=Ausschuß constituirt, welcher die Leitung der Ereignisse in die Hand nehmen wollte. Er bestand zum Theil aus Bürgern und Studenten, zum Theil auch aus einigen im Saal zurückgebliebenen Landständen.

Der Sicherheits-Ausschuß beschloß, sogleich die bestehende Bürgergarde mobil zu machen, um für den Fall einer Revolution den Truppen ein einigermaßen organisirtes Corps gegenüberstellen zu können.

Auf einem etwas beschmutzten und zerknitterten Bogen Papier wurde schnell die nachstehende Adresse an den Magistrat aufgesetzt:

„Ein Ausschuß von Studenten und Bürgern, welcher sich im Momente der Gefahr im Gebäude der niederösterreichischen Landstände gebildet hat, bittet einen löblichen Magistrat um augenblickliche Mobilmachung eines Theiles der Bürgergarde zur Verhinderung militairischen Einschreitens, welches die Aufregung des Volkes so steigern würde, daß man ihrer kaum mehr Meister werden dürfte."

Diese Adresse wurde dem Volk aus dem Fenster vorgelesen, fand dessen vollkommenste Billigung und wurde dann durch eine aus drei Mitgliedern bestehende Deputation an den Bürgermeister Czapka gebracht, welcher, der Adresse gemäß, die sofortige Mobilmachung der Bürgergarde besorgen sollte.

Da war man denn aber freilich an den unrechten Mann gekommen.

Der Bürgermeister Czapka war ein furchtsamer Mann und außerdem ein eifriger Anhänger des Fürsten Metternich, also gewiß keineswegs das geeignete Organ, um einen revolutionairen Schritt zu thun.

Als die Deputation bei dem Bürgermeister ankam, ließ sich dieser durch seinen Bedienten verleugnen; das half aber nichts, denn man hatte ihn kurz vorher am Fenster bemerkt.

Die Deputation forderte noch einmal und zwar dringender, als zuvor, Einlaß, und erhielt ihn denn auch endlich.

Der Bürgermeister trat den Deputirten mit der sehr ruhigen, in höchster Gemächlichkeit ausgesprochenen Frage: „Was wünschen Sie, meine Herren?" entgegen.

Die Deputirten überreichten ihm das Exemplar der vom Sicherheits-Ausschuß entworfenen Adresse.

„Wer bildet denn dieses Comité?" frägt der Bürgermeister höflich. — „Männer," antworten die Deputirten, „die nicht ruhig zu Hause sitzen und aus dem Fenster schauen; Männer aus dem Volke, welche das Schrecklichste von ihren Brüdern abhalten wollen; Männer, die Sie beschwören, augenblicklich bewaffnete Bürger zur Erhaltung der Ruhe zusammenzurufen, wenn Ihnen Ihre Pflicht, wenn Ihnen das Schicksal der Stadt am Herzen liegt." — „Und wie viele Bürger

verlangen Sie?" — „So viel Sie aufbringen können." — „Und wie lange geben Sie mir dazu Zeit?" — „Nicht einen Augenblick mehr, als unumgänglich nöthig." — „In einer Stunde, meine Herren, hoffe ich hundert Mann beisammen zu haben. Mehr kann ich nicht versprechen."

Mit diesem ziemlich ungenügenden Bescheide mußte sich die Deputation zufrieden geben und zu ihren Committenten zurückkehren. Ihre Sendung war vollkommen erfolglos gewesen, denn der Bürgermeister that nichts. Wären die Bürger nicht endlich, wie wir bereits erzählt haben, von selbst unter Waffen getreten, auf Geheiß und Veranlassung des Bürgermeisters wäre sicherlich nichts geschehen.

Weit wirksamer, als die Bürger, sorgten die Studenten für ihre Bewaffnung, welche sich aus dem Landhause am Nachmittage nach der Universität begeben hatten. Es war eine Zahl von über drei Tausend thatkräftigen, jungen Leuten zusammen, welche den einmüthigen Beschluß faßten, sich unter jeder Bedingung, sei es durch Unterhandlung, sei es durch Gewalt, Waffen zu verschaffen.

Um diesem kühnen und vielleicht mit großem Blutvergießen verknüpften Schritte vorzubeugen, entschloß sich der alte, 72jährige Rektor, an der Spitze einer Deputation eine Audienz beim Kaiser nachzusuchen und ihm die Wünsche der Studentenschaft vorzutragen.

Als aber diese Deputation mit ihrer Rückkehr zögerte, ernannten die Studenten sofort eine zweite, welche den entschiedenen Entschluß der Studentenschaft aussprechen sollte, sich selbst Waffen zu verschaffen, wenn ihnen dieselben nicht bis 9 Uhr Abends von der Regierung gegeben würden; so lange wollten sie ruhig in der Aula warten.

Diese zweite Deputation wurde in der Burg vom Erzherzog Franz Karl sehr freundlich empfangen und dieser versprach, für die Wünsche der Studentenschaft sich zu verwenden. Dann wurde die Deputation in einen Saal geführt, in welchem sich der Erzherzog Ludwig, der Fürst Metternich und der beim Volk im Allgemeinen beliebte Graf Kolowrat befanden, umgeben von einer Anzahl hoher Staatsbeamten.

Die Unterhandlung, welche die Deputation mit diesen Herren hatte, theilen uns die Wiener Sonntagsblätter folgendermaßen mit:

„Der Dekan und nach ihm der Notar wendeten sich in den eindringlichsten Worten an den greisen Erzherzog und beschworen ihn, ihrer Bitte Gehör zu geben, und die in nimmer zu zügelnder Ungeduld harrende Jugend zum Besten der Stadt zu bewaffnen. Dr. Engel konnte sich nicht zurückhalten, und wendete sich mit den Worten an den Erzherzog: „Kaiserliche Hoheit! Bewaffnen Sie die Studirenden, und Sie gewinnen dem Kaiserhause 2000 Streiter, in denen sich Muth, Intelligenz und der reinste Patriotismus vereinen. Keine sicherern Waffen hat je die Residenz, hat jemals der Monarch gehabt. Auch ist dieser Akt nur ein Zurückblättern in dem Buche der Geschichte; zu wiederholten Malen sind die Studenten der Wiener Universität bewaffnet worden, und stets haben sie sich tapfer und treu bewährt. Glauben mir kaiserliche Hoheit, zeigen Sie diesen jungen Leuten ein sie ehrendes Zutrauen, so wird Jeder von ihnen freudig sein Blut für die geliebte Dynastie, so wie für die Sicherheit und Ruhe der Residenz verspritzen. Erfolgt aber die Bewaffnung nicht, erfolgt sie nicht bis 9 Uhr Abends, so wird die nicht mehr einzudämmende Jugend, mit den Fragmenten zerbrochener

Bänke versehen, sich in die Bajonette der ungarischen Grenadiere stürzen, um diesen die Waffen zu entreißen. Das edelste Blut wird fließen, das wohl zu besseren Zwecken aufgespart bleiben dürfte, und im Innersten meiner Seele bin ich überzeugt, daß kaiserliche Hoheit um jeden Preis das Blut solcher Jünglinge schonen wollen." — Dekan Lerch sprach hierauf: „Kaiserliche Hoheit! Wir sind Familienväter, aber wir verlassen Weib und Kind, und stellen uns in die Reihen der Studenten, um vereint mit ihnen kräftig für Ruhe und Sicherheit zu wirken." — Notar Dr. Schilling fügte hinzu: „Die Gesinnungen, die wir hier aussprechen, sind die allgemeinen, sind die des Volkes, denn wir Aerzte haben es mit allen Klassen der Bevölkerung zu thun. Wir besuchen die Paläste der Großen und die Hütten der Armen, und jedes Wort, das kaiserliche Hoheit aus unserem Munde vernehmen, ist das Echo der Volksreden, der Volksgedanken." — Erzherzog Ludwig, der noch nicht ganz überzeugt zu sein schien, wendete sich einen Augenblick zu einer anderen im Saale stehenden Gruppe. Dr. Engel richtete seine Worte alsdann an den trefflichen Kolowrat und beschwor denselben, seine gütige Mitwirkung nicht zu versagen und dahin wirken zu wollen, daß die Deputation nicht vergebens auf die Universität zurückkehren müsse, weil sonst das Traurigste zu befürchten wäre. Auch war es der herrliche Greis, welcher den Erzherzog wieder der Deputation zuführte und durch seine Rücksprache bewirkte, daß dieselbe in freundlichen Worten, die einen günstigen Erfolg erwarten ließen, zu kurzem Harren ins Vorzimmer beschieden wurde. Notar Dr. Schilling trennte sich nun von der Deputation, und eilte zurück in die Universität, um den wahrscheinlich günstigen Erfolg dort im Voraus zu berichten.

Dekan Lerch und Dr. Engel blieb zurück, um die Entscheidung abzuwarten. Mit dem peinlichsten Gefühle bemerkten sie auf einer im Vorzimmer befindlichen Uhr, daß ein Viertel auf neun vorüber sei, und nur noch drei Viertelstunden zwischen dem ruhigen Jetzt und der nahen, vielleicht tragisch werdenden neunten Stunde lägen. Da trat ein athemloser Bürger-Officier in die Antichambre mit dem Ausrufe: „Aus dem Polizei-Direktions-Gebäude ist abermals gefeuert worden, die Kugeln pfiffen hart an mir vorüber; ein Mann ist getödtet, ein zweiter verwundet worden; dem Unheil muß gesteuert werden.“ Im dumpfen Chore riefen die Bürger-Officiere: „Zu spät, zu spät!“ Dr. Engel, der die kostbare Zeit unter den quälendsten Gefühlen verrinnen sah, sprach nun zum Dekan: „Werden wir nicht baldigst hineingerufen, so öffne ich die Thüre, denn Beobachten der Etikette wäre hier eine Versündigung an der Weltgeschichte.“ Im selben Momente öffneten sich die Flügelthüren und man berief die Deputation zum Eintritte. Mitten im Saale stand Fürst Metternich, umgeben von einer Gruppe Bürger-Officiere, an die er folgende Worte richtete: „Meine Herren! wenn Sie glauben, daß ich dem Staate durch meinen Rücktritt einen nützlichen Dienst erweise, so bin ich mit Freuden erbötig, zurückzutreten.“ Ein Bürger-Officier erwiderte ihm hierauf: „Durchlaucht! Wir haben durchaus nichts gegen Ihre Person, aber Alles gegen Ihr System, und darum müssen wir Ihren Rücktritt mit Freuden begrüßen.“ Fürst Metternich erwiderte hierauf mit einer für einen solchen Moment unbegreiflichen Ruhe und Würde: „Ich erkläre Ihnen abermals, daß ich, da ich nach Ihrer Meinung durch meinen Rücktritt dem Staate nütze, mit tausend Freuden solchen effektuire.“ Dekan Lerch und

Dr. Engel gelangten hierauf in die unmittelbare Nähe Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Ludwig, der folgende Frage an sie richtete: „Wenn ich die Studenten bewaffne, können Sie mir auch dann dafür haften, daß die Waffen wirklich nur für die Sicherheit der Stadt gebraucht werden, daß nicht fremdes, vielfach jetzt herumschleichendes Gesindel sich unter die Studenten mische, und so zum Unheil friedlicher Bewohner gerüstet werde?" — Dekan Lerch erwiderte: „Kaiserliche Hoheit! Ich bin Familienvater, aber mit Freuden lege ich mein Haupt auf den Block, denn ich kann haften für den biederen Charakter der Studenten." — Engel setzte hinzu: „Lassen kaiserliche Hoheit die Studenten bewaffnen und behalten Sie uns hier; wenn in den nächsten 24 Stunden die Universitätsjugend ihre Wehr zu anderem Zwecke als für das Kaiserhaus und für Sicherheit und Ruhe der Stadt verwendet, so mögen Sie uns füsiliren lassen." — Der Erzherzog, durch die Wärme dieser Versicherungen bewegt, willigte endlich ein, die Bewaffnung am Morgen des anderen Tages vornehmen zu lassen. Bestürzt entgegnete man ihm hierauf, daß hierdurch der angedeutete Zweck gänzlich vereitelt, und die verderblichen Scenen, denen wir vorbeugen wollten, nicht verhütet würden. Graf Kollowrat zeigte zur Beruhigung den bereits geschriebenen Befehl, dem jedoch die bekräftigende Unterschrift des Kaisers fehlte. Warum diese nicht eingeholt, warum kein zur Ausführung des Befehls nöthiger Adjutant herbeigerufen werden konnte? — blieb unbekannt.'

Wie sich erwarten ließ, waren die Studenten mit dem Erfolg dieser Deputation nicht vollkommen zufrieden; sie forderten aufs Dringendste die sofortige Bewaffnung und setzten

dieselbe auch in der That durch, indem sie einen der höheren Universitäts-Beamten, den Baron Sommaruga, bewegten, vom Bürgermeister die Bewaffnung der Studentenschaft aus dem bürgerlichen Zeughause zu fordern.

Diese wurde bewilligt und bei Fackelschein in Gegenwart mehrerer Bürgergarden-Offiziere vorgenommen.

Vom bürgerlichen Zeughaus zogen die Studenten ni Reihe und Glied, unter dem Jubelruf des Volkes, wieder nach der Universität, wo sie ihr Hauptquartier aufschlugen, um vereint mit der Bürgergarde Patrouillen durch die Stadt zu schicken.

Dies war auch in der That eine im höchsten Grade nothwendige Maßregel, denn mit der einbrechenden Dunkelheit hatte die Bewegung des in dichten Massen durch alle Straßen fluthenden Volkes einen besorglichen Charakter angenommen; besonders war dies in den Vorstädten der Fall.

In der Wuth über die verschiedenen Angriffe des Militairs war das Volk durch die Straßen gezogen und hatte hier und da, besonders bei mißliebigen Kreaturen des Fürsten Metternich, die Fenster eingeworfen, so wie anderen Unfug verübt.

Aber auch außerdem waren vielfache ärgere Uebergriffe geschehen. In den Vorstädten in Wieden und Mariahilf stürmte ein beutelustiger Pöbel unter dem Ruf: Brod! Brod! mehrere Bäckerläden, und steckte sogar einige Fabriken in Brand, weil die Fabrikherren als unmenschliche Arbeitsgeber bekannt waren. Die Gaskandelaber wurden umgebrochen, die Röhrenleitungen beschädigt, die städtischen Barrieren zerstört und überhaupt mancher andere Unfug betrieben. Nur durch ein kräftiges Einschreiten der Bürger und Studenten

wurde das weitere Umsichgreifen dieser Excesse verhindert. Die ganze Stadt mußte erleuchtet werden, theils damit man im Falle eines Kampfes Licht habe, theils um den Pöbel-Excessen zu steuern, welche durch das Dunkel der Nacht begünstigt wurden.

Die Wuth des Volkes hatte sich besonders gegen einige Fabriken, gegen die Tabaks-Niederlagen der Regierung *) und gegen die Zollhäuser gerichtet; der Zerstörungslust wurde jedoch bald durch die Patrouillen bewaffneter Bürger und Studenten Einhalt gethan.

Das Volk fügte sich den Anordnungen dieser neuen bewaffneten Macht in den meisten Fällen gern; wo dies nicht geschah, wurden die Widersetzlichen gefangen, wobei fast immer das Volk selbst hülfreiche Hand leistete.

Einen großen Antheil an der schnellen Beruhigung des Volkes hatten besonders auch zwei kaiserliche Rescripte, welche in Wien des Abends gegen 9 Uhr bekannt wurden und in der ganzen Stadt einen unendlichen Jubel erregten.

Das eine betraf die Studenten- und Bürgerbewaffnung; es lautet:

„Um die Ruhe in dieser seit gestern bewegten Residenzstadt zu sichern, haben Se. Majestät der Kaiser auch die Bewaffnung der Studirenden, mit Ausschluß aller Ausländer, und unter zweckmäßiger Regelung anzuordnen geruht. Se. Majestät erwarten, daß alle Bürger durch Einreihung in die Bürgercorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken werden. Se. Majestät haben be-

*) Der Tabak ist nämlich in Oesterreich ein Monopol der Regierung, welche für theures Geld sehr schlechte Waare verkauft.

reits ein Comité zur Erwägung des Zeitgemäßen zusammengesetzt, und werden demselben nicht allein ständische, sondern auch andere Mitglieder aus dem Bürgerstande beigeben. Se. Majestät erwarten, daß in dieser Maßregel ein neuer Beweis der väterlichen Fürsorge erkannt werde und daß die Ruhe zurückkehren wird. Mit Bedauern würden sonst Allerhöchstdieselben die Strenge der Waffen eintreten lassen."

Das zweite meldete die Entlassung des Fürsten Metternich in folgenden wenigen Worten:

„Der geheime Haus-, Hof- und Staatskanzler Fürst von Metternich hat seine Stelle in die Hände Sr. Majestät des Kaisers niedergelegt."

Beide Rescripte wurden durch Eckenanschläge am folgenden Tage zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und erregten unter der Bevölkerung der Residenz eine allgemeine, enthusiastische Freude; besonders aber die Entlassung des Fürsten Metternich.

„Metternich ist entlassen!" so tönte es wie ein Jubelruf durch alle Straßen Wiens, und Jeder beeilte sich, die frohe Nachricht weiter zu tragen, daß der Träger des deutschen Absolutismus, der Mann, der so lange die Völker Oesterreichs geknechtet hatte, endlich aus seiner einflußreichen Stellung verdrängt und dadurch unschädlich gemacht worden sei.

Die Wuth, der Haß gegen den Fürsten machten sich auch in einigen Erceſſen Luft. In der Kärntnerstraße wurden an zwei Kaufmannsläden, welche die Bezeichnung: „Zum Fürsten Metternich", trugen, die Schilder herabgerissen; an andere Schilder mit derselben Bezeichnung wurden vom Volke gewaltige Galgen gemalt, und in der prachtvollen Villa des

Fürsten am Rennwege wurden die Fenster und Möbeln demolirt. Aber auch diese Excesse waren nicht von langer Dauer oder großer Bedeutung, denn schon bald nach Mitternacht stifteten Patrouillen von Bürgern und Studenten Ruhe und Ordnung auch in diesen Theilen der Stadt.

Fürst Metternich selbst fand es gerathen, sich nicht der Wuth des Wiener Volkes auszusetzen; er verließ heimlich die Stadt und floh nach England, und er that wohl daran, denn der Haß gegen ihn war so ungeheuer, daß wohl zu erwarten stand, das Volk würde in seiner Wuth den Fürsten, wenn es ihn bekommen könnte, ermorden. Mit dem Fluche der ganzen Nation, die er so lange geknechtet, beladen, mußte der gewaltige Staatsmann flüchtigen Fußes sein Vaterland verlassen, um in England ein Asyl zu suchen! —

So war denn fast ohne Blutvergießen der erste Tag der Wiener Revolution beendet, schon hatte der Kaiser einige Forderungen des Volkes bewilligt, und da jetzt Metternich, die Seele des österreichischen Absolutismus, bei Hofe fehlte, so glaubte das Volk auch für seine übrigen Forderungen auf Nachgiebigkeit hoffen zu dürfen.

Werfen wir jetzt noch einen Blick zurück auf die Ereignisse dieses denkwürdigen Tages, so erscheint allerdings die schnelle Nachgiebigkeit des Kaisers gegen die Forderungen des Vokles fast wunderbar, zumal da überall, wo an diesem Tage ein kurzer Kampf zwischen dem Volke und den Truppen stattgefunden hatte, das Volk schnell besiegt und auseinander getrieben worden war.

Nur die natürliche Gutmüthigkeit des verstandesschwachen Kaisers, dem ein Blutvergießen im Innersten seiner Seele zuwider war, einerseits, und die gänzliche Rath- und That-

losigkeit, welche sich des aus seiner geträumten Sicherheit durch die Revolution plötzlich aufgerüttelten Hofes bemächtigt hatte andererseits, macht diese schnelle Nachgiebigkeit einigermaßen erklärlich.

Die Augsburger Allgemeine Zeitung vom 22. März giebt uns eine interessante Schilderung der grenzenlosen Verwirrung, welche am 13. in der Burg herrschte:

„Schon am 13. war die Verwirrung am Hofe groß; Erzherzog Albrecht und Wilhelm, und der Herzog von Modena, welche zu den energischsten Maßregeln, zu Kavallerie-Chargen, Kanonen- und Kartätschenfeuer gegen das brausende Volk riethen, konnten nicht durchdringen und fanden kräftigen Widerspruch; Erzherzog Ludwig, sonst die Seele so vieler Beschlüsse, schien vollkommen den Kopf verloren zu haben; der Kaiser selbst war ruhig und stimmte zu Maßregeln der Milde, worin er besonders durch die Erzherzogin Sophie, Mutter des künftigen Herrschers, unterstützt wurde. Metternich war schon ganz schweigsam geworden, er schien resignirt die Dinge zu erwarten, die da kommen sollten, fürchtete sich aber scheinbar nicht. Als jedoch die Nachricht vom Blutvergießen auf den Straßen durch die kaiserlichen Gemächer drang, schien Alles wie vom Donnerschlage getroffen. Die Rathlosigkeit nahm überhand, als man von der Bewaffnung des Volkes hörte, und schon jetzt drangen überwiegende Stimmen auf Metternichs augenblickliche Entlassung. Unterdeß kam Deputation nach Deputation, um dem Kaiser persönlich die Lag der Stadt und die Wünsche des Volkes ans Herz zu legen. Man zauderte, man zögerte, und gab der zweiten Deputation ein besseres Resultat, als die erste erlangt hatte.“

Wo eine solche Rathlosigkeit unter der nächsten Umgebung

des Kaisers herrschte, konnte von einer Energie im Handeln natürlich nicht die Rede sein. Fürst Metternich, der seiner ungezügelten Herrschsucht wegen bei den Gliedern der kaiserlichen Familie selbst nichts weniger als beliebt war, sah sich plötzlich allein, ohne alle Unterstützung, und so blieb ihm zuletzt nichts Anderes übrig, als eine schimpfliche Flucht, wenn er der Ermordung durch das wild aufgeregte Wiener Volk entgehen wollte. Verkleidet flüchtete der Fürst in der Nacht vom 13. zum 14. März in den Palast des Fürsten Liechtenstein, und von dort in der Frühe des Morgens unter einer starken Husaren-Begleitung aus der Stadt.

3.

Der Morgen des 14. März brach an und mit ihm ein wogendes Leben, wie sonst kaum je in den Straßen Wiens. Alle Läden waren geschlossen, alle Geschäfte ruhten, Jedermann ging auf die Straße, um die unerhörten Neuigkeiten der vergangenen Nacht zu vernehmen.

Besonders bewegt war das Leben in der Nähe des Zeughauses, wohin nicht nur die Studenten und Bürger, sondern auch Arbeiter aller Art strömten, um sich Waffen zu holen, welche ihnen auch bereitwillig ausgetheilt wurden.

Schon gegen 11 Uhr war das Zeughaus fast leer, über 30,000 Gewehre waren ausgetheilt, und dadurch war der Revolution in der That ein Siegel aufgedrückt, denn die Regierung konnte nun nicht mehr daran denken, dem Volke die verlangten Freiheiten vorenthalten zu wollen, sie war dazu der ungeheuren Macht des bewaffneten Volkes gegenüber mit ihren unbedeutenden Militairkräften gar nicht mehr im Stande.

Vom Zeughause zogen die bewaffneten Bürger und Studenten ab und formirten sich zu Bataillonen zu etwa 200 Mann; wo diese durch die Straßen zogen, wurden sie mit unendlichem Jubelruf empfangen. Fein gekleidete Damen warfen ihnen weiße Bänder zu, welche die neuen Bürger-Gardisten als Friedenszeichen ins Knopfloch knüpften.

Am Morgen des 14. November waren die Wachen in der ganzen Stadt noch vom Militair besetzt gewesen, nur an den Thoren hatten die Studenten Posten eingenommen; jetzt aber zogen Bürger und Studenten gemeinsam zur Ablösung des Militairs vor und besetzten die Hofburg und die meisten übrigen Wachen; selbst vor dem Hofkriegsgebäude, in dessen Innern sich die gesammte Generalität befand und welches durch vier aufgefahrene Kanonen geschützt war, stellten sich starke Abtheilungen der vereinigten Bürger- und Studentenwehr auf.

An den Straßenecken erschien jetzt neben den schon in der vorigen Nummer mitgetheilten Proclamationen über die Abdankung Metternichs und die Bewaffnung der Studenten folgende Proclamation:

„Die gegenwärtigen Ereignisse berühren das Wohl des Staates ebenso, wie das der Stadt Wien; sie bedürfen einer besonnenen Entwickelung, und es ist daher im Interesse der Gesammtheit und der Einzelnen von höchster Wichtigkeit, daß Ruhe, Ordnung und Sicherheit bewahrt werden. Dies fordert das allgemeine Beste, dies fordert die Ehre der wackern und patriotischen Bewohner Wiens.

Zu diesem Behufe haben Se. k. k. Majestät bereits die Bewaffnung der Studirenden allergnädigst zu gestatten, und die Erwartung auszusprechen geruht, daß alle Bürger durch

Einreihung in die Bürgercorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe kräftig mitwirken werden.

Diese Maßregeln, diese heilsamen Bestrebungen der Studirenden und der Bürgerschaft müssen aber auch von allen übrigen Bewohnern Wiens thätigst unterstützt werden. Es werden daher alle Haus- und Familienväter, alle Inhaber von Fabriken und Werkstätten aufgefordert, ihre Angehörigen und Untergebenen, insofern sie nicht zur regelmäßig bewaffneten Einwohnerschaft gehören, zu Hause zu erhalten, um die Menschenmenge auf den Straßen nicht zu vermehren, wodurch die wünschenswerthe Gestaltung der Dinge gehindert oder doch vielleicht verzögert werden könnte. Die Behörden und die achtbare Bewohnerschaft Wiens werden keine Anstrengungen scheuen; sie rechnen auf das gemeinnützige Zusammenwirken Aller.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,
k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

Mit ungeheuchelter Freude wurde von allen Wienern diese Nachgiebigkeit des Kaiserhauses gegen den Volkswillen aufgenommen; es herrschte in der Stadt eine Freude, welche nur getrübt wurde durch die Nachricht von Excessen, welche in den Vorstädten von herumziehenden Plündererhaufen begangen wurden.

In den Vorstädten hatten sich abermals Schaaren zusammengefunden, welche Fabriken zerstörten und Bäckerläden plünderten. Nur durch das thatkräftige Einschreiten der bewaffneten Studenten und Bürger konnten diese Rotten, welche die Freiheitsbewegung schändeten, unterdrückt werden. Freilich kostete dies einige Kämpfe und das Opfer manches Menschen-

lebens; aber es wurden dafür Schaaren jener Plünderer gefangen genommen und den Gefängnissen überliefert.

Es schien jetzt, als sollte die Ruhe und der Frieden der Stadt Wien vollständig wieder hergestellt werden; da erschien am Mittage folgende Proclamation der Regierung, welche plötzlich wieder alle Gemüther in die wildeste Aufregung brachte:

„Se. Majestät der Kaiser haben die Bewegung des gestrigen Tages durch Gewährung einiger Ihm vorgebrachten Bitten, in der festen Hoffnung und im Vertrauen auf die Ihm von den Ständen, den Bürgern und dem akademischen Senate gegebene Versicherung zu gewähren geruht, daß dadurch die Ruhe und Ordnung ohne weitere Anwendung der Waffengewalt hergestellt werden wird. Heute werden abermals Bitten gestellt und die nämlichen Zusicherungen wiederholt, obgleich die Dinge sich noch beunruhigender gestalten, als gestern.

Die Festigkeit des Thrones wäre erschüttert, wollten Sich Se. Majestät abermals täuschenden Hoffnungen hingeben. Die zeitgemäßen Einrichtungen, welche Se. Majestät so eben in Ueberlegung nehmen lassen, können während des Zustandes der Aufregung unmöglich berathen werden, noch weniger ins Leben treten; es liegt daher im Interesse der Bittenden selbst, sich ruhig zu verhalten und dadurch den Zeitpunkt möglicher Gewährung herbeizuführen.

Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Majestät die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall-Lieutenant Alfred Fürsten von **Windisch-Grätz** zu übertragen **und demselben alle Civil- und**

Militair-Behörden unterzuordnen geruht, mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke nothwendigen Vollmachten.

Se. Majestät erwarten von der stets bewährten Treue und Anhänglichkeit der gesammten Bürgerschaft, daß sie, vereint mit Ihren tapfern Truppen, die Bestrebungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterstützen werden.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,

k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

Alle Civil- und Militair-Behörden wurden durch dieses Dekret dem Fürsten von Windisch-Grätz untergeordnet, und dadurch Wien gewissermaßen in Belagerungs-Zustand erklärt.

Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wurde dem Fürsten von Windisch-Grätz übertragen, einem Manne, welcher bekannt war als der eifrigste Anhänger des alten Systems, einem Manne, dem der Haß des Volkes von Prag, wo er früher gestanden hatte, nach Wien gefolgt war.

Das Volk hatte in jubelnder Freude die Concessionen der Regierung empfangen, es hatte auf weitere Nachgiebigkeit gehofft; besonders hatte sich der Wunsch nach Preßfreiheit überall in Wien laut ausgesprochen, und jeden Augenblick erwartete man die Bewilligung derselben durch den Kaiser, ja, von Zeit zu Zeit ging das Gerücht durch die Stadt, der Kaiser habe nachgegeben und die Preßfreiheit bewilligt.

Da erschien plötzlich die mitgetheilte Proclamation statt der erwarteten Preßfreiheit, die Regierung drohte einem Volke, welches eben die Waffen empfangen hatte und sich jetzt seiner Macht bewußt war.

Eine furchtbare, mit jedem Augenblick wachsende Aufregung in der ganzen Stadt war die natürliche Folge dieses unklugen Benehmens. „Die Preßfreiheit wird nicht gegeben!" „Metternich kommt zurück!" „Erzherzog Albrecht sammelt die Truppen gegen das Volk!" so tönte es in allen Straßen, und wieder bereitete das Volk sich zum Kampf vor, fest entschlossen, sich die einmal erworbenen Rechte nicht nehmen zu lassen und keinen Kampf zu scheuen für die Freiheit.

Die kaiserlichen Proclamationen wurden mit Wuth von den Ecken gerissen und mit den Füßen getreten. Auf allen freien Plätzen der Stadt sammelten sich gewaltige Menschenmassen und beriethen, was zu thun sei, die Versammlungen beschickten sich gegenseitig durch Deputationen, um gemeinsam zu handeln.

Eine solche Versammlung, fast nur aus angesehenen Bürgern bestehend, war auch am Nachmittage in der Reitschule zusammengetreten und hatte beschlossen, eine Deputation an den Kaiser zu schicken, welche die Errichtung einer ordnungsmäßigen National-Garde und die Gewährung der Preßfreiheit erbitten sollte. An der Spitze der Deputation stand der allgemein geachtete Fabrikant von Arthaber.

Die National-Garde wurde sofort bewilligt und der sehr beim Volk beliebte Graf Hoyos zum Kommandanten derselben ernannt; auch die Preßfreiheit wurde gegen Abend nachgegeben und Beides durch die folgenden zwei Proclamationen, welche jedoch erst am 15. März an die Ecken angeschlagen werden konnten, bekannt gemacht:

„Se. Majestät haben die Errichtung einer National-Garde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutze der Personen und des

Eigenthumes, und zwar unter den Garantieen, welche sowohl der Besitz als die Intelligenz dem Staate darbieten, zu bewilligen geruht, und versehen Sich von der Treue und der Ergebenheit Ihrer Unterthanen, daß sie dem ihnen bewiesenen Vertrauen entsprechen werden.

Zugleich haben Se. Majestät Ihren Obersjägermeister und Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Hoyos zum Befehlshaber der National-Garde ernannt.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,
k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

„Se. k. k. apostolische Majestät haben die Aufhebung der Censur und die alsbaldige Veröffentlichung eines Preßgesetzes allergnädigst zu beschließen geruht.

Wien, am 14. März 1848.

Johann Talatzko Freiherr von Gestieticz,
k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident."

Es war in der That die höchste Zeit, daß die Regierung abermals nachgab, denn schon wurden die in den verschiedenen Theilen der Stadt befindlichen Versammlungen im höchsten Grade ungeduldig, und es war vorauszusehen, daß ohne die Nachgiebigkeit des Kaisers Wien in kurzer Zeit wieder der Schauplatz eines Kampfes, und zwar eines weit furchtbareren als am 13. März, geworden wäre.

Als jedoch die neuen Bewilligungen des Kaisers bekannt wurden, nahm plötzlich, wie mit einem Zauberschlage, die ganze Stadt ein anderes Ansehen an.

Studenten mit weißen Fahnen, auf denen in großen Buchstaben das Wort „Preßfreiheit" zu lesen war, zogen durch die Stadt und verbreiteten so die Nachricht von der

neuen Errungenschaft der Revolution in allen Gegenden Wiens.

Ein ungeheurer, allgemeiner Jubel erhob sich, und derselbe wurde noch erhöht, als bekannt wurde, daß der Polizei-Präsident Graf Sedlnizki und der Bürgermeister Czapka, zwei der verhaßtesten Kreaturen Metternichs, ihr Amt niedergelegt hatten und aus Wien entflohen waren.

Auch Erzherzog Albrecht, auf dem, weil er am 13. März zuerst auf das Volk hatte schießen lassen, der Haß jetzt besonders ruhte, hatte sich nach Niederlegung seiner Aemter aus Wien entfernt.

Der Jubel, die Freude war groß in ganz Wien. Eine Volksmasse von wohl 20,000 Menschen wälzte sich vor die Hofburg und brachte dort dem Kaiser, zu dem sich die Liebe des Volkes verdoppelt hatte, begeisterte Lebehochs. —

Wer hätte wohl damals ahnen können, daß nur wenige Monate später die schöne Stadt Wien von demselben Kaiser durch den Schlächter-Fürsten Windisch-Grätz in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandelt werden würde! —

Das Volk überließ sich damals jenem Hochgefühl des Glückes, der Freude, wie alle übrigen Völker in ganz Deutschland nach der Revolution, es vertraute der Ehrlichkeit und dem guten Willen der Machthaber, ohne zu bedenken, daß diese nur aus Furcht vor der augenblicklichen Macht des Volkes den Forderungen desselben nachgegeben hätten, ohne zu bedenken, daß die Geschichte den Völkern stets die wichtige Lehre gegeben hat, nie den Fürsten zu vertrauen, sondern stets mit Mißtrauen alle Worte und Versprechungen der Gewalthaber aufzunehmen, jene Versprechungen, welche dieselben in der Zeit der Gefahr zu geben so bereitwillig sind, welche sie aber stets brechen,

wenn sie sich wieder sicher fühlen, wenn sie die Zügel des Regiments wieder fest in der Hand zu haben glauben.

Das glaubte man aber in den schönen Märztagen nicht in Deutschland, die Geschichte anderer Länder war dem deutschen Volke keine Lehre gewesen, es vertraute im Hochgefühl seines eigenen Edelmuthes seinen Fürsten, und es wurde getäuscht; am bittersten und grausamsten aber von allen deutschen Völkern das unglückliche Volk von Wien.

4.

Auch am Morgen des 15. März glich Wien wieder einem großen Festhause, und wenn nicht die gewaltigen Massen der bewaffneten Bürger und Studenten, welche überall versammelt waren, um über die junge Freiheit zu wachen, wenn nicht der ungewohnte Anblick der auf Stühlen und Tischen in jeder Straße, auf jedem Platze stehenden und zum Volke mit begeisterten und begeisternden Worten sprechenden Redner an die Revolution erinnert hätte, es wäre nicht möglich gewesen, an die Blutscenen der vergangenen Tage zu denken.

Schon am Morgen erschien folgende Proclamation:

„In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände Unserer deutschen und slavischen Reiche, so wie die Central-Congregationen Unseres lombardisch-venetianischen Königreiches durch Abgeordnete in der Absicht um Unseren Thron zu versammeln, Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Beirathes zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen An-

ordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3. Juli l. J. stattfinden könne.

Wien, am 14. März 1848.

Ferdinand m. p."

Das war nicht das, was das Volk wünschte und hoffte. Bis zum 3. Juli war eine lange Zeit, und außerdem hatte sich mit jeder Stunde der Wunsch nach einer constitutionellen Regierung mit einer größeren Entschiedenheit hervorgestellt.

Schon begann wieder eine gewisse Mißstimmung sich unter der gährenden Masse zu zeigen; aber dieselbe schwand augenblicklich, als am Morgen gegen 11 Uhr der Kaiser in Begleitung des Erzherzogs Franz Karl und dessen ältesten Sohnes Franz Joseph (des jetzigen jungen Kaisers) eine Rundfahrt durch die Stadt machte.

Im offenen Kaleschwagen fuhr der Kaiser durch die Straßen unter dem unendlichsten Jubel des Volkes, welches er fortwährend freundlich grüßte. Auf dem gutmüthigen Gesicht des Kaisers lag eine solche Zufriedenheit und Freude über das Glück des jubelnden Volkes ausgeprägt, daß gewiß selbst der Argwöhnischste sich sagen mußte, der Kaiser meine es mit seinen Versprechungen ehrlich.

Freilich, der Kaiser meinte es ehrlich. Der gutmüthige, aber verstandesschwache Mann war nicht im Stande, sich zu verstellen, er freute sich wahrhaft und innig über das Glück des Volkes; aber das war keine Garantie für die Zukunft, denn der Kaiser selbst war bei seiner an Blödsinn grenzenden Verstandesschwäche nichts, als ein willenloses Werkzeug einer aristokratischen Hof-Partei, welche zwar für den Augenblick sich dem Volkswillen gefügt hatte, aber auch eben nur für den Augenblick.

Dies bedachte das Volk nicht, und es jubelte daher aus vollem Herzen, sowohl dem Kaiser selbst, als den ihn begleitenden Erzherzögen zu.

Der Kaiser kehrte in die Hofburg zurück, glücklich über die ihm gespendeten Freuden- und Liebesbezeigungen; er vollzog sogleich eigenhändig eine Proclamation, in welcher er dem Volke das Versprechen einer Constitution gab. Diese Proclamation wurde sofort reitenden Herolden übergeben, welche sie in allen Straßen der Stadt ausrufen mußten; sie lautet:

„Wir **Ferdinand** der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren, gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol ꝛc. ꝛc. haben nunmehr solche Verfügungen getroffen, die Wir als zur Erfüllung der Wünsche Unserer treuen Völker erforderlich erkannten. Die **Preßfreiheit** ist durch Meine Erklärung der Aufhebung der Censur in derselben Weise gewährt, wie in allen Staaten, wo sie besteht. Eine National-Garde, errichtet auf den Grundlagen des Besitzes und der Intelligenz, leistet bereits die ersprießlichsten Dienste. Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzial-Stände und der Central-Congregationen des lombardisch-venetianischen Königreiches **in der möglich kürzesten Frist** mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzial-Verfassungen zum Behufe der von Uns beschlossenen **Constitution des Vaterlandes** ist das Nöthige verfügt.

Sonach erwarten Wir mit Zuversicht, daß die Gemüther sich beruhigen, die Studien wieder ihren geregelten Fortgang nehmen, die Gewerbe und der friedliche Verkehr sich wieder beleben werden. Dieser Hoffnung vertrauen Wir um so mehr, als Wir Uns heute in Euerer Mitte mit Rührung überzeugt haben, daß die Treue und Anhänglichkeit, die Ihr seit Jahrhunderten Unseren Vorfahren ununterbrochen, und auch Uns bei jeder Gelegenheit bewiesen habet, Euch noch jetzt, wie von jeher beseelet. Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, den fünfzehnten März, im Eintausendachthundertachtundvierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

(L. S.)

Karl Graf von Inzaghi,
Oberster Kanzler.

Franz Freiherr von Pillersdorff,
Hofkanzler.

Joseph Freiherr von Weingarten,
Hofkanzler.

Nach Sr. k. k. apostol. Majestät höchst eigenem Befehle:

Peter Edler von Salzgeber,
k. k. Hofrath."

Der Jubel, welchen die Verkündigung der Constitution im Volke hervorrief, ist kaum zu beschreiben, und er wurde noch gehoben, als fast zu gleicher Zeit mit der Verkündigung der Erzherzog Palatin und gleich nach demselben die Deputation des ungarischen Reichstages, geführt von Ludwig Kossuth und dem Grafen Batthyany, in Wien eintraf.

Die Deputation wurde von der neu begründeten National-Garde, in welcher alle Stände Wiens vertreten waren, in welcher der Fürst und Graf als Gemeiner neben dem Arbeiter standen, und von einer ungeheuren jubelnden Volksmenge empfangen.

Aus allen Theilen der Stadt strömte das Volk zusammen mit Hunderten von Fahnen, und bald bildete sich ein wahrer Triumphzug, welcher durch die glänzend erleuchteten Straßen nach der kaiserlichen Hofburg zog.

Das mit Blumen bekränzte Bild des Kaisers wurde der Menge vorangetragen, und aus allen Fenstern wehten ihm Mädchen und Frauen, einstimmend in den allgemeinen Jubel, mit weißen Tüchern entgegen.

Es herrschte eine Freude, ein Glück, wie es kaum zu beschreiben, und selbst die italienischen Grenadier-Regimenter, welche doch am Tage vorher gegen das Volk hatten feuern müssen, stimmten mit donnerndem Hurrahruf in den Jubel des Volkes ein, als der Zug an ihnen vorüber kam.

Mit jeder Minute hatte sich der glänzende Zug vergrößert; er bestand, als er auf dem Josephsplatz ankam, aus mehr denn 100,000 Menschen, jeden Alters, aller Standesklassen; die versammelte National-Garde allein wurde auf etwa 40 bis 50,000 Mann geschätzt.

Als der Zug, von Fackeln und Musik begleitet, sich auf dem Josephsplatz aufgestellt hatte, erschien der Kaiser, umgeben von seiner Familie, auf dem Balkon der kaiserlichen Bibliothek. Er brachte selbst ein Lebehoch aus auf die Nation und die Constitution! —

Da wollte denn der Jubel des Volkes gar nicht enden. Ein Hurrah-, ein Lebehochrufen in allen Sprachen der öster-

reichischen Monarchie ertönte auf dem weiten Platz, wie man es sonst in Wien wohl nie gehört hatte.

Eine Deputation der Bürger von Wien benutzte die günstige Gelegenheit und übergab unter dem Beifallruf des Volkes dem Kaiser die folgende günstig aufgenommene Dank-Adresse:

„Hoch lebe unser constitutioneller Kaiser! Hoch, hoch, hoch! Zum Himmel dringe unser Jubel, und der Allmächtige, welcher die Schicksale der Völker lenket, vernehme unsere innigsten Gebete, daß er lange erhalte unseren gütigen Vater, daß er segne die Regierung, getragen von der Liebe eines treuen Volkes, welches Blut und Leben für seinen großherzigen Kaiser, für seine Freiheit geben und allen Stürmen der Zeit trotzen wird. Majestät! Wir Oesterreicher werden beweisen, daß wir der Freiheit würdig sind, werden es beweisen in dem festen Verbande mit allen unseren Brüdern, welches Stammes und welcher Sprache sie sind; wir werden es beweisen Angesichts von Europa, welches nun an uns einen Fels erkennen wird; zeigen gegen jeden Feind der Intelligenz und Selbstständigkeit. Ew. Majestät! Wir getreuen Bürger beugen unser Knie vor unserem im neuen Glanze thronenden Kaiser Ferdinand!"

Von dem Josephsplatz wendete sich dann der glänzende Zug, das blumenbekränzte Bild des Kaisers immer voraustragend, nach dem Palast des päbstlichen Nuntius, um hier Pius IX., dem ersten Gründer der europäischen Reform-Bewegung, ein jubelndes Lebehoch zu bringen.

Den ganzen Abend und die ganze Nacht blieb Wien in der lebhaftesten Freudenbewegung.

So war denn die Wiener Revolution beendet, Metternich war gestürzt, eine National-Garde, Preßfreiheit und eine Constitution bewilligt.

Dies waren die ersten Früchte der drei ereignißreichen Tage des 13., 14. und 15. März. Das Volk jubelte, es war zufrieden. Schon das Versprechen einer Constitution überhaupt genügte damals den bescheidenen Wünschen der Wiener; aber gar bald sollten sie einsehen, daß mit solchen leeren Versprechungen in der That nichts erreicht sei, daß eine constitutionelle Regierungsform ohne die breite Basis der allgemeinen Gleichberechtigung aller Staatsbürger, ohne demokratische, vor dem Mißbrauch der Gesetze schützende Institutionen von gar keinem Werth sei.

Drittes Kapitel.

1.

Mit dem kaiserlichen Versprechen der Constitution war die Revolution beendet und Wien überließ sich jetzt ganz dem Taumel des Entzückens, welcher fast alle Bewohner der Stadt ergriffen hatte.

Das alte Wien war fast nicht mehr wiederzuerkennen; auf allen Straßen Volksredner, während früher jedes freie Wort von Spionen überwacht und streng bestraft worden war, überall Knaben, welche censurfreie Gedichte und Broschüren verkauften, während früher die Censur den Gedanken ärger geknechtet hatte, als irgendwo in Deutschland, so daß sogar noch wenige Tage vor der Revolution in der Ankündigung eines Stückes: „Der ermordete Wallenstein," das Wort ermordet vom Censor gestrichen worden war.

Aus allen Häusern wehten Fahnen, theils weiße, theils dreifarbige deutsche, alle Läden und Gewölbe waren wieder geöffnet, überall in der Stadt herrschte das regste Leben, die freudigste Bewegung, der sich die Bewohner Wiens um so mehr überlassen konnten, als die Erfolge des 13., 14. und 15. nur mit verhältnißmäßig geringen Opfern an Menschenleben erkauft worden waren *).

---

*) Das Namens-Verzeichniß der Gebliebenen enthält nur 28 Namen, darunter die von zwei Frauen. Es sind allerdings, besonders bei den Kämpfen gegen das Gesindel in den Vorstädten, noch manche Opfer gefallen, dieselben sind aber nicht als im Freiheitskampf gebliebenen zu betrachten.

Gegen den Kaiser zeigte sich im Volke auch nicht der geringste Groll, im Gegentheil die innigste Liebe. Man wußte sehr wohl, daß der gutmüthige, verstandesschwache Mann an dem früheren unheilvollen Regiment des Fürsten Metternich kaum irgend eine Schuld hatte.

Dies zeigte sich auch am 16. März, wo der Kaiser abermals eine Spazierfahrt durch die Stadt machte und überall mit den Zeichen der höchsten Liebe empfangen wurde; auch am Abend bei der glänzenden Illumination der Stadt gaben unzählige Transparente mit Inschriften die beredtesten Zeichen ab für die Liebe des Volkes zum Kaiser.

Am Vormittage des 16. März hatte das Volk von Wien noch ein schönes und seltenes Schauspiel.

Es zog nämlich die ungarische Deputation, begleitet von dem steten Jubelruf des in ungeheurer Masse versammelten Volkes, im glänzenden National-Costüm zu Fuß durch die Straßen Wiens nach der Hofburg, um dem Kaiser die Adresse des ungarischen Reichstages zu überbringen. Kossuth und Graf Ludwig Bathyany gingen dem Zuge voran, ihnen folgten die schönen, kräftigen, jugendlichen Gestalten der ungarischen Juraten.

Die Wünsche der Ungarn wurden von dem einmal zur Nachgiebigkeit gestimmten Kaiser im vollsten Maße erfüllt. Graf Ludwig Bathyany wurde mit der Bildung eines eigenen ungarischen Ministeriums beauftragt und Erzherzog Stephan, der Palatin von Ungarn, wurde zum kaiserlichen Kommissair, unabhängig von der Hofkanzlei, ernannt, so daß derselbe dadurch fast die Stellung eines Vicekönigs erhielt.

Froh über ihre Erfolge, verließen am 17. März die Ungarn Wien, nachdem sie vorher noch den Bewohnern der

Residenz in einer Proclamation ihren Dank ausgesprochen hatten.

Ueber den Abschied der Ungarn von Wien giebt die Allgemeine Zeitung folgende interessante Schilderung:

„Die ungarischen Magnaten haben uns diesen Vormittag verlassen; zwei Dampfschiffe, Hermine und Bela, waren für sie und die Juraten bestimmt. Ich war auf dem einen und sah hier noch den edlen Kossuth und den Grafen Bathyany, den nunmehrigen Premier des Königreichs. Kossuth, der Held des Tages, wurde von dem an dem Dampfschiffe stationirten Piket der Wiener National-Garde mit den militairischen Begrüßungen empfangen. Mit seiner zarten Frau am Arme ging er an der Reihe hinab und drückte dem Offizier und dem letzten Mann die Hand und sagte einige Worte zu ihnen. Die ungewöhnliche Rednergabe des Mannes wurde in diesen Tagen außerordentlich in Anspruch genommen. Kossuth ist von mittlerer Größe, fein gebaut und von leichtem Anstande. Sein Gesicht ist bräunlich, das Profil scharf, die Augen mild, ein lichtbrauner, gestutzter Bart umgränzt die Züge. Der nationale Ausdruck ist unverkennbar. Bathyany ist eine hohe Gestalt, der Kopf überaus schön. Man glaubt ein Bildniß Vandyks dem Rahmen entstiegen. Hohe Stirne, eine edle, etwas gebogene Nase, die Haut von bleicher Farbe, ein langer brauner Bart, der den Hals verdeckt. Die ungarische Mütze mit der Feder und der Attilarock stehen diesen Gestalten wundervoll. Die jungen schönen Juraten machten eben solchen Eindruck. Fast Keiner kam auf das Dampfboot, der nicht irgend eine Trophäe von zarter Hand mitbrachte, nicht Blumen, Schleifen, Tücher, Schleier, als Schärpe umgehängt, als Fahne oder an der Mütze trug.“

Am Mittage des 17. fand auch das feierliche Leichenbegängniß der Gebliebenen statt.

Schon gegen zwölf Uhr verließen die Bataillone von Studenten, National-Garden und anderen bewaffneten Corps, gefolgt von dicht gedrängten Menschenmassen, die Stadt, um durch das Schottenthor zur Alster-Vorstadt zu ziehen, wo die Leichen im allgemeinen Krankenhaus abgeholt und zum Friedhofe gebracht werden sollten. Auf dem Glacis und der Bastei standen die aus der Stadt gewichenen Truppen der Linien-Infanterie und Kavallerie, und die weite Fläche, welche die Stadt von den Vorstädten trennt, glich einem großen Kriegslager. Die Soldaten sahen ermattet und zum Theil mißmuthig aus, denn seit drei Tagen standen sie unter Waffen. Große Strohlager, welche man ihnen auf der Erde ausgebreitet hatte, dienten abwechselnd für die einzelnen Compagnieen zur Ruhestätte, wo sie schliefen oder zechten. Es dauerte zwei bis drei Stunden, ehe alle Züge der National-Garde, Bürger-Garde und Studenten zum Thore hinauskamen. Mehrere hundert Fahnen, theils improvisirt aus Fenster-Vorhängen und Drapperieen, theils den Zeughäusern entnommen, theils schön aufgeputzt — ein Geschenk von patriotischen Damen — wurden unter dumpfem Trommelklang einhergetragen. Viele derselben trugen bedeutsame Inschriften, als: „Ihr Blut hat uns die Freiheit errungen"; „Auf ihrem Grabe blühe unsere Freiheit"; „Standrecht gegen Raub und Brandanlegung"; „Verbrüderung der Nationen Oesterreichs in Freiheit"; „Slawa" (von den Böhmen getragen) u. a. Die meisten waren mit Myrthen- und Rosenkränzen umwunden. Die Leichen, 11 an der Zahl, waren in sieben Todtenwagen; die übrigen Gefallenen waren schon begraben, oder gehörten den Vorstädten

an. Die verschiedenen Abtheilungen der Bewaffneten, welche denselben vorangingen oder folgten, bestanden aus: 1) der alten Bürgergarde in vielen Bataillonen; 2) den vier Legionen der Studenten-, dem Juristen-, Mediciner-, Philosophen- und Techniker-Corps, zusammen etwa 4000; 3) den Akademikern, Malern und sonstigen Künstlern; 4) einem eigenen Corps der Böhmen; 5) einem 200—300 Köpfen starken Zuge von angehenden Geistlichen (Seminaristen) mit langem Talar und dreieckigen Hüten; 6) den bewaffneten und unbewaffneten Mitgliedern des Lesevereins; 7) unzähligen Abtheilungen der neuen Nationalgarde. Zusammen mochten es ohne Ueberschätzung 25—30,000 Bewaffnete sein. Am Grabe wurden einige treffliche Reden gehalten. So schloß diese denkwürdige Feier, die denkwürdigste Todtenfeier, welche je die Kaiserstadt erlebt. Für die Hinterlassenen der Gebliebenen und für ein großartiges Denkmal, welches man ihnen errichten will, sammelte man schon seit einigen Tagen; auch für die Dürftigen unter den Studenten, welche allenfalls der Unterstützung in diesen heißen Tagen bedurften, wurden bedeutende Summen gesammelt; Rothschild, Sina, Stametz-Meier und Arnstein und Eskeles allein gaben 15,000 fl. C.-M.

3.

Das eigentliche Revolutionsfieber der Wiener, der entzückende Siegestaumel, in welchem die ganze Stadt schwebte, legte sich natürlicher Weise bald, und machte einem ernsten, ruhigen Fortschreiten in der begonnenen staatlichen Entwickelung Platz.

Am deutlichsten zeigte sich diese bei den städtischen Behörden von Wien.

Der Magistrat von Wien war so wenig, als irgend ein anderer vormärzlicher Magistrat in Deutschland, geeignet gewesen, Vertrauen bei der großen Majorität des Volkes zu finden.

Als die Revolution hereinbrach, verlor die Behörde ganz und gar den Kopf und versank in eine vollständige Rath- und Thatlosigkeit. Sie wußte den zahlreich vom Volke an sie gelangenden Deputationen nicht das Geringste zu antworten, und machte es daher nöthig, daß die Deputations-Mitglieder selbst die Zügel des städtischen Regiments in die Hand nahmen. So bildete sich denn aus sich selbst heraus ein Bürger-Ausschuß zur Verstärkung des Magistrats aus vielen geachteten Männern. Es gehörten zu diesem Ausschuß zwei Stände-Mitglieder (Freiherr von Dobblhoff und Freiherr von Stifft) und eine Anzahl der geachtetsten Bürger der Stadt, im Ganzen 25 Mitglieder.

Diese neue Behörde, welche sich schon am 15. constituirte, gewann bald einen bedeutenden Einfluß in der Stadt sowohl als bei Hofe.

Eine andere einflußreiche Behörde constituirte sich ebenfalls schon am 15. März; dieselbe bestand aus 12 liberalen Mitgliedern der Stände und 12 Mitgliedern der Bürgerschaft. Sie wurde durch folgenden Beschluß der Stände ins Leben gerufen:

„Die niederösterreichischen Stände haben heute den Beschluß gefaßt, einen provisorischen Ausschuß zu bilden, welcher dasjenige vorzukehren hat, was in diesem wichtigen Momente zur Besorgung der ihnen zukommenden Geschäfte erforderlich

ist. Dieser Ausschuß wird aus vierundzwanzig Mitgliedern bestehen, wovon zwölf Mitglieder von ihnen bereits gewählt wurden, und zwölf Mitglieder aus dem Bürgerstande, in Ermangelung eines anderen Wahl-Collegiums, von dem heute gebildeten Bürger-Comité allsogleich gewählt werden.

Wien, den 15. März 1848.

Die niederösterreichischen Stände."

Diese neue Behörde, welche sich selbst den Namen: „Provisorischer Ausschuß zur Besorgung der für den Augenblick wichtigsten Geschäfte", gab, trat unter dem Präsidium des Landtags-Marschalls Grafen von Montecuculi zusammen und beschäftigte sich besonders mit der Berathung der Verfassungs-Fragen und der in die Verfassung einschlagenden organischen Gesetze. Sie machte es sich zur Aufgabe, die Regierung bei diesem schweren Werk zu unterstützen.

Auch die National-Garde, welche am 14. März so ziemlich ordnungslos zusammengetreten war, nahm gleich eine festere Gestalt an und organisirte sich schnell. Der Commandeur Graf Hoyos that dazu das Seinige.

Außer der akademischen Legion, welche nicht nur aus den Studenten, sondern auch aus allen den Männern bestand, welche, obgleich sie längst die Universität verlassen hatten, doch noch mit Vorliebe an derselben hingen, wurden nach den verschiedenen Straßen der Stadt Wien Compagnieen gebildet, welche sämmtlich unter dem gemeinsamen Oberkommando des Grafen Hoyos standen.

Die National-Garde gewann bald einen großen Einfluß auf das Wiener Volk, welches sich meistens gern den Anordnungen derselben unterwarf; besonders beliebt aber war

noch von den Märztagen her die akademische Legion, welche, vorzüglich bei dem Arbeiterstand, einen ganz außerordentlichen, fast unglaublichen Einfluß hatte.

Die Beliebtheit der National-Garde ist zum großen Theil der Gemüthlichkeit des Wiener Bürgers, der viel lieber mit dem gütigen Wort, als mit dem Gewehrkolben gegen etwaige kleine Excesse einschritt, zuzuschreiben; Graf Hoyos hatte daran wenig Theil, denn er hätte gern die National-Garde ebenso zum untergeordneten Polizei-Institut herabgewürdigt, wie dies der General Aschoff in Berlin nach den Märztagen gethan hat. Dies geht wohl am deutlichsten aus dem folgenden Tagesbefehl vom 24. März hervor:

„Nachdem Fälle vorkommen, daß unmoralische Menschen ihre schlechten Gesinnungen durch geschriebene und gedruckte Mauer-Anschläge veröffentlichen und dadurch das Vertrauen in die Masse der gutdenkenden Einwohner zu schwächen vermeinen, so ist es die Pflicht der Letzteren, diese wenigen verbrecherischen Auswürflinge in ihren schändlichen Bestrebungen zu hindern und jeden möglichen bösen Erfolg mit allem Eifer hintanzuhalten. Die National-Garde, mit Vorzug für diesen Zweck berufen, hat derlei Mauer-Anschläge oder sonstige unter der Bevölkerung vorkommende Schriften möglichst zu beseitigen und zu vertilgen, und deren Urheber im Betretungsfalle der nächsten Gerichts-Behörde zu übergeben, wozu der allgemein herrschende Geist der Ordnung ihnen in jedem Wohldenkenden der Bevölkerung die erforderliche Hülfe leisten wird.

Hoyos, k. k. F.-M.-L."

Die National-Garde ließ sich jedoch nur in sehr seltenen Fällen zu solchen Diensten gebrauchen, wie Graf Hoyos in

dem mitgetheilten Tagesbefehl verlangte, und bewahrte dadurch ihre Beliebtheit und ihren Einfluß beim Volke.

Auch die Regierung schien den in den Märztagen einmal betretenen constitutionellen Weg weiter gehen zu wollen, wenn auch nicht mit derjenigen Energie, welche allein nach einer Revolution die dauernde Ruhe sichert; so wurde am 17. März ein verantwortliches Ministerium proclamirt. Es bestand aus folgenden Männern:

Minister des Auswärtigen u. des Hauses: Graf v. Fiquelmont.
" " Innern: Freiherr von Pillersdorf.
" der Justiz: Graf von Taaffe.
" " Finanzen: Freiherr von Kübeck.
" des Krieges: von Zanini.

Zum Minister-Präsidenten wurde der Graf von Kolowrat ernannt. Einige Tage später trat dem Ministerium noch der Baron von Sommaruga als Unterrichts-Minister bei.

Dies Ministerium befriedigte in keiner Weise die Erwartungen, welche das Wiener Volk von einem durch die Revolution geschaffenen hegen zu dürfen glaubte. Schon daß das Ministerium lediglich aus der vornehmen Aristokratie gewählt war, erregte einigen Anstoß, mehr aber noch die Persönlichkeit der Minister selbst.

Unter diesen war Graf Kolowrat der einzige, welcher sich eines einigermaßen bedeutenden Rufes zu erfreuen hatte und wegen liberaler Ansichten beim Volke beliebt war.

Graf Fiquelmont hingegen, nächst Kolowrat die bedeutendste Person im Ministerium, war als alter Anhänger Metternichs, als bewährter Freund der russischen Regierung, bekannt und verhaßt, ebenso der Minister der Justiz, Graf von Taaffe.

Freiherr von Pillersdorf war allerdings ziemlich freisinnig, aber alt und charakterschwach. Man traute ihm keineswegs die nöthige Energie zu, um den Intriguen des Hofes, der Camarilla, zu widerstehen. Die übrigen Minister waren unbekannte, wenig bedeutende Leute, zu denen ein Zutrauen von vornherein unmöglich war.

Zeigte sich so schon im Beginn des constitutionellen Wirkens eine Mißstimmung gegen das Ministerium, so trat dieselbe doch für den ersten Augenblick durch einige Maßregeln der neuen Regierung, welche wohl geeignet waren, die Sympathieen des Volkes zu erwecken, in den Hintergrund.

Am 20. März wurde durch ein kaiserliches Decret eine vollständige Amnestie für alle politischen Verbrecher erklärt. Dies machte einen sehr günstigen Eindruck, ebenso auch die Darlegung des lang ersehnten Finanz-Etats für den österreichischen Kaiserstaat, welche günstigere Finanz-Verhältnisse in der Monarchie zeigte, als irgend Jemand erwartet hatte.

Trotz dieser Schritte des Ministeriums, welche im Volke Anklang fanden, konnte doch das Vertrauen zur Regierung sich nicht gehörig befestigen; die ungünstigen äußeren Verhältnisse, in denen Oesterreich stand, hatten hieran hauptsächlich Schuld.

Die deutschen Bewohner des Kaiserstaates fühlten sich gedrückt bei einer Umschau im Staate, sie fühlten sich in einer ungeheuren Minorität den Czechen in Böhmen, den Polen in Galizien, den Magyaren in Ungarn, den Italienern in der Lombardei gegenüber, sie sahen sehr wohl ein, daß nur durch einen festen Anschluß an das übrige Deutschland in Oesterreich das deutsche Element die Herrschaft behalten könne, daß dasselbe bei einem Losreißen Oesterreichs von Deutschland bei

der überwiegenden Majorität der anderen Nationen unterdrückt werden, zu Grunde gehen müssen.

Mit eifersüchtigen Blicken bewachten daher die Bewohner des deutschen Oesterreichs alle Bewegungen in Deutschland und besonders in Preußen, sie sahen mit Schrecken, daß Preußen die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand nehmen wollte.

Es erregte eine furchtbare Sensation, eine allgemeine Entrüstung, als die Nachricht von dem Zuge Friedrich Wilhelm IV. durch Berlin am 21. März und von der Proclamation des Königs: „An Mein Volk und die Deutsche Nation!“ nach Wien kam.

Die allgemeine Stimmung in Wien über den Schritt des Königs von Preußen giebt treffend wieder die „Antwort der Deutschen Nation an den König von Preußen!“ welche die Wiener Zeitung vom 25. März veröffentlicht, und welche in Wien einen ganz allgemeinen Anklang fand. Sie lautet:

„Ew. Majestät haben über dem Donner der Geschütze und dem Röcheln gemordeter Bürger das preußische Volk und die deutsche Nation angerufen. Das preußische Volk ist mündig und wird selbst antworten; die deutsche Nation hat nur eine Erwiderung, und sie wird gleich lauten aus allen Enden des Vaterlandes. Wie Ew. Majestät, so erinnert sich die deutsche Nation früherer königlicher Worte an das preußische Volk, sie weiß auch, daß das Vertrauen Ew. Majestät nie zu Schanden wurde. Die deutsche Nation erinnert sich aber auch, daß jene Worte in den Tagen der Noth gegeben, von Ew. Majestät in den Tagen des Glückes vergessen und verläugnet worden sind! Die innere Gährung in Deutsch-

land ist keine Gefahr für die deutsche Nation. Angriffe von Außen drohen nicht, weil die Einigkeit der deutschen Völker der deutschen Nation überall Achtung verschafft hat. Ew. Majestät ist daher nicht gedrängt, die Leitung des deutschen Volkes zu übernehmen, ehe das deutsche Parlament entschieden hat. So lange das preußische Volk Ew. Majestät nicht verläßt, so lange stehen Ew. Majestät unter dem Schutze der ganzen deutschen Nation, denn das preußische Volk ist geachtet und geliebt von seinen deutschen Brüdern. Das Vertrauen aber, welches Ew. Majestät von der deutschen Nation erwarten, ist nicht möglich. Ew. Majestät sind der einzige deutsche Fürst, der die längst zugesagte, längst verlangte Zurückgabe der unveräußerlichen Menschenrechte erst auf den Barrikaden seiner Hauptstadt, auf den Leichen seiner besten Bürger gewährte, unfreiwillig und nicht eher, als bis der Thron wankte. Ew. Majestät sind auch der einzige deutsche Fürst, der keinen Minister hat, welcher für die Geschichte der letzten Decennien die Verantwortlichkeit von den königlichen Schultern nähme. Die deutsche Nation hat daher Ew. Majestät kennen gelernt und vertraut ihr nicht. Ew. Majestät pflanzt mit blutiger Hand die deutschen Farben jetzt auf, die seit Jahren verfolgt wurden. Die Nation bebt vor diesem königlichen Enthusiasmus zurück. Das preußische Volk hat nie aufgehört, deutsch zu sein, die deutsche Nation ist überrascht, daß Ew. Majestät erst jetzt den Beitritt erklären. Daß Organe der preußischen Stände an dem deutschen Landtage theilnehmen, ist eine heilige Pflicht. Daß Ew. Majestät auch die Fürsten zur Theilnahme auffordern, darin erblickt die deutsche Nation dankbar, daß Ew. Majestät sich den fürstlichen

Gefährten in Allem anschließen will. Ew. Majestät haben recht, daß die auf diese Weise sich aus Fürsten und Ständen bildende deutsche gesetzgebende Versammlung in der gemeinsamen freien Berathung das Erforderliche beschließen müsse. Ew. Majestät wird aber erkennen, daß die Berathung nicht frei, daß die Macht jener Versammlung, von der Schutz des Vaterlandes und des Thrones verlangt wird, von vornherein gebrochen, daß auch die junge deutsche Verfassung an ihrem ersten Lebenstage von Ew. Majestät verletzt wäre, wenn das königliche „Ich" noch jetzt über die Bahn der Gesetzlichkeit sich erheben und der deutschen Nation sich selbst als den gemeinsamen Leiter aufdrängen wollte. Oesterreichs Fahnen haben die deutschen Farben auf ihren Feldern unter allen Stürmen bis heute bewahrt; ein österreichischer Prinz hat am Rhein dem einigen Deutschland ein Hoch gebracht, als es noch verfolgt wurde von Preußen; Habsburgs Haus hat die Geschichte vergangener Jahrhunderte, hat die Liebe der Völker zur Seite, wenn es seinen alten Vorsitz im deutschen Reiche behaupten will. Oesterreichs Kaiser erkennt aber, daß jetzt von den Vertretern des deutschen Volkes allein die Wahl ausgehen und daß diese Wahl frei bleiben muß. Nicht für, nicht gegen irgend eine Dynastie, nur für die Unabhängigkeit des neuen deutschen Bundestages legt die deutsche Nation hiermit Protest ein gegen die Usurpation der Ehrenstelle eines deutschen Führers. Es beschwört die deutsche Nation Ew. Majestät, nicht neuen Samen der Zwietracht auszustreuen, nicht die Stunde zu entheiligen, in welcher Berlin seine Todten begräbt, die gefallen sind für die deutsche Freiheit, für die deutsche Einigkeit!"

Durch diese Besorgniß der Wiener über ihre deutsche Nationalität, über den wankenden Einfluß Oesterreichs auf die Angelegenheiten Oesterreichs wurde die Stimmung in der Residenz gedrückter, als dies bei dem schnellen und glücklichen Gelingen der Revolution zu erwarten gewesen wäre; auch die ungünstigen Nachrichten, welche fortwährend aus der Lombardei, aus Ungarn und Böhmen in Wien eintrafen, wirkten bedeutend auf eine sich fortwährend mehrende Gährung im Volke ein.

Die Geschäfte gingen allerdings ihren ruhigen Gang fort und der Verkehr hatte sich nach der Revolution, ganz entgegengesetzt anderen Staaten, mehr gehoben als vermindert, selbst die Staats-Papiere waren im Course gestiegen; aber dennoch herrschte schon zu Ende des März eine Gedrücktheit der Stimmung, eine Erbitterung gegen das Ministerium, dessen Schwäche mit jedem Tage augenscheinlicher wurde, welche bei der ersten Veranlassung einen neuen Ausbruch, neue Bewegungen ahnen ließ.

Viertes Kapitel.

1.

War so der März ziemlich ruhig vorübergegangen, so sollten doch schon im April unruhige Auftritte die Vorzeichen zu einer nahe bevorstehenden stürmischen Bewegung geben, welche jedoch erst im Mai ihren Ausbruch finden sollte.

Den ersten Anlaß zu neuen Unruhen gab das am 1. April in 90 Paragraphen publicirte Preßgesetz, welches vollständig den Stempel der alten Büreaukratie in jedem Satze trug und durch welches die alte Polizeiwirthschaft, schlimmer als die Censur, in die Presse übertragen wurde.

Das Preßgesetz war kaum erschienen, als sich in der Aula der Universität die Studentenschaft zusammenfand und das Gesetz richtete, indem sie es feierlich verbrannte. Es wurde sofort eine Deputation der Studentenschaft ernannt, welche dem Minister Pillersdorf, dem freisinnigsten Mann im Ministerium, den Widerwillen des Volkes gegen ein solches Gesetz mitzutheilen beauftragt wurde.

Der Minister empfing die Deputation mit großer Freundlichkeit und versicherte, daß er nur ungern der Majorität im Ministerrath gewichen sei und das Gesetz habe publiciren lassen. Im Uebrigen sei das Gesetz aber nur ein Entwurf, es solle nicht in Kraft treten. Er dankte der Studentenschaft für ihre Theilnahme und versprach die unverzügliche Abänderung der mißliebigen Punkte.

Trotz dieses Versprechens erschien wenige Tage darauf für die auswärtigen Behörden die Verordnung, sich genau nach der Instruction des Gesetzes zu richten; aber als eine zweite Deputation der Studenten den Minister befragte, ob das Gesetz in Kraft getreten sei oder nicht, verneinte er dies. —

Bei einer solchen Schwäche der Regierung war es wohl kaum anders möglich, als daß sich ihr Einfluß mit jedem Tage minderte, und daß im Volke nach und nach ein immer größeres Mißtrauen gegen dieselbe sich zeigte.

Von besonderer Wirksamkeit hierbei war das Gerücht von einer Verbindung, welche die Regierung mit Rußland anzuknüpfen beabsichtigte, ein Gerücht, welches Wahrscheinlichkeit durch die bekannte Vorliebe des Grafen Fiquelmont für den russischen Hof gewann; man brachte hiermit natürlicher Weise die abenteuerlichsten Reactionspläne in Verbindung und schob dieselben besonders dem bei Hofe sehr einflußreichen Erzherzog Ludwig unter, welcher sich dadurch veranlaßt sah, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen.

So schwach die Regierung sich bei diesen Veranlassungen und später zeigte, so läßt sich doch allerdings nicht leugnen, daß sie sich in einer äußerst schwierigen Stellung befand.

Inmitten eines aufgeregten Volkes, welches soeben durch eine glückliche Revolution zum Bewußtsein seiner Rechte gekommen war, stand ihr nicht die geringste Macht zu Gebote, um etwaigen Excessen, ausschweifenden Forderungen des Augenblicks gegenüber zu treten, denn durch den Aufstand im lombardisch-venetianischen Königreiche war sie gezwungen worden, alle disponiblen Truppen dorthin zu schicken, und dieser Auf-

stand war ihr um so gefährlicher, als er selbst in Wien die mächtigsten Sympathieen fand.

Die Regierung sah sich daher fast ganz dem guten Willen der Wiener Bürgerschaft überlassen. Ihre Stellung wurde um so schwieriger, als sie dieser nicht Genüge leisten konnte, ohne zu gleicher Zeit gegen die Interessen der noch so mächtigen Aristokratie zu verstoßen.

Die Interessen der Wiener waren die rein deutschen, während von allen Seiten des Landes, aus Böhmen, Dalmatien und Kroatien, Adressen und Petitionen um vollkommene Unabhängigkeit, um Geltung des slavischen Volksstammes, einliefen, und diese Adressen wurden unterstützt durch die reiche und einflußreiche slavische Aristokratie.

Die Regierung neigte sich diesen slavischen Bewegungen zu, während in Wien selbst der deutsche Enthusiasmus mit jedem Tage mehr wuchs. In allen Volks-Versammlungen, in allen Clubs und Vereinen wurde der engste Anschluß an Deutschland gepredigt, die deutschen Farben wurden von Jedermann getragen, und sogar die gemäßigt constitutionelle Partei schloß sich diesem Enthusiasmus an, indem sie sehr wohl einsah, daß das deutsche Oesterreich nur dadurch in Stand gesetzt worden sei, seine nationale Selbstständigkeit der immer wachsenden Macht des Slaventhums in den Provinzen gegenüber zu erhalten. Selbst der juridisch-politische Lese-Verein, der Mittelpunkt der gemäßigt constitutionellen Partei, entschied sich mit großer Mehrheit für den innigsten Anschluß an Deutschland und für die schleunigste Anordnung der Wahlen für das deutsche Parlament in Frankfurt, mit denen vorzugehen die Regierung immer noch zögerte.

Es mußte unter diesen Verhältnissen der Einfluß der

Regierung immer mehr schwinden, eine immer größere Mißstimmung gegen dieselbe Platz greifen.

Der Unwille des Volkes gegen die Partei, welcher doch selbe einen besonders nachtheiligen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung Schuld gab, machte sich schon in den ersten Tagen des April auf eine seltsame Weise Luft, welche wir merkwürdig genug um diese Zeit in ganz Deutschland wiederholt finden, nämlich durch solenne Katzenmusiken.

Fast allabendlich durchzogen Musikbanden mit den scheußlichsten Blase-Instrumenten bewaffnet die Straßen Wiens und gaben ihre unharmonischen Concerte vor den Häusern mißliebiger Personen, besonders aber vor denen der ultramontanen katholischen Partei, von welcher man glaubte, daß sie der deutschen Sache am feindlichsten gegenüber stände.

Besonders hatte sich der Haß des Volkes auf den Jesuitenorden der Ligorianer gewendet, gegen welche die Demonstrationen mit Katzenmusiken so energisch betrieben wurden, daß sich die Regierung zur Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen veranlaßt sah und den Orden aus Wien verbannte.

Zu gleicher Zeit erhielt auch der Fürst Erzbischof, von dem man glaubte, er begünstige die Ligorianer, ein solennes Katzenständchen.

Die Aufregung gegen die ohnmächtige Regierung wuchs mit jedem Tage, in den Clubs und Arbeiter-Versammlungen wurden fortwährend heftige Reden gegen dieselbe gehalten; aber auch eine andere Frage wurde in denselben discutirt, die Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen; besonders that sich als beliebter Redner ein Preuße, „Dr. Schütte aus Westphalen", hervor.

Die Bürgerschaft von Wien sah dem mit Schrecken zu, denn sie glaubte, wie überall in Deutschland das furchtsame Spießbürgerthum, das Gespenst des Communismus vor sich aufsteigen zu sehen, und einige der furchtsamsten Bürger, Mitglieder der Bürger-Garde, wendeten sich deshalb mit der Bitte an das Ministerium und die Stadt-Behörden, diejenigen Fremden, welche die Gastfreiheit der Stadt Wien durch Aufwiegelung der Bürger zur Unzufriedenheit und zum Mißtrauen mißbrauchten, aus der Stadt zu verweisen.

So unvernünftig und unpolitisch eine solche Bitte nun auch war, so zeigte das furchtsame und schwache Ministerium eine nur zu große Geneigtheit, auf ähnliche Wünsche einzugehen.

Eine gute Veranlassung dazu sollte eine Volks-Versammlung geben, welche am 15. April im Odeum stattfand und welche von wichtigen Folgen war.

Auch in dieser Volks-Versammlung trat der Dr. Schütte auf und schlug vor, die Wünsche des Volkes, welche sich auf Entlassung der unpopulairen Minister Graf Fiquelmont und Graf Taaffe, auf die sofortige Anordnung der Wahlen zum deutschen Parlament und auf die möglichst schleunige Berufung einer constituirenden Versammlung zur Ausarbeitung einer Constitution bezogen, in einer Monstrepetition zu vereinigen und dadurch deren Gewährung zu erzwingen. Dr. Schütte stand selbst von seinem Vorschlage ab, als sich zeigte, daß man von einer solchen Erhebung der Volksmassen zu Gunsten der Ueberreichung einer Petition gefährliche Unordnungen fürchtete, er gab sich zufrieden damit, daß die Petition zur Sammlung von Unterschriften einfach in der Stadt circulire.

In Folge seines Vorschlags ließ das Ministerium den Dr. Schütte verhaften und heimlich über die Grenze bringen; aber es machte hierdurch nur das Uebel schlimmer, denn jetzt stand die ganze Volks-Partei, beleidigt über den Rechtsübergriff des Ministeriums, für den Dr. Schütte ein und forderte dessen Zurückkunft. Manche unruhige Auftritte waren die Folge hiervon, so daß die Regierung endlich sich nur Rath zu schaffen wußte, indem sie am 22. April einen Sicherheits-Ausschuß aus der Bürgerschaft bildete, welcher für die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Residenz Sorge tragen sollte.

Die Volks-Versammlung hatte indessen noch andere, höchst wichtige Folgen; die Regierung sah sich veranlaßt, dem Volkswillen einige Concessionen zu machen; aber wie sie nicht die Energie hatte, sich den Demonstrationen des Volkes entgegenzustellen und nach eigenen Grundsätzen zu handeln, so hatte sie andererseits auch nicht die Kraft, ganze Concessionen zu machen; sie blieb in ihrer unglücklichen Halbheit und verschlimmerte dadurch nur ihre Machtlosigkeit, indem sie dem Volke zeigte, daß sie nachgeben müsse, ohne dadurch doch das Volk in seinen Forderungen zu befriedigen.

Die Wahlen zum deutschen Parlament in Frankfurt am Main wurden dem allgemeinen Wunsche gemäß angeordnet; aber zu gleicher Zeit erließ die Regierung eine Proclamation über das künftige Verhalten Oesterreichs zur deutschen Frage, welche den Volkswünschen geradeweges entgegenlief.

Es hieß in dieser Proclamation:

„Es könnte aber nie ein gänzliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen zum deutschen Bunde gehörigen Gebietstheile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversamm-

lung, ein Verzichten auf die Selbstständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden, und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundes-Versammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten. Insofern Letzteres mit der Wesenheit eines Staatenbundes nicht vereinbarlich erkannt würde, wäre Oesterreich nicht in der Lage, einem solchen beizutreten."

Während die deutsche Partei in Wien, und diese hatte an jedem Tage an Macht und Stärke gewonnen, einen unbedingten Anschluß an Deutschland, eine vollständige Unterwerfung Oesterreichs unter die Beschlüsse des deutschen Parlaments wollte, behielt sich die Regierung die Zustimmung zu den Bundes-Beschlüssen vor.

Auch eine Veränderung im Ministerium wurde vorgenommen. Graf Taaffe, der unvolksthümliche Minister der Justiz, trat zurück; aber Graf Fiquelmont, welcher fast noch mehr verhaßt war, als Graf Taaffe, blieb, und nahm sogar an Stelle des schon früher ausgeschiedenen Grafen Kolowrat das Präsidium im Ministerium ein. Auch an Stelle des einzig aus dem Volk hervorgegangenen, nicht zur hohen Aristokratie gehörigen Ministers von Zanini trat der als krasser Aristokrat berüchtigte Graf Baillet Latour.

Es konnte nicht fehlen, daß eine solche Veränderung im Ministerium wenig geeignet war, das Volk zu befriedigen, ihm Zutrauen einzuflößen. Im Gegentheil, das Mißtrauen wuchs mehr und mehr, und es war dies um so schlimmer für die Regierung, als dadurch zu gleicher Zeit alles Vertrauen zu der Constitution verloren ging, deren Berathung die Hauptaufgabe des Minister-Raths bildete.

Die Constitution, welche im Minister-Rath in Verbindung mit einer Anzahl Abgeordneten aus allen Provinzen Oesterreichs berathen wurde, erschien am 25. April.

Es wurde an diesem Tage eine großartige Parade der gesammten Linie, National-Garde und der akademischen Legion vor dem Kaiser abgehalten; unmittelbar nach derselben erfolgte die Publication der Verfassung.

Schon vor der Publication hatte im Volk ein großes Mißtrauen gegen die Verfassung, welche man erwartete, geherrscht, es waren viele Stimmen gegen eine Octroyirung laut geworden; man hatte eine Verfassung durch eine constituirende Versammlung gefordert.

Als daher die Verfassung erschien, fand sie von vornherein einen ungünstigen Boden schon der Octroyirung willen, noch mehr aber des in derselben enthaltenen Zwei-Kammer-Systems wegen, gegen welches sich schon längst vor der Octroyirung die Volksstimme gewaltig erhoben hatte.

Die Verfassung war, dies läßt sich nicht leugnen, besonders bei einem Blick auf die früheren österreichischen Verhältnisse, freisinnig; aber sie wurde vollständig verdorben durch die Zusammensetzung der ersten Kammer, in welcher der Aristokratie eine dem demokratischen Prinzip der Revolution gänzlich widerstrebende Macht im Staate eingeräumt wurde.

Die erste Kammer bestand zum Theil aus Mitgliedern, welche von dem Regenten nach Belieben auf Lebenszeit ernannt werden sollten, zum andern Theil aus den Abgeordneten der großen Grundbesitzer. Nur diese waren zur ersten Kammer wahlberechtigt und wählbar.

Außerdem waren die Söhne des Kaisers und Thron-

folgers von sich aus berechtigt, Sitz und Stimme in der ersten Kammer zu nehmen.

Bei dem großen Mißtrauen, welches in Wien noch immer gegen die hohe Aristokratie des Grundadels herrschte, der man mit Recht eine entschiedene Neigung zur Reaction zuschrieb, konnte eine solche erste Kammer nicht befriedigen, und die ganze Verfassung verlor durch dieselbe natürlicher Weise ihren Werth.

Die Stimmung des Volkes sprach sich laut gegen die Verfassung aus; nur der juridisch-politische Lese-Verein brachte am Abend des 25. April einen Fackelzug zum Dank für die Constitution vor die Burg, und verlor dadurch den Rest der Theilnahme, welche er bisher durch sein Verhalten in der deutschen Frage sich noch beim Volke bewahrt hatte.

2.

Die Mißstimmung des Volkes sollte sich bald in gewaltigen Bewegungen Luft machen, und wieder gingen dieselben von der Wiener Studentenschaft aus, welche in jener Zeit das ganze politische Leben der Residenz durch ihren Einfluß bei den Arbeitern und durch die treffliche Organisation dieses bewaffneten Corps leitete.

Am 3. Mai war in der Aula eine Studenten-Versammlung. Während der Debatten wurde plötzlich ein Polizei-Spion entdeckt, welcher sich die Namen der am freisten sprechenden Studenten und Bemerkungen dazu notirte.

Ein furchtbarer Tumult brach bei dieser Entdeckung in der Versammlung aus, der nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte, denn die Erinnerung an das vormärzliche Spion-

Digitized by Google

wesen war noch zu frisch und zu verhaßt, als daß nicht gerade die Entdeckung eines Spions in der geheiligten Aula eine gewaltige Aufregung hätte hervorrufen müssen.

Der Spion wurde vor ein Studenten-Gericht gestellt und verhört; im ersten Schrecken für sein Leben fürchtend, gestand er Alles ein und zeigte seine polizeilichen Legitimations-Papiere, so wie eine große Anzahl von Freibilletten zu Theater, Eisenbahnen und Concerten zur Erleichterung seines nichtswürdigen Gewerbes.

Man that dem zitternd um sein Leben Flehenden nichts, nur auf eine Karre setzte man ihn, hing ihm eine Tafel um den Hals, auf der mit großen Buchstaben das Wort Spitzel*) geschrieben stand, und fuhr ihn so in der Stadt umher.

So unbedeutend dieser kleine Vorfall schien, sollte er doch von gewaltigen Folgen für die Stadt Wien begleitet sein.

Die Rundfahrt des Polizei-Spions hatte natürlicher Weise eine große Menschenmenge versammelt; besonders hatten sich auf dem Stephansplatz solche Massen eingefunden, daß bald kein Wagen mehr fahren konnte.

Eine große Erregung, besonders gegen den Minister Grafen Fiquelmont, den man für den hauptsächlichsten Begünstiger des alten Polizeiwesens hielt, that sich überall kund.

Die Erregung wuchs, als es Abend wurde; die Massen setzten sich in Bewegung, brachten erst dem Fürst Erzbischof und dem juridisch-politischen Lese-Verein eine Katzenmusik, dann zogen sie nach der Herrengasse zum Palast des Grafen Fiquelmont, um diesen zur Abdankung zu zwingen.

Der Graf ließ sich verleugnen; aber er wurde von dem,

---

*) Spitzel ist das Wiener Volkswort für Polizei-Spion.

den Palast und die Nachbarhäuser aufs Strengste durchsuchenden Volke aufgefunden. Stolz trat er jetzt der Menge gegenüber und erklärte, daß er dem Verlangen, seine Stelle zu verlassen, nicht nachkommen könne, da er dieselbe vom Kaiser, nicht vom Volke erhalten habe.

Ein Student erwiderte ihm, daß das souveraine Volk seine Abdankung fordere und gewiß stände die Souverainetät des Volkes nicht unter der des Kaisers.

„Gut," antwortete Graf Fiquelmont sehr ernst, „ich werde abdanken, weil das Volk es so will, aber Sie werden es einst bitter bereuen!"

Graf Fiquelmont hielt als Ehrenmann Wort. Am folgenden Tage legte er seine Entlassung in die Hände des Kaisers nieder und dieselbe wurde augenblicklich genehmigt.

Diese neuen Unruhen hatten wieder das Ministerium in einen gewaltigen Schrecken gesetzt. Es sah ein, daß es etwas zur Beruhigung der gährenden Masse thun müsse, und dennoch hatte es nicht den Muth, zu ganzen Maßregeln, zu tief ins Volksleben einschneidenden Reformen zu greifen, welche allein Beruhigung schaffen konnten. Es nahm wieder seine Zuflucht zu einer halben Nachgiebigkeit, welche seine Lage nur verschlimmern mußte, indem sie die gänzliche Rath- und Thatlosigkeit dieses schwachen Ministeriums offen an den Tag legte.

Ein Ministerium für die Arbeit, für Ackerbau, Handel und Gewerbe war vom Volke gewünscht und durch das Organ desselben, die Studentenschaft, erbeten worden. Beide Ministerien wurden geschaffen und das erstere dem Freiherrn von Dobblhoff, einem als freisinnig geachteten Mann, das letztere hingegen dem Hofrath von Baumgartner übertragen,

einem Manne, der als erbitterter Anhänger des alten Systems ganz allgemein bekannt war.

An die Stelle des Grafen Fiquelmont sollte ein Herr von Wessenberg treten, den man ebenfalls als freisinnig achtete; dagegen bot man das Ministerium des Unterrichts dem als fanatischen Slavenfreund bekannten Böhmen Palazky an.

Dieser Schritt war um so unsinniger, als sich gerade in jener Zeit der Haß gegen die Deutschen und besonders gegen die revolutionaire Partei in Wien unter den Slaven schon sehr deutlich kundgegeben hatte; das deutsch-enthusiastische Volk in Wien wurde daher durch die Ernennung des Böhmen aufs Neue um seine Nationalität besorgt gemacht.

Eine Deputation der Studentenschaft, welche gegen die Ernennung Palazky's protestirte, erhielt vom Minister von Pillersdorf nur ausweichende Antworten; aber Palazky selbst war klug genug, einzusehen, daß die Annahme eines Ministeriums unter so drohenden Umständen eine Thorheit wäre und lehnte selbst die Stelle ab.

Um die im Volke herrschende Gährung einigermaßen zu beruhigen, wurden von Seiten des Ministeriums einige Maßregeln ergriffen; aber diese reichten bei weitem nicht zu.

Der Kaiser erließ eine Proclamation, in welcher er zur Ruhe und Ordnung ermahnte; aber dieselbe ging natürlich unbeachtet vorüber.

Das Polizei-Directorium machte bekannt, daß das alte Spionirwesen aufgehoben worden sei; aber man glaubte das nicht.

Einen günstigen Eindruck machte nur die officielle Bekanntmachung, daß die Jesuiten aus Wien verbannt und daß Erzherzog Ludwig, das Haupt der reactionssüchtigen Camarilla,

aus dem Staatsdienst getreten sei; aber auch dieser günstige Eindruck wurde bald verwischt durch die am 11. Mai erfolgende Publicirung des provisorischen Wahl-Gesetzes.

Man hatte lange (vom 25. April an) auf dies Wahl-Gesetz gehofft und erwartet, daß wenigstens die Wahl für die zweite Kammer nach den freisinnigsten, ächt demokratischen Principien geschaffen werden würde; aber wie gewaltig hatte man sich getäuscht, die österreichische Regierung war nicht im Stande, energisch mit dem Volkswillen mitzugehen, immer und immer bebte sie zurück vor wahrhaft freisinnigen Institutionen.

Die Wahl zur zweiten Kammer war eine indirecte durch Wahlmänner; das war gegen den Wunsch einer großen Partei; aber es hätte hingehen mögen, denn es sprachen sich auch im Volke selbst viele und gewichtige Stimmen für die indirecte Wahl aus.

Die Wahlberechtigung war an keinen Census geknüpft; aber dennoch war die gesammte Arbeiter-Bevölkerung des österreichischen Kaiserstaates von diesem theuersten politischen Rechte vollständig ausgeschlossen, indem §. 31 des Wahl-Gesetzes allen auf Tage- oder Wochenlohn Arbeitenden keine Wahlberechtigung zugestand.

Daß durch ein solches Gesetz der Unwille gegen die Regierung, die Gährung im Volke nur befördert werden konnte, versteht sich wohl von selbst. Eine neue Revolution sollte die Folge dieses dem Volksgeist so gänzlich widerstrebenden Gesetzes sein.

3.

Hatte schon das Wahl-Gesetz unter der Wiener Bevölkerung eine tiefe Entrüstung hervorgebracht, eine Gährung

erzeugt, welche in jedem Augenblick in einen offenen Aufstand auszubrechen drohte, so sollten dem Volke doch bald noch vielfache andere Gelegenheiten zur Unzufriedenheit, zum Zorn gegen die Regierung gegeben werden.

Das Ministerium schien diese drohenden Anzeichen indessen gar nicht zu bemerken. Der schwache Pillersdorf, der einzige Mann im Ministerium, welcher einigermaßen beabsichtigte, mit dem Volkswillen mitzugehen, konnte gegen seine übrigen Collegen nicht durchdringen, und so geschah denn nichts, um den voraussichtlich erfolgenden Unruhen vorzubeugen, um die allgemein herrschende Aufregung zu beschwichtigen.

Im Gegentheil, das Ministerium griff, wie wir sogleich sehen werden, zu Maßregeln, welche augenscheinlich nur geeignet sein konnten, die Aufregung zu vergrößern und eine vollständige Revolution heraufzubeschwören.

Diese sonderbare Erscheinung wäre vollkommen unbegreiflich, wenn sich nicht in den Provinzen, besonders in Böhmen, laute Stimmen gegen die Wiener Revolutions-Partei und zu Gunsten der Regierung erhoben hätten. Das Ministerium glaubte deshalb außerhalb Wiens eine Stütze zu finden, es glaubte, gewaltsame Maßregeln wagen zu können, und hoffte, das Volk mit Hülfe der zum Theil reactionairen National-Garde und des Militairs im Zaum halten zu können.

Schon der 12. Mai hätte das Ministerium eines Bessern belehren können, denn schon an diesem Tage zeigten sich die ersten Ausbrüche der gewaltigen im Volke herrsch nden Gährung.

Volksmassen zogen am Abend des 12. durch alle Straßen Wiens und brachten vor den Häusern derjenigen Leute, welche

man im Verdacht der Reaction hielt, glänzende Katzen-Musiken.

Die National-Garde wurde aufgeboten gegen die Tumultuanten; aber sie vermochte gegen die Massen derselben nichts auszurichten, und mußte es sogar leiden, daß an verschiedenen Orten der Skandal bis zum Einwerfen von Fenstern und Demolirung von Hausthüren ging. Erst als die beim Volke im höchsten Grade beliebten und verehrten Studenten die Herstellung der Ruhe und Ordnung übernahmen, gelang die Zerstreuung der unruhigen Massen.

Diese Scenen, welche nur das Vorspiel ernsterer und gefährlicherer Auftritte sein sollten, hätten das Ministerium belehren sollen, auf welchem schwankenden Boden seine Macht stand; aber sie sollten nichts fruchten.

Am 14. Mai kamen in Wien 116 Deputirte aus Prag an, welche von der czechischen Partei in der Hauptstadt Böhmens geschickt worden waren, um dem Kaiser und dem Ministerium sowohl die alte, unwandelbare Liebe der Czechen gegen das Kaiserhaus zu versichern, als auch ihm den Schutz derselben gegen die Partei anzubieten, welche sich erfrecht hatte, terroristisch den Grafen Fiquelmont zur Abdankung zu zwingen.

Das Ministerium glaubte jetzt auf den Schutz der Provinzen rechnen zu können; es gewann eine größere Kühnheit und beschloß, energische Maßregeln zur Unterdrückung der Revolutions-Partei zu ergreifen.

Eine solche Maßregel war unter Anderem die Auflösung des Central-Comités der Studentenschaft.

Dieses Comité hatte sich gebildet aus Deputirten der einzelnen Compagnieen der National-Garde und Studentenschaft; es war vom freisinnigsten Geiste durchdrungen und

von einer ungeheuren Einwirkung auf das politische Leben Wiens, weil es innig mit der bewaffneten National-Garde und der akademischen Legion zusammenhing; um so mehr, als auch die Arbeiter zu dem freisinnigen Comité das vollständigste Vertrauen hegten und seinen Befehlen überall gern folgten.

Das Central-Comité hatte daher gewissermaßen eine Regierung mitten im Staate gebildet, und es war insofern dem Ministerium kaum zu verdenken, wenn es durch diese Behörde seine eigene Existenz für gefährdet erachtete und daher gegen dieselbe einschritt; aber es konnte in der That kaum einen ungünstigeren, unpolitischeren Zeitpunkt, als die Mitte des Mai, wählen.

Am 14. Mai ließ das Ministerium plötzlich das Militair ausrücken und die wichtigsten Punkte der Stadt durch dasselbe besetzen; auch die Allarmtrommel für die Nationalgarde ertönte.

Das Ministerium glaubte nun die hinreichenden Vorsichtsmaßregeln ergriffen zu haben und erklärte, daß das Central-Comité aufgelöst sei und kein Recht habe, Beschlüsse zu fassen.

Das war ein gewaltiger Schritt und er sollte Folgen von der höchsten geschichtlichen Bedeutung haben.

Sobald sich die Kunde von der Auflösung des Central-Comités in Wien verbreitete, wurde die Aufregung in der ganzen Stadt eine ungeheure.

Gewaltige Menschenmassen fanden sich zusammen und umlagerten die Universität, deren offene Thore dem fortwährend hinzuströmenden Volke den Eintritt verstatteten. Massen

von Arbeitern hatten sich versammelt und schwuren, für ihre Studenten zu kämpfen und zu sterben! —

In der Aula hielt das Central-Comité eben eine Sitzung unter dem Vorsitz des Mediziners Goldmark, als ihm die Nachricht von seiner Auflösung kam. Es erklärte sich jetzt sofort für permanent und erwartete in voller Sitzung das, wie man glaubte, zu seiner Auflösung kommandirte Militair.

Das Militair kam indessen nicht und so löste sich denn in der Nacht um 12 Uhr das Comité auf, um am anderen Morgen wieder in der Aula zusammen zu treten.

Die ganze Nacht vom 14. zum 15. war eine höchst unruhige. Dichte Volksmassen zogen während der ganzen Nacht durch die Straßen Wiens und vermochten auch durch die zahlreichen Patrouillen der National-Garde nicht auseinander gebracht zu werden.

4.

Der Morgen des 15. Mai brach an. Wien war wieder ruhig und still geworden, als ob nichts vorgefallen wäre. Die Läden wurden geöffnet, die Straßen waren nicht belebter, als sonst, nur hier und dort sah man an den Ecken kleine Menschengruppen stehen, welche sich eifrig unterhielten.

So kam der Nachmittag heran. Da, gegen drei Uhr, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, das Militair rücke aus, um die akademische Legion zu entwaffnen.

In der That ertönte der Generalmarsch, die National-Garde erschien auf den Sammelplätzen und auch die Truppen rückten aus und besetzten die Hofburg, das Glacis und die Stadtthore, letztere in Verbindung mit der National-Garde

der Vorstädte, welche sich ebenfalls sofort gesammelt hatte und in die Stadt marschirt war. Auf dem Glacis wurden Kanonen aufgefahren.

Wie durch einen Zauberschlag war jetzt plötzlich das Aussehen der ganzen Stadt verändert. Eine ungeheure Aufregung ergriff die ganze Bevölkerung, und besonders den um seine Lieblinge, die Studenten, besorgten Arbeiterstand.

Gewaltige Menschenmengen sammelten sich auf allen freien Plätzen und aus den Vorstädten kamen die Arbeiter in dichten Haufen nach der Stadt geströmt; aber die Thore waren verschlossen, man ließ die Arbeiter nicht ein.

Das vergrößerte nur die Aufregung und die Besorgniß unter diesen Leuten, welche von den extremsten Gerüchten über Gefahren, welche der akademischen Legion drohen sollten, gehört hatten.

Sie sammelten sich vor den Thoren, bewaffneten sich und gegen Abend waren schon gegen 20,000 Mann versammelt, sämmtlich kühne, entschlossene Leute, die in jedem Augenblick bereit waren, in die Stadt zu dringen und den abgöttisch von ihnen verehrten Studenten zu Hülfe zu eilen, falls diesen auch nur die geringste Gefahr drohen sollte.

Während dieser Zeit war das Central-Comité und die Studentenschaft in der Aula bei wichtiger Berathung versammelt gewesen; man hatte beschlossen, nicht mehr stehen zu bleiben bei der Forderung, daß die Auflösungs-Ordre des Central-Comités zurückgenommen werde, sondern man war, wie dies bei solchen Gelegenheiten immer zu geschehen pflegt, weiter gegangen, und stellte folgende vier Punkte als die Forderungen des Volkes auf, welche eine Deputation an das Ministerium bringen sollte.

Diese vier Forderungen lauteten:

1) Zurücknahme des Befehles hinsichtlich der Auflösung des politischen Central-Comités der National-Garde;

2) die National-Garde soll künftig in Gemeinschaft mit den Truppen die Wache der Hofburg und der Thore beziehen;

3) zum Ausrücken der Truppen bedarf es der Bewilligung des Commandanten der National-Garde; das Militair schreitet nur in Gemeinschaft mit der National-Garde zur Herstellung der Ordnung ein;

4) das Volk verlangt eine Aenderung der Constitution; es fordert, daß nur eine Kammer und allgemeines Stimmrecht bestehe.

Aber auch mit diesen Forderungen war man bald nicht mehr zufrieden, wenigstens wollte man sich die Gewährung derselben unter jeder Bedingung erzwingen.

Der vom Dr. Schütte in der Versammlung im Odeum vorgebrachte, aber damals verworfene Vorschlag einer Sturm-Petition ging jetzt bei der furchtbaren Aufgeregtheit aller Versammelten durch, wie sehr sich auch Professor Hye und einige andere furchtsame Leute bemühten, die Studenten von diesem Vorsatz abzubringen. Ihr Bestreben war vergeblich, sie mußten endlich einsehen, daß sie ihren Einfluß auf die Studentenschaft verloren hatten.

Gegen 6 Uhr des Abends rückte die akademische Legion unter Waffen, mit geladenen Büchsen, mit Munition hinreichend versehen, aus der Universität aus. Unter Trommelschlag, die deutsche Fahne voran, ging der wohl 6000 Mann starke Zug langsam vorwärts.

Vor jeder Compagnie marschirte eine Anzahl Barrikadenbauer mit Hacke und Schaufel, und Tafeln mit der Inschrift:

„Nur eine Kammer!" „Inniger Anschluß an Deutschland!" „Ein anderes Wahl-Gesetz!" wurden vorangetragen.

Ein ungeheurer Jubel des in unendlosen Massen versammelten Volkes empfing den unter dem Gesange: „Was ist des Deutschen Vaterland?" langsam vorwärts schreitenden Zug.

Niemand zweifelte, daß es zum Kampfe kommen werde, und mit inniger Theilnahme blickte daher das Volk auf diese jungen, kräftigen Streiter!

Die Straßen, durch welche der Zug kam, wurden erleuchtet, Frauen und Mädchen winkten den kühnen Studenten mit Tüchern zu, und die National-Garde, an der sie vorbeimarschirten, empfing sie mit einem Schrei der Begeisterung und salutirte mit den Waffen.

So kam der Zug bis an den Graben, einige hundert Schritt von der Burg.

Hier wurde Halt gemacht und beschlossen, die Rückkehr der Deputation abzuwarten; da diese aber zu lange auf sich warten ließ, wurden neue Deputationen in die Burg geschickt, mit dem Auftrage, auf das Entschiedenste die Forderungen des Volkes durchzusetzen.

Die Minister waren während dieser Zeit in einer verzweiflungsvollen Lage. Den Forderungen des Volkes nachgeben, hieß, sich selbst den Wünschen der Studentenschaft unterwerfen, und es ließ sich gar nicht absehen, bis wie weit dieselbe gehen würde, wenn man ihr stets nachgäbe; aber dennoch ließ sich kaum etwas Anderes thun; die National-Garde hatte durch die Art, wie sie die Studenten empfangen hatte, nur zu deutlich gezeigt, daß sie im Fall eines Kampfes auf Seiten derselben stehen werde.

Das Ministerium hatte selbst den Kampf herauf beschworen, es mußte jetzt die Folgen tragen; es mußte abermals ein schmachvolles Zeichen seiner unendlichen Schwäche geben, indem es sich den Forderungen der Studenten fügte.

Die drei ersten Punkte der Petition wurden sofort bewilligt; gleich nach 8 Uhr Abends verkündigte dies der Dr. Engel den Studenten und setzte sich dann zu Pferde, um auch dem Volke diese Nachricht mitzutheilen, von welcher er hoffte, daß sie beruhigend wirken werde. Er ritt durch alle Straßen und verkündigte die Nachgiebigkeit des Ministeriums.

Aber weder die Studenten, noch das Volk, ließen sich mit dieser theilweisen Nachgiebigkeit zufrieden stellen, sie fühlten, daß sie die Macht hätten, Alles zu verlangen, was sie irgend wollten, und bestanden deshalb um so fester auf der Gewährung auch ihrer letzten Forderung, gerade der wichtigsten, der Aenderung der Constitution, einer Kammer und allgemeinem Stimmrecht. Alles wurde zum Kampf vorbereitet, falls das Ministerium den Forderungen des Volkes nicht nachgeben wolle.

Das Ministerium berieth und berieth, während draußen vor der Burg das Volk eine immer drohendere Stellung einnahm. Endlich gegen 11 Uhr in der Nacht sahen sich die Minister gezwungen, nachzugeben, wenn sie nicht eine neue, vielleicht die ganze Staats-Verfassung umwerfende Revolution heraufbeschwören wollten. Eine solche Revolution erschien um so wahrscheinlicher, als die Nachricht in die Burg kam, daß die Arbeiter in den Vorstädten an verschiedenen Orten bereits die Republik ausgerufen hätten, bisher aber noch von der National-Garde von Gewaltschritten zurückgehalten worden wären. Man fürchtete indessen, daß es nicht lange mehr

möglich sein werde, die Ruhe aufrecht zu erhalten, wenn nicht schleunige Nachrichten von der vollständigsten Nachgiebigkeit des Ministeriums in die Vorstädte kämen.

Unter solchen Umständen entschloß sich das Ministerium, nachzugeben, und machte um 11½ Uhr in der Nacht den Studenten bekannt, daß auch ihre letzte Forderung gewährt sei, eine constituirende Kammer werde nach dem freisinnigsten Wahl-Gesetz einberufen werden, um eine neue Verfassung zu entwerfen, die alte Verfassung trete außer Kraft.

Die Antwort des Ministeriums wurde mit Zweifel vom Volke aufgenommen, und erst als der Minister von Pillersdorf persönlich erschien und sein heiliges Ehrenwort darauf gab, er werde seine Versprechungen halten, erst da vertraute man, und nun war der Jubel groß.

Reitende Boten flogen sofort durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt und der Vorstädte, um überall dem Volk die mit dem höchsten Enthusiasmus aufgenommene Nachricht von der Nachgiebigkeit des Ministeriums zu bringen.

Aller Groll gegen die Regierung war im Augenblick vergessen. Lebehochs auf die Minister wechselten nun mit solchen auf den Kaiser und auf die akademische Legion ab.

5.

Am folgenden Morgen war die Ruhe in Wien wieder so vollständig hergestellt, als ob am 15. Mai gar nichts Außergewöhnliches geschehen sei. Man erwartete mit Begierde die Kundgebungen des Ministeriums, ob dasselbe seine Versprechungen halten werde.

Folgende Kundmachung des Ministers Pillersdorf, welche

schon am 15. ausgefertigt war, aber erst am 16. Morgens an den Straßenecken erscheinen konnte, bewies deutlich, daß es dem Ministerium mit seinen Concessionen in der That Ernst sei.

Kundmachung.

Das Ministerium hat in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen, und um zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tages-Befehls der National-Garde vom 13. Mai 1848 und die Gewährung der zwei übrigen Punkte der überreichten Petition beschlossen. Eben so wurde der National-Garde gewährt, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterliegen und die Bestimmungen des Wahl-Gesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, so wird für den ersten Reichstag nur Eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Census bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volks-Vertretung entfallen.

Wien, am 15. Mai 1848.

Der Minister des Innern. Pillersdorf.

Am 16. erschien folgende Proclamation:

Zur Beruhigung der am 15. Mai 1848 in Unserer Residenzstadt Wien entstandenen Aufregung und zur Verhütung gewaltsamer Ruhestörungen wurde von Unserem Minister-Rathe die Zurücknahme des für Unsere National-Garde am 13. Mai 1848 erlassenen Tages-Befehls in Betreff der Vorgänge des politischen Central-Comités beschlossen, und ebenso wurde bereits den von der National-Garde gestellten

zwei Bitten die Gewährung zugesagt, daß nämlich die Stadtthore und die Burgwache gemeinschaftlich von dem Militair und der National-Garde nach allen ihren Abtheilungen besetzt werden sollen, und daß das Militair nur in jenen Fällen des erforderlichen Beistandes herbeizurufen sei, wo die National-Garde selbst es ansucht. Diesen Beschlüssen fügen Wir noch, um alle übrigen Anlässe zu Mißvergnügen und Aufregung zu beseitigen, nach dem Anrathen Unseres Minister-Rathes die weitere Bestimmung bei, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung des Reichstages unterzogen werden soll, und die Anordnungen des Wahl-Gesetzes, welche Bedenken hervorgerufen haben, in einer neuerlichen Prüfung zu erwägen seien. Damit die Feststellung der Verfassung durch die constituirende Reichs-Versammlung auf die zuverlässigste Weise bewirkt werde, haben Wir beschlossen, für den ersten Reichstag nur Eine Kammer wählen zu lassen, wonach also für die Wahlen gar kein Census bestehen und jeder Zweifel einer unvollkommenen Volks-Vertretung entfallen wird. Wir hegen hiernach die Zuversicht, daß alle Klassen der Staatsbürger mit Ruhe und Vertrauen der baldigen Eröffnung des Reichstages entgegen sehen werden.

Wien, am 16. Mai 1848.

Ferdinand.

Pillersdorf, Minister des Innern und provisorischer Präsident. Sommaruga, Minister der Justiz und des Unterrichts. Krauß, Finanz-Minister. Latour, Kriegs-Minister. Doblhoff, Minister des Handels. Baumgartner, Minister der öffentlichen Arbeiten.

Außerdem erschien am 16. eine außerordentliche Beilage der neuesten österreichischen Zeitung, in welcher das Ministerium

seine Handlungsweise in einem längeren Aufsatze entschuldigte, zugleich aber auch anzeigte, daß es seine Entlassung eingereicht habe. Dieser interessante Aufsatz lautet folgendermaßen:

Nachdem durch wiederholte Deputationen von dem versammelten Minister-Rathe die Zurücknahme des Tages-Befehls des Ober-Commandanten der National-Garde gegen die Verhandlungen des politischen Comité derselben verlangt wurde, hat derselbe diesem Begehren nicht nachgeben zu können geglaubt, und diese Entscheidung mit dem Beisatze ausgefertigt, daß er bei dem Beweise von Mangel an Vertrauen der National-Garde seine Stelle in die Hände Sr. Majestät niederlegen werde. Diese Erklärung wurde mit entschiedenem Mißfallen und mit der Erwiderung aufgenommen, daß die Sicherheit und Ruhe auf das Höchste gefährdet und das Aeußerste zu besorgen sein würde. Eben so beunruhigende Nachrichten erhielten die Minister über die Richtung und über die vorherrschenden Sympathieen für das gestellte Begehren und über die Mittel, den in größter Gährung begriffenen Manifestationen des Volkes Widerstand zu leisten. Diese Verhältnisse erforderten eine um so ernstere Erwägung, als Tausende von Arbeitern in die Stadt geströmt waren und Neigung zu gewaltsamen Schritten besorgen ließen. Sie erkannten es unter solchen Umständen für ihre heiligste Pflicht, mit Hintansetzung aller persönlichen Rücksichten vor Allem auf die Sicherheit des Thrones, der Dynastie und der Einheit der Monarchie bedacht zu sein. Diese Pflichten geboten ihnen, schwere Opfer zu bringen, um größeres Unglück abzuwenden. Sie haben den angegriffenen Tages-Befehl außer Kraft gesetzt, die bereits von Sr. Majestät beschlossene gemeinschaftliche Besetzung der Stadtthore und der Burgwache mit dem Militair

der National-Garde zugesichert, und eben so zugestanden, daß das Erstere nur in jenen Fällen der dringendsten Gefahr, wo die National-Garde selbst bittet, herbeigerufen werde. Auch diese Zugeständnisse waren nicht hinreichend, die aufgeregte Stimmung zu beruhigen. Die Feststellung der Verfassung durch den constituirenden Reichstag wurde eben so wie eine Revision des Wahl-Gesetzes gefordert, und nur durch diese Bewilligung die Erhaltung der Ruhe als möglich erklärt. Vor Allem berufen, die geheiligte Person Sr. Majestät, den constitutionellen Thron und die ernstlich bedrohte Sicherheit der Residenz zu schützen, zugleich aber die Ueberzeugung zu befestigen, daß der Monarch zu jedem mit dem Gesammtwohle verträglichen Zugeständnisse geneigt sei, haben die Minister die Verantwortlichkeit übernommen, Sr. Majestät vorzuschlagen, den ersten Reichstag zu einem constituirenden zu erklären und die Wahlen für denselben auf eine Kammer zu beschränken, wodurch die für den Senat festgesetzten Wahlmodalitäten diesmal entfallen und das provisorische Wahl-Gesetz einer neuen Prüfung unterzogen werden muß. So wenig sie für diese Maßregeln die Verantwortlichkeit ablehnen, so fühlen sie doch durch diese Vorgänge und durch ihren Schritt die Kraft und die Mittel gelähmt, wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen können. Ihr Pflichtgefühl hat ihnen daher die unabweisliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Sr. Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen, sich mit Räthen zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und kräftigen Unterstützung erfreuen.

Das Ministerium zeigte zugleich an, daß es nach dem

Wunsche des Kaisers die Geschäfte provisorisch bis zur Bildung eines neuen Ministeriums fortführen werde.

Das war mehr, als die akademische Legion, als das Volk wollte. Das Ministerium war durch seine Fügsamkeit in den Volkswillen gewissermaßen populair geworden, und die Nachricht von seiner Abdankung erregte daher allgemeines Bedauern.

Dasselbe Central-Comité, welches am 15. Tausende von Bewaffneten gegen die Burg entsendet hatte, welches dadurch dem Ministerium so schroff gegenüber getreten war, dasselbe Central-Comité erließ am 16. eine Vertrauens-Adresse an das Ministerium und bat es, in seinen Functionen zu bleiben.

Und das Ministerium blieb. Der gutmüthige, aber schwache Pillersdorf ließ sich überreden, er verharrte in einer Stellung, welcher er durchaus nicht gewachsen war, in einer Stellung, die von einer Seite bedroht war durch das stürmisch vorwärts drängende Volk, und von der anderen Seite, wie wir sehr bald sehen werden, durch die reactionaire Camarilla, welche schon jetzt ihre finsteren Pläne zur Ausführung zu bringen suchte.

6.

Die höchste Ruhe war nach den bedeutungsvollen Ereignissen des 15. Mai in Wien eingetreten; man hätte glauben sollen, daß nach dem leichten Siege des Volkes dasselbe vollkommen befriedigt sein müsse, und daß die Nachgiebigkeit des Ministeriums eine Garantie auch für spätere Ruhe bieten müsse. Dies war indessen leider nicht der Fall. Es gab

am Hofe eine Partei, welche es sich angelegen sein ließ, den Fortschritten entgegen zu wirken.

Die Camarilla war in Oesterreich so stark, wie in den übrigen deutschen Staaten; bisher hatte sie sich noch nicht vollständig entfalten können, jetzt aber schien es ihr an der Zeit, der Entwickelung der Volksfreiheit entgegen zu treten, wenn sie nicht fürchten wollte, ihre Macht auf immer zu verlieren.

Schon am 16. wurden die wahnsinnigsten Gerüchte über das Benehmen der Studenten am 15. Mai in Wien verbreitet. Es hieß, die Studenten wären mit brennenden Cigarren in die Zimmer des Kaisers gedrungen, hätten ihm die Gewehrkolben vor die Füße gestoßen und ausgerufen, er möge schnell Concessionen machen, sie hätten keine Zeit zu verlieren!

Außerdem erzählte man, der Kaiser wäre unter Androhung, daß die Republik ausgerufen werden solle, zur Unterschrift gezwungen worden.

Wenn auch diese Lügen allerdings albern genug waren, so fanden sie doch bei einem Theile der reactionairen Bürgerschaft Glauben, und es zeigte sich daher schon am 17. ein Umschwung in der öffentlichen Meinung, welcher eine baldige Reaction erwarten ließ.

Besonders aber machte es sich die Reaction zur Aufgabe, den gutmüthigen, aber leichtgläubigen, verstandesschwachen Kaiser zu umgarnen. Man stellte ihm vor, daß seine Person in Wien gefährdet sei, die Partei des Volkes strebe nach Republik, die Guillotine, der Communismus, die Arbeiterherrschaft stehe dem Kaiserreiche bevor; von der Wohnung des Bäckermeisters Dehne sei eine Mine unter die Burg

gegraben, und das Militair wisse darum; das Volk beabsichtige, die Burg mit dem Kaiser in die Luft zu sprengen, und dann die Republik zu proklamiren.

Bei einem nur einigermaßen urtheilsvollen Manne wäre, der musterhaften Haltung des Wiener Volkes gegenüber, eine solche Verleumdung fruchtlos geworden, aber der verstandesschwache Kaiser lieh ihr ein williges Ohr; er that es um so mehr, als er schon seit einigen Tagen an einem Nervenübel litt, welches ihn für die Einflüsterungen der Camarilla noch empfänglicher machte.

Am Abend des 17. Mai fuhren bei herrlichem Wetter mehrere Hofwagen zum Thore hinaus. —

Die Wiener sahen dies mit an, sie sahen den Kaiser, die Erzherzogin Sophie, den Erzherzog Franz Karl und dessen Familie, von dem durch und durch reactionairen Grafen von Bombelles begleitet, nach Schönbrunn hinausfahren, ohne den geringsten Argwohn zu hegen. Auch das Ministerium selbst hatte keine Ahnung, daß die kaiserliche Familie Wien auf immer zu verlassen beabsichtige. Es konnte dies um so weniger glauben, als die Ruhe in der Stadt vollkommen wiederhergestellt war, als die Bürgerschaft durch die Nachgiebigkeit des Kaisers eine nur noch größere Liebe für denselben an den Tag gelegt hatte.

Erst spät am Abend, nach 9 Uhr, erfuhr das Ministerium, daß die Ausflucht des Kaisers in der That mehr als eine bloße Spazierfahrt gewesen wäre, und am Morgen des 18. Mai theilte es die wunderbare Nachricht in einer Proklamation den staunenden Wienern mit.

Das Ministerium sagt in dieser Proklamation: „Heut in der neunten Abendstunde ist dem Ministerium die mündliche

unerwartete Mittheilung zugekommen, daß Se. Majestät der Kaiser aus Gesundheits-Rücksichten in Begleitung der Kaiserin und des Durchlauchtigen Erzherzog Karl sammt seiner Durchlauchtigen Gemahlin und drei Prinzen die Residenz verlassen, und die Route nach Insbruck eingeschlagen habe. Das unterzeichnete Ministerium, welches die Gründe und näheren Umstände dieser Reise nicht kennt, sieht sich verpflichtet, dieselbe zur Kenntniß der Bevölkerung zu bringen. Dasselbe hat es als seine erste Pflicht erkannt, in der Person des Ober-Commandanten der National-Garde, Grafen Hoyos, eine vertrauenswürdige Person sogleich in der Nacht abzusenden und die dringende Bitte zu stellen, daß die Bevölkerung durch die Rückkehr des Kaisers, oder durch eine offene Darstellung der Gründe, welche dieselbe unmöglich machen, beruhigt werde." Das Ministerium fordert ferner in derselben Proklamation alle Gutgesinnten auf, ihm behülflich zu sein, die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.

Als die Nachricht von der Flucht des Kaisers in Wien bekannt wurde, verbreitete sich nicht nur ein allgemeines Staunen, sondern die ganze Bevölkerung von Wien ward von einem förmlichen Schrecken ergriffen. Hatte sich schon an den Tagen vorher ein Umschlag zu Gunsten der Regierung, eine Furcht vor Ueberstürzung gezeigt, so wurde diese durch die plötzliche Flucht des Kaisers nur noch vermehrt.

Die National-Garde und selbst die akademische Legion wurde plötzlich conservativ, und riethen zur vollständigsten Ruhe. Das Central-Comité, welches die Ereignisse des 15. Mai veranlaßt hatte, löste sich von selbst auf, trat aber, durch Mitglieder der übrigen National-Garde verstärkt, unter Vorsitz des Grafen Montecuculi als permanenter Sicherheits-

Ausschuß zusammen, und übernahm nun die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in der Stadt Wien, indem es zu gleicher Zeit dem Ministerium ein vollkommenes Vertrauens-Votum gab und sich verpflichtete, den Ministern in dieser kritischen Zeit mit aller Macht beizustehen. In den Vorstädten zeigte sich allerdings eine größere Unruhe; dort, wo die Arbeiter-Bevölkerung vorzüglich ihren Sitz hat, ließ sich eine Bewegung am ersten erwarten, und dorthin wendeten sich daher alle extravaganten Köpfe, welche glaubten, den Moment benutzen zu können, um in Wien die Republik zu proklamiren.

Aber alle diese Unternehmungen waren vergebens. Die Studenten, das Militair und die National-Garde standen vereinigt und zeigten sich fest entschlossen, allen dergleichen Uebergriffen entgegen zu treten.

Die Thore der Stadt wurden besetzt, um den Zudrang von Arbeitern abzuhalten. Wo auch in den Vorstädten der Ruf: „Es lebe die Republik!" ertönte, fand derselbe doch nur wenig Anklang, und diejenigen, welche gewagt hatten, ihn auszustoßen, wurden verhaftet.

Alle Stände in Wien wetteiferten, die Ruhe und Ordnung zu erhalten. Die Literaten und Zeitungs-Unternehmer traten zusammen, um den mitunter zügellosen Ausschweifungen der Presse entgegen zu treten. Die Aula blieb nur drei Stunden des Tages offen, und die Studentenschaft bemühte sich, die Arbeiter durch Ueberredung von allen unruhigen Schritten abzuhalten. Trotzdem herrschte aber unter der ruhigen Bürgerschaft eine ungeheure Furcht vor einer Umwerfung der Staats-Verfassung, und Jedermann sah ein, daß wenn die Partei der Camarilla, welche den Kaiser zur Flucht

bewegt hatte, an der Herrschaft blieb, keine Möglichkeit vorhanden sei, eine Constitution ins Leben zu führen, und doch war diese zum Bedürfniß des Volkes geworden, und es ließ sich leicht voraussehen, daß hier nur die Wahl zwischen Republik und constitutioneller Monarchie zu treffen war, daß die alten Zustände nicht wieder zurückkehren könnten.

Am besten zeigte sich diese Furcht durch den ungeheuren Andrang gegen die Bank; an dem einen Tage, am 18., wurden in der Bank nicht weniger als anderthalb Millionen Gulden zurückgefordert. Die National-Garde, in Verbindung mit dem Militair und der akademischen Legion, unternahm es jetzt, mit aller Kraft für die Ruhe der Stadt zu sorgen. Vor dem Burgthor wurde ein förmliches Lager gemacht, in welchem Soldaten und National-Garde friedlich neben einander lagen. Am Abend, noch ziemlich spät, wurde sogar das Aufruhr-Gesetz proklamirt; es durften nicht mehr wie sechs Personen auf der Gasse beisammen stehen, die Hausväter waren verpflichtet, ihre Untergebenen zu Hause zu behalten; gegen Aufläufe wurde das Standrecht angedroht.

So zeigte es sich, daß die ganze Bevölkerung von Wien weit entfernt war, den ihr gemachten Vorwurf der Anarchie zu verdienen, daß sie im Gegentheil, wie sehr sie auch die Freiheitsbestrebungen begünstigte, doch einer ordnungsmäßigen Regierung mit aller Kraft ihre Unterstützung angedeihen ließ.

7.

Während in Wien über die Abreise des Kaisers eine so große Aufregung sich entfaltete, setzte der Kaiser, in Begleitung seiner Familie, ruhig seine Reise nach Insbruck fort.

Er hatte sich zuerst in eine leichte Equipage nach dem Schlosse Schönbrunn begeben, und war hier erst in den eigentlichen Reisewagen gestiegen.

Die Reise war dem Kaiser selbst höchst überraschend gekommen; er hatte so wenig von derselben vorher etwas geahnt, als das Volk von Wien. Die Camarilla, welche ihn mit ihren Netzen umgarnte, war vorsichtig genug gewesen, dem Kaiser erst in den letzten Stunden vor der Abreise zu derselben zu rathen, und den schwachen Mann durch inständiges Bitten seiner Familienglieder zu diesem so folgereichen Schritte zu bewegen.

Die Reise nach Insbruck wurde schnell fortgesetzt. In den Städten, welche der Kaiser unterwegs berührte, erhielt er allerdings manche Ehrenbezeugung, aber dennoch war diese Reise kein Triumphzug, wie sonst wohl die kaiserlichen Reisen zu sein pflegten; im Gegentheil zeigte sich fast in allen Städten Oberösterreichs eine gewisse Aufregnng über den Entschluß des Kaisers, über sein Verlassen der Residenz. Die deutschen Bewohner Oberösterreichs fühlten für die kühnen Vorkämpfer deutscher Freiheit in Wien gewaltige Sympathieen.

Am deutlichsten zeigte sich dies in Linz, wo eine Deputation sich zum Kaiser begeben hatte, um ihm Vorstellungen zu machen, ihm die Bestürzung der Einwohnerschaft über die Reise überhaupt und die Art derselben mitzutheilen, und zugleich ihm offen das Mißtrauen auszusprechen, welches das österreichische Volk über die Umgebung des Kaisers fühle.

Die Deputation war nur durch den Grafen Bombelles empfangen worden, und dieser hatte mit fanatischen Worten von der rohen Gewalt, von den drohenden Sturm-Petitionen gesprochen, welche den Kaiser zur Abreise gezwungen hätten.

Er war zu gleicher Zeit so unvorsichtig gewesen, die wahren Pläne der reactionairen Camarilla dadurch zu enthüllen, daß er der Deputation angerathen hatte, die Bürger möchten sich zur Unterdrückung der Anarchie in Wien mit den Slaven verbinden. Diese Aeußerung wurde bald bekannt und erregte eine allgemeine Entrüstung im ganzen deutschen Oesterreich. Als daher der Kaiser in Insbruck ankam, wurde er allerdings von den Bewohnern dieser Stadt, welche mit besonders treuer Liebe am Kaiserhause hängen, aufs Feierlichste und Freudigste empfangen, aber zu gleicher Zeit kamen auch aus vielen Theilen des Kaiserstaates Deputationen nach Insbruck, welche sich mit ziemlicher Offenheit für die Rückkehr des Kaisers nach Wien aussprachen, während freilich andererseits die slavischen Deputationen über die Flucht des Kaisers aus dem deutschen Wien frohlockten, und ihm zu diesem Schritt Glück wünschten.

In Insbruck blieb der Kaiser ganz umgeben von der Partei der Camarilla, es konnte kaum ein Anderer zu ihm dringen, und der gutmüthige schwache Mann mußte daher nothwendiger Weise in allen seinen Entschlüssen von dieser Partei geleitet werden. Die Hoffnung der Camarilla ging darauf hin, mit Hülfe der nahen italienischen Armee und der Slaven einen Staatsstreich auf Wien auszuführen. Man wartete nur darauf, daß eine hinlängliche Armee aus Italien zusammengezogen werden könne, um energisch gegen Wien vorzuschreiten.

Es war daher wohl natürlich, daß der dem Kaiser sofort nachgereiste Graf Hoyos, der Commandant der Wiener National-Garde, einen abschläglichen Bescheid erhielt, als er mit Bitten in den Kaiser drang, derselbe möge nach Wien

zurückkehren. Denselben Bescheid erhielt auch der Präsident des General-Rechnungs-Direktoriums, Graf Wilczek, welcher dem Grafen Hoyos vom Ministerium nachgesandt worden war.

Die Hof-Partei begnügte sich indessen mit diesen abschläglichen Antworten nicht; sie ging weiter, und veranlaßte den Kaiser, am 20. Mai ein Manifest zu erlassen, welches nicht einmal von einem Minister gegengezeichnet werden konnte, ein Manifest, welches deswegen allen constitutionellen Gebräuchen gradesweges entgegenlief.

Dies Manifest lautete:

„Manifest an Meine Völker.

Die Vorgänge in Wien am 15. Mai drängen mir die traurige Ueberzeugung auf, daß eine anarchische Fraktion, sich stützend auf die meist durch Fremde irregeführte akademische Legion und einzelne Abtheilungen von der gewohnten Treue gewichenen Bürger und National-Garden, Mich der Freiheit zu handeln berauben wollte, um so die über jene vereinzelten Anmaßungen gewiß allgemein empörten Provinzen und die gutgesinnten Bewohner Meiner Residenz zu knechten. Es blieb nur die Wahl, mit der getreuen Garnison nöthigenfalls mit Gewalt den Ausweg zu erzwingen, oder für den Augenblick in der Stille in irgend eine der Gottlob insgesammt Mir treu gebliebenen Provinzen sich zurückzuziehen. Die Wahl konnte nicht zweifelhaft sein, Ich entschied Mich für die friedliche, unblutige Alternative, und wandte Mich in das zu jeder Zeit gleich bewährt gefundene Gebirgsland, wo Ich Mich auch zugleich den Nachrichten von der Armee näherte, welche so tapfer für das Vaterland ficht. Mir ist der Gedanke fern, die Geschenke, welche Ich Meinem Volke in den

Märztagen gemacht habe, und deren natürliche Folgerungen zurücknehmen oder schmälern zu wollen, Ich werde im Gegentheil fortan geneigt sein, den billigen Wünschen Meiner Völker im gesetzlichen Wege Gehör zu geben und den nationellen und provinziellen Interessen Rechnung zu tragen, nur müssen solche sich als wirklich allgemeine bewähren, in legaler Weise vorgetragen, durch den Reichstag berathen und Mir zur Sanction unterlegt werden; nicht aber mit bewaffneter Hand von Einzelnen ohne Mandat erstürmt werden wollen. Dies wollte Ich Meinen durch Meine Abreise von Wien in ängstliche Spannung versetzten Völkern zu ihrer allseitigen Beruhigung sagen, und sie zugleich erinnern, wie Ich in väterlicher Liebe immer bereit war, unter Meinen Söhnen auch die verloren geglaubten, zurückgekehrten wieder aufzunehmen.

Insbruck, am 20. Mai 1848."

Mit diesem Manifest und einem Brief an den Freiherrn von Pillersdorff, in welchem der Kaiser aussprach, daß die Stadt Wien in letzter Zeit ihre Treue gegen den Kaiser so sehr verletzt habe, daß er diese Residenz habe verlassen müssen, und dem Minister-Rathe auftrug, einstweilen zu thun, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones fordere, kehrten Graf Hoyos und Wilczek nach Wien zurück, wo sie am 24. Mai eintrafen.

In Wien hatte während dieser Zeit eine äußerst trübe Stimmung geherrscht; die Bürger besorgten noch immer, daß eine gewaltige republikanische Bewegung im Volke ausbrechen würde, und gaben dies am besten dadurch zu erkennen, daß sie sich mit jedem Tage mehr und mehr der Bank und der Spaarkasse zudrängten. Es kam dahin, daß eine Verordnung

erlassen werden mußte, welche die Annahme von Banknoten im Verkehr allen Handelsleuten aufs Strengste anbefahl. Im Uebrigen herrschte indessen in Wien, Dank den unablässigen Anstrengungen der akademischen Legion, die höchste Ruhe. Durch ihr thätiges Benehmen in dieser kritischen Zeit, und ihr festes Entgegentreten bei allen etwaigen republikanischen Kundgebungen hatte die akademische Legion in den wenigen Tagen sich wieder auf das Allervollständigste in der alten Liebe des Wiener Bürgers hergestellt. War diese Liebe unmittelbar nach der Abreise des Kaisers im Volke wankend geworden, so hatte sie sich doch aufs Neue befestigt. Das Volk blickte wieder auf die akademische Legion, als auf die Vorkämpferin für die Freiheit, und zu gleicher Zeit für die Ruhe, für die Ordnung.

Am 24. Mai brachten, wie bereits mitgetheilt, Graf Hoyos und Graf Wilczek das kaiserliche Manifest nach Wien. Dies Manifest erregte einen allgemeinen Unwillen unter der ganzen Bevölkerung der Hauptstadt. Der Vorwurf, daß eine anarchische Fraction, zu welcher auch die akademische Legion gehöre, den Kaiser seiner Freiheit beraubt haben sollte, war so ungerecht, daß die ganze Bevölkerung darüber in Aufregung kam.

Diesen Zeitpunkt, der für eine Auflösung der akademischen Legion so ungünstig als möglich war, benutzte das schwache und unbesonnene Ministerium in unbegreiflicher Unklugheit, um sich der Legion zu entledigen.

Der gewaltige Einfluß, welchen die Wiener Studentenschaft auf alle Volksbewegungen gehabt hatte, war dem Ministerium furchtbar geworden. Schon längst hätte es gern sich derselben entledigt, aber immer hatte es nicht den Muth

zu diesem Schritte gehabt, und der erste Versuch, die Auflösung des Central-Comités, war ihm so schlecht bekommen, daß es aus demselben sich eine Warnung hätte ziehen müssen. Jetzt glaubte in unbegreiflicher Verblendung das Ministerium, es habe die Macht in den Händen, die Legion unschädlich zu machen. Unmittelbar nach der Abreise des Kaisers wäre dies vielleicht möglich geworden, weil damals sich viele Stimmen gegen die Legion kundthaten, und die National-Garde mit Mißtrauen auf die Studenten blickte. Seitdem aber hatten die Studenten in mehreren Tagen Gelegenheit gehabt, die ihnen gewordenen Vorwürfe energisch zurückzuweisen, und jetzt war daher eine Auflösung der akademischen Legion vielleicht die unklugste Maßregel, welche das Ministerium vorzunehmen irgend vermochte. Es war diese Maßregel um so thörichter, als durch die Aeußerung des Grafen Bombelles die Pläne zu Gunsten der Slaven gegen die deutsche Partei in Wien bekannt geworden waren, und dort eine nothwendige Aufregung hervorgebracht hatten, eine Aufregung, welche zu einer um so innigeren Vereinigung der National-Garde mit der akademischen Legion führen mußte.

In einer solchen Zeit erschien am 24. Mai eine Verordnung, welche die Schließung der Vorlesungen und die Ablieferung der Waffen für diejenigen Studenten anbefahl, welche nicht in Wien heimisch wären. Am 25. wurde ein zweites Plakat veröffentlicht, welches vom Grafen Colloredo, dem Commandanten der akademischen Legion, unterzeichnet, die Auflösung derselben anbefahl. — Es sollten diese Schritte eine gewaltige Erhebung des Volkes zur Folge haben.

8.

Am Abend des 25. Mai fand in Folge des mitgetheilten Befehls zur Auflösung der akademischen Legion eine große Versammlung von Studenten, Bürgern und National-Gardisten statt. Die Versammlung wurde natürlicherweise beschäftigt durch das Auflösungs-Dekret, und viel wurde hin und her debattirt, ob demselben von den Studenten Folge zu leisten sei. Die Studenten waren anfangs Willens, sich dem Befehle zu fügen, wenn nur die Zugeständnisse, welche die Regierung dem Volke am 15. Mai gemacht hatte, trotz der Auflösung der Legion ins Leben geführt würden. Anderer Ansicht waren aber die Bürger und besonders die National-Gardisten.

Es lag auf der Hand, daß, nachdem die Flucht des österreichischen Kaisers die Macht der Reaction gezeigt hatte, die größten Besorgnisse über dieselbe im Herzen der Bürger hatten erwachen müssen. Die Auflösung der akademischen Legion erschien ihnen nur als erster Schritt zur Auflösung der National-Garde selbst, und sie beschlossen daher, sich mit der akademischen Legion zu vereinigen, mit dieser fest zu stehen gegen etwaige Gewaltmaßregeln, welche die Regierung behufs der Auflösung der Legion etwa ergreifen könnte.

Schon am frühen Morgen des 26. Mai erschien ein neues, durch den Landes-Regierungs-Präsidenten, Grafen von Montecuculi unterzeichnetes Dekret, welches abermals die Auflösung der akademischen Legion anbefahl, indem es sich stützte auf das kaiserliche Manifest vom 20. Mai. Es wurde in diesem Dekret ausgesprochen: in Anbetracht der in dem Manifest vom Monarchen ausgesprochenen Ueberzeugung (daß eine

anarchische Fraction, gestützt auf die meist durch Fremde irre geführte akademische Legion, und einzelne von der gewohnten Treue abweichenden Abtheilungen der Bürger und Nationalgarden, ihn der Freiheit zu handeln berauben wolle), werde die akademische Legion in ihrer dermaligen Organisirung als selbstständigen Bestandtheil der National-Garde aufgelöst und mit dieser in einen Korper vereinigt.

Das Regierungsdekret verordnete ferner, daß sowohl die Studenten, welche von diesem Rechte, dem Eintritt in die Nationalgarde, keinen Gebrauch machen wollten, als auch diejenigen, welche sich unbefugter Weise der akademischen Legion eingereiht hätten, ihre Waffen der Regierung binnen 24 Stunden in das bestimmte Waffen-Depot abzuliefern hätten.

Am frühen Morgen des 26. Mai gegen 6 Uhr erschien der bisherige Commandant der akademischen Legion, Graf Colloredo, vor der Universität, um die Ausführung dieses Regierungsdekrets zu erzwingen. Er fand die Thore der Universität durch eine Studentenwache besetzt, welche ihm den Eintritt verweigerte. Er verlangte denselben mit gezogenen Degen, wurde aber von den Studenten energisch zurück gewiesen.

Graf Colloredo entfernte sich, er nahm Rücksprache mit einigen bisher bei den Studenten angesehenen Professoren, den Herren Endlicher und Hye, und diese Männer, welche sich bisher immer für die Vorkämpfer der Freiheit ausgegeben hatten, riethen jetzt, selbst mit Waffengewalt gegen die akademische Legion einzuschreiten, einige Bataillone herbeizuführen, um die Srudenten aus der Universität zu vertreiben und sie zu entwaffnen. Beide erboten sich, das Militair selbst zur Universität zu geleiten.

Die Absicht der Regierung, die Legion aufzulösen, war durch die Befehle der vorigen Tage schon in der ganzen Stadt bekannt geworden; man war darauf vorbereitet, daß dieser Befehl am 26. zur Ausführung gebracht werden würde, und eine ungeheure Aufregung hatte sich deshalb des Volkes bemächtigt, welches die größte Gefahr für die Freiheit befürchtete, wenn die Vorkämpfer derselben, die Studenten, entwaffnet würden. Gewaltige Volksmassen strömten deshalb zur Aula; die Nationalgarden traten unter die Waffen, Generalmarsch ertönte, Bürger und Arbeiter vereinigten sich. Sie zogen nach der Universität, um der Legion ihren festen Entschluß auszudrücken, daß sie nun und nimmermehr die Auflösung derselben zugeben würden.

Nach dem Grafen Colloredo war auch der Graf von Montecuculi und der Stadt-Commandant von Wien, Graf Dietrichstein, in der Universität erschienen, und hatten die Legion aufgefordert, sich freiwillig der Auflösung zu ergeben. Beide waren ebensowohl zurückgewiesen worden, als Graf Colloredo.

Es war jetzt die Absicht der Regierung, Waffengewalt anzuwenden gegen die Studenten; man war schon von vorn herein auf diese Eventualität gefaßt gewesen, und das Militair war deshalb auf dem Glacis consignirt. Die sämmtlichen Hauptthore der Stadt und die Burg waren mit Militair besetzt, um den Zudrang der Arbeiter und derjenigen Nationalgarden in den Vorstädten, welche etwa den Studenten zu Hülfe ziehen konnten, abzuhalten. — Der Nationalgarden in der Stadt selbst glaubte die Regierung sicher zu sein, da dieselben bei verschiedenen Gelegenheiten ihre schwarz-gelbe Gesinnung an den Tag gelegt hatten.

Auf den freien Plätzen der Stadt waren Kanonen aufgefahren, das Militair stand mit geladenen Gewehren auf der Wache. Kurze Zeit, nachdem der Graf Montecuculi die Universität verlassen hatte, rückte ein Bataillon Infanterie auf die Universität zu.

Sobald die Studenten sahen, daß man wirklich mit Waffengewalt ihnen gegenüber treten wollte, bereiteten sie sich auf das Heftigste zum Kampfe vor. Die Thore der Universität wurden verschlossen, Tische und Bänke aus den Hörsälen gerissen und zu einer Art Barrikadirung der Thüren gebraucht; die gesammte Legion stand unter Waffen. Ein Theil derselben ging unter das Volk, um dasselbe aufzufordern, kräftigen Theil zu nehmen an der Erhebung der Legion.

Vor dem Thore der Universität machte das Bataillon Infanterie Halt; es umzingelte die Universität und forderte die Legion zur Uebergabe auf. Die Studenten verweigerten dieselbe natürlicher Weise.

Eine ungeheure Volksmenge, bewaffnet und nicht bewaffnet, hatte sich, wie wir bereits erzählten, während dieser Zeit um die Universität versammelt. Das Bataillon Infanterie war vollkommen von dieser Volksmenge eingeschlossen, welche unaufhörlich sich in die Reihen der Soldaten zu drängen bemüht war. Einzelne angesehene Bürger redeten dabei den Soldaten und Offizieren zu, daß sie sich nicht hergeben sollten zu Werkzeugen der Gewalt gegen die Freiheit des Volkes, und ihre Worte fanden Anklang; viele Soldaten sprachen sich offen dahin aus, daß sie nicht gegen das Volk einschreiten, sondern, falls es zum Aeußersten käme, sich gern mit demselben verbinden würden.

Da blieb denn freilich dem kommandirenden Offiziere

Nichts übrig, als mit seinen Soldaten zurückzukehren; er wäre nicht im Stande gewesen, der ungeheuren Volksmenge zu widerstehen.

Die in der Stadt herrschende Aufregung hatte sich mittlerweile dem Volke in den Vorstädten mitgetheilt, die Arbeiter hatten sich gesammelt und rückten jetzt in Massen gegen die Thore vor. Mit Spaten, Schaufeln, Hacken, Beilen bewaffnet, drängten sie gegen die Militairwache. Auch die freisinnigen Nationalgarden der Vorstädte, welche sich offen aussprachen für die Studentenschaft, drängten gegen die Thore.

Vergeblich versuchte es die Regierung, durch einige Emissaire einzuwirken auf die Arbeiter, und durch Geldvertheilungen die armen, aber unbestechlichen Männer zu veranlassen, daß sie abfielen von den ihnen so theuren Studenten. Einigen dieser Emissaire kostete die Ausführung ihrer Aufträge beinahe das Leben, denn die wüthenden Arbeiter wollten dieselben durchaus aufhängen, und ließen sich nur durch das Zureden einzelner, vernünftiger Bürger von diesem Vorsatze abhalten.

Das Gedränge gegen die Thore wurde immer stärker und stärker, endlich vermochten die schwachen Militairwachen dem ungeheuren Andrang nicht länger zu widerstehen: am rothen Thurmthore waren einige der Soldaten unvernünftig genug, gegen das Volk zu feuern und einen Bürger zu erschießen. Da stürzte in ungeheurer Wuth die ganze Masse gegen die Wache vor, überwältigte dieselbe, und drang ein in die Stadt, nach der Universität zu.

Sofort wirbelte durch alle Straßen Generalmarsch, aus allen Häusern strömten Nationalgarden unter Waffen, und Alle erklärten sich, mit Ausnahme weniger, als schwarz-gelb bekannter Compagnieen, für die akademische Legion, und fest

entschlossen, im Falle eines Kampfes auf Seiten derselben zu stehen.

Vom Stephansthurme herab heulten die Sturmglocken, die akademische Legion vertheilte sich unter das Volk, und in wenigen Stunden war plötzlich ganz Wien von gewaltigen Barrikaden besetzt. Die erste wurde errichtet in der Nähe der Universität; bald aber spann sich der Barrikadenbau aus über die ganze Stadt. Von jeder Straßenecke zur andern gingen die gewaltigen Baue, welche oft bis in das zweite Stockwerk hinaufreichten.

Das Straßenpflaster wurde aufgerissen von den mit Hacken und Schaufeln bewaffneten Arbeitern. Frauen und Mädchen wurden von dem gleichen Enthusiasmus der Männer ergriffen. Sie trugen in Schürzen und Körben die Steine in die Häuser, um dieselben von den Fenstern aus als Wurfgeschosse zu brauchen. Auf den Barrikaden selbst wurden Fahnen aufgepflanzt, meistens dreifarbige, deutsche; aber neben den schwarz-roth-goldenen sah man auch einzelne rothe wehen.

Der durch die Revolution veredelte Sinn des Volkes zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, indem überall von den Arbeitern selbst an die Thore der schnell geschlossenen Läden mit weißer Kreide, freilich unortographisch, das Wort: „Heilig ist das Eigenthum!“ geschrieben wurde. Man sah diese Inschrift überall da, wo eine Zerstörung zu besorgen war, und an den Kirchthüren las man die Inschrift: „Heilig ist die Religion!“

Der in diesen wenigen Worten liegende Befehl wurde auch treu ausgeführt; nirgends kam die geringste Eigenthumsverletzung vor.

Ein wunderbares Leben herrschte während dieser Stunden in Wien; die ganze Stadt war von Barrikaden besäet — man zählte deren in den verschiedenen Straßen nahe an 200 — zwischen diesen Barrikaden wogte die gewaltige Volksmenge auf und ab von einem Theile der Stadt zum andern. Alle Barrikaden waren mit Männern besetzt, welche in jedem Augenblicke bereit waren, in den Kampf zu gehen, falls dieses erforderlich wäre. Mehr denn 100,000 kampfbereite Männer standen dem wenigen Militair gegenüber, und es war augenscheinlich, daß dasselbe durchaus nicht im Stande wäre, mit irgend einigem Erfolge gegen das Volk zu kämpfen.

Während dieser Zeit wurden fortwährend Deputationen von Seiten der Bürger und der Nationalgarde an die Minister gesendet, welche die Aufhebung des Befehls zur Auflösung der akademischen Legion und die Zurückziehung des Militairs stürmisch verlangten. Das schwache Ministerium befand sich in einer gewaltigen Verlegenheit; es zögerte, nachzugeben, denn es fühlte, daß es jedes Ansehen verlieren müsse, wenn es abermals sich dem ausgesprochenen Volkswillen beuge, und dennoch konnte es kaum anders, wenn es nicht eine vielleicht den Thron der Habsburger erschütternde Revolution herbeiführen wollte.

Der Ton der fortwährend heulenden Sturmglocke, der Jubelruf des sich seiner Kraft bewußten Volkes, tönte an die Ohren der Minister, und zwang sie endlich, dem so gewaltig ausgesprochenen Volkswillen nachzugeben.

Gegen 1 Uhr Mittags wurden einige, dem Ministerium treu ergebene Nationalgardisten, mit weißen Stäben in die Händen, unter dem Titel Friedensmänner an die Barrikaden gesendet, um den Vertheidigern derselben mitzutheilen, daß das

Ministerium bereit sei, die akademische Legion fortbestehen zu lassen.

Folgende Proklamation wurde von 1 bis gegen 4 Uhr von diesen Boten zu allen Barrikaden gebracht:

„Die Zusicherungen des Kaisers am 15. und 16. dieses Monats stehen in ihrer ganzen Ausdehnung aufrecht; die akademische Legion besteht unverändert, das Militair wird sogleich in die Kasernen zurückgezogen, und die Posten werden gemeinschaftlich von der Nationalgarde, der akademischen Legion und dem Militair in gleicher Stärke bezogen.

Wien, den 26. Mai 1848.

Pillersdorf."

Die Friedensmänner ermahnten dabei das Volk, es möge nun, da das Ministerium nachgegeben habe, auch die Barrikaden forträumen, damit der Friede wieder hergestellt wäre. Aber das war nicht nach dem Sinn des Volkes; man glaubte dem schwachen Ministerium nicht mehr, man fürchtete, daß dasselbe sich abermals den Einflüsterungen der reactionairen Partei hingeben werde, und daß es die jetzt gegebenen Zusicherungen zurücknehmen möchte, sobald es sich wieder sicher fühle. Ueberall an den Barrikaden ertönte der Ruf: „Erst muß das Militair fort! Die Versprechungen des Ministeriums müssen uns garantirt werden, ehe wir Frieden machen können!"

So dauerte denn der Aufstand fort. Allerdings ging das Ministerium in seiner Nachgiebigkeit noch weiter, es gab dem Willen des Volkes nach. Der Graf Hoyos, der Commandant der Nationalgarde, und Graf Dietrichstein, der Commandant von Wien, wurden verhaftet, weil man dieselben als Mitanstifter der militairischen Maßregeln gegen die akademische Legion betrachtete. Graf Coloredo und Graf Montecuculi,

auf denen beiden der Haß des Volkes in diesem Augenblicke ganz besonders ruhte, flüchteten sich, während die beiden Erstgenannten als Geißeln für die Wahrhaftigkeit des Ministeriums in den Händen des Volkes blieben.

Aber auch diese Nachgiebigkeit fruchtete Nichts. Unaufhörlich tönten vom Stephansthurm und von den übrigen Kirchen der Stadt die Sturmglocken, unaufhörlich zogen aus den Vorstädten und aus den benachbarten Orten neue bewaffnete Schaaren zur Unterstützung der akademischen Legion herbei, welche theils die Universität, theils die in der Nähe derselben befindlichen Barrikaden besetzt hielt.

Die Barrikaden in allen Theilen der Stadt wurden mehr und mehr befestigt und immer ausgedehnter wurde der Aufstand. — Man fürchtete besonders, daß der Fürst von Windischgrätz dem Ministerium in Wien zu Hülfe eilen würde, und bereitete sich deshalb zu einem verzweifelten Kampfe vor. Wie ernst es mit demselben gemeint war, beweist uns die October=Revolution in Wien, zu deren Beschreibung wir in kurzer Zeit kommen.

In der ganzen Stadt herrschte ein gewaltiges Leben; sie glich vollkommen einem Kriegslager. Ein Sicherheitsausschuß, gewählt durch die Bürger= und Studentenschaft, an dessen Spitze der Doctor Fischhoff stand, leitete die ganze Bewegung. Die akademische Legion wurde durch den Professor der Religion, einen katholischen Priester Namens Füster kommandirt, einen durchaus energischen Mann, der sich der Volkssache mit größtem Eifer, mit höchster Liebe angenommen hatte.

So kam der Abend. Die Stadt war hell erleuchtet, an allen Fenstern brannten unzählige Lichter; Wien bot an diesem Tage ein Bild des wunderbarsten, regsten Lebens dar.

Auf fast allen Straßen brannten Wachtfeuer, die Barrikaden wurden durch den rothen Schein der Fackeln erleuchtet, dazu die glänzende Illumination der Häuser, und an einzelnen Stellen großartige Menschenmassen, mit unzähligen Fackeln, welche sich hier und dort schaarten um Redner aus der akademischen Legion.

Um die Wachtfeuer lagerten die Studenten; das Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland" ertönte durch die Stille der Nacht aus Tausend und abermals Tausend kräftigen Männerkehlen. — Da — es war etwa um 11 Uhr — donnerten plötzlich zwei Kanonenschüsse. — Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich sofort des ganzen Volks; man glaubte, der Fürst Windischgrätz stehe bereits vor den Thoren.

Wieder heulte die Sturmglocke; wieder wirbelte die Allarmtrommel durch die Straßen. — Alle Barrikaden wurden sofort durch Bewaffnete besetzt; man bereitete sich zum hartnäckigen Kampfe vor.

Es zeigte sich indessen bald, daß der Allarm ein falscher gewesen sei; Fürst Windischgrätz stand nicht vor Wien. Die gehörten Schüsse waren nur Signalschüsse eines aus Preßburg angekommenen Dampfboots, auf welchem sich eine Anzahl Juraten befand, welche auf die Nachricht von den Wiener Ereignissen sich sofort nach der Stadt begeben hatten.

Die übrige Nacht verging durchaus ruhig. Die Stadt blieb hell erleuchtet; nirgends kam ein Exceß, weder gegen Personen, noch gegen das Eigenthum vor.

9.

Der Morgen kam heran; das kampfbereitete Volk blieb in den Barrikaden, um in jedem Augenblicke gerüstet zu sein

gegen einen etwaigen Ueberfall des Militärs. Am ganzen Vormittage des 27. Mai conferirte das Ministerium mit dem am 26. gebildeten Sicherheitsausschuß, der jetzt fast lediglich die Leitung der Wiener Angelegenheiten in der Hand hatte; denn dem Ministerium selbst stand an jenem Tage gar keine reelle Macht zur Verfügung.

Schon am 26. hatte das Ministerium, außer der von uns bereits mitgetheilten Proklamation, bekannt gemacht, daß das Militär vollständig zurückgezogen werden sollte, und daß man den Arbeitern Beschäftigung gewähre; aber das Alles hatte dem Volke nicht Genüge geleistet, hatte es nicht zu befriedigen vermocht. Jetzt ging das Ministerium weiter; es gab zu Allem seine Zustimmung, was der Sicherheitsausschuß im Namen des Volkes von ihm verlangte, und verkündigte dies in der folgenden Proklamation:

„Der Ministerrath erkennt die außerordentlichen Verhältnisse, welche es zu einem Gebot der Nothwendigkeit gemacht haben, daß sich ein Ausschuß von den Nationalgarden und Studenten gebildet hat, um für die Ordnung und Sicherheit der Stadt und die Rechte des Volks zu wachen, und ertheilt den Beschlüssen, welche dieser Ausschuß am 26. d. M. gemacht hat, in folgendem seine Genehmigung: 1) Die Wachen an den Stadtthoren werden von der National- und Bürgergarde und der akademischen Legion allein bezogen, die übrigen Wachen aber von der Nationalbürgergarde und der akademischen Legion mit dem Militär gemeinschaftlich; die Wache im Kriegsgebäude wird als ein militärischer Posten vom Militär allein versehen. 2) Nur das zum Dienst nothwendige Militär bleibt hier, alles übrige wird sobald als möglich abziehen. 3) Graf Hoyos bleibt, unter Vorbehalt eines gesetzlichen

Vorganges, als Bürgschaft für das Zugesicherte und für die Errungenschaften vom 15. und 16. Mai, unter Aufsicht des Bürgerausschusses. 4) Diejenigen, welche die Schuld an den Ereignissen des 26. Mai tragen, werden vor ein öffentliches Gericht gestellt. 5) Das Ministerium stellt an Se. Majestät das dringende Ansuchen, daß Se. Majestät in nächster Zeit nach Wien zurückkehren, oder falls allerhöchstdessen Gesundheit dies verhindern sollte, einen kaiserlichen Prinzen als Stellvertreter ernennen. Das Ministerium muß zugleich an den neugebildeten Ausschuß die Einladung stellen, demselben die Bürgschaft bekannt zu machen, welche Sr. Majestät für Ihre persönliche Sicherheit und die Sicherheit der kaiserlichen Familie gegeben werden könne. Dasselbe stellt ferner das gesammte Staatseigenthum, sowie jenes des allerhöchsten Hofes, alle öffentlichen Anstalten, Sammlungen, Institute und Körperschaften in der Residenz unter den Schutz der Bevölkerung von Wien und des neugebildeten Ausschusses, und erklärt denselben unabhängig von jeder andern Behörde. Es muß demselben aber zugleich die volle Verantwortung für öffentliche Ruhe und Ordnung, sowie für die Sicherheit der Personen und des Eigenthums übertragen. Dasselbe muß endlich erklären, daß es die Amtsverrichtungen, welche ihm noch interimistisch anvertraut sind, nur so lange fortsetzen könne, bis sie von Sr. Majestät zurückgenommen sind, oder das Ministerium der Mittel beraubt ist, mit voller Sicherheit seine Beschlüsse zu fassen und unter seiner Verantwortlichkeit auszuführen.

Am 27. Mai 1848.

Im Namen des Ministeriums.
Pillersdorf."

Diese Proklamation hatte allerdings eine bedeutende Wirkung auf das Volk; man glaubte jetzt wieder, daß das Ministerium es ehrlich meine, und fühlte außerdem die Macht, in jedem Augenblicke, wenn etwa ein Verrath drohe, wieder zu den Waffen zu greifen und eine Treulosigkeit zu bestrafen.

Die Nationalgarde und akademische Legion selbst suchten jetzt zur Beruhigung des Volkes zu wirken; sie thaten es umsomehr, als sie erfuhren, daß das Ministerium Couriere an den Kaiser und an die Truppen-Kommandeure in der Nähe von Wien gesendet habe, durch welche es diesen den Befehl ertheilt habe, nicht gegen die Stadt vorzurücken.

Schon gegen Abend des 27. begannen die Arbeiter, die Barrikaden fortzuräumen. Ueberall wurde zu Gunsten des Ministeriums auf den Straßen gesprochen, und schon am Abend des 27. beabsichtigte man, von Seiten der akademischen Legion und Nationalgarde, dem Ministerium für seine Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen, einen Fackelzug zu bringen, dessen Ausführung nur an den zahlreichen, noch immer in der Stadt stehenden Barrikaden scheiterte. An Stelle desselben trat eine Serenade, welche mehrere Abtheilungen der akademischen Legion und der Nationalgarde unter ungeheurem Zulauf des Volkes vor der Wohnung des Ministers Pillersdorf brachten. Das Lied „Was ist des Deutschen Vaterland" wurde neben der österreichischen Volkshymne, und dem ungarischen Nationalliede gesungen, dem Kaiser und dem Minister ein tausenstimmiges Lebehoch gebracht.

Schon am 28. waren die meisten Barrikaden fortgeräumt, und am 29. konnten bereits die Wagen in Wien wieder fahren. Am 30. Mai hatten sich die Arbeiter in die Vorstädte zurückgezogen, und die Ruhe war vollkommen wieder hergestellt.

Fünftes Kapitel.

1.

Abermals hatte Wien eine Revolution fast ohne Blutvergießen gemacht; mit dem Opfer eines Menschenlebens waren unendliche Concessionen erkauft worden. Wien war wieder ruhig; man hatte hier jetzt Alles, was man wollte, das Ministerium hatte überall nachgegeben; es hatte sogar den Bürgern auf deren Wunsch 12 Geschütze für die Nationalgarde überantwortet. An die Stelle des Grafen Hoyos war als Commandant der Nationalgarde Pannasch getreten, ein Mann, zu welchem die Bürgerschaft allerdings einiges Vertrauen hatte.

Am 29. Mai gab die Regierung abermals einen Beweis, daß sie dem Willen des Volkes in jeder Beziehung nachzugeben entschlossen sei, daß sie aber auch andererseits excedente Forderungen nicht bewilligen könne. Sie traf darin vollständig die Willensmeinung der großen Masse des Wiener Volkes, vollständig die Meinung der akademischen Legion und der Nationalgarde, welche Beide das Ministerium auf's Kräftigste zu unterstützen, bereit waren.

Die Minister erklärten am 29., daß sie allen am 15. Mai und den folgenden Tagen gegebenen Zugeständnissen treu anhängen würden, sie würden indessen sowohl der Reaction als auch der Anarchie kräftig entgegentreten, und betrachteten den Reichstag als allein befugt und berufen, organische Anordnungen und Gesetze zu geben. Sie forderten alle intelligenten

Männer, besonders aber alle Vereine und Gemeinden auf, ihnen durch legale Vertreter Vorschläge und Andeutungen zu etwaigen Maßregeln, zur Erhaltung der Sicherheit, zur Befestigung der Ruhe und Ordnung zu geben, und versprachen endlich, Alles aufzubieten, um den Kaiser zur Rückkehr nach Wien zu bewegen.

Die Bekanntmachung dieser Versprechungen wirkte wiederum sehr günstig. — Neben dem Ministerium stand zu jener Zeit, als die höchste Behörde in Wien, der Sicherheitsausschuß da, und zwar als eine Behörde, deren Maßregeln für die Tage der Gefahr weit mehr Geltung fanden, als die des Ministeriums selbst, denn das Ministerium war nicht vielmehr, als die ausführende Behörde des Sicherheitsausschusses. Dieser Ausschuß herrschte mit unbedingter Machtvollkommenheit; die Regierung fügte sich ihm vollständig, aber trotzdem ging der Ausschuß nicht über seine Schranken hinweg, sondern entfaltete bald eine höchst gedeihliche segensreiche Wirksamkeit, indem er sich vor jeder Ueberstürzung hütete.

Zuerst bewies er dies, indem er die Anklage gegen den Grafen Hoyos und Dietrichstein, die Professoren Hye und Endlicher, wegen Verraths am Volk, verhandelte. Er sprach den Grafen Hoyos und den Grafen Dietrichstein vollständig frei, die Professoren Hye und Endlicher verwies er an die ordentlichen Gerichte, bei denen eine Freisprechung die natürliche Folge des Processes sein mußte. Er sorgte für die Arbeiter-Bevölkerung, welche durch die Auswanderung unzähliger vornehmer Familien, die theils dem Hofstaat des Kaisers nach Insbruck gefolgt waren, theils sich, aus Furcht vor der Bewegung, aus Wien nach den Provinzen geflüchtet hatten, in

die größte Noth gekommen wäre, wenn sich ihrer nicht der Staat angenommen hätte.

Auf Veranlassung des Sicherheitsausschusses wurden Arbeiten von Staatswegen eröffnet; zum Beispiel eine Verbindungsbahn zwischen der Nord- und Südbahn. Die Staatskasse zahlte den Arbeitern Vorschüsse, um sie aus der augenblicklichen Noth zu reißen.

Auch die Reorganisation der Polizei nahm der Sicherheitsausschuß in die Hand, indem er dieselbe vollständig unter die Leitung der Gemeinden stellte; er organisirte ferner ein Geschwornengericht für Preßvergehen, und wußte vom Ministerium die Zulassung der Arbeiter zur Wahlberechtigung beim Reichstage zu bewirken. Auch eine Adresse an den Kaiser um Rückkehr wurde vom Sicherheitsausschuß erlassen.

Aus Allen diesem geht wohl deutlich genug hervor, daß der Sicherheitsausschuß, obgleich er eine revolutionäre Behörde war, sich doch mit einer bewunderungswürdigen Mäßigkeit benahm.

2.

Die nächste Zeit war für Wien eine Zeit der ruhigen friedlichen Entwickelung; das Ministerium ging so kräftig, als dies bei diesem Ministerium überhaupt möglich war, mit verschiedenen Reformen vor. Es wurde die körperliche Züchtigung beim Militair aufgehoben, die Wahlen zum Reichstag wurden angeordnet, und der Reichstag selbst zum 26. Juni zusammengerufen.

Nur wenige unbedeutende unruhige Auftritte unterbrachen die Stille, welche zu jener Zeit in Wien herrschte; es gingen

dieselben am 2. Juni von den Arbeitern aus. Die Regierung hatte nämlich, da sie nicht alle brodlosen Arbeiter zu beschäftigen im Stande war, zu einer gefährlichen Maßregel ihre Zuflucht genommen; sie hatte veröffentlichen lassen, daß brodlose Arbeiter als Freiwillige in den verschiedenen, nach Italien beorderten, Regimentern eintreten könnten. Es war diese Maßregel im Einverständniß mit der akademischen Legion vorgenommen worden, welche dieselbe billigte, weil das brodlose Proletariat leicht zu Excessen geneigt war, wenn es, wie dies nicht vermieden werden konnte, ohne Beschäftigung blieb.

Die Arbeiter selbst nahmen indessen diese Maßregel mit Mißtrauen auf; ebenso auch die dem Handwerkerstande angehörige Nationalgarde. Man glaubte, die Regierung habe diese Maßregel nur ergriffen, um die Kräfte der Stadt zu schwächen, um bei einem etwaigen Aufstande die rüstigen Streiter unter den Arbeitern aus der Stadt zu entfernen.

Es gab in Folge dieser Maßregel am 2. Juni einige Unruhen, welche indessen bald gedämpft wurden, indem durch den einflußreichen Sicherheitsausschuß selbst eine Proklamation an die Arbeiter erlassen wurde, in welcher derselbe auseinander setzte, daß der Eintritt in die Regimenter nur ein freiwilliger, keineswegs ein gezwungener sei, und daß daher in der That keine Ursache zur Erbitterung gegen die Regierung vorhanden sei.

Einen günstigen Eindruck auf die Bevölkerung von Wien machte eine Proklamation des Kaisers vom 3. Juni, welche am 6. in Wien bekannt wurde. Der Kaiser sprach sich in dieser Proklamation dahin aus, daß er zur Eröffnung des Reichstages wieder nach Wien zurückkommen werde, aber freilich knüpfte er daran die Bedingung, daß bis dahin die Ruhe

und Ordnung in Wien wieder vollständig hergestellt sei. Er sprach sich ferner aus, daß es sein stetes Bestreben sei und sein werde, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, allein die Art, wie man ihn am 15. Mai gezwungen habe, auf die Forderungen des Volkes einzugehen, habe ihn tief verletzt.

Die ganze Proklamation war in einem so viel milderen Tone, als die früheren Manifeste gehalten, daß dieselbe einen günstigen Eindruck nicht verfehlen konnte. Der Minister von Pillersdorf ließ sie sofort, als sie in Wien angekommen war, nach der Aula bringen, und hier erregte die Kundgebung des Kaisers einen stürmischen Zuruf. Ebenso günstig wurde ein zweites Manifest vom 6. Juni aufgenommen, welches ebenfalls sich in ganz ähnlicher Weise aussprach.

Diese Veränderung in den Kundgebungen des Kaisers war besonders dem zuzuschreiben, daß die Umgebungen des Kaisers sich in der letzten Zeit geändert hatten. Der Graf Bombelles, das Haupt der Kamarilla, hatte Insbruck verlassen, der Minister Dobbelhof hatte sich zur Person des Kaisers begeben, die Rathgeber desselben waren daher wesentlich andere geworden, und es schien jetzt fast, als wären die düstern Pläne der Reaction unterdrückt, als hege man am Hofe die ernstliche Absicht, mit der Zeit und den Forderungen des Volkes vorwärts zu gehen. Wie irrthümlich diese Vermuthung indessen war, werden wir bald genug zu sehen Gelegenheit haben.

Schon durch eine Proklamation vom 16. Juni zeigte der Kaiser, daß es ihm mit seinem Versprechen, nach Wien zurückzukehren, nicht Ernst gewesen sei. Er sprach in dieser Proklamation sein Bedauern aus, daß seine angegriffene Gesundheit es ihm unmöglich mache, den Reichstag in Person

zu eröffnen; er gab indessen dem Wiener Volke einen Ersatz dafür, indem er den Erzherzog Johann an seiner Stelle zur Eröffnung des Reichstages bevollmächtigte, und ihm überhaupt eine ausgedehnte Regierungsgewalt übertrug. Erzherzog Johann brach deshalb sofort mit dem Minister Dobblhof, und dem neu ins Ministerium getretenen Herrn von Wessenberg von Insbruck auf, um sich nach Wien zu begeben.

Der Kaiser war in jener Zeit allerdings ein Wenig angegriffen, und benutzte dies, um die Verzögerung seiner Rückkehr nach Wien zu entschuldigen; die wahre Ursache dieser Verzögerung war indessen eine andere; — es war die Furcht vor Arbeiterbewegungen, welche man in Wien noch an jedem Tage erwartete. Eine Furcht, welche sich allerdings in kurzer Zeit begründen sollte.

In Wien selbst war man mit der Wahl des Erzherzogs Johann zum Stellvertreter des Kaisers außerordentlich zufrieden.

Erzherzog Johann hatte noch von früherer Zeit her eine große Beliebtheit beim Volke; man hielt ihn für einen durch und durch friedsinnigen Mann. Er hatte stets mit Metternich in sehr schlechten Vernehmen gestanden, war längere Zeit vom Hofe verbannt gewesen, und hatte eine Heirath außerhalb seines Standes geschlossen, welche ihn dem Volke näherte. Man glaubte deshalb in diesem Fürsten eine sichere Stütze der Volksfreiheit zu haben, und das kaiserliche Manifest brachte daher keine Aufregung hervor, wie es sonst, bei der Wahl eines andern Stellvertreters, wohl der Fall gewesen wäre.

Am 24. Juni traf der Erzherzog Johann in Wien ein; er wurde festlich empfangen, und kündete die Uebernahme der

Regierungsgewalt durch eine Proklamation an, in welcher er unter anderm sagte: „Ich werde das Vertrauen des Kaisers, das er in mich gesetzt, und das mir heilig ist, rechtfertigen, indem ich seinen innersten aufrichtigen Willen erfülle, der dahin gerichtet ist, die dem österreichischen Volke gewährten Freiheiten und Rechte streng und gewissenhaft zu wahren, und in allen Fällen, wo das kaiserliche Wort entscheiden soll, den Geist der Gerechtigkeit und Milde walten zu lassen." — Am 25. Juni empfing der Erzherzog, als Stellvertreter des Kaisers, das gesammte Ministerium, die Generalität der Nationalgarde, den Magistrat, den Gemeinde-Ausschuß und den Sicherheits-Ausschuß, und sprach zu allen herzliche Worte, welche ihm schnell eine Stelle im Herzen der Wiener verschafften. Er versicherte Allen, daß von einer Reaction in Wien nie die Rede sein könne; er werde zu dergleichen nie seine Hand bieten.

Das ganze Auftreten des Erzherzog Johann führte demselben bald das vollste Vertrauen der Wiener Bevölkerung zu; er wurde von allen Klassen aufs Höchste gefeiert, eine Parade wurde seinetwegen abgehalten, an der alle Bataillone der Nationalgarde und auch der akademischen Legion Theil nahmen; Feste wurden in Unzahl gegeben und Serenaden gebracht.

Aber diese Freude sollte nicht lange dauern. Am 29. Juni wurde der Erzherzog durch das Frankfurter Parlament zum deutschen Reichsverweser ernannt, und dadurch wurde es ihm unmöglich gemacht, die einflußreiche Stelle als Vertreter des Kaisers in Wien längere Zeit zu behaupten. Dennoch erregte diese Wahl in dem deutschgesinnten Wien die größte Freude, den höchsten Enthusiasmus. Mit Besorgniß

hatte das Wiener Volk auf die Verhandlungen des Frankfurter Parlaments geschaut, man hatte gefürchtet, daß Preußen Oesterreich aus seinem bisherigen Einfluß auf Deutschland verdrängen werde; jetzt war diese Besorgniß zerstreut, ein österreichischer Erzherzog war zum Träger der Executivgewalt ernannt worden, und dadurch hatte Oesterreich wieder den Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten erlangt, dessen Verlust man in Wien fürchtete.

Am 4. Juli traf die Deputation des Frankfurter Parlaments, bestehend aus 7 Abgeordneten, an deren Spitze Franz Raveaux, der spätere deutsche Reichsregent, stand, in Wien ein. Sie wurde mit einen ungeheuren Enthusiasmus empfangen.

Gegen 6 Uhr hielten die Deputirten unter dem rauschendsten Jubel der ganzen Bevölkerung ihren Einzug in Wien. Sie kamen von Linz mit dem Dampfbote; am Landungsplatze wurden sie empfangen von den Corporationen des Wiener Gemeindeausschusses, von dem Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten, ferner von einer großen Anzahl von Abtheilungen der Nationalgarde. An der Spitze aller dieser Deputationen stand der Minister, Freiherr von Dobblhof.

Franz Raveaux hielt eine feurige Rede an die Versammlung, welche mit ungeheurem Jubel aufgenommen wurde. Dann leitete man die Deputation in 7 Hofwagen nach der Stadt in ihre Wohnungen; während des ganzen Zuges bildete die Nationalgarde mit klingendem Spiel ein Spalier; in der Stadt selbst sprachen abermals Raveaux und Herr von Sauken Tarputschen zum Volk und ernteten wiederum den reichlichsten Beifall, indem sie hinwiesen auf die Einigkeit Deutschlands, welche man bisher erstrebt, jetzt erreicht habe, und auf die Vorzüge des Erzherzogs Johann, welche diesem

das Vertrauen der deutschen Nation in dem Maaße erworben hätten, daß das Frankfurter Parlament die ausführende Gewalt in seine Hände zu legen sich entschlossen habe.

Am Abend war die ganze Stadt freiwillig illuminirt, und durch alle Straßen strömte das Volk mit jubelndem Rufen, indem es unzählige Mal den Erzherzog Johann und alle Mitglieder der Deputation leben ließ. Am 5. Juli, Morgens 10½ Uhr begab sich die Deputation in die kaiserliche Burg, um dem Erzherzog Johann ihren Auftrag zu überbringen; sie wurde dorthin begleitet, wiederum von Deputationen aller Körperschaften der Stadt Wien, vom Gemeindeausschuß und Sicherheitsausschuß geführt, die Nationalgarde war aufgestellt und eine Militärmusik spielte während des Zuges nach der Burg abwechselnd das Deutsche Vaterland und Oesterreichs Volkshymne. Das ganze diplomatische Chor und der Generalstab waren beim Erzherzog versammelt. Herr Heckscher, der Führer der Deputation nahm das Wort und theilte den Erzherzog Johann den Entschluß des deutschen Parlaments mit, und der Erzherzog erklärte, daß er bereit sei die Reichsverweserstelle anzunehmen.

Mit ungeheurem Jubel vernahm das Wiener Volk die ihm so theure Kunde, und mehrere Tage lang wiegte es sich in fortwährenden Festlichkeiten; ganz Wien schwamm in einem Meere von Entzücken.

Aber auch diese Freude sollte nicht gar zu lange dauern, bald sollten wiederum ernste, inhaltschwere Ereignisse die Fröhlichkeit der Wiener trüben, sollten ihnen zu bedenken geben, daß sie in einer gewaltigen Zeit lebten, welche keinen Raum für fröhliche Festlichkeiten hatte.

In Böhmen hatte die Czechische Partei rastlos darauf

hingearbeitet, das Slaventhum den Deutschen gegenüber zur Geltung zu bringen, in Prag war, wie wir späterhin noch ausführlicher berichten werden, ein mächtiger Aufstand ausgebrochen, aber durch den Fürsten von Windischgrätz unterdrückt worden. Der Fürst hatte bei der Unterdrückung dieses Aufstandes gezeigt, daß er nicht sowohl für die Deutschen kämpfe, als für die Unterdrückung der Volksfreiheit; er hatte die Deputation, welche die Wiener an ihn gesendet mit der empörendsten Rohheit empfangen und von sich gewiesen. Schon früher war der Fürst nicht beliebt gewesen, schon früher hatte man gefürchtet, er werde gegen die Wiener Revolutionspartei einschreiten; man kannte ihn als eines der Häupter der reactionären Kamarilla. Jetzt war der Haß gegen ihn verdoppelt, und vielfach hatten sich die Häupter der Wiener Bewegungen an den Minister von Pillersdorf gewendet, um diesem Anklagen gegen den Fürsten von Windischgrätz zu übergeben. Herr von Pillersdorf war auf diese Anklagen nie eingegangen, er hatte stets den Fürsten durchaus in Schutz genommen. Pillersdorf hatte dadurch alle Sympathieen bei den revolutionären Behörden, bei dem Sicherausschuß verloren, und dies trat noch mehr hervor, als der Minister eine höchst unfreisinnige Geschäftsordnung für den zusammengerufenen Reichstag veröffentlichte.

Schon früher hatte Pillersdorf, wenn ihm auch von Zeit zu Zeit Zeichen des Vertrauens gegeben wurden, doch kaum einige Sympathieen beim Volke; seine Schwäche vermochte keine Achtung einzuflößen, seine Nachgiebigkeit konnte ihm keine feste und gediegene Stellung geben; er war viel zu unselbstständig, viel zu kraftlos, als daß er in den kritischen Verhältnissen, in welchen der österreichische Kaiserstaat sich

zu jener Zeit befand, die Zügel der Regierung hätte führen können, das sah man allgemein ein.

Am 8. Juli trat der Sicherheitsausschuß zusammen und mit einer Majorität von 154 gegen 5 Stimmen beschloß er eine Deputation an den Erzherzog Johann zu senden, welche die Abdankung des Ministers Pillersdorf fordern sollte; und der Beschluß wurde ausgeführt, Freiherr von Pillersdorf gab sofort seine Demission, Erzherzog Johann nahm dieselbe an, und beauftragte den Baron von Dobblhof ein neues Ministerium zu bilden. Am Abend desselben Tages reiste der Erzherzog nach Frankfurt ab, um daselbst seine Stelle als Reichsverweser anzutreten.

Am 10. Juli trat der Reichstag endlich in vorbereitender Sitzung zusammen; er bot ein so sonderbares Bild dar, wie wohl kaum eine andere Deputirten-Versammlung in ganz Deutschland. Alle Stände waren im Reichstage vertreten; es befand sich unter den Deputirten unter anderen eine sehr große Anzahl von Galizischen Bauern, welche weder lesen noch schreiben konnten, welche sogar der deutschen Sprache in keiner Weise mächtig waren. Diese Bauern hatten sich, durch einen Zufall dazu veranlaßt, zum Theil auf die rechte Seite der Versammlung gesetzt.

Berühmte Namen waren im Reichstage verhältnißmäßig wenige, und unter diesen Keiner, welcher eine allgemeine Berühmtheit, ein allgemeines Zutrauen in ganz Oesterreich hätte in Anspruch nehmen können.

Schon beim ersten Blick auf diese Zusammensetzung des Reichstages ließ sich von vorn herein voraussehen, daß bald Differenzen, gewaltige Spaltungen in der Versammlung selbst ausbrechen müßten; es lag dies außerordentlich nahe, da

zwei Parteien im Reichstage sich naturgemäß gegenüberstanden, die Slavische und die Deutsche; wie ganz Oesterreich in diese beiden Parteien getheilt war, so mußten dieselben sich auch im Reichstage wiederspiegeln.

Die Vertreter hatten eine außerordentlich schwierige Aufgabe, sie fanden das Land in einer so furchtbar kritischen Lage, wie kaum ein anderes in ganz Deutschland. Der österreichische Kaiserstaat, der zusammengewürfelt war aus einer Menge von verschiedenen Ländern, deren Bewohner sogar verschiedenen Volksstämmen angehörten, schien seiner Auflösung nahe zu sein. Die Lombardei war in offener Empörung, es wurde dort ein erbitterter Krieg gegen die kaiserlichen Truppen geführt, da die Lombarden nicht länger unter österreichischem Zepter stehen wollten. Auch in Ungarn gaben sich die Symptome einer nahe bevorstehenden, gewaltsamen Bewegung kund, und im südlichen Ungarn war der Aufstand der Croaten gegen die ungarische Herrschaft unter dem Banus Jellachich im vollen Gange. In Böhmen waren die Czechen kaum unterdrückt, und in Wien selbst bestand kaum eine gesetzmäßige Regierung. — Der Kaiser war fort, und der seine Stelle vertretende Erzherzog Johann hatte ebenfalls Wien verlassen müssen, um die Reichsverweserschaft in Frankfurt am Main anzutreten. Es existirte kein Ministerium, der Sicherheits-Ausschuß führte die alleinige Herrschaft; dabei war in der Residenzstadt selbst eine gewaltige Aufregung. Zwei große Parteien waren sich gegenüber getreten und befeindeten sich unaufhörlich, wobei es zu den unruhigsten Auftritten kam; es waren dies die Parteien der eingefleischten Oesterreicher, der sogenannten Schwarzgelben, und die der Deutschen, welche Schwarz, Roth, Gold zu ihrer Partei-Farbe gemacht hatten.

Beide Parteien standen sich höchst schroff gegenüber, neben ihnen aber stand noch eine dritte Partei, welche mit jedem Tage mehr und mehr an Ausdehnung gewann, wenn sie auch zur Zeit des Zusammentritts des Reichstages an Zahl noch nicht großartig war; es war dies die eigentlich radikale republikanische Partei, an deren Spitze viele der einflußreichsten Literaten standen, wie Becher, Tausenau, Jellinek und Andere. Diese Partei gewann dadurch, daß der Kaiser durch sein Fortbleiben von Wien sich die Herzen der Bevölkerung entfremdete, einen immer größeren Einfluß, besonders unter den Arbeitern, welche durch die Entfernung des Kaisers und seines ganzen Hofstaates in große Noth gerathen waren. Auch die kleinen Bürger, welche mehr und mehr verarmten, neigten sich dieser Partei zu, und dieselbe wuchs daher mit jedem Tage, um so mehr, da sie auch in der akademischen Legion bedeutende Sympathieen fand.

Wien befand sich zu jener Zeit in einem Zustande der völligsten Anarchie, wenn auch diese Anarchie beim ersten Anschein nicht so schroff sichtbar wurde. Der gemüthliche Charakter der Wiener, der Sinn für Ordnung, welcher bei der ganzen Bevölkerung herrschte, ließ den vollständigen Mangel jeder Gesetzlichkeit, jeder Regierungs-Autorität mehr und mehr verschwinden.

In diesen kritischen Umständen trat der Reichstag zusammen, und es stellte sich ihm noch außerdem eine andere Schwierigkeit entgegen, nämlich die, daß die Eröffnung des Reichstages durch den Kaiser oder den Erzherzog Johann beim Zusammentreten nicht vorgenommen werden konnte, da Beide sich nicht in Wien befanden. Der Reichstag hatte daher von vorn herein eigentlich noch gar keine offizielle

Stellung; erst am 17. Juli kam der Erzherzog Johann zurück und bestätigte nun endlich am 19. das folgende Ministerium: Wessenberg wurde Minister des Aeußern, Dobblhof Minister des Innern, Dr. Alexander Bach der Justiz, Feldzeugmeister Graf Latour des Krieges, Freiherr von Kraus der Finanzen, Theodor Hornbostel des Handels, Ernst von Schwarzer der öffentlichen Arbeiten, und Freiherr von Dobblhof des Unterrichts.

Dies Ministerium war im Ganzen ziemlich freisinnig zusammengesetzt, aber dennoch befriedigte es eigentlich keine Partei; besonders unzufrieden war die Hof-Partei, welche in Dobblhof und Schwarzer den größten Anstoß nahm. Andererseits war Latour bei der demokratischen Partei im höchsten Grade verhaßt, und so kam es, daß dies Ministerium durch seine Zusammensetzung von vorn herein die größte Unzufriedenheit gegen sich erregte.

War schon die Zusammensetzung des Ministeriums gegen die Ansichten beider Parteien gerichtet, so war dasselbe der Fall bei dem veröffentlichten Programm desselben. Dasselbe war so unbestimmt gehalten, daß man wohl die Absicht des Ministeriums herauslas, sich in der Mitte der Parteien zu halten, aber gerade hierdurch verfeindete es sich beide Parteien; es sprach im Programm aus, daß alle Nationalitäten ihre volle Gleichberechtigung im Staate haben sollten, und daß Oesterreich nur in einer ähnlichen Verbindung mit Deutschland seine Größe wahren könne; dieser Satz würde die demokratische Partei befriedigt haben, während er die aristokratische im höchsten Grade aufbrachte; aber das Ministerium erwähnte in seinem Programm nichts von einer Anerkennung der Mai-Revolution, und erregte hierdurch andererseits

wiederum Zweifel in die Rechtlichkeit seiner demokratischen Gesinnungen.

So stand das Ministerium schon bei seinem ersten Auftreten auf einem höchst schwankenden Boden, indem es keine Partei eigentlich für sich hatte, und nur durch den Zwiespalt zwischen beiden Parteien gehalten wurde.

3.

Am 22. Juli wurde endlich der Reichstag durch den Erzherzog Johann feierlich eröffnet und erhielt hiermit erst einen öffentlichen Charakter.

Schon am Tage vorher hatte sich der Reichstag constituirt, indem er den Dr. Schmitt, einen Deutschen, zum Präsidenten, und den Dr. Strobbach aus Prag zum Vice-Präsidenten ernannt hatte; es waren diese Wahlen aus einer Vereinbarung der czechischen und deutschen Partei hervorgegangen, welche sich beiderseits noch nicht schroff gegenüber treten wollten, ehe sie genau ihre gegenseitige Stärke zu ermessen im Stande waren.

Wir können uns natürlicher Weise nicht darauf einlassen, den Reichstag in seinen einzelnen Beschlüssen, in seinen unzähligen Interpellationen und Verhandlungen zu verfolgen; der beschränkte Raum unseres ohnehin sehr ausgedehnten Werkes erlaubt uns dies nicht, wir müssen schnell vorwärts schreiten, nur eine kurze Charakteristik des Reichstages in der nächsten Zeit wollen wir uns erlauben.

Es zeigte sich sehr bald, daß der Reichstag in der That seiner großen Majorität nach den besten Willen für die Freiheit des Volkes hatte und zur besten Ausarbeitung der orga-

nischen Gesetze und der Verfassungs-Frage bereit war. Die Linke war sehr stark besetzt, ebenso das linke Centrum, während die Rechte und das rechte Centrum in entschiedener Minderheit waren. Auf dem linken Centrum saßen unter Anderen auch Graf Stadion und Freiherr von Pillersdorf.

Hätte man nach dieser Zusammensetzung des Reichstages von vorn herein glauben müssen, daß derselbe eine gedeihlichere Wirksamkeit für die demokratische Ausbildung der österreichischen Verfassung an den Tag legen müsse, so trat doch leider auch bei dieser Versammlung jene unglückliche Manie zu Interpellationen und fruchtlosen Debatten darüber ein, welche wir fast bei allen anderen deutschen Versammlungen ebenfalls zu beklagen gehabt haben.

Anstatt, wie dies politisch geboten war, sofort mit aller Kraft die Feststellung einer freisinnigen Verfassung zu überwachen, wurde diese, so wie die Berathung der organischen Gesetze im Sinne der Demokratie, durch endlose Interpellationen hinausgeschoben.

Hätte der Reichstag mit möglichster Schnelligkeit eine demokratische Verfassung begründet, so wäre in jener Zeit, wo er noch die vollste Macht in der Hand, wo die Reaction noch keinen Sieg gefeiert hatte, von keiner Seite ein Einspruch dagegen erhoben worden; das Volk wäre befriedigt gewesen, und die Blutscenen des Octobers, so wie der folgenden Monate, die Octroyirung der unfreisinnigen österreichischen Verfassung, wären dem Volke erspart worden.

Der Reichstag konnte dies freilich nicht vorher wissen; die Deutschen waren im Jahre 1848 noch zu jung in der Politik, um eine solche Reaction, wie sie das Jahr 49 gebracht hat, nur für möglich zu halten.

Ein organisches Gesetz wurde indessen sehr bald im Reichstage vorgenommen, berathen und beschlossen; es betraf dies die Aufhebung bäuerlicher Lasten, der Robotten, der Zehnten und der Beschränkung der persönlichen Freiheit der Bauern durch das Band der Gutsunterthänigkeit. Das Gesetz wurde von der Regierung sanctionirt, aber es hatte eine ganz andere Wirkung, als vielleicht einer der Abgeordneten des Reichstages geahnt hatte. Es trug allerdings dazu bei, die drohenden Bauern-Unruhen in den Provinzen zu beschwichtigen; aber nicht dem Landtage dankte die ländliche Bevölkerung die ihr gewährte Freiheit, sondern lediglich dem Kaiser, und so wurde durch dieses Gesetz, welches eine unmittelbare Folge der Revolution war, in dem Landvolke selbst ein mächtiger Feind bereitet, indem dieses sich durch Dankbarkeit an den Kaiser gefesselt hielt, und nun mit scheelen Augen auf die gährende Bevölkerung der Stadt Wien blickte, von der es fürchtete, daß sie die ihm errungene Freiheit vielleicht schmälern könne. Bei den October-Ereignissen sollte es sich deutlich genug zeigen, daß die ländliche Bevölkerung keine Sympathieen für die revolutionaire Partei in Wien mehr habe.

Während dieser Zeit, zu Ende des Juni und zu Anfang des Juli, war es in Wien außerordentlich ruhig und still; kaum daß einige, im höchsten Grade unbedeutende Straßen-Excesse vorkamen. Aber immer schroffer stellten sich in den Provinzen die Parteien einander gegenüber, immer unverhüllter traten in der Presse die radikalen Ideen der Demokratie hervor, und fand dadurch um so erbittertere Widersacher im eigentlichen Bürgerthume.

Die Redner in den Clubs wurden mit jedem Tage

excentrischer, es entstand sogar ein vollständiger republikanischer Club, der offen seine Sympathieen für die Republik aussprach, aber sich bald auflösen mußte, weil er in der Bürgerschaft zu viele Feinde hatte.

An der Spitze der radikalen Partei standen, wie an allen Orten Deutschlands, so auch in Wien, viele jüdische Literaten, und dies erregte um jene Zeit in Wien einen fast allgemeinen Judenhaß, der einige Excesse gegen die Redakteure der zu freisinnigen Zeitschriften zur Folge hatte; im Uebrigen ging der Juli ohne alle ernsten Auftritte zu Ende, und auch Anfangs August ist kaum etwas Anderes, als am 6. die Feier der deutschen Einigkeit durch die gesammte Bevölkerung von Wien, und eine Parade des Militairs in Gegenwart des Ministeriums und des ganzen Reichstages, zu bemerken.

Am 31. Juli reiste der Erzherzog Johann wieder nach Frankfurt ab, und Wien befand sich abermals ohne die Gegenwart des Kaisers, ohne die seines Stellvertreters. Der Reichstag sah sich deshalb veranlaßt, schon am 29. Juli eine Adresse an den Kaiser zu richten, in welcher er die Rückkehr desselben forderte.

Es war auch in der That kaum mehr ein Grund vorhanden, weshalb der Kaiser seinen Aufenthalt fern von Wien hatte; die Entschuldigung einer Kränklichkeit hielt um so weniger Stich, als mehrere der bekanntesten österreichischen Aerzte erklärt hatten, das Klima in Insbruck sei den Nervenleiden des Kaisers eher schädlich, als nützlich. In Wien war die Ruhe vollkommen hergestellt, es ließ sich daher kaum ein Grund für die Verzögerung der Rückkehr des kaiserlichen Hofes in die Residenz denken, um so weniger, als es sich bei den Debatten im Reichstage herausstellte, daß das Ministerium,

sowohl das vorige als das jetzige, wiederholentlich dem Kaiser den Wunsch zur Rückkehr, aber vergeblich, ausgesprochen hatte. Es lag daher auf der Hand, daß nur durch eine vom Ministerium vollständig unabhängige Reactions-Partei die Abwesenheit des Kaisers veranlaßt wurde, und daß also der schwache Mann sich wiederum in den Händen der Camarilla befand.

Aus diesem Grunde beschloß der Reichstag, um so dringender die Rückkehr des Kaisers zu wünschen. Die Adresse wurde abgesendet und der Kaiser folgte derselben; er kehrte am 12. August nach Wien zurück, nahm aber nicht in Wien, sondern in dem nahe gelegenen Schlosse Schönbrunn seinen Aufenthaltsort.

Der Empfang des Kaisers von Seiten der Wiener Bevölkerung war ein höchst freudiger; man hatte keinen Haß gegen den gutmüthigen, aber verstandesschwachen Mann. Was auch gegen den Willen des Volkes geschehen war, ihm schrieb man es nicht zu, sondern nur der Umgebung, welche ihn beherrschte.

Wien war am Abend des 12. zur Freudenbezeugung über die Rückkehr des Kaisers glänzend illuminirt, und als der Wagen desselben durch die Stadt fuhr, da folgten ihm Tausende und aber Tausende mit lautem Jubelruf.

So schien denn Alles wieder in das alte Geleise gekommen zu sein; — aber bald, sehr bald sollte es sich zeigen, daß die Parteien sich in keiner Weise vermittelt hatten, daß sie sich im Gegentheil noch eben so schroff gegenüber standen, als je vorher.

4.

In der zweiten Hälfte des August sollte Wien wieder eine größere Aufregung zeigen; es traten, diese zu bewirken, sehr verschiedene Umstände zusammen. Der Dr. Schütte, welcher früher, wie der Leser sich erinnern wird, aus Wien ausgewiesen war, war wieder zurückgekehrt, und bewegte sich wieder viel in den verschiedenen Clubs, und besonders in den Arbeiter-Vereinen; er machte es sich zur Aufgabe, die Arbeiter politisch aufzuklären und sie vor einem Einschlafen zu bewahren, welches in einer Zeit, wo die Reaction sich zu kräftigen bemüht war, höchst gefährlich gewesen wäre. Es kam dadurch in alle Clubs und Vereine ein neues Leben.

Außerdem hatte einen großen Antheil an einer neuen lebendigen Bewegung Johannes Ronge, welcher nach Wien gekommen war, um dort die Lehren des Deutsch-Katholicismus auszubreiten. In dem ungeheuren Saale des Odeums, in welchem gegen 30,000 Menschen Platz hatten, hielt Johannes Ronge Vorträge über den Deutsch-Katholicismus, und er wurde aufs Kräftigste unterstützt durch zwei katholische Priester, die Herren Pauli und Eckert.

Der Deutsch-Katholicismus verbreitete sich schnell in dem durch die Demokratie bereits vorbereiteten Volke von Wien, und die Ronge'schen Lehren erregten daher einen tiefen Schrecken bei der absolutistisch-ultramontanen Partei. Aber auch bei dem ruhigen Bürger von Wien wurde durch die neue Rührigkeit der demokratischen Partei ein großer Schrecken hervorgerufen; die Bürger fürchteten, daß abermals unruhige Auftritte die Folge des lebendigen Lebens in der Partei sein würden, sie fürchteten, daß abermals der Kaiser mit seinem

Digitized by Google

Hofe Wien verlassen möchte, und sie wurden in dieser Furcht um so mehr bestärkt, als bei einer am 19. August gehaltenen Parade der National-Garde, der Truppen und der akademischen Legion, die Letztere sich ein allerdings unziemliches Betragen gegen den Kaiser zu Schulden kommen ließ.

Während nämlich die National-Garde und die Armee den Kaiser mit Jubel und Begeisterung begrüßte, wendeten die Studenten das Gesicht ab, als sie schweigend vorübermarschirten, und ihr Musikchor spielte dabei das bekannte Fuchslied. Es war dies eine Unziemlichkeit, welche indessen von den jugendlichen Männern so streng nicht aufgenommen werden konnte, als die Bürgerschaft Wiens es that. Es bildete sich wieder in der National-Garde selbst eine große Eifersucht gegen die akademische Legion; man fürchtete, daß von der Aula, in welcher allerdings manche excentrische Rede gehalten wurde, die Anregung zu neuen gewaltsamen Bewegungen ausgehen möchte. Schon nach wenigen Tagen sollten blutige Ereignisse durch diesen Zwiespalt zwischen der National-Garde und der akademischen Legion und den der Letzteren mit Begeisterung anhängenden Arbeitern hervorgerufen werden.

Die Arbeiter waren seit den Mai-Tagen im Dienste der Regierung mit einem hohen Tagelohn beschäftigt gewesen, aber die Regierungs-Kassen reichten nicht mehr hin, diesen Tagelohn auszuzahlen; der Arbeits-Minister Schwarzer sah sich genöthigt, den Lohn um einige Kreuzer herabzusetzen, wenn er überhaupt die Arbeiter noch ferner beschäftigen wollte, und dies war unumgänglich nothwendig. Der Minister beging dabei die Unvorsichtigkeit, die Lohn-Veränderung plötzlich ins Leben treten zu lassen, ohne vorher durch den Sicher-

Digitized by Google

heits=Ausschuß oder die akademische Legion die Arbeiter darauf vorzubereiten, und er erregte daher natürlich unter der gesammten Arbeiterschaft eine furchtbare Entrüstung.

Schon am 21. August gab sich eine bedrohliche Aufregung unter den Arbeitern kund; man befürchtete schon an diesem Tage, daß die Arbeiter möglicherweise in die Stadt hineinziehen und sich dort Excesse erlauben würden; diese Furcht war jedoch ungegründet; auch der 22. August ging ruhig vorüber.

Am 23. weigerten sich im Prater die dort versammelten Arbeiter, ans Werk zu gehen; sie kneteten aus Lehm eine Puppe, welche den Minister der Arbeiten, Schwarzer, vorstellen sollte, und begruben diese feierlich unter allerhand seltsamen Ceremonieen. Bei dieser Demonstration erhitzten sich die Köpfe mehr und mehr; es kam dahin, daß zwei Sicherheitswachen, welche, um die Ordnung unter den Arbeitern zu erhalten, dort aufgestellt waren, stark mißhandelt wurden. Am Nachmittage zogen die Arbeiter mit Hacken und Schaufeln nach der Stadt, ihnen voran ein komischer Leichenzug mit dem Bilde des Ministers Schwarzer.

Die National=Garde, welche auf die Nachricht von der Aufregung der Arbeiter schnell herbeigeeilt war, verweigerte den Arbeitern den Eingang in die Stadt, und forderte sie auf, ihre Werkzeuge niederzulegen. Die Arbeiter wollten sich nicht fügen und verlangten im Gegentheil die Entwaffnung der Sicherheitswachen und der ihnen gegenüberstehenden National=Garden.

Nach längerem Hin= und Herdebattiren versuchte die National=Garde, die Arbeiter mit Waffengewalt auseinander zu bringen, sie wurde aber mit furchtbarem Geschrei und

Pfeifen empfangen, und einige Steinwürfe fielen in ihre Reihen. Jetzt kam es zum Kampf; nach kurzem Widerstand flüchteten sich die Arbeiter in den Prater und die nahe liegenden Straßen der Leopoldstadt.

Das Gerücht von diesem Aufstande hatte sich schnell durch die ganze Stadt verbreitet, die Allarmtrommel ertönte durch die Straßen, und überall hörte man den Schreckensruf: „Die Arbeiter dringen zu den Thoren herein! Die Republik wird proklamirt!"

Die Läden wurden schnell geschlossen, die National-Garde rückte überall aus und besetzte die Thore. Noch an mehreren Orten kam es zum Kampf zwischen National-Garde und Arbeitern, und leider benahm sich bei diesem Kampf die National-Garde nicht in der schonenden Weise, wie sie sich früher den Arbeitern gegenüber gezeigt hatte, im Gegentheil kamen die gröbsten Excesse von Seiten der wüthend gemachten National-Gardisten vor. Die traurige Folge war, daß zehn Arbeiter die Opfer dieses unglückseligen Kampfes wurden, und eine große Anzahl (über Hundert) trugen schwerere oder leichtere Verwundungen davon. Unter den Verwundeten befanden sich auch viele Mädchen, sogar Kinder, denn die wüthenden National-Gardisten hatten selbst diese nicht geschont.

Die akademische Legion befand sich während dieses Kampfes in einer im höchsten Grade schwierigen Lage; sie wußte kaum, auf welche Seite sie sich wenden sollte. Es war dies kein Kampf um ein politisches Prinzip, es war ein Kampf zwischen den beiden, durch die aufgeregte Zeit in Wien, wie fast im ganzen übrigen Deutschland, auseinander gerissenen Ständen, dem Bürger- und Arbeiterstand. Die Legion ge-

hörte keinem von beiden an, sie wünschte die innigste Vereinigung der beiden Stände, und sie mußte sich daher neutral verhalten, ihre einzige Thätigkeit war, den Frieden zu stiften zwischen den streitenden Parteien; aber dies war in jener Zeit der Aufregung ein schwieriges Werk *), um so schwieriger, als, wie wir bereits mitgetheilt haben, die Bürger mit der akademischen Legion nicht mehr ganz harmonirten, und als die Arbeiter sich dadurch verletzt fühlten, daß die Legion nicht auf ihrer Seite kämpfte.

Die Studenten machten es sich fortan zur Aufgabe, den so großen Riß zwischen der Bürgerschaft und den Arbeitern einigermaßen wieder auszugleichen; sie nahmen an dem prunklosen Leichenbegängniß der am 23. gefallenen Arbeiter Theil, und wußten endlich am 3. September eine großartige Feierlichkeit ins Leben zu rufen, an welcher die gesammte demokratische Partei der Stadt Wien, mit Ausnahme der radikalen Deputirten zum Reichstage, sich betheiligte.

Die Aufforderung zu dieser Feierlichkeit ging von allen demokratischen Vereinen aus; auch der Sicherheits-Ausschuß, welcher sich mittlerweile aufgelöst, oder vielmehr in einen Ausschuß zur Wahrung der Volksrechte verwandelt hatte, nahm Theil an dem feierlichen Zuge zum Andenken der Gefallenen.

---

*) Wir machen den Leser der Staats-Umwälzungen darauf aufmerksam, wie wunderbar ähnlich sich die Ereignisse in den verschiedenen großen Staaten Deutschlands im Jahre 1848 wiederholt haben. Der August-Kampf zwischen Bürgern und Arbeitern in Wien gleicht fast genau dem Oktober-Kampf in Berlin; beiden lag keine politische Meinungsverschiedenheit zu Grunde, beide waren lediglich ein Kampf zwischen den verschiedenen Ständen, bei beiden suchten die Führer der Demokratie den Frieden zu vermitteln.

Auch die National-Garden waren zum großen Theil wieder versöhnt, auch sie schlossen sich dem Zuge an, und so wurde aus demselben eine großartige Demonstration zu Gunsten der demokratischen Partei, deren Redner an den mit Blumen geschmückten Gräbern sprachen. Einer derselben, Eckart, ließ die vielen Tausende, welche anwesend waren, zum Schlusse der Feierlichkeit schwören, daß sie für die Volks-Souverainetät kämpfen und sterben wollten.

Auch eine Abtheilung der in Wien anwesenden Ungarn hatte sich diesem Zuge angeschlossen; überhaupt zeigte sich schon in jener Zeit, daß die Wiener Volks-Partei mit den Ungarn Hand in Hand gehen würde. Schon damals äußerten sich die lebhaftesten Sympathieen für die Freiheit der Ungarn, für welche Ludwig Kossuth so feurig kämpfte.

Die Ungarn waren schon in den März-Tagen den Wienern vorausgegangen, ihre Deputation war, wie der Leser sich erinnern wird, mit dem lautesten Jubel empfangen worden, und seitdem waren die Blicke der Wiener Demokraten fortwährend auf Ungarn gerichtet gewesen. Jetzt waren die Sympathieen durch die treulose Handlungsweise der österreichischen Regierung gegen die Ungarn nur noch gewachsen.

Der Ban von Croatien hatte sich offen gegen die Ungarn empört, und er war in dieser Empörung unterstützt worden durch die Regierung, wenngleich diese Unterstützung nur unter der Hand geschehen war.

Die Croaten hatten in Ungarn wüthend, mordbrennerisch gehaust, und trotzdem waren ihnen fortwährend Vorräthe von Munition u. s. w. von Seiten des österreichischen Gouvernements zugeflossen.

Der Kaiser hatte ferner die ungarischen Finanz- und

Militair-Gesetze, welche vom Reichstage vorgelegt worden waren, nicht genehmigt, und dadurch das ungarische Ministerium in die Unmöglichkeit versetzt, die Croatischen Wirren selbst zu schlichten.

Die Ungarn sahen sich durch diese heimtückische Handlungsweise der österreichischen Regierung genöthigt, entweder unterzugehen oder sich selbst zu helfen.

Sie machten nun den letzten Versuch, auf gesetzmäßigem Wege im Verein mit der österreichischen Regierung vorwärts zu gehen. Die ungarischen Minister, Bathyani und Deak, traten in Unterhandlung mit den österreichischen, aber ihre Anstrengungen waren vergeblich; sie wollten schon wieder nach Pesth zurückkehren, als am 6. September eine Deputation beider Tafeln, aus 150 Mitgliedern derselben bestehend, nach Wien kam, um eine großartige Petition dem Kaiser zu überreichen, in welcher mit äußerst kräftigen Worten die Wünsche, die Forderungen der Ungarn auseinander gesetzt wurden; am Schlusse der Petition war sogar gesagt, daß, wenn jetzt den Wünschen des ungarischen Volkes nicht gewillfahrt werde, so sehe dasselbe sich wieder seinen Willen auf den Boden der Revolution gestoßen!

Die ungarische Deputation wurde mit Jubel vom Wiener Volke empfangen; an allen Straßenecken las man riesige Anschlagzettel mit den Worten: „Ungarn muß gerettet werden, oder Oesterreich ist verloren!"

In allen Clubs waren die ungarisch-croatischen Wirren Gegenstand der Tagesordnung, überall hörte man von ihnen sprechen, und das Wiener Volk sah sehr wohl ein, daß, wenn es nicht dem Slaventhum unterliegen wolle, es mit den Ungarn Hand in Hand gehen müsse.

Die ungarische Deputation trat durch den Grafen Bathyani mit dem Ministerium wegen ihres Empfangs in Unterhandlung, aber derselbe wurde verweigert, falls die Deputation sich nicht dazu hergäbe, die Petition zu verändern, wenigstens die stärksten Stellen aus derselben zu streichen. Die Deputation ging ungern auf diese Forderung ein, aber sie that es, um ein letztes Mittel zu versuchen.

Am 9. September, um 12 Uhr Mittags, wurde die Deputation vom Kaiser empfangen, aber mit durchaus ausweichenden Antworten entlassen. Der Kaiser versicherte, daß er entschlossen sei, nach den bestehenden Gesetzen zu regieren und die Integrität Ungarns zu bewahren, weitere Versprechungen könne er nicht geben. Zu gleicher Zeit ließ aber das Kriegs-Ministerium unter Latour neue Unterstützungen für die aufrührerischen Croaten abgehen, und der Kaiser übersendete an den Ban Jellachich ein höchst gnädiges Handbillet!!

Die Deputation mußte sich daher unverrichteter Sache zurückziehen und reiste sofort nach Pesth zurück.

Das Schicksal Ungarns war jetzt entschieden; es ließ sich voraussehen, daß das ungarische Volk in offene Revolution treten würde *).

5.

Auch der Monat September sollte für Wien nicht ruhig vorübergehen; wieder sollte das Volk durch viele in einander

*) Wir konnten nur mit wenigen kurzen Worten hier den Erfolg und die Veranlassung der ungarischen Deputation berühren, weil wir in kurzer Zeit, bei der Geschichte des ungarischen Freiheitskrieges, näher auf diese Verhältnisse eingehen werden.

greifende Verhälinisse zu einer ungewöhnlichen Aufregung gebracht und dadurch reif gemacht werden für die großartige Erhebung im Oktober.

Die erste Veranlassung zu den September-Unruhen war eine ganz eigenthümliche. Schon im Monat Juli hatte ein gewisser Swoboda eine Art von Bank gegründet, welche den Geldverlegenheiten der kleinen Gewerbetreibenden abhelfen sollte. Es waren von dieser Bank Actien von sehr geringem Betrage ausgegeben; durch diese Actien wurden den kleinern Gewerbetreibenden Vorschüsse geleistet, welche dieselben allmählig zurückzahlen sollten.

Der Plan dieser Bank hatte im Volke einen großen Anklang gefunden; viele kleine Gewerbetreibende hatten sich bei der Actienzeichnung betheiligt, hatten, so viel in ihrem Vermögen stand, davon genommen, und die Actien gingen bald aus einer Hand in die andere. Auch der Kaiser in seiner Gutmüthigkeit hatte der Bank eine Summe von 10,000 Gulden geschenkt und ihr dadurch den Anschein gegeben, als stehe sie in Verbindung mit der Regierung. Dies war jedoch in keiner Weise der Fall; die Bank war ein reines Privatunternehmen des Herrn Swoboda, welcher dasselbe fast ohne alle Mittel angefangen hatte, und nun, da die Vorschüsse, des sich immer vermindernden Verkehrs wegen, nicht hatten zurückgezahlt werden können, erklärte, daß er seine Zahlungs-Verbindlichkeiten nicht erfüllen könne.

Dies gab in Wien eine ganz gewaltige Aufregung, denn gerade im kleinen Bürgerstande waren alle Actien vertheilt, und diese, schon ohnehin durch die Zeit bedrängten Leute sahen sich jetzt in Gefahr, ihre Einzahlungen vollkommen zu verlieren.

Schon im Anfang August war der Minister Hornbostel im Reichstag dieser Bank wegen interpellirt worden; er hatte nur ungenügende und ausweichende Antworten gegeben, und es waren seit dieser Interpellation wieder fast für eine Million Gulden Actien ins Publikum gekommen; auf die Minister fiel daher ganz besonders der Vorwurf, daß sie an der Discreditirung der Actien zum größten Theil Schuld hätten.

Am 11. September zeigte sich schon eine große Aufregung unter dem kleinen Bürger; gegen Abend zog eine Menge von Bürgern vor die Wohnung des Ministers Dobblhof auf dem Jüdenplatz, und verlangte von ihm eine Erklärung über die Bank. Der Minister versprach, dieselbe am folgenden Morgen zu geben. Und in der That erschien am Morgen des 12. eine Erklärung des Ministers, in welcher derselbe versprach, einen Theil der Actien von den ursprünglichen Zeichnern einzulösen und mit diesem Ankauf schon am 12. zu beginnen. Dieses Versprechen befriedigte in keiner Weise; Jeder war in anderer Art darüber erzürnt; die Einen waren wüthend, daß die Minister überhaupt Schulden bezahlten, welche Swoboda allein gemacht hatte, und daß sie daher zu Gunsten eines Privatmannes die schon zu sehr in Anspruch genommenen öffentlichen Kassen noch mehr belasteten; Andere waren wieder wüthend darüber, daß die Minister nicht sämmtliche Actien bezahlen wollten.

Die Volksmassen verdichteten sich mehr und mehr, die Läden wurden geschlossen, der Generalmarsch ertönte, die National-Garde, die akademische Legion trat unter Waffen, in der ganzen Stadt herrschte eine große Aufregung, aber dennoch kam es nicht eigentlich zu Excessen.

Auch am 13. September dauerte die Aufregung fort.

Das Ministerium war auf einen etwaigen Kampf vorbereitet, es hatte die ganze Garnison mobil gemacht, die Thore besetzt, und sogar Geschütze auf den Hauptplätzen der Stadt aufgestellt; dadurch aber war natürlicher Weise die Aufregung nur vergrößert worden, und zu den Forderungen des Volkes kam jetzt auch noch die um Wiederherstellung des Sicherheits-Ausschusses, der, wie unsere Leser bereits wissen, sich aufgelöst hatte.

Die Truppen bewiesen während dieses Tages die allergrößte Mäßigung; aus Schönbrunn waren vom Kaiser Couriere über Couriere eingetroffen, welche die höchste Schonung des Volkes forderten, und nur für den äußersten Fall den Gebrauch des Militairs zuließen.

Auch der Reichstag hatte sich mit der Slowoda'schen Angelegenheit wieder beschäftigt; er bewilligte eine halbe Million Gulden zur sofortigen Schadloshaltung der Betheiligten, und zwei Millionen zur Unterstützung der erwerbslosen Geschäftsleute in Wien. So war der Hauptgrund zu den Unruhen entschwunden, aber dennoch stellte sich die Ruhe nicht sogleich wieder her, bis endlich die Bürger-Garde selbst der Unruhe müde wurde und kräftig gegen einzelne Tumultuanten einschritt. Da verlief sich denn bald die ganze Bewegung, welche ja einen politischen Grund auch gar nicht gehabt hatte, und deshalb die Energie, welche bei den früheren Bewegungen des Wiener Volkes sich gezeigt hatte, nicht haben konnte.

Auch die akademische Legion, wenn sie auch Anfangs sich bei der Bewegung betheiligt hatte, zeigte sich in den letzten Tagen derselben entgegen, und bemühte sich, die Ruhe herzustellen.

Trotzdem gab es doch täglich einige unruhige Auftritte in Wien. Die Hauptursache derselben war die Gründung eines constitutionellen Clubs, der offen sich der deutschen Frage entgegenstellte, und seine Sympathieen für ein separatistisches Oesterreich durch das alleinige Tragen der schwarzgelben Farben zeigte. Aus den Fenstern der Mitglieder dieses Clubs wehten schwarzgelbe Bänder, die Mitglieder selbst trugen schwarzgelbe Cocarden, und schwarzgelbe Fahnen wurden an verschiedenen Orten aufgepflanzt. Dies erregte bei dem deutschgesinnten Volke von Wien eine große Entrüstung, und es kam dahin, daß Läden, in welchen man schwarzgelbe Cocarden und schwarzgelbe Bänder verkaufte, vom Volke erstürmt wurden. So gab es denn fast täglich im ganzen September unruhige Auftritte; Aufläufe und Katzenmusiken vor den Häusern als schwarzgelb bekannter Personen waren vollständig an der Tagesordnung.

Die ungarischen Verhältnisse verwickelten sich während dieser Zeit immer mehr und mehr, der Banus Jellachich von Croatien schritt siegreich vor, und noch immer wollten die Ungarn sich nicht dazu entschließen, ohne österreichische Beihülfe den Krieg zu führen. Sie schickten deshalb abermals eine Deputation nach Wien an den Reichstag, an deren Spitze der blinde Wessellingi, die Minister Deak und Pulszki standen. Da ihre Deputation vom Kaiser so formlos empfangen und unbeachtet geblieben war, glaubten die Ungarn, sich direct an den Wiener Reichstag wenden zu müssen. Am 18. September, Nachmittags gegen 2 Uhr, traf die Deputation der Ungarn in Wien ein, und wurde besonders von den Studenten der Legion und vielen National-Gardisten freundlich empfangen. Sie hielten einen Umzug in

der Stadt, wobei unzählige Lebehochs auf Kossuth und die Freiheit Ungarns von dem Wiener Volke gerufen wurden. Im Reichstage selbst erregte die Frage, ob die Deputation der Ungarn zu empfangen sei, eine gewaltige Aufregung und die lebhaftesten Debatten. Am 19. September entschloß sich endlich der Reichstag mit einer Majorität von 186 Stimmen gegen 108, die Deputation nicht anzunehmen, und die Ungarn mußten daher unverrichteter Sache am Morgen des 20. September Wien verlassen, nachdem ihnen vorher von der Studentenschaft am Abend des 19. noch ein großartiger Fackelzug, als Zeichen der Wiener Sympathieen für Ungarn, gebracht worden war.

Die Ungarn hatten jetzt alle Mittel und Wege, in Gemeinsamkeit mit der österreichischen Regierung den sie bedrohenden Feind zu unterdrücken, versucht; es blieb ihnen jetzt nichts übrig, als auf ihre eigene Kraft zu bauen.

Sie rüsteten sich gewaltig, und jeder Ungar war fest entschlossen, im Kampf gegen die croatischen Räuberhorden des Banus Jellachich zu siegen oder zu fallen.

Die schändliche Politik, welche die österreichische Camarilla den Ungarn gegenüber beobachtet hatte, sollte sich bald mehr und mehr enthüllen. Der Kaiser erließ in den letzten Tagen des September eine Proclamation an die Heere in Ungarn, eine Proclamation, welche sowohl dem Banus von Croatien, als den ungarischen Heerführern zugesendet wurde. In dieser Proclamation wurde mit Entschiedenheit ausgesprochen, daß beide Heere die Waffen niederzulegen hätten, daß nicht ferner kaiserliche Soldaten gegen kaiserliche Soldaten fechten dürften.

Schien es nach dieser Proclamation, daß man in Wien

wirklich den Frieden anbahnen wollte, so sollte sich doch bald genug zeigen, daß dies Alles nur ein trügerischer Schein war. Es wurde plötzlich ein Briefwechsel des Banus Jellachich und einiger seiner Offiziere mit dem Minister Latour und anderen Häuptern der österreichischen Camarilla aufgefangen, ein Briefwechsel, welcher auf das Beredteste das Volk von Wien und das Volk von Ungarn von der schmachvollen und hinterlistigen Politik des österreichischen Hofes überzeugen mußte.

Der Banus Jellachich beklagte sich in diesen Briefen, daß die ihm versprochenen Geschütze, so wie die Geldunterstützungen, nicht zur rechten Zeit angekommen seien; es ging aus den Schreiben der österreichischen Großen auf das Deutlichste hervor, daß zu gleicher Zeit, wo der Banus durch ein kaiserliches Handschreiben seiner Stelle entsetzt worden war, doch von Seiten des Hofes und des Kriegs-Ministers ihm Unterstützungen zum Aufstande zugegangen waren; es ging daraus hervor, daß in jener Zeit, wo der Kaiser zur Wiederherstellung des Friedens die erwähnte Proclamation erlassen hatte, neue Unterstützungen an Geld und Waffen an den Banus abgesendet waren, und daß ihm noch andere versprochen worden waren, welche nur ungünstige Verhältnisse verzögert hatten.

Die Veröffentlichung dieses Briefwechsels, welche durch Plakate in Wien und in allen größeren Städten Ungarns geschah, erregte natürlicher Weise eine furchtbare Entrüstung gegen die treulose Regierung. Im Reichstage interpellirt, vermochte der Minister Latour sich in keiner Weise zu entschuldigen!!

Erzherzog Stephan, der Palatin von Ungarn, dankte ab; an seiner Stelle sollte ein kaiserlicher Commissair, Graf Lamberg, die ungarischen Wirren schlichten. Aber Graf Lamberg wurde von dem wüthenden, rachedürstenden Volke in Pesth ermordet *).

Die Ungarn sahen jetzt ein, daß sie mit dieser treulosen Regierung in keiner Weise mehr Hand in Hand gehen könnten; alle Unterhandlungen waren abzubrechen.

Auch in Wien, wo die Sympathieen für die Ungarn mit jedem Tage gewachsen waren, erregte die Veröffentlichung des gedachten Briefwechsels eine tiefe Sensation, eine furchtbare Entrüstung in allen Klassen. In den Clubs, wie in allen Volks-Vereinen bildete die ungarische Frage den Hauptgegenstand der Debatten; überall wurden die Plakate, welche den Briefwechsel veröffentlichten, verlesen; überall sprach sich die tiefste Empörung über diese treulose Politik der Camarilla aus, und die Entrüstung wuchs, als man vernahm, daß jetzt die Regierung offen mit ihrer Treulosigkeit an den Tag zu treten beabsichtige, daß von Wien aus Hülfstruppen nach Ungarn zum Banus geschickt werden würden.

Am 3. Oktober nämlich war ein kaiserliches Manifest, von Schönbrunn aus datirt, erschienen, in welchem die Auflösung des ungarischen Reichstages und das Kriegsrecht für ganz Ungarn ausgesprochen war. Der Banus Jellachich von Croatien, der früher zum Rebellen erklärte Banus, wurde

*) Wir geben hier vorläufig nur eine Andeutung dieser höchst wichtigen Ereignisse, welche wir bald in der Geschichte des ungarischen Krieges specieller schildern werden.

als bevollmächtigter Commissair des Kaisers ernannt; das Manifest sagte wörtlich:

„In Folge dieser Unserer Allerhöchsten Bevollmächtigung erklären Wir, daß alles Dasjenige, was der Banus von Croatien verordnen, beschließen und befehlen wird, als mit Unserer Allerhöchsten Königlichen Macht verfügt, beschlossen und befohlen anzusehen ist."

Der Kaiser nahm sich der croatischen Empörung jetzt offen an und wurde dadurch zum Revolutionair gegen die strenge am Gesetz hängenden Ungarn. Die deutschgesinnten Bataillone, welche durch langen Aufenthalt in Wien eine Zuneigung zu der demokratischen Partei erhalten hatten, wurden vom Kriegs-Ministerium befehligt, zu Jellachichs Hülfe nach Ungarn zu marschiren. Latour machte diese sinnreiche Erfindung, und gegen ihn wurde daher die Wuth des Volkes hauptsächlich rege.

Sechstes Kapitel.

Die Wiener October-Revolution.

1.

Schon am Nachmittage des 5. October wurde es in Wien bekannt, daß auch das Grenadier-Bataillon Richter, eins der beim Volke beliebtesten Bataillone, in welchem sich die demokratische Gesinnung schon vorherrschend gezeigt hatte, nach Ungarn bestimmt sei. Vorher war schon ein italienisches Bataillon vom Regimente Cecopieri nach Ungarn abgegangen, nicht ohne daß sich ein Widerstand in dem Bataillone selbst gezeigt hätte. Dieser Widerstand war indessen überwältigt worden, zwei Schwadronen Kürassiere waren neben dem Bataillone hergeritten und hatten dasselbe gezwungen in die Eisenbahn-Waggons zu steigen, und seiner Bestimmung nach Ungarn zu folgen.

Das Volk hatte gemurrt, als es den Abgang des italienischen Bataillons nach Ungarn erfuhr, als sich nun aber auch das Gerücht verbreitete, daß gerade die deutschgesinnten Bataillone Richter, Rhabowski, Heß u. s. w. am 6. October nach Ungarn abgehen sollten, da wurde die Stimmung immer aufgeregter, und vielfach wurde unter den Nationalgarden und unter der akademischen Legion, so wie in den demokratischen Klubs der Entschluß ausgesprochen, den Abmarsch der Soldaten nach Ungarn nicht zu leiden, sondern sich demselben, wenn es nöthig sei, mit bewaffneter Hand zu widersetzen.

Das Volk glaubte dies um so eher thun zu können, als es von der demokratischen Gesinnung dieser Bataillone überzeugt war. Viele Soldaten waren am 3., 4. und 5. October in den demokratischen Klubs erschienen, und hatten dort um Rath gebeten, wie sie es mit ihrem Abmarsch halten sollten; ob sie sich zu marschieren weigern, oder ob sie marschieren sollten? Diese Soldaten hatten offen dem Volke gegenüber erklärt, daß sich sich niemals entschließen würden, mit den Croaten gegen die Ungarn zu kämpfen.

In Folge dieser Erklärungen zeigte sich bereits am Nachmittage des 5. October eine unruhige Bewegung in der Vorstadt Gumpendorf, in welcher sich die Kaserne des Bataillons Richter befindet. Große Menschenmassen versammelten sich in der Nähe der Kaserne, und die Nationalgarde dieses Fabrikbezirks ließ durch ihren Hauptmann Braun eine Adresse aufsetzen, in welcher sie darum bat, daß das Bataillon Richter nicht von Wien entfernt werde.

Die Menschenmassen in der Gumpendorfer Hauptstraße mehrten sich im Laufe des Nachmittags fortwährend. Vergeblich forderten einige der Nationalgarde-Offiziere das Volk auf sich zu zerstreuen, es geschah nicht, und es kam sogar, als der Oberstlieutenant Goldhan einen Studenten, der zum Volke geredet hatte, verhaften wollte, zu einem Conflikt, in welchem Herr Goldhan einen Messerstich bekam.

Das Volk fraternisirte mit der Mannschaft des Grenadier-Bataillons, und redete dieser zu, sich nicht zum Abmarsch gegen die Ungarn bewegen zu lassen. Diese Zureden fanden auch eine gute Stätte; das Bataillon war von vorn herein selbst gegen den ungarischen Krieg, und die Grenadiere hatten dies früher schon dadurch gezeigt, daß sie bei Ablesung des

Regierungsbefehls zum Ausmarsch, in ein tiefes Murren ausgebrochen waren.

Gegen Abend mehrten sich die Zusammenrottungen in den Straßen immer mehr und mehr, und nahmen einen besorglichen Charakter an, so daß der Hauptmann Braun und einige andere Offiziere der Nationalgarde, vergeblich alle möglichen Anstrengungen machten, um das Volk auseinander zu bringen.

Die Offiziere meldeten diese besorglichen Auftritte dem Commandanten Grafen Auersperg, derselbe aber erwiederte ihnen: „Seien Sie ruhig, es wird Nichts geschehen.“ Vergeblich bemerkte Braun, Gumpendorf sei eine Fabrikvorstadt, sie sei durch das Verweigern des Gehorsams der Grenadiere in große Gefahr gesetzt, denn die Leute drohten, den Grenadieren beizustehen, und eher die Vorstadt anzuzünden, ehe sie sie wegmarschieren ließen. Der General erwiederte ihnen, „er würde mit den Grenadieren wohl fertig werden.“ Das war der Bescheid des Generals Auersperg, der weit entfernt war zu ahnen, welche ungeheure Folgen seine Hartnäckigkeit, und zugleich sein Mangel an Vorsichtsmaßregeln haben würde.

Der Morgen des 6. October brach an; schon gegen 4 Uhr sammelten sich bewaffnete Garden auf dem Gumpendorfer Pfarrplatze, es wurde Allarm geschlagen, trotz der Weigerung des schwarzgelben Hauptmanns Braun. Ein Theil der Nationalgarde aus den Bezirken Gaudenzdorf, Gumpendorf und Wieden zog nach der Eisenbahn, andere sammelten sich in der Vorstadt Gumpendorf.

Gegen 4 Uhr erhielten die Grenadiere den Befehl zum Marschieren; aber sie weigerten sich und zerschlugen in der

Kaserne Möbeln, Tische und andere Geräthe. Es kamen während dieser Zeit die Garden aus den benachbarten Bezirken Wieden und Mariahilf herbei und sperrten die Gassen nächst der Gumpendorfer Kaserne ab.

Jetzt wurde das Militair zum Abmarsch commandirt; es marschierte vor und durchbrach die Linien der Nationalgarde, unterstützt durch eine Abtheilung Kürassiere, welche ebenfalls bei der Kaserne aufgestellt worden war. Von den Kürassieren in die Mitte genommen, marschirten die Grenadiere vorwärts, ihnen nach und neben ihnen die Nationalgarde, welche es vergeblich einigemal versuchte den Marsch zu hemmen. So ging es dem Bahnhofe zu. Um 6 Uhr marschierten die Grenadiere über das Glacis, die Tamboure wurden gezwungen zu trommeln, um das Wiener Volk auf den gezwungenen Abmarsch aufmerksam zu machen. Die Grenadiere protestirten während des ganzen Marsches gegen den ihnen angethanen Zwang.

Während dieser Zeit war schon eine große Anzahl der Nationalgardisten vorausgeeilt, hatte die Nordbahn und die Taborlinie besetzt, und die Eisenbahnschienen herausgerissen, auch die Telegraphen-Dräthe zerstört. An der Taborbrücke war eine Barikade aufgerichtet, und mit jedem Augenblicke kamen neue Schaaren Nationalgardisten aus der Stadt herbeigeströmt, um die Grenadiere am Abmarsch zu hindern.

Das Militair kam an der Taborbrücke an und eine Division stieg über die Barrikade, während 4 Compagnien des Bataillon's Richter zurückblieben. Aber auch von den bereits übergeschrittenen Compagnien kamen einzelne Grenadiere unter dem Jubel des Volks wieder zurück, und schritten über

die Brücke, welche das Volk mittlerweile abzutragen sich bemüht hatte.

In der Stadt hatte indessen die Allarmtrommel in allen Straßen die Nationalgarden zusammengerufen, und auch die akademische Legion war nach der Taborbrücke geeilt, um der übrigen Nationalgarde beizustehen; ebenso auch eine große Anzahl von Arbeitern, welche, mit Spießen und Brechstangen bewaffnet, sich der National-Garde und dem übrigen Volke anschlossen. Von Seiten des Militairs waren Kanonen und Munitionswagen aufgeführt worden. Zwei Kanonen blieben vor der ersten Taborbrücke stehen, eine war auf dem anderen Ufer aufgestellt. Die große Taborbrücke hatte man angefangen abzutragen, die zweite war beinahe gänzlich abgetragen.

So standen sich Militair und Volk kampfbereit gegenüber; mehrere Studenten sprachen zum Volke, und auch der Commandeur der Truppen, General-Major von Bredy, hielt eine Rede, in welcher er begreiflich zu machen suchte, daß man vergeblich das Militair vom Marsch abhalten wollte; aber er drang mit dieser Rede nicht durch, und sah sich sogar Mißhandlungen ausgesetzt, denen er nur dadurch entging, daß er das Versprechen gab, vom Kriegs-Ministerium neue Befehle einzuholen und vielleicht die Ordre zu erhalten, daß das Militair nicht marschire. Er erhielt einen solchen Befehl indessen nicht, das Kriegs-Ministerium bestand im Gegentheil darauf, die widerspenstigen Bataillone marschiren zu lassen.

So war es 10 Uhr geworden; die National-Garden und Studenten hatten den Eisenbahndamm besetzt, in der Tiefe stand Infanterie vom Regiment Nassau, Pioniere und Kürassiere mit drei Kanonen. Ein Theil des Militairs,

besonders vom Bataillon Richter, welches am rechten Donau-Ufer aufgestellt war, erklärte offen, nicht marschiren zu wollen *).

Um 10 Uhr verbreitete sich zum großen Jubel die Nachricht, es sei der Befehl zum Rückmarsch gegeben, und in der That bewegten sich die Bataillone rückwärts; es war dies jedoch eine falsche Nachricht, denn obgleich dem Ministerium von Seiten vieler National-Offiziere mitgetheilt worden war, daß von der gesammten National-Garde (über 20,000 Mann) kaum 6000 Mann auf Seiten der Regierung ständen, hielt der Kriegs-Minister Latour doch fest an dem Abmarsch-Befehl. Er könne, erwiderte er allen an ihn gesendeten Deputationen der National-Garde und akademischen Legion, unmöglich einem widerspenstigen Bataillon Contreordre geben, ohne alle militairische Disciplin aufzulösen. Als daher das Volk sah, daß an einen Rückzug nicht zu denken war, daß sogar das Militair sich kampfbereit machte, da luden auch die National-Gardisten und die akademische Legion ihre Gewehre. Die Artilleristen sprangen von den Kanonen und richteten dieselben gegen das Volk, aber die Arbeiter machten sofort einen Angriff auf die Geschütze; sie nahmen zwei derselben und eilten damit fort. General Bredy kommandirte sofort „Feuer!" Die Nassauer Infanterie gab eine Salve, und in dem Augenblick lagen wohl zwanzig bis dreißig Todte und Verwundete auf dem Platze und am Damm; aber auch General Bredy selbst stürzte vom Pferde, er erhielt einen Schuß durch den Kopf und einen anderen durch die linke

---

*) Wir bitten den geehrten Leser, zum Verständniß dieser Schilderungen, so wie der späteren Kämpfe in Wien und Umgegend, sich eine Specialkarte von Wien zu verschaffen, und auf dieser die Bewegungen der Truppen und National-Garden zu verfolgen.

Seite. Vielfache Zeugen behaupten, daß General Bredy diese Schüsse von den Grenadieren selbst erhalten habe, daß sie nicht vom Volke aus gefallen seien. —

Nach diesem ersten Feuern floh ein großer Theil des unbewaffneten Volkes mit furchtbarem Geschrei theils über die Brücke, theils gegen den Eisenbahndamm; dann aber begann ein mörderisches Plänkelfeuer; ein National-Gardist feuerte sogar eine der genommenen Kanonen durch ein Zündholz gegen das Militair ab. Die deutschen Grenadiere gesellten sich dem Volke bei, und sie unterhielten nun mit den National-Garden und der akademischen Legion gemeinschaftlich wohl eine halbe Stunde lang ein so lebhaftes Feuer auf das übrige Militair, daß dasselbe sich mit Verlust von drei Kanonen zurückziehen mußte. Gegen dreißig Todte waren die Opfer dieses Kampfes, unter diesen General Bredy und ein Obrist-Lieutenant Klein. Besonders hatte das Bataillon Nassau gelitten. Unter Jubelgeschrei wurden im Triumph vom Volke die eroberten Kanonen nach der Leopoldstadt gefahren; auf dieselben wurden verwundete Studenten gelegt und die National-Garden begleiteten den Zug.

Auch die Grenadiere zogen in Begleitung der Legionaire und National-Garden nach der Stadt zurück; aus fast allen Häusern wurde ihnen zum Willkommen mit weißen Tüchern entgegen geschwenkt. Jetzt verdoppelte sich das Allarmtrommeln in der ganzen Stadt; ungeheure Volksmassen zogen, theils bewaffnet, theils unbewaffnet, aus den Vorstädten nach dem inneren Wien; von den Thürmen heulten die Sturmglocken.

Eine Abtheilung Kürassiere wollte durch die Taborstraße in die Stadt eindringen, aber die National-Garden empfingen

sie mit einer vollen Ladung. Aus allen Häusern wurde auf sie geschossen, und nur durch die eiligste Flucht konnte ein Theil der Schwadron sich retten, während der Rittmeister und wohl ein Drittel der ganzen Mannschaft todt oder verwundet auf dem Platze blieb.

Die Thore wurden jetzt gesperrt und aus dem bürgerlichen Zeughause wurden, gegen den Willen des Artillerie-Commandanten der National-Garde, Spitzhitl, durch den Commandanten der akademischen Legion, Aigner, Geschütze geholt und auf den Bastionen aufgeführt. Der Ober-Commandant der National-Garde, Streffleur, gab selbst Befehl, zwei Kanonen auf die rothe Thurm-Bastei bringen zu lassen. Eine Proclamation des Minister-Rathes wurde verbreitet, in welcher das Ministerium zur Ruhe und Ordnung ermahnte, ohne aber natürlicher Weise in der allgemeinen Aufregung nur irgend Gehör zu finden. Durch alle Straßen der Stadt und Vorstädte wogten ungeheure Volksmassen, besonders in der Nähe des Stephansplatzes. Der Stephansthurm war besetzt durch National-Garden des Kärnthner und Wiedener Viertels, welche fast durchgängig aus Anhängern der schwarzgelben Partei bestanden; diese hatten vom Ober-Commando den Befehl erhalten, das Sturmläuten mit den großen Glocken des Stephansthurmes zu verhindern. Das Volk drängte gegen die Besatzung des Thurmes an und forderte, daß Sturm geläutet werde, erhielt aber die Erlaubniß dazu nicht. Da rückte durch die Kärnthnerstraße ein Bataillon des Wiedener Viertels an. Die National-Garde am Stephansthurm glaubte, von dem anrückenden Bataillon angegriffen zu werden und gab deshalb auf dasselbe Feuer; die Wiedener stutzten und wichen zurück, dann aber sammelten sie sich wieder und

stürmten nun gegen den Thurm vor, aus dem auf das waffenlose Volk ebenfalls einige Schüsse gefallen waren. Eine der von den Arbeitern erbeuteten Kanonen wurde nach dem Stephansplatze gefahren, um mit derselben gegen die schwarzgelben Garden im Stephansthurm zu feuern; dies war aber nicht mehr nöthig, denn schon hatte die Wiedener National-Garde die Besatzung des Thurmes besiegt, und das Volk war in den Dom eingedrungen und hatte hier sich mit Wuth auf die schwarzgelben Garden gestürzt und einige derselben auf eine scheußliche Weise ermordet. Nur mit Mühe gelang es den Akademikern, fast mit eigener Lebensgefahr, die wüthende Menge von weiteren Blutthaten abzuhalten, und diejenigen National-Garden zu retten, welche sich im Dom, in den Beichtstühlen, unter dem Altar u. s. w. versteckt hatten.

Fast zu gleicher Zeit, gegen halb 2 Uhr, fand am Schottenthor ein wüthender Kampf zwischen Militair und Volk statt. Schon gleich nach 11 Uhr waren drei Compagnieen Ingenieure, gegen Vorzeigung eines Befehls vom Kriegs-Minister Latour, in die Stadt gelassen worden; sie hatten den Platz am Hof, den Graben und den Stock im Eisenplatz besetzt. Von der anderen Seite rückte eine große Zahl Eisen-Arbeiter mit langen, eisernen Spießen an. Das Militair begann zu tirailliren; sofort wurde von den Fenstern und Dächern, aus den Läden in den Seitenstraßen und aus den Kellerlöchern herausgeschossen. Mit Todesverachtung rückten die Garden, Studenten und Arbeiter gegen das Militair vor, welches aus Kanonen mit Kartätschen schoß. Vergeblich waren vorher Unterhandlungen versucht worden; ein Student der akademischen Legion hatte den Hauptmann gebeten, nicht feuern zu lassen, nicht gegen das Volk zu kämpfen;

der Hauptmann hatte es verweigert. Der Student spannte darauf ruhig seine Büchse, legte an, und in demselben Augenblick, wo der Hauptmann Feuer kommandirte, schoß er ihn nieder. Der Kampf war auch an dieser Stelle mörderisch, aber das Volk blieb Sieger; die Soldaten mußten sich über den Graben zurückziehen, das Volk folgte ihnen und eroberte die Kanonen. Auf beiden Seiten gab es eine große Anzahl von Todten und Verwundeten. Auch an einer anderen Stelle am Hof wurde, besonders in der Bogner Gasse, mit Kanonen auf das Volk gefeuert; aber auch hier drang das Volk siegreich vor und eroberte die Kanonen.

2.

Eine der gräßlichsten Katastrophen des 6. Oktobers, dieses an furchtbaren Ereignissen so reichen Tages, bildet die Ermordung des Kriegs-Ministers Grafen Latour, eine That, die in ihren fürchterlichen Einzelnheiten für die Stadt Wien Folgen gehabt hat, welche sich damals noch kaum berechnen ließen; eine That, welche die sonst so edle und herrliche Oktober-Erhebung der Wiener schändete, indem in ihr sich der gemeine Blutdurst des rachegierigen Pöbels zeigte, ohne gebändigt werden zu können von den, für die wahre Freiheit strebenden und kämpfenden Mitgliedern der akademischen Legion.

Während der Kampf bei der Stephanskirche im vollen Gange war, befanden sich im Kriegsgebäude die sämmtlichen Minister, und unter ihnen Graf Latour, in eifriger Berathung. Graf Latour wurde angegangen, die Garden in der Stephanskirche durch Militair zu unterstützen; er gab endlich

nach, und wollte eben eine Abtheilung Truppen dahin schicken, als der Kampf daselbst beendigt war, und die Hülfe also zu spät kam. In allen umliegenden Straßen donnerten die Geschütze, überall wurden, wie wir bereits erzählt haben, die Truppen zurückgeschlagen; die Minister sahen sich daher veranlaßt, die vor dem Kriegsgebäude stehenden, mit Kartätschen geladenen Kanonen in den Hofraum ziehen zu lassen, das Thor zu schließen, und eine Compagnie Grenadiere im Hof aufstellen zu lassen. Eine der Kanonen wurde mit der Mündung gegen das vordere Thor gerichtet.

Als am Nachmittage gegen halb Drei der Stand des Militairs immer mißlicher wurde, trug man vielfach beim Kriegs-Minister darauf an, die Geschütze zurückziehen zu lassen. Endlich ging der Minister-Rath darauf ein, und auf zehn bis zwölf Blätter Papier wurden die Worte geschrieben: „Das Feuer ist überall einzustellen." Diese Blätter wurden von Latour und dem Minister Wessenberg unterschrieben und an die Adjutanten und Ordonnanz-Offiziere vertheilt, um mit ihnen den Frieden herzustellen.

Es war indessen bereits zu spät. Bald füllte sich die Straße vor dem Kriegsgebäude mit großen Massen von Studenten, National-Garden und Volk, und das Militair wurde überall zurückgedrängt. Barrikaden wurden in allen benachbarten Straßen errichtet. Die Ordonnanz-Offiziere versuchten vergeblich den Beschluß der Zurückziehung des Militairs zu verkünden; selbst ein als Ordonnanz im Kriegsgebäude anwesender Offizier der akademischen Legion, welcher dem Volke mit einem weißen Tuche zuwinkte und das Blatt mit Latours und Wessenbergs Unterschrift zeigte, konnte bei dem wüthenden Lärm des Volkes nicht durchdringen.

Mit Brechstangen und anderen Eisen-Geräthschaften suchte die tobende Menge das Thor des Kriegsgebäudes zu erbrechen.

Das Kriegsgebäude wäre leicht zu vertheidigen gewesen, aber es wurde gar nicht versucht, denn die Grenadiere, welche die Wache hatten, sympathesirten mit dem Volke.

Das Thor wurde erbrochen, und augenblicklich strömte das Volk, mit Stangen, Spießen, Aexten und Gewehren versehen, untermischt mit National-Garden und Legionairen, ungestüm in den Hof. Der Ruf: „Wo ist Latour?" „Hängt ihn auf!" und dergleichen Ausrufungen mehr ertönten aus dem wilden Haufen.

Ein Theil des Volkes stürzte sich augenblicklich auf die beiden Kanonen, welche im Hof standen, und führte dieselben unter wüstem Geschrei aus dem Kriegsgebäude; ein anderer Theil vertheilte sich in die Gänge des alten Gebäudes, eines früheren Jesuiten-Klosters, um in denselben den Minister Latour aufzusuchen.

Latour war im Kriegsgebäude geblieben, während die übrigen Minister sich beim Eindringen des Volkes unter dasselbe vertheilt und schnell entfernt hatten. Als schon das Volk sich in alle Gänge vertheilt hatte, kam eine Anzahl von den Mitgliedern des Reichstages, unter ihnen die Abgeordneten Smolka, Borrosch, Goldmark, Sierakowski u. s. w. in das Kriegsgebäude, um die bedrohten Minister durch ihren Einfluß zu beschützen. Der Abgeordnete Borrosch, ein beliebter Volksmann, brachte es endlich dahin, von der Menge gehört zu werden. Er versprach, daß der Kriegs-Minister Latour in Anklagezustand versetzt und der gesetzlichen Strafe nicht entgehen werde. Er beschwor das Volk, die errungenen

herrlichen Siege nicht durch einen Mord zu beflecken, und seine Worte fanden Anklang; Tausende hoben die Hände in die Höhe und gelobten, das Leben Latours zu schonen.

Das Volk jubelte dem Redner zu, hob ihn auf ein Pferd und zog mit ihm im Triumphe durch die Stadt. Die übrigen Deputirten blieben im Kriegsgebäude zurück.

Fortwährend strömten indessen neue Schaaren des Volkes dem Kriegsgebäude zu, und drängten sich in den Hof und in die Gänge. So kam es, daß von denen, welche Borrosch die Schonung des Kriegs-Ministers gelobt hatten, wohl nur noch wenige unter der unzähligen Masse des anderen Volkes sich im Gebäude befanden.

Latour war während dieser Zeit in einem der oberen Zimmer gewesen. Auf den Rath der Reichstags-Deputirten und der anwesenden Generäle entschloß er sich endlich, seine Uniform auszuziehen, sich in Civil umzukleiden und sich aus seiner Wohnung im zweiten Stock nach einer Kammer auf dem Boden, welche zur Aufbewahrung von Geräthschaften diente, zu begeben. Er that dies um so mehr, als ihm ein Vorfall unten auf dem Hof die dringende Lebensgefahr zeigte, in welcher er schwebte. Auf dem Hofe war nämlich ein Techniker, welcher für das Leben Latours gesprochen hatte, von dem wüthenden Pöbel mit seiner eigenen Schärpe aufgehängt worden, und man hatte den jungen Mann erst, als er schon dem Tode nahe war, wieder abgeschnitten.

Kaum hatte sich der Minister aus seiner Wohnung entfernt, so stürmte das Volk in dieselbe, um ihn zu suchen. Alle Zimmer wurden auf das Genaueste durchforscht und die Briefschaften Latours von einem der Anführer des Volkes in Beschlag genommen.

Mit jedem Augenblicke wuchs die Gefahr für den unglücklichen Latour. Noch hofften die Reichstags-Deputirten, ihn zu retten, wenn er seine Abdankung dem Volke übergebe. Latour verließ deshalb sein Versteck und schrieb in einem Zimmer des vierten Stockwerkes auf einen Zettel die Worte: „Mit Genehmigung Sr. Majestät bin ich bereit, meine Stelle als Kriegs-Minister niederzulegen. Latour." Der Vice-Präsident des Reichstages, Smolka, ein Mitglied der Linken, nahm den Zettel und ging damit hinab, um ihn dem Volke mitzutheilen und dasselbe zu beruhigen.

Latour wollte sich unmittelbar nach Unterschreibung des Zettels wieder in sein Zimmer zurückbegeben; er mußte zu diesem Behuf durch mehrere enge Gänge gehen, aber diese waren bereits vom Volke eingenommen. Die Reichstags-Deputirten Smolka und Sierakowski erklärten sich bereit, den Minister unter ihren Schutz zu nehmen und ihn in das bürgerliche Zeughaus zu seiner Sicherheit zu bringen.

Während dieser Zeit, es war etwa gegen 4 Uhr geworden, hatte sich der Volksauflauf mit jedem Augenblicke vergrößert, das Toben der Menge wurde immer lauter und ungestümer, alle Gänge des weitläufigen Gebäudes waren dicht besetzt, man mußte sich durch dieselben förmlich drängen.

Die Abdankung des Ministers war einem Hauptmann Namens Nieviadonski übergeben, dieser las sie dem Volke vor, und wollte dann den Reichstag von der Gefahr in Kenntniß setzen, in welcher sich der Kriegs-Minister befand, um Hülfe für ihn zu erbitten. Augenblicklich umringte das Volk den Friedensstifter, und einige der Umstehenden bemerkten sogleich, daß das geschriebene Blatt mit frischem Sand bestreut sei, daß also der Kriegs-Minister sich in der Nähe befände. Sie

packten den Hauptmann und drohten ihm mit dem Tode, wenn er nicht augenblicklich den Aufenthalt des Kriegs-Ministers ihnen anzeige. Anfangs verweigerte dies der Hauptmann, dann aber nannte er ihnen einen entfernten Ort als Zufluchtsstätte Latours.

Die Massen stürzten sofort nach dem genannten Zimmer; nur ein Theil blieb zurück, um den Hauptmann Nieviadonski als Geißel zu bewahren. Der Hauptmann kannte indessen einen verborgenen Ausgang durch eine Tapetenthür aus dem Zimmer, in welchem er gefangen gehalten wurde, und durch diesen entkam er glücklich.

Der Kriegs-Minister hatte sich mittlerweile den Reichstags-Abgeordneten übergeben und sich unter den Schutz derselben gestellt; aber dieser Schutz sollte ihm nichts nützen. Kaum wurde die Menge Latours ansichtig, als er durch die engen Gänge die Treppen hinabgedrängt wurde. So kam Latour in den Hof; dort wurde das Gedränge fürchterlich; vergebens bemühten sich die Deputirten, vergebens eine Anzahl Legionaire und National-Gardisten, das Leben des unglücklichen Latours zu schützen; sie wurden von ihm hinfortgedrängt.

Dem Minister wurde der Hut vom Kopfe gerissen, er selbst gestoßen und gemißhandelt. Ein Arbeiter erhob einen gewaltigen Hammer und schlug ihm damit rückwärts auf den Kopf, während zu gleicher Zeit mehrere Säbelhiebe sein Gesicht zerfleischten und ein anderer Arbeiter dem Minister einen Bajonnetstich durch die Brust gab. „Ich sterbe unschuldig!“ dies waren die einzigen Worte Latours; dann stürzte er zusammen.

Ein ungeheurer Jubel über die Mordthat wurde unter

dem blutdürstigen Volke laut. Der Leichnam wurde mit einer Schnur an ein Fenstergitter geknüpft, aber noch fortwährend mißhandelt. Die Schnur riß, das Volk schleifte die Leiche fort und hing sie vor dem Kriegsgebäude an einen Gas-Candelaber vor der Hauptwache auf. Noch dort wurde nach dem todten Körper geschossen und gestochen, ihm wurden die Kleider abgerissen, und die Leiche auf das Scheußlichste geschändet. Die verwilderte Menge tauchte ihre Schnupftücher in das Blut, und benutzte diese Tücher als rothe Fahnen. Die Grenadiere auf der Hauptwache sahen, das Gewehr beim Fuß, diesem ganzen Schauspiele zu, ohne sich im Geringsten um dasselbe zu kümmern. Endlich wurde ein großes leinenes Tuch, auf die Veranlassung mehrerer Legionaire, welche der unmenschlichen Schändung einer Leiche nicht länger zuschauen wollten, über dieselbe gehängt.

Glücklicher, als dem Minister Latour, erging es dem General-Major Frank, welchen das Volk ebenfalls aufzuhängen beabsichtigte. Nur mit Mühe gelang es einer Anzahl Legionaire und Garden, welche sich um den General drängten, diesen nach dem bürgerlichen Zeughause zu bringen.

Das bürgerliche Zeughaus war indessen schwach besetzt, das wüthende Volk drängte daher gegen dasselbe an und bestand auf die Auslieferung des Generals; durch die Entschlossenheit einer Anzahl Gardisten, welche sich standhaft weigerten, den General auszuliefern, wurde dieser gerettet, besonders als ein Befehl des Reichstages den General Frank unter seinen Schutz stellte. Abends 10 Uhr wurde der General heimlich aus dem Zeughause entfernt und gelangte am 7. Morgens nach dem Hauptquartier des Commandanten, Generals

Grafen von Auersperg, im Schwarzenbergischen Garten; er war somit gerettet.

3.

Wir müssen jetzt mit einigen Worten zurückkehren auf die Thätigkeit des Reichstages am 6. Oktober, welcher auf die Entwickelung der Oktober-Revolution einen mächtigen Einfluß gehabt hat.

An der Spitze des Reichstages stand der Präsident Strobach, ein entschiedener Anhänger der czechischen Majorität. Die Slaven hatten bei allen Fragen den Ausschlag gegeben; sie saßen fast sämmtlich auf der Rechten, und es war daher nicht zu verkennen, daß der Reichstag in seiner Majorität beim Volke wenig Anklang fand, während das Volk mit desto größerer Liebe an der Minorität, an der freisinnigen, ächt deutschen Linken hing.

Als das Gerücht von den Gefechten an der Taborbrücke nach Wien kam, versammelte sich augenblicklich die Linke und forderte um 10 Uhr Morgens vom Präsidenten Strobach den sofortigen Zusammenruf des Reichstages in einer so kritischen Zeit. Strobach verweigerte diese Zusammenberufung, weil der Reichstag Nichs als ein legislativer Körper sei und keine administrative Gewalt habe; deshalb sei es auch durchaus nicht nöthig, unter solchen Verhältnissen eine außerordentliche Sitzung zu berufen. Vergeblich stellten ihm die Mitglieder der Linken die furchtbaren Folgen vor, welche daraus entstehen würden, wenn das wüthende Volk sich ganz selbst überlassen bliebe. Vergeblich reichten funfzig Reichstags-Mitglieder abermals die Bitte um sofortige Zusammenberufung der

Versammlung ein; Herr Strobach weigerte sich. Erst als auch vom Ministerium selbst die Zusammenberufung gewünscht wurde, entschied sich der Präsident dahin, um 4½ Uhr eine Sitzung anzusetzen. Die Deputirten der Linken übernahmen es, die einzelnen Mitglieder zu benachrichtigen.

Der Kampf in den Straßen Wiens war während dieser Zeit schon ein mörderischer geworden. Das ganze Volk war in Aufregung, überall waren Barrikaden entstanden; da kam eine große Anzahl von Reichstags-Mitgliedern noch vor der festgesetzten Zeit zusammen und bestimmten in einer vertraulichen Sitzung, daß zum Schutze des Ministers Latour, dessen Gefahr ihnen gemeldet worden, eine Commission abgehen solle. Die weißen Gardinen wurden von den Fenstern gerissen und darauf die Inschrift „Reichstags-Mitglieder" geschrieben. Sie dienten als weiße Friedens-Fahnen, mit denen die Commission sich zum Kriegsgebäude begab. Den unglücklichen Erfolg der Commission haben wir schon erzählt.

Gegen 5 Uhr kam Smolka mit den übrigen Deputirten zurück, und der Abgeordnete Sierakowski meldete unter dem tiefsten Entsetzen der ganzen Versammlung den Tod Latours mit den wenigen Worten: „Latour ist todt; er hängt an einem Laternenpfahl am Hof *)."

*) Viele Zeitungen haben im Oktober vorigen Jahres gemeldet, daß der Arbeiter, welcher Latour ermordet habe, diese seine That triumphirend selbst dem Reichstage mitgetheilt habe; dies ist eine Unrichtigkeit. Diese Mittheilung wurde gemacht im Studenten-Comité, welches in gemeinsamer Sitzung mit dem Central-Comité aller demokratischen Vereine Wiens unter Dr. Tausenan sich in Permanenz erklärt hatte, um die Bewegung zu leiten. Ein Arbeiter in einer weißen, blutgefleckten Jacke und Schürze, mit einer langen Brechstange in der Hand, erschien im Comité, und erzählte im Wiener Dialekt

Das Präsidium des Reichstages wurde, da Strobach nicht gegenwärtig war, dem Vice-Präsidenten Smolka übergeben; der Reichstag erklärte sich für permanent, und Löhner stellte den Antrag, den volksverhaßten Präsidenten Strobach in Anklagezustand zu versetzen, nahm aber selbst den Antrag zurück. Es wurde sodann, nach kräftigen und oft gehässigen Debatten, im Reichstage beschlossen, eine Deputation von fünf Mitgliedern, unter ihnen Borrosch, Pillersdorf, Lubomirski, an den Kaiser zu senden, mit der Bitte um ein volksthüm-

---

mit wenigen furchtbaren Worten Folgendes: „Wir befanden uns früher am Wiener Berge und zogen nach dem Bahnhof am Belvedere herein; dem allgemeinen Allarmschlagen folgend, rückten wir in die Vorstadt ein und bauten vor der Linie Barrikaden. Als wir damit fertig waren, verbreitete sich das Geschrei nach Latour; wir begaben uns in die Stadt, um ihn zu suchen; wir durchsuchten zuerst das erste Stockwerk, und als wir ihn da nicht fandeu, das Erdgeschoß; hier ergriffen wir ihn und ich durchstieß ihm mit einer Brechstange die Kehle. War das nicht Recht? — Die Anderen hieben mit ihren Werkzeugen nach seinem Kopf, ich aber meinte, er sollte lieber hängen; wir knüpften ihn im Hof an einer Schnur auf, aber sie riß; da gingen wir mit ihm in das Freie hinaus und hingen ihn an eine Laterne; war das nicht Recht?“ Mit tiefem Schweigen vernahmen die Mitglieder des Comité's diese grauenvolle Erzählung, nur einzelne Stimmen aus den Zuhörern riefen Bravo, zur Entrüstung der ganzen Versammlung. Der Präsident ließ sofort den Saal von allen Denen räumen, welche sich nicht durch eine Vollmacht als Mitglieder der Versammlung legitimiren konnten. Das Comité entwarf sodann sofort eine Petition an den Reichstag, in welcher es bat um Zurücknahme des absolutistischen Manifestes vom 5. Oktober, um Entfernung der Camarilla von der Krone, Zurücktritt des Ministeriums und Bildung eines Ministeriums Löhner-Borrosch, ein Gesetz über Minister-Verantwortlichkeit, Unterstellung des Militairs unter die Civil-Gewalten, Amnestie für das an der Revolution betheiligte Militair, Unterordnung Radetzki's unter das österreichische Ministerium und Sistirung des Standrechts und des Belagerungs-Zustandes in Wien.

liches Ministerium, in welchem nur Hornbostel und Dobblhof bleiben sollten; ebenso auch um den Widerruf des Manifestes an die Ungarn und der Ernennung des Banus Jellachich. Pillersdorf wurde mit der Abfassung einer Adresse an den Kaiser beauftragt.

Es wurde ferner eine Commission von zehn Mitgliedern zur Wahrung der Sicherheit und Ordnung ernannt, in welche Füster, Goldmark, Löhner, Schuselka und Andere gewählt wurden. Auch eine Commission an den Grafen Auersperg wurde gesendet, um weiteres Unheil in der Stadt Wien zu verhüten. Der Reichstag erließ ferner eine Proclamation an das Volk, in welcher er seine Permanenz-Erklärung diesem meldete und sein tiefstes Bedauern aussprach „über einen Akt schrecklicher Selbsthülfe, durch welche der bisherige Kriegs-Minister seinen gewaltsamen Tod gefunden". Er stellte „die Sicherheit der Stadt Wien, die Unverletzlichkeit des Reichstages und des Thrones, und dadurch die Wohlfahrt der Monarchie" unter den Schutz der Wiener National-Garde. Ebenso beschloß der Reichstag, wie wir bereits wissen, den General Frank in seinen Schutz zu nehmen.

Stellte sich so der Reichstag in seiner Majorität als eine wahre Volks-Vertretung dar, so zeigte doch die Rechte des Reichstages, daß sie ebensowenig, wie irgend eine andere Rechte in ganz Deutschland, im Stande sei, in Zeiten der Gefahr die Führung des Volkes zu übernehmen.

Die czechische Partei, welche in ruhigen Zeiten die Linke aufs Aeußerste tyrannisirt hatte, behauptete im gegenwärtigen Augenblicke, obgleich sie doch die Majorität in der Versammlung hatte, von der Linken terrorisirt zu werden, und trat deshalb aus. Sie überließ das Volk von Wien, sie überließ

den Reichstag in dieser gefahrvollen Zeit seinem Schicksale, und machte sich deshalb des Amtes als Volks-Vertretung unwürdig. Die Majorität blieb indessen im Reichstage zurück, denn auch Viele von der czechischen Partei fügten sich dem Austritte nicht und blieben in Wien. Sie suchten in den Stürmen der Revolution für ihre Partei so viel zu retten, als möglich war.

4.

Während der Reichstag in eifriger Berathung saß, tobte der Kampf fort in den Straßen von Wien. Nachdem der Minister Latour seinen schreckenvollen Tod gefunden hatte, war auch ein Rittmeister von Valmagini am Graben vom Volke überfallen und gefährlich verwundet worden. Nur mit genauer Noth war er dem Tode entgangen.

Die Wuth des Volkes wendete sich jetzt besonders gegen den Ober-Commandanten der Wiener National-Garde, Herrn Streffleur; man suchte denselben überall, um ihn wie Latour zu hängen.

Streffleur war während des ganzen Kampfes Ober-Commandant geblieben, bis ihm am Nachmittage der Platz-Offizier Dunder benachrichtigte, daß Latour aufgehängt, Valmagini schwer verwundet sei, und daß man ihn suche, um ihn ebenfalls zu ermorden. Dunder gab Streffleur den Rath, sich sofort in den Reichstag zu begeben und sich unter den Schutz desselben zu stellen. Streffleur befolgte den Rath sofort, und in Folge dessen wurde vom Reichstage der Abgeordnete Scherzer zum Ober-Commandanten der National-Garde ernannt und vom Minister des Innern bestätigt.

Einer der wüthendsten Kämpfe am 6. Oktober fand vor dem kaiserlichen Armatur-Zeughause statt. Schon am Nachmittage gegen zwei Uhr hatte sich ein lärmender Volkshaufe gegen das Zeughaus gewälzt, um dort Waffen zu verlangen, welche ihm indessen nicht verabfolgt wurden. Im Zeughause lagen zwei Compagnieen Infanterie, die sich fest entschlossen zeigten, unter jeder Bedingung das Haus gegen den Sturm des Volkes zu vertheidigen. Gleich nach vier Uhr fielen die ersten Opfer am Zeughause; das Volk hatte nämlich die unteren Fenster eingeschlagen und mit Feuerhaken einige Gewehre aus dem Hause hervorgezogen; ebenso hatte es auch begonnen, die Mauern zu untergraben. Der Commandant des Zeughauses ließ, um das Volk zu vertreiben, plötzlich das Thor öffnen und einen Ausfall machen, durch welchen vier von den Angreifern getödtet und Viele verwundet wurden. Die Menge stäubte augenblicklich auseinander, sammelte sich indessen bald wieder, und nahm nun die umliegenden Häuser ein, um von hier aus die Besatzung zu beschießen.

Mehrere Stunden vergingen unter fortwährendem gegenseitigen Feuern, vom Volke aus den Häusern gegen die Besatzung und von dieser auf jeden Schützen, der sich ihren Blicken zeigte. Starke Barrikaden waren in allen, um das Zeughaus liegenden Straßen aufgeführt worden, und die Besatzung desselben befand sich daher durchaus isolirt von jeder anderen Militair-Behörde. Nichtsdestoweniger vertheidigte sie mit Löwenmuth das ihr anvertraute Haus. Als das Volk sah, daß auf diesem Wege das Zeughaus kaum zu erobern sein möchte, schickte es anfänglich Parlamentaire mit weißen Fahnen nach dem Zeughause, um die Besatzung zur friedlichen

Uebergabe aufzufordern; aber mehrere von diesen Parlamentairen wurden trotz ihrer weißen Fahnen erschossen. —

Die Wuth des Volkes vergrößerte sich dadurch natürlicherweise mit jedem Augenblicke mehr und mehr; es wurden Kanonen herbeigeführt und mit diesen die hintere Seite des Zeughauses scharf beschossen.

Im Zeughause selbst befand sich nur eine, aber scharf geladene Kanone; diese ließ der Commandant, Hauptmann Kastell, wohl richten, und nachdem drei Schüsse auf das Haus gefallen waren, ließ er sie abfeuern.

Die Wirkung war eine furchtbare. Die Kartätschen hatten unter den dicht gedrängten Angreifern grausenhaft gewüthet, und die Menge mußte erschreckt zurückweichen und sogar eine Kanone im Stich lassen, welche unter Triumphgeschrei von dem aus dem Zeughause ausfallenden Militair in Besitz genommen wurde.

Der Kampf wurde nun mit furchtbarer Wuth und Erbitterung fortgesetzt. Ununterbrochen wurde mit Kartätschen gegen das Zeughaus gefeuert, aber die Schüsse waren vom Volke meist schlecht gerichtet und verfehlten daher zum größten Theile ihre Wirkung, während die geübten Artilleristen der Besatzung unter den Angreifern schreckliche Verheerungen anrichteten, durch welche sich indessen das Volk nicht zurückschrecken ließ. Mit gleicher Tapferkeit von beiden Seiten wurde der Kampf fortgesetzt. Endlich, nach mehr als dreistündiger Schlacht, wurde eine Bresche in einen Theil des Hintergebäudes geschossen; eine Menge Volks drängte in das Haus und leerte ein dort befindliches Waffen-Depot, welches jedoch meist unbrauchbare Waffen enthielt; weiter vorzudringen war aber unmöglich.

Der Angriffsplan wurde deshalb geändert, und mit unendlicher Mühe gelang es endlich, einen Theil des Zeughauses von der Bastei aus in Flammen zu bringen. Gegen ein Uhr in der Nacht schlugen plötzlich die Flammen von einer zum Zeughause gehörenden Schmiede in die Höhe und bedrohten das ganze Gebäude. — Die Sturmglocken heulten vom Stephansthurm und von den übrigen Kirchen der Stadt; von der Universität stiegen Raketen empor, um die Bewohner von Wien von dem nahen Siege zu benachrichtigen — es war ein furchtbares Schauspiel.

Aber auch der Brand wurde mit vieler Mühe von der Besatzung des Zeughauses gelöscht; es gelang dieser, da die Schmiede ziemlich allein stand, und deshalb der Brand sich nicht leicht weiter verbreiten konnte.

Endlich, nach so furchtbarem Kampfe, wurde des Morgens gegen sechs Uhr das Zeughaus dem Volke von der Besatzung übergeben, weil der Letzteren die Munition vollständig ausgegangen war. Die Besatzung erhielt freien Abzug und wurde von dem heldenmüthigen Volke mit einem donnernden Hurrah begrüßt, denn ihre Tapferkeit hatte den Angreifern Achtung eingeflößt. Unmittelbar nach der Uebergabe strömte das Volk in das Haus, um sich dort zu bewaffnen.

5.

Der Morgen des 7. Oktober begann mit der Plünderung des Zeughauses. Tausende und aber Tausende drangen in das Gebäude ein, und während die Communal-Gardisten die beim Sturm auf das Zeughaus Getödteten und Verwundeten

auf Bahren forttrugen, strömten zu allen Eingängen die Massen in das Haus und vertheilten sich in den Sälen, um nach Waffen zu suchen.

Der große Hof war dicht angefüllt mit Leuten, alle Waffensäle wurden erbrochen und wimmelten von Menschen, welche theils sich selbst bewaffneten, theils die Waffen aus den Fenstern warfen. Selbst Knaben von zwölf bis vierzehn Jahren trugen Waffen in Massen aus dem Hause, wurden aber draußen von den National-Garden wieder entwaffnet, um ihre Beute in tüchtigere Hände zu liefern.

Leider wurden auch viele von den werthvollen Kunstschätzen, alte, historisch wichtige Waffen bei dieser Gelegenheit aus dem Zeughause genommen, und nachher von dem unter das Volk gemengten, beutelustigen Pöbel um ein Billiges, weit unter dem Werth, verkauft. Vergeblich strengten sich Legionaire, vergeblich National-Garden an, diesem Unwesen Einhalt zu thun. Erst gegen drei Uhr Nachmittag, nachdem der Reichstag das Zeughaus unter den Schutz der Legionaire gestellt hatte, gelang es, die Zugänge vollständig zu besetzen und die weitere Plünderung desselben zu verhüten.

Während der Einnahme und Plünderung des Zeughauses war nach Schönbrunn die Kunde von den Vorgängen in Wien gedrungen und hatte dort einen tiefen Schrecken in der kaiserlichen Familie und am ganzen Hofe erzeugt. Besonders als die Nachricht von dem Tode Latours nach Schönbrunn kam, als der fortwährende Kanonendonner gegen das Zeughaus daselbst gehört wurde, und man dort den Brand der Schmiede in lichten Flammen am Himmel sah, wurde der Schrecken ein panischer. Der Kaiser gerieth in eine furchtbare Angst; er glaubte, für seine eigene Person fürchten zu

müssen, um so mehr, als die Bedeckung von Schönbrunn nur in sechs Schwadronen Kavallerie, zwanzig Compagnieen Infanterie und acht Geschützen bestand, eine Macht, welche dem nunmehr bewaffneten Proletariat von Wien, welches gegen 100,000 Streiter ins Feld zu stellen vermochte, in keiner Weise gewachsen war.

Es wurde deshalb in Schönbrunn die Abreise des Kaisers beschlossen, und des Morgens gegen halb acht Uhr stieg der Kaiser mit dem Erzherzog Franz Karl und der Erzherzogin Sophie in eine leichte Reise-Equipage, um nach Ollmütz zu fliehen. Der kaiserliche Wagen wurde durch den Erzherzog Franz Joseph zu Pferde und die gesammte in Schönbrunn befindliche Militairmacht begleitet, und nahm seinen Weg nach Ollmütz zu, wo der Kaiser vor den Folgen der Wiener Revolution gesichert zu sein hoffte. Der gesammte Hofstaat des Kaisers folgte diesem, und ebenso auch ein großer Theil der vornehmen aristokratischen Familien, welche bisher noch in Wien geblieben waren, nun aber nach den Kämpfen des 6. Oktober dort nicht mehr sicher zu sein glaubten. Vor seiner Abreise erließ der Kaiser folgendes Manifest, welches er dem Finanz-Minister Kraus zur Contrasignirung zusendete; eine Abschrift wurde dem General Grafen von Auersperg, welcher sich mit seiner gesammten Truppenmacht in den Schwarzenbergischen Garten zurückgezogen hatte, übersendet, um dieselbe zu veröffentlichen, falls der Minister Kraus die Contrasignirung verweigerte. Das Manifest lautete:

„Ich habe alle Wünsche Meines Volkes zu erfüllen gesucht. Was ein Herrscher an Güte und Vertrauen seinem Volke erweisen kann, habe Ich mit Freude erschöpft, und durch die Constitution die Selbstständigkeit, die Kraft und

den Wohlstand zu erhöhen gesucht. Obwohl Mich die Gewaltthaten des 15. Mai aus der Burg Meiner Väter vertrieben, bin Ich doch nicht müde geworden, zu geben und zu gewähren. Auf der breitesten Grundlage des Wahlrechts ist ein Reichstag berufen worden, um in Uebereinstimmung mit Mir die Constitution zu entwerfen. Ich bin in die Hauptstadt zurückgekehrt, ohne eine andere Garantie zu verlangen, als das Rechtsgefühl und die Dankbarkeit Meiner Völker. Allein eine geringe Anzahl Irregeführter bedroht die Hoffnung jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung. Die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht, Wien ist mit Mord und Brand erfüllt. Mein Kriegs-Minister, den schon sein Greisenalter hätte schützen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und Mein gutes Recht und verlasse die Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser."

Dies Manifest war in der That seinem ganzen Inhalte nach eine vollständige Kriegs-Erklärung gegen Wien, es war durchaus unconstitutionell, da es von keinem Minister gegengezeichnet war. Der Finanz-Minister Kraus übergab dies Manifest dem Reichstage, indem er hinzufügte, daß er mit demselben einen schriftlichen, mit unleserlicher Unterschrift versehenen Auftrag zur Contrasignirung und Veröffentlichung durch einen Burgwächter erhalten habe. Unter ungeheurem Beifall des ganzen Hauses und der Gallerie erklärte er, daß er als constitutioneller Minister weder das Eine, noch das Andere thun könne. Er übergab beide Urkunden der Reichs-Versammlung, damit diese darüber beschließen möge. Die Versammlung beschloß, die Denkschrift dem Kaiser zu beant-

worten, und zu gleicher Zeit selbst ein Manifest an die Völker Oesterreichs zu erlassen. Sie beschloß ferner, daß die Minister Dobblhof, Kraus und Hornbostel sämmtliche Geschäfte aller Ministerien einstweilen führen sollten, weil die Minister Wessenberg und Bach sich aus dem Staube gemacht hatten.

Schuselka wurde mit diesem Manifest an die Völker Oesterreichs beauftragt, welches am Abend des 7. Oktober erschien. Der Reichstag erklärte in demselben, daß er sich für permanent erklärt und zugleich einen permanenten Ausschuß zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erwählt habe. Er habe eine Deputation an den Kaiser gesendet, um im Verbande mit diesem die Wünsche des souverainen Volkes zu erfüllen und dessen heilige Interessen zu wahren. Er ermahnte das Volk von Wien, in den Tagen des Oktober dieselbe thatkräftige, politische Besonnenheit und den hohen, herrlichen Edelmuth zu beweisen, wie in den Tagen des Mai, und that kund, daß die Minister Dobblhof, Hornbostel und Kraus die Geschäfte aller Ministerien führen sollten, daß eine Denkschrift an den Kaiser erlassen werde, in welcher diesem der wahre Stand der Dinge aufgeklärt werde. Die Provinzial-Zeitungen wurden aufgefordert, das Manifest in ihren Spalten in der Landessprache aufzunehmen.

In der Adresse an den Kaiser beklagte der Reichstag die plötzliche Abreise des Kaisers, welche ohne ein, auf constitutionellem Wege ausgesprochenes, beruhigendes Wort über den Zweck, über die Dauer und über das Ziel dieser Entfernung vorgenommen worden sei; er mahnte den Kaiser zum Vertrauen zum Volke, zum Vertrauen zu den Vertretern desselben, und bat ihn, zurückzukehren an den Sitz der Regierung, damit jeder unheilvolle Angriff gegen das Vaterland,

er möge aus der Reaction oder Anarchie entspringen, vereitelt werde, damit das Werk der Constituirung, in welchem die Völker Oesterreichs allein die Bürgschaft einer glücklichen Zukunft zu finden suchten, vor sich gehen könne; er bat den Kaiser, den furchtbaren Bürgerkrieg zu enden und Rathgeber zu wählen, welche sowohl das Vertrauen des Regenten, als jenes eines biederen, freiheitsliebenden Volkes würdig sind.

In derselben Sitzung wurde außerdem beschlossen, eine Commission niederzusetzen, welche in Verbindung mit Scherzer, dem Ober-Commandanten der National-Garde, dafür zu sorgen habe, daß die Stadt in gehörigen Vertheidigungs-Zustand gesetzt werde; denn es war zu besorgen, daß General Graf von Auersperg, der im Schwarzenbergischen Garten eine feste Stellung eingenommen hatte und auf der Höhe des Belvederes bivouakirte, von dort aus, wenn er militairische Verstärkungen bekommen habe, die Stadt angreifen würde. Zur Zeit fehlte ihm allerdings das nöthige Geschütz zu einem etwaigen Bombardement. Die Kanonen aus den Zeughäusern waren im Besitz des Volkes, aber die Stellung des Grafen Auersperg war eine unangreifbare und daher von der größten Bedeutung. Außerdem war die Gloggnitzer und Brucker Eisenbahn vom Militair besetzt und es konnte diesem daher Zuzug gebracht werden.

So ging der 7. Oktober, der zweite Tag der Revolution, zu Ende. Das Volk wiegte sich im Freudentaumel des errungenen Sieges; es vertraute seiner Kraft und hoffte auf die Unterstützung des Landvolkes. Nach den Vorgängen des 6. Oktober glaubte es mit Ruhe jedem Kampfe entgegen gehen zu können, um so mehr, da es gegenwärtig vollkommen bewaffnet war, und da die National-Garde unter Scherzer

sich bemühte, eine noch tüchtigere Organisation in sich vorzunehmen, als früher. Eine große Anzahl Straßen-Plakate, theils vom Reichstage, theils vom Ober-Commando, theils vom Ausschuß der Studentenschaft, forderte das Volk auf, mit Ruhe und Besonnenheit, mit entschiedener Kraft, aber auch würdiger Mäßigung, in dieser Zeit vorwärts zu gehen. Am Abend des 7. trat außerdem der neue Gemeinderath zusammen.

8.

Der 8. Oktober, ein Sonntag, wurde von der Bevölkerung Wiens in der größten Aufregnng vollbracht. Alle Straßen waren aufs Aeußerste belebt, ein Wagenverkehr in denselben aber war nicht möglich, da überall Barrikaden standen, welche man auch fortzuräumen nicht beabsichtigte, da in jedem Augenblicke ein Angriff von Seiten des Militairs befürchtet wurde. Desto lebhafter war der Wagenverkehr vor den Thoren. Unzählige Fiaker standen auf dem Glacis bereit, die in Massen aus der Stadt flüchtenden Reichen mit ihren Habseligkeiten aufzunehmen. Mehr als 60,000 Flüchtlinge sollen sich am 8. und 9. aus Wien entfernt haben.

Alle Barrikaden waren von Arbeitern besetzt, hinter denselben lagen kleine, bewaffnete Truppen, welche sich um ein Wachtfeuer versammelten. Ein besonderer Zudrang war nach dem Leichenhof des allgemeinen Krankenhauses, wo die Leichen der am 6. Gefallenen ausgestellt waren. Die Todten lagen in zwei langen Reihen, und ihre blutigen Wunden, ihre furchtbar entstellten Gesichter machten einen grauenvollen Eindruck. Im Ganzen zählte man 93 Todte, unter ihnen

7 Legionaire und 15 National-Garden; auch 5 Weiber waren unter ihnen. Im Militair-Spitale lagen 17 Todte, unter ihnen die Generale Latour und Bredy, so wie der Obrist-Lieutenant Klein.

Die Behörden der Stadt bemühten sich besonders, alle bisher unter der Garde bestandenen Streitigkeiten zu verhindern und eine Versöhnung zu bewirken zwischen den National-Garden der Vorstädte und denen in der Stadt, so wie der akademischen Legion, denn man sah ein, daß nur bei der höchsten Einigkeit aller Garden ein Sieg, gegenüber dem Militair, so wie auch gegenüber den unzähligen Schaaren der Arbeiter, welche jetzt bewaffnet waren und von denen man Excesse befürchtete, zu ermöglichen war. Die Arbeiter benahmen sich indessen vortrefflich, sie standen hinter den Barrikaden zu deren Vertheidigung, und sprachen wohl hier und da einen wohlhabenden Vorübergehenden um eine kleine Gabe an, forderten aber nirgends dieselbe mit Gewalt.

So schien es, als wollte die Ordnung in die Stadt bald wieder zurückkehren. Der Ober-Commandant der National-Garde, Scherzer, legte am 8. sein Commando nieder, dem er sich nicht gewachsen fühlte; seine Entlassung wurde vom Reichstage verfügt, und an seine Stelle als provisorischer Ober-Commandant der Bezirkshauptmann Braun erwählt, ein Mann, der sich im Wiener Volke keiner großen Popularität rühmen konnte, der sich im Gegentheil am 6. Oktober schon in den Verdacht einer schwarzgelben Gesinnung gebracht hatte.

Mit ängstlichen Blicken schauten die Wiener auf das feste Lager des Generals Auersperg im Schwarzenbergischen Garten und auf der Höhe des Belvedere. Nächstdem aber

flößte ihnen der Banus Jellachich die größte Besorgniß ein, denn es verbreitete sich das Gerücht, daß Jellachich mit seinen Truppen dem General Auersperg zu Hülfe eilen würde.

Im Reichstage waren die Verhandlungen von keinem großen Interesse. Ein Antrag von Borrosch wurde angenommen, demzufolge sich der Reichstag vor Beendigung des Constitutions-Werkes unauflöslich und als ein untheilbares Ganze, welches alle Völker Oesterreichs vertrete, erklärte. Der Reichstag erklärte ferner, er werde fest auf constitutionell legalem Boden beharren, und forderte alle, mit oder ohne Urlaub abwesenden Deputirte auf, sich binnen längstens vierzehn Tagen zur Reichstags-Sitzung einzufinden.

Der Minister Hornbostel theilte mit, daß er ein von Sieghardskirchen vom 8. Oktober 1848 datirtes Handbillet empfangen habe, welches ihn auffordere, sich zur Contrasignirung der kaiserlichen Erlasse an den Hof zu begeben. Er sprach aus, daß er dieser Aufforderung folgen werde, indem er aus derselben mit Freuden ersehe, daß der Kaiser den constitutionellen Weg ferner nicht zu verlassen beabsichtige. Auch die Sitzung vom 9. Oktober war keine besonders wichtige; es erhielt an diesem Tage der Reichstag die bestimmte Meldung, daß der Banus Jellachich in Bruck mit einer Armee von etwa 30 bis 50,000 Mann eingerückt sei, und beschloß deshalb, den Abgeordneten Prato in das Lager des Banus zu senden, um ihm jeden Weitermarsch zu untersagen. Zu gleicher Zeit wurde ein Courier an den Kaiser geschickt, um für den Banus den Befehl, sich sogleich zurückzuziehen, zu erwirken.

7.

Die Nacht vom 9. zum 10. Oktober war in Folge der Gerüchte, welche über Jellachich in der Stadt cursirten, eine höchst aufgeregte und unruhige. In allen Straßen bildeten sich Gruppen von Bewaffneten, hinter den Barrikaden lagerten um die Wachtfeuer bewaffnete Arbeiter und Legionaire, die Wälle und Bastionen der Stadt waren besetzt, theils von National-Garden, theils von Arbeitern und Legionairen. Die Kanonen, welche die Zugänge der Thore bestrichen, waren von der Bürger-Artillerie geladen, und neben ihnen standen die Kanoniere mit brennenden Lunten, in jedem Augenblicke zum Kampfe bereit. Der Reichstag, der Gemeinderath, das Central-Comité aller demokratischen Vereine, das Ober-Commando der National-Garde und das der Legion blieben in Permanenz, um, sobald der Kampf ausbreche, den man in jeder Stunde erwartete, die nöthigen Schritte thun zu können; aber es erfolgte kein Angriff, und gegen Morgen zogen sich daher die Bewaffneten wieder etwas zurück, um auszuruhen von den Strapazen der Nacht.

Während des ganzen 10. Oktobers war es die Hauptaufgabe aller Behörden, die Bewaffnung des Volkes zu regeln und so dasselbe zu einem Widerstande gegen die Militairmacht geeignet zu machen. Die Stadt wurde überall befestigt und nahm bald vollständig den Charakter einer belagerten Festung an. Gegen 10 Uhr besetzte die akademische Legion die Bastionen und wurde darin von der National-Garde unterstützt, so daß gegen Mitternacht die Bewachung der Thore und die Verschanzungen der inneren Stadt ganz vollständig ins Werk gesetzt waren. Die Aufstellung der Kanonen wurde zweck-

mäßig von der Bürger=Artillerie und von den verschiedenen übergetretenen Soldaten bewerkstelligt; die Stadt wurde dadurch gegen etwaige plötzliche Angriffe vollkommen sicher gestellt.

Der Reichstag blieb während dieses Tages in einer fortwährenden Correspondenz mit dem General von Auersperg, an den Deputationen über Deputationen geschickt wurden. Auersperg versicherte, daß er, obgleich er dem Wunsche des Reichstages nicht nachkommen könne, seine Truppen in den Kasernen wieder einzuquartieren, weil die Aufregung gegen das Militair in der Stadt zu groß sei, doch in keiner Weise Feindseligkeiten gegen Wien beabsichtige; mit dem Banus Jellachich stehe er in keiner Verbindung.

Während Auersperg indessen dies dem Reichstage versicherte, hatte er mit dem Banus selbst unmittelbar nachher eine Unterredung, um sich mit ihm über die Vertheidigungsmaßregeln zu besprechen, welche zu ergreifen wären, wenn, wie zu vermuthen stand, ein ungarisches Heer den Banus verfolgen und angreifen würde. Es war vorauszusehen, daß ein solches Heer, wenigstens an Kavallerie, den vor Wien befindlichen Truppen weit überlegen sein würde, und ein Ausfall der Wiener konnte daher einen etwaigen Kampf für die kaiserliche Armee zu einer unglücklichen Entscheidung bringen. Es wurde deshalb zwischen dem Banus und dem General Auersperg verabredet, sich nöthigenfalls auf der Straße gegen Burkersdorf in die Gebirge zurückzuziehen und dort die Defileen besetzt zu halten, während man aus Böhmen und Mähren Verstärkungen abwartete. Ein Theil der kaiserlichen Truppen, welcher aus Preßbnrg angekommen war, verschanzte sich in den Auen der Donau und bildete so mit der Armee des

Banus Jellachich und der des Grafen Auersperg eine Kette, welche Wien einschloß.

Auch an den Banus Jellachich selbst hatte der Reichstag, wie wir bereits gemeldet haben, den Deputirten Prato gesendet; derselbe kam am Nachmittage des 10. zurück und brachte die Antwort des Jellachich, in welcher dieser sagte, daß er als Staatsbürger verpflichtet sei, jeder Anarchie zu steuern; als Militair gebe der Donner der Geschütze seinem Marsche die Richtung. Sein einziges Streben sei die Aufrechthaltung der Monarchie auf der Basis der Gleichberechtigung und der Treue gegen den Monarchen.

Diese Antwort war der Aufforderung des Reichstages gegenüber eine sehr ungenügende; es war vorauszusehen, daß Jellachich ohne Weiteres die Stadt angreifen würde, wenn er sich überhaupt dazu im Stande fühlte.

Zur Beruhigung der Stadt erließ der Gemeinderath, in Uebereinstimmung mit dem Reichstage, im Laufe des Tages eine Proclamation, in welcher er mittheilte, daß allerdings der Ban von Croatien mit ungefähr 1000 Mann gänzlich erschöpfter Truppen bei Schwadorf lagere, daß sich aber mit ziemlicher Gewißheit herausstellte, der Banus werde mit seinen Croaten seinen Rückzug durch Steiermark nehmen.

Diese Proclamation war indessen eine völlig betrügerische, ein nicht zu rechtfertigendes Mittel, zu welchem der Gemeinderath gegriffen hatte, um die Stadt zu beruhigen, denn es war dem Reichstage sowohl als dem Gemeinderath sehr genau bekannt, daß die Armee des Banus viel bedeutender wäre, da zuverlässige Kundschafter diese Nachricht bereits nach Wien gebracht hatten. Der Reichstag und der Gemeinderath sorgten deshalb auch für die Befestigung der Stadt gegen

einen Angriff oder plötzlichen Ueberfall, und dehnten dieselbe gegen Abend auch auf die Vorstädte aus.

Jellachich rückte während dieser Zeit immer näher, seine Croaten besetzten die Dorfschaften bis auf eine Stunde von den Linien, und aus allen Dörfern der Umgegend, so wie aus den äußeren Vorstädten, strömten deshalb Schaaren von Flüchtlingen nach Wien, um den Mißhandlungen der croatischen Räuber zu entgehen. Diese Flüchtlinge, so wie die Arbeiter, welche noch nicht bewaffnet waren, erhielten Gewehre aus dem Militair- und Bürger-Zeughause; Alles wurde zum ernsten Kampf vorbereitet.

Auch eine Abtheilung Brünner National-Garde kam nach Wien, um dem Volke in diesem Kampfe beizustehen. Gegen 11 Uhr des Abends wurde plötzlich die ganze Stadt in Allarm gesetzt: Ein Posten auf der Bastei bemerkte, daß auf dem Thurm der Stephanskirche zwei Lichter erschienen; zwei ganz ähnliche Lichter zeigten sich im Lager beim Schwarzenbergischen Garten. Der Posten ließ sogleich beim Studenten-Ausschuß Anzeige davon machen, die Kirche und der Thurm wurden untersucht, aber man fand nichts mehr. Plötzlich hörte man einzelne Schüsse fallen und kurz darauf Pelotonfeuer. Augenblicklich wurde die ganze Stadt allarmirt, in den Vorstädten wurden die Sturmglocken geläutet und der wilde Schrei: „Zu den Waffen!“ tönte durch alle Straßen der inneren Stadt. Die Häuserglocken wurden angezogen von Arbeitern, welche durch die Straßen liefen, Wien war in einem Augenblick vollständig belebt. Neue Barrikaden wurden gebaut, die alten befestigt und besetzt, Studenten und National-Garden eilten auf die Stadtwälle, vom Stephansthurm und vom Observatorium der Sternwarte zischten Ra-

keten ins Dunkel der Nacht, um die Bewohner der äußersten Vorstädte und umliegenden Dörfer vom nahen Kampfe zu benachrichtigen. — Aber es war ein blinder Lärm; 150 steiermärkische Schützen hatten sich durch das Militair geschlagen und waren nach einem kurzen Kampfe glücklich eingetroffen.

Auch die folgenden Tage, der 11. und 12. Oktober, vergingen für das Volk von Wien in einer bedeutenden Aufregung, wenn auch ohne wesentliche Kämpfe. Der Reichstag, der Gemeinderath, das Ober-Commando der National-Garde, das Studenten-Comité und das Central-Comité aller demokratischen Vereine bemühten sich allerseits, die Ruhe in Wien aufrecht zu erhalten und das Volk zu dem Kampfe, der sicher bevorstand, zu kräftigen.

Vom Stephansthurm herab konnte man deutlich die Militairschaaren des Banus Jellachich erkennen, und von dort wurden fortwährend Nachrichten gegeben von den sich nähernden Truppenmassen. Der Reichstag stand während dieser Tage in ununterbrochenen Unterhandlungen mit dem General von Auersperg.

Am Morgen des 12. gegen 6 Uhr verließ der Graf Auersperg seine feste Stellung im Schwarzenbergischen Garten und am Belvedere. Er zog in höchster Eile ab, um nicht während des Zuges von den Wiener National-Garden angegriffen zu werden. Der Abmarsch gelang dem General auch vollkommen. Er verlegte sein Hauptquartier nach Inzersdorf und setzte seine Truppen mit denen des Banus in Verbindung, so daß die kaiserliche Armee jetzt Wien in einem Halbkreise von Simmering bis Schönbrunn umschloß, da ihre Stärke eine völlige Einschließung der Stadt nicht gestattete. Vor seinem Abmarsch erließ Auersperg ein Schreiben, in

welchem er deutlich seine feindseligen Absichten gegen Wien aussprach. Er sagte: „Ich erhalte stündliche Berichte über den bösartigen Geist der Bevölkerung," und fuhr dann fort, daß er, da das Proletariat nicht entwaffnet werden könnte, seine Stellung außerhalb der Stadt, bei Inzersdorf, einnehmen werde; noch sprach er sich indessen nicht mit Bestimmtheit darüber aus, ob er Wien anzugreifen beabsichtige.

Kaum hatte General Auersperg den Schwarzenbergischen Garten verlassen, als die Massen der Bevölkerung von Wien sich in denselben ergossen. Einige Stunden nach dem Abzuge des Generals wurde, halb mit Erde bedeckt, im Garten der Leichnam eines jungen Mannes gefunden, der im Volke das furchtbarste Entsetzen erregte. Der Leichnam war mit unzähligen Wunden bedeckt und auf das Scheußlichste verstümmelt. Ihm waren die Augen ausgestochen, die Nase, die Ohren, die Zunge abgeschnitten, und kein Theil am ganzen Körper zu sehen, der nicht geschändet gewesen wäre. —

Der Anblick dieser grausam verstümmelten Leiche erregte im Volke eine furchtbare Erbitterung. Anfangs wollte man das Schwarzenbergische Palais anzünden, Alles zertrümmern und zerstören, aber die National-Garden und Legionaire, welche gegenwärtig waren, verhinderten diesen Exceß. Es wurde schnell eine Tragbahre herbeigeschafft, auf welche der Leichnam gelegt und so in der Stadt herumgetragen wurde. Man brachte ihn erst auf die Aula und von dort nach dem Reichstage, um den Vertretern des Volkes zu zeigen, mit welchen Feinden man zu kämpfen habe. Die Wuth des Volkes wurde durch diese Prozessionen auf das Fürchterlichste erregt; Tausende schwuren, mit Thränen in den Augen, mit erhobenen Waffen, Rache für diese grauenvolle That zu nehmen; ver-

geblich bemühte sich Borrosch, das Volk zu beruhigen, es war nicht möglich! Die Leiche war so grausenhaft verstümmelt, daß der Deputirte Fürst Lubomirski beim Anblick derselben wahnsinnig wurde! —

Auch im Reichstage erregte die Nachricht von der scheußlichen Ermordung des jungen Mannes, dessen Leichnam man gefunden hatte, unter den Deputirten eine nicht geringere Entrüstung, als beim Volke; es ließ sich jedoch für den Augenblick in dieser Beziehung nichts thun. Ueberhaupt war die Sitzung des Reichstages am 12. von einer geringeren Wichtigkeit, als die früheren und späteren; interessant war nur die Nachricht, daß Dobblhof seine Entlassung genommen habe, weil seine Gesundheit zerrüttet sei, und weil die Politik des jetzigen Kabinets eine ganz andere Richtung habe, als die früher von ihm behauptete.

Am 12. Oktober wurde außerdem eine Neuwahl des Ober-Commandanten der National-Garde getroffen, welche für die Entwickelung der späteren Kämpfe in Wien von höchster Wichtigkeit sein wird. Der provisorische Ober-Commandant Braun hatte theils seine Unfähigkeit, theils seine Unpopularität in dem Maaße gezeigt, daß er nicht länger diese wichtige Stelle verwalten konnte; er hatte deshalb sein Amt niederlegen müssen, und an seiner Statt war von den Bezirks-Chefs der frühere Commandant der Bürger-Artillerie, Spitzhitl, erwählt worden. Aber auch Herr Spitzhitl stand beim Volke in dem Rufe eines eifrigen Schwarzgelben; er hatte nicht das geringste Vertrauen, und besonders stand ihm die akademische Legion feindlich gegenüber.

Schon bei der Wahl des Herrn Spitzhitl war ihm von der akademischen Legion als Mitbewerber Herr Wilhelm Mes-

senhauser an die Seite gestellt worden. Messenhauser war früher Ober-Lieutenant bei dem Regimente Deutschmeister gewesen, er hatte sich als talentvoller, kenntnißreicher Mann bewährt, hatte aber seiner demokratischen Gesinnung wegen seinen Abschied nehmen müssen, da er sich bei den demokratischen Bewegungen in Lemberg zu stark betheiligt hatte. Er war deshalb nach Wien gekommen und hatte in den demokratischen Clubs eine Rolle gespielt; er war ein energischer, muthiger und besonnener Mann, welcher die höchste Achtung bei der ganzen demokratischen Partei genoß. Trotzdem war die Wahl, weil er nicht genug bekannt gewesen war, auf Herrn Spitzhitl gefallen; dieser mußte indessen bald genug zurücktreten, weil sich im Volke gegen ihn ein zu großer Widerwillen zeigte, und so wurde denn Messenhauser an seiner Stelle zum provisorischen Ober-Commandanten der National-Garde gewählt und von der gesammten Bevölkerung mit Freude begrüßt. Nur die Platz-Offiziere der National-Garde sahen diese Ernennung nicht gern, weil sie den Messenhauserschen Einfluß zu sehr fürchteten. Diese Herren waren zum größten Theil Anhänger der Reaction, besonders die Herren du Beine und Dunder; sie hätten gern Spitzhitl als Ober-Commandanten behalten. Welches große Mißtrauen im Volke Spitzhitl indessen hatte, geht wohl am besten daraus hervor, daß er schon am Tage nach seiner Absetzung in Anklage-Zustand versetzt und mit Verhaftung bedroht wurde, weil man nicht mit Unrecht argwohnte, daß er in verrätherischer Verbindung mit den Truppen außerhalb der Stadt gestanden habe. Herr Spitzhitl sah sich hierdurch veranlaßt, aus Wien zu entfliehen und wendete sich nach Linz.

Auch die folgenden Tage gingen ohne großartige Kämpfe

hin, wenn auch fast fortwährend kleinere Scharmützel zwischen der National-Garde der Vorstädte und den herumschweifenden Truppenschwärmen des Banus gekämpft wurden. Die Stimmung in Wien in diesen Tagen blieb eine durchaus kriegerische; man rüstete sich mit jedem Tage mehr, es wurden Frei-Corps organisirt, so von Preßler von Sternau ein mobiles Frei-Corps. Ebenso eine mobile Polen-Legion aus den in Wien anwesenden Polen, ein Fremden-Frei-Corps, meist aus Italienern bestehend. Alle diese Frei-Corps schlossen sich der National-Garde an. Außerdem wurde die Artillerie mobil gemacht, um bei einem etwaigen Ausfalle bewegt werden zu können. Große Freude erregte es in Wien am 13., als man erfuhr, daß eine ungarische Deputation kommen werde, welche die Anzeige mit sich bringe, daß 40,000 Ungarn bei Bruck an der Leitha bereit stünden, augenblicklich nach Wien zu marschiren und gegen den Banus zu kämpfen. In der Reichstags-Sitzung vom 13. Oktober wurde, in Folge einer Einladung der böhmischen Deputirten, der Reichstag möge in Brünn zusammentreten, beschlossen, daß der Reichstag in Wien die einzige legale und constituirende Autorität sei. Dem Reichstage wurde ferner durch Schuselka, als Bericht des Sicherheits-Ausschusses, mitgetheilt, daß durch das bewaffnete Proletariat die Ruhe und Sicherheit der Stadt vollständig bewacht werde. Alle öffentlichen Kassen und Gebäude wurden unter den Schutz des Volkes und Reichstages gestellt. Es ging ferner die Mittheilung ein, daß Hülfstruppen aus Steiermark eingetroffen seien, und daß aus Ollmütz eine Adresse angelangt sei, welche im Namen der dortigen Volkswehr treuen Beistand auf Leben und Tod verspräche. Am Nachmittage erschien ein Brief von Jellachich an den Reichstag, datirt

aus Roth-Neusidl, wohin der Banus sein Hauptquartier verlegt hatte. Er hatte seine Vortruppen zur Beobachtung der Ungarn an die Leitha vorgeschoben und war durch das Infanterie-Regiment Cecopieri und das Grenadier-Bataillon Ferrari verstärkt worden.

Der Banus versicherte in diesem Brief, daß er es als seine heiligste Pflicht ansehe, die freien Institutionen des Vaterlandes nicht allein nicht anzutasten, sondern mit allen seinen Kräften zu schützen, aber auch die Anarchie zu bekämpfen. Er fügte hinzu, daß bei einem etwaigen Ueberschreiten der österreichischen Grenze durch die magyarischen Truppen die Gegend um Wien in einen Kampfsplatz verwandelt und Wien selbst den Schrecken des Krieges preisgegeben werden würde. Die permanente Commission des Reichstages antwortete dem Banus, daß in Wien weder Anarchie noch rohe Gewalt herrsche, sondern der Reichstag sei im Verein mit dem Ministerium bemüht, in Abwesenheit des Kaisers die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten, und werde hierin durch die vortreffliche Haltung des Volkes unterstützt. Allerdings sei das Volk unter Waffen, es sei indessen hierzu durch zwei Armeen vor den Thoren Wiens gezwungen, welche die deutlichsten Zeichen von Feindseligkeit durch die Entwaffnung der National-Garde in den umliegenden Ortschaften gegeben haben. Das einzige Mittel zur Vermeidung eines blutigen Conflikts und zur Beruhigung Wiens sei der Abzug des Banus mit seinen Truppen. Zugleich erließ der Reichstag wieder eine Adresse an den Kaiser, in welcher er diesen, zur Vermittelung aller Conflikte, um Ausschreibung eines internationalen Völker-Congresses des österreichischen Gesammt-Vaterlandes bat. Ein solcher Friedens-Congreß, aus Ungarn

und dem lombardisch-venetianischen Königreiche beschickt, werde am besten alle Streitigkeiten vermitteln. Eine Commission von fünf Mitgliedern, Hagenauer, Wierzchljski, Fischer, Turco, Herzig, bestehend, sollte diese Adresse überbringen. Außerdem war von Löhner eine telegraphische Depesche angelangt, welche in der Abend-Sitzung mitgetheilt wurde. Sie meldete, daß Jellachich und Auersperg sich nur vertheidigen würden, Wessenberg sei in Ollmütz angelangt, Windischgrätz lasse alle sechs Stunden ein Bataillon marschiren.

In der Reichstags-Sitzung am 14. Oktober berichtete der Abgeordnete Peitler über den Erfolg der an den Kaiser gesendeten Reichstags-Deputation. Die Deputation hatte in Erfahrung gebracht, daß der Kaiser am 12. Oktober in Selowitz, drei Stunden südlich von Brünn, übernachten werde; sie begab sich dahin. Erst spät am Abend traf der Kaiser mit der Kaiserin und dem Erzherzog Franz Karl, der Erzherzogin Sophie und ihren vier Prinzen unter Militair-Begleitung in Selowitz ein. Die Deputation wurde eingeladen, ins Audienz-Zimmer zu treten, in welchem sie die kaiserliche Familie fand. Der Abgeordnete Schmidt hielt eine kurze Ansprache und überreichte dann die Adresse, welche der Kaiser mit einem flüchtigen Blick darauf an Lobkowitz übergab und dann eine ungenügende Antwort von einem Stück Papier ablas; die Deputation wurde darauf kurz abgefertigt, die kaiserliche Familie zog sich zurück; Fürst Lobkowitz gab indessen den Deputirten die mündliche Zusicherung, daß die Truppen nicht angriffsweise gegen Wien verfahren würden. Am 13. übergab die Deputation dem Fürsten Lobkowitz noch eine schriftliche Eingabe an den Kaiser, erhielt darauf aber keine schriftliche Antwort, nur mündlich sagte ihnen der Fürst Lobkowitz, er könne gegen-

wärtig noch nicht beurtheilen, welche Stellung die kaiserlichen Truppen gegenüber Wien einzunehmen hätten. Der Kaiser setzte dann seine Reise von Selowitz weiter fort.

Dem Reichstage wurde ferner ein Schreiben der beiden Generäle Jellachich und Graf Auersperg mitgetheilt, in welchem diese noch einmal auf die Nothwendigkeit hinwiesen, daß die Ungarn die Grenze Oesterreichs nicht überschreiten dürften, weil bei dem Vorrücken derselben eine Schlacht unvermeidlich sei. Der Reichstag theilte hiergegen dem Banus Jellachich den Erfolg der Deputation und das kaiserliche Versprechen mit, daß die Armeen nicht angriffsweise verfahren würden, und protestirte gegen die Besetzung der zum Bezirke der Hauptstadt gehörigen Ortschaften, als thatsächlich feindselige Maßregel; gegen das Vorrücken der Ungarn könne der Reichstag nichts thun.

Der Ober-Commandant der National-Garde, Messenhauser, benutzte den 14. Oktober, um die National-Garde für den Fall eines Kampfes vollständig zu organisiren. Er theilte die Stadt in Bezirke ein und übergab dieselben bestimmten Ober-Commandanten, er erließ eine große Anzahl von Proclamationen, theils zur Beruhigung des Volkes, theils zur weiteren Organisation der National-Garde. So theilte er unter Anderem auch die Personen und Leiter des Hauptquartiers mit. Zu Stellvertretern des Ober-Commandanten waren die Herren Schaumburg, Thurn und Aigner, Letzterer Commandant der akademischen Legion, ernannt; außerdem befanden sich beim Generalstabe und der Adjutantur die Herren Schneider, Fenner von Fenneberg, Abgeordneter Oberst Jellowicki, Hauptmann du Beine; außer diesen hatte Messenhauser noch einen tüchtigen General für die Verthei digung Wien

gewonnen, es war dies der General Bem, der sich schon früher, besonders bei der polnischen Revolution im Jahre 1830, als Befehlshaber der gesammten polnischen Artillerie ausgezeichnet hatte. Bem war als talentvoller General und tapferer, strenger Soldat bekannt, und flößte daher dem Volke ein neues Vertrauen zum Ober-Commando der National-Garde ein.

8.

Der neu erwählte Ober-Commandant der National-Garde, Messenhauser, erwies schon von seinem ersten Amts-Antritt an den größten Eifer, eine durchgreifende Thätigkeit; wir haben bereits auf den letzten Seiten davon Erwähnung gethan. Messenhausers Grundsatz war die höchste Oeffentlichkeit, er verkündigte deshalb alle seine Maßregeln durch Straßen-Plakate, und die Wiener konnten die Geschichte des vergangenen Tages allmorgentlich an den Straßen-Ecken lesen. Messenhauser überschwemmte förmlich die Ecken mit Plakaten, trug aber dadurch sehr viel zur Beruhigung der Wiener und zur Entkräftung dunkler, verworrener Gerüchte bei.

So erließ Messenhauser am 15. eine Proclamation, in welcher er gegen das Gerücht auftrat, daß vom Stephansthurm aus verrätherische Zeichen mit den Feinden gewechselt würden. Messenhauser hatte selbst dort unter der Leitung eines Akademikers ein Observatorium gegründet, und es war daher unmöglich, daß eine Verrätherei stattfinden konnte.

Am 15. war von diesem Observatorium aus das Nahen starker Truppenmassen im Westen und Norden der Stadt bemerkt worden. Im Gefechte konnte Messenhauser zuvörderst seine Thätigkeit noch nicht zeigen, denn es fanden nur kleine

Scharmützel an den Linien mit den Vorposten der kaiserlichen Truppen statt. So unter anderen ein Plänklergefecht, am Abend des 15. gegen 6 Uhr, an der Favoritenlinie und der Gloggnitzer Bahn. Natürlich konnte Messenhauser bei diesen kleinen Gefechten nicht selbst kommandiren, weil er das Große und Ganze im Auge haben mußte.

Am 15. Oktober erließ der Commandant einen langen Brief an den Banus Jellachich, in welchem er diesem seine Ernennung anzeigte und zu gleicher Zeit um die Mittheilung ersuchte, ob der Banus Willens sei, seine Truppen aus der Umgegend Wiens zurückzuziehen und jeden Akt der Feindseligkeit gegen die Wiener zu unterlassen.

Der Ban fand sich nicht veranlaßt, darauf eine schriftliche Antwort zu geben, er antwortete nur mündlich dem Parlamentair, Commandanten der akademischen Legion, Herrn Aigner, daß er sich in keine Erörterungen der langen Note einlassen könne, welche sogar drohende Stellen enthalte. Wäre es die Absicht Messenhausers, Ruhe und Ordnung in der Residenz herzustellen, so würde ihn der Banus unterstützen, und wenn er ihn in einer nur zehn Zeilen langen Note dazu aufgefordert habe.

Eben so wenig Erfolg hatte eine andere Zuschrift, welche Messenhauser an den General Grafen von Auersperg erließ.

Messenhauser machte es jetzt besonders zu seiner Aufgabe, auf das Kräftigste zusammenzuwirken mit dem General Bem, dessen tüchtige strategische Kenntnisse er aufs Höchste zu schätzen wußte.

Bem erhielt das Commando sämmtlicher Linien und Außenwälle, also aller derjenigen Punkte, bei denen ein Kampf

am ersten vorauszusehen war, bei denen es daher auch auf einen tüchtigen General am meisten ankam.

General Bem war auf das Unermüdlichste thätig; Tag und Nacht eilte er, meist zu Pferde, durch die Straßen, um überall zu inspiciren, daß keine Nachlässigkeiten vorkämen; er wurde hierzu um so mehr veranlaßt, als die Nachricht in Wien einlief, daß Fürst von Windischgrätz die Nordbahn bei Lundenburg militairisch besetzt und den Oberbefehl über die Truppen übernommen habe, als man erfuhr, daß Windischgrätz mit neuen Truppen sich Wien nähere.

Messenhauser sah sich dadurch veranlaßt, ein Lager von mobilen Truppen vor der Stadt zu begründen, und zwar im Schwarzenbergischen Garten und im Belvedere. Er theilte dies selbst am 16. dem Gemeinderath mit und glaubte um so mehr dazu veranlaßt zu sein, als auch die Ungarn die österreichische Grenze überschritten hatten, und eine Schlacht unter den Mauern Wiens daher voraussichtlich war. Die Wiener mußten gerüstet sein, um, falls vor ihren Thoren eine Schlacht zwischen Croaten und Ungarn geschlagen würde, den Ungarn zu Hülfe kommen zu können.

Der Gemeinderath nahm die Mittheilung Messenhausers außerordentlich günstig auf. General Bem erhielt den Oberbefehl über dies Lager; er nahm sein Hauptquartier im Belvedere, während Messenhauser selbst am 17. ein Hauptquartier im Schwarzenbergischen Palais bezog. Das Lager sollte etwa aus 15,000 Mann bestehen und während des Kampfes zwischen den Ungarn und Jellachichs Truppen als Observations-Corps dienen.

Es wurde außerdem jetzt tüchtig an der Befestigung aller Barrikaden in den Vorstädten und an den Thoren gearbeitet,

während die Barrikaden im Innern der Stadt fortgerissen wurden, damit daselbst eine freie Communication bestehen könne.

Im Reichstage waren während der drei Tage (15., 16., 17.) nicht uninteressante Sitzungen. Die Frage, ob die Ungarn den Wienern zu Hülfe eilen würden, beschäftigte natürlicher Weise auch die Reichstags-Mitglieder viel, aber sie konnten sich nicht entschließen, selbst die Ungarn zu rufen. Der Wiener Reichstag verfiel in jener Zeit der Aufregung, der Revolution, in denselben Fehler der Halbheit, des Festhaltens an dem sogenannten gesetzlichen Boden, wie die Berliner National-Versammlung im November, und machte eben dadurch auch das Gelingen der Revolution in Wien unmöglich.

Am 17. wurde dem Reichstage eine Monstre-Petition gebracht, um die Berufung des Landsturmes. Eine Adresse zu diesem Zweck war ausgearbeitet worden von dem im Gasthof „Zur Ente" tagenden Central-Ausschuß aller demokratischen Vereine in Wien. Der Wiener Frauen-Verein hatte diese Adresse zu seiner eigenen gemacht und sich in einer großen Prozession von mehreren Hundert Frauen und Mädchen zum Reichstag begeben, um ihm die Adresse zu überreichen. Die Präsidentin des Vereins, Frau Karoline Perin, geborne Pasquallati, führte den Zug an, welcher leider, aber natürlicher Weise, einen fast lächerlichen Eindruck machte, und gewiß nicht das geeignete Mittel war, um die Reichstags-Abgeordneten zu einem energischen Schritte zu bewegen. Am 17. wurde außerdem dem Reichstage eine Adresse der Frankfurter Linken an den Wiener Reichstag mitgetheilt. Am 13. Oktober war im Frankfurter Parlament der dringliche Antrag gestellt worden: „Der constituirende Reichstag und die helden-

müthige demokratische Bevölkerung Wiens haben sich um das Vaterland verdient gemacht." Die Majorität hatte die Dringlichkeit des Antrages, und damit den Antrag selbst, verworfen, die Linke sich aber mit diesem Beschluß nicht begnügt, sondern vier ihrer Mitglieder, Robert Blum, Julius Fröbel, Moritz Hartmann und Albert Trampusch, nach Wien gesendet mit einer Adresse an das heldenmüthige Volk von Wien, um diesem ihre Sympathieen auszusprechen. Diese Frankfurter Deputation war in Wien angekommen und hatte die Adresse übergeben. Außerdem theilte am 17. Oktober Löhner das Resultat der letzten Deputation an den Kaiser mit. Der Kaiser hatte aber mittlerweile seine Gesinnungen schon auf andere Weise dokumentirt, indem er am 16. eine Proclamation: „An Meine Völker", erlassen hatte, welche von Wessenberg contrasignirt war. Er sprach sich in derselben mit tiefer Entrüstung über den Aufruhr in Wien aus und über das Treiben der jetzt dort herrschenden Partei. Seit seiner Thronbesteigung sei es die Lebensaufgabe des Kaisers gewesen, für das Wohl seiner Völker zu sorgen, aber es sei jetzt seine Pflicht, nicht länger den Zustand schrankenloser Gewaltherrschaft zu dulden. Er übertrage deshalb dem Fürsten von Windischgrätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen im ganzen Reich der österreichischen Staaten und gebe dem Fürsten die entsprechenden Vollmachten, um nach eigenem Ermessen den Frieden wieder herzustellen. Zu gleicher Zeit hatte der Kaiser ein Schreiben an den Fürsten von Windischgrätz erlassen, in welchem er diesem seine Ernennung ankündigte und zugleich sagte, der Fürst möge die Anarchie in Wien bekämpfen, welche den Reichstag wegen Mangel an Sicherheit verhindere, seine hohe Aufgabe zu lösen.

Daß diese Proclamation in Wien mit großer Entrüstung aufgenommen wurde, versteht sich wohl von selbst; Jedermann wußte ja, daß der Reichstag in keiner Weise gehindert sei, seine Pflichten zu erfüllen.

9.

Der 18. Oktober begann wieder mit einem kleinen Scharmützel, einem Gefecht zwischen einer Streifpatrouille und der kaiserlichen Artillerie, welches indessen, wie alle diese kleinen Gefechte, ohne Entscheidung blieb. Die kaiserlichen Truppen hatten Wien jetzt zum größten Theil umschlossen. Jellachich hatte mit dem äußersten rechten Flügel seiner Truppen die Lobau, mit dem äußersten linken Flügel Hennersdorf besetzt; seine Armee bildete somit einen weiten Bogen. Auersperg stand von Inzersdorf bis Döbeling; die umliegenden Ortschaften waren sämmtlich entwaffnet. Windischgrätz war ebenfalls Wien bis auf wenige Meilen nahe gekommen und zog noch fortwährend neue Truppenmassen an sich. Die Armee vor den Thoren war jetzt wahrhaft furchtbar geworden, und nur mit Hülfe der Ungarn konnten die Wiener hoffen, dieselbe zu besiegen. Auf die Ungarn hoffte man daher auch allgemein; um so erschütternder mußte auf das Wiener Volk die Nachricht wirken, welche am 18. Messenhauser sich veranlaßt fühlte, durch ein Straßen-Plakat bekannt zu machen, daß nämlich der ungarische Reichstag beschlossen habe, die ungarische Armee unter Czianyi und Moga, welche bereits die österreichische Grenze überschritten hatte, nur dann vorrücken zu lassen, wenn sie von den legalen Wiener Behörden dazu aufgefordert würde. Bei der Unentschlossenheit des Reichstages war sehr

zu fürchten, daß eine solche Aufforderung an die ungarische Armee nicht zu Stande kommen würde.

Um indessen die Bevölkerung wieder etwas zu ermuthigen, ließ Messenhauser am 18. eine Parade der mobilen Truppen, welche noch fortwährend neu angeworben wurden, vornehmen, und die mobilen Garden bei derselben beeidigen. Es wurde außerdem ein Kriegsgericht für dieselben festgesetzt.

Die Deputirten der Frankfurter Linken betheiligten sich jetzt mehr und mehr bei der Wiener Bewegung; sie waren zu Ehren-Mitgliedern der Legion ernannt und ihnen Ehren-Säbel geschenkt worden. Blum hielt in der Aula eine begeisterte Rede; die Deputation erließ an das Wiener Volk eine Proclamation, in welcher sie aussprach, daß die Frankfurter Linke, wie ganz Europa, dem heldenmüthigen Wiener Volke seine Bewunderung zolle. Außerdem erregte ein anderes Plakat, durch den Hofsecretair Varga an die Ecken geschlagen, großes Aufsehen. Es theilte mit, daß allerdings das ungarische Repräsentantenhaus den Beschluß gefaßt habe, daß die Truppen vorläufig die Grenze nicht überschreiten sollten, es sei dies aber nur geschehen, weil sich in der ungarischen Armee selbst in Folge reactionairer Umtriebe eine Desorganisation eingestellt hatte; dieselbe sei jetzt beseitigt und Kossuth werde daher sicherlich mit der Armee dem heldenmüthigen Wien zu Hülfe kommen.

Im Reichstage theilte Schuselka den Erfolg der letzten Deputation an den Kaiser mit, welche in Ollmütz vom Kaiser nach langem Zögern empfangen worden sei und nur eine nichtssagende Antwort erhalten habe. Der Reichstag schleppte seine Zeit mit langwierigen Debatten über eine Proclamation an das Volk, mit welcher er nicht zu Stande kam, hin. Im

Gemeinderath wurde eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher der Gemeinderath den Aufstand in Wien der drohenden Gefahr und den offen feindseligen Maßregeln des Grafen Auersperg zuschrieb. Der Gemeinderath bat deshalb um Entfernung des Banus von Croatien, allgemeine Amnestie und baldige Bildung eines volksthümlichen Ministeriums.

Auch der 19. Oktober brachte keine Veränderung in der Lage Wiens, die Truppen zogen sich um die Stadt immer enger und dichter zusammen. Windischgrätz war bereits bis Lundenburg vorgerückt, und die Vorposten des Banus und des Grafen Auersperg waren an der Nordostseite der Stadt fast bis unter die Wälle vorgeschoben. Messenhauser sah sich deshalb veranlaßt, an den Vorposten-Commandanten von Florisdorf einen Beschwerde-Brief zu erlassen. Der Commandant kehrte sich aber an denselben natürlicher Weise gar nicht, sondern fertigte den Parlamentair nur mit einem höhnischen Lächeln und den Worten: „Es ist gut!" ab.

Es wäre jetzt die Aufgabe der Wiener National-Garde, welche vollständig gerüstet war, gewesen, von sich aus den Kampf zu beginnen und nicht abzuwarten, bis die vor der Stadt lagernden Truppen sich mit denen des Fürsten Windischgrätz vollständig verbunden hatten. Hierzu fehlte indeß theils den Offizieren die Energie, theils warteten dieselben immer noch darauf, daß der Reichstag die Ungarn zu Hülfe riefe; außerdem war auch unter den National-Garden selbst, durch das lange Zögern, eine Spaltung eingerissen. Der Name Fenner von Fenneberg galt bei den mobilen Truppen mehr als selbst der Messenhausers, und Fenner von Fenneberg, als Mitglied des demokratischen Central-Ausschusses, wurde von dieser Partei gewissermaßen als Commandant von

Wien betrachtet, wenn Messenhauser auch dem Namen nach das Ober-Commando hatte.

So kam es, daß oft sich widersprechende Befehle von Messenhauser und von Fenner von Fenneberg erlassen wurden. Der Wiener Bürger war durch die lange Anspannung ermattet; außerdem zeigte sich in der Stadt schon ein Mangel an Proviant, welcher ebenfalls, so wie die ungünstigen, über das Heer der Ungarn einlaufenden Nachrichten, viel zur Abspannung beitrug. Besonders wirkte dazu aber auch das immer wildere Vorwärtsschreiten der demokratischen Vereine, welche sich der Leitung aller Angelegenheiten durch ihre weit verbreiteten Verbindungen, durch ihren Einfluß auf das Ober-Commando, auf den Reichstag und Gemeinderath vollständig bemächtigt hatten. An der Spitze des demokratischen Central-Ausschusses stand Dr. Becher, Dr. Jellinek, Dr. Chaises, Eckart, Hauk und Gritzner, auch Robert Blum und Fröbel waren Mitglieder desselben geworden. Das Streben des Ausschusses war, eine Monstre-Petition an die Ungarn um Zuzug zu erlassen, und außerdem für den Gemeinderath und den Reichstag, ihres Zögerns, ihrer Unentschlossenheit wegen, ein Mißtrauens-Votum zu veranlassen. Mit allen solchen Vorschlägen aber wurde die Bürgerschaft, welche sich jetzt der Revolution annahm und als National-Garde unter den Waffen stand, immer mehr und mehr von der Betheiligung zurückgeschreckt, und es kam daher, daß dieselbe, weil sie nicht mehr für die extremen Pläne der Demokratie zu kämpfen beabsichtigte, weil sie den Sieg dieser mehr, als den der kaiserlichen Truppen fürchtete, sich mehr und mehr zurückzog.

Bemerkenswerth in der Geschichte des 19. Oktober sind zwei Proclamationen. Die eine wurde erlassen von dem Kaiser

und contrasignirt von Wessenberg (Hornbostl war vom Kaiser berufen, um die kaiserlichen Manifeste zu contrasigniren; dessen ungeachtet wurde Wessenberg zu diesem Geschäfte verwendet, der deutlichste Beweis, daß der Kaiser in keiner Weise beabsichtigte, den Wünschen des Wiener Volkes nachzukommen). Der Kaiser sprach in dieser Proclamation seinen Willen aus, vorläufig in Ollmütz seine Residenz zu nehmen und zur Aufrechterhaltung der Würde des Thrones, so wie der Herstellung der gesetzlichen Ordnung, den Aufstand in Wien militairisch zu bekämpfen. Er versprach zu gleicher Zeit, alle dem Volke gewährten Rechte, so wie die Beschlüsse des Reichstages, besonders die über die Entlastung und Gleichstellung des Grundbesitzes, aufrecht zu erhalten.

Eine zweite Proclamation ging von den Commissairen des Frankfurter Parlaments, Welker und Mosle, aus, und war von Passau her datirt. Der Gemeinderath hatte zwei Abgeordnete nach Frankfurt gesendet, um eine Vermittelung durch das Frankfurter Parlament und den Erzherzog Johann anzubahnen. Beide Abgeordnete gehörten jedoch der schwarzgelben Partei an und hatten daher den Aufstand in Wien mit den schwärzesten Farben geschildert. In Folge dessen erließen die zwei Reichs-Commissaire eine Proclamation im Namen des deutschen Reichs-Verwesers, in welcher sie aussprachen, daß ihre Sendung eine Mission des Friedens und der Versöhnung sei, und das Volk ermahnten, den Kampf der Waffen mit der friedlichen Unterhandlung zu vertauschen. Daß eine solche Proclamation auf das von Truppen umgebene, unter Waffen stehende Wien keine Wirkung haben konnte, versteht sich wohl von selbst. Die Sitzung des Reichstages und Gemeinderaths am 19. war ohne größeres Interesse.

10.

In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober hatte Jellachich sein Hauptquartier von Roth-Neusidl nach Zwölf-Aringen verlegt und seine Vorposten bis gegen Fischament vorgeschoben. Fürst Windischgrätz hatte sich auf dem Marchfelde concentrirt; es zeigte sich hieraus deutlich genug, daß Jellachichs Armee-Corps bestimmt war, den Ungarn die Stirn zu bieten, während Windischgrätz, in Verbindung mit Auersperg, die Absicht hatte, den Kampf mit den Wienern aufzunehmen.

Messenhauser ließ auch während des 20. in Wien tüchtig rüsten, aber er ging dabei nicht mit der gehörigen Umsicht zu Werke. Die Munitions-Vertheilung wurde nicht genügend beaufsichtigt; fast Jeder, der irgend Pulver haben wollte, bekam dergleichen von dem Artillerie-Direktor, und so wurde viel Munition von Schwarzgelben, welche diesen Leichtsinn benutzten, bei Seite geschafft, und fehlte späterhin den Kämpfern in Wien.

Fürst Windischgrätz erließ am 20. Oktober eine Proclamation an die Bewohner Wiens, in welcher er den Belagerungs-Zustand über die Stadt, die Vorstädte und Umgebungen Wiens aussprach, weil in Wien das Leben und Eigenthum in den Händen einer Hand voll Verbrecher, einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschreckenden Fraction sei. Diese Proclamation übersendete Fürst Windischgrätz dem Gemeinderath, mit dem Auftrage, sie anheften zu lassen. Der Gemeinderath als solcher erfüllte allerdings den Auftrag nicht, aber ein Verräther in seiner Mitte, oder ein Windischgrätzischer Spion, besorgte den Anschlag, und so kam die Proclamation in der That an alle Straßen-Ecken Wiens.

Auch Messenhauser schrieb seiner Gewohnheit nach fleißig Plakate; er ließ an den Fürsten Windischgrätz eine Adresse abgehen, in welcher er diesen ermahnte, nicht durch Feindseligkeiten die Unterhandlungen mit dem Kaiser zu stören; daß diese Adresse so erfolglos war, wie alle früheren an die Generäle, versteht sich wohl von selbst. Zugleich erließ Messenhauser, in Verbindung mit den National-Garden der Städte Brünn, Linz und Gräz, eine Adresse an den Kaiser, welche durch eine Deputation, an deren Spitze Haugh, der Chef des Generalstabes, stand, dem Kaiser übergeben werden sollte, und welche die bekannten Forderungen des Wiener Volkes enthielt. Eine ähnliche Adresse war vom Gemeinderath der Stadt Wien an den Kaiser erlassen worden, aber nach einer Mittheilung, welche Wessenberg dem Gemeinderath am 20. machte, war die Deputation, ohne eine Audienz zu erhalten, mit einem schriftlichen Bescheide zurückgeschickt, in welchem der Kaiser sagte, daß alle Bitten der Wiener Bevölkerung, alle Anträge und Vorschläge zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung fernerhin an den Fürsten Windischgrätz zu richten seien.

Messenhauser veröffentlichte am 20., außer einer Unzahl auf die Organisation der National-Garde bezüglichen Plakate, auch eine Adresse, welche ihm eingelaufen war von Dionis Pázmándy, dem Präsidenten der ungarischen National-Garde, Moga, dem Befehlshaber der ungarischen Armee, und den ungarischen Landes-Commissairen, Lad. Czány, Luzsensky Pal und S. Bonis, in welcher die Ungarn abermals versprachen, durch Vertreibung der feindlichen Jellachich'schen Armeen aus Oesterreich der Freiheit des verbrüderten österreichischen Volkes, der Dynastie und der gesammten Monarchie ihre Dienste zu leisten. Die Adresse schloß mit den Worten: „Das ungarische

Heer ist bereit, für die Sache des Volkes mit seinem Blute zu kämpfen und zu sterben; Wiener, vertraut auf uns! Gott verläßt unsere Sache nicht!" Diese Proclamation machte in Wien einen günstigen Eindruck, aber dennoch stellte sie das Vertrauen auf die Ungarn nicht wieder her, denn der Rückzug nach Parendorf hatte das Vertrauen zum ungarischen Heere zu sehr erschüttert.

Der Reichstag erließ am 20. eine Proclamation an die Völker Oesterreichs, in welcher er die Verhältnisse der Monarchie auseinander setzte und lobende Worte aussprach über die Haltung des Wiener Volkes. Er erklärte zuerst das Widerrechtliche des Einrückens croatischer Heere auf den constitutionellen Boden Oesterreichs und erkannte die Nothwendigkeit an, daß sich dieser Thatsache gegenüber das Wiener Volk in Vertheidigungs-Zustand gesetzt habe. Er sprach es aus, daß es seine heilige Pflicht sei, sowohl der Reaction als der Anarchie entgegen zu wirken; aber gerade deshalb müsse Wien gerettet, müsse es in seiner Kraft, Fülle und Freiheit erhalten werden. Er rief die Völker Oesterreichs auf, Wien beizustehen, den Kaiser zu beschwören, daß er durch Einsetzung eines volksthümlichen neuen Ministeriums, durch Zurückziehung der Heere aus Niederösterreich, durch Beeidigung des Militairs auf die freien Volksrechte, der Stadt Wien und dem Reiche den Frieden gebe, damit im Segen des Friedens das neue Heil des Vaterlandes gedeihe.

Am 21. Oktober blieb die Stellung der Truppen vor Wien dieselbe; überhaupt war dieser Tag ärmer an Ereignissen, wie irgend ein früherer. Nicht einmal ein Vorposten-Gefecht kam vor, während dergleichen sich doch sonst fast täglich ereigneten. Es hatten bisher fortwährend kleine Plänkeleien

bei den Vorposten stattgefunden, bei denen, ohne irgend ein Resultat zu erreichen, viel Pulver verschwendet worden war.

Auch im Sicherheits-Ausschuß und im Reichstage waren die Sitzungen weniger interessant und folgenreich; zu bemerken ist nur ein Schreiben der Frankfurter Reichs-Commissaire an das Präsidium des Reichstages zu Wien, in welchem sie mittheilten, daß sie den Entschluß gefaßt hätten, sich direkt zum Kaiser nach Ollmütz zu begeben, und daß sie hofften, recht bald als Boten des Friedens und der Versöhnung nach Wien zu kommen; sie baten, bis dahin jedes Zusammentreffen mit den Waffen zu vermeiden.

Auch Messenhauser erließ am 21. etwas weniger Plakate, als gewöhnlich, weil er in der That nichts Wichtiges zu melden hatte.

11.

Fast drei Wochen waren vergangen, seit am 6. Oktober die Schlacht in den Straßen Wiens geschlagen worden war, aber viel hatte sich seit jener Zeit geändert. Der Enthusiasmus des Wiener Volkes hatte wesentlich nachgelassen, von den National-Garden hatten sich viele zurückgezogen und die Partei der Schwarzgelben war bedeutend gewachsen, gerade dadurch, daß die Bewegung eine zu stürmische, eine zu entschieden demokratische geworden war. Wien war allerdings zum Kampfe gerüstet worden, aber an der Spitze der National-Garde standen, mit Ausnahme des General Bem, nur wenige Offiziere, welche fähig waren, der gewaltigen Uebermacht gegenüber einen Kampf aufzunehmen. Manche der National-Garden-Befehlshaber waren sogar rein schwarzgelb,

und auf sie im Falle eines Kampfes mit den kaiserlichen Truppen daher wenig zu rechnen.

Messenhauser, welcher das Ganze zu leiten hatte, war allerdings seiner Gesinnung nach ein trefflicher Mann des Volkes, aber die Fähigkeit, eine solche Aufgabe zu übernehmen, wie die ihm aufgetragene, ging ihm ebenfalls ab. Er war nicht energisch genug, wenn er auch den persönlichen Muth im höchsten Grade besaß.

Vor den Thoren Wiens hatte sich nach und nach langsam eine Armee von 96,000 Mann zusammengezogen und die Cernirung der Stadt vollendet; alle Ortschaften zwei Meilen im Umkreise waren entwaffnet, die Postverbindung überall unterbrochen; den Wienern durfte kein Proviant mehr zugeführt werden, und es stand sogar die schrecklichste Plage einer belagerten Stadt, der Hunger, in Aussicht.

So hatten sich denn die Verhältnisse für die Stadt trübe gestellt und an einen Frieden war wohl kaum mehr zu denken, seitdem Fürst Windischgrätz in der bekannten Proclamation den Belagerungs-Zustand über die Stadt ausgesprochen hatte, seitdem diese Proclamation durch seine Agenten an die Straßen-Ecken Wiens geschlagen worden war.

Im Reichstage theilte Schuselka die Proclamation des Fürsten Windischgrätz mit, und einstimmig wurde vom Reichstage beschlossen, daß die Verhängung des Belagerungs-Zustandes eine ungesetzliche Maßregel sei, und daß der Minister Wessenberg nnd Windischgrätz sogleich von diesem Beschluß in Kenntniß zu setzen seien.

Auch der Gemeinderath sprach sich in einer Antwort an den Fürsten Windischgrätz in ähnlicher Weise aus und ließ diese Antwort an die Straßen-Ecken schlagen. Ebenso wurde

ein Plakat von Messenhäuser gegen die Erklärung des Belagerungs-Zustandes veröffentlicht, in welchem dieser versprach, daß fortan jedes Zaudern, jede Halbheit, welche offenes Verderben wäre, fortfallen solle.

Mit jedem Tage wurde die Lage Wiens drückender, mit jedem Tage wurde sie gefährlicher. Es zeigte sich schon jetzt ein bedeutender Fleischmangel; an Mehl war Ueberfluß, aber Fleisch und Milch fehlten, und dies wirkte besonders dahin, daß die wohlhabenden Bürger, welche sich bisher an der Bewegung bedeutend betheiligt hatten, sich mehr und mehr zurückzogen und die Oktober-Revolution bedauerten. Am 23. Oktober fielen wieder mehrere Vorposten-Gefechte vor, welche aber ernstlicher waren, als die früheren. Gegen Mittag war ein bedeutender Kampf an der Nußdorfer Linie; Vormittags feuerten die Vorposten gegenseitig auf einander, ohne sich jedoch bedeutenden Schaden zu thun; gegen Mittag wurde von Seiten der kaiserlichen Armee ein Angriff gemacht, welcher von den Vorposten der Städter tapfer zurückgeschlagen wurde. Das Militair feuerte darauf mit Kartätschen, so daß die Stadtsoldaten (übergegangene Grenadiere) sich hinter die Wälle zurückziehen mußten. Die Kaiserlichen fingen nun an, auch Granaten nach der Stadt zu werfen, welche aber wenig Schaden thaten; auch erwiderten die Städter das Kanonenfeuer der Angreifenden. So dauerte der Kampf fast den ganzen Tag über, und mancher Todte, so wie viele Verwundete, waren die Opfer desselben. Spät am Abend wurde das außerhalb der Linien belegene Gasthaus, „Zum Auge Gottes", aus dessen Fenstern und Kellerlöchern die kaiserlichen Truppen auf die Wiener Garden gefeuert hatten, von diesen umzingelt und in Brand gesteckt, obgleich die Kaiser-

lichen durch heftiges Feuer und durch eine gegen die Städter geschickte Infanterie-Abtheilung dies zu verhindern suchten.

General Bem beabsichtigte am Abend des 23. einen größeren Ausfall gegen die kaiserlichen Truppen zu machen; er hatte mit Messenhauser den Plan zu demselben besprochen und die Billigung des Ober-Commandanten erhalten. Dreitausend mobile Garden waren vorbereitet und acht Kanonen sollten den Ausfall begleiten; derselbe wurde aber durch die Uneinigkeit, welche unter den höheren Offizieren der National-Garde herrschte, vereitelt, indem nämlich der Chef des Generalstabes, welcher durch Messenhauser von dem Ausfall nicht in Kenntniß gesetzt worden war, einen Hauptmann Namens Kuchenbäcker an den General Bem absendete, welcher den Auftrag erhielt, unter jeder Bedingung den Ausfall zu verhindern. Er gab den Befehl, Bem sollte augenblicklich die Truppen von der Nußdorfer Linie zurückziehen und jeden Gedanken an einen Ausfall aufgeben. Bem wollte nicht gehorchen; da wandte sich der Hauptmann Kuchenbäcker an die dem General untergebenen Garden und setzte ihnen auseinander, wie unglücklich ein solcher Ausfall ablaufen könne. General Bem ließ den Hauptmann sofort verhaften und mit ihm einen anderen Artillerie-Offizier, welcher ihm beigestanden hatte; Beide wurden jedoch von dem Tags darauf festgesetzten Kriegsgericht einstimmig freigesprochen, weil sie nur die Befehle eines Vorgesetzten erfüllt hatten.

Die Zeit zum Ausfall war während der Verhandlungen verstrichen, und Bem mußte sich daher zurückziehen.

Dieser kleine Vorfall giebt ein deutliches Bild über die Uneinigkeit, welche zwischen den verschiedenen Befehlshabern der Wiener National-Garde herrschte. Diese Uneinigkeit trug

einen großen Theil der Schuld daran, daß Wien, trotz seiner heldenmüthigen Vertheidigung, den kaiserlichen Truppen unterliegen mußte.

Während der Kämpfe vor der Stadt war Messenhauser im Innern in seiner gewöhnlichen Art thätig mit Veröffentlichung alles Dessen, was im Ober-Commando geschah. Von dem Fürsten Windischgrätz war an den Ober-Commandanten der National-Garde aus dem Hauptquartier Hetzendorf eine Proclamation eingelaufen, in welcher der Feldmarschall Fürst zu Windischgrätz den Belagerungs-Zustand und das Standrecht für die Stadt Wien, für die Vorstädte und die nächste Umgebung aussprach. Er gab in dieser Proclamation folgende Befehle: Die Stadt Wien hat 48 Stunden nach Erhalt dieser Proclamation ihre Unterwerfung auszusprechen und legions- oder compagnieenweise ihre Waffen an bestimmten Orten niederzulegen, alle bewaffneten Corps werden aufgelöst, die Aula gesperrt, der Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geißeln gestellt, alle Zeitungsblätter sind suspendirt, mit Ausnahme der Wiener Zeitung, alle Ausländer werden ausgewiesen, alle Clubs geschlossen. Wer sich diesen Maßregeln widersetzt, am Aufruhr Theil nimmt oder mit Waffen in der Hand ergriffen wird, verfällt dem Standrecht. —

Herr Messenhauser ließ selbst diese Proklamation an die Straßenecken anschlagen, aber das Volk riß sie überall wüthend ab. Außerdem machte Messenhauser am 23. Oktober die Einsetzung eines Kriegsgerichts bekannt und ernannte dasselbe, zugleich sprach er in einem andern Plakate die Drohung aus, daß, wer irgend eine Plünderung verübe, sofort vor das Kriegsgericht gestellt und mit dem Tode durch Pulver und

Blei bestraft werden würde. Zu Beisitzern des Kriegsgerichts wurden die Offiziere Lescynski, Fenneberg, du Beine, Brandler und Möser, die Garden Schröder und Kopitzky ernannt.

Die Frankfurter Deputirten Fröbel, Blum, Hartmann und Trampusch waren, wie wir bereits mitgetheilt haben, in diesen kritischen Tagen in die akademische Legion eingetreten, um auch an der Ehre des Kampfes Theil zu nehmen; sie hatten sich zur Disposition des Ober-Kommando's gestellt, aber weil sie wohl einsahen, daß sie in Frankfurt nützlicher wären, als in Wien, beabsichtigten sie, wieder nach Frankfurt zurückzukehren, und hatten bereits von Fenner von Fenneberg ihre Pässe erhalten, als die Proklamation des Belagerungszustandes in Wien es ihnen zur Ehrenpflicht machte, in der belagerten Stadt zu bleiben.

Blum hielt am 23. Oktober in der Aula, vor einer außerordentlich zahlreichen Versammlung, an die Studenten eine Rede, welche auf sein unglückliches Schicksal bedeutenden Einfluß hatte. Er sprach sich mit der höchsten Bewunderung aus über die herrliche Haltung des Wiener Volkes in dieser großen und kritischen Zeit und warnte das Volk vor einem Zurückbeben vor der einmal begonnenen Revolution, welche keine halbe sein dürfe; man müsse fortschreiten auf der eingeschlagenen, wenn auch blutigen Bahn, und dürfe keine Schonung gegen die Anhänger des alten Systems üben; man müsse gegen diese einen Vernichtungskampf führen. Zum Schlusse rief er die Worte aus: „Wenn Wien den Tod im Kampfe für die Freiheit sterben sollte, so würde aus seiner Asche ein zermalmender Rachegott über Deutschland sich erheben!" Die Rede wurde mit ungeheurem Jubel von den Zuhörern aufgenommen, und besonders die Versicherung Blum's, daß er

und seine Genossen mit den Heldensöhnen Wiens stehen und fallen würden.

In der Reichstagssitzung und im Gemeinderath kam am 23. nichts Wichtiges vor, nur bemerkenswerth ist, daß Wessely im Gemeinderath den Antrag stellte, es möchten keine neuen Ausfälle, welche die Kraft der Besatzung schwächten, gemacht werden. Dieser Antrag, welcher die Halbheit des Gemeinderaths, seine Furchtsamkeit und Unentschlossenheit vollkommen charakterisirt, wurde einstimmig angenommen.

12.

Auch der 24. und 25. Oktober waren reich an Vorpostengefechten, welche aber eben so wenig, wie die früheren, zu einer Entscheidung führten. Diese Gefechte waren indessen den Wiener Truppen im höchsten Grade schädlich, weil in ihnen von den ungeübten Garden viel Munition unnütz verschwendet wurde; und gerade dies mußte vermieden werden, da durchaus kein Ueberfluß an Munition in der Stadt vorhanden war. Schon am 24. Oktober waren, außer der noch in Händen der Garden und Artillerie befindlichen Munition, nur noch 43 Centner Pulver vorräthig.

Am 24. wurde an der Nußdorfer, St. Marxer und Tabor-Linie von beiden Seiten lebhaft gefeuert, indessen ohne alle Resultate. An demselben Tage fiel die Wasserleitung bei Nußdorf nach einem heftigen Kampfe in die Hände der Kaiserlichen, welche in der Nacht mit starken Kolonnen gegen die Brigittenau vorrückten, um dort eine feste Position zu fassen. General Bem, welcher am Tage die Verbarrikadirung der Leopoldstadt persönlich geleitet hatte, machte spät Abends am

25. mit der polnischen Legion und einer Abtheilung der mobilen Garde einen Ausfall gegen die Brigittenau; er fand indessen eine weit überlegene feindliche Macht vor und wurde von derselben vollständig zurückgeschlagen. Die polnische Legion wurde zum Theil aufgerieben, Bem selbst wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen, und mit Hinterlassung von von 60 bis 70 Todten mußte er sich zurückziehen.

Während dieser Kämpfe suchte Messenhauser die Nationalgarde durch strenge Maßregeln zur festen Disziplin und zur Entschiedenheit zu zwingen. Er erließ am 25. eine Proklamation, in welcher er auch seinerseits die Stadt Wien in Belagerungszustand erklärte. Ein Fünftheil aller Mannschaften der Bezirke hatte die Posten vor den Thoren zu beziehen, ein zweites Fünftheil stand bereit zu des ersten Unterstützung, der Rest durfte sich zur Ruhe begeben. Die Vorstädte waren in acht Rayons eingetheilt worden und besondere Commandanten für jeden Rayon ernannt. General-Lieutenant Bem dirigirte die Vertheidigung nach außen im Ganzen und Großen, mit ihm allein verkehrten die Commandanten der einzelnen Rayons, alle Mobilen standen unter dem Commando Bem's; eine Militair-Polizei wurde für die ganze Stadt unter Fenner von Fenneberg eingerichtet. In einem Nachtrage zu diesem Befehl setzte Messenhauser strenge Strafen fest gegen Jeden, der wider die Verordnung irgend fehlte. Arretirt sollte Jeder werden, der den Befehlen seiner Vorgesetzten nicht unbedingte Folge leistete, der nicht auf dem Posten erschien oder denselben vor erfolgter Ablösung verließ, der zaghafte Reden führte. War Gefahr im Verzuge, so stand allen Commandanten zu, summarisch zur Statuirung eines abschreckenden Beispiels mit dem gegen den Befehl Handelnden zu ver-

fahren. Alle Vorstädte mußten bis 12 Uhr allarmirt sein; jeder Bewohner der Stadt mußte fortwährend, auch wenn er nicht im Dienst war, unter Waffen stehen. Wenn irgend ein Hauptangriff gegen die Stadt geschah, so wurde die große Glocke vom Stephansthurm geläutet; Munition wurde nur auf unmittelbare Anweisung Messenhausers selbst ertheilt.

Diese Maßregeln waren energisch, aber sie wurden nicht mit voller Strenge ausgeführt, weil in den Reihen der Nationalgarde selbst nicht die nöthige Einigkeit herrschte.

Zu den Vertheidigern der Stadt traten am 25. noch zwei neue Freicorps, welche aus dem Centralausschuß aller demokratischen Vereine entstanden. Der Centralausschuß sah ein, daß es nicht mehr Zeit sei, mit Worten auf die Vereine zu wirken, sondern daß es jetzt auf die That ankomme. Der Centralausschuß bildete deshalb zwei Freicorps, das eine unter dem Doktor Chaise, unter dem Namen „demokratisches Freicorps", das zweite unter dem Namen „Corps d'Elite," welches durch den Redakteur der Constitution, F. Hauk, angeführt wurde. In letzteres traten fast alle in Wien wohnenden Literaten ein; auch Robert Blum und Fröbel wurden Mitglieder dieses Corps; die Bewaffnung desselben schritt so schnell vor, daß schon am 26. sechs ausgerüstete Compagnieen von fast 900 Mann in den Kampf rücken konnten. Beide Corps waren Anfangs nur für den Dienst in der innern Stadt bestimmt, um in derselben Ruhe und Ordnung zu erhalten; ihre Kampflust aber trieb sie an die gefährlicheren Stellen, und Messenhauser übergab ihnen dieselben; wir werden noch öfter Gelegenheit haben, diese Corps zu erwähnen.

Im Reichstage wurde am 24. mit großer Majorität ein Antrag des Ausschusses angenommen, daß der Reichstag er-

kläre, die Maßregeln, welche der Fürst Windischgrätz, in Nichtbeachtung des Kaiserlichen Manifestes so wie des Reichstags-Protestes, sich gegen Wien erlaubt habe, seien nicht nur allen konstitutionellen, ja allen Menschenrechten entgegen, sondern auch dem konstitutionellen Throne schädlich; sein Verfahren sei nicht nur ungesetzlich, sondern auch der konstitutionellen Monarchie gefährlich.

Am 25. wurde im Reichstage eine Unterredung mitgetheilt, welche der Minister Kraus und der Abgeordnete Brestl mit dem Feldmarschall Windischgrätz zur Versöhnung geführt hatten. Windischgrätz hatte erklärt, daß er auf den in seiner Proklamation gestellten Bedingungen verharre, und dem Gemeinderath eine Frist von 24 Stunden zur Unterwerfung lasse. So waren denn in dieser Hinsicht alle friedlichen Wege der Unterhandlung gescheitert; außerdem war beim Reichstage eine im höchsten Grade wichtige Kundgebung des Kaisers erschienen, welche durch den Minister Wessenberg an den Reichstag gesendet worden war. Der Kaiser ordnete in diesem Schreiben an, daß der Reichstag seine Sitzungen in Wien unterbrechen und erst am 15. November in der Stadt Kremsier zusammentreten solle. Der Reichstag beschloß, gegen diese Verlegung und Vertagung eine Vorstellung im Wege der Adresse einzubringen. Es wurde eine Adresse des Abgeordneten Umlauf adoptirt, in welcher der Reichstag aussprach, daß es sein Bestreben gewesen sei, den Frieden wieder herzustellen; eine Unterbrechung dieses Werkes, ja, eine Verlegung nach einem anderen Orte, als Wien, wäre höchst unheilvoll für die Zukunft Oesterreichs, gefahrdrohend für den Fortbestand der Gesammt-Monarchie. Der Reichstag versicherte dem Kaiser, im Angesicht von ganz Europa und mit dem heiligen

Ernste unverbrüchlicher Wahrheitsliebe, daß weder Anarchie noch Empörung in den Mauern Wiens herrsche, daß diese nur dann eintreten würde, wenn durch die Vertagung des Reichstages die Bevölkerung von Wien „den letzten Haltpunkt verlöre, an den sie die Hoffnung einer friedlichen Vermittelung knüpfte."

Zur Ueberbringung dieser Adresse wurde eine Deputation aus den Abgeordneten Pillersdorf, Prato, Potocki und Fischhof erwählt. Es wurde beschlossen, daß auch der Feldmarschall Windischgrätz von der Absendung dieser Deputation in Kenntniß gesetzt werde. Am 26. begab sich die Deputation nach Ollmütz. — Im Gemeinderath theilte am 24. der Hauptmann Thurn das Resultat einer Unterredung, welche er mit dem Fürsten Windischgrätz gehabt hatte, mit. Dieser hatte zu ihm und seinen Begleitern gesagt: „Ja, meine Herren, wir sind hier, um in Wien die Ruhe herzustellen." Er hatte hinzugefügt, er wisse recht wohl, daß die guten Bürger in Wien die Ruhe wünschten, sollte sich aber die Stadt weigern, auf seine Bedingungen einzugehen, so werde er genöthigt sein, von seinen 100 Kanonen und seiner Armee Gebrauch zu machen. Er fordere die guten Bürger auf, ihn bei der Entwaffnung des Proletariats zu schützen, da er entschlossen sei, alle Errungenschaften des Volkes, welche bis inclusive 26. Mai gegeben worden seien, zu erhalten. Solchen Drohungen gegenüber wußte der Gemeinderath nichts zu thun, als am 25. Oktober abermals eine Adresse an den Fürsten Windischgrätz zu erlassen, in welcher er gegen den Vorwurf der Anarchie, welche in Wien herrschen sollte, protestirte, und abermals um friedliche Vermittelung bat.

13.

Die folgenden Tage sollten für das Schicksal Wiens von der allerhöchsten Bedeutung sein. Am 26. und 27. Oktober allerdings waren die Gefechte an den Linien noch nicht entscheidend; dagegen sollte der 28. Oktober das Schicksal der Stadt Wien bestimmen. Ueber die Sitzungen des Reichstages und des Gemeinderaths in diesen Tagen gehen wir mit kurzen Worten hinweg, denn in dieser großen Zeit hatten die Reden, welche in diesen Versammlungen gehalten wurden, wenig Einfluß auf die welthistorischen Begebenheiten. Aus dem Gemeinderath erwähnen wir nur, daß der Fürst Windischgrätz demselben nach allen Unterhandlungen sagen ließ, er könne sich auf Friedensbedingungen und dergleichen nicht einlassen; man möge ihm den General Bem, den Dr. Schütte, den Unterstaats-Secretair Pulszki und die Mörder des Ministers Latour ausliefern; er werde auf seinen einmal gemachten Forderungen bestehen. Den Reichstag, der im offenen Aufruhr gegen den Kaiser sei, könne er nicht anerkennen; die Beschlüsse desselben ohne Sanction des Kaisers hätten gar keinen Werth. Der Gemeinderath sei die oberste executive Behörde in Wien, und diesen mache er für allen Schaden von Staats- und Privat-Eigenthum verantwortlich. Zugleich erließ Windischgrätz eine Proclamation an die Bewohner Wiens, in welcher er an den Rechtlichkeitssinn derselben appellirte und versicherte, daß ihm der Gedanke unnöthiger Gewaltmaßregeln fern liege, daß er aber dennoch gegen die Hauptstadt feindlich auftreten müßte; daß eine Vermittelung so lange unmöglich sei, als die Bewohner Wiens unter Waffen gegen den Kaiser ständen.

Der Ober-Commandant der National-Garde folgte auch in diesen Tagen seiner alten Gewohnheit, lange und schwülstige Plakate zu schreiben. So nothwendig es war, die Bewohner Wiens von der Geschichte des Tages in Kenntniß zu erhalten, sie mit allen Maßregeln des Ober-Commandos bekannt zu machen, so sehr wurden dieselben doch ermüdet durch die sich in Massen folgenden Plakate des Herrn Messenhauser, welche durchzulesen fast unmöglich war. Von Wichtigkeit ist unter allen diesen Kundgebungen des Ober-Commandos nur eine, welche am 28. erschien. Messenhauser erklärte in dieser Proclamation, daß er eine Depesche des Banus Jellachich an den Feldmarschall-Lieutenant Ramberg aufgefangen habe, aus der er die Absichten des Feindes für den 28. Oktober entnehmen könne. Der Feind werde von den Ungarn im Rücken beharrlich bedrängt, und das Heer Moga's sei mit seiner Avantgarde bereits bis gegen die Schwechat vorgedrungen. Messenhauser belobte zugleich in diesem Plakate die Besatzung der verschiedenen Außenwerke und sprach seine Hoffnungen für einen Kampf aus. Auch General Bem und der Vorsteher der Militair-Polizei, Fenner von Fenneberg, waren während dieser Tage ungemein thätig; Bem kam fast nicht vom Pferde und leitete überall mit größter Energie und Thätigkeit den Kampf. Fenner von Fenneberg leitete die Militair-Polizei mit höchster Strenge, ja sogar mit einem entschiedenen Terrorismus. Durch ein Plakat machte er am 26. Oktober die terroristischen Vorschriften der Militair-Polizei bekannt, indem er zur Theilnahme am Kampfe und zur Mitwirkung am Barrikadenbau jeden Bewohner der Stadt aufforderte und hinzufügte, daß von diesem Dienste für das Vaterland nur die Mitglieder des Reichstages und Gemeinde-

raths ausgeschlossen seien. Er wußte in der That auch seinem Willen Geltung zu verschaffen; fortwährend gingen Patrouillen des demokratischen Frei-Corps und des Elite-Corps durch die innere Stadt und griffen alle Diejenigen auf, welche sich etwa unbewaffnet, oder ohne Dienst zu haben, in den Straßen herumtrieben. In Compagnieen von je 300 Mann wurden diese bewaffnet und auf die Barrikaden geführt; wer sich weigerte, oder zu entfliehen suchte, wurde mit Erschießen bedroht.

Fenner von Fenneberg ließ außerdem in allen Häusern, in welchen Schwarzgelbe wohnten, Nachsuchungen nach Waffen und Munition unternehmen, denn es war ihm bekannt geworden, daß bei der ersten fahrlässigen Vertheilung des Pulvers viele Schwarzgelbe sich hatten Pulver geben lassen, nur um die Stadt an Munition ärmer zu machen. Die Nachforschungen Fennebergs hatten den Erfolg, daß gegen 2000 Gewehre und über 10,000 scharfe Gewehr-Patronen in die Hände der Vertheidiger der Stadt gebracht wurden.

Zeigte sich schon hierdurch die feindselige Stimmung der kleinen schwarzgelben Fraction, so wurde dieselbe noch augenscheinlicher dadurch, daß an einzelnen Stellen aus den Häusern auf vorüberziehende Garden- und Studenten-Patrouillen geschossen wurde; es wurden deshalb am Stephansplatze, auf dem Burgplatze, bei der Universität und auf den Basteien Kanonen aufgefahren, um im Falle einer Contre-Revolution im Innern der Stadt während der Angriffe von Außen sich gegen die schwarzgelbe Partei zu sichern.

Unter solchen Vorbereitungen begann der Kampf der Bewohner Wiens gegen die 96,000 Mann starke Armee der

Kaiserlichen vor den Thoren, der Kampf, dessen Resultat die Niederlage der Freiheitskämpfer sein sollte.

Schon am 25. hatte Messenhauser sein Hauptquartier vom Schwarzenbergischen Garten wieder nach dem Innern der Stadt in die Stallburg verlegt; Bem war als Lager-Commandant im Belvedere geblieben; indessen war die Truppenmacht, welche das Bem'sche Lager gebildet hatte, bedeutend zusammengeschmolzen; es fehlte ihr vollständig an Kavallerie, sogar den Kanonen mangelte es an Bespannung, und es wurde daher oft nothwendig, daß die Bemannung einer Kanone dieselbe an ihren Bestimmungsort ziehen mußte, wodurch viele Kräfte unnütz vergeudet wurden.

Der Kampf am 26. begann Morgens gleich nach 6 Uhr mit kleinen Plänkeleien in der Brigittenau; er dehnte sich bald um die ganze Stadt über alle Linien aus, es wurde gekämpft an der Nußdorfer Linie, der Tabor-, der St. Marx-, der Matzleinsdorfer und Lerchenfelder Linie. Der Plan des Fürsten Windischgrätz war, wie man später erfahren hat, sich vor allen Dingen der Leopoldstadt und der Vorstadt Landstraße zu bemächtigen, weil diese ohne Wälle und am schwersten von der Stadt zu behaupten waren. Von diesen beiden Vorstädten aus wollte Windischgrätz die übrige Stadt zu nehmen versuchen. Er machte deshalb, um die Streitkräfte der Wiener zu zerstreuen, an den übrigen Punkten Schein-Angriffe, während er die Hauptkräfte fortwährend auf die beiden genannten Vorstädte concentrirte.

Die kaiserliche Armee war indessen hierbei in keiner ungefährlichen Lage; in ihrem Rücken standen die Ungarn, vor ihnen die ziemlich gut bewaffnete, todesmuthige Wiener Freiheits-Armee, und außerdem mußte sie stets befürchten, vom

Landsturm, der sich in Deutsch-Oesterreich an verschiedenen Orten schon gebildet hatte, unvorbereitet angegriffen zu werden.

Am 25. bereits hatte Jellachich eine Brücke über den im Prater gelegenen Donau-Kanal schlagen lassen und dieselbe am 26. durch 5 Bataillone Grenzer, von der Brigade Grammont, und 6 Kanonen besetzt. Diese Truppen drangen des Morgens unter heftigem Plänklerfeuer, unterstützt durch eine Kanonade, bis zum Circus de Bach vor, und erstürmten sogar, trotz tapferer Vertheidigung, den Nord-Bahnhof.

Sie besetzten sogleich den Augarten und den Eisenbahndamm mit Geschütz und begannen nun eine furchtbare Kanonade auf eine trefflich gebaute große Barrikade am Praterstern, welche den Zugang zur Leopoldstadt und zur Jägerzeile beherrschte. Diese Barrikade war leider nicht vollständig genügend besetzt und es war daher im Voraus zu sehen, daß, wenn eine Bresche in dieselbe geschossen werden würde, die Kaiserlichen leicht die ganze Leopoldstadt würden nehmen können.

Auch an den übrigen Theilen der Stadt, an den anderen Linien donnerten fortwährend die Kanonen; am heftigsten an der Nußdorfer und St. Marxer Linie.

Es gelang dem Militair, an verschiedenen Stellen vorwärts zu bringen; so wurden die Dampfmühlen, trotz der heldenmüthigen Vertheidigung durch eine Compagnie der akademischen Legion, von den Croaten genommen, und die akademische Legion vermochte dieselben nicht wieder zurückzutreiben. So kam der Abend, und mit ihm die Einstellung des Kampfes; aber es war ein grausenvoller Abend für die Stadt Wien, denn überall, wo die Croaten vorgedrungen waren, sah man bald am Himmel gewaltige Feuersäulen.

Die Croaten hatten die Mack'sche Zuckerfabrik, das Schweizerhaus, mehrere Holzlager in der Brigittenau, die Taborbrücke, das Odeum und eine große Menge anderer Gebäude in Flammen gesteckt. Die Observatoren auf dem Stephansthurm zählten gegen 9 Uhr Abends siebzehn einzelne Feuersäulen.

Da wurde es erst den Wienern klar, welcher Kampf ihnen bevorstände, da sahen sie erst ein, welches Schicksal die Stadt haben würde, wenn sie unterläge. Die Bewohner der Leopoldstadt flohen eiligst mit dem wenigen Hab und Gut, welches sie eben mitnehmen konnten, nach der inneren Stadt, und schon jetzt kam das Gerücht furchtbarer Grausamkeiten, welche die Croaten in den eroberten Häusern verübt hatten, nach Wien. Schon jetzt erzählte man sich, daß wehrlose Gefangene auf die schauderhafteste Weise ermordet worden waren, daß die Soldaten Kinder in die Flammen geworfen, Frauen geschändet hätten.

Der 27. Oktober war wieder ein Tag verhältnißmäßiger Ruhe. Beide Parteien bereiteten sich zu dem furchtbaren Kampfe vor, welcher am 28. stattfinden sollte. Die Gefechte am 27. waren von geringer Bedeutung.

In der Mariahilfer Vorstadt hörte man Kanonendonner; ebenso wurde bei der von den Croaten besetzten Dampfmühle, aber ohne allen Erfolg, gekämpft, und der Kampf deshalb bald geendet.

Auch in der Leopoldstadt, an der Augarten-Brücke und am Eingang des Augartens, waren unbedeutende Kämpfe. Die Wiener Garden entwickelten in der Leopoldstadt eine besondere Thätigkeit. Die Stern-Barrikade, diejenige Barrikade, welche die größte Wichtigkeit hatte, weil sie die Leopoldstadt und die Jägerzeile beherrschte, wurde eingerissen, und weil sie

nicht stark genug gewesen war, neu gebaut. Bem und Aigner leiteten den Bau.

Ebenso wurde auch eine zweite Barrikade an der Johanniskirche über die ganze breite Praterstraße hinweg gebaut und sehr stark befestigt.

Windischgrätz erließ am 27. Oktober wieder eine Proclamation an die Bewohner Wiens, welche er dem Ober-Commando übersendete. Diese Proclamation wurde indessen nicht veröffentlicht, weil das Ober-Commando die Wirkung derselben auf einige Unentschlossene fürchtete.

Fürst Windischgrätz sprach in dieser Proclamation aus, daß er, da der Termin zur Unterwerfung der Stadt Wien erfolglos verstrichen sei, sogar ein Kampf mit den Truppen stattgefunden habe, jetzt die Gewalt der Waffen eintreten lassen werde. Niemand, der mit den Waffen in der Hand getroffen werden würde, hätte Schonung zu erwarten. Fürst Windischgrätz warnte die Hausbesitzer, die Thüren und Fenster während des Kampfes verschlossen zu halten, da in jedem Hause, aus welchem Schüsse auf die Truppen fallen würden, Alles niedergemacht und das Haus selbst der Plünderung preisgegeben würde.

Die Proclamation war vom 27. Oktober aus dem Hauptquartier Hetzendorf datirt; sie wurde, wie schon gesagt, wenig bekannt.

Als es zu dunkeln begann, sah man wieder rings um Wien die Flammensäulen auflodern, welche einen grauenvollen Beweis gaben von der Zerstörungswuth der Croaten. Einen besonders schrecklichen Eindruck machten die hochauflodernden Flammen aus der großen Mack'schen Zucker-Fabrik.

Die zur Fabrik gehörigen Holzstöße waren ein großer, glühender Kohlenhaufen.

Die Flammen bahnten sich immer weiter und weiter ihren Weg, da Niemand ihnen Einhalt zu thun vermochte, denn die National-Garden fürchteten von den Croaten, welche die Dampfmühle besetzt hielten, angegriffen zu werden.

Gegen 11 Uhr kam General Bem in einem Wagen und gab der 13. Compagnie des 7. Bezirks den Befehl zum Löschen. Der Offizier meldete ihm, daß alle Fenster der Dampfmühle mit Croaten besetzt seien. Bem antwortete in gebrochenem Deutsch: „Ich glaube nicht, daß man schießen wird auf uns; lassen Sie aber Waffen mitnehmen, man kann nicht wissen.“ Er selbst ging, ohne abzuwarten, bis die Compagnie sich gesammelt hatte, zuerst über die Kettenbrücke nach der Brandstätte.

Die Garden entfalteten jetzt eine große Thätigkeit und Unerschrockenheit, und es gelang ihnen, gegen Morgen des 28. das Feuer wenigstens so weit zu löschen, daß keine Gefahr für die übrige Stadt mehr war. Die Garden wurden während dieser Zeit vom Militair nicht angegriffen.

Der 28. Oktober, der Entscheidungstag des furchtbaren Kampfes, des Kampfes, welcher dem unglücklichen Wien so ungeheure Opfer auferlegen sollte, brach an. —

Eine dumpfe Stille herrschte in den Straßen Wiens, alle Läden waren geschlossen, nur durch Patrouillen, welche die Straßen entlang zogen, wurde die tiefe, unheimliche Ruhe in der Stadt unterbrochen. Unbewaffnete Leute sah man nirgends auf den Straßen, denn Jedermann mußte an diesem Tage Waffen tragen, mußte Theil nehmen an dem furchtbaren Kampfe.

Wir haben schon mitgetheilt, daß am Abend des 27. Oktober eine Depesche des Fürsten Windischgrätz an den General Ramberg von den Mobilen aufgefangen worden war; durch diese Depesche war der Plan des Fürsten Windischgrätz den Wienern verrathen worden. Man wußte, daß der Kampf mit einem Scheinangriff auf die St. Marxer Linie beginnen würde, daß ebenso ein Scheinkampf an den übrigen Linien geführt werden würde, daß aber der Hauptangriff auf die Jägerzeile und die Leopoldstadt erfolgen sollte.

Man war auf den Kampf vorbereitet. Messenhauser hatte durch eine Proclamation die Absichten der Feinde bekannt gemacht; Fenner von Fenneberg hatte in den Vorstadt-Gemeinden den Befehl ertheilt, das Straßenpflaster aufzureißen, um die Granaten möglichst unschädlich zu machen. Die Barrikaden waren verstärkt worden, und man sah daher den Angriffen des Militairs mit ruhigem Muthe entgegen, wenn auch die Leiter des Kampfes es sich nicht verhehlen konnten, daß es schlecht stand um die Sache des Volkes; durch die muthwillige Vergeudung von Schüssen, durch die Bemühungen der Schwarzgelben, welche Pulver und Blei bei Seite geschafft hatten, fehlte schon jetzt die Munition. Die Lage der Stadt war daher bedenklich. Außerdem hatte es gewaltige Schwierigkeiten, gegen eine Armee von 100,000 Mann die weitläufigen, im Umfange einige Meilen starken Linien zu besetzen, und so zu besetzen, daß ein Einbruch in dieselben unmöglich geworden wäre.

Gegen 9 Uhr Morgens heulten die Sturmglocken von allen Thürmen Wiens, die Allarmtrommel rasselte durch die Straßen, Alles eilte zu den Waffen.

Vom Stephansthurm herab sah man eine Stunde später

alle Linien der Stadt mit einem Gürtel von Pulverdampf umringt — der Kampf hatte begonnen. —

Der erste Kanonendonner ertönte gegen 10 Uhr Morgens an der St. Marxer Linie. Gleichzeitig begann der Angriff an der Nußdorfer, Mariahilfer und Leopoldstädter Linie.

Der furchtbarste Kampf wüthete bei der Jägerzeile am großen Praterstern; er begann etwas später.

Aus der Praterwaldung drangen gegen 12 Uhr Mittags Croaten und Jäger in geschlossener Colonne gegen die große Stern-Barrikade, welche aus einer doppelten steinernen Brüstung bestand, und eröffneten gegen dieselbe einen heftigen Angriff.

Die Barrikade war nur schwach besetzt; General Bem, welcher bei derselben kommandirte, hatte nicht die Absicht, sie zu halten, und er zog sich deshalb mit der Besatzung hinter die zweite Barrikade zurück, welche nahe an der rothen Sterngasse die ganze Jägerzeile sperrte, beging aber dabei die Unvorsichtigkeit, die Stern-Barrikade nicht zu zerstören, und diese diente daher jetzt den Kaiserlichen, um ihre Batterieen hinter derselben aufzuführen, und gedeckt vor dem Feuer der Wiener, eine furchtbare Kanonade auf die zweite große Barrikade zu eröffnen.

Ein grausenvoller Kampf begann bei dieser Barrikade. Die Kanonen donnerten fortwährend; ein Hagel von Granaten und Kartätschen wurde von den Kaiserlichen gegen die große Barrikade gerichtet. Siebenmal griffen Grenadiere und Croaten dieselbe an, siebenmal wurden sie zurückgeschlagen. General Bem kommandirte.

Hinter der Barrikade standen gegen hundert Mann, unter ihnen einige Abtheilungen des Eliten-Corps, welche sich

durch Tapferkeit besonders auszeichneten. Die Barrikade wurde mit dem größten Heldenmuth vertheidigt; aus den Häusern der Jägerzeile, welche außerhalb der Barrikade standen, wurde fortwährend gefeuert; ununterbrochen donnerten die Geschütze — es war ein furchtbarer Kampf, dessen Schrecken noch erhöht wurden durch die Flammen, welche aus mehreren Häusern hoch empor wirbelten.

General Bem hatte gehofft, daß die Truppen sich über die Barrikade am großen Stern hinauswagen würden, wo sie dann leicht zurückzuschlagen gewesen wären; er hatte sich indessen in dieser Beziehung geirrt.

Der Kampf an der Barrikade, auf der die deutsche und ungarische Fahne wehte, hatte bereits über vier Stunden gedauert und viele Schlachtopfer von beiden Seiten waren gefallen; da wurden plötzlich die Vertheidiger durch die kaiserlichen Truppen, welche durch die Landstraße und Franzens-Allee hereingebrochen waren, im Rücken angegriffen, und außerdem von hinten durch Militair, welches durch die Seitengasse in die Häuser gedrungen war, beschossen.

Ein längeres Halten der Barrikade war nicht mehr möglich, die Vertheidiger derselben mußten sich zurückziehen, und mit diesem Rückzug war die gesammte Leopoldstadt, die ganze Jägerzeile in den Händen des Militairs.

Die Bewohner der beiden unglücklichen Stadtviertel strömten der inneren Stadt zu, weil sie die furchtbare Behandlung, die schreckliche Grausamkeit der kaiserlichen Truppen ahnten.

Während dieser Zeit hatten ebenfalls heftige Kämpfe in den Vorstädten Erdberg und Landstraße stattgefunden; beide Vorstädte waren von den kaiserlichen Truppen erobert worden,

die Bewohner derselben hatten nicht mit demselben Heldenmuth, wie die Vertheidiger der Jägerzeile, gekämpft. Die Garden dieser Vorstädte bestanden zum größeren Theile aus Mitgliedern der Büreaukratie, sie gehörten der schwarzgelben Partei an, und waren daher von vornherein entschlossen gewesen, gegen die Soldaten wenig oder gar nicht zu kämpfen. So wurden denn, mit Ausnahme eines heftigen Kampfes an der St. Marxer Linie, beide Vorstädte verhältnißmäßig schnell genommen, und es dadurch den Kaiserlichen möglich gemacht, die Jägerzeile im Rücken anzugreifen.

Der Gloggnitzer Bahnhof, der von der polnischen Legion auf das Heldenmüthigste vertheidigt wurde, wurde von den kaiserlichen Truppen, nachdem ein Grenadier-Bataillon dreimal zurückgeschlagen worden war, ebenfalls erobert. Den Vertheidigern war durch die Einnahme der Landstraße und der Belvedere-Linie jeder Rückzug abgeschnitten, sie wurden daher bis auf den letzten Mann niedergemacht. —

Abends gegen 8 Uhr war das Resultat der furchtbaren Kämpfe entschieden. Nach dreizehnstündiger Schlacht waren die Vorstädte Leopoldstadt, Jägerzeile, Landstraße und Rennweg in den Händen der Kaiserlichen, und diese waren daher vorgedrungen bis an die inneren Wälle der Stadt.

Sie hatten außerdem eine Anzahl von Kanonen, welche die Wiener National-Garde nicht mit sich zu nehmen vermochte, erbeutet.

Die Wieden, die Gumpendorfer, Fünf- und Sechshäuser, Mariahilfer, St. Ullrichs und Nußdorfer Linie, so wie die Josephstadt, waren, trotz der furchtbarsten Angriffe der Kaiserlichen, von den Städtern auf das Tapferste behauptet worden.

Die furchtbare Schlacht war geschlagen, sie war für die Wiener Freiheitskämpfer verloren; aber dennoch verzagten dieselben nicht. Der größte Theil der Kämpfer hoffte, in einer zweiten Schlacht siegreicher zu bestehen.

Die kaiserlichen Truppen benutzten ihren Sieg auf eine wahrhaft grausenerregende Weise. Mit Mord und Brand, mit den scheußlichsten Grausamkeiten hausten sie in den eroberten Vorstädten. Die vielgerühmten Soldaten zeigten sich als eine wüthende Räuberhorde. Selbst Dunder, der Geschichtsschreiber der Oktobertage, so sehr er der schwarzgelben Partei angehört, muß uns voll Entsetzen die Gräuelthaten der Soldateska melden.

Wir wollen nur einige wenige Beispiele anführen, um dem Leser ein Bild jener Heldenthaten zu geben.

Fast rund um die Stadt konnte man von den Thürmen derselben aus gewaltige Feuersäulen gen Himmel lodern sehen. Vom Stephansthurm wurden auf sechsundzwanzig Punkten Feuersbrünste signalisirt, welche zum Theil jede einzelne Reihen von Häusern dahin rafften.

Die Soldaten raubten unter Anführung der Offiziere fast systematisch; obgleich die Vorstädte Landstraße und Erdberg sich fast gutwillig ergeben hatten, obgleich in ihnen zum größten Theil die eifrigsten Anhänger des Kaisers wohnten, wurden dieselben doch eben so unmenschlich behandelt, wie die übrigen.

Alte, kranke, schwache Leute, welche man in den Häusern fand, wurden aus denselben herausgerissen und vom Militair, obgleich sie waffenlos waren, obgleich Jedermann wissen konnte, daß sie an dem Kampfe keinen Theil genommen haben konnten, ohne Weiteres erschossen, oder mit Bajonettstichen ermordet.

Am Morgen des 30. wurden aus einer einzigen Gasse der Matzleinsdorfer Vorstadt nicht weniger als 57 Leichen, welche nicht im Kampfe, sondern in den Häusern ermordet worden waren, fortgeschafft.

Die Croaten hatten Kinder an die Bajonette gespießt und sie in die Flammen der brennenden Häuser geworfen.

Den Wirth vom Schüttelbade hatte man vor den Augen der Frau mit Bajonettstichen ermordet und dann ins Feuer geworfen.

Der Frau selbst hatten darauf die Unmenschen beide Brüste ausgeschnitten und ihr den Bauch mit Bajonetten aufgeschlitzt.

Die Kämpfer, welche im Odeum eingeschlossen waren, ließ man lebendig verbrennen; als sie sich ergeben wollten, wurden sie mit Bajonetten wieder in das brennende Haus zurückgetrieben.

Bei den Leichen, welche man an den Tagen darauf fand, fehlten zum Theil die Finger und Ohren, an welchen Finger- und Ohrringe gewesen waren.

Ein sechszehnjähriges Mädchen auf dem Erdberg starb in Folge einer Nothzüchtigung, welche sie von sechs Croaten hintereinander erlitten hatte.

Dies sind nur einzelne, aus dem ganzen furchtbaren Trauerspiele herausgerissene Thatsachen; wollte man jene Schreckensscenen alle schildern, man würde Bände schreiben können.

Die Wuth der Bewohner Wiens bei diesen Gräuelthaten läßt sich nicht beschreiben. Sie schauten den grauenvollen Bränden, welche rings um die ganze Stadt empor loderten, mit Entsetzen zu, und alle die Liebe, welche sie vorher noch

zum Kaiserhause gehegt hatten, wurde mit Gewalt ihnen aus dem Busen gerissen.

Wien ist besiegt worden im Oktober, aber mit dem Siege hat auch das österreichische Kaiserhaus für immer alle Liebe beim Volke verloren, und die Zeit wird kommen, wo jene Gräuelthaten ihre gerechte Vergeltung finden werden.

14.

Nach der unglücklichen Schlacht am 28. Oktober sahen die meisten Führer der Wiener National-Garde ein, daß die Stadt nicht länger zu halten sein würde. Ein Halten der Vorstädte war, seit der Feind die Leopoldstadt, die Jägerzeile, die Weißgärber, die Landstraße und Erdberg-Vorstadt im Besitz hatte, fast vollkommen unmöglich. Auch die übrigen, bisher noch von den Wienern occupirten Vorstädte waren nicht mehr zu vertheidigen und mußten beim ersten Angriff der gewaltigen feindlichen Armee fallen. Es blieb somit zur möglichen Vertheidigung nur die innere Stadt übrig, aber auch diese war nicht zu halten. Die Munition war fast bis auf die Neige verschossen, wenigstens konnte man nicht auf Munition für längere Zeit rechnen, als höchstens auf drei bis vier Tage. Außerdem war die innere Stadt auf das Leichteste zu bombardiren. An einen Ausfall gegen die 100,000 Mann starke Armee des Fürsten Windischgrätz war mit Erfolg nicht zu denken, und auf die Ungarn hoffte man nicht mehr, da diese den günstigsten Zeitpunkt zum Angriff gegen die Kaiserlichen, die Zeit des wüthenden Kampfes, den 28. Oktober, unbenutzt hatten vorübergehen lassen.

Die Führer der Wiener Kämpfer, und an ihrer Spitze

Messenhauser selbst, überzeugten sich daher mehr und mehr, daß an ein längeres Halten der Stadt nicht zu denken sei.

Am Abend des 28. waren sämmtliche Leiter der Vertheidigung, sämmtliche Commandanten der Bezirke in der Stallburg beim Ober-Commando versammelt. Messenhauser gab dem Kriegsrath einen offenen Bericht über die Mittel zur Vertheidigung, welche ihm zu Gebote standen, besonders über den sehr fühlbaren Mangel an Munition, und stellte es ihm dann anheim, ob eine Kapitulation mit dem Fürsten zu schließen sei. Ein Mittel allerdings gäbe es, einen Kampf vielleicht siegreich zu bestehen, aber ein Mittel, welches eine geübte, wohldisciplinirte Truppenmacht voraussetzte, dies wäre, das Militair in die Straßen zu locken und es in denselben zu überfallen.

Die Commandanten fast aller Bezirke sprachen sich gegen einen solchen Plan und für die Kapitulation aus, nur die Commandanten der Mobilgarde, besonders des Eliten-Corps, waren entschieden für einen ferneren Kampf. Sie drangen indessen mit ihrer Meinung nicht durch; es wurde beschlossen, mit dem Fürsten Windischgrätz zu unterhandeln, und eine Deputation aus Schaumburg, Haug, Jelowicki und Räßel gewählt.

Messenhauser selbst nahm an dieser Deputation nicht Theil, obgleich er es vielleicht gern gethan hätte. Fenneberg will wissen, daß Messenhauser schon seit längerer Zeit den Plan gehabt habe, mit der Stadt zu kapituliren, daß er schon längst die Unmöglichkeit einer energischen Vertheidigung Wiens eingesehen habe. Er soll schon früher, am 26., geäußert haben, die Ehre erfordere es, daß man noch weiter kämpfe, aber der Kampf würde vergeblich sein.

Auch im Gemeinderath trug Messenhauser am Abend desselben Tages auf die Einstellung der Feindseligkeiten und die Absendung einer aus verschiedenen Corporationen bestehenden Deputation an den Fürsten Windischgrätz an. Sein Antrag wurde mit Freuden aufgenommen, der Gemeinderath gesellte der Deputation des Commandos drei Deputirte zu und machte am Morgen des 29. Oktober diesen seinen Beschluß durch einen Straßen-Anschlag bekannt.

Der 29. Oktober ging ohne bedeutenden Kampf vorüber; Fürst Windischgrätz ließ den Angriff auf die noch nicht eroberten Vorstädte nicht fortsetzen, weil er selbst überzeugt war, daß die Stadt sich ohne Bedingungen ergeben müsse. Die Truppen blieben in den von ihnen eingenommenen Stellungen, nur wurde die von den Städtern ohne Kampf verlassene Nußdorfer Linie durch die Brigade Barrot besetzt und zwei Divisionen nach der Schwechat vorgeschoben, um den Ungarn die Spitze zu bieten.

Die Stärke der Ungarn war nach Nachrichten von Komorn 24 Bataillone Infanterie, 20 Eskadronen Kavallerie, 71 Geschütze und einige Bataillone Freiwillige.

Die Stärke der kaiserlichen Truppen hatte sich in den letzten Tagen noch vermehrt; es standen jetzt vor Wien im Ganzen 58 Bataillone Infanterie, 64 Eskadronen Kavallerie und 264 Geschütze, zusammen etwa 115,000 Mann Militair.

Am Morgen des 29. erließ Messenhauser eine Proclamation an die Bevölkerung Wiens. Er sprach in dieser Proclamation es aus, daß an den Fürsten Windischgrätz eine Deputation gesendet worden sei, welcher in das Hauptquartier zu Hetzendorf abgegangen sei. Er verbot jedes Schießen auf die kaiserlichen Truppen, bis das Resultat der Deputation

bekannt wäre, und warnte die Wiener, die Mittel zum Kampfe nicht zu überschätzen; er selbst werde sich ganz und gar dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung fügen; wolle diese den Kampf fortsetzen, so werde auch er es thun; die tapferen Kämpfer in den Vorstädten möchten in die innere Stadt kommen, um im Falle des Kampfes für die Vertheidigung derselben mit äußerster Kraft zu wirken, da die Vorstädte nicht mehr zu vertheidigen wären.

Zugleich forderte Messenhauser in einem späteren Plakate, überschrieben: „Dringender Aufruf!" alle Compagnieen der National-Garde, der akademischen Legion und der Mobilen auf, bis längstens 4 Uhr Vertrauensmänner in das Büreau des Ober-Commandos mit unbeschränkter Vollmacht zu senden, welche mit Ja oder Nein darüber abstimmen sollten, ob der Kampf fortzusetzen sei, oder nicht. Von denjenigen Compagnieen, welche keinen Vertrauensmann sendeten, sollte angenommen werden, daß sie mit einer Uebergabe sich einverstanden erklärten. Das Plakat wurde indessen so spät angeschlagen, daß aus demselben die Absicht einer Uebergabe klar hervorleuchtete, denn es war ganz unmöglich, daß die Mehrzahl der Compagnieen bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt Deputirte ins Ober-Commando senden konnte.

Die Versammlung der Vertrauensmänner der National-Garde-Compagnieen fand im Vorsaale der Reichskammer statt, nachdem die Deputation, welche am Morgen an den Fürsten Windischgrätz geschickt worden war, mit der Antwort desselben zurückgekommen, daß Fürst Windischgrätz auf seinen alten Bedingungen, welche er in der früheren Proclamation ausgesprochen hatte, bestehe, daß er aber zur weiteren Be-

denkung der Sache, zur unbedingten Uebergabe der Stadt den Waffenstillstand bis 12 Uhr Nachts verlängern würde.

Die Deputation hatte vergeblich dem Fürsten Windischgrätz vorgestellt, daß die Auslieferung der Geißeln der akademischen Legion, so wie der von ihm geforderten Gefangenen Pulski, Schütte und Bem für den Gemeinderath fast eine Unmöglichkeit sei.

Die Versammlung der Vertrauensmänner war zahlreich besucht, aber natürlicher Weise nicht von allen Compagnieen beschickt worden, da wegen der zu schleunigen Anberaumung nicht alle Compagnieen sich hatten versammeln können.

Messenhauser sprach in dieser Versammlung mit beredten, begeisterten Worten für die Unmöglichkeit, Wien länger dem mächtigen Feinde gegenüber zu halten. Er trug auf die Uebergabe an; nur wenige Stimmen erhoben sich gegen ihn, und diese wenigen mußten verstummen, denn die Partei der Friedfertigen, welche in dieser Versammlung die unbedingte Majorität hatte, ließ die Redner, welche für den Kampf sprechen wollten, nicht zu Worte kommen, sie schurrte mit den Füßen und machte so lange Scandal, bis die Redner selbst auf das Wort verzichteten.

So kam es denn, daß mit großer Majorität von der Versammlung die friedliche Uebergabe Wiens beschlossen wurde. Bemerkenswerth ist es hierbei, daß auch Dr. Chaises erklärte, er stimme für seine Person für die Uebergabe, obgleich er gestehen müsse, daß das Eliten-Corps für den ferneren Kampf sei.

Messenhauser theilte der Bevölkerung der Stadt Wien in einem Plakate den Beschluß der Vertrauensmänner mit. Er versicherte, daß es nach den Verhältnissen unmöglich sei, den Kampf fortzusetzen, da nur für vier Stunden allgemeiner

Vertheidigung Munition da wäre. Ebenso veröffentlichte auch der Gemeinderath, welchem Messenhauser das Resultat der Abstimmung bekannt gemacht hatte, dasselbe, und fügte in zwei anderen Proclamationen das Versprechen hinzu, daß die Arbeiter, welche den mobilen Garden und den bewaffneten Corps eingereiht wären, bis ihre gestörten Lebensverhältnisse wieder geordnet seien, unterstützt werden sollten, ein Versprechen, welches der Gemeinderath später vollständig vergaß.

Der Gemeinderath verkündete ferner, daß auch die akademische Legion sich entschlossen habe, die Waffen niederzulegen, und daß abermals eine Deputation aus Gemeinderäthen und Mitgliedern der gesammten Volkswehr an den Fürsten Windischgrätz abgegangen sei, um ihm Mittheilung zu machen von den Beschlüssen des Gemeinderaths und der Versammlung der Vertrauensmänner. Diese Proclamation konnte jedoch erst am Morgen des 30. Oktober angeschlagen werden, und zwei Drittheile der Bewohner der Stadt waren daher am Abend des 29. von allen diesen Unterhandlungen noch nicht unterrichtet.

Auch in der Aula hatte eine Versammlung der Studenten zur Berathung der Capitulations-Frage stattgefunden. Robert Blum und Fröbel waren gegenwärtig gewesen bei dieser Versammlung und hatten sich entschieden ausgesprochen für die Capitulation.

Blum hatte eine feurige Rede an die Studenten gehalten, in der er diesen die Unmöglichkeit eines weiteren Kampfes geschildert, zu gleicher Zeit aber auch die bittersten Vorwürfe ausgesprochen hatte über die Art, wie bisher der Kampf geführt worden war, über den Mangel an jeder Organisation, welcher allein die Niederlage des Volkes bewerkstelligt habe.

Ebenso wurden in dem Ausschuß der demokratischen Führer die verschiedensten Meinungen über die Capitulation geltend gemacht; dort war sogar der Plan vorgebracht worden, einen Ausfall zu machen und sich durchzuschlagen bis zum ungarischen Heere. Aber auch dieser Plan war verworfen worden, weil die Unmöglichkeit der Ausführung, die Unmöglichkeit des Durchschlagens durch eine Armee von über 100,000 Mann, zu offen am Tage lag.

So kam die Nacht.

Es war eine grausenvolle Nacht für die Stadt Wien. In allen Straßen sah man Volksgruppen, in allen Straßen wurde debattirt über die Frage der Capitulation, und überall hieß es, nur durch Verrath Messenhausers, durch den Verrath Derer, welche bisher an der Spitze des Volkes gestanden hatten, sei es möglich, daß überhaupt an eine Capitulation gedacht werden könne.

Das Volk von Wien fühlte sich im Besitz der Waffen noch stark, es fühlte sich muthig, es fühlte die Kraft in sich, den Kampf aufzunehmen mit den Truppen der Kaiserlichen, und es war entrüstet, tief entrüstet darüber, daß die Stadt Wien und mit ihr das letzte Bollwerk der Freiheit den Croaten-Horden des Fürsten Windischgrätz und des Banus Jellachich übergeben werden sollte. Noch immer wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Ungarn zu Hülfe kommen könnten, noch immer die Hoffnung, daß dann ein Sieg über die kaiserlichen Truppen erfochten werden könnte, und lieber wollten die Arbeiter die Stadt Wien in einen Trümmerhaufen verwandelt sehen, als daß der Kampf durch eine feige Capitulation beendet würde.

Die Wuth des Volkes war furchtbar; Jeder, der zum

Frieden sprach, sah sein Leben gefährdet; der Abgeordnete Trampusch wurde gefangen genommen und nach der Aula gebracht, man wollte ihn aufhängen, weil er zum Frieden gesprochen haben sollte.

Um das Ober-Commando drängten sich Schaaren der mobilen Garde und Proletarier, welche bereit waren, die Anstifter der Capitulation niederzumachen.

Das Volk wollte die kaiserliche Burg in Flammen stekken, zur Strafe für den Verrath, der am Volke begangen worden sei, und nur durch die Vorsorge Fennebergs, welcher die Besatzung der Burg verstärken ließ, wurde dies verhindert.

Es war eine furchtbare Nacht für Wien, eine Nacht der vollkommensten Anarchie, denn das Volk hatte jedes Vertrauen zu seinen Führern verloren. Besonders wüthend gebärdeten sich die vielen zum Volke übergegangenen Soldaten, welche in die Mobilgarde eingereiht worden waren und welche voraussahen, daß sie vom Fürsten Windischgrätz auf das Strengste und Unnachsichtigste verurtheilt werden würden.

Am Morgen gegen drei Uhr kam die Deputation vom Fürsten Windischgrätz zurück; sie konnte keine Versprechungen desselben mitbringen, nur hatte Fürst Windischgrätz geäußert, daß er sich an Großmuth nicht werde überbieten lassen. Dies war das einzige Versprechen, welches er gegeben hatte; wie er es hielt, werden wir bald genug sehen! —

15.

Der Morgen des 30. Oktober brach an. Er fand die Bevölkerung von Wien in einer furchtbaren Aufregung.

Von Messenhauser war abermals eine Proclamation erschienen, in welcher derselbe mittheilte, daß die Deputation

vom Fürsten Windischgrätz zurückgekommen, und der Fürst die unbedingte Unterwerfung der Stadt gefordert habe. Er ermahnte die Minorität, sich dem Verlangen der Majorität, also der Uebergabe, zu fügen, und appellirte an die Hochherzigkeit des Wiener Volkes.

Auch der Gemeinderath forderte abermals die Mobil-Garden auf, die Waffen zu strecken, und versprach ihnen eine längere Fortdauer der Löhnung.

Diese Proclamation erregte bei einem großen Theile des Volkes, besonders bei der Mobilgarde, eine furchtbare Entrüstung.

Schaaren Bewaffneter zogen durch die Straßen und sprachen laut ihre Wuth gegen Messenhauser, gegen den Gemeinderath, gegen alle Diejenigen aus, welche die Stadt verrathen hatten, welche kapituliren wollten. Andererseits aber waren die Bürger zum größten Theil zufrieden mit den Maßregeln Messenhausers und des Gemeinderaths; sie waren überzeugt davon, daß die Stadt nicht länger zu halten sei, und viele Bürger hatten deshalb bereits ihre Waffen abgegeben. Ganze Wagen voll Waffen waren aus einzelnen Vorstadts-Bezirken nach der Stadt gefahren worden.

Andere Garden trugen einzeln ihre Waffen nach den verschiedenen Sammelplätzen. Man war im Begriff, den Forderungen des Fürsten Windischgrätz nachzugeben.

Da durchflog plötzlich mit Windesschnelle das Gerücht, „die Ungarn kommen! die Ungarn sind vor den Thoren Wiens!“ die ganze Stadt.

Ein Zug Weiber mit Musketen auf den Schultern, rothen Mützen auf den Köpfen, umgeben von zerlumptem Gesindel, zog mit einer Allarmtrommel durch die Stadt, und

verbreitete überall diese Nachricht, welche schnell ihren Weg durch alle Straßen Wiens nahm.

Messenhauser befand sich Morgens um 9 Uhr mit mehreren Anführern der Legion in der Stallburg, als er plötzlich benachrichtigt wurde, daß die Ungarn vor Wien seien. Er glaubte diesem Gerüchte nicht, denn er war schon zu oft getäuscht worden. Die Legionaire und Anführer der Mobilgarde forderten indessen energisch, daß Messenhauser sich nach dem Stephansthurm begebe, um dort sich auf dem Observatorium selbst zu überzeugen, ob die in der Stadt umgehenden Gerüchte wahr seien oder nicht.

Messenhauser gab der Aufforderung nach, indem er aber zu gleicher Zeit aussprach, er ginge nur, um sich den Zudringlichkeiten und Aufforderungen zu entziehen; er glaube nicht an ein Anrücken der Ungarn, und sollten dieselben wirklich kommen, so würden sie wohl zu schwach sein, um ohne Hülfe der Wiener bis zur Stadt vorrücken zu können. Zu einem Ausfall aber seien die Wiener zu wenig organisirt.

Als Messenhauser auf dem Stephansthurm ankam, fand er daselbst bereits Robert Blum, Fröbel und mehrere Andere. Mit einem Fernrohr schaute er vom Observatorium nach der Gegend der Schwechat, die Nebel aber gestatteten ihm nur wenig zu sehen. Nur ein häufiges Aufblitzen von Batterieen ließ auf eine Schlacht schließen.

Während Messenhauser beobachtete, kamen fortwährend neue Deputationen der Studenten und Mobilgarden, welche ihn mit Vorwürfen, daß er muthlos, ein Verräther sei, daß er abtreten möge, überhäuften.

Der Nebel war mehr und mehr gewichen und es ließ

sich jetzt deutlich erkennen, daß bei Kaiser-Ebersdorf ein Gefecht stattfinde.

Messenhauser selbst mochte wohl jetzt von Hoffnungen auf einen Sieg der Ungarn erfüllt sein; er ließ sich hinreißen, einen Zettel zu schreiben folgenden Inhalts:

„Vom St. Stephansthurm. Man sieht deutlich ein Gefecht hinter Kaiser-Ebersdorf, ohne die kämpfenden Truppen oder den Gang des Treffens ausnehmen zu können. —

Wien, am 30. Oktober 1848, Vormittags 11 Uhr.

Messenhauser,

provisorischer Ober-Commandant."

Dieser Zettel wurde in 10,000 Exemplaren gedruckt und unter das Volk vertheilt.

Die Wirkung dieser Worte war eine furchtbare. Durch die ganze Stadt waren sie in wenigen Augenblicken verbreitet; Reiter ritten durch die Straßen und theilten die Zettel überall aus, und überall, in allen Gegenden eilten die Männer wieder zu den Waffen.

Die Legionaire, die Mobilgarden fanden sich wieder auf den Sammelplätzen ein, und der Ruf: „Zu den Waffen, zu den Waffen!" ertönte in allen Vorstädten, in allen Straßen der Stadt selbst.

Dem ersten Plakate Messenhausers folgten noch zwei andere; das eine Mittags 1 Uhr, das andere gegen 2 Uhr.

Das erste Plakat meldete, daß die Schlacht sich gegen Oberlaa und Inzersdorf zu ziehen schiene, die Ungarn schienen in siegreichem Vorschreiten zu sein. Messenhauser fügte hinzu, im Fall ein fremdes Corps der Stadt sich nähern sollte, würde es die Pflicht aller Wehrmänner sein, sich auch ohne Commando unter Gewehr zu stellen. —

Das zweite Plakat meldete, daß links von der Schwechat, in der Mitte zwischen Kaiser-Ebersdorf und Manswörth, sich der Kampf concentrire. Die Kanonenblitze seien so deutlich, daß die Anzahl der Battericen danach beurtheilt werden könnte. Die Schlacht nähere sich mehr und mehr Wien. —

Diese drei Plakate hatten auf die ganze Bevölkerung von Wien eine zauberische Wirkung. Während wenige Stunden vorher die große Majorität in der Stadt für eine Uebergabe war, zeigte sich jetzt überall wieder die größte Kampfwuth.

Schaaren von Weibern zogen durch die Straßen und feuerten überall die Männer zum Kampfe an.

Die Mobilgarden traten sämmtlich wieder unter Waffen, auch die Nationalgarde in den meisten Bezirken.

Die Legionaire, welche den Kampf auch zum großen Theil aufgegeben, welche sich der Calabreser und Legions-Uniform entäußert hatten, traten wieder zusammen.

Die Basteien wurden wieder besetzt, und in einzelnen Vorstädten ging man so weit, daß ohne Commando der Kampf gegen die kaiserlichen Truppen begonnen wurde, daß man auf dieselben feuerte und dadurch die Capitulation schon jetzt brach.

Es erregte daher eine tiefe Entrüstung beim Volke, als Abends 8 Uhr eine andere Proclamation Messenhausers erschien, welche verkündigte, daß das Heer der Ungarn zu spät für das Schicksal der Stadt gekommen sei. Die Ungarn wären wahrscheinlich besiegt worden, und die Lage der Stadt sei am Abend die alte.

Diese Kundmachung erregte eine furchtbare Wuth unter den Mobilgarden und Legionairen. Der Schrei: „Verrath!“

ertönte in allen Straßen, und gegen Messenhauser wendeten sich die Vorwürfe.

Es herrschte an diesem ganzen Tage in Wien die vollkommenste Anarchie. Schaaren Bewaffneter zogen durch die Straßen, überall Diejenigen, welche sie für Verräther hielten, gefangen nehmend und sie oft mißhandelnd.

Die Erbitterung gegen Messenhauser sollte sich bald auch in anderer Weise zeigen. Die Mobilgarden entschlossen sich, nicht länger unter dem Ober-Commando Messenhausers zu dienen, sondern Fenner von Fenneberg zum Ober-Commandanten zu wählen.

Fenneberg befand sich in der Aula, als eine Deputation der Mobilgarden ihm erklärte, daß dieselben sich zu seiner Disposition stellten und von Messenhauser keine Befehle mehr annehmen würden. Die Deputation forderte Fenneberg auf, das Ober-Commando zu übernehmen. Dr. Becher, Redacteur der Zeitschrift: „Der Radikale", war Sprecher dieser Deputation.

Fenneberg erklärte sich bereit, das Ober-Commando zu übernehmen, aber nur unter der Bedingung, wenn Messenhauser schriftlich seine Abdankung erkläre.

Es wurde sofort eine Deputation an Messenhauser gesendet, welcher sich auf dem Observatorium im St. Stephansthurm befand. Die Deputation erklärte Messenhauser, daß sie im Auftrage der Mobilgarden und der akademischen Legion ihm den Wunsch ausspreche, er möge abdanken, da er das Vertrauen verloren habe.

Messenhauser erwiderte mit der größten kaltblütigsten Ruhe, es sei gegen seine Ueberzeugung und sein Gewissen, den Kampf fortzusetzen, er könne auf eine Abdankung nicht eingehen, da

er von Seiten der gesammten Nationalgarde und des Reichstages zum Ober-Commandanten gewählt sei.

Die Weigerung Messenhausers erregte eine große Wuth, besonders unter den Freicorps und der Legion. Das Studenten-Comité beschloß, noch eine Deputation zu Messenhauser zu senden, und setzte zu diesem Zweck eine Adresse schriftlich auf.

Während dieser Zeit hatte eine Abtheilung des Eliten-Corps den Stephansthurm cernirt, um sich Messenhausers und aller Derer zu bemächtigen, welche mit ihm im Stephansthurm befindlich waren, und um dieselben als Verräther in Haft zu bringen.

Ebenso hatte eine Abtheilung des Sternau'schen Freicorps, welches meistens aus übergegangenen Soldaten bestand, alle Zugänge zum Gemeinderaths-Gebäude, so wie die anstoßenden Gassen, besetzt, um den Gemeinderath gefangen zu nehmen.

Die Erbitterung gegen Messenhauser hatte sich auf das Höchste gesteigert. Die Deputation des Studenten-Ausschusses, der sich die Deputationen der Mobilgarde und des Eliten-Corps angeschlossen hatten, stieg, vollkommen bewaffnet, den Stephansthurm hinauf, und verlangte mit drohenden Worten, Messenhauser solle augenblicklich abdanken.

Messenhauser ließ sich indessen von diesen drohenden Worten nicht einschüchtern; erst als er aus der ganzen Stimmung der Deputation und Derer, die den Stephansthurm umringten, sah, daß seine augenblickliche Abdankung unerläßlich sei, wenn er nicht die größten Gewaltthätigkeiten befürchten wollte, unterzeichnete er seine Abdankung auf der Rückseite desselben Blattes, welches die Mißtrauens-Adresse gegen ihn enthielt.

Sobald die Abdankung auf der Aula anlangte, theilte Fenneberg dieselbe den versammelten Mobilgarden mit und wurde nun durch Acclamation zum Commandanten gewählt. Er zeigte dies dem Gemeinderath und dem Reichstags-Ausschuß an und bildete sich einen Generalstab, mit dem er sofort in Kriegsrath trat.

Das Resultat dieses Kriegsraths war die Ueberzeugung, daß Wien sich in einem Verzweiflungskampf wohl noch vier Tage halten könne; wenn die Ungarn einen Sieg erfochten hätten, so würden dieselben am Abend dieses oder am Morgen des folgenden Tages unter den Mauern Wiens erscheinen; seien die Ungarn besiegt worden, so würde eine weitere Behauptung der Stadt vollkommen nutzlos sein, und es sei dann nothwendig, die Stadt zu übergeben. Um indessen zur vollkommenen Ueberzeugung, wie es mit den Ungarn stehe, zu gelangen, ließ Fenneberg vom Observatorium des St. Stephansthurmes fortwährend Raketen-Signale aufsteigen. Nach 8 Uhr ließ er sogar das ganze obere Gerüst des Stephansthurmes mit griechischem Feuer beleuchten und von den Wällen Kanonenschüsse thun, aber alle diese Signale blieben vollkommen unbeantwortet.

Während sich so Fenneberg schon als vollkommen berechtigter Nationalgarde-Ober-Commandant betrachtete, waren die sämmtlichen Ober-Offiziere und die Bezirks-Chefs im Vorzimmer des Ober-Commandanten Messenhauser zu einer Berathung zusammengekommen. Sie erklärten fast einstimmig, daß die Abdankung Messenhausers eine ungesetzliche sei, und baten ihn, auf seinem Posten zu bleiben. Messenhauser wollte dies anfangs nicht, da aber auch der Reichstags-Ausschuß und der Gemeinderath dasselbe wünschten, da die Ernennung

Fennebergs von der gesammten Nationalgarde als ungültig erklärt wurde, und sich überhaupt das größte Mißtrauen gegen den als zu radikal bekannten Fenneberg kundgab, so gab Messenhauser nach, indem er mit Fenneberg gemeinschaftlich das Ober-Commando wieder übernahm, um auf diese Weise die Nationalgarde mit den Mobilgarden und der akademischen Legion zu versöhnen.

Schon am frühesten Morgen des 31. wurde vom Gemeinderath die Wiederernennung Messenhausers an die Ecken Wiens angeschlagen. Auch Messenhauser erklärte in einer Proclamation die Nothwendigkeit der Uebergabe der Stadt. Dasselbe erklärte ein Plakat, von Messenhauser, Fenneberg und dem Gemeinderath gemeinschaftlich herausgegeben, welches mit den Worten schloß:

„Legt die Waffen nieder, und zeigt den einrückenden Waffenmännern, daß der Ordnungssinn, der wahre Heldenmuth sich dem Unabwendbaren männlich fügt. Zeigt, daß Ihr der Freiheit werth seid, und sie wird, sie muß Euch werden.“

Zu gleicher Zeit machte Messenhauser eine Proclamation des Fürsten Windischgrätz bekannt, welche aus dem Standquartier Hetzendorf datirt war.

Der Fürst Windischgrätz erklärte in dieser Proclamation, daß ein Corps der ungarischen Insurgenten es gewagt habe, den österreichischen Boden zu betreten und bis gegen die Schwechat vorzudringen; es sei dasselbe indessen geschlagen worden. Der Fürst verlangte jetzt, als weitere Bedingung der Capitulation, noch die Auslieferung der folgenden zwölf Männer, nämlich: Messenhauser, Fenneberg, Haug, Hammer-

schmidt, Kuchenbäcker, Wutzel, Engländer, Teutsch, Hauck, Braun, Gritzner und Aigner.

Die Proclamation des Fürsten Windischgrätz beruhte in der That auf Wahrheit. Die Ungarn waren geschlagen; sie waren mit einem zu schwachen Heere gegen die ungeheure kaiserliche Armee vorgedrungen, und hatten von Seiten Wiens nach den Verlusten des 28. Oktobers nicht unterstützt werden können, sie waren zu spät gekommen. Auf das Tapferste hatten sie gekämpft; sie hatten das Dorf Manswörth im Sturm genommen, hatten die Feinde von den Höhen der Schwechat verjagt; der linke Flügel, welcher mit großen Massen bedroht worden war, hatte sich gehalten; aber gegen 4 Uhr hatte die ungarische Armee einsehen müssen, daß es nicht länger möglich sei, sich dieser großen Armee gegenüber zu halten, welche besonders an Kavallerie weit überlegen und im Stande war, die Flanken der Ungarn zu umgehen. Es kam daher der Rückzugsbefehl, und die ungarische Armee zog sich geordnet in ihre frühere Stellung, bei Parendorf hinter die Leitha, zurück.

So war denn die letzte Hoffnung der Wiener vernichtet; an eine Hülfe durch die Ungarn war jetzt nicht mehr zu denken; aber noch immer glaubten die feurigen Kämpfer für die Freiheit nicht daran, noch immer hielten sie alle Nachrichten, welche diese trostlose Lage der Stadt aussprachen, für erlogen, für Verrath, und alle Diejenigen, welche sich bemühten, die Wahrheit kund zu geben, sahen sich den größten Beleidigungen, ja Mißhandlungen von den wüthenden Arbeitern ausgesetzt.

So verging die Nacht vom 30. bis zum 31. Oktober unter steten Hoffnungen auf das Erscheinen der Ungarn.

Die Nacht vom 30. zum 31. Oktober war eine der qualvollsten, welche das unglückliche Wien je erlebt hatte, eine Nacht voll der furchtbarsten Spannung, denn jeder Wiener war sich bewußt, daß der 31. Oktober der Entscheidungstag des grausenhaften Kampfes sein würde.

Die Nationalgarden, so wie überhaupt fast die gesammte Bürgerschaft Wiens, hatten längst eingesehen, daß ein Halten der Stadt nicht mehr möglich sei; sie hatten sich daher gern der Capitulation angeschlossen und sich zurückgezogen von den Basteien.

Das Proletariat dagegen, die Mobilgarden, ein Theil der akademischen Legion und besonders die übergetretenen Soldaten wollten unter keiner Bedingung von einer Capitulation etwas wissen.

Da die Bürger und Nationalgarden sich schon fast sämmtlich zurückgezogen, da sie ihre Waffen abgelegt hatten, so herrschte in jener Nacht in Wien lediglich das Proletariat.

Die Mobilgarden zogen haufenweise durch die Straßen, drangen in die Häuser ein und holten aus denselben alle Diejenigen heraus, welche sie für kampffähig hielten und von denen sie glaubten, daß sie sich aus Feigheit vom Kampf zurückgezogen hätten. Niemand durfte unbewaffnet auf der Straße gehen, ohne befürchten zu müssen, gemißhandelt zu werden.

Eine Menge von Frauenzimmern, welche ebenfalls bis an die Zähne bewaffnet waren, befanden sich unter diesen wüsten Haufen; andere standen sogar auf den Basteien und am Universitätsplatz mit dem Gewehr im Arm Wache.

Vergeblich bemühten sich die Ober-Commandanten, um einen Bruch der Capitulation, ein Gefecht am 31. unmöglich

zu machen, die Geschütze von den Basteien wegzuholen. Nur durch List gelang es ihnen an einzelnen Stellen, die Kanonen wegfahren und nach dem Zeughause bringen zu lassen, indem Garde-Offiziere nach den Basteien geschickt wurden, mit dem Vorgeben, es seien die Geschütze auf anderen Stellen der Wälle nothwendig.

So verging die Nacht. — Gegen Morgen waren die meisten Proletarier-Gruppen auf den Basteien und an den verschiedenen Barrikaden in tiefen Schlaf gesunken, und es wäre den Kaiserlichen leicht gewesen, die Stadt zu überrumpeln, wenn sie dies irgend gewollt hätten.

Wir müssen hierbei noch erwähnen, daß, eine so furchtbare Anarchie auch in jener Nacht in Wien herrschte, eine so unbedingte Alleinherrschaft das Proletariat in der Stadt führte, daß dennoch kein Diebstahl vorgekommen ist. „Heilig ist das Eigenthum!" stand fast an allen Läden, fast an allen Hausthüren, und die Proletarier befolgten dieses Gesetz, welches sie sich selbst gegeben hatten, auf das Heiligste.

Gegen Morgen des 31. Oktober erließ der Gemeinderath abermals eine Proclamation. Derselbe hatte am Morgen wiederum eine Deputation an den Fürsten Windischgrätz geschickt und hatte ihm anzeigen lassen, daß die Mehrzahl der Bürger Wiens den besten Willen habe, alle Bedingungen des Feldmarschalls ohne die geringste Weigerung zu erfüllen, aber die Bürgerschaft vermöge der Macht des Proletariats nicht mehr zu widerstehen, und bitte daher den Fürsten für sich selbst wenigstens um Schonung.

Der Gemeinderath erließ eine Proclamation, in welcher er der Bevölkerung Wiens die Forderungen des Fürsten Windischgrätz mittheilte, welche jetzt darin bestanden, daß auf dem

Stephansthurm eine große schwarzgelbe Fahne und bei allen Linien und Thoren weiße Fahnen zum Zeichen der friedlichen Unterwerfung aufzustecken seien; daß die Entwaffnung vorzunehmen sei und sämmtliche Munition übergeben werde, und daß der Gemeinderath alle Kassen übernehme.

Der Gemeinderath knüpfte hieran noch einmal die Aufforderung zur friedlichen Unterwerfung.

Andere Proclamationen von Ernst Haug, dem Chef des Generalstabes, und Messenhauser, baten ebenfalls das Volk von Wien, die Capitulation zu achten und sich der traurigen Nothwendigkeit zu fügen. Ein fernerer Kampf sei unmöglich. Messenhauser theilte zu gleicher Zeit die Proclamation des Fürsten Windischgrätz mit, in welcher dieser am 30. Oktober die Besiegung der Ungarn anzeigte.

Auch Fenneberg bemühte sich nach Kräften, jedem nutzlosen Kampf Einhalt zu thun; seine Bemühungen wären ihm ohne die treulose Handlungsweise des Gemeinderaths vielleicht gelungen. So fest der Gemeinderath der Mobilgarde und besonders den übergegangenen Soldaten versprochen hatte, mit Geldmitteln für dieselben zu sorgen, so weigerte er sich doch am Morgen des 31. Oktobers, denen, welche sich flüchten wollten, mit Geld beizustehen.

Es wurden dadurch die am meisten Compromittirten, Diejenigen, welche auf das Proletariat den meisten Einfluß hatten, zur Verzweiflung getrieben, und alle Mahnungen der Anführer, vom Kampfe abzustehen, waren daher vergeblich.

Das Gerücht, die Ungarn seien nicht besiegt, sie seien wieder im Anzug auf Wien, verbreitete sich schnell durch alle Straßen der Stadt, und wieder ergriffen Viele die Waffen,

welche schon dieselben niedergelegt hatten, welche zur Aufrechthaltung der Capitulation fest entschlossen gewesen waren.

Schon gegen 8 Uhr begann in einigen Vorstädten ein neuer Kampf gegen die kaiserlichen Truppen. Man hörte bei Lerchenfeld und Mehringen wieder Kanonendonner.

Eine unbeschreibliche Verwirrung herrschte während des ganzen Vormittags in der Stadt.

Hier zogen Haufen von Proletariern, von Mobilgarden durch die Straßen, Jeden, der ihnen begegnete, zwingend, ihnen zu folgen, um an der Vertheidigung der Stadt Theil zu nehmen.

Dort kamen wieder Gruppen von Municipalgarden, welche sich bemühten, einzelne Bewaffnete zu entwaffnen, damit die Capitulation aufrecht erhalten werde.

Zwischen diesen einzelnen Parteien kam es an mehreren Orten zum Kampf. Schon wütheten die Vertheidiger derselben Sache gegen einander, der Ausgang jedes Kampfes war daher leicht ersichtlich.

Auf der Universität und in der Aula war das Studenten-Comité versammelt; dorthin richteten sich viele der Mobilgarden, um sich Raths zu erholen. Das Comité erklärte, es könne keine weiteren Befehle ertheilen, denn die Capitulation sei geschlossen. Diese Weisung erregte indessen unter den Mobilgarden eine fürchterliche Wuth, und eine Abtheilung des demokratischen Freicorps zog trotzdem nach dem Stephansthurm und ließ von demselben die Sturmglocken läuten, um das Zeichen zum Angriff zu geben.

Mehrere Hauptleute der Mobilgarde eilten auf die Basteien und befahlen den Angriff, dann kamen wieder Adjutanten des Ober-Commandos und befahlen, daß unter keiner

Bedingung gegen die kaiserlichen Truppen geschossen werden solle; kurz, es herrschte in der Stadt eine entsetzliche, unbeschreibliche Verwirrung.

Gegen halb 12 Uhr Mittags begann auf der rothen Thurm-Bastei zuerst eine heftige Kanonade auf die Leopoldstadt. Viele Munition wurde hier unnütz verfeuert, indem man die Schüsse schon auf Häuser richtete, in denen kaiserliche Truppen vermuthet wurden.

Die Truppen hatten sich längere Zeit fast passiv verhalten, indem der Gemeinderath den Fürsten Windischgrätz ersucht hatte, den Kampf am 31. noch nicht zu beginnen, da sichere Hoffnung vorhanden sei, die Mobilgarden würden sich im Laufe des 31. beruhigen und würden eingehen auf die Capitulation.

Nur die Vorstadt Wieden war von den Kaiserlichen ohne Kampf besetzt worden. Als aber von Seiten der Städter die Leopoldstadt so wüthend beschossen wurde, als auch an anderen Theilen der Stadt Angriffe gegen die kaiserlichen Truppen gemacht wurden, da drangen diese vor und hatten bald die Vorstädte in ihrer Gewalt.

Gegen 1 Uhr begann das Bombardement der Stadt. Eine furchtbare Menge von Bomben und Congreveschen Raketen fielen in das Innere der Stadt, welche nur schwach das Feuern der Kaiserlichen zu erwidern vermochte, da bereits die Munition fast vollständig ausgegangen war.

Vergeblich bemühte sich der Ober-Commandant, vergeblich bemühte sich selbst Fenner von Fenneberg, ein Aufhören des Feuers zu erwirken, die Mobilgarden waren so wüthend, daß sie nicht zu bewegen waren, von dem hoffnungslosen Kampf zurückzutreten.

An einzelnen Stellen gelang es den Nationalgarden, weiße Fahnen auf die Wälle zu stecken, aber bald wurden diese wieder herabgerissen und die Nationalgarden von der Mobilgarde zurückgetrieben.

Gegen 2 Uhr wurden von den Mobilgarden Kanonen auf den Stephansplatz aufgefahren, um alle Diejenigen niederzuschießen, welche etwa eine gewaltsame Entwaffnung des Volkes herbeizuführen wünschten.

Wieder gelang es einer Abtheilung der Nationalgarde, weiße Fahnen als Zeichen der Ergebung auf die Burg-Bastei aufzupflanzen. Eine neue Deputation des Gemeinderaths hatte sich vor das Burgthor begeben, um dem Fürsten Windischgrätz eine officielle Anzeige von der Uebergabe der Stadt zu machen; das Militair rückte näher heran, da wurde wieder die Nationalgarde von der Mobilgarde von der Bastei vertrieben; die Deputation war noch kaum bei den kaiserlichen Vorposten angelangt, da wurden Kanonen von der Burg-Bastei abgeschossen, ein furchtbarer Kartätschen-Hagel wüthete unter den Colonnen des bis auf halbe Schußweite genäherten Militairs und schmetterte ganze Reihen nieder.

Die Bomben und Raketen fielen immer dichter in die Stadt; die kaiserliche Burg war denselben am meisten ausgesetzt und bald stieg aus derselben eine Rauchsäule hervor; — eine Congreve'sche Rakete hatte gezündet. Ebenso wurden das Palais des Grafen Collowrat und mehrere andere Gebäude von dem Feuer ergriffen.

In das Burgthor wurde Bresche geschossen und die Vertheidiger desselben mußten fliehen. Zwei Bataillone Grenzer (Ottochaner) rückten im Sturmschritt vor und drangen durch das Burgthor in die Stadt ein; es war Abends gegen 6 Uhr.

Auch durch das Kärnthnerthor drang das Militair in die Stadt und wurde in der Kärnthnerstraße von den schwarzgelben Einwohnern mit Vivats und dem Wehen weißer Tücher empfangen. —

So war denn Wien gefallen, die Stadt war in den Händen der Kaiserlichen und bot bald ein wunderbares, eigenthümliches Schauspiel dar.

Während vorher Alles sich zu bewaffnen gestrebt hatte, Alles sich zum Kampfe vorbereitet hatte, suchte jetzt Jedermann sich das möglichst friedliche Aussehen zu geben, suchte Jeder alle Zeichen, welche eine Theilnahme am Kampfe verriethen, von sich abzuwälzen.

Messenhauser und Fenneberg erließen eine Proclamation, in welcher sie erklärten, daß sie feierlich gegen jede Zumuthung protestirten, als sei der am 31. Oktober von Seiten einzelner mobilen Corps geschehene Bruch der Capitulation auf ihren Befehl geschehen; sie forderten den Gemeinderath auf, zu bezeugen, daß sie im Gegentheil seit dem frühesten Morgen fortwährend mit Entwaffnung der Garden beschäftigt gewesen seien.

Die Mobilgarden warfen überall die Waffen fort, überall, in allen Straßen, fand man Gewehre, Munitionsstücke, Calabreser, kurz, alle die Zeichen, welche eine Theilnahme der Besitzer am Kampfe verriethen, bunt durcheinander auf dem Pflaster.

Die bekannten Führer der Demokratie und der Mobilgarde, welche die furchtbare Rache des Fürsten Windischgrätz ahnten, bemühten sich auf's Aeußerste, sich unkenntlich zu machen und wo möglich die Stadt zu verlassen, um zu fliehen. Die meisten der schönen Bärte fielen an jenem Abend

unter der Scheere und dem Messer des Barbiers. Alle Geschichtsschreiber der Wiener Oktober-Revolution versichern einstimmig, daß sie mit größter Ueberraschung oft nur an der Stimme die einzelnen bekannten Führer der Demokratie am Abend des 31. Oktober erkannt hätten.

Die Thore der Stadt wurden von den kaiserlichen Truppen abgesperrt, und alle Diejenigen, welche sich in der Stadt befanden, mußten in derselben bleiben; man wollte die Flucht der Haupt-Betheiligten beim Aufstande verhindern.

Einigen derselben gelang es indessen, trotz dieser Vorsichtsmaßregeln, zu enkommen; so soll zum Beispiel Fenner von Fenneberg dadurch fortgekommen sein, daß er in einem Backtrog, mit Brodteig überdeckt, zum Thore hinausgetragen wurde.

Vielfache Verhaftungen wurden noch im Laufe des Abends und der Nacht zum 1. November vorgenommen, ein Vorspiel dessen, was in den nächsten Tagen geschehen sollte.

Die kaiserlichen Truppen bemühten sich indessen, in Verbindung mit den Bürgern, die in Folge des Bombardements ausgebrochenen Feuersbrünste möglichst zu löschen.

Wien war am Abend des 31. Oktober wieder so ruhig, wie selten vorher; die Gasthäuser waren überfüllt; die gemüthlichen Bewohner der Stadt ahnten nicht, wie furchtbar der Belagerungszustand in den folgenden Tagen sie bedrücken sollte. —

16.

Am 1. November und in den folgenden Tagen bot Wien vollständig das Bild einer vom Feinde eroberten Stadt dar.

Hoch von dem Stephansthurm wehte eine große schwarzgelbe Fahne als Zeichen des Sieges über die Revolutions-Partei, welche die Farben Roth, Schwarz, Gold zu den ihrigen gemacht hatte.

Auf den Straßen war es am 1. noch belebt, aber die Menschenmengen, welche sich auf denselben bewegten, hatten ein ganz anderes Ansehen, als an den früheren Tagen; man sah fast nur fein angezogene Männer und Frauen. Die Schwarzgelben, die Reactionaire kamen plötzlich wieder aus den Häusern hervor, in denen sie so lange sich verschlossen hatten, und jubelten laut über die glückliche Einnahme der Stadt, laut darüber, daß sie erlöst wären von der Proletarier-Herrschaft.

Von den Demokraten und Proletariern sah man fast Nichts, denn Jeder, der nur irgend einen feinen Rock hatte, zog denselben an, um den Verdacht einer Theilnahme am Kampfe von sich abzuwälzen. Die schwarz-roth-goldenen Bänder, die langen Bärte, die Calabreser-Hüte waren plötzlich verschwunden, und elegante Cylinder-Hüte, von den Wienern deshalb spottweise Angst-Hüte genannt, waren an die Stelle der sogenannten, mit Federn versehenen, Stürmer getreten.

Das Volk sah alle diese Veränderungen mit Schweigen und Staunen an; man sprach wenig, nur der laute Jubel der Schwarzgelben ließ sich hören, denn die demokratische Partei hielt sich völlig still, sie befürchtete mit Recht die grausame Rache des Fürsten Windischgrätz.

Unzählige Polizei-Spione waren plötzlich wieder aufgetaucht und bewegten sich unter den Menschenmengen. Besonders eigenthümlich war es, wie mit dem 1. November die

vorher von Plakaten starrenden Straßen-Ecken gänzlich leer waren. Die Straßen-Literatur hatte mit diesem Tage aufgehört zu existiren. Die Gasthäuser waren sehr besucht, aber auch sie boten ein seltsam verändertes Bild dar. Während früher in allen Schenken laut politisirt wurde, hörte man jetzt nur wenige leise geflüsterte Worte; von Politik war fast nicht die Rede. Während früher die radikalen Blätter überall ausgelegt und viel gelesen waren, traf man jetzt fast nur conservative Zeitungen und selbst die der äußersten Reaction auf den Tischen des Hauses liegen.

Am wohlsten fühlten sich in Wien die Soldaten, welche von dem langweiligen Lagerleben erlöst waren.

Alle öffentlichen Plätze waren mit Truppen-Abtheilungen besetzt, ebenso die Thore und die Basteien. Die Thore waren fest geschlossen; nur Militair-Personen wurde der Ein- und Ausgang gestattet, denn Fürst Windischgrätz wollte die Aufrührer nicht entkommen lassen.

Abends wurden von den Soldaten auf den freien Plätzen förmliche Lager eingerichtet, Wachtfeuer brannten, um welche die Croaten-Horden des Banus Jellachich sich lagerten.

Gegen Mittag zertrümmerten die Soldaten den großen Gas-Candelaber vor dem Kriegsgebäude, an welchem Graf Latour aufgehängt worden war. Sie rissen ihn vollständig aus der Erde heraus und schlugen ihn in kleine Stücke, die sie sich zum Andenken mitnahmen.

So verging der erste Tag des Belagerungs-Zustandes von Wien, ohne daß noch immer die Wiener ahnten, wie furchtbar dieser Zustand ihnen in der Folge werden sollte. —

Mit jedem folgenden Tage wurden die Maßregeln der

Militair-Herrschaft in Wien drückender, mit jedem folgenden Tage unerträglicher.

Fürst Windischgrätz erließ am 2. November zwei Proclamationen, in welchen er für die kleinsten Vergehen das Kriegsgericht androhte. Wer seine Waffen, gleichviel, ob Privatwaffen oder Staatswaffen, nicht ablieferte, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Hauseigenthümer, welche einen Bewohner in ihrem Hause verbargen, ohne ihn der Polizei zu melden, wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, kurz, alle, auch die geringsten Vergehen, wurden mit dem Kriegsgericht bedroht, und Fürst Windischgrätz machte mit dieser Drohung Ernst.

Das fröhliche Leben, welches früher in Wien geherrscht hatte, welches schon durch die Oktober-Revolution gedämpft worden war, machte jetzt einem tiefen, unheimlichen Schweigen in der ganzen Stadt Platz. Niemand wagte mehr zu sprechen, denn jedes freie Wort konnte die Veranlassung geben, vor ein unerbittliches Kriegsgericht gestellt zu werden. In allen Straßen, in allen Caffeehäusern schlichen Spione herum, das Metternich'sche Polizei-Spionir-System kam wieder in vollen Glanz.

Die Führer des Aufstandes der Demokratie wurden überall aufgesucht, wie sehr sie sich auch zu verbergen bemühten; besonders in den kleinen verborgenen Straßen wurden alle Häuser auf das Genaueste untersucht und durchspionirt. An den Thoren wurde die höchste Controlle gehandhabt und erst nach mehreren Tagen wurde die Passage wieder freigegeben. Außerdem wurde überall nach Waffen gesucht.

Die Literatur wurde vollkommen unterdrückt, die Bücher-

Ballen wurden den Buchhändlern vorenthalten, die gesammte Presse stand unter der Militair-Despotie eines Fürsten Windischgrätz.

Windischgrätz sollte aber bald genug auch zeigen, daß es ihm mit diesen Maßregeln nicht genug sei, daß er, der die Hauptstadt Oesterreichs hatte bombardiren und mit Brand-Raketen beschießen lassen, sein Blut-Regiment fortzusetzen beabsichtige. Die standrechtlichen Erschießungen begannen, und sie wurden fortgesetzt, auch nachdem Fürst Windischgrätz Wien verlassen hatte, nachdem an seine Stelle Feldmarschall Welden getreten war.

Das erste Todesurtheil, welches vollstreckt wurde, betraf Robert Blum. Der unverletzliche Abgeordnete des Deutschen Volkes zur Frankfurter Reichs-Versammlung wurde durch standrechtliches Erkenntniß zum Tode verurtheilt — und am 9. November erschossen. — Eine That, die Entsetzen verbreitet hat über ganz Europa und den Namen des fürstlichen Mörders dem Haß und der Verachtung preisgegeben hat für immerdar.

Robert Blum hatte mit Fröbel Wien, wie wir aus den späteren Darstellungen Fröbel's ersehen werden, nicht verlassen; er war am 4. November gefangen genommen worden und harrte nun muthig des Gerichts.

Am Morgen des 9. November 5 Uhr wurde ihm das Todesurtheil verkündet, welches ausgesprochen war durch die standrechtliche Commission, welcher der Major Cordier präsidirt hatte.

Blum empfing die Verkündigung des Todesurtheils mit der höchsten Ruhe, indem er sagte: „Es trifft mich nicht unerwartet.“ Ein katholischer Geistlicher wollte Blum die

Beichte abnehmen, er weigerte sich indessen derselben, da er Deutschkatholik war.

Blum schrieb hierauf den folgenden Brief an seine Frau:

„Mein theures, gutes, liebes Weib, lebe wohl! wohl für die Zeit, die man ewig nennt, die es aber nicht sein wird. Erziehe unsere — jetzt nur Deine Kinder zu edeln Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. Unser kleines Vermögen verkaufe mit Hülfe unserer Freunde. Gott und gute Menschen werden Euch ja helfen. Alles, was ich empfinde, rinnt in Thränen dahin, daher nur nochmals: leb' wohl, theures Weib! Betrachte unsere Kinder als theures Vermächtniß, mit dem Du wuchern mußt, und ehre so Deinen treuen Gatten. Leb' wohl, leb' wohl! Tausend, tausend, die **letzten** Küsse von

Deinem

Robert.

Wien, den 9. November 1848, Morgens 5 Uhr,
um 6 Uhr habe ich vollendet.

Die Ringe hatte ich vergessen; ich drücke Dir den letzten Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Ida, die Kette für Alfred, als Andenken. Alle sonstigen Andenken vertheile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl! wohl!"

Nachdem Blum diesen Brief geschrieben, besprach er sich mit dem Geistlichen in der ruhigsten Fassung über die Unsterblichkeit der Seele. Bald darauf wurde er, begleitet von drei Jägern und einem Offizier, nach der Brigittenau geführt. Auf dem Wege nach dem Richtplatze stand er mehrere Mal

still und holte tief Athem; daselbst angelangt, bat er, daß man ihm die Augen nicht verbinden möge, aber der Offizier erwiderte ihm, diesem Wunsche könne nicht gewillfahrt werden, da die Soldaten besser zielen könnten, und Blum band sich nun selbst das Tuch um die Augen. —

So stand er bereit, die tödtlichen Schüsse zu empfangen, da trat der Profoß zum Obersten mit den Worten: „Ich bitte um Gnade für den armen Sünder."

„Nein!" war die kurze Antwort.

Dreimal wiederholte der Profoß seine Bitte, dreimal der Oberst seine abschlägliche Antwort, indem er zuletzt hinzufügte: „Bei den Menschen ist keine Gnade mehr, bei Gott allein ist Gnade." Dann wurde „Feuer!" kommandirt. —

Von drei Kugeln getroffen, sank Blum nieder; die eine traf ihn in der Stirn, die anderen durchbohrten seine Brust. — Die letzten Worte Robert Blums waren die:

„Aus jedem Blutstropfen von mir wird ein Freiheits-Märtyrer entstehen."

Mögen diese Worte eine Wahrheit werden, möge er beim Scheiden von seinem geliebten Volke prophetisch in dessen Zukunft geschaut haben. —

Die Kunde von Robert Blums Erschießung durchdrang bald die ganze Stadt und erregte in derselben ein furchtbares Entsetzen; denn wenn der Abgeordnete des Deutschen Volkes dem Mörder-Regiment des Fürsten Windischgrätz erlag, was sollte dann werden aus den übrigen Theilnehmern an dem Aufstande, deren schon mehr als Tausend nach und nach eingefangen und in die Kerker geworfen waren?

Auch Fröbel war mit Robert Blum gemeinschaftlich gefangen genommen worden, auch für ihn fürchtete man dasselbe

Schicksal, welches Blum betroffen hatte; er wurde indessen vollständig begnadigt, und seine Erlebnisse, die Art seiner Behandlung theilen wir dem Leser durch die Rede mit, welche er am 18. November in der National-Versammlung zu Frankfurt über diesen Gegenstand hielt; sie giebt uns ein klares Bild der Zustände in den letzten Tagen des Oktobers und den ersten des Novembers in Wien.

„Meine Herren!

Sie haben beschlossen, den Bericht, welchen ich Ihrer Versammlung angeboten habe, anzuhören. Befürchten Sie nicht, daß ich in demselben weitläufig sein und mich auf Schilderung von Einzelnheiten, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Hauptsache stehen, einlassen werde. Es ist ein einziger Punkt, welcher vor diese hohe Versammlung gehört: ob und inwiefern das Reichsgesetz vom 30. September durch die Verwickelungen, in die ich in Wien in Gemeinschaft mit Robert Blum gekommen bin, verletzt worden ist. Ich werde meine ganze Darstellung in diesem einzigen Punkte concentriren und von den Einzelnheiten nur das anführen, was Sie in den Stand setzt, genau zu sehen, inwiefern das später Erfolgte motivirt war. Es ist Ihnen bekannt, ich brauche darüber kein Wort zu verlieren, was die Veranlassung meiner und Blums Reise nach Wien war. (Stimmen von der Rechten: Nein!) Ich habe die Bekanntschaft damit voraussetzen zu können geglaubt. Wenn das nicht der Fall ist, werde ich in der Kürze diese Veranlassung erzählen. Nachdem der Antrag des Abgeordneten Berger gefallen war: daß die National-Versammlung aussprechen solle, die Stadt Wien habe sich durch ihre letzte Erhebung um das Vaterland ver-

dient gemacht, beschloß die linke Seite dieser Versammlung, von sich aus eine Deputation nach Wien zu senden, um die Erklärung ihrer Sympathie mit der Wiener Revolution auszusprechen. Die beiden Fractionen der Linken, welche im „Donnersberg" und im „Deutschen Hof" ihre Zusammenkünfte halten, vereinigten sich zu diesem Zweck. Von der einen wurde Robert Blum, von der anderen ich gewählt, um eine kurze Adresse im Sinne dessen, was ich gesagt habe, nach Wien zu bringen. Zwei andere Mitglieder, die Herren Hartmann und Trampusch, haben uns begleitet und sich unserer Deputation angeschlossen. Wir sind am 13. von hier abgereist und am 17. in Wien angekommen. Dort haben wir diese Adressen dem permanenten Ausschuß des Reichstags, dem Ober-Commando, dem Gemeinderath und dem Studenten-Ausschuß mitgetheilt. Der permanente Ausschuß des Reichstags hat noch am gleichen Tage, eine Stunde später, in seinem täglichen Rechenschafts-Bericht unsere Adresse dem Reichstag selbst mitgetheilt, der dieselbe mit allgemeiner Acclamation aufgenommen hat. Nachdem wir die Tage des 17., 18. und 19. Oktobers dazu verwendet hatten, unseren Auftrag zu vollziehen, waren wir am 20. bereit, Wien wieder zu verlassen. Ich muß auf diesen Umstand aufmerksam machen. Ich selbst bin mit Robert Blum bei dem sächsischen Gesandten gewesen, wo sich Blum einen Paß hat geben lassen, was auch ich beabsichtigte, weil mir die Legitimationskarte als Mitglied der National-Versammlung nicht sichernd schien, da selbst Wiener Abgeordnete wegen dieser Eigenschaft auf der Reise vom Militair mißhandelt worden waren. Der Paß wurde mir verweigert, weil ich kein Sachse sei. Ich bin hierauf zum Ober-Commando gegangen und habe mir für

mich und meine drei Begleiter Passirscheine erbeten, die auf drei Tage lauteten, und die ich bei mir führte, weil wir immer mit dem Gedanken umgingen, Wien zu verlassen. Wir führten ihn nicht aus, da wir fortwährend hörten, daß es unmöglich sei, ohne Mißhandlung durch das Heer zu kommen. Die Tage vom 20. bis zum 26. vergingen auf diese Weise in der Ungewißheit, ob es möglich sei, abzureisen. Ich werde in meinem Bericht ganz offen sein auch in den Beziehungen, welche mich bei der rechten Seite dieses Hauses in ein nachtheiliges Licht stellen. Ich bemerke also offen, daß, nachdem wir uns überzeugt hatten, wie es nicht möglich sei, abzureisen, ich mich entschlossen habe, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Ich bin in der weiteren Erwartung der Dinge gewesen, und es war am 26., wo Blum und ich durch einen Hauptmann außer Diensten Namens Hauk, welcher beordert war, ein Eliten-Corps zu bilden, aufgefordert wurden, diesem Corps beizutreten. Durch den genannten Commandanten dieses Corps, welches aus vier Compagnieen bestand, sind wir zu Hauptleuten ernannt worden. Blum hatte die erste, ich die dritte Compagnie. Nach dem Organisations-Patent war dieses Corps dazu bestimmt, die Ruhe und Ordnung in der Stadt zu sichern. Es war dies eine höchst wichtige und nicht minder gefährliche Aufgabe, als den Truppen gegenüberzustehen. Schon Tags vorher ist aus mehreren Häusern auf Vorübergehende geschossen worden, man stürmte diese Häuser, ergriff Personen, welche man in ihnen fand, und wollte sie ohne Weiteres aufhängen. Es wurden an jenem Tage alle Männer, die unbewaffnet auf den Straßen angetroffen wurden, aufgegriffen und gezwungen, in irgend ein Corps der mobilen Garde zu treten. Auf diese Weise war Aussicht

vorhanden, daß in der Stadt selbst Unruhen ausbrechen würden, und die Aufgabe unseres Corps, Ruhe und Ordnung zu handhaben, forderte, wie ich schon erwähnte, eben so viel Muth und Energie, als selbst vor den Truppen zu stehen. Wir glaubten als Fremde, welche in der schwerbedrängten Stadt sich als Gäste aufhielten, die Pflicht zu haben und es unserer Ehre schuldig zu sein, an den allgemeinen Lasten Theil zu nehmen, und namentlich, da man uns gesagt hatte, daß man zur Unterstützung der Absicht auf unsere Namen Werth lege. Das Corps wurde aber sogleich auf andere Weise verwendet, die uns selbst in hohem Grade überrascht hat. Blum und ich wurden von einander getrennt. Wir kamen an die äußersten entgegengesetzten Punkte der Stadt, wo Barrikaden gebaut waren, an die gefährlichsten Orte, die überhaupt möglich waren. Ich will Sie nicht mit den Details dieser einige Tage andauernden militairischen Laufbahn unterhalten, sondern zur Hauptsache übergehen. Wir hatten die Ueberzeugung, die sich nachher als richtig bestätigt hat, daß die Stadt sich nicht werde halten können, weil sie verrathen war. Ich brauche diesen Ausdruck ohne Rücksicht auf irgend eine Partei, einfach zur Bezeichnung einer Zweideutigkeit in der Leitung der Dinge, welche nicht bestritten werden kann. Ich will Ihnen nur einige Thatsachen anführen, und Sie werden beistimmen, daß es kein anderes Wort giebt, um dieses Verfahren zu bezeichnen, als das Wort Verrath. Robert Blum stand den Croaten gegenüber. Er hatte fünf Kanonen, aber den strengsten Befehl in der Tasche, sie nicht zu gebrauchen. An der Barrikade, wo ich stand, hatte man meinen Leuten Patronen ohne Kugeln ausgetheilt. Ich selbst habe Kanonen-Patronen abgeliefert, die mit Sägespänen ge-

füllt waren. Nach solchen Thatsachen können Sie wohl denken, daß wir von dem Kampfe abstehen wollten. Unsere Activität hatte am 26. begonnen; am 28. Abends beschlossen wir, unsere Dimission einzureichen. Am 29. früh 6 Uhr ist dies von uns schriftlich geschehen, und die Dimission ist von dem Commandirenden des Corps angenommen worden. Nachdem dieses vorüber war, haben wir an dem, was weiter geschah, keinen Antheil genommen. Ich muß Sie hierauf aufmerksam machen, weil ich gehört habe, daß in Zeitungs-Berichten gesagt wurde, Blum hätte noch nach der Capitulation und während der Einnahme der Stadt unter Waffen gestanden und gefochten; das ist eine Unwahrheit. Wir haben die ganze Zeit vom 29. Oktober bis zum 4. November in unserem Gasthause zugebracht, mit wenigen Ausgängen in die Stadt. An dem ersten Tage nämlich haben wir es noch mehrmals gewagt, auf die Straße zu gehen. Da aber in der Stadt Gräuel verübt wurden, und man Gefahr laufen konnte, massacrirt zu werden, da man eine Physiognomie hatte, die den Soldaten nicht gefiel, entschlossen wir uns, nicht mehr auszugehen, und haben uns ruhig zu Hause gehalten. Wir haben während dieser Zeit, ich habe das Datum nicht, es wird wahrscheinlich am 2. November gewesen sein, ein Schreiben an den General Czoritsch gerichtet, von dem wir hörten, daß er Commandant der Stadt geworden sei. In diesem Schreiben erklärten wir, daß wir in Wien durch die Ereignisse gegen unsere Absicht zurückgehalten seien und so schnell als möglich nach Frankfurt zurückreisen möchten, und wir baten ihn um den nothwendigen Geleitschein, um die Reise mit Sicherheit machen zu können. Wir erhielten als Antwort ein Schreiben, welches uns an den General

Cordon wies. Wir richteten hierauf am 3. Nachmittags unsere Bitte an Letzteren, und am Morgen des 4. um 6 Uhr erschien ein Beamter der Stadthauptmannschaft in Begleitung von einem Hauptmann mit sechs bis acht Mann Soldaten vor unserer Thüre. Als wir öffneten, wurde uns der Verhaftsbefehl vorgezeigt, der auf der Rückseite unseres Briefes an den General Cordon geschrieben stand. Wir haben unsere Eigenschaft als Mitglieder der deutschen National-Versammlung durch eine kurze, mündliche Erklärung geltend gemacht, aber die Antwort erhalten, daß der Befehl zu unserer Verhaftung keine Rücksicht auf diese Protestation zulasse, worauf wir uns ruhig in das Gefängniß im Stabsstockhause haben abführen lassen. Dort haben wir vom 4. bis zum 8. Abends bei einer ziemlich rücksichtsvollen Behandlung zugebracht. Wir haben alle Bequemlichkeiten gehabt, die man in einer solchen Lage erwarten kann. Wir hatten das beste Zimmer des Hauses inne, welches eigentlich kein Gefängniß war. Am 8., Nachmittags 4 Uhr, gaben wir einen Protest an die Central-Untersuchungs-Commission ein, in welchem wir unsere Eigenschaft als Deputirte noch einmal schriftlich geltend machten und die Rechte dieser Versammlung feierlich gegen unsere Verhaftung und das weitere gerichtliche Verfahren gegen uns wahrten. Ich muß hier etwas nachholen. Wir haben am 5. ein Schreiben an das Präsidium dieser Versammlung abgehen lassen. Es ist der Commission eingehändigt worden. Ich glaube aber nicht, daß es hier angekommen ist. In diesem Schreiben haben wir unsere Verhaftung angezeigt, die wahrscheinlichen Gründe derselben angegeben, und die Versammlung aufgefordert, ihre Rechte in Bezug auf uns geltend zu machen. Der Protest aber, den wir am 8. eingegeben haben,

bildet eine entscheidende Wendung in der Sache. Dieser Protest ist allerdings berücksichtigt worden. Sie sehen es in dem Tode Blums, auf welche Weise. Blums Tod ist die augenblickliche Antwort auf diesen Protest. Der Protest wurde geschrieben um 4 Uhr, um 6 Uhr wurde Blum zum Verhör gerufen, um 8 Uhr war das Verhör aus, am anderen Morgen um 6 Uhr früh wurde ihm das Urtheil verkündigt, und er um 7 Uhr erschossen. Ich habe Blum nicht wieder gesehen von dem Augenblick, wo er zum Verhör geführt wurde, mit Ausnahme einer halben Minute, während der er in das Zimmer trat. Er wurde aber sogleich wieder abgeführt. Ich habe in Bezug auf den Protest noch etwas zu bemerken. Sie mögen selbst beurtheilen, welcher Werth darauf zu legen ist. Wir waren bis zum 8. früh in dem Gefängniß allein; da wurde ein anderer Gefangener zu uns hereingethan, der uns erklärte, er sei General-Adjutant von Messenhauser gewesen, er sei auch in Untersuchung, und da im Hause kein Platz mehr sei, habe man ihn zu uns gethan. Dieser Mann benahm sich sehr auffallend, er verlangte vielerlei von den Profoßen, welche die Aufsicht über uns führten, und seinen Forderungen wurde auf sonderbare Weise Folge geleistet. Dieser Mann führte das Gespräch fortwährend auf die Zeit, wo wir die Waffen geführt hatten, und trotz der Andeutungen, die ich Blum machte, war dieser offenherzig und theilte ihm Vieles mit. Unter Anderem fragte er Blum, ob wir auch als Hauptleute Feldbinden getragen, und wo er die seinige habe liegen lassen — kurz, es schien mir, als suche er gegen uns Beweismittel zu finden. Dieser Mann legte es Blum dringend ans Herz, daß wir einen Fehler begangen, indem wir nicht energisch genug protestirt und unsere Eigenschaft als

Deputirte nicht genug in den Vordergrund gestellt hätten. „Sie kennen,“ sagte er, „die österreichischen Behörden nicht. Wenn Sie energisch auftreten, so werden Sie sehen, daß Sie morgen frei sind.“ Ich war hierüber mit Blum verschiedener Meinung, und der Protest, welchen Blum aufsetzte, war mir nicht recht. Bei der Copie wurde auf meine Veranlassung am Schluß eine Stelle weggelassen, welche eine Drohung enthielt. Ich habe den Protest abgeschrieben und mir eine Copie behalten, die ich, trotzdem daß mir alle Effekten genommen wurden, in meiner Brieftasche behalten hatte, bis zu dem Augenblicke, wo mir das Urtheil gesprochen und ich freigesprochen wurde. Als ich zum Urtheil abgeführt wurde, hatte ich meine Papiere und Kleinigkeiten, die man mir gelassen hatte, in meinen Hut gethan, und ich fragte den Profoß, der die Thür des Gefängnisses offen stehen ließ, ob ich die Sachen liegen lassen sollte, worauf er es bejahte. Ich ging mit ihm fort, und als ich, nachdem mir die Freiheit gegeben war, wieder in das Gefängniß trat, um meine Effekten zu holen, waren alle Dinge da, mit Ausnahme der Copie des Protestes. Dies ist der Grund, warum ich Ihnen den Protest nicht nach seinem Wortlaute mittheilen kann.

Ich fahre im Hauptfaden der Erzählung fort. Am 8. um 4 Uhr hatten wir den Protest abgegeben. Die Zeit von zwei Stunden ist ungefähr das, was nothwendig war, um den Protest nach Hetzendorf zum Fürsten Windischgrätz zu bringen und einen Befehl als Antwort zu erhalten. Zwei Stunden darauf wurde Blum verhört, und am anderen Tage früh erfolgte das Urtheil und die Execution. Was mich selbst betrifft, so mußte auch ich die Folgen des Protestes empfinden, denn Sie werden in der Art, wie ich behandelt wurde,

eine gewisse Raffinerie bemerken, die ich so auslege, daß man mit einem Opfer schon genug zu haben glaubte, daß man aber mich wenigstens so empfindlich als möglich zu strafen suchte. Ich sehe sonst nicht ein, warum Robert Blum mild behandelt wurde bis zum letzten Augenblicke, während ich in die härteste Gefangenschaft kam, und vier Tage absichtlich in der Meinung gelassen wurde, daß ich den Tod durch den Strick zu erwarten habe. (Bewegung.) Ich wurde aus dem Gefängnisse, in dem ich mit Blum gemeinschaftlich gewesen war, Nachts 12 Uhr plötzlich herausgenommen; der Stabs-Profoß in voller Uniform, begleitet von vier Soldaten, führte mich hinab zu einem vor der Thür haltenden Wagen, zwei Soldaten setzten sich hinein, mir gegenüber, der Profoß neben mich, und ein Mann kam auf den Bock, und einer hinten auf den Wagen. Wir fuhren durch die Stadt, ohne daß ich wußte wohin. Wir kamen an ein Haus, ich mußte absteigen und wurde zu einem Beamten geführt, dem ein versiegelter Befehl übergeben wurde. Was den Inhalt des Papieres betrifft, so kann ich diesen nicht errathen. Es war aber eine solche Consternation auf dem Gesichte des Beamteten zu lesen, daß ich das Schlimmste schließen zu müssen glaubte. Der Mann betrachtete mich lange sichtlich erschrocken; ich konnte seitwärts in das Papier sehen, wo ich die Worte: „Um 5 Uhr", las. Aus der Combination der übrigen Verhältnisse glaubte ich, es sei dies am anderen Morgen die Zeit meiner Execution. Nachdem dieser Beamtete gelesen hatte, schrieb er einen zweiten Befehl. Mit diesem wurde ich in dem Wagen nach einem anderen Gebäude gebracht und dort mit einer Wache innerhalb und einer Wache vor der Thür in ein Gefängniß gesteckt. Hier mußte ich mich entkleiden,

meine Kleider wurden auf das Genaueste untersucht, alle meine Effekten, bis auf das allergeringste Papier, wurden mir genommen, und ich hätte nicht die Möglichkeit gehabt, einen Zahnstocher zurückzubehalten. In diesem Gefängnisse blieb ich bis zum 10. Nachmittags. Da kam der Stabs-Profoß aus dem Stabsstockhause zu mir, diesmal in Civil, und forderte mich auf, ihm zu folgen, mit der Bemerkung, wir würden frei und ohne Bedeckung durch die Stadt gehen. So wurde ich auch wirklich von ihm durch die Stadt geleitet, und wir kamen in das frühere Haus zurück, wo ich in ein sehr kleines Gefängniß gebracht wurde. In diesem war ich ein paar Stunden, als ich zum Verhör abgeholt wurde. Das Verhör war am 10., Abends 6 Uhr. Ich muß Ihnen das Wesentlichste von demselben mittheilen. Der Gesichtspunkt, auf den die Fragen gestellt waren, war der, ob ich nach dem 23., d. h. nachdem Fürst Windischgrätz, außen vor der Stadt angelangt, die Stadt in Belagerungs-Zustand erklärt hatte, die Waffen geführt habe, und da ich das augenblicklich eingestand, wurde bemerkt, das wäre das Wesentliche, auf das Uebrige komme es nicht an. Ich machte hiergegen die Einwendung, daß die Erklärung des Belagerungs-Zustandes in der Stadt nicht publicirt worden war, daß der Gemeinderath erklärt habe, die wenigen Exemplare, welche an den Straßenecken angeschlagen zu sehen gewesen sind, seien ihm gestohlen worden, und daß der Reichstag diese Maßregel als eine ungesetzliche erklärt habe. Es wurde mir geantwortet, ob ich nicht wisse, was ein Belagerungs-Zustand bedeute, und daß mit ihm alle Civil-Behörden, mithin auch die Autorität des Reichstages, aufhöre. Nachdem die Sachen so standen, bemerkte ich den Richtern, daß ich, wenn keine mildern-

den Umstände vor diesem Forum in Betracht kämen, nichts mehr zu sagen habe. Ich erhielt aber als Antwort die humane Aufforderung, weiter zu sprechen, und Alles, was zu meinen Gunsten sein könne, zu sagen. Ich habe mich nun vertheidigt, so gut ich konnte, ohne auf der einen Seite meinen Principien etwas zu vergeben, und ohne auf der anderen Seite die Unvorsichtigkeit zu begehen, meine Richter zu reizen. Bei der Vertheidigung bezog ich mich darauf, daß ich vor einigen Monaten in Wien gewesen sei, viel gesprochen habe, und auch Einiges habe drucken lassen, und daß die conservative Presse mich als einen Mann von gemäßigten Ansichten anerkannt habe. Ich machte auf eine Broschüre: „Wien, Deutschland und Europa", aufmerksam, in welcher ich den Gedanken durchgeführt, daß die österreichisch-deutsche Frage nicht durch die Theilung Oesterreichs, sondern durch eine Verbindung des ganzen österreichischen Länder-Complexes mit Deutschland gelöst werden müsse. Als ich diese Bemerkung machte, sagte der Oberst-Lieutenant, welcher der Vorsitzende des Gerichtes war, daß dieses ein sehr wichtiger Punkt in meiner Vertheidigung sei, und daß ich es zu Protokoll geben möge. (Theilnehmende Bewegung in der Versammlung.) Ich dictirte also Alles, was ich mündlich gesagt hatte, ins Protokoll, und bezog mich namentlich auf die genannte Broschüre. Es war, da es ein Standgericht war, vor dem ich stand, keine Zeit vorhanden, die Broschüre beizubringen, und es schien, als ob die Berufung auf dieselbe nutzlos vorübergehen würde. Da zog ein Mitglied des Gerichtes die Broschüre unter den Papieren hervor. Ich hatte dieselbe Blum zu lesen gegeben, und bei unserer Abführung war sie auf dem Tische liegen geblieben, weggenommen worden und zu den

Akten gekommen. Ich habe mich auf diese Specialität einlassen müssen, weil ich gehört habe, daß ich die Erlassung der Todesstrafe der erwähnten Broschüre zu verdanken habe. Der Fürst Windischgrätz, wurde mir gesagt, habe dieselbe mit mehreren Generalen aufmerksam gelesen, was mehrere Stunden gedauert habe, und darauf habe er die Begnadigung unterschrieben. Ich wurde nach dem Verhör zurückgeführt und blieb bis am nächsten Vormittag ungestört im Gefängniß. Zu dieser Zeit aber wurde ich noch einmal vor die Commission geladen. Die standrechtliche Behandlung läßt zwölf Stunden Zeit zu, und diese Zeit war seit dem gestrigen Verhör abgelaufen, so daß ich schon die Hoffnung gefaßt hatte, das Schlimmste sei bereits vorübergegangen. Mit der neuen Vorladung änderte sich die Sache wieder, indem mir die Akten noch einmal vorgelesen wurden, und ich, obschon ich Tags vorher schon unterschrieben, von Neuem befragt wurde, ob ich sie anerkenne, so daß ich voraussetzen mußte, daß dieses erst das Schluß-Verhör sei, von welchem die Periode zu rechnen sei, innerhalb der ich die Execution zu erwarten habe. Bald darauf klopfte ein Unbekannter leise an meine Thür, fragte mich nach meinem Namen, und theilte mir, als ich diesen nannte, das Schicksal Blums mit. Bis dahin hatte ich nicht erfahren können, was aus ihm geworden war. Am Abend wurde ich endlich vorgerufen, und das Urtheil wurde mir mit den üblichen militairischen Ceremonieen publicirt. Sie haben es vielleicht in der Wiener Zeitung, officiell mitgetheilt, gelesen. Es lautet: „N. N., durch eigenes Geständniß überwiesen, die Waffen gegen die kaiserlichen Truppen geführt zu haben, ist vom Standgericht einstimmig zum Tode durch den Strang verurtheilt worden.“ Unmittelbar nach dem Schlusse

folgte ein Satz, der beim Vorlesen sogleich angehängt wurde, und dessen Wortlaut ich nicht genau wiederholen kann. Ich weiß nicht, ob das Wort Begnadigung darin vorkam oder nicht. Das Wesentliche waren ungefähr die Worte: „Der Fürst Windischgrätz befiehlt, in Berücksichtigung mildernder Umstände, dem Verurtheilten die Todesstrafe gänzlich zu erlassen und denselben sogleich auf freien Fuß zu stellen.“ Ich habe in meine Erzählung keine Aeußerung des Gefühles einfließen lassen, weil es nicht hierher gehört hätte; aber das Einzige erlaube ich mir zu sagen, daß die Mitglieder des Gerichtes mir ihre Freude und eine warme Theilnahme über meine Rettung ausdrückten, und daß mich diese Theilnahme tief gerührt hat. Nachdem mir meine Freiheit erklärt war, wurde ich aufgefordert, mich in Begleitung von einem Auditeur und einem Lieutenant nach der Stadthauptmannschaft zu begeben, wo ich von dem Stadthauptmann die Aufforderung erhielt, sogleich Wien zu verlassen. Es wurde mir ein Polizei-Beamter in Civilkleidern beigegeben, der in meiner Gegenwart den Auftrag erhielt, mich mit aller Rücksicht zu behandeln, und mich, ohne mich als Gefangenen zu betrachten, an die sächsische Grenze zu bringen. Mit diesem Beamten reiste ich augenblicklich ab, und machte so schnell, als möglich, die Reise hierher. Der Weg über Breslau wurde mir verweigert. Als ich nach dem Grund der Verweigerung fragte, wurde mir bemerkt, daß derselbe mir wohl selbst klar sein werde. Meine Herren! Zu diesem Berichte habe ich schlechterdings nichts mehr hinzuzufügen, indem es ganz unpassend sein würde, wenn ich mir erlauben wollte, in dieser Sache einen Antrag zu stellen.“

(**Lebhaftes Bravo von allen Seiten des Hauses.**)

Dies ist das Schicksal Fröbels, wie wir's aus seinem eigenen Munde vernommen haben. Nur Wenige waren so glücklich wie er, denn nur durch die Flucht, die eiligste, schnellste Flucht, vermochten alle Diejenigen, welche sich einen Namen in der Demokratie gemacht hatten, sich vor der Verfolgungswuth des Fürsten Windischgrätz zu sichern. So entkamen Pulszki, Fenner von Fenneberg, der Dr. Schütte und Andere, während Diejenigen, welche in Wien zurückblieben, zum größeren Theil das traurige Schicksal Robert Blums theilen mußten. Eine Reihe von standrechtlichen Ermordungen folgte dem Morde Blums.

Zuerst von bekannten Führern der Demokratie am 11. November Eduard Preßler Edler von Sternau, der Führer des einen Freicorps. Dann, am 16. November — Messenhauser, der Ober-Commandant der Wiener National-Garde.

Messenhauser hatte sich, im Bewußtsein, daß er zur Erhaltung des Friedens mit aller Kraft beigetragen, daß er für Aufrechthaltung der mit dem Fürsten Windischgrätz geschlossenen Capitulation gethan hatte, was irgend ein Mensch thun konnte, freiwillig den Gerichten gestellt. Von der extremen demokratischen Partei war Messenhauser als Verräther verschrieen worden, diese hatte ihn sogar, wie der Leser sich erinnern wird, vielfach beleidigt, hatte ihn als Verräther verfolgt, und sein Leben war nicht ohne Gefahr gewesen. Jetzt sollte ihn das Blutgericht des Fürsten Windischgrätz bei seinen früheren Gesinnungsgenossen auf das Kräftigste rechtfertigen.

Am 11. November stand Messenhauser vor dem Kriegsgericht. Er wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt, dies Urtheil aber in den Tod durch Pulver und Blei ver-

wandelt. Das Verbrechen, dessen er angeklagt war, war die Fortsetzung des Kampfes nach Kundmachung des Belagerungs-Zustandes für die Stadt Wien; besonders wurde es ihm zum Vorwurf gemacht, daß er nach der Capitulation noch die Nachrichten über den Kampf der Ungarn vom Stephansthurm herab verbreitet und dadurch den Bruch der Capitulation bewerkstelligt hatte, wenn auch von ihm die Aufforderung zum Bruch nicht ausgegangen war. Weder das Kriegsgericht, noch Fürst Windischgrätz, nahmen Rücksicht darauf, daß Messenhauser mit der höchsten eigenen Lebensgefahr für Aufrechthaltung der Capitulation gesprochen und gewirkt hatte. Die Soldateska des Fürsten Windischgrätz und des Banus Jellachich war wüthend über den ritterlichen Feind, der ihr entgegen gestanden hatte, und forderte den Tod desselben.

Fürst Windischgrätz sagte selbst, als eine Deputation des Gemeinderaths sich auf das Eifrigste für das Leben Messenhausers verwendete: „Dieser Mann muß sterben, die Armee will seinen Tod!" — Schon war es so weit gekommen, daß jene blutgierige Soldateska ihre eigenen Führer zum Gehorsam gezwungen hatte.

Vergeblich verwendeten sich der Gemeinderath und der Reichstag abermals für Messenhauser. Es wurde eine Deputation an den Kaiser geschickt, um von diesem die Begnadigung zu erlangen. Der Reichstags-Deputirte Prato fuhr mit einem Extrazuge in der Nacht vom 15. zum 16. November nach Ollmütz; allein gerade diese Verwendung der Reichstags-Deputirten beschleunigte den Tod Messenhausers, den Windischgrätz seiner Rache zu opfern entschlossen war; als

die Deputation mit der Begnadigung zurückkam, war Messenhauser bereits erschossen.

Am Morgen des 16. Novembers, gegen halb 9 Uhr, wurde Messenhauser aus dem Stabsstockhause beim neuen Thor in den in der Nähe liegenden Bastei-Graben geführt; er war mit Ketten beladen und schritt, inmitten eines Kreises von Grenadieren, rüstig dem Richtplatze zu.

Messenhauser benahm sich vor und während der Execution mit dem höchsten Heldenmuthe. Seine sonst gebeugte Gestalt war stolz aufgerichtet, sein Auge strahlend, ein Lächeln schwebte um seinen Mund.

Auf dem Richtplatze angelangt, sprach er mit dem ihn begleitenden Geistlichen einige Worte, während der Profoß ihm die Ketten abnahm. Er warf Mantel und Mütze fort und stand nun, in einen leichten, schwarzen Sammetrock gekleidet, frei da.

Der Kreis um ihn öffnete sich, sein Urtheil wurde ihm mit den gewöhnlichen Formalitäten vorgelesen. Er wendete sich darauf an den Major, welcher die Militair-Abtheilung befehligte, und bat diesen, ihn selbst Feuer commandiren zu lassen. Diese Erlaubniß wurde ihm ertheilt.

Freudigen Muthes schritt er an die Stelle, welche ihm angewiesen wurde, zeigte den Jägern, welche zur Vollstreckung des Todesurtheils commandirt waren, selbst die Stelle des Herzens, auf welche sie hinhalten müßten, und legte, um ihnen das Zielen zu erleichtern, die Hand auf's Herz; die andere Hand stemmte er auf die Hüfte — dann commandirte er mit lauter Stimme, ohne ein Zittern, mit demselben vollen, reinen, schönen Tone, den man immer bei seinem Reden an ihm bewundert hatte:

„Fertig!"

„Legt an!" — — Noch einen langen Blick ließ er über seine Umgebung hinwegstreifen — dann rief er mit verstärkter Stimme:

„Feuer!"

Drei Schüsse trafen ihn und jeder einzelne war tödtlich — er stürzte rücklings zu Boden.

Ein Schuß war ihm durch den Kopf, ein zweiter durch die Brust, der dritte durch den Unterleib gegangen.

Sogleich wurde zum Gebet commandirt, das umstehende Militair knieete nieder, während der Geistliche vorbetete. Den alten Soldaten liefen die Thränen über die Augen. Die Leiche wurde auf einen aus der Nachbarschaft herbeigeholten Holzwagen geworfen und vom Richtplatze aus unter Kavallerie-Begleitung nach dem Militair-Hospital gebracht.

Messenhauser starb in einem Alter von 35 Jahren; er hinterließ mehrere noch unvollendete belletristische Arbeiten, welche sehr gerühmt werden. Er war ein talentvoller, kenntnißreicher und tüchtiger Mann, wenn auch freilich der großen Zeit, in der er eine Rolle zu spielen berufen war, nicht vollkommen gewachsen.

Ganz Wien war über seinen Tod in der fürchterlichsten Aufregung; an allen Straßenecken sah man kleine Gruppen, welche sich das Ende des Ober-Commandanten erzählten, und über viele Wangen sah man heiße Thränen bei diesen Erzählungen rinnen.

Messenhauser nahm die Achtung aller Derer, welche ihn irgend gekannt hatten, mit ins Grab; selbst seine Feinde wurden durch sein tragisches, unverdientes Ende versöhnt.

Seine Begnadigung kam in Wien an, als er schon mehrere Stunden sein Leben geendet hatte.

Eine Reihe von Opfern folgte dem Tode Messenhausers, wir nennen von Bekannteren nur die Namen des Doktor Becher, Redakteur des „Radikalen," und Doktor Jellineck, Mitarbeiter an dieser Zeitschrift, welche wegen Aufreizung zum Kampf, wegen Hochverraths, zum Tode durch den Strang verurthtilt, aber am 23. November durch Pulver und Blei gemordet wurden.

Indessen waren die standrechtlichen Ermordungen mit diesen Beiden nicht geschlossen, sondern dauerten fort. Das Verbergen einer Waffe genügte mitunter schon, den Tod herbeizuführen. Wien befand sich vom 1. November an in einem Zustande des vollkommensten, fürchterlichsten Militair-Terrorismus, welcher die Namen der Gewalthaber mit ewiger Schmach befleckt hat.

Der Fürst Windischgräz, der Banus Jellachich, der Feldmarschall Welden, die erlauchten und hochgebornen Mörder wurden für ihre Bluturtheile von dem Volke mit dem Namen „Henker" bezeichnet, aber sie trösteten sich für diese Schmachtitel durch die Auszeichnungen und Orden, welche ihnen von der Kaiserlichen Kamarilla zuerkannt wurden. Auch der edle russische Zaar belohnte die vornehmen Mörder durch Orden und Ehrengeschenke.

Das war freilich wohl natürlich, weniger natürlich aber und ungleich schmachvoller war das Benehmen des Gemeinderaths, wrlcher sich in seiner vollsten Gemeinheit nach der Unterdrückung der Oktober-Revolution zeigte.

Nicht nur hielt der Gemeinderath die Versprechungen nicht, welche er den Oktober-Kämpfern so freigebig gemacht

hatte, er sagte sich von dieser Revolution auch vollständig los und trat über zur reactionairen, schwarz-gelben Partei. Dieser Gemeinderath ging so weit, dem Fürsten Windischgrätz, nachdem dieser das Standrecht in den letzten Tagen des November in ein Kriegsrecht verwandelt hatte, — eine Dankadresse zu übersenden, — in welcher er dem Fürsten Windischgrätz, dem Manne, der das Blut Robert Blums, Messenhausers, Bechers, Jellineck's und so vieler anderen früheren Schützlinge des Gemeinderaths vergossen hatte, dem großen Henker Wiens seinen Dank aussprach.

Der Gemeinderath von Wien dankte dem Fürsten Windischgrätz für seine Milde. — Die betreffende Stelle in der Adresse lautet:

„Obgleich berufen, die in ihren Grundfesten tief erschütterte Ordnung mit der Gewalt der Waffen herzustellen, durch Fortsetzung eines offenbar fruchtlosen Widerstandes und durch Verletzung geheiligter Uebereinkünfte zu den Maßregeln der äußersten Strenge aufgefordert, haben Ew. Durchlaucht dennoch mit seltener Langmuth, den Bitten des Gemeinderaths und der durch ihn vertretenen **guten***) Bürgerschaft nachgebend, wiederholte Fristen bewilligt, um den leidenschaftlich Aufgeregten die Rückkehr zur Besinnung zu ermöglichen. Sie haben mit tiefer Einsicht und feinem Gefühl die irre geleiteten oder durch Schreck gebundenen Bürger von den Anstiftern des Unheils zu unterscheiden gewußt. Ew. Durchlaucht haben den strengen Befehl eines milden Herrschers mit Milde vollzogen und sich dadurch alle Gutgesinnten zu unvergänglichem Dank verpflichtet."

*) Welche rührende Aehnlichkeit zwischen dem Wiener Gemeinderath und unserem lieben Magistrat!

Eine ähnliche, nicht weniger gemeine und kriechende Adresse ging an den Fürsten Windischgrätz vom Handels-Gremium ab.

Beide wurden von Sr. Durchlaucht mit der gnädigsten Herablassung angenommen. — Man konnte es wahrlich dem Fürsten kaum ferner verdenken, wenn er den Wiener Bürgerstand auf das Tiefste und Innigste verachtete, und wenn die Aristokratie, diesem gemeinen und servilen Volke gegenüber, sich nicht die geringsten Fesseln mehr anlegte.

Ueberhaupt zeigte sich in jenen Tagen die servile Gesinnung der Bourgeoisie, derselben Bourgeoisie, welche in den Oktobertagen mit den Waffen geprahlt hatte, auf das Allerdeutlichste in den Ovationen, welche dem Fürsten Windischgrätz, dem Banus Jellachich und andern Häuptern des Militair-Terrorismus von der Bürgerschaft dargebracht wurden.

Diese Bürgerschaft war bald mit dem Belagerungszustand vollkommen zufrieden, da dieser ihnen viel Mitglieder des vornehmen Adels nach Wien zurückführte und dadurch ihre Börsen bald wieder füllte; daß sie den Hals wieder unter das Joch der Knechtschaft beugen mußten, war den servilen Knechtnaturen völlig gleichgültig. Desto tiefer und schmerzlicher fühlte aber das Volk von Wien, gegenüber diesen Geldmenschen, den Druck dieses Belagerungszustandes, und Wien hat nie wieder seit den Novembertagen den fröhlichen, gemüthlichen Charakter angenommen, wegen dessen die Kaiserstadt früher so berühmt gewesen war.

Während der Militair-Despotismus Wien beherrschte, ging in Ollmütz die Hof-Kamarilla ihren ruhigen Gang fort. Die Demokratie war durch den Fall der Hauptstadt besiegt, aber noch immer drohte im deutschen Oesterreich der Ausbruch

einer Revolution, noch immer durfte man daher nicht offen mit allen den Absichten hervortreten, welche man im Stillen der Volksherrschaft gegenüber hatte.

Der Constitutionalismus an und für sich war schon eine drückende Bürde für die schwarz-gelbe Partei in Olmütz, aber man mußte sich denselben noch gefallen lassen, man mußte sogar in das Ministerium zur Beruhigung des Volkes noch einige anscheinend freisinnige Männer nehmen, man durfte den Reichstag, so störend und unangenehm derselbe auch war, noch nicht geradeswegs beseitigen, dazu sollte erst eine spätere Zeit Gelegenheit geben.

Schon am 6. November war ein Manifest des Kaisers an die Völker Ungarns, Croatiens, Slavoniens, Siebenbürgens und der Militairgrenze erlassen worden, welches in den gewöhnlichen Worten des Hofes sich aussprach über die Bewegung im letzten halben Jahre und über den Aufruhr in Ungarn.

Am 21. November wurde ein neues Ministerium gebildet; es bestand aus den Herren v. Wessenberg als Minister-Präsident, dem Fürsten Felix Schwarzenberg als Minister des Aeußeren, dem Grafen Stadion für das Innere, dem Baron Kraus für die Finanzen, Generalmajor Baron Cordon für den Krieg, Doktor Bach für die Justiz, v. Bruck für den Handel, Thienfeld für die Agrikultur. Graf Stadion versah zu gleicher Zeit auch das Ministerium des öffentlichen Unterrichts.

Man hatte die Herren Stadion, Kraus und Bach in das Ministerium gewählt, um diesem einen noch leidlich freisinnigen Anstrich zu geben, während Fürst Schwarzenberg,

General Cordon und Herr von Wessenberg die aristokratische Hofpartei im vollsten Maße repräsentirten.

Am 22. November wurde der Reichstag in Kremsier wieder eröffnet. Wir müssen einige Worte über die Schicksale desselben nach der Oktober-Revolution der Darstellung seiner ferneren Thätigkeit vorangehen lassen.

Am 31. Oktober hatte der Reichstag nur eine kurze Sitzung gehalten, und am 1. November hatten sich nur 136 Abgeordnete im Lesezimmer versammelt, welche sich nach dem Sitzungs-Saale begaben, als Militair denselben besetzte und die Schließung der Thüren durch einen General befohlen wurde. Mehrere Abgeordnete, welche noch am Reichstage Theil nehmen wollten, wurden an den Stadtthoren zurückgewiesen. Schuselka verlangte in dieser letzten Sitzung des Reichstages in Wien, daß dies und die gewaltsame Schließung der Thore durch das Militair ausdrücklich mit Protest im Protokoll vermerkt werde, und berichtete dann, daß der permanente Ausschuß des Reichstages während des Bombardements der Stadt seine Akten und Protokolle geschlossen habe.

Schuselka schloß seinen Bericht mit den Worten: „Es lebe die Freiheit!" in welchen die Versammlung mit gewaltigem Applaus einstimmte. Borrosch sprach im Namen der Kammer dem permanenten Ausschuß seine Anerkennung und seinen Dank aus, dann vertagte der Präsident Smolka die Versammlung auf den 15. November, Nachmittags 4 Uhr, in Wien. Es war indessen unmöglich, daß zu dieser Zeit, unter der Militair-Dictatur des Fürsten Windischgrätz, der Reichstag in Wien zusammenkommen konnte, und die Deputirten beschlossen deshalb, sich den Gewalt-Umständen zu fügen, und

die vom Kaiser beschlossene Vertagung und Verlegung des Reichstages nach Kremsier anzunehmen.

Am 22. November traten die Abgeordneten der Linken, welche mit einigen vom Centrum allein in Wien zurückgeblieben waren, in Kremsier wieder zusammen.

Ein feierliches Hochamt und eine Parade der Bürgerwehr ging dem Zusammentritt des Reichstages voran, dann eröffnete Smolka die Sitzung und trug auf Wahl eines Präsidenten und zweier Vice-Präsidenten an. Die Linke feierte bei dieser Wahl abermals einen Sieg, indem Smolka mit 131 Stimmen gegen 124 zum Präsidenten erwählt wurde. — Dies war von einer großen Bedeutung, denn die Rechte und das Centrum, welche nach dem 6. Oktober den Reichstag verlassen hatten, bemühten sich auf das Aeußerste, die Wahl Smolka's zu hintertreiben, und der Linken fehlten noch gegen 30 Stimmen von Abgeordneten, welche in Kremsier noch nicht angekommen waren. Zum Schlusse der Sitzung verlangte Schuselka das Wort zu einer Erklärung, in welcher er in seinem und vieler Anderer Namen darthat, daß nur die Rücksicht auf die Lage des Landes, das Pflichtgefühl und der Gehorsam gegen die Majorität der Versammlung die Veranlassung ihres Erscheinens in Kremsier sei; man wolle damit nicht der Krone oder einem Ministerium nicht das Recht einräumen, die Versammlung wider ihren Willen verlegen oder vertagen zu können.

Das Ministerium wohnte nur spärlich dieser Sitzung bei. Die Minister Stadion, Kraus und Bach waren anwesend.

In der zweiten Sitzung des Reichstages erlitt dagegen die Linke eine Niederlage, indem die Sitzungen vom 28., 29., 30. und 31. Oktober als nicht geschehen angesehen wurden.

Der Fürst von Schwarzenberg verlas darauf das Programm des Ministeriums, welches sich freisinniger aussprach, als irgend die Linke zu erwarten berechtigt war. Es war dies wieder eine gut gestellte Falle der Reaction, welche gewaltige Pläne für die Zukunft im Schilde führte. Man mußte den Reichstag kaptiviren, um ihn zu versöhnen mit den Maßregeln, welche in kurzer Zeit ergriffen werden sollten. Das Ministerium sprach unter dem allgemeinen Beifall des Reichstages aus, es werde sich an die Spitze der Bewegung stellen, um die Freiheit und die Bedingungen ihrer Erhaltung festzustellen. Es versprach freie Entwickelung aller Nationen, Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, Selbstständigkeit der Gemeinde, vollständige Trennung der Verwaltung und Justiz. Es versprach die Sicherstellung der Nationalität des Lombardischen Königreichs und möglichst friedliche Beendigung des Krieges in Ungarn. Zu gleicher Zeit sprach es aber auch aus, daß die Herstellung einer kräftigen österreichischen Monarchie ein deutsches und europäisches Bedürfniß sei; man deutete darauf hin, daß sich Oesterreich ohne fremde Einflüsse allein, auch ohne das Frankfurter Parlament, vor der Hand entwickeln werde.

Dies war mehr, als irgend eine Partei im Reichstage vom Ministerium erwartet hatte, wenn auch in der ministeriellen Rede Andeutungen genug vorhanden waren, daß das Ministerium diese Ansichten nur als Lockföder für den Reichstag und die freisinnige Partei dem Lande hinstellte. Schon die Ereignisse der nächsten Tage sollten zeigen, mit welchen gewaltigen Plänen die schwarzgelbe Reaction schwanger ging.

In Ollmütz bereiteten sich während dieser Zeit im Schooße der Camarilla die Ereignisse vor, welche bald ganz Oesterreich,

ganz Europa mit dem tiefsten Staunen erfüllen sollten, indem sie so plötzlich ans Tageslicht traten, daß wohl Niemand eine Ahnung von ihnen vorher gehabt hatte.

Die Seele der Camarilla in Ollmütz war, wie wir schon öfter erwähnt haben, die Erzherzogin Sophie, die Schwägerin des Kaisers, eine geistreiche, ränkevolle Frau, welche mit ihrem überwiegenden Verstande die ganze kaiserliche Familie beherrschte.

Die Erzherzogin Sophie, eine Jesuiten-Freundin und dem absolutistischen System auf das Aeußerste ergeben, hatte sich nur gezwungen der Revolution bisher gebeugt. Jetzt war Wien bekämpft, jetzt war es wieder möglich, hervorzutreten mit den Plänen, welche früher unterdrückt werden mußten, aber ein Hinderniß stand der Ausführung dieser Pläne entgegen, dies war — der Kaiser Ferdinand der Erste. —

Der Kaiser, so gutmüthig und verstandesschwach, so leicht zu lenken er war, hatte einmal sein kaiserliches Wort auf die Erfüllungen der März- und Mai-Versprechungen gegeben, er durfte dieses Wort nicht brechen, und seine Person bot daher ein unübersteigliches Hinderniß zur Erfüllung der Reactions-Pläne dar, welche die liebsten Ideen der Erzherzogin Sophie ausmachten.

Der Lieblingsplan der Erzherzogin und überhaupt der specifisch österreichischen Partei am Hofe war der, einen fest in sich zusammenhängenden österreichischen Kaiserstaat zu bilden, der einig im Innern, abgeschlossen nach Außen dastand. Ein solcher Staat konnte mit Deutschland in keinem anderen Verhältniß stehen, als höchstens dem des Bündnisses, und die deutsche Bewegung, welche sich in Wien und in allen deutschen Provinzen kundgegeben hatte, welche durch den Kaiser

selbst sanctionirt worden war, mußte deshalb vollständig unterdrückt werden.

Eben so wenig durfte in dem österreichischen Kaiserstaat ein Reich wie das ungarische selbstständig neben den übrigen Provinzen stehen. Die Ungarn mußten deshalb vollständig unterdrückt werden. Ungarn durfte nichts Anderes als eine Provinz des großen österreichischen Kaiserstaates werden.

Dem aber standen wiederum die Versprechungen des Kaisers entgegen.

Es wäre leicht gewesen, den verstandesschwachen Kaiser zum Bruche seiner eigenen Versprechungen zu bewegen, aber dies durfte um der Ehre des kaiserlichen Namens willen nicht geschehen; auch war der Kaiser eben so leicht durch andere Personen, welche der freisinnigen Partei angehörten, zu lenken, als durch die Camarilla, und eine so schwankende Politik, wie diese die leichte Lenksamkeit des Kaisers bedingte, durfte in Zukunft nicht mehr die herrschende in Oesterreich sein, wenn nicht der österreichische Kaiserstaat in sich selbst zerfallen sollte.

Es war deshalb nothwendig, daß der Kaiser Ferdinand von der Regierung entfernt werde, und daß an seine Stelle ein Mann trete, der in die Ideen der Erzherzogin Sophie einzugehen im Stande war, der sich zu gleicher Zeit aber auch von ihr und von keiner anderen Partei unbedingt lenken ließ.

Der eigentliche Erbe des Kaiserthrones, der Gemahl der Erzherzogin, Erzherzog Franz Karl, war zu unbeliebt im Volke, um ihm die Regierung zu übertragen, und es wurde deshalb der junge, achtzehnjährige Erzherzog Franz Joseph gewählt, um den schwachen Kaiser zu ersetzen.

Am 2. December waren im Schlosse zu Ollmütz der Kaiser, die Erzherzöge, der Fürst von Windischgratz, der Banus Jellachich, die sämmtlichen Minister, so wie alle Inhaber der höchsten Hofchargen, versammelt.

Der Kaiser erschien im Saale und eröffnete der Versammlung, daß ihn wichtige Gründe zu dem unwiderruflichen Entschluß gebracht hätten, die Kaiserkrone zu Gunsten seines Neffen, des Erzherzogs Franz Joseph, niederzulegen, nachdem der Erzherzog Franz Karl erklärt habe, daß er auf sein Thronfolge-Recht verzichte. Die auf die Thron-Entsagung bezügliche Acte wurde vorgelesen und von dem Kaiser und dem Erzherzog Franz Karl unterzeichnet, so wie von dem Minister des Hauses gegengezeichnet, sodann der junge Kaiser unter dem Namen Franz Joseph der Erste als Kaiser proklamirt. —

Ein tiefes Staunen erfüllte die Bevölkerung von Ollmütz, die Bevölkerung von Wien, ja, von ganz Oesterreich, als man diesen vorher vollständig ungeahnten Schritt des Kaisers, oder vielmehr des Hofes, denn der Kaiser selbst war nur ein willenloses Werkzeug, erfuhr.

Es war nicht Freude, welche die Gemüther bei dieser Nachricht bewegte; auf dem verstandesschwachen Kaiser selbst hatte nie ein Haß der Bevölkerung gelastet, ihm schrieb man keine der Gräuelthaten in Wien zu, man wußte, daß er nichts als ein Werkzeug der Camarilla war. Es war nur ein Tausch der Namen, ein Tausch der Personen, welcher von keiner Bedeutsamkeit schien, denn der junge Kaiser war eben sowohl und sicherlich noch unzweifelhafter ein Werkzeug der Erzherzogin Sophie, seiner Mutter.

Der Kaiser war achtzehn Jahre alt, also in einem Alter, in welchem eine Selbstständigkeit des Charakters noch

unmöglich angenommen werden konnte. Sein Erzieher war Graf Bombelles gewesen, dessen sich unsere Leser wohl noch erinnern werden, eines der Häupter der reactionairen Camarilla, der liebste Freund der Erzherzogin Sophie, und es war nur zu wahrscheinlich, daß die Grundsätze seines Erziehers und seiner Mutter einen wesentlichen Einfluß auf die Meinungen des jungen Kaisers gehabt hatten.

Dessen ungeachtet war der Kaiser nicht unbeliebt beim Volke, er hatte etwas Freundliches im Betragen, hatte einen ehrenhaften Muth während des italienischen Feldzuges gezeigt, und schon seine Jugend gewann ihm die Herzen des Volkes. Seine Wahl zum Nachfolger Ferdinands des Ersten machte daher dem scharfen Verstande der Erzherzogin Sophie alle Ehre; durch ihn konnten die Pläne auf ein gewaltiges, innig zusammenhängendes Oesterreich am leichtesten ausgeführt werden, denn er konnte sich nicht gebunden fühlen an die Versprechungen, welche die Revolutionen seinem Oheim abgepreßt hatten.

Der junge Kaiser erließ gleich nach Antritt seiner Regierung folgendes Manifest:

„Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich ꝛc. Durch die Thron-Entsagung Unseres erhabenen Oheims, Kaisers und Königs Ferdinand des Ersten, in Ungarn und Böhmen dieses Namens des Fünften, und die Verzichtleistung Unseres Durchlauchtigsten Herrn Vaters, Erzherzogs Franz Karl, auf die Thronfolge, kraft der pragmatischen Sanction berufen, die Kronen Unseres Reiches auf Unser Haupt zu setzen, verkündigen Wir hiermit feierlichst allen Völkern der Monarchie Unsere Thronbesteigung unter dem Namen Franz Joseph des Ersten. Das Bedürfniß und

den hohen Werth freier und zeitgemäßer Institutionen aus eigener Ueberzeugung erkennend, betreten Wir mit Zuversicht die Bahn, welche Uns zu einer heilbringenden Umgestaltung und Verjüngung der Gesammt-Monarchie führen soll. Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, so wie der Theilnahme der Volks-Vertreter an der Gesetzgebung, wird das Vaterland neu erstehen, in alter Größe, aber mit verjüngter Kraft, ein unerschütterlicher Bau in den Stürmen der Zeit, ein geräumiges Wohnhaus für die Stämme verschiedener Zungen, welche unter dem Scepter Unserer Väter ein brüderliches Band seit Jahrhunderten umfangen hält. Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt und die Gesammt-Monarchie ungeschmälert zu erhalten, aber bereit, Unsere Rechte mit den Vertretern Unserer Völker zu theilen, rechnen Wir darauf, daß es mit Gottes Beistand und im Einverständniß mit den Völkern gelingen werde, alle Lande und Stämme der Monarchie zu einem großen Staats-Körper zu vereinigen. Schwere Prüfungen sind über Uns verhängt, Ruhe und Ordnung in mehreren Gegenden des Reichs gestört worden. In einem Theile der Monarchie entbrennt noch heute der Bürgerkrieg. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um die Achtung vor dem Gesetz allenthalben wieder herzustellen. Die Bezwingung des Aufstandes und die Rückkehr des inneren Friedens sind die ersten Bedingungen für ein glückliches Gedeihen des großen Verfassungswerkes. Wir zählen hierbei mit Zuversicht auf die verständige und aufrichtige Mitwirkung aller Völker durch ihre Vertreter. Wir zählen auf den gesunden Sinn der stets getreuen Landbewohner, welche durch die neuesten

gesetzlichen Bestimmungen über die Lösung des Unterthans-Verbandes und Entlastung des Bodens in den Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte getreten sind. Wir zählen auf Unsere getreuen Staatsdiener. Von Unserer glorreichen Armee versehen Wir Uns der altbewährten Tapferkeit, Treue und Ausdauer. Sie wird Uns, wie Unseren Vorfahren, ein Pfeiler des Thrones, dem Vaterlande und den freien Institutionen ein unerschütterliches Bollwerk sein. Jede Gelegenheit, das Verdienst, welches keinen Unterschied des Standes kennt, zu belohnen, wird Uns willkommen sein. Völker Oesterreichs! Wir nehmen Besitz von dem Throne Unserer Väter in einer ernsten Zeit. Groß sind die Pflichten, groß die Verantwortlichkeit, welche die Vorsehung Uns auferlegt. Gottes Schutz wird Uns begleiten.

So gegeben in Unserer Königlichen Hauptstadt Ollmütz, den zweiten December im Jahre des Heils Eintausend Achthundert und Acht und Vierzig.

Franz Joseph.

(L. S.)

Schwarzenberg."

Das Entsagungs-Manifest des Kaisers Ferdinand lautete dagegen folgendermaßen:

„Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich 2c. Als Wir nach dem Hintritt Unseres Herrn Vaters, weiland Kaisers Franz des Ersten, in gesetzlicher Erbfolge den Thron bestiegen, flehten Wir, durchdrungen von der Heiligkeit und dem Ernste Unserer Pflichten, vor Allem Gott um seinen Beistand an. Das Recht zu schützen, ward der Wahlspruch, das Glück der Völker Oesterreichs zu fördern, das Ziel Unserer Regierung. Die Liebe

und Dankbarkeit Unserer Völker belohnten reichlich die Mühen und Sorgen der Regierung, und selbst in den jüngsten Tagen, als es verbrecherischen Umtrieben gelungen war, in einem Theile Unserer Reiche die gesetzliche Ordnung zu stören und den Bürgerkrieg zu entzünden, verharrte doch die unermeßliche Mehrheit Unserer Völker in der dem Monarchen schuldigen Treue. Beweise, die inmitten harter Prüfungen Unserem betrübten Herzen wohl thaten, sind Uns aus allen Gegenden des Reiches zu Theil geworden. Allein der Drang der Ereignisse, das unverkennbare und unabweisliche Bedürfniß nach einer großen und umfassenden Umgestaltung Unserer Staatsformen, welchem Wir im Monat März dieses Jahres entgegenzukommen und die Bahn zu brechen beflissen waren, haben in Uns die Ueberzeugung festgestellt, daß es jüngerer Kräfte bedürfe, um das große Werk zu fördern und einer gedeihlichen Vollendung zuzuführen. Wir sind daher, nach reiflicher Ueberlegung und durchdrungen von der gebieterischen Nothwendigkeit dieses Schrittes, zu dem Entschlusse gelangt, hiermit feierlichst dem österreichischen Kaiserthrone zu entsagen. Unser durchlauchtigster Herr Bruder und rechtmäßiger Nachfolger in der Regierung, Erzherzog Franz Karl, der Uns stets treu zur Seite gestanden und Unsere Bemühungen getheilt, hat sich erklärt und erklärt hiermit durch gemeinschaftliche Unterfertigung gegenwärtigen Manifestes, daß auch er, und zwar zu Gunsten seines nach ihm auf den Thron berufenen Sohnes, des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Joseph, auf die österreichische Kaiserkrone Verzicht leiste. Indem Wir alle Staatsdiener ihrer Eide entbinden, weisen Wir sie an den neuen Regenten, gegen welchen sie ihre beschworenen Berufspflichten fortan getreulich zu erfüllen haben.

Unserer tapferen Armee sagen Wir dankend Lebewohl. Eingedenk der Heiligkeit ihrer Eide, ein Bollwerk gegen auswärtige Feinde und Verräther im Innern, war sie stets, und nie mehr, als in neuester Zeit, eine feste Stütze Unseres Thrones, ein Vorbild von Treue, Standhaftigkeit und Todesverachtung, ein Hort der bedrängten Monarchie, der Stolz und die Zierde des gemeinsamen Vaterlandes. Mit gleicher Liebe und Hingebung wird sie sich auch um ihren neuen Kaiser schaaren. Indem Wir endlich die Völker des Reichs ihrer Pflicht gegen Uns entheben, und alle hierher gehörigen Pflichten und Rechte hiermit feierlichst und im Angesicht der Welt auf Unseren geliebten Herrn Neffen, als Unseren rechtmäßigen Nachfolger, übertragen, empfehlen Wir diese Völker der Gnade und dem besonderen Schutze Gottes. Möge der Allmächtige ihnen den inneren Frieden wieder verleihen, die Verirrten zur Pflicht, die Bethörten zur Erkenntniß zurückführen, die versiegten Quellen der Wohlfahrt neuerdings eröffnen und seine Segnungen über Unsere Lande im vollen Maße ergießen, möge er aber auch Unseren Nachfolger, Kaiser Franz Joseph den Ersten, erleuchten und kräftigen, damit er seinen hohen und schweren Beruf erfülle zur eigenen Ehre, zum Ruhme Unseres Hauses, zum Heile der ihm anvertrauten Völker.

Gegeben in Unserer Königlichen Hauptstadt Ollmütz, den zweiten December im eintausendachthundertundachtundvierzigsten, Unserer Reiche dem vierzehnten Jahre.

Ferdinand.

Franz Karl.

(L. S.)

Schwarzenberg."

Beide Manifeste wurden sofort veröffentlicht. Den Eindruck derselben haben wir bereits mit kurzen Worten mitgetheilt.

Der Regierungs-Antritt des jungen Kaisers sollte vor der Hand keine bedeutende Veränderung in den Stand der österreichischen Politik bringen. Daß einige unbeliebte und untüchtige Generäle und andere hohe Staats-Beamte, wie Graf Auersperg, Fürst Lobkowitz und Graf Dietrichstein, ihren Abschied erhielten, dagegen Fürst von Windischgrätz und Banus Jellachich mit neuen Orden und Ehrenzeichen belohnt wurden, waren die einzigen Zeichen einer neuen Regierung; sonst ging Alles seinen alten Gang fort.

In Wien herrschte dieselbe dumpfe, schwüle Ruhe, die Erschießungen dauerten fort, und obgleich am 6. December der Minister Stadion im Reichstage zu Kremsier auf eine Interpellation Schuselka's versicherte, daß in Wien keine Militair-Dictatur herrsche, daß das Ministerium in seiner Gesammtheit für Alles, was dort geschehe, verantwortlich sei, und daß das Standgericht aufgehoben wäre, wurden doch die Executionen durch Pulver und Blei auf standrechtliche Erkenntnisse fortgesetzt. Ein Ungar wurde sogar nur wegen Verheimlichung von Waffen und Munition standrechtlich erschossen.

Auch der Reichstag fuhr in Kremsier in alter, gewohnter Weise fort, zu tagen. Die Linke war fügsam geworden und die Rechte trug jetzt fast in allen Fragen den Sieg davon. An Smolka's Stelle wurde Strohbach, der Repräsentant der Czechen-Partei, zum Präsidenten der Versammlung gewählt, und diese beschloß sogar, der Regierung einen Credit von

achtzig Millionen Gulden zur Fortführung der Kriege zu bewilligen. Sie gab dadurch das einzige Mittel, die eigene Existenz des Reichstages zu unterhalten, aus der Hand.

So lief das Jahr 1848 für die österreichische Monarchie zu Ende. Oesterreich befand sich beim Ausgange des Jahres 1848 in einer wahrhaft grauenvollen Lage; das ganze Land war zerrissen in die verschiedensten Parteien und keine meinte es wahrhaft aufrichtig mit der Gesammtheit der Monarchie, jede wollte nur ihren eigenen Vortheil.

In Italien und Ungarn wüthete der Bürgerkrieg, in Deutsch-Oesterreich, in Wien, herrschte eine dumpfe, nur durch die Bajonette erzwungene Ruhe, der Anschluß an Deutschland wurde von der dortigen Bewohnerschaft auf das Aeußerste gewünscht, keinerlei Sympathieen herrschten für Oesterreichs Gesammt-Monarchie. Auch die Croaten, die Czechen in Böhmen und überhaupt alle Slaven-Völker Oesterreichs wollten diese eben so wenig, auch sie wollten bestehen auf ihren nationalen Rechten, und dienten jetzt nur dem Kaiser, um erst die Macht der ihnen feindlichen Völker zu brechen, in der Hoffnung, dann wohl mit der schwachen österreichischen Monarchie selbst fertig zu werden.

Oesterreich befand sich am Rande des Abgrundes; seine Zersplitterung schien sicher bevorzustehen, es schien sich auflösen zu müssen in die einzelnen Theile, aus denen der Staat so bunt zusammengewürfelt war, und erst die Ereignisse des Jahres 1849 sollten dem schwachen Ganzen wieder einen gewissen Halt verleihen.

Oesterreich war zu Ende des Jahres 1848 in jeder Beziehung erschöpft, der Staat befand sich in der dringendsten

Finanznoth, die Papiere waren entwerthet, der Credit vernichtet, der Bürgerkrieg forderte seine Opfer in den blühendsten und fruchtbarsten Theilen des Landes — so ging der Kaiserstaat in das Jahr 1849.

Wir schließen hier die Geschichte des Deutschen Oesterreichs, um mit wenigen Worten zurückzukommen auf die Ereignisse in Böhmen während des Sommers 1848. Die Erzählung des Ungarischen und Lombardischen Krieges können wir in diesem Werke nicht mehr geben, da der Zusammenhang der Ereignisse in den Jahren 1848 und 1849 ein zu inniger ist, als daß wir beide auseinander reißen könnten; wir ersparen uns daher die Geschichte Ungarns auf ein Werk, welches nach Beendigung der „Staats-Umwälzungen" sofort im Druck erscheinen wird.

Siebentes Kapitel.

1.

Wir müssen, ehe wir die Erzählung der blutigen Ereignisse in Prag dem Leser mittheilen, einige Worte über die Verhältnisse des Königreichs Böhmen vorangehen lassen.

Das Königreich Böhmen ist von zwei verschiedenen Völkerstämmen bewohnt. Die Mehrzahl der Bewohner, etwa drei Fünftheile, wird gebildet durch die Czechen, eine slavische Völkerschaft; zwei Fünftheile der Bewohner sind Deutsche, aber diese zwei Fünftheile sind zusammengedrängt in einen verhältnißmäßig kleinen Theil des Landes, weil gerade die, durch die Deutschen bewohnten Districte diejenigen sind, welche sich am meisten durch Gewerbefleiß und Industrie auszeichnen, in denen daher auch die größte Einwohnerschaft auf den kleinsten Raum zusammengedrängt ist. Es soll hiermit jedoch nicht gesagt sein, daß nicht auch die Czechen ein gewerbthätiges, industriöses und gebildetes Volk seien, im Gegentheil zeichnen sich dieselben unter allen slavischen Völkerstämmen durch Intelligenz und Betriebsamkeit aus.

Die Czechen haben im Gegensatz zu den übrigen slavischen Völkern eine bedeutende Presse, welche sich schon längst durch gediegene Aufsätze im Interesse des Slaventhums einen hohen Ruf erworben; der Gewerbefleiß der Czechen ist anerkannt der bedeutendste von allen übrigen slavischen Stämmen.

Schon seit langen Jahren war dies Volk, eifersüchtig auf seinen früheren Ruhm, auf seine frühere Macht, den Deutschen feindlich gesinnt gewesen. Die Idee des Panslavismus, eines großen mittel-europäischen Reiches, war längst das Ideal czechischer Gelehrten gewesen, und gerade Oesterreich hatte man für besonders geeignet gehalten, dieses Slavenreich darzustellen, weil die Mehrzahl der Bewohner des ganzen österreichischen Kaiserstaates dem Slaventhum angehörten.

Die deutschen Bewohner Oesterreichs sind den Slaven gegenüber in einer bedeutenden Minorität. Die Slaven hatten unter dem früheren Metternich'schen System einen bedeutenden Einfluß auf die Staats-Verwaltung gehabt; viele der höchsten Staats-Beamten waren aus ihnen gewählt worden, der reiche slavische Adel hatte eine bedeutende Macht. Jetzt aber, nach der Revolution, drohte diese zu sinken; die deutsche Bewegung hatte in Oesterreich, und besonders in Wien, so gewaltige Fortschritte gemacht, daß die Nationalität der Slaven bedroht schien, daß daher der Nationalhaß mit jedem Tage schärfer hervortrat.

Es mußte dies um so mehr der Fall sein, als auch in Ungarn die Spaltung zwischen Magyaren und Slaven mit jedem Tage eine größere wurde, als dort die Croaten in offener Empörung gegen die Ungarn sich befanden.

Prag bildete für die Czechen den Mittelpunkt der slavischen Bewegung, hier concentrirten sich alle Forderungen der Czechen, und sie wurden getragen durch den St. Wenzels-Club, dem die bedeutendsten Männer der czechischen Partei beitraten. Diese bestand übrigens nicht lediglich aus Czechen, ein großer Theil der böhmischen Deutschen gehörte ihr an.

Die Deutschen waren zum Theil durch ihre enge Verbindung mit den Slaven so sehr in die slavischen Interessen verflochten, waren schon so sehr slavisirt, daß sie selbst die deutschen Interessen aufgaben, um sich denen der Slaven zuzuwenden.

Besonders war dies unter dem größten Theile des deutschen Adels der Fall, der einsah, daß die deutsche nationale Bewegung zu gleicher Zeit eine entschieden demokratische, eine entschieden den aristokratischen Interessen des Adels entgegenstehende war, und der sich deshalb der slavischen Bewegung gern anschloß.

Ebenso wurde diese unterstützt durch die Regierung, welche dem immer mächtiger werdenden Drängen der Wiener deutschen Partei gegenüber ihren hauptsächlichsten Anhaltpunkt in den Slaven erblickte, den Slaven, welche die gebornen Feinde der Deutschen, wie der Magyaren waren. Die meisten hohen Staatsbeamten begünstigten deshalb die czechische Bewegung in Böhmen.

Anfangs, unmittelbar nach der Revolution, traten die Czechen in Prag sehr friedlich auf, sie boten alle Mittel auf, die Deutschen zu sich herüberzuziehen, theils durch die Presse, theils durch Emissaire, welche im ganzen Lande herumreisten, und fortwährend die Freundschaft der Slaven gegen die Deutschen versicherten.

In allen Volks-Versammlungen bildete die Versöhnungs-Frage der Deutschen und Czechen den Gegenstand der Berathungen, und die Deutschen in Böhmen ließen sich durch dies Mittel einwiegen in eine große Sicherheit, ließen sich dahin bestimmen, daß sie selbst den Bestrebungen der Slaven hülfreiche Hand leisteten.

Die Regierung ließ die Czechen vollständig gewähren.

Graf Collowrat in Wien besonders begünstigte die Bestrebungen derselben außerordentlich, und der Ober-Burggraf, Graf Leo Thun, so wie der Bruder desselben, Graf Matthias Thun, waren selbst Parteihäupter der Czechen.

Bald jedoch traten die Czechen schon entschiedener mit ihren Forderungen ans Licht. Am 28. März wurde in einer Versammlung in Prag eine Adresse an den Kaiser beschlossen, welche die unauflösbare Vereinigung der sämmtlichen, zur Krone Böhmens gehörigen Länder forderte. Sie verlangte ferner die vollständige Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität als Staats-Grundgesetz in allen Lehr- nnd Verwaltungs-Zweigen. Böhmen wollte sich losreißen vom deutschen Bunde, um ein eigenes Reich zu bilden, ähnlich wie Ungarn.

Aber gar bald zeigte es sich, daß diese Forderungen der Czechen keinesweges übereinstimmten mit allen den zum Königreich Böhmen gehörigen Ländern; so lehnten Mähren und Schlesien diese Vereinigung einstimmig und bestimmt ab und erließen selbst eine Adresse nach Wien, in welcher sie sogar baten, sich dem deutschen Oesterreich anschließen zu dürfen, denen „die begehrte Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen dem historischen Rechte, den bestehenden Provinzial-Verfassungen und vor Allem den Wünschen, Anstrebungen und der Sympathie der Bewohner, sowohl mährischer als deutscher Zunge, entgegen."

Ein ähnliches Manifest wurde von den Bewohnern Schlesiens erlassen; es konnte daher dieser Wunsch, so gern die Regierung den Czechen auch dienbar war, von derselben nicht erfüllt werden. Dagegen gewährte der Kaiser die vollständige Gleichstellung der böhmischen Sprache mit der deut-

schen in allen Zweigen der Staats-Verwaltung und des öffentlichen Unterrichts, und die Regierung in Prag ging so weit, in den Kreisen von durchaus deutscher Bevölkerung slavische Beamte anzustellen, welche die deutsche Sprache nicht einmal verstanden.

Der Parteihaß wurde durch diese Maßregeln der Regierung natürlicher Weise nur noch mehr verstärkt. Die Deutschen sahen jetzt mehr und mehr ein, daß es in der That abgesehen sei auf ihre Unterdrückung. Das freundschaftliche Verhältniß mit den Czechen, welches unmittelbar nach der Revolution bestanden hatte, schwand mehr und mehr, und an seine Stelle trat mit jedem Tage eine größere Partei-Leidenschaft. —

Aber dennoch vermochten die Deutschen für den Augenblick nichts Bedeutenderes zu thun. Sie waren theils der vollständig organisirten Czechen-Partei an Zahl nicht gewachsen, theils waren sie auch selbst miteinander uneinig und hatten selbst gar keine Organisation.

Die Czechen-Partei hatte sich der Regierung in Böhmen fast vollständig bemächtigt, beinahe alle Häupter derselben gehörten ihr an, sie hatte die ganze Leitung in ihrer Hand, und es schlossen sich deshalb sogar, wie wir schon anfangs bemerkt haben, viele Deutsche den Czechen an. Unter den Führern derselben finden wir eine große Anzahl deutscher Namen; so die Rieger, Faster, Strobach &c. Auch der Czechen-Dichter Saffarik war ursprünglich ein Deutscher, Namens Schaffer.

Die Czechen-Partei war außerdem unterstützt durch eine bedeutende Zahl Bewaffneter, welche lediglich ihr angehörten und ein fliegendes Corps unter dem Namen Swornost (Einigkeit) bildeten. Diese Swornost war im ganzen Lande ver-

breitet und bildete so eine Czechen-Armee, welche sich entschieden weigerte, sich in die Bürgerwehr aufnehmen zu lassen, um gänzlich unabhängig von dieser dazustehen.

Aber auch die Bürgerwehr war ihrem größeren Theile nach der Czechen-Partei angehörig. Diese trat nun mit ihren Forderungen täglich bestimmter hervor. Aus dem St. Wenzels-Club bildete sich ein National-Comité, an dessen Spitze Graf Leo Thun trat, und dieses Comité gewann bald einen ganz bedeutenden Einfluß, es erhielt sogar eine fast amtliche Geltung, indem der Graf Stadion eine Commission zur Vorbereitung der Landtags-Arbeiten mit diesem National-Comité vereinigte, um die Wünsche der Czechen genau zu constatiren.

Anfangs suchte das National-Comité die Einigkeit zwischen Czechen und Deutschen noch zu erhalten, indem es den Ausschuß der Deutschen einlud, sich dem National-Comité zuzugesellen; dies geschah auch, aber es hatte für die Deutschen keine Wirkung, weil dadurch kaum ein Drittheil der Stimmen im National-Comité den Deutschen gehörte, und die Majorität daher stets auf Seiten der Czechen-Partei war.

Der Haß zwischen Czechen und Deutschen wurde bald durch eine scheinbar kleine Frage immer mehr und mehr angefeuert, es war dies die Frage über das Tragen der deutschen oder czechischen Cocarde. Die Deutschen trugen die schwarz-roth-goldene Cocarde und schwarz-roth-goldene Bänder, die Czechen die nationale roth-weiße Cocarde, und zwischen den beiden verschiedenen Farben entstand bald ein Streit, es kamen Zänkereien zwischen den verschiedenen Trägern derselben vor, welche zu heftigen Angriffen auf die Deutschen, sogar zu Thätlichkeiten führten, bei denen die Journale es nicht einmal wagen durften, die Partei der Deutschen zu

nehmen, denn die Presse wurde vollständig durch die Czechen terrorisirt.

Von einer weit größeren Bedeutung war jedoch die Frage, ob man zum Frankfurter Reichstage wählen solle oder nicht.

Alle Leiter der Czechen-Partei sprachen sich auf das Entschiedenste gegen das Wählen zum Frankfurter Parlamente aus. Es konnte dies in der That auch nicht anders sein, da die Czechen ja ein vollständig von Deutschland unabhängiges Slavenreich bilden wollten. Um die Abneigung gegen Deutschland zu motiviren, wurden von den Czechen eine Anzahl Gründe hervorgesucht, und besonders auch der, daß ein einiges Deutschland ohne die Proclamation einer deutschen Republik unmöglich sei, daß aber die treuen Czechen sich einer solchen auf das Entschiedenste widersetzen würden. Außerdem sei die Bildung eines großen Donau-Reiches, der immer mehr wachsenden Macht des Barbarismus gegenüber, durchaus nothwendig; das slavische Donau-Reich müsse eine Schutzwehr Europa's gegen das asiatische Rußland bilden, und es könne dies nicht geschehen, wenn sich Böhmen, wenn die slavischen Völkerstämme überhaupt sich mit Frankfurt vereinigten.

Palazki hatte dies zuerst ausgeschrieben und offen ausgesprochen; er hatte dies schon gethan, als der Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt ihm eine Einladung zur Theilnahme an einer Versammlung deutscher Vaterlandsfreunde zugeschickt hatte. —

Die Freundschaft der Regierung für die Czechen zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder außerordentlich groß. Es wurde allerdings dies Ausschreiben für die Wahl nach Frankfurt ausgefertigt, aber es wurde nicht in Prag publicirt, in-

dem es auf der Kanzlei liegen blieb, und vergeblich waren die Anstrengungen der Deutschen, für ihre Sache zu wirken.

Endlich jedoch mußte sich die Regierung, durch die Bewegung in Wien und die Sympathieen, welche die deutsche Sache in ganz Deutsch-Oesterreich fand, gezwungen, entschließen, die Wahl-Ausschreiben zu publiciren, und es wurde jedem Kreise überlassen, nach Belieben zu wählen oder nicht.

Aber auch die auf diese Weise eingeleiteten Wahlen wurden von der Czechen-Partei nach Möglichkeit hintertrieben. Die Czechen strengten sich nach allen Kräften an, die Wahlen nirgends zu Stande kommen zu lassen; sie übten dabei zum Theil den größten Terrorismus, indem die czechische Presse mit Aufständen drohte, im Falle die Deutschen sich dem Willen der Czechen nicht fügten, indem die Redacteure deutscher Zeitungen mit Mißhandlungen gedroht wurden, wenn sie für die Wahl nach Frankfurt schrieben. Rieger ging zum Beispiel so weit, daß er in einer Versammlung ausrief, man müsse dem Anschreiben des Frankfurter Ausschusses mit Dreschflegel-Argumenten antworten!

Emissaire wurden in alle Kreise geschickt und diesen die Beschlüsse des National-Comité's mitgetheilt; sie wurden vor dem Anschluß an Deutschland gewarnt und das Abschicken der Deputirten nach Frankfurt als Landesverrath erklärt.

Graf Leo Thun selbst schickte diese Papiere an alle Wahl-Versammlungen. Die Geistlichen ergingen sich in ihren Predigten gegen den Anschluß an Deutschland und behaupteten, man wolle die Czechen zu Sclaven der Deutschen machen.

So wurden alle Mittel benutzt, um die Wahl zu hintertreiben, und es gelang dies auch in einem ausgedehnten Maße; von 69 Deputirten, welche Böhmen hätte wählen

sollen, wurde noch nicht der fünfte Theil nach Frankfurt gesendet. Mehrere Wahlen, welche zu Stande gekommen waren, wurden nachträglich, aus Furcht vor der Rache der Czechen, sogar in deutschen Kreisen rückgängig gemacht.

Trotz dieser Maßregeln der offenbarsten Feindseligkeit suchten noch immer die Czechen den Frieden mit den Deutschen zu erhalten, um sie zu ihrer eigenen Partei herüberzuziehen.

In Prag wurde am 25. Mai ein Vereinigungsfest zwischen Deutschen und Czechen gehalten, in welchem schöne Reden über Einigkeit geführt wurden, welche aber den Thatsachen gegenüber natürlicher Weise, wenn sie auch für den Augenblick Eindruck machten, doch von keinen dauernden Folgen sein konnten. Die Parteien mußten sich naturgemäß feindselig gegenüberstehen.

Diesem scheinbaren Bestreben gegenüber, sich mit den Deutschen zu befreunden, suchten aber die Czechen mit aller Kraft die Idee eines großen slavischen Reiches zu verwirklichen und trafen die Einleitung zur Ausführung ihrer Pläne.

In dem National-Comité hatte ein Illyrier, Namens Stur, den mit Jubel aufgenommenen Vorschlag der Vereinigung aller österreichischen Slaven gemacht, und das National-Comité war auf diesen Vorschlag eingegangen. Eilf Millionen Slaven wohnten in Oesterreich, diese sollten zur Vereinigung eingeladen werden. Außerdem sollten der Vereinigung die Polen Bosnier ꝛc. beitreten. Ein Verein, die Slovanska Lipa (die slavische Linde), sollte zu diesem Zwecke gebildet werden und den Grundstein legen zu dem großen Slavenreiche.

Am 1. Mai wurde folgendes Manifest an die Slaven in den verschiedenen österreichischen und anderen Ländern erlassen:

„Slavenbrüder!

„Wer von uns blickt nicht mit Wehmuth auf unsere Vergangenheit? Wer von uns wüßte nicht, daß Alles, was wir erduldeten, seinen Grund hatte in unserem Mangel an Selbstbewußtsein und unserer Zerstückelung, welche den Bruder vom Bruder trennte? Allein, nach den langen Jahrhunderten, wo wir Einer des Andern vergessen hatten, wo so vielfaches Unheil auf unsere Häupter hereinstürmte, sind wir zur Erkenntniß gekommen, daß wir eins, daß wir Brüder sind. Inhaltsschwere Zeiten sind hereingebrochen, welche die Völker befreiten und die Last von ihnen nahmen, unter deren Schwere sie seufzten. Diese Zeiten haben auch von uns zum großen Theil die Last gehoben, und auch wir können jetzt aussprechen, was wir längst gefühlt, erwägen und beschließen, was zu unserem Besten dient. Die Völker Europa's verständigen und vereinigen sich. Die Deutschen haben zu ihrer Vereinigung ein Parlament nach Frankfurt berufen, welches darauf besteht, daß ihm der österreichische Staat von seiner Souveränetät so viel aberete, als zur deutschen Einheit nothwendig ist, und daß sich das Kaiserreich mit allen seinen nicht-ungarischen Ländern Deutschland einverleibe. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Einheit Oesterreichs, sondern auch den bisherigen Verband und die Selbstständigkeit der slavischen Volksstämme vernichten, deren Nationalität dadurch in Gefahr geriethe. An uns ist's, männlich zu schützen, was uns das Heiligste ist. Die Zeit ist gekommen, daß auch wir Slaven uns mit einander verständigen und uns vereinigen in unserer Gesinnung. Indem wir daher mit Freuden den vielfachen, aus verschiedenen slavischen Gegenden uns zugekommenen Wünschen entsprechen, erlassen wir diesen Aufruf an alle Sla-

ven der österreichischen Monarchie, und fordern alle Männer auf, welche das Vertrauen ihrer Nation haben und denen unser allgemeines Wohl am Herzen liegt, zum 31. Mai d. J. in der altberühmten Slavenstadt Prag sich zu versammeln, um gemeinschaftlich Alles das in Berathung zu nehmen, was das Beste unserer Nation erfordert und was wir in diesen wichtigen Zeiten zu thun haben. Sollten aber auch außer-österreichische Slaven sich bei dieser Zusammenkunft einfinden, so werden sie uns herzlich willkommene Gäste sein. Prag, den 1. Mai 1848."

Das Manifest war unterzeichnet von dreißig Personen, unter denen wir die folgenden bekannten Namen hervorheben: Graf Matthias von Thun, Graf Albert Deym, Saffarik, Palazki, Fürst Lubomirski, Graf Colowrat-Krakowski und Rieger. Auch eine Anzahl deutscher Namen, den höchsten Adelsgeschlechtern angehörig, finden wir unter den Dreißigen.

Diese Aufforderung machte ungeheures Aufsehen, sie wurden von den Slaven mit großem Enthusiasmus aufgenommen und selbst der Banus von Croatien erklärte der Slovanska Lipa seine Beistimmung.

2.

Die Aufregung der Czechen nahm in Prag mit jedem Tage einen bedenklicheren Charakter an. Schon im Anfang des Mai, am 10., brachen einige Unruhen aus, welche indessen nur die Vorläufer zu ernsteren Auftritten sein sollten.

An den Straßenecken hatte eine Aufforderung zu einer Versammlung der Bürgerwehr auf offenem Markte ohne Unterschrift gestanden; diese Aufforderung war von der Slovanska

ausgegangen, der Commandeur der Bürgerwehr, Haase, wußte von derselben nichts.

Große Menschenmengen hatten sich in Folge dieser Aufforderung auf dem Ringe eingefunden und es war zu tumultuarischen Scenen gekommen, bei denen einer der Czechischen Führer, Groll, verhaftet worden war. Die Masse forderte die Freilassung in so bedenklicher, bedrohlicher Weise, daß dieselbe gewährt werden mußte. Groll wurde freigelassen und im Triumphe durch die Stadt geführt; die Pferde wurden vom Wagen ausgespannt und dieser durch Menschen gezogen.

Die Behörden hatten diesem ganzen Scandal unthätig zuschauen müssen, selbst die Ermahnungen der Civilbehörden waren vergeblich gewesen, und Strobach war deshalb veranlaßt, sein Amt als Bürgermeister der Stadt Prag niederzulegen. Er nahm es indessen auf vielfaches Bitten vorläufig wieder an, jedoch nur für kurze Zeit.

Dieser Scandal sollte indessen für die Czechische Partei selbst eine nachtheilige Folge haben. Sie hatte am 10. Mai ohne alle Veranlassung Unruhen erregt, die Mitglieder der Swornost hatten sich auf das Pöbelhafteste betragen, und es liefen Erklärungen des Bürgercorps, der Nationalgarde, der Studentenlegion ein, welche sich gegen die Theilnahme an diesen Auftritten verwahrten. Eine Deputation dieser Corps begab sich sogar zum Erzherzog Karl Ferdinand und sprach demselben ihre Entrüstung über jenen Scandal aus, indem sie versicherte, daß die genannten Corps selbst gegen die Swornost treu mit dem Militair zusammenhalten würden.

Schien hierdurch die Czechen-Partei für einige Zeit eine moralische Niederlage erlitten zu haben, so sollte dieselbe je-

doch bald wieder einen gewaltigen Impuls erhalten durch die Mai-Ereignisse in Wien und die Flucht des Kaisers in Folge derselben von Wien nach Inspruck.

Kaum wurde die Flucht des Kaisers mit den übertriebensten Berichten von Mißhandlungen desselben durch die akademische Legion und das Volk von Wien in Prag bekannt, als die gesammte Czechische Partei in einen Schrei des Unwillens darüber ausbrach.

Die Czechen benutzten sofort die ihnen gebotene willkommene Gelegenheit, um die deutsche Partei, der allein sie die Bewegung in Wien zuschrieben, bei der Regierung zu verdächtigen und sich selbst mit ihr zu befreunden. Eine Deputation wurde an den Kaiser gesendet, welche diesem die höchsten Sympathieen der treuen Czechen aussprechen sollte und welche zu gleicher Zeit die Aufgabe hatte, den Kaiser zu bitten, in dem treu anhänglichen Prag künftighin seine Residenz zu nehmen. Die Czechen würden stets feststehen in der Vertheidigung des Thrones.

Graf Leo Thun machte selbst im Nationalausschuß diesen Vorschlag. Außerdem wurden Adressen ausgelegt an den Kaiser, welche zahllose Unterschriften fanden, so unter anderen eine von Palazki, Schafarik, Pinkas und Graf Matthias Thun, in welcher es unter Anderem heißt: „Ew. Majestät! Ein Schrei der Entrüstung ertönte in Prag und wiederhallte im ganzen Königreiche, als die am 14. und 15. in Wien stattgehabten Ereignisse bekannt wurden," und ferner: „Das feste, treue Böhmen sendet Männer seines Vertrauens als Zeugen der Liebe und Anhänglichkeit einer Nation, die nimmer vergessen will noch wird, was sie ihrem König dankt" u. s. w.

Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit auch deutlich genug,

daß die Flucht des Kaisers von Wien lediglich ein Werk der Kamarilla war, welche im engsten Zusammenhange mit den adligen Trägern der Czechen-Partei in Prag stand. Graf Lazanskay sprach dies im Nationalausschuß zu Prag deutlich aus.

Die adlige Partei der Czechen hoffte auf die Wiener Mai-Ereignisse großartige Pläne bauen zu können, sie hoffte durch dieselben eine Unabhängigkeit Böhmens zu erreichen und sie ging sogar so weit, für Böhmen schon eine provisorische Regierung aus acht Mitgliedern zu ernennen, welche mit Ausnahme der Herren Borrosch und Graf Nostiz vollständig aus Ultra-Czechen bestanden. Es waren dieselben Palazki, Riger, Strobach, Brauner &c.

Bei der Schwäche des Ministeriums in Wien glaubte Graf Leo Thun, der sich der Czechischen Partei vollständig in die Arme geworfen hatte, diesen Schritt wagen zu können, indem er wohl mit Recht hoffte, von dem Hof in Inspruck unterstützt zu werden.

Er sollte indessen in dieser Beziehung sich doch ein wenig getäuscht sehen. Das Wiener Ministerium protestirte entschieden gegen diese Maßregel der Czechischen Partei und auch die Deutschen in Prag sahen dem gefährlichen Ueberhandnehmen der Czechen-Macht nicht mehr ruhig zu.

Auch der konstitutionelle deutsche Verein in Prag protestirte gegen die provisorische Regierung und sandte seine Protestation an das Ministerium in Wien und an den Kaiser.

Das Ministerium erklärte den Akt des Präsidenten Thun für null und nichtig; es forderte ihn sogar auf, die Leitung des Landes dem Vice-Präsidenten zu übertragen, falls er sich

an den Beschluß, eine provisorische Regierung zu ernennen, gebunden erkläre.

Graf Thun mußte nachgeben, er mußte am 5. Juni erklären, daß diese Maßregel, für welche er übrigens nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich sei, erst dann in Wirksamkeit treten solle, wenn die Folgen der verfassungswidrigen Vorgänge in Wien es durchaus unmöglich machten, daß die ihm anvertraute Landesregierung sich nur in der streng gesetzlichen Bahn bewege.

Alle Entschuldigungsgründe für die Errichtung einer provisorischen Regierung fielen um so mehr hinweg, als der Grund, welchen man bei Errichtung desselben angeführt hatte, daß man mit dem Ministerium in Wien nicht in Verbindung treten könne, von selbst fortfiel, da das Ministerium unangetastet in seiner Stellung verblieb.

Dieses Auftreten der aristokratischen Czechen-Partei, das immer offenbarer werdende Wirken der Kamarilla in Insbruck, öffnete denn doch einem großen Theile der Czechen die Augen über die Absichten der Aristokratie und rief auch unter den Czechen selbst bald eine demokratische Partei hervor.

Die Prager Studentenschaft begann mit einer demokratischen Agitation, indem sie in einer Adresse an den Kaiser darlegte, daß sie ihre volle Ueberzeugung dahin aussprechen müsse, daß sie in dem Ein-Kammer-System das Ideal constitutioneller Institutionen erblicke.

Auch in der Bürgerschaft selbst traten demokratische Elemente mit jedem Tage klarer hervor und gewannen immer größeren Einfluß bei den Arbeitern. So standen sich denn bald unter den Czechen selbst zwei verschiedene Parteien gegenüber, die demokratische und die aristokratische.

An der Spitze der demokratisch Czechischen Partei stand ein Doktor Sladkovsky, der bald einen großen Einfluß auf das Volk erhalten sollte. Durch ihn wurde die demokratische Partei organisirt; sie gab zuerst ein bedeutsames Merkzeichen ihres Daseins, indem sie am 8. Juni in Wenzelsbad eine Versammlung hielt, in welcher sie gegen einen vom Siebenter Nationalausschuß beantragten Verfassungs-Entwurf protestirte.

Dieser Entwurf enthielt neben der Volkskammer einen aus derselben gewählten, jährlich zum sechsten Theile austretenden Senat von sechszig Mitgliedern. Die demokratische Partei forderte das Ein-Kammer-System, forderte eine Beschränkung des Adels in dem Volkshause und forderte außerdem die Abberufung des Commandanten von Prag, Fürsten Windischgrätz, der das Vertrauen der Bürgerschaft nicht besitze.

Die Stimmung hatte sich mittlerweile in Prag mehr und mehr verfinstert. Am 2. Juni war der durch die Slovanska Liga zusammenberufene Congreß der Slaven in Prag zusammengetreten. Palazki war zum Präsidenten desselben erwählt worden.

Dreihundert Slaven waren aus allen Gegenden Oesterreichs und aus den benachbarten Slaven-Ländern zusammengekommen, um in Prag über die Gründung eines großen Slavenreiches zu berathen, eines Reiches, welches das Riesengebirge, die Karpathen, das Adriatische Meer und den Balkan zu Grenzen haben sollte.

Die Berathungen des Congresses waren von einem hohen Interesse, die berühmtesten slavischen Namen waren bei demselben vertreten, und die wilden, schönen Gestalten, welche aus allen Gegenden zusammengekommen waren, machten in

ihren National-Costümen einen eigenthümlichen, aber unheimlichen Eindruck für den Deutschen.

Die Deutschen in Prag sahen mit jedem Tage mehr und mehr ein, daß die Spannung zwischen Deutschen und Slaven, die immer unerträglicher wurde, bald in blutige Kämpfe ausarten müsse. Auch Fürst von Windischgrätz sah ein, daß ein blutiger Aufstand wahrscheinlich in kurzer Zeit bevorstehe. Er hielt am 7. Juni eine große Parade ab über die gesammten Militairkräfte und wurde mit Jubel von den Soldaten empfangen. Er ließ eine Anzahl Kanonen aus der Umgegend Prags auf die Befestigungswerke und in die Kasernen bringen und bereitete sich überhaupt so viel als möglich auf einen Kampf vor.

Aber auch die slavische Partei that dies. Die Studenten blieben trotz der Ferien in Prag, die Hörsäle der Aula wurden zu Schlafsälen für die ärmeren eingerichtet, andere blieben bei den Bürgern.

Am 11. Juni forderte die demokratische Partei in einem großen, mit rothen Buchstaben gedruckten Straßen-Anschlag 2000 Gewehre, 80,000 Patronen und eine Batterie für die Studenten-Legion, so wie die Entfernung der heimlich vom Fürsten Windischgrätz in die Kasernen und auf die Batterieen geschleppten Kanonen.

Das Plakat war vom Dr. Sladkowsky und vier Anderen der demokratischen Führer unterschrieben. Dasselbe sollte die Einleitung zu dem bald beginnenden Kampfe bilden.

Schon am Mittage des 11. wurde die National-Garde aufgeboten; das Militair stand mit geladenen Gewehren auf dem Ringe, starke Patrouillen durchzogen die Straßen, in denen sich gewaltige Volksmengen hin und her bewegten, die

in jedem Augenblick zum Kampf bereit schienen. Die Czechen-Partei wollte den Slaven-Congreß in Prag nicht unbenutzt vorübergehen lassen, sie glaubte, im Falle einer glücklich gelungenen Revolution, denselben als eine Art slavisches Vorparlament constituiren und durch ihn dann ein slavisches Reich proklamiren zu können.

Der Ausgang der Ereignisse sollte indessen ein wesentlich anderer sein.

3.

Das Straßen-Plakat der demokratischen Czechen-Partei und die durch dasselbe erzeugten Menschen-Ausläufe sollten nur den ersten Beginn eines großartigen Aufstandes bezeichnen.

Eine Deputation von einer Anzahl Bürgern wurde gewählt, um sich zu dem Fürsten Windischgrätz zu verfügen und diesem die Forderung nach 6000 Flinten, 24 Geschützen und 80,000 Patronen darzubringen.

Der Fürst konnte natürlicher Weise auf diese Forderungen, einer wild aufgeregten Volksmenge gegenüber, durchaus nicht eingehen, er konnte es um so weniger thun, als seine eigene Munition keinesweges bedeutend war. Nur in der Forderung der Geschütze gab er in sofern nach, als er bewilligte, daß eine Batterie von der Josephs-Kaserne auf den Hradschin gebracht wurde. Die Deputation sprach dem Fürsten ferner den Wunsch aus, er möge seine Stelle niederlegen, da er das Vertrauen der Bürgerschaft in keiner Weise besitze; die gesammte Einwohnerschaft von Prag theile diesen Wunsch.

Fürst Windischgrätz antwortete sehr bestimmt, daß er auf diesen Wunsch keine Rücksicht nehmen könne, da er vom Staate aus auf diesen Posten gestellt worden sei; er würde bleiben, möge immer kommen, was da wolle.

Die Czechen hatten natürlicher Weise die abschlägliche Antwort des Fürsten Windischgrätz vorausgesehen, sie wollten dieselbe auch nur benutzen zu einer größeren Aufregung für die Massen. Eine Volks-Versammlung wurde auf dem Roßmarkt am Nachmittage gehalten, in welcher sich die demokratische Czechen-Partei auf das Heftigste gegen den Fürsten und selbst gegen die czechische Aristokratie in wüthenden Reden ergoß. Es wurde beschlossen, am nächsten Tage eine großartige slavische Messe auf dem Roßmarkte zu halten, zu welcher alle Czechen sich bewaffnet einfinden sollten. Vom Roßmarkte wollte man zum Fürsten Windischgrätz ziehen und diesen, mit den Waffen in der Hand, zur Abdankung zwingen.

Das hieß mit anderen Worten, die Revolution proklamiren.

Fragen wir uns nun, welche Mittel die demokratische Czechen-Partei hatte, um so die Proclamation der Revolution erregen zu können, fragen wir uns ferner, welche Absichten sie hatte, so werden wir nicht verkennen, daß der Aufstand mit vieler Klugheit eingeleitet worden, gerade an einem Zeitpunkt, an dem ein Widerstand für die Regierung von außerordentlicher Schwierigkeit war.

Die Bewegung ging ursprünglich aus von der aristokratischen Czechen-Partei, welche, wie wir schon dargethan haben, bei einer czechischen Revolution ein aristokratisches Slavenreich zu gründen hoffte. Keine Zeit konnte für eine solche Bewegung geeigneter erscheinen, als gerade der Anfang

des Juni. Abgesandte aus allen slavischen Provinzen Oesterreichs waren in Prag und vertraten dort die slavischen Bevölkerungen; ein slavisches Vorparlament für das neue Reich war daher im Augenblick gebildet. Man war in Prag von dem Einverständniß der übrigen Provinzen slavischer Bevölkerung vollkommen überzeugt, und es kam jetzt nur darauf an, den Hauptschlag zu thun.

Der Kaiser befand sich nicht in seiner Residenz, er war aus Wien geflohen in Folge der dortigen Partei-Bewegungen. In Deutsch-Oesterreich standen sich die aristokratische und demokratische Partei schroff gegenüber. Die Deutschen erschienen also in ihrer Gesammtmasse gegen die Slaven, welche ziemlich einig waren, geschwächt.

Der österreichische Kaiserstaat war in sich außerordentlich zerrissen und stand kraft- und machtlos da. Ungarn und Croatien waren in offenem Kampf, dort hatte die slavische Bewegung schon begonnen. Aus Italien waren höchst ungünstige Nachrichten für die Oesterreicher eingetroffen, und so schien es, als ob eine Bewegung zu jener Zeit einen leichten und günstigen Ausgang für das Czechenthum haben müsse.

Der Adel, welcher den ersten Anstoß zu dieser Bewegung gegeben hatte, sah jedoch ein, daß er im Falle eines ungünstigen Ausganges eine zu bedeutende Gefahr laufe. Er sah ein, daß sein noch immer bedeutender Einfluß auf die österreichische Staats-Regierung durch eine Emeute, von der man noch nicht wissen konnte, ob sie zu einer Revolution werden würde oder nicht, gefährdet werden müsse. Er zog sich deshalb von der Betheiligung an dem Aufstande, sobald die Einleitung zu demselben getroffen worden war, so viel, als irgend möglich, zurück.

Graf Leo Thun, der Landes-Präsident, hatte das Seinige dazu gethan, um die Aufregung der Czechen zu schüren und sie vorzubereiten zu den blutigen Juni-Ereignissen; aber auch er zog sich natürlicher Weise zurück, als die Gefahr eine dringende wurde, als der Kampf ausbrach. Er ging so weit in seiner Unthätigkeit, denn entgegentreten konnte er natürlich seiner eigenen Partei nicht, daß er am 12. sich von der Swornost ruhig gefangen nehmen und in Gewahrsam bringen ließ, um nicht gezwungen zu sein, gegen den Aufstand irgend einzuschreiten, den er, falls er gelänge, benutzen, mißlänge er aber, verdammen wollte.

Aehnlich hielten es die übrigen adligen Führer, wenigstens ihrer größeren Mehrzahl nach. Sie flüchteten sich mit ihren Familien, sobald am 11. und 12. die ernsten aufrührerischen Maßregeln getroffen worden waren, aus Prag, und überließen den Schauplatz des Kampfes lediglich der demokratischen Czechen-Partei, mit der sie, wenn die Revolution gelungen wäre, wohl fertig zu werden hofften.

Nur wenige czechische Adlige blieben in Prag zurück und betheiligten sich bei dem Kampfe der folgenden Tage.

An der Spitze der demokratischen Partei stand, wie schon berichtet, ein Dr. Sladkowsky; neben diesem aber, und beim Volke noch mit einem größeren Einfluß versehen, stand ein ehemaliger Bierwirth, Namens Peter Faster, der mit einer bedeutenden Redegabe das Talent verband, dem gewöhnlichen Mann zu imponiren.

Faster hatte einen gewaltigen Einfluß auf die Massen, besonders auf alle Fabrik- und Eisenbahn-Arbeiter, Tagelöhner und dergleichen mehr. Er hatte diese bewogen, aus der Umgegend für den Fall eines Kampfes nach Prag zu kommen;

ebenso waren auf seine Veranlassung die Studenten in Prag geblieben.

Faster war einer der enthusiastischsten und fanatischsten Czechen, und gerade dadurch hatte er seinen Einfluß auf das Volk gewonnen, so wie auch durch etwas Excentrisches in seiner Tracht, welches die Leute anzog. Er trug nämlich gewöhnlich einen blauen Sammetmantel in der Art der früheren böhmischen Könige. Seine Töchter gingen ebenfalls in alter slavischer Amazonentracht und betheiligten sich, wie der Vater, bei den Volksbewegungen.

Außer Faster waren bei dem Juni-Aufstande in Prag noch einige Mitglieder des Slaven-Congresses besonders betheiligt.

Am Morgen des 12. Juni fand die großartige Demonstration statt, welche schon am 11. verabredet war.

Auf dem geräumigen Roßmarkt, am Fuße der Bildsäule des heiligen Wenzels, des Schutzheiligen der Czechen, wurde ein feierliches Hochamt gehalten, zu dem sich die Deputirten zum großen Slaven-Congreß, die Mitglieder der Swornost, eine große Anzahl von Studenten und Arbeitern aus Prag und den Vorstädten, zu vielen Tausenden einfanden.

Am Schlusse des Hochamtes leisteten die Tausende einen feierlichen Schwur, unverbrüchlich festzuhalten am Slaventhum. —

Die Massen ordneten sich darauf und wollten vom Roßmarkt eben zum Fürsten Windischgrätz ziehen, als eine Deputation von Prager Bürgern von diesem zurückkam, welche hauptsächlich der deutschen Partei angehörten. Diese hatten dem Fürsten ihre Ergebenheit dargethan und sich entschlossen erklärt, mit ihm für die Ruhe und Ordnung der Stadt zu wirken.

Die Deputation wurde von den Volksmassen verhöhnt und mußte sich eiligst flüchten.

Vom Roßmarkt zogen die Massen Arm in Arm den Graben hinauf gegen die Wohnung des Fürsten Windischgrätz im General-Commando auf der Zeltergasse. Sie sangen während dieses Zuges czechische Nationallieder, besonders Spottlieder auf die Deutschen.

Unterweges begegneten sie einer Militair-Patrouille, welche sie auseinander jagte, ohne daß es hier, da die Patrouille zu schwach war, zu einem Kampf gekommen wäre.

Bald darauf, dicht bei dem General-Commando, kreuzte der Zug eine halbe Compagnie Grenadiere, von einem Offizier angeführt, welche die Besatzung des General-Commandos abzulösen kam. Das Volk drängte sich unter das Militair, ein Mitglied der Swornost schlug den Offizier zu Boden, wurde aber dabei selbst von den Soldaten gefangen und diese machten einen wüthenden Bajonnet-Angriff gegen die Massen. Einige Schüsse fielen, man weiß nicht, ob von Seiten des Militairs oder des Volks zuerst, und nun erhob sich unter den Tausenden ein wüthendes Geschrei: „Zu den Waffen! zu den Waffen!"

Mit furchtbarer Eile flüchtete die dicht gedrängte Menge auseinander und breitete sich über die ganze Stadt mit dem tausend und abertausendfältigen Rufe: „Zu den Waffen! Man ermordet uns! Barrikaden!" aus.

Die czechische Partei war bereits zum Aufstande fest entschlossen gewesen und also auf denselben vorbereitet. Kaum ertönte der Ruf: „Verrath! Zu den Waffen!" als die Bewohner aus allen Häusern hervorstürmten mit Aexten, Schaufeln und Hacken.

In allen Straßen wurden Barrikaden gebaut mit einer bewundernswürdigen Schnelligkeit und Geschicklichkeit. Noch waren kaum zwei Stunden vergangen, so stand die ganze Stadt voller Barrikaden.

Die erste wurde am Museum von der Swornost gebaut, welche dort ihre Wache hatte; sie wurde jedoch bald vom Militair genommen und die Swornost selbst aus dem Museum hinausgetrieben.

Das Militair sah anfangs dem Bau der Barrikaden ruhig zu, nur an wenigen Stellen, wo es einschritt, kam es zum Kampfe.

Die Soldaten hatten im ersten Augenblick selbst keine besondere Lust, gegen das Volk zu kämpfen, da die große Mehrzahl der Czechen-Partei angehörte, und es ist auffallend, daß trotzdem nichts davon bekannt geworden ist, daß Militair zum Volke übergegangen wäre.

Anfänglich wurden die Angriffe gegen die Barrikaden nur mit Infanterie gemacht, und erst, als es sich zeigte, daß die Vertheidiger zu gut bewaffnet und organisirt wären, um die Möglichkeit der Eroberung der Barrikaden durch Infanterie-Angriffe zuzulassen, erst da drohte der Fürst Windischgrätz um 5 Uhr Nachmittags, daß wenn in einer halben Stunde die Barrikaden nicht fortgeräumt wären, der Angriff mit Kartätschenfeuer eröffnet werden würde.

Die Barrikaden blieben trotz dieser Drohung stehen, ja, sie wurden noch verstärkt.

Der Widerstand wurde mit jedem Augenblick großartiger. Da machte Fürst Windischgrätz mit seiner Drohung Ernst. Gegen halb 6 Uhr eröffnete die Artillerie ihr Kartätschenfeuer gegen die erste Barrikade; sie wurde sofort verlassen. Die

Vertheidiger flüchteten sich in die umliegenden Häuser und schossen nun von hier aus auf die Soldaten, welche sich bemühen mußten, die Barrikade fortzuräumen.

Ein heftiger Kampf entbrannte jetzt in verschiedenen Gegenden der Stadt, besonders in der Zeltergasse.

Während dieses Kampfes wurde die Fürstin Windischgrätz in ihrem Zimmer durch einen Schuß aus einem gegenüber liegenden Hause getödtet. Die Kugel hatte sie mitten in die Stirn getroffen.

Auch der Sohn des Fürsten Windischgrätz, welcher Rittmeister bei den Kürassieren war, erhielt einen Schuß durch den Fuß, an dessen Folgen er kurze Zeit darauf starb.

Der Kampf dauerte mit furchtbarer Wuth bis 11 Uhr Nachts. Unter fortwährendem Feuern mußten die Soldaten die einzelnen Barrikaden, nachdem sie mit Kanonen beschossen waren, erstürmen, mußten sogar oft die Gebäude mit Sturm nehmen.

So wurde die Aula nach heftigem Kampfe erstürmt und sechszig bis siebenzig Studenten, welche dieselbe tapfer vertheidigt hatten, gefangen genommen.

Auf beiden Seiten wurde heldenmüthig gekämpft, und nur ein Theil der Stadt, der Graben, die neue Allee bis zur Kettengasse, der Roßmarkt, die Heinrichsgasse, die Zeltergasse, der Obstmarkt und die Eisengasse mit der Aula waren am Abend in den Händen der Soldaten. Aber der Kampf war damit keinesweges geendigt.

4.

Am Dienstag, den 13. Juni, Morgens gegen 5 Uhr, trat ein kurzer Waffenstillstand von zwei Stunden ein; abermals wurden die Vertheidiger der Stadt aufgefordert die Barrikaden fortzuräu-

men, abermals verweigerten sie dies, und schon um 7 Uhr begann am Altstädter Ring der Kampf wieder mit erneuerter Wuth.

Das Militair hatte sich mittlerweile verstärkt. Aus Theresienstadt, aus Königsgrätz, aus Josephstadt war das Militair schleunigst nach Prag zurück beordert worden. Dessenungeachtet konnte man nicht daran denken, die Altstadt von Prag einzunehmen, welche so großartig verbarrikadirt war, daß die gesammte Armee in den Straßen aufgerieben worden wäre, wenn man den Versuch, die Barrikaden fortzuräumen, hätte machen wollen.

In der Altstadt allein standen etwa 250 Barrikaden, welche zum Theil von Haushöhe waren, und da das Volk beim Bau derselben durchaus nicht gestört werden konnte, eine bewundernswerthe Construction und Festigkeit hatten.

Es mußte sich deshalb Fürst Windischgrätz begnügen, die Neustadt vollkommen einzunehmen, und auch dort hatte er etwa 75 Barrikaden fortzuräumen. Der Kampf wurde am Morgen des 13. so heftig geführt, wie am vorigen Tage. Sogar die Frauen betheiligten sich in slavischer Amazonentracht bei dem Gemetzel, einige standen sogar mit den Büchsen in der Hand hinter den Barrikaden, andere warfen Steine von den Dächern.

Gegen Mittag ließ indessen der Kampf etwas nach. Die Aufständischen begannen Unterhandlungen anzuknüpfen mit dem Fürsten Windischgrätz. Es lag in ihrem Interesse, einen kurzen Frieden zu schließen, denn nur in diesem Falle war es möglich, sich von außen zu verstärken; man wollte Zeit gewinnen und man unterhandelte deshalb.

Die Czechen hofften hierdurch außerdem auch den in ihrer Gewalt befindlichen Grafen Leo Thun zu bewegen, daß

er sich im Falle eines Wiederausbruches des Kampfes an die Spitze des Aufstandes stellen werde.

Die demokratische Czechen-Partei hoffte hierdurch die aristokratische Partei der Czechen, welche sich jetzt vom Kampfe ganz zurückgezogen hatte, wieder zu gewinnen und dadurch dem Kampfe das Ansehen eines rein nationalen zu geben.

Graf Leo Thun, wie sehr er auch vorher den Aufstand heimlich begünstigt hatte, war doch viel zu klug, um sich offen an die Spitze desselben zu stellen. Er verweigerte jede Mitwirkung und widerstand allen Drohungen der ihn gefangen haltenden Swornost und der Prager Studentenschaft.

Da diese sahen, daß sie auf diese Weise nicht zum Ziele kommen konnten, suchten sie sich durch Zuzug von außerhalb zu verstärken.

Schon vorher war das Landvolk aufgeregt worden, schon vorher hatte sich die im ganzen Lande überall verbreitete Swornost auf einen Kampf gegen das Deutschthum vorbereitet. Jetzt kam es darauf an, die Massen zu bewegen, nach Prag zu ziehen und dort den wirklichen Kampf zu beginnen.

Reitende Boten wurden deshalb auf alle Dörfer in der Nähe geschickt und regten die Bauern auf. Diese rotteten sich zusammen und zogen mit Knütteln, Sensen, Aexten, zum Theil auch mit Gewehren bewaffnet, wie früher die alten Hussiten, in wilden Haufen der Hauptstadt Böhmens zu, um die Vertheidiger des Czechenthums daselbst zu unterstützen.

Mittlerweile bemühten sich die Aufständischen, einen Scheinfrieden mit dem Fürsten Windischgrätz zu schließen, denn einen wirklichen Frieden beabsichtigten sie gar nicht.

Der Fürst Windischgrätz forderte Fortträumung aller Bar-

rikaden, die Entwaffnung der Studentenschaft und die Auslieferung des Grafen Leo Thun, während die Bedingungen der Aufständischen die Zurückziehung des Militairs und die Auslieferung der Gefangenen waren.

Mit einer unbegreiflichen Milde, auf deren Gründe wir später zurückkommen werden, gewährte der Fürst Windischgrätz die Forderungen der Aufständischen, welche ihm durch die Bürgerschaft von Prag, besonders durch die gutmüthige deutsche Bürgerschaft, welche sich hier von den Czechen gebrauchen ließ, vorgebracht wurden.

Auch Palatzky nahm an den Friedens-Unterhandlungen Theil.

Die Auslieferung der Gefangenen wurde bewerkstelligt. Graf Leo Thun wurde auf die dringenden Bitten der Bürgerschaft dem Fürsten ausgeliefert und dieser lieferte wiederum mehr als 200 Gefangene, Swornost und Studenten, den Aufständischen aus. Auf die Entwaffnung der Studentenschaft verzichtete er selbst und es kam jetzt nur darauf an, daß die Barrikaden abgetragen wurden, denn das Militair hatte sich zurückgezogen und Fürst Windischgrätz hatte somit alle Bedingungen des Friedens erfüllt.

Es waren indessen nach und nach während dieser Unterhandlungen Schaaren von Landleuten in die Stadt gekommen. Andere waren freilich wieder durch die Truppen außerhalb der Stadt zurückgehalten und in ihre Dörfer heimgeschickt worden aber dennoch sahen sich die Aufständischen in ihrer Macht bedeutend verstärkt und dachten nun nicht mehr daran, die Friedensbedingungen zu erfüllen.

Die Barrikaden blieben besetzt von den Studenten und dem Swornost-Corps. Vergebens forderte auch Graf Leo

Thun das Volk in einer Proklamation auf, die Friedensbedingungen aufrecht zu erhalten und die Barrikaden abzutragen; vergebens bemühte sich die Bürgerschaft. So brach denn schon am Abend des 13. der Kampf abermals aus und dauerte in ununterbrochener Heftigkeit fort bis zum Morgen des 14.

So tapfer von beiden Seiten gekämpft wurde, war die Schlacht doch ziemlich erfolglos, denn die Aufständischen blieben wie vorher im Besitz der Altstadt, welche, wie schon bemerkt, durch Erstürmung von Barrikaden überhaupt nicht einzunehmen war.

Die Zuzüge von außerhalb wurden immer stärker, das Landvolk befand sich in der höchsten Aufregung, ganz Böhmen drohte in offenen Aufruhr auszubrechen.

Fürst Windischgrätz sah daher sehr wohl ein, daß er sich in seiner Stellung auf längere Zeit nicht halten könne. Er war im Rücken bedroht durch die aufrührerischen Bauern, während er vor sich die Swornost und die Studentenschaft in der Stadt hatte; er zog es daher vor, sich in eine festere Stellung zurückzuziehen, und bewerkstelligte diesen Rückzug in der Nacht vom 14. zum 15., ohne daß dies von den Pragern bemerkt oder verhindert worden wäre.

Fürst Windischgrätz verließ mit seinen Truppen die Neustadt und zog sich über die Nothbrücke nach der kleinen Seite und dem Hradschin zurück. Er hatte nun den Schloß- und den Lorenzberg besetzt, auch die Festungswerke des Wischerad waren in seinen Händen und er vermochte mit seinen Geschützen die Stadt vollständig zu beherrschen, während er selbst sich in einer beinahe unangreifbaren Stellung befand, wenigstens unangreifbar durch eine undisziplinirte Masse, da es

schon einem vollständig organisirten und dem des Fürsten Windischgrätz bedeutend überlegenen Heere schwer geworden wäre, die Truppen aus ihrer jetzigen Stellung zu verdrängen.

Trotz der Treulosigkeit, mit welcher schon einmal von den Czechen die Friedensbedingungen gebrochen worden waren, zögerte Fürst Windischgrätz doch immer noch, mit voller Gewalt einzuschreiten; es waren abermals Friedensunterhandlungen angeknüpft worden.

Aus Wien waren zwei Commissionaire, der General der Kavallerie und frühere Commandant von Prag, Graf Mensdorf-Poullgy, und Hofrath Klekansky, in Prag angekommen, um die Sache friedlich auszugleichen.

Fürst Windischgrätz erbot sich, wenn dies zum Frieden beitragen könne, seine Stellung dem General Mensdorf zu übergeben, aber dieser nahm die Resignation des Fürsten nicht an.

Außerdem hatte Fürst Windischgrätz eine Proklamation erlassen, um die Stadt und vorzüglich das Landvolk zu beruhigen, in welcher er auf sein Ehrenwort feierlichst versicherte, daß er treu und fest an der constitutionellen Monarchie festhalte, aber gerade deshalb sei es nöthig, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Auf das Landvolk hatte diese Proklamation allerdings eine beruhigende Wirkung, nicht aber auf die Ultra-Czechen-Partei in Prag.

Vergeblich bemühten sich in der Altstadt die Bürger den Frieden herzustellen; es gelang ihnen nicht, und schon am Morgen des 15. kam es zu neuen Kämpfen.

5.

Der Kampf begann am Morgen um 8 Uhr.

Die Truppen hatten den Posten vor der Altstädter Brücke besetzt, bei welchem eine weiße Fahne wehte; dessen ungeachtet waren sie vom Brückenthurm und den nächstliegenden Häusern auf das heftigste beschossen worden.

Fürst Windischgrätz ließ deshalb die Kanonade beginnen und den ganzen Tag den Kampf energisch fortsetzen. Verschiedene Male versuchte es die Bürgerschaft, den Frieden herzustellen, aber sie war ohne Macht, denn in der Stadt herrschte die vollkommenste Anarchie: die Proletarier hatten die Macht in Händen, die Swornost herrschte unbedingt.

Kaum waren die weißen Fahnen aufgepflanzt, als sie von der Swornost wieder herabgerissen wurden, und so war jede Friedensunterhandlung unmöglich.

Der Kampf wurde immer heftiger, immer erbitterter fortgesetzt. Vergeblich bemühten sich selbst die Studenten, welche bei der vortheilhaften Stellung des Fürsten Windischgrätz die Unmöglichkeit einsahen, die Stadt zu halten, die Ruhe herzustellen, vergeblich bemühte sich fort und fort die Bürgerschaft; es war nicht möglich, die einmal aufgeregten Gemüther zu beruhigen.

So dauerte die Kanonade, ohne sonderlichen Erfolg zu haben, bis Abends gegen 9 Uhr; da erließ Fürst Windischgrätz abermals eine Proklamation, in welcher er aussprach, daß er bisher Nachsicht geübt habe, jetzt aber mit der vollsten Strenge einschreiten werde. Er forderte die gänzliche und unbedingte Unterwerfung der Aufständischen, die Auslieferung aller Waffen. Er forderte, falls auf diese Bedingungen nicht eingegangen werden sollte, die friedlichen Bürger auf, die Stadt zu

verlassen, da er nunmehr das Bombardement derselben eintreten lassen würde, um nicht in einem Straßenkampf unnütz das Leben seiner Soldaten zu opfern.

Während der Nacht vom 15. zum 16. zog Fürst Windischgrätz, um energisch einschreiten zu können, die Truppen und die Geschütze der Festung Theresienstadt nach Prag und bereitete sich nun zum Bombardement der Stadt vor.

Die energische Erklärung des Fürsten machte auf die Bürgerschaft von Prag einen tiefen Eindruck; dieselbe forderte, aus Furcht, daß ihr die Häuser über den Kopf in Brand geschossen würden, jetzt mit Ungestüm die Ergebung der Stadt, aber noch immer vermochte sie nicht durchgreifen, noch immer war die Swornost-Partei die mächtigere.

Am Freitag den 16. Juni während des Vormittags blieb es noch ziemlich ruhig in der Stadt; nur hier und dort wurden die Barrikaden höher und fester gebaut. Man wartete auf das Landvolk, man glaubte gewiß, dasselbe werde jetzt in Massen der Stadt zuströmen. Die Proletarier waren sämmtlich bewaffnet, an den Barrikaden wurde Geld für sie gesammelt, alle Läden waren geschlossen, aber der Spruch: „Heilig ist das Eigenthum! Tod den Dieben!" stand an allen Hausthüren.

Die Erwartung einer Hülfe von außerhalb war jedoch vergeblich, und je näher der Abend rückte, an dem das Bombardement angesetzt war, je mehr schien selbst die exaltirte Czechen-Partei einzusehen, daß die Fortsetzung eines Kampfes unmöglich wäre.

Auf dem Altstädter Rathhause war eine stürmische Verhandlung und in dieser wurde von verschiedenen Rednern

klar gemacht, daß weder die Alt- noch die Neustadt sich bei einem Bombardement der Stadt halten könnten.

Auch die Stadtverordneten beschlossen, daß die Barrikaden abgetragen und der Kampf beendet werden solle.

Die Czechen-Partei schien sich auch in der That diesem Beschlusse fügen zu wollen, denn man begann schon mit Abtragung der Barrikaden, als gegen 7 Uhr Abends bei den Altstädter Mühlen plötzlich ein Angriff auf das Militair von einigen Swornost gemacht wurde.

Der Angriff wurde direkt vom Militair erwidert; bald donnerten die Kanonen aufs Neue und sofort ertönte der Ruf durch alle Straßen der Stadt: „Verrath! Verrath! Zu den Waffen! Baut neue Barrikaden!"

Das Bombardement begann.

Vom Kleinseiter-Ufer aus wurde die Altstadt mit Kartätschen und Granaten beschossen, die Altstädter Brückenmühlen wurden durch Congrevsche Raketen in Brand gesteckt und Bomben in die Stadt geworfen.

Eine furchtbare Verwirrung herrschte in Prag, als die Flammen aus den Mühlengebäuden ausbrachen, als man besorgen mußte, daß diese sich der übrigen Stadt mittheilen würden.

Jetzt ermannte sich die Bürgerschaft und schritt energisch gegen die Swornost und die Arbeiter ein, welche noch immer den Kampf fortzusetzen beabsichtigten.

Fürst Windischgrätz bewies übrigens bei dem Bombardement selbst noch immer eine große Schonung, denn die Bomben, welche geworfen wurden, waren mit kurzen Schlagröhren versehen, so daß sie nicht in der Stadt, sondern hoch oben in der Luft platzten und daher nicht zu zünden vermochten.

Nur die Altstädter Mühlen waren in Brand geschossen worden, weil von diesen aus der Angriff auf das Militair geschehen war, und weil sie überhaupt einen Posten, der dem Militair gefährlich werden konnte, bildete.

Am 17. endlich wurde die Stadt übergeben.

Der Kampf hörte auf, die Barrikaden wurden abgetragen, das Militair rückte ungehindert ein und der Belagerungszustand über Prag wurde ausgesprochen.

Aber Fürst Windischgrätz bewies, obgleich er Kriegs- und Standgericht einsetzen ließ und auf die Ablieferung der Waffen bestand, auch jetzt noch bei weitem nicht jene wilde Strenge, jenen Blutdurst, wegen dessen er sich später so bezeichnend den Namen „Henker von Wien" erworben hat.

Kein einziger der verhafteten Führer des Volkes wurde erschossen, die Untersuchungen wurden sogar ziemlich milde geführt und der Belagerungszustand in einer so schonenden Weise gehandhabt, als dies den Verhältnissen nach irgend möglich war. Die Zeitungen erschienen, mit Ausnahme der ersten Tage des Belagerungszustandes, nach wie vor und führten ganz dieselbe Sprache wie früher. Auch dauerte der Belagerungszustand nur kurze Zeit; schon am 20. Juli wurde er wieder aufgehoben.

Diese Milde, mit der der Fürst Windischgrätz hier, nachdem die Prager ihm so viel Veranlassung zur Strenge gegeben hatten, auftrat, die Milde, welche er während des ganzen Kampfes und besonders nach demselben während des Belagerungszustandes zeigte, würde unbegreiflich erscheinen, wenn nicht die ganze österreichische Regierungs-Politik in jener Zeit auf das Deutlichste gezeigt hätte, wie sehr dem Hofe, der Kamarilla daran lag, sich die Czechen-Partei zu befreunden,

um sich derselben späterhin gegen die deutschgesinnten Wiener, bedienen zu können.

Die Czechische Bewegung erschien allerdings gefährlich sie mußte nöthigenfalls mit Waffengewalt unterdrückt werden, aber dennoch wollte man die Czechen nicht zur Rache aufreizen, man wollte das österreichische Kaiserhaus nicht bei den Czechen verhaßt machen, denn sie sollten die feste Stütze eben dieses Hauses bilden gegen die deutsche Bewegung in Oesterreich, in Wien.

Die Wiener Octobertage lagen noch in der Ferne, aber dennoch wurden sie von der reactionairen Kamarilla schon vorausgesehen, denn diese war niemals willens gewesen, die März- und Mai-Verheißungen des Kaisers zu erfüllen, und man wußte sehr genau, daß das hochherzige Wiener Volk sich nicht ohne einen blutigen Kampf um die Früchte seiner Revolutionen betrügen lassen würde. Der Sieg in einem Kampfe gegen die Wiener war aber nur in dem einen Falle denkbar, wenn die Slaven-Partei im Lande fest auf Seite des Kaisers stand.

Deshalb durften die Slaven nicht aufgebracht werden, deshalb mußte man sie begünstigen, deshalb mußte man selbst einen Aufstand, wie den in Prag, verzeihen; und dies geschah auch.

Die Früchte dieser Politik sollten den Hoffnungen der Kamarilla entsprechen: die slavischen Deputirten auf dem Wiener Reichstage waren es, welche die dynastischen Interessen des Hauses Habsburg auf das Aeußerste verfochten, sie bildeten die äußerste Rechte, sie traten aus, als sich der Reichstag im October in Wien für permanent erklärte, sie bildeten die festeste Stütze des Hauses Habsburg auch in

späterer Zeit. Und wenn auch nachher manche mißliebigen Stimmen in Böhmen über die Wiener Regierung laut wurden, man erstickte sie bald, denn die gesammte Czechen-Partei glaubte ferner nur im Zusammenwirken mit dem Kaiser der deutschen Bewegung in Oesterreich entgegentreten, die deutsche Kraft brechen und dadurch das Slaventhum aufrecht erhalten zu können.

Der Kampf in Prag wurde deshalb der Kaiserlichen Regierung eine treffliche Gelegenheit, sowohl einerseits ihre Kraft in Unterdrückung von Aufständen, als andererseits ihre Milde, ihre Versöhnlichkeit gegen die Hof-Partei zu zeigen.

Und diese großen Vortheile waren mit verhältnißmäßig geringen Opfern erkauft, denn es waren im Ganzen nur 22 Soldaten und 3 Offiziere gefallen und 44 Soldaten so wie 8 Offiziere vorwundet.

Von den Kämpfern des Volkes beklagte man 51 Todte und 181 Verwundete.

Die Ideen des Panslavismus, welche ursprünglich diesen Kampf hervorgerufen hatten, waren indessen mit der Besiegung derselben noch keineswegs vernichtet, wenn auch für den Augenblick unterdrückt.

Die Slovanska Lipa bestand in ungeschwächter Wirksamkeit fort und der durch die Revolution auseinander gejagte Slavencongreß erließ eine Proklamation, in der er unter andern aussprach, der Congreß werde dem Kaiser von Oestreich vorschlagen, daß der östreichische Staat, worin die Mehrzahl der Slaven lebe, in einen Bund gleichberechtigter Nationen umgestaltet werde, welcher den abweichenden Bedürfnissen der letzteren, wie der Einheit der Monarchie gleiche Rechnung tragen sollte. Auf jeden Fall sei man entschlossen,

der slavischen Nationalität in Oestreich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die volle staatliche Anerkennung und Stellung zu erringen, wie sie die Mayaren und Deutschen bereits haben.

Diesen Plänen hingen die Slaven in Böhmen und den übrigen östreichischen Provinzen nach wie vor an und sie werden ihrer Zeit dieselben in's Leben zu rufen suchen mit allen Kräften und Mitteln.

Wir haben die Geschichte Böhmens und Oestreichs vollendet und gehen jetzt über zur Geschichte Frankreichs, zur Geschichte der blutigen Juni-Revolution, um dann dies Werk zu schließen, dessen Fortsetzung in einer Geschichte des Jahres 1849 sogleich nach Beendigung der „Geschichte Frankreichs im Jahre 1848," erscheinen wird.

Es wird dieses Werk zugleich die Gesammtgeschichte der Ungarischen, Italienischen und Schleswig-Holsteinschen Kriege, sowie die Geschichte des Deutschen Parlaments enthalten, welche in den „Staasumwälzungen der Jahre 1847 und 1848" keinen Platz mehr finden konnten, indem die Geschichte in den Jahren 48 und 49 zu innig zusammenhängt, um auseinander gerissen werden zu können.

Achtes Kapitel.

Frankreich.*)

I.

Wir beginnen die Geschichte Frankreichs unmittelbar nach den aufgeregten Märztagen, müssen aber, ehe wir zur Erzählung der eiuzelnen Facten kommen, einige Worte über die allgemeine politische Lage der Repubkik und besonders auch der provisorischen Regierung voranschicken.

Die provisorische Regierung nahm in jener aufgeregten Zeit eine im höchsten Grade schwierige und bedenkliche Stellung ein. Das ganze Land war damals hauptsächlich in zwei Parteien gespalten, in die socialistische und rein republikanische. Aber auch die sogenannte rein republikanische Partei zersplitterte sich wieder in eine große Menge von Familien, von denen die meisten, obgleich sie das Wort Republik stets im Munde führten, obgleich sie scheinbar mit dem höch-

---

*) Ich bitte den Leser, um im Zusammenhang der Geschichte Frankreichs zu bleiben, die im ersten Theil unseres Werkes, Pag. 252 bis 388 begonnene französische Geschichte noch einmal flüchtig durchzusehen. Ich bemerke zugleich, daß dieser Theil der Staatsumwälzung von meinem Freunde Heramer verfaßt ist, ich aber durch die Abwesenheit Heramers im gegenwärtigen Augenblick gezwungen bin, die Fortsetzung der Geschichte Frankreichs selbst zu übernehmen. Der Leser möge daher verzeihen, wenn in diesem ein anderer Gesichtspunkt als im ersten Theile festgehalten wird. Die, obwohl nicht bedeutende doch vorhandene, Verschiedenheit in meinen und Heramers Ansichten bedingt naturgemäß eine Verschiedenheit der Auffassung.

Ich bitte zu gleicher Zeit den Leser, einen Sinn entstellenden Druckfehler in Pag. 383 zu bemerken: Es heißt auf dieser Seite nämlich stets an Statt: 16. und 17. Mai — 16. und 17. März.

Adolf Streckfuß.

sten Enthusiasmus sich für die demokratische Republik aussprachen, doch es wahrhaft ehrlich und aufrichtig mit der Republik meinten.

Alle die Legitimisten, welche an dem alten Zweige der Bourbonen festhingen, die Orleanisten, welche Anhänger des jüngern Zweiges waren, die Napoleonisten, welche von dem Kaiserreich unter den Napoleoniden träumten, kurz alle die Monarchisten, welche die Idee einer Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich unter diesem oder jenem Regentenhause als das Ziel ihres Strebens betrachteten, hatten sich der sogenannten rein republikanischen Partei angeschlossen und traten als schroffe Gegner der socialistischen Partei auf.

In Paris war die rein republikanische Partei im Verhältniß zu den Provinzen schwach vertreten, die socialistische Partei hatte dort die große Majorität, sie hatte dieselbe um so mehr, als manche Anhänger der Monarchie oder der gemäßigten Republik es dem drohenden Arbeiterhaufen in Paris gegenüber nicht wagten, mit ihrer Ansicht hervorzutreten.

Ganz anders aber stand die Sache in den Provinzen. Die Departements waren ihrer Majorität nach Freunde der gemäßigten Republik, es war in denselben die Aufklärung noch nicht so weit gediehen, wie in der Hauptstadt, die socialistische Literatur hatte noch nicht so weit eingreifen können, wie dies in der Hauptstadt möglich gewesen war, und nur diejenigen Departements, in welchen große Fabrikstädte sich befanden, welche daher auch der Presse einen größeren Wirkungskreis geboten hatten, waren der Hauptstadt nachgegangen.

Die monarchistische Partei, welche sorgfältig den Deckmantel des Republikanismus übernahm und ihre finstern Pläne

unter denselben zu verdecken trachteten, sahen es als ihre Hauptaufgabe an, die Bestrebungen der Socialisten zu verdächtigen, und sie wurden durch die Socialisten selbst in diesem Streben, in dieser Absicht begünstigt, denn diese strebten mit zügellosem Feuerreifer, Alles umstürzend, dahin, das Ideal der socialistisch-demokratischen Republik augenblicklich in Frankreich einzuführen.

Der französische Socialismus hat von jeher an einem großen Fehler gelitten; er hat Systeme aufgebaut, großartige Gebäude, aber ohne in der Gesellschaft selbst einen Grund zu legen, auf den dieselben sicher zu ruhen vermochten.

Jetzt glaubten die französischen Socialisten, welche wiederum in die verschiedensten Parteien zerfielen, je nach den Gründern der verschiedenen Systeme, den Augenblick gekommen, um diese Systeme in's Leben einzuführen, um den Staat nach den Systemen zu regeln und so ihr Ideal zur Wirklichkeit zu machen.

Nur durch einen Terrorismus, gegenüber den der socialen Republik feindlich gesinnten gemäßigten Republikanern, glaubten sie zu diesem Zwecke gelangen zu können, und weil sie fühlten, daß sie in der Minorität im Lande waren, wollten sie, wie wir bereits wissen, die National-Versammlung so lange vertagt wissen, bis sie die Provinzen socialistisch gemacht, bis sie sich von einer Minorität zur Majorität erhoben hätten.

Inzwischen sollte die provisorische Regierung an der Spitze des Landes bleiben, sie sollte eine Art Dictatur bekleiden und die socialen Ideen vorläufig zur Ausführung bringen, damit späterhin die Nationalversammlung, welche berufen werden sollte, wenn sich eine socialistische Majorität

voraussehen ließ, und ihre nachträgliche Zustimmung zu der bereits eingeführten socialistischen Institution zu geben habe.

In der provisorischen Regierung selbst standen jedoch den Socialisten mehrere Mitglieder feindlich entgegen.

Die provisorische Regierung bestand zwar durchaus nur aus entschiedenen Republikanern, alle Mitglieder derselben meinten es aufrichtig mit der Republik, die sie zwar selbst begründet hatten, aber dennoch zerfiel auch die provisorische Regierung selbst in jene zwei großen Parteien, welche im ganzen Lande herrschten.

Ledrü Rollin, der talentvolle, geistreiche, beliebte Minister des Innern, vertrat die socialistische, Lamartine, der Präsident der provisorischen Regierung und Minister des Aeußern, vertrat die gemäßigt republikanische Partei.

Diese beiden Parteien intriguirten in der Regierung selbst gegen einander, beide waren eifersüchtig aufeinander, auf die wachsende Macht der einen oder der andern. Hierdurch allein war bereits der Keim der Zwietracht in's ganze Land geworfen, hierdurch auch wurden die furchtbaren Ereignisse hervorgerufen, welche bald der Reaction in Frankreich eine so gewaltige Macht einräumen sollten.

Vorläufig war in der provisorischen Regierung wie im Lande die gemäßigte republikanische Partei die herrschende. Lamartines Ansichten kamen gewöhnlich zur Geltung, denn auch er wollte sociale Reformen, auch er war im Innersten seines Herzens Socialist, aber nicht einer jener systematisirenden Socialisten, welche mit einem Schlage das ganze Gebäude der socialen Ordnung umstürzen und ein neues Luftgebäude für dasselbe hinstellen wollten.

Lamartine wollte die Entwickelung des Socialismus aus

der bestehenden Gesellschaft herführen, er wollte die Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen, er wollte das Recht auf Arbeit, aber entwickelt aus dem bisher Bestehenden, und er mußte somit den Socialisten oft schroff gegenüber treten, wenn diese in ihrer Leidenschaft alles Bestehende plötzlich niederreißen wollten.

Die socialistische Partei in Paris gewann eine besondere Bedeutung durch die unzähligen Klubs und kleinen Blätter, welche seit der Revolution plötzlich entstanden waren.

Wir müssen mit wenigen Worten die Charakteristik derjenigen Männer geben, welche an der Spitze der Klubs und der Zeitungen standen, weil sie sämmtlich mehr oder weniger Einfluß gehabt haben auf die spätere Entwickelung der Republik Frankreich.

Die hervorragendsten Persönlichkeiten der socialistischen Partei waren: Louis Blanc, Albert, Blanqui, Barbés, Raspail, Cabet und Sobrier.

Louis Blanc hatte einen besonderen Einfluß gewonnen auf die Arbeiter-Bevölkerung, weil er als Präsident des Arbeiter-Parlaments*) sein Ideal, die Errichtung der National-Werkstätten, durchgesetzt hatte. Ebenso hatte man zu Albert, der selbst Arbeiter war, großes Vertrauen, und dazu war er als einer der ältesten Führer des Socialismus bekannt.

Einer der bedeutendsten Männer in den Klubs war Blanqui. Er sowohl als Barbés waren bei den früheren republikanischen Aufständen betheiligt gewesen, hatte lange im Gefängniß gesessen, und schon dadurch einen Einfluß auf die socialistisch-demokratische Partei gewonnen.

---

*) Siehe Pag. 371.

Barbés wurde zum Obersten der Legion der 12 Arrondissements von Paris ernannt. Er bildete einen Klub und vertheidigte in diesem die Lehren des Socialismus, so wie des Republikanismus mit der höchsten Energie und Begeisterung. Barbés war einer der redlichsten Verfechter desselben.

Ihm gegenüber stand, sehr feindselig, Blanqui, obgleich dieser selbst sich als einen der eifrigsten und thätigsten socialistischen Republikaner gab. Aber gegen Blanqui war in der socialistischen Partei selbst ein großes Mißtrauen aufgetaucht: Als die provisorische Regierung an's Ruder kam und die Papiere der Ministerien Louis Philipps in ihre Hände fielen, hatte sich in denselben eine Schrift gefunden, welche der Königlichen Regierung die Verschwörungen mehrerer geheimen Gesellschaften entdeckte. Es ging aus dieser Schrift hervor, daß Derjenige, welcher sie dem Ministerium eingesendet hatte, einer der bedeutendsten Führer, einer der am tiefsten in alle Geheimnisse der unter Louis Philipp bestehenden Verschwörungen eingeweihter Mann sein mußte, und viele, sehr viele Andeutungen machten es wahrscheinlich, daß der Verräther eben Blanqui sei.

Diese Schrift war von unbekannter Hand aus den Papieren des Ministeriums entwendet und veröffentlicht worden, und Blanqui hatte dadurch einen großen Theil seines frühern Vertrauens verloren.

Die meisten der socialistischen Führer zogen sich von ihm, da sie ihn für einen Verräther hielten, zurück. Blanqui selbst fand es für gut, eine Zeit lang aus der Oeffentlichkeit zu treten, so lange nämlich, bis er eine Erklärung verbreitet hatte, in der er seine Unschuld darthat, freilich nicht zweifellos für die intelligenten Führer der Partei, doch aber genügend

für Diejenigen, welche keinen tiefererm Blick in die Geheimnisse der Parteien besaßen.

Blanqui gewann dadurch seine frühern Anhänger, grade die wildesten und überspanntesten socialistischen Arbeiter wieder, und stand bald wieder an der Spitze der extremsten socialen Partei.

Cabet, Raspail und Sobrier, so wie manche andere im Auslande weniger bekannte Namen, hatten ebenfalls einen bedeutenden Einfluß auf die Socialisten, indem sie theils als Redner in den verschiedenen Klubs, theils als Schriftsteller in den neugeschaffenen Organen des Socialismus auftraten.

Lamartine betrachtete es, nachdem die Ereignisse des 17. März ihm gezeigt hatten, daß die socialistische Partei der provisorischen Regierung doch nicht unbedingt vertraute, als seine Aufgabe, diese Männer zu gewinnen. Er trat mit ihnen in Privat-Unterhandlungen, und so gelang es ihm denn auch in der That, das Vertrauen gegen die provisorischen Regierung einigermaßen wieder herzustellen.

War somit die Lage der provisorischen Regierung noch immer durchaus keine unangefochtene, so bot sie doch noch größere Schwierigkeiten in Beziehung auf das Verhältniß Frankreichs gegen das Ausland dar.

Die Republik in Frankreich hatte allerdings fast überall Anerkennung gefunden, aber dennoch konnte Lamartine es sich nicht verhehlen, daß die demokratische Richtung in Frankreich selbst, und das Einwirken der glücklich gelungenen Pariser Februar-Revolution den europäischen Monarchien ein Dorn im Auge sein mußte.

Die Revolution hatte ihre ansteckende Kraft über fast alle Länder Europas verbreitet, sie hatte sich fortgepflanzt

über ganz Deutschland, und wenn auch dort die Königsthrone stehen geblieben waren, so hatten sich dieselben doch mit volksthümlichen Institutionen umgeben müssen, um sich ihr Bestehen zu sichern.

Lamartine mußte sich gestehen, daß grade die Ausbreitung der Revolution der Republik Frankreich in den verschiedenen Monarchien die größten Feinde erwerben mußte. Er wollte diese Feindschaften beschwichtigen durch eine Friedenspolitik, deren Aeußerungen wir bereits in dem Lamartineschen Manifest *) kennen gelernt haben.

Lamartine fühlte die Schwäche, an welcher die provisorische Regierung durch die Zwistigkeiten in sich selbst und besonders auch durch die Schroffheit, mit der sich die Parteien im Lande gegenüber standen, litt. Er glaubte deshalb eine Politik des Friedens einschlagen zu müssen, um nicht gegen die vereinte Macht der Europäischen Monarchieen einen nutzlosen Kampf aufnehmen zu müssen.

Lamartine bedachte nicht, daß grade ein Krieg nach außen das wirksamste Mittel war, um die gährenden Elemente im Innern Frankreichs niederzuhalten, daß grade ein Krieg gegen den Despotismus die Freiheit im Innern erstarken mußte.

Louis Philipps Regierung war grade dadurch dem ruhmgierigen französischen Volke, welches es stets als die stolzeste Aufgabe Frankreichs betrachtet hatte, alle Freiheitsbewegungen zu unterstützen, verhaßt geworden, weil sie eine Politik des Friedens bei den italienischen Bewegungen beobachtet hatte.

Auch jetzt erregte es im Lande vielfache Unzufriedenheit, und zwar grade unter der extremen socialistischen Partei, daß

*) Vergleiche Pag. 366 und 488.

Lamartine denselben Friedensweg einschlug, daß er nicht Truppen sammelte und sie den für ihre Freiheit aufstehenden Völkern Deutschlands und Italiens zu Hülfe sendete.

Die Februar-Revolution hatte wie jede Staatsumwälzung den Fortschritt des socialen Wohlstandes gehemmt, die Besorgnisse für die Zukunft waren grade in den Gemüthern der Reichen und Wohlhabenden aufgestiegen, und wie in allen Ländern Europas, so stellte sich auch in Frankreich bald heraus, daß die Consumtion sich augenblicklich verminderte, während die Arbeitermasse und damit die Production dieselbe blieb. —

Arbeitslosigkeit war die natürliche Folge dieses Uebelstandes, und bald waren die Massen der Arbeitslosen so angewachsen, daß selbst die kostspieligen Nationalwerkstätten Louis Blanc's die arbeitslosen Arbeiter nicht aufzunehmen vermochten.

Man hatte allerdings Mobilgarden gegründet und nahm in dieselben die Arbeiter auf, aber man hatte keine Verwendung der Mobilen, und nichts wäre daher für Frankreich vortheilhafter grade in dieser Beziehung gewesen, nichts hätte leichter einen Abfluß der gährenden unruhigen Köpfe und der arbeitslosen Arbeiter bewirkt, als ein Krieg nach außerhalb, zu dem sich Hunderttausende unter die Fahnen der Freiheit gedrängt hätten.

So wurde grade das Mittel, welches Lamartine zum Wohle des Staates, zur Erhaltung der Republik und Freiheit anzuwenden glaubte, das Mittel zum Untergang der Freiheit, zum Wachsen der Reaction, indem die Massen des unbeschäftigten Proletariats gedrängt wurden zu der furchtbaren socialen Revolution im Juni, welche die Ursachen aller jener unglück-

seligen Beschränkungen der Freiheit ist, die wir in Frankreich im Jahre 1848 und 1849 erleben mußten.

2.

Während so die provisorische Regierung dem Auslande so friedfertig gegenüber stand, als dies die Regierung einer jungen Republik irgend vermochte, war sie doch bemüht, sich für den Fall einer Gefahr, sowohl von außen als nach innen, eine Armee zu schaffen, mit der sie sowohl eine Revolution der Socialisten oder der Legitimisten, als auch einen Krieg gegen das Ausland bestehen konnte.

Die Regierung suchte die Bildung dieser Armee in zweierlei Weise möglich zu machen. Zuvörderst wurden die Mobilgarde und die Nationalgarde begründet und befestigt. Der General Guinard war Befehlshaber der Nationalgarde, ihm wurde es übertragen, dieselbe so schnell als möglich auszurüsten, die Wahl der Offiziere zu veranlassen und so die Nationalgarde, welche seit der Februar-Revolution in Unordnung gekommen war, wieder fest zu begründen.

Außerdem wurde in Paris die Mobilgarde errichtet und neben dieser in den Departements eine Mobilgarde von 300 Bataillonen bewaffnet, equipirt und eingeübt.

Diese Garde war bestimmt, in ihrem Wohnorte zu bleiben und nur im Falle plötzlicher Unruhen oder eines innern Krieges auf Befehl des Departements-Rathes unter Waffen zu treten.

Die Bildung einer solchen stets mobil zu machenden Armee, welche in vieler Beziehung unserer preußischen Landwehr

glich, war indessen natürlich nicht so leicht zu bewerkstelligen, und nur der erste Anfang derselben war zuvörderst zu machen.

Außerdem bemühte sich die provisorische Regierung, die Armee selbst zu verstärken und zu organisiren. Lamartine fürchtete für den Augenblick weniger eine Invasion fremder Mächte, obwohl auch diese möglich war, als vielmehr innere Unruhen, denen er mit der größten Energie entgegen zu treten entschlossen war.

Es waren solche Unruhen um so gefährlicher, als die Armee noch nicht durch und durch republikanisirt war, und als sich besonders auch von den Führern annehmen ließ, daß sie vielleicht auch gern ihre Waffen gegen die Republik gebrauchen lassen würden. Es kam daher einerseits darauf an, die Armee so zu verstärken und aufzustellen, daß sie etwaigen Emeuten widerstehen konnte, als auch ihr einen Führer zu geben, der neben dem Vertrauen der Soldaten auch die Eigenschaften darbot, welche Garantie leisteten, daß er sich niemals gegen die Republik gebrauchen lassen würde.

Arago, der bisher Kriegsminister gewesen war, war nicht Militair, und es war nothwendig, einen erfahrenen General an die Spitze der Armee so wie des Kriegsministeriums zu stellen.

Lamartine erwählte dazu den General Cavaignac, welcher in Algerien kommandirte, und von dem er ebensowohl überzeugt sein konnte, daß er als ein entschiedener Republikaner jeder antirepublikanischen Bewegung, aber auch, daß er als Anti=Socialist jeder socialistischen Bewegung mit der größten Energie entgegen treten würde.

Die Armee wurde verstärkt, indem die Contingente von 1847 und ein großer Theil des Contingents von 1846 einge=

zogen wurden, so daß mit diesen etwa 400,000 Soldaten unter Waffen stehen konnten.

Diese sollten in drei großen Corps unter drei verschiedenen Generälen im Lande aufgestellt, und zwar so aufgestellt werden, daß sie fortwährend in Verbindung standen und schnell von einem Punkt des Landes zum andern befördert werden konnten.

Eines dieser Corps sollte in Paris und dessen Umkreise, das andere in Bourges und den benachbarten Departements, das dritte auf der Strecke von Lyon bis Marseille aufgestellt werden.

Die provisorische Regierung war zur Entfaltung einer solchen Streitmacht allerdings berufen, denn es zeigten sich in Paris mit jedem Tage immer mehr und mehr unruhige Bewegungen. Dieselben gingen zuerst aus von den politischen Flüchtlingen anderer Nationen, welche sich in großen Massen in Paris aufhielten.

War schon früher Frankreich der Zufluchtsort aller politisch Verfolgten gewesen, so war dies natürlicher Weise noch viel mehr der Fall, seit die Februar-Revolution in Paris Frankreich als das einzige freie Land in Europa hingestellt hatte.

Die politischen Flüchtlinge aller Länder Europas strömten jetzt in Paris zusammen und begrüßten mit feurigem Enthusiasmus die junge Republik, von der sie Hülfe für die Freiheitsbewegungen im eigenen Vaterlande hofften.

Vor allen Anderen thaten dies die Polen, welche in Masse in Paris zusammenströmten und sich hier vereinigten, um eine polnische Armee zu bilden, mit der sie zur Befreiung ihres Vaterlandes wirken wollten.

Die Franzosen haben von je her einen großen Enthusiasmus für die unterdrückten Polen gehabt, die Regierung konnte daher auch nicht anders, als die Polen unterstützen. Sie bildete polnische Brigaden, welche von Frankreich ihren Sold erhielten, etwas Weiteres jedoch vermochte die provisorische Regierung ihrem Friedenssysteme gemäß nicht zu thun. Sie wagte es nicht, die Befreiung Polens zu proklamiren und dadurch Oesterreich, Rußland und Preußen den Krieg zu erklären.

Vergeblich war es, daß die Polen sich an Lamartine selbst durch eine Deputation wandten und ihn in sehr energischen Ausdrücken aufforderten, das unglückliche unterdrückte Polen zu unterstützen, ihm die Pflicht der jungen Republik, auch für die Freiheit anderer Völker zu wirken, vorhielten.

In einer hochtönenden Rede antwortete Lamartine am andern Tage einer zweiten Deputation der Polen auf dem Stadthause und erklärte ihnen, daß die Politik der provisorischen Regierung eine Politik des Friedens sei.

Die Polen mußten sich deshalb vor der Hand beruhigen.

Auch die Irländischen Insurgenten fanden, obgleich sie vielfach von allen Parteien unterstützt wurden, doch bei der provisorischen Regierung keine Hülfe.

Schlimmer noch erging es den Belgischen und Deutschen.

Die Belgier wollten, voll Enthusiasmus für die Sache der Republik, dieselbe nach Belgien übertragen, und sie bildeten deshalb unter dem Jubel der Franzosen bewaffnete Corps, mit welchen sie in Belgien einfallen wollten.

Die Regierung sah dem ruhig zu und störte die Unternehmung in keiner Weise; unter der Hand wurden sogar den

Belgiern Waffen gegeben, die Flüchtlinge glaubten deshalb, in der provisorischen Regierung eine Stütze zu haben, sie glaubten, von Frankreich, sobald sie eine Insurrection in ihr Vaterland hineintrügen, Beistand erwarten zu können.

Am 24. März setzten sich zwei Schaaren Belgier, mehrere Hundert Mann stark, von Paris aus in Bewegung.

Die eine Schaar hatte einen Extrazug genommen und fuhr auf der Nordbahn, um zu Blanc-Misseron, dem letzten französischen Zollamte, still zu halten. Hier wollte sie sich mit der zweiten Schaar und mit denjenigen Freunden, welche aus Belgien zu ihnen stoßen würden, vereinigen.

Die Schaar war gut bewaffnet, und der Einfall in Belgien war daher bei den Sympathieen, welche die Republik auch dort hatte, nicht ohne Gefahr.

Der ganze Plan wurde jedoch durch eine Verrätherei vereitelt, denn der Zug ging, anstatt in Blanc-Misseron still zu halten, weiter bis nach dem ersten Belgischen Zollamte Quievrain. Dort waren mehrere Bataillone Truppen aufgestellt, welche die hülflos in den Wagen sitzenden Insurgenten empfingen, so daß dieselben, als der Zug hielt, sich nur zum Theil noch flüchten konnten.

Der größte Theil wurde gefangen genommen und nach Mons gebracht.

Schlimmer noch erging es der zweiten Abtheilung, welche, gewarnt durch den Unfall ihrer Gefährten, sich an der Grenze gesammelt hatten. Ihnen gegenüber wurden starke Truppen-Abtheilungen aufgestellt und in einem Gefecht bei Mousceron wurden die Flüchtlinge vollständig geschlagen. Auch hier sollte wieder ein Verrath zu Grunde liegen.

Jedenfalls war die Belgische Regierung über alle Be-

wegungen der Flüchtlinge auf das Genauste unterrichtet und die provisorische Regierung traf allgemein der Verdacht, als ob sie absichtlich die Unternehmung der Flüchtlinge begünstigt habe, um diese gährenden Elemente aus Paris zu entfernen, als ob sie aber auch zu gleicher Zeit der befreundeten Regierung Nachricht von dem Unternehmen der Flüchtlinge gegeben habe, um ihre Friedenspolitik weiter verfolgen zu können, denn auch die Deutschen Flüchtlinge, so wie die Savoyischen, welche in Schaaren an die Deutsche Grenze gegangen waren, vermochten daselbst nichts auszurichten.

Das französische Volk war indignirt über diese Friedenspolitik seiner Regierung; es war dies um so mehr, als die Regierung auch in den wichtigsten Fragen, z. B. in der Italienischen Frage, dieselbe Friedenspolitik entfaltete. Die Regierung ging so weit, daß sie, als Karl Albert ihr seine Kriegserklärung gegen Oesterreich anzeigte, und als diese den allgemeinsten freudigsten Wiederhall in ganz Frankreich fand, kein Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens gab, sondern diese Kriegserklärung als eine Sache betrachtete, an der Frankreich nicht im Geringsten betheiligt wäre.

In der Hand der provisorischen Regierung lag es damals, der Freiheit in Italien den festen Grundstein zu legen. Hätte sie Karl Albert mit bedeutenden Truppen-Körpern unterstützt, so wäre Italien gerettet gewesen, denn Karl Albert hätte dann nicht vermocht, den Verräther am italienischen Volke zu spielen.

Aber die provisorische Regierung verblieb bei ihrer Friedenspolitik.

Fand nun schon diese Politik nach außen heftige Widersacher unter dem Volke, unter der sehr bedeutenden ehrgeizigen

und kriegerischen Partei in Frankreich, so fand doch noch bedeutendere Widersacher, noch heftigere Feinde, die Politik der Regierung nach innen.

Frankreich war scheinbar ruhig, wenigstens so ruhig, als eine so lebhafte große Nation, so kurze Zeit nach einer blutigen Revolution, zu sein vermochte. Kleine Unruhen kamen allerdings fast täglich vor, die aber selten mehr als ein gewöhnlicher kleiner Straßenscandal waren. Es wurden Freiheitsbäume auf die Straßen gepflanzt, und hier und da kam es auch wohl zu Streitigkeiten, welche aber immer nur unbedeutend blieben.

Dessen ungeachtet war diese Ruhe doch nur eine scheinbare, denn im Volke selbst entwickelten sich die Parteien immer mehr und mehr, und alle diese Parteien, so schroff sie sich auch gegenüber standen, waren mit der provisorischen Regierung unzufrieden.

Die Legitimisten, Orleanisten und Napoleonisten mußten der provisorischen Regierung als einer republikanischen von vorn herein natürlicher Weise feindlich gegenüber stehen. Aber auch die gemäßigten Republikaner waren nicht zufrieden mit einer Regierung, in der sich eine bedeutende socialistische Partei vertreten fand. Männer wie Ledrü Rollin, Louis Blanc, Albert, Arago, mußten diese Partei zurückstoßen, und die fortwährenden kleinen Unruhen, welche theils in den Departements, theils in Paris sich täglich wiederholten, mußten den ruhigen Bürgern widerwärtig sein; sie forderten von der provisorischen Regierung eine Kraft, welche dieselbe unmöglich entfalten konnte, während andrerseits die socialistische Partei mit der Politik Lamartines in keiner Weise zufrieden war.

Die Socialisten wollten ein stürmisches Vorwärtsschreiten

in allen Reformen des Socialismus, und wieviel auch von der provisorischen Regierung grade für diese Partei gethan wurde, sie gab sich nie zufrieden.

Auch die Arbeiter waren unzufrieden. Die Verhandlungen der Arbeiter-Versammlung im Louxembourg hatten noch nichts Ersprießliches geleistet. Louis Blanc mit seinen Theorien vermochte doch nichts Praktisches ins Leben zu führen und so nahm die Noth unter den Arbeitern mit jedem Tage mehr und mehr überhand und daher auch mit jedem Tage die Unzufriedenheit derselben.

Alle Parteien verlangten von der Regierung, daß sie mit Kraft auftreten und schnell etwas schaffen sollte, um diejenigen Gesetze, welche von früher her den Haß der Bevölkerung auf sich geladen hatten, welche den neuen republikanischen Institutionen nicht mehr gemäß waren, durch Neue zu ergänzen.

Die Regierung war rastlos thätig, fast täglich erschienen von ihr Kundgebungen, welche Zeugen ihres Fleißes waren, aber dennoch konnte sie den Forderungen, welche man an sie stellte, nicht genügen, denn es war unmöglich, alle Parteien zu befriedigen. Bald waren die Maßregeln der socialistischen Partei zu unbedeutend, zu wenig durchgreifend, zu wenig den socialen Reformen angemessen, bald fand die gemäßigt republikanische Partei diese Maßregeln zu terroristisch, zu entschieden.

Die Regierung fand sich außerdem auch in Geldverlegenheit. Waren schon unter der Regierung Louis Philipps die Finanz-Verhältnisse im höchsten Grade traurige, so konnte es nicht fehlen, daß die Geldverlegenheiten unter der neuen Regierung sich wiederholen, sich verstärken mußten.

Durch die Revolution selbst waren die bedeutendsten Aus-

fälle in den Steuern hervorgebracht worden; einige der verhaßtesten Abgaben, so die Getränk-Steuer und dergleichen mehr, hatten sofort, dem gebieterischen Willen des Volkes gemäß, aufgehoben werden müssen, und es konnte daher nicht ausbleiben, daß zu den oft kostspieligen Maßregeln der Regierung die Mittel nicht im genügenden Maaße vorhanden waren; es mußte dies um so mehr der Fall sein, als ein ganz neues Verwaltungswesen hatte eingerichtet werden müssen, und als die Mitglieder der provisorischen Regierung ihrerseits eben nicht die bedeutendsten Finanzmänner waren.

Die Regierung fand indessen eine bedeutende Stütze in dem Enthusiasmus der gemäßigt republikanischen Partei für die Republik. Aufforderungen zu freiwilligen Geschenken für den Staat cursirten in Paris und in den Provinzen und brachten nicht unerhebliche Summen ein, wenn auch diese Summen durchaus für die gewaltigen Ausgaben nicht hinreichten.

Waren alle die mitgetheilten Verhältnisse Gründe zur Unzufriedenheit, so sollte doch bald noch ein anderer Grund die Unzufriedenheit aller Parteien erhöhen und die Veranlassung zu unruhigen Auftritten geben. Es war dies wiederum die Frage, welche schon die unruhigen Scenen des 17. März veranlaßt hatte, nämlich die Frage um Zusammenberufung der Nationalversammlung.

Die Socialisten beruhigten sich noch immer nicht mit der baldigen Zusammenkunft der Nationalversammlung, es lag die Fortdauer der Dictatur zu sehr in ihrem Interesse, sie wünschten den Zusammentritt deshalb noch aufgeschoben, und in der Regierung selbst hatten sich in dieser Beziehung zwei Parteien gebildet, welche mit jedem Tage sich schroffer gegenüber

traten. Beide Parteien sahen es allerdings ein, daß eine Zusammenberufung der Nationalversammlung nothwendig sei, daß die Dictatur der provisorischen Regierung abgekürzt werden müsse, aber über den Zeitpunkt vermochte man sich erst nach langen Streitigkeiten in der Regierung selbst zu einigen.

Ledrü Rollin und seine Partei wollten die Vornahmen der Wahlen noch aufgeschoben wissen, bis sie aus den Departements durch die dorthin gesendeten Commissaire genügende Nachrichten über die Stimmung in den Provinzen erhalten hätten.

Lamartine hingegen wollte die Wahl, sobald es irgend möglich vorgenommen haben. Es gab diese Streitigkeit zu mannigfachen Verdächtigungen Anlaß. Die socialistische Partei in der Regierung hegte den Verdacht gegen die gemäßigt republikanische, daß dieselbe für eine Wiedereinführung des Königthums wirken wolle, während umgekehrt die Socialisten bei den Republikanern im Verdacht standen, einen Terrorismus mit der fortgesetzten Dictatur einführen zu wollen.

Endlich, nach langen Streitigkeiten einigte man sich über den Zeitpunkt der Wahlen. Dieselben wurden auf den 27. April, den Ostertag, festgesetzt und die Eröffnung der Nationalversammlung sollte am 4. Mai geschehen.

Wer hierdurch eine Einigkeit in dieser Beziehung in der Regierung hergestellt, so war dies doch noch nicht im Volke geschehen. In allen Klubs von Paris war die Wahlfrage das Thema der Debatten, und sie wurde auf das Stürmischte besprochen. Vielfach hörte man drohende Aeußerungen gegen die provisorische Regierung, wenn dieselbe dem Willen des Volkes nicht nachgeben und den Tag der Wahlen verschieben würde. Man wollte erst einwirken auf die Provinzen, man

glaubte noch nicht hinlänglich vorbereitet zu sein, um Kandidaten aufzustellen und Propaganda für sie zu machen.

Vergeblich that die Regierung Alles, was in ihren Kräften stand, um dem Willen des Volkes zu schmeicheln; sie ging so weit, den Abgeordneten des Luxembourg und dem Klub der Arbeiter in Paris Zugeständnisse zu machen, welche an Schwäche grenzten.

Der Klub und die Abgeordneten des Luxembourg wollten nämlich Emissaire in die Departements schicken, um durch dieselben zur Ausbreitung der republikanischen Ideen in den Provinzen zu wirken, und forderten von der provisorischen Regierung die Deckung der Kosten, welche eine solche Sendung verursachen würde. Ledrü Rollin verweigerte als Minister des Innern die Zahlung dieser Summe, fühlte sich aber verpflichtet, das Ansuchen der Arbeiter der provisorischen Regierung mitzutheilen, und diese gestattete nicht nur die Ausführung der Maßregel, sondern sie zeigte sich auch willig, die Ausgaben für dieselbe zu übernehmen.

Die Emissaire wurden abgeschickt, und wenn auch die Regierung empfohlen hatte, nur gemäßigte, ruhige und der Republik wahrhaft wohlmeinend ergebene Männer zu solchen Emissairen zu wählen und ihre Sendung darauf zu beschränken, daß sie nur vernünftige republikanische Lehren verbreiteten, und sich in keiner Weise im Namen der Regierung bei der Aufstellung von Kandidaturen betheiligten, so war doch diese Vorsichtsmaßregel eine schlecht gewählte, denn sie wurde überall von den Emissairen, welche sich vollständig als Regierungs-Emissaire benahmen, überschritten.

Die Unzufriedenheit mit dem baldigen Ausschreiben der Wahlen wurde auch, trotz der Nachgiebigkeit der Regierung

gegen die Forderungen der Arbeiter, in keiner Weise vermindert. Die Reden in den Klubs wurden im Gegentheile mit jedem Tage wilder, mit jedem Tage stürmischer.

Auch in der Regierung selbst zeigten sich wieder die alten Zerwürfnisse, je näher der Zeitpunkt der Wahlen heranrückte. Die beiden Parteien traten sich wieder schroffer gegenüber, und in Paris bereitete sich eine geheime Agitation zu Gunsten einer oder der andern Partei der Regierung vor.

Die Klubs beabsichtigten in der Mitte des April, am 16., eine gewaltige Demonstration, um ihren Willen, die Verschiebung der Wahlen, durchzusetzen. Alle extremen Führer der Klubs waren bei dieser Demonstration betheiligt, und es wurden dieselben unter der Hand von einigen einflußreichen Mitgliedern der socialistischen Partei in der Regierung begünstigt.

Die verschiedenen Parteien der Regierung unterhielten jede ihre eigene Polizei in Paris; man hatte Mißtrauen gegen einander und man ließ sich daher bewachen, weil jede Partei eine Verschwörung der andern fürchtete.

So erfuhr denn Lamartine schon am 14. und 15. April, daß in der That mit der Demonstration der Klubs gewaltsame Maßregeln beabsichtigt wurden. Die extreme sociale Partei wollte die gemäßigten Mitglieder der Regierung aus derselben hinausstoßen, sie wollte eine neue Dictatur begründen und dieselbe einem Wohlfahrtsausschuß übertragen, wollte die Wahldekrete rückgängig machen, die ganze Regierungsgewalt in der Hauptstadt concentriren und erst nachdem man vollkommen einer socialistischen Majorität sicher sei, einen Convent berufen, zu dem indessen nur diejenigen Männer in Paris und den Provinzen zur Wahl berechtigt sein sollten,

von deren demokratisch-republikanischer Gesinnung man überzeugt sein durfte.

Vergeblich bemühten sich selbst mehrere Mitglieder der socialistischen Partei in der Regierung, wie Louis Blanc und Albert, die Demonstration, welche am 16. April bevorstand und deren Folgen unberechenbar waren, zu hintertreiben. Vergeblich bemühten sie sich, durch ihre Anhänger in den Klubs, wenigstens einer solchen Demonstration alles Gewaltthätige zu nehmen; die Bewegung war schon zu weit vorgeschritten, die Köpfe waren erhitzt durch die vielen enthusiastischen und feurigen Reden in den verschiedenen Klubs und es lag daher jetzt nur in der Macht der provisorischen Regierung, sich vorzubereiten auf die Ereignisse des 16. April.

2.

Schon am 15. April wurden von der Regierung alle Vorbereitungen getroffen, um die am 16. von den Klubs beabsichtigte Demonstration, wenn auch nicht zu verhindern, denn das war, wie wir bereits bemerkt haben, unmöglich, doch wenigstens unschädlich zu machen.

Die Regierung verhehlte sich nicht, daß in einer Zeit, wo die Gemüther auf das Bedenklichste bewegt waren, eine großartige Demonstration der Klubs von einem furchtbaren Einflusse auf die Geschicke Frankreichs sein konnte.

Gelang es den Klubs, die gesammte Arbeiter-Bevölkerung aufzubieten, gelang es ihnen, ihre Pläne durchzusetzen, dann war eine Zeit des Terrorismus, ähnlich dem der großen französischen Revolution, nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, denn unter denn socialen Republikanern fanden sich

nur zu viele Sympathien für einen solchen Terrorismus, von dem diese Partei allein die Einschüchterung der im ganzen Lande noch so starken legitimistischen, orleanistischen und napoleonistischen Partei hoffte. Nur durch Terrorismus glaubte sie alle Monarchisten besiegen und die Republik befestigen zu können.

Der Plan der Regierung war vor allen Dingen, sich festzusetzen in dem Stadthause, welches in allen Revolutionen stets derjenige Punkt in Paris gewesen war, auf welchem die Regierungen gesiegt hatten oder gefallen waren. Im Stadthause wollte daher Lamartine seine Position nehmen, dasselbe auf alle Fälle mit der höchsten Energie vertheidigen und von dort aus weiter zu wirken suchen.

Die Offiziere der Nationalgarde, die Eleven der politechnischen Schule, so wie alle zuverlässigen Anhänger der provisorischen Regierung, wurden von der Demonstration des folgenden Tages vorher benachrichtigt und aufgefordert, sich zu bewaffnen, um bei den ersten Tönen der Sturm-Glocke nach dem Stadthause zu eilen und die provisorische Regierung in demselben zu beschützen.

Agenten der Regierung durcheilten am Abend des 15. die ganze Stadt und Mitglieder der Regierung selbst: Garnier Pagés, Marie, Marrast und andere waren auf das Eifrigste thätig.

Dessen ungeachtet täuschte sich Lamartine doch darüber nicht, daß die Sache eine mindestens höchst gefährliche sei und er verbrannte deshalb alle diejenigen Papiere, welche im Falle einer Niederlage der Regierung dem Terrorismus der socialen Republikaner hätten Vorschub geben können. Schon in diesem Verbrennen der Papiere lag eine gewisse Furcht-

samkeit; noch größer zeigte sich aber diese, zeigte sich die äußerste Besorgniß in einer Nachgiebigkeit, welche die Regierung dem Volkswillen in Paris an jenen Abend ausdrückte.

Die Regierung war schon mehrere Tage vorher von den Vorbereitungen der Klubs, durch Bewaffnung, durch Anschaffung von Munition, benachrichtigt gewesen; einige Haussuchungen hatten allerdings stattgefunden, an einigen Orten war Munition mit Beschlag belegt worden, aber man hörte damit auf, indem man fürchtete, die Stimmung zu sehr zu erbittern. Dagegen erschien in einem Regierungs-Journal, welches hauptsächlich von Ledrü Rollin abhängig war, ein Manifest, welches die bevorstehenden Wahlen besprach und in dem wörtlich folgende Stellen enthalten waren: „Wenn die Wahlen die sociale Wahrheit nicht triumphiren machen, wenn sie statt dessen der Ausdruck von Privat-Interessen sind, heimtückischer Weise dem vertrauenden Volke entrissen, so wird es für das Volk, das Barrikaden macht, nur den einen Weg des Heils geben, seinen Willen zum zweiten Mal zu zeigen, und die Entscheidung einer falschen Nationalrepräsentation hinauszuschieben..... Paris betrachtet sich mit Recht als den Bevollmächtigten von ganz Frankreich..... an vielen Orten in Frankreich sucht der Reichthum mit bewaffneter Hand seine Privilegien aufrecht zu erhalten; die also handeln, zwingen uns, sie zu besiegen, während wir sie nur überreden wollten."

Diese Sprache war offenbar eine Concession, welche von der Regierung den Ultra-Radikalen gemacht wurde, um dieselben einigermaßen günstig für sich zu stimmen, indem man denselben zeigte, daß auch die Regierung Willens sei, die Revolution im vollsten Maaße aufrecht zu erhalten, falls dieselbe

durch die Zusammenberufung der Nationalversammlung gefährdet werden sollte, falls etwa die Provinzen noch nicht vorbereitet genug wären, im allgemeinen Stimmrecht eine Versammlung zu wählen, welche die Revolution in ihrem vollen Umfange aufrecht zu erhalten vermöchte.

Wie jede schwache Nachgiebigkeit einer Regierung, hatte auch diese keine andere Folge, als daß sie den Muth der Klubs nur erhöhte.

Am Abend des 15. waren alle Klubs in Permanenz; sie hatten sich Waffen und Munition in hinlänglichem Maaße verschafft und beschickten sich gegenseitig durch Deputationen, um die Demonstration des folgenden Tages zu verabreden.

Sie beschlossen, in gewaltigen Massen hinauszuziehen nach dem Marsfelde, von dort nach dem Stadthause zu gehen, um dasselbe zu stürmen und die provisorische Regierung abzusetzen. An die Stelle derselben sollte ein Wohlfahrtsausschuß treten, in welchem Ledrü Rollin, Louis Blanc, Albert und die bedeutendsten Führer der Klubs eine Stelle haben sollten; Blanqui indessen, der am meisten terroristische Führer der terroristischen Klubs, sollte nicht in die neue Dictatur gelangen, denn von ihm fürchteten die übrigen Führer der Klubs einen zu gewaltigen Einfluß.

Der Morgen des 16. April brach an und mit ihm für Paris ein Tag der bangsten Erwartung.

Vom frühsten Morgen an durchzogen kleine Trupps, mit Trommeln und rothen Fahnen voran, die Straßen der Stadt, und wendeten sich nach dem Marsfelde.

Im Palais Royal und den angrenzenden Straßen wurden die Läden geschlossen, denn Jedermann fürchtete einen wild bewegten Tag. Auf dem Marsfelde sammelten sich im-

mer größere Volksmassen. Gegen 11 Uhr waren bereits 30—40,000 Menschen versammelt, welche bereit waren, in die Stadt zu ziehen und den Plänen der Klubs zu dienen.

Aber noch waren diese Massen nicht geordnet, noch fehlten die Hauptführer der Bewegung; erst gegen 2 Uhr sollte der Zug nach dem Stadthause beginnen.

Während dieser Zeit war Lamartine im Stadthause selbst nicht unthätig. Seine größte Sorge war die gewesen, daß Ledrü-Rollin, das Haupt der Revolutions-Partei innerhalb der provisorischen Regierung, einverstanden sein könnte mit den Plänen der Verschwörer, welche ihn selbst an die Spitze des Wohlfahrts-Ausschusses zu setzen beabsichtigten.

Eine Unterredung, welche Lamartine am Morgen des 16. mit dem Minister des Innern hatte, zerstreute diese Besorgnisse, denn Ledrü-Rollin sprach es offen gegen Lamartine aus, daß er dieser Demonstration eben so sehr entgegen sei, als Lamartine selbst, und er zeigte sich bereit, mit allen Kräften zur Unterdrückung derselben hinzuwirken.

Lamartine und Ledrü-Rollin verabredeten, daß Ersterer sich nach dem Stadthause begeben und dasselbe vertheidigen solle, während Ledrü-Rollin die Nationalgarde allarmiren und mit dieser der Demonstration entgegenwirken sollte.

Diese Verabredung wurde in der That auch ausgeführt. Lamartine nahm seinen Posten im Stadthause ein, welches durch drei Bataillone Mobilgarde unter dem Befehl des General Changarnier besetzt wurde. Die Bataillone wurden in die Höfe und die mit Eisengittern umgebenen Gärten des Stadthauses postirt, um dieses längere Zeit halten zu können. Außerdem wurden durch Marrast und einige andere Anhänger der Regierung ein Bataillon Freiwillige der Revolution,

die Lioneser genannt, in den nächstgelegenen Stadttheilen aufgestellt.

So war das Stadthaus gegen einen Angriff gesichert und konnte wohl einige Stunden gegen eine anstürmende Volksmasse gehalten werden.

Ledrü-Rollin ließ während dieser Zeit Generalmarsch für die Nationalgarde schlagen, und in Schaaren eilten die Bürger zu den Waffen, denn sie fühlten, daß sie berufen waren, die Revolution aufrecht zu erhalten, vielleicht die Republik zu retten.

Am Nachmittage setzten sich die Massen der Arbeiter und die Anhänger der Klubs, welche sich auf dem Marsfelde gesammelt hatten, in Bewegung, einen ungeheuren Zug von beinahe 200,000 Menschen bildend. Dem Zuge voran wurden Fahnen getragen, in denen die Worte:

„Keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr!"
„Organisation der Arbeit durch Association!"

geschrieben waren. An der Spitze jeder Abtheilung gingen Tambours, und es wurden ihnen kleine Wagen vorangefahren, in denen Geldsäcke befindlich waren. Die Arbeiter wollten eine Beisteuer zu den Kosten der Regierung bringen; unter diesem Vorwande wollten sie auf das Stadthaus ziehen, dort aber die schon erwähnten Maßregeln, die Einsetzung des Wohlfahrts-Ausschusses u. s. w., ins Werk setzen.

Die Nationalgarde hatte sich mittlerweile gesammelt. Eine starke Abtheilung unter General Courtais empfing am Louvre die Arbeiter, es kam zu einem heftigen Gedränge, die Nationalgarde ließ jedoch den Zug vorüberziehen, schloß sich ihm aber unmittelbar an und marschirte hinter den Arbeitermassen nach dem Stadthause zu.

Zu gleicher Zeit kam vom linken Seine-Ufer eine Colonne von etwa 30—40,000 Nationalgardisten und stellte sich den Arbeitern, welche bis auf den Greveplatz gekommen waren, gegenüber auf.

Die Arbeiter konnten jetzt weder vor- noch rückwärts, sie waren eingekeilt zwischen den beiden Colonnen der Nationalgarde, und die übrigen Züge der Arbeiter waren nicht im Stande, zu ihnen zu dringen.

Von allen Seiten eilten die Nationalgardisten zu den Waffen, von allen Seiten marschirten im Sturmschritt die Bataillone herbei. Alle Straßen, alle Plätze, vom Arsenal bis zum Louvre, waren mit Nationalgarde angefüllt, — mehr als 200,000 Mann standen plötzlich unter Waffen.

Die provisorische Regierung war gerettet.

Die Klubs mußten sich zurückziehen, jede Möglichkeit einer Revolution war verhindert.

Die Nationalgarde brach in einen unendlichen Jubel aus über den unblutigen Sieg. Lebehochs auf die provisorische Regierung, auf Lamartine, auf die Republik, wechselten fortwährend mit einander ab, und den Beschluß des Ganzen machte eine Parade, in welcher mehr denn 200,000 Nationalgardisten vor dem Stadthause vorbeimarschirten, unter fortwährenden Lebehochs auf Lamartine und die provisorische Regierung.

Die Arbeiter konnten jetzt nichts Anderes thun, als scheinbar gute Miene zum bösen Spiel machen. Sie übergaben durch eine Deputation ihre patriotische Beisteuer der provisorischen Regierung und zogen sich dann zurück.

Die Nationalgarde blieb fast die ganze Nacht unter den Waffen und durchzog in Patrouillen die Straßen von Paris.

um jede Möglichkeit eines Aufstandes zurückzuhalten. Der Ruf: „Es lebe Lamartine! Nieder mit den Communisten!" ertönte bis zum frühen Morgen.

Die provisorische Regierung hatte einen vollständigen Sieg errungen, einen Sieg, über den fast alle Mitglieder derselben, selbst die revolutionaire Partei, frohlockten. Nur Louis Blanc und Albert waren nicht besonders mit demselben zufrieden und äußerten sich hart darüber, daß man eine unschuldige Manifestatiou des Volkes durch Aufbieten von Nationalgarde zurückgewiesen habe.

3.

Wie leicht auch am 16. April die provisorische Regierung ohne Blutvergießen gesiegt hatte, so fühlte sich dieselbe trotzdem noch immer nicht ganz sicher. Sie war sich sehr wohl bewußt, daß der Sieg nur dadurch errungen worden sei, daß die Minorität der Socialisten in der Regierung selbst mitgewirkt habe zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung, zur Vermeidung eines Kampfes. Ganz anders würden sich die Ereignisse des 16. April gestaltet haben, wenn auch nur einige der revolutionairen Häupter in der Regierung selbst sich an die Spitze des Volkes gestellt und die Bildung eines Wohlfahrts-Ausschusses, einer neuen terroristischen Dictatur mit ihrem Ansehen befördert hätten. Ein Sieg der gemäßigten Majorität war in diesem Falle höchst zweifelhaft, da auch ein Theil der Nationalgarde, und besonders der Mobilgarde, welche am 16. sich alle auf Seiten der provisorischen Regierung gehalten hatten, sich auf die Seite der revolutionairen Partei gestellt hätten.

Die Zerwürfnisse in der Regierung waren allerdings für den Augenblick beseitigt, aber sie waren nicht vernichtet. Die Meinungsverschiedenheit blieb immer dieselbe und die Majorität fürchtete sehr, die revolutionaire Partei werde vielleicht bald sich ihrer Macht bewußt werden und gegen die Minorität auftreten. Die Regierung wünschte deshalb ganz besonders, daß die Truppen, welche nach der Februar-Revolution Paris hatten verlassen müssen, wieder in die Hauptstadt zurückkehrten. Sie hoffte in diesen, vereint mit der gemäßigten Nationalgarde und den Mobilgardisten, so wie den Zöglingen der Schulen, eine Stütze für die gemäßigte Republik zu finden.

Auf die Generäle, welche zum größeren Theil nach orleanistisch, napoleonistisch oder überhaupt legitimistisch gesinnt waren, konnte sie sich bei der Bekämpfung der revolutionairen Partei sicher verlassen.

Es war indeß schwer, die Truppen nach Paris zurückzurufen, ohne dem Volke Mißtrauen einzuflößen gegen die Absichten der Regierung, dem Volke, welches nur zu leicht geneigt war, der Regierung monarchische Gelüste unterzulegen, welches diesen Verdacht gegen die gemäßigte Majorität schon zu wiederholten Malen ausgesprochen hatte.

Die Regierung nahm zu einer List ihre Zuflucht, indem sie ein großartiges Versöhnungsfest zwischen Truppen, Nationalgardisten und Mobilgardisten anstellte. Dieses Fest bestand in einer großen Revue, welche unter dem Namen der „Revue der Brüderlichkeit“ am 21. April stattfand.

Mit Tagesanbruch des 21. April fand sich die provisorische Regierung beim Triumphbogen de l'étoil ein und ließ an sich die Regimenter, so wie die Bataillone der National-

und Mobilgarde von 8 Uhr Morgens an unter Trommelschlag und mit klingendem Spiel vorübermarschiren.

Das Vorbeimarschiren dauerte beinahe den ganzen Tag; gegen 350,000 Mann hatten, nach der Berechnung von alten Offizieren, an diesem Tage die Revue passirt.

Die Truppen blieben, versöhnt mit der Nationalgarde, nach diesem Tage zum größeren Theile in Paris, so daß jetzt die Hauptstadt wieder eine Besatzung von etwa 20,000 Mann Infanterie, Artillerie und Kavallerie hatte.

Der Revue der Brüderlichkeit folgte bis zum Zusammentritt der National-Versammlung, am 4. Mai, eine Zeit der Ruhe, freilich nur der äußeren Ruhe, denn im Innern des Volkes herrschte ein reges, wildbewegtes Leben; alle Parteien waren in der gewaltigsten Aufregung, der Wahlkampf wurde mit der größten Heftigkeit betrieben; die Klubs hatten fast täglich Sitzungen und fertigten ihre Wahllisten an, bei welcher Gelegenheit wieder die Parteien sich auf das Schroffste gegenüber traten.

Anfangs waren auf fast allen Wahllisten, von den verschiedensten Parteien aufgestellt, die Namen aller Mitglieder der provisorischen Regierung. Der Name Lamartine's stand neben denen Louis Blanc's und Albert's, der Name Ledrü-Rollin's neben dem von Marrast. Die gemäßigten Republikaner standen auf derselben Liste mit den wüthendsten Socialisten.

Bald jedoch sahen die verschiedenen Klubs ein, daß eine solche Zusammenstellung eine unmögliche sei, und wenige Tage vor dem Osterfeste, dem Wahltermine, wirkten die Parteien naturgemäßer und stellten entweder die Einen oder die Anderen als ihre Kandidaten auf.

Die Monarchisten verfuhren bei dieser Gelegenheit der ersten allgemeinen und direkten Wahl mit großer Klugheit; sie gaben sich, den Verhältnissen Rechnung tragend, ganz den republikanischen Anschein, und schlugen sich natürlicher Weise auf die Seite der gemäßigten Republikaner, so daß diese fast überall den Sieg davon trugen, wenn auch die Zahl der in die National-Versammlung gewählten Socialisten eine nicht unbedeutende war.

Nur in den Departements, wo sie ihres Sieges sicher sein konnten, traten die Legitimisten mit ihren Absichten deutlicher hervor und stellten die als schroffe Legitimisten bekannten Persönlichkeiten als ihre Kandidaten auf.

Der Wahltag kam heran, die Wahlen wurden vollzogen und das Volk betheiligte sich in ungeheurer Anzahl bei denselben.

Wenn in früheren Zeiten ein großer Theil des Volkes von der Wahlurne zurückgeblieben war, zeigte sich jetzt gerade die entgegengesetzte Erscheinung, indem die ganze Bevölkerung, mit geringer Ausnahme, von dem Rechte der ersten allgemeinen, direkten Urwahl Gebrauch machte und ihre Stimmzettel in die Wahlurne legte.

So heftig die Parteikämpfe vor der Abgabe der Stimmzettel gewesen waren, so wurde doch in ganz Frankreich der Wahltag selbst in der größten Ruhe, im tiefsten Frieden vollbracht.

Nur in Rouen, wo in der Umgegend in den Dörfern gegen 40,000 Arbeiter wohnen, kam es zu höchst unruhigen, bedauerlichen Auftritten, nachdem es sich gezeigt hatte, daß die Wahlen nicht im Sinne der socialistischen Arbeiter-Bevölkerung ausgefallen waren. Es kam hier sogar zu Kämpfen,

bei denen indessen Nationalgarde und Militair, vereinigt, den Sieg über die Arbeiter davon trugen.

Die bedeutendste Gefahr für die provisorische Regierung, für das Bestehen der Republik in Frankreich, war von dem Augenblick an beseitigt, wo die Wahlzettel in der Wahlurne lagen, und daher eine Repräsentation des Volkes geschaffen war.

Die Wahl fiel so aus, wie man von vorn herein sie hatte erwarten können. Die Majorität in der National-Versammlung bildeten die gemäßigten Republikaner, welche meistens sogar mit einer ungeheuren Majorität in den einzelnen Departements gewählt worden waren.

Lamartine selbst wurde zehnmal gewählt und erhielt mehr denn zwei Millionen Stimmen.

Auch die übrigen Mitglieder der gemäßigten Majorität in der Regierung wurden sämmtlich mehrfach mit großer Stimmenzahl gewählt.

Nur durch eine ziemlich feste Organisation der socialistischen Partei war es auch dieser gelungen, eine bedeutende Anzahl ihrer Kandidaten in die National-Versammlung zu bringen.

In Corsika waren zwei Bonaparte's gewählt worden: Pierre Bonaparte und Louis Napoleon Bonaparte. —

Am 4. Mai wurde die National-Versammlung mit einer einfachen, aber doch bedeutsamen Feierlichkeit eröffnet. Die Regierung hatte sich im Finanz-Ministerium vereinigt; sie ging zu Fuß auf den Boulevards durch ein von 100,000 Mann Nationalgardisten gebildetes Spalier. Vor ihr her ging der General der Nationalgarde und sein Generalstab.

So begab sich unter dem Jubelgeschrei des Volkes die Regierung nach dem Saale der National-Versammlung.

Sie wurde von den 900 Repräsentanten Frankreichs mit dem Jubelruf: „Es lebe die Republik!" empfangen.

Dupont de L'Eure, der greise Präsident der provisorischen Regierung, legte die unbegrenzte Gewalt, welche die Regierung durch die Revolution empfangen hatte, in die Hände der Repräsentanten des Volkes nieder.

Die Versammlung beschäftigte sich drei Tage lang mit der Prüfung der Wahlen, der Vollmachten, und wählte dann Buchez zum Präsidenten.

Am 7. Mai legte die provisorische Regierung durch Lamartine Rechenschaft ab über ihre bisherige Thätigkeit seit der Revolution. Wir müssen die Rede Lamartine's dem Leser unverkürzt wiedergeben, denn sie ist ein historisches Aktenstück von der höchsten Wichtigkeit. Sie lautet folgendermaßen:

„Bürger, Volksvertreter, in dem Augenblicke, in welchem Sie die Ausübung Ihrer Souveränetät beginnen, in dem Augenblicke, in welchem wir die Gewalt, welche die Revolution uns provisorisch anvertraut hatte, in Ihre Hände niederlegen, müssen wir Ihnen vor Allem Rechenschaft darüber ablegen, in welcher Lage wir das Vaterland gefunden haben und in welcher Sie selbst es finden.

Eine Revolution ist am 24. Februar ausgebrochen; das Volk hat den Thron umgestürzt und hat auf seinen Trümmern geschworen, von nun an allein und ungetheilt durch sich selbst zu regieren. Es hat uns beauftragt, während der Zwischenregierung, die es zu überstehen hatte, den Gefahren vorzubeugen, und die Angelegenheiten des Landes zu leiten, um in Ordnung und ohne Anarchie zu der einstimmig angenom-

menen, bestimmten Regierungsform gelangen zu können. Unser erster Gedanke war, die Zwischenregierung zu verkürzen und sobald wie möglich die Nationalversammlung, in welcher allein das Recht und die Stärke ruht, zu berufen. Wir, die wir nur Bürger sind, wie jeder andere, die wir nur von dem Hinblicke auf die öffentliche Gefahr uns angetrieben fühlten, haben ohne anderes Anrecht, als unsere Hingebung, mit Zagen die Leitung der Geschicke des Vaterlandes in die Hand genommen; wir sind ungeduldig sie wieder abzugeben und haben keinen andern Ehrgeiz als den, die Dictatur in den Schooß des souveränen Volkes niederzulegen.

Als der Thron stürzte, als die Dynastie von selbst verschwand, proclamirten nicht wir die Republik; sie hat sich selbst durch den Mund des Volkes proclamirt, wir haben nur den Ruf der Nation aufgezeichnet.

Unser erster Gedanke wie das erste Bedürfniß des Landes nach der Proclamirung der Republik, war die Wiederherstellung der Ordnung und der Sicherheit in Paris. Bei diesem Werke, welches zu einer andern Zeit und in einem andern Lande schwieriger und verdienstlicher gewesen wäre, hatten wir uns der Mitwirkung der Bürger zu erfreuen. Während das hochherzige Volk in der einen Hand noch die Waffe hielt, mit der er das Königthum niedergeschmettert hatte, hob es mit der andern die Besiegten und Verwundeten der Gegenpartei auf. Es schirmte Leben und Eigenthum der Bewohner; es bewahrte die öffentlichen Denkmale. Jeder Bürger von Paris war gleichzeitig Soldat der Freiheit und freiwilliger Diener der Ordnung. Die Geschichte hat sie aufgeschrieben, die unzähligen Thaten des Heldenmuthes, der Ehrlichkeit, der Uneigennützigkeit, welche diese ersten Tage der

Republik auszeichneten. Bisher hatte man zuweilen dem Volke geschmeichelt, indem man zu ihm von seinen Tugenden sprach; die Nachwelt, welche nicht schmeichelt, wird alle Worte nicht der Würde angemessen finden, welche das Volk von Paris in dieser Krise behauptete.

Auf die Eingebung des Volkes erließen wir das erste Decret, das seinem Siege die wahre Bedeutung geben sollte, das Decret über Aufhebung der Todesstrafe bei politischen Vergehen; es veranlaßte, es begrüßte, es unterzeichnete dasselbe mit einer Acclamation von zweimalhunderttausend Stimmen auf dem Platze und auf dem Quai des Stadthauses. Nicht ein zorniger Ruf protestirte. Frankreich und Europa begriffen, daß der Geist Gottes in den Massen waltete, und daß eine Revolution, eingeweiht von der Größe der Seele, rein sein würde, wie eine Idee, heilig wie eine Tugend.

Die auf einen Augenblick nicht als Symbol der Bedrohung und der Unordnung, sondern als Symbol des augenblicklichen Sieges erhobene rothe Fahne ward von den Streitern selbst entfernt, um die Republik mit dieser dreifarbigen Fahne zu decken, welche ihre Wiege beschattet, und den Ruhm unserer Waffen auf allen Continenten und allen Meeren begleitet hat.

Nach Gründung der Autorität der Regierung zu Paris mußte für Anerkennung der Republik in den Departements, in den Colonien, in Algerien, in der Armee gesorgt werden; telegraphische Nachrichten und Couriere reichten dazu hin. Frankreich, die Colonien, die Armeen erkannten ihren eignen Gedanken in der Republik; es gab keinen Widerstand gegen die Einsetzung der neuen Regierung, weder von einer Hand,

noch von einer Stimme, noch von einem freien Herzen in Frankreich.

Unser zweiter Gedanke war nach außen. Europa erwartete unschlüssig Frankreichs erstes Wort; dieses erste Wort war Aufhebung der reactionären Verträge von 1815, thatsächlich und von Rechtswegen, die unserer auswärtigen Politik wiedergegebene Freiheit, die Erklärung des Friedens für alle Länder, der Sympathie für die Völker, der Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Mäßigung gegen die Regierungen. Frankreich entsagte in diesem Manifeste seinem Ehrgeize, aber nicht seinen Ideen; es ließ sein Princip glänzen. Das war sein ganzer Krieg. Der besondere Rechenschaftsbericht des Ministers des Auswärtigen wird Ihnen sagen, wozu das System dieser unverhohlenen Diplomatie geführt hat, was es Berechtigtes und Großes für die Einflüsse Frankreichs bewirken wird.

Diese Politik gebot dem Kriegsminister Maßregeln im Einklange mit diesem Systeme der bewaffneten Unterhandlung. Er stellte die kaum wankende Disciplin wieder her, er rief ehrenvoll die Armee nach Paris zurück, welche einen Augenblick aus unseren Mauern entfernt geblieben war, um das Volk selbst sich bewaffnen zu lassen. Das nun unüberwindliche Volk stand nicht an, seine Brüder von der Armee laut zurückzufordern, nicht zur Sicherung, sondern als einen Schmuck der Hauptstadt. Die Armee besetzte Paris gleichsam nur wie einen Ehrenposten, damit unseren tapferen Soldaten bewiesen würde, daß die Hauptstadt des Vaterlandes alleu seinen Kindern gehört.

Wir decretirten ferner die unverweilte Bildung von vier

Beobachtungsheeren: der Alpen, des Rheines, des Nordens und der Pyrenäen.

Unsere Marine, welche als Frankreichs zweite Armee den Kriegsminister anvertraut wurde, ward unter ihren Führern in von dem Gefühle der Wachsamkeit gebotener Disciplin vereinigt. Die Flotte von Toulon ging ab, unsere Farben den Freunden Frankreichs an den Gestaden des Mittelmeeres zu zeigen.

Die Armee in Algier hat nicht einen Augenblick gezögert. Die Republik und das Vaterland vereinigten sich in ihren Augen zu einer einzigen Pflicht. Ein Führer, dessen republikanischer Name, dessen Gesinnungen und Talente der Armee wie der Republik eine Bürgschaft waren, der General Cavaignac, erhielt den Oberbefehl über Algerien.

Die bis in die heiligsten Institutionen eingedrungene Corruption nöthigte den Justizminister zu von der öffentlichen Meinung geforderten Purificationen. Justiz und Politik mußten sofort geschieden werden. Der Minister schritt mit Schmerz, aber unbeugsam zu dieser Trennung.

Mit der Proclamirung der Republik hatte aber der Ruf Frankreichs nicht blos eine Regierungsform, sondern ein Princip aufgestellt. Dies Princip ist das der angewandten Demokratie, Gleichheit der Rechte, Brüderschaft durch die Institutionen. Die durch das Volk vollbrachte Revolution sollte nach unserer Ansicht zum Besten des Volkes in einer Reihe brüderlicher und schützender Institutionen sich organisiren, welche dazu geeignet wären, Allen persönliche Würde, Unterricht, Bildung, Lohn, Sittlichkeit, Gelegenheit zu Arbeit, Wohlstand, Antheil am Eigenthum zugänglich zu machen, den knechtischen Namen Proletarier abschafften,

welche den Arbeiter in Bezug auf Recht, Pflicht und Wohlergehen auf gleiche Stufe mit den mehr Besitzenden stellten. Die Einen höher zu stellen und zu bereichern, ohne die Andern zu erniedrigen, das Eigenthum zu bewahren und es durch Vervielfältigung und größere Vertheilung wirkungsreicher und geheiligter zu machen, die Steuern so zu vertheilen, daß der Stärkste am schwersten zu tragen hat, und die Schwächern unterstützt werden, durch den Staat die Arbeit herbeischaffen, wenn sie zufällig bei Einschüchterung des Capitales ausbleibt, damit es in ganz Frankreich keinen Arbeiter gäbe, dem mit dem Lohne das Brot mangeln könnte, endlich mit den Arbeitern selbst das Wahre und Praktische der Associationen zu erforschen, und die noch räthselhaften Theorien und Systeme zu untersuchen, um gewissenhaft über ihre Anwendbarkeit urtheilen, und ihre Irrthümer darlegen zu können, das war die Absicht der Regierung in allen Decreten, deren Ausführung oder Begründung sie dem Finanzminister, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, oder der Commission des Luxemburg anvertraute, diesem Congresse für die Arbeits- und Industrieverhältnisse, der von fleißigen und verständigen Abgeordneten aller Arbeiter-Professionen unterstützt, und von zwei Mitgliedern der Regierung selbst geleitet wurde.

Der plötzliche Fall der Monarchie, die Unordnung in den Finanzen, die augenblickliche Rathlosigkeit einer ungeheuren Menge Fabrikarbeiter, die Erschütterungen, welche die arbeitslosen Massen der Gesellschaft verursachen könnten, wenn ihre Geduld, ihre Hingebung nicht bewundernswürdig gewesen wären; die fällige Schuld von beinahe einer Milliarde, welche die gestürzte Regierung den beiden ersten Monaten der Republik aufgeladen hatte; die industrielle und

commerzielle allgemeine Krise auf dem Continent und in England, welche mit der politischen Krise zu Paris zusammentraf; die übermäßige Anhäufung von Eisenbahnactien und anderen ähnlichen Papieren, welche in den Händen der Privatleute und der Banquiers von dem panischen Schrecken der Capitale entwerthet wurden, endlich der Umstand, daß zu Zeiten politischer Erschütterung und socialen Schreckens die Einbildungskraft der Bevölkerung aufgeregt wird und Nichts im richtigen Lichte erblickt — Alles dies hatte das arbeitende Capital aufhören, das baare Geld verschwinden lassen, der freien Arbeit, der einzigen für fünfunddreißig Millionen Menschen hinreichenden Arbeit ein Ende gemacht; man mußte hier vorläufig Hülfe schaffen, oder alle Prinzipien, alle Klugheit, welche zum Besten der Republik dienen konnten, verleugnen. Der Finanzminister wird Ihnen mittheilen, welche Maßregeln einstweilen bei diesem Verschwinden der Arbeit und des Capitals getroffen worden sind, um die Zeit erwarten zu können, wo das endlich wiedergekehrte Vertrauen das Capital wieder in die Hände der Fabrikanten, den Lohn den Arbeitern wiedergeben wird und wo Ihre Weisheit und Ihre nationale Gewalt allen diesen Schwierigkeiten zu begegnen im Stande sein wird.

Das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes und des Cultus wurden in einer Hand vereinigt und gaben der Regierung Gelegenheit, dem Lande zu zeigen, welche neue Stellung die Republik einnehmen sollte in Bezug auf die Nothwendigkeit eines nationalen Unterrichtes und einer thatsächlicheren Freiheit der vor dem Gewissen und dem Gesetze gleichen und freien Culte.

Das Ministerium des Ackerbaues und des Handels, welches seinem Wesen nach der Politik fremd ist, konnte nur mit

Eifer und Umsicht die neuen Institutionen, welche dem ersten der nützlichen Gewerbe Vortheil bringen sollte, vorbereiten und entwerfen. Es leitete die Hand des Staates auf die darniederliegenden Interessen des Handels, welche Sie allein durch Sicherheit wieder erheben können.

Dies waren die Zwecke, auf welche wir fortwährend unser Augenmerk richteten. Mit Hülfe der Vorsehung, die niemals augenscheinlicher der Sache der Völker und des menschlichen Geistes ihren Schutz hat angedeihen lassen, mit Hülfe des Volkes selbst, das niemals mehr Vernunft, Bürgersinn, Edelmuth, Geduld, Sittlichkeit, wahre Civilisation, die funfzig Jahre unvollkommene Freiheit in ihm haben entstehen lassen, gezeigt hat, haben wir, ohne Zweifel nur unvollkommen, aber doch nicht ohne Glück, einen Theil der großen und gefährlichen Aufgabe erfüllen können, welche in Folge der Ereignisse uns geworden war.

Wir haben die Republik begründet, diese Regierung, welche man in Frankreich für unmöglich hielt, außer wenn sie Krieg mit dem Auslande, Bürgerkrieg, Anarchie, Gefängnisse und Schaffot mit sich brächte. Wir haben gezeigt, daß die Republik sich wohl verträgt mit dem europäischen Frieden, mit innerer Sicherheit, mit freiwilliger Ordnung, mit persönlicher Freiheit, mit der Sanftheit und der Gefälligkeit der Sitten einer Nation, für welche der Haß etwas ihr Widerstrebendes und die Eintracht ein nationaler Trieb ist.

Wir haben die großen Prinzipien der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Einheit verbreitet, welche, indem sie sich in unsern von Allen und für Alle gemachten Gesetzen entwickeln, die Einheit des Volkes durch die Einheit der Vertretung zu Stande bringen müssen.

Wir haben das Bürgerrecht allgemein gemacht, indem wir das Wahlrecht auf Alle ausdehnten, und die allgemeine Stimmgebung hat uns geantwortet.

Wir haben das ganze Volk in der Nationalgarde bewaffnet, und das ganze Volk hat uns damit geantwortet, daß es die Waffe, die wir ihm verliehen, einstimmig der Vertheidigung des Vaterlandes, der Ordnung und der Gesetze weihte.

Wir haben die Zwischenregierung ohne andere ausübende Kraft, als die moralische, gänzlich waffenlose Autorität, deren Recht uns die Nation gern zuerkannte, überstanden, und dieses Volk hat eingewilligt, sich durch das Wort, durch unsere Rathschläge, durch seine eigenen, edelmüthigen Eingebungen regieren zu lassen.

Wir haben länger als zwei Monate in einer Zeit der Krise gelebt, wo Arbeitsstillstand, Noth, politische Aufregung, soziale Beängstigung, Leidenschaften in einer Hauptstadt von anderthalb Millionen vorhanden waren, ohne daß das Eigenthum angegriffen, ohne daß ein einziges Leben bedroht worden ist, ohne daß eine einzige gewaltsame Maßregel, eine einzige Aechtung, eine einzige politische Einkerkerung im Namen der Regierung stattgefunden und Paris mit Trauer erfüllt hat, ohne daß ein einziger Blutstropfen von uns vergossen worden ist. Wir können nach dieser langen Dictatur auf den öffentlichen Platz herabsteigen und uns unter das Volk mischen, ohne daß ein einziger Bürger uns sagen kann: „Was hast du mit diesem Bürger gethan?"

Ehe wir die National-Versammlung nach Paris beriefen, haben wir für Ihre Sicherheit und Ihre Unabhängigkeit vollständig gesorgt, indem wir die Nationalgarde bewaffneten

und organisirten, und Ihnen ein ganzes bewaffnetes Volk zur Schutzwache gaben. Es giebt keine gefährliche Partei mehr in einer Republik, wo keine Scheidung mehr besteht zwischen den politischen und den nichtpolitischen Bürgern, zwischen den bewaffneten und den unbewaffneten Bürgern; Jedermann hat sein Recht, Jedermann hat seine Armee; in einem solchen Staate ist die Empörung nicht mehr das letzte Recht des Widerstandes gegen die Unterdrückung, sondern ein Verbrechen. Derjenige, welcher sich vom Volke trennt, gehört nicht mehr zum Volke! Das ist die Einhelligkeit, der wir die Entstehung gegeben haben; sorgen Sie dafür, daß sie fortdaure, sie ist das gemeinsame Wohl.

Bürger, Volksvertreter! Unser Werk ist zu Ende, das Ihrige beginnt. Das Vorlegen eines Regierungs-Planes oder eines Verfassungs-Entwurfes würde von unserer Seite nur eine verwegene Verlängerung der Gewalt oder ein Eingriff in Ihre Souverainetät gewesen sein. Wir verschwinden in dem Augenblicke, wo Sie dastehen, um die Republik aus den Händen des Volkes zu empfangen. Wir erlauben uns nur als Bürger und nicht als Mitglieder der provisorischen Regierung Ihnen einen Rath zu geben und einen Wunsch auszusprechen. Diesen Wunsch, Bürger, spricht Frankreich mit uns aus; die Umstände lassen ihn entstehen. Verlieren Sie keine Zeit! Die Zeit ist eine der Hauptbedingungen bei menschlichen Krisen. Lassen Sie nicht, wenn Sie die Souverainetät an sich genommen haben, die Kräfte des Landes in einer neuen Zwischenregierung sich abspannen. Möge eine aus Ihrer Mitte hervorgegangene Regierungs-Kommission dafür Sorge tragen, daß die Gewalt nicht einen Augenblick länger unbestimmt und provisorisch über einem Lande schwebe,

welches Gewalt und Sicherheit nöthig hat; möge ein von Ihnen gewählter Verfassungs-Ausschuß ohne Verzug Ihren Berathungen und Ihrer Abstimmung den einfachen, kurzen, demokratischen Entwurf einer Verfassung übergeben, deren organische und untergeordnetere Gesetze Sie dann mit Muße berathen können.

Bis dahin legen wir, als Mitglieder der Regierung, unsere Gewalt in Ihre Hände nieder.

Wir geben auch vertrauensvoll Ihrem Urtheile alle unsere Handlungen anheim; wir ersuchen Sie nur, sich in die Zeit zurückzuversetzen, und auf die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen hatten, Rücksicht zu nehmen. Unser Gewissen macht uns über das, was wir gewollt, keinen Vorwurf; die Vorsehung hat unsere Bemühungen unterstützt. So amnestiren Sie denn unsere unfreiwillige Dictatur! Wir verlangen weiter nichts, als in die Reihen der guten Bürger wieder einzutreten.

Möge die Geschichte nur mit Nachsicht, weit entfernt von den großen Dingen, die durch Frankreich vollbracht worden sind, verzeichnen, was in diesen drei Monaten geschehen ist, welche die Leere zwischen einer gestürzten Monarchie und einer werdenden Republik ausfüllen, und möge sie statt der unbedeutenden und vergessenen Namen der Männer, welche sich für die öffentliche Wohlfahrt hingaben, nur zwei Namen in ihr Buch einzeichnen: den Namen des Volkes, welches Alles gerettet, und den Namen Gottes, der Alles auf den Grundlagen der Republik gesegnet hat."

Ein ungeheurer Jubel aller Deputirten und des gesammten Publikums antwortete dieser Rede Lamartine's, der beste Beweis dafür, daß in jenem Augenblick Frankreich in seiner

Repräsentation einverstanden war mit der Thätigkeit, welche die provisorische Regierung bisher entfaltet hatte.

Jeder Minister legte außerdem einen besonderen Rechenschafts-Bericht über seine Verwaltung ab und las ihn auf der Rednerbühne vor. Alle Berichte erhielten durch Beifallsbezeigungen der Versammlung die Bestätigung, daß die Minister ihre Pflicht erfüllt hätten. Besonders aber wurde Lamartine, der in einer bedeutsamen Rede die Lage der jungen Republik Europa gegenüber schilderte, und die Schritte, welche er gethan habe, um den Frieden zu unterhalten, rechtfertigte, mit rauschendem Beifall belohnt. Die Politik der provisorischen Regierung, gegenüber dem Auslande, sagte Lamartine, sei bezeichnet durch zwei Worte, sie sei gewesen eine bewaffnete Diplomatie. Das Ziel der provisorischen Regierung sei die Republik in Frankreich, die Anerkennung des natürlichen Fortschritts des liberalen und demokratischen Prinzips und dessen Vertheidigung gewesen; endlich aber auch der Frieden, wenn er möglich, ehrenvoll und sicher sei.

Lamartine gab eine Uebersicht der französischen Geschichte und der Stellung Frankreichs, gegenüber dem Auslande, unter den Bourbonen und Orleans; dann ging er über auf die Resultate, welche die bewaffnete Diplomatie der provisorischen Regierung auf dem Continent in den 72 Tagen des Bestehens der Republik hervorgebracht habe. Er schilderte die Revolutionen, welche fast in allen Staaten des Festlandes die Freiheit zur Geltung gebracht hatten, und zeigte, daß alle diese Zersetzungen des alten Systems hervorgebracht worden seien durch Frankreich, und daß besonders das freie und demokratische Deutschland sich nun auch nothwendiger Weise auf eine demokratische Macht stützen müsse, die keinen an-

deren Ehrgeiz habe, als die Allianz der Prinzipe. Frankreich sei diese Macht.

Ein anhaltender, rauschender Beifall folgte dem Vortrage Lamartine's, wie dem der übrigen Minister, und die Versammlung votirte, daß die provisorische Regierung sich um das Vaterland verdient gemacht habe.

4.

Die National-Versammlung war gewählt und in voller Wirksamkeit, aber es waren dadurch bei weitem noch nicht alle Gefahren beseitigt für die junge Republik.

Noch war weder die monarchistische, noch die extreme socialistische Partei besiegt. Die letztere hatte allerdings eine bedeutende Niederlage durch die Ereignisse im April erlitten; aber diese Niederlage war bald verschmerzt und schon im Mai erhoben die Führer der Clubs wieder kühn ihr Haupt und begannen neue Pläne zu schmieden, welche, wenn ihnen die Ausführung gelang, ihnen die Oberherrschaft sichern sollten.

In der National-Versammlung selbst begannen sich die Parteien zu sondern. Wir haben schon bemerkt, daß die Versammlung ihrer großen Majorität nach aus Mitgliedern der gemäßigt republikanischen Partei bestand, daß aber auch die socialistische Partei in der Versammlung nicht unbeträchtlich vertreten war.

Die erste Frage, bei der die Parteien auseinanderzugehen begannen, war die, wie in dem Zwischenraum, bis zur beendigten Berathung über die Constitution, welche künftig in der Republik Frankreich herrschen sollte, die Executivgewalt zusammengesetzt sein sollte.

Die socialistische Partei wünschte einen Dictator an der Spitze des Landes. Sie hätte am liebsten Ledru-Rollin als einen solchen gesehen; aber sie hätte sich auch der Dictatur Lamartine's gefügt. Die socialistische Partei sah sehr wohl ein, daß Frankreich sich noch immer nicht auf dem Standpunkte der friedlichen Entwickelung befand, daß noch mancher Kampf überstanden werden mußte, ehe dieser Standpunkt zu erreichen wäre. In einem solchen Uebergangsstadium hat die Executivgewalt nur in der Hand eines Einzelnen, dem die Nation ihr volles Vertrauen schenkt, die volle und nothwendige Kraft. — Am natürlichsten erschien es, Lamartine die Executive zu übertragen, dem mehr als zwei Millionen Stimmen das Vertrauen des Volkes bewiesen hatten.

Aber Lamartine war nicht der Mann, eine so ungeheure Verantwortlichkeit zu übernehmen. Er besaß nicht den Muth, nicht die energische Thatkraft, um in seiner so schwer bedrängten Zeit die Dictatur tragen zu können. Er selbst erklärte sich gegen dieselbe und wünschte in dem Provisorium, die Executivgewalt einer von der National-Versammlung zu erwählenden Commission aus fünf Mitgliedern zu übertragen.

Dieser Ansicht stimmte die Mehrzahl der gemäßigt republikanischen Partei bei, sie ging in der National-Versammlung durch und am 10. Mai wurde die Executivcommission gewählt.

Von 794 Stimmenden erhielten:

Arago	725	Stimmen.
Garnier-Pagès	715	„
Marie	702	„
Lamartine	643	„
Ledru-Rollin	458	„

Es war eine eigenthümliche Erscheinung, daß Lamartine, der vor so kurzer Zeit mit zwei Millionen Stimmen zum Mitgliede der National-Versammlung gewählt worden war, jetzt erst als der Vierte aus der Wahlurne hervorging, das beste Zeichen dafür, daß die Popularität und das Ansehen dieses stets vermittelnden Politikers schon jetzt im Sinken begriffen war.

Die Executivcommission versammelte sich bei ihrem Präsidenten, Herrn Arago, und ernannte ihr Ministerium; es bestand aus folgenden Männern:

Auswärtige Angelegenheiten: Herr Bastide; Unterstaatssecretair: Herr Jules Favre.

Des Innern: Herr Recurt; Unterstaatssecretair: Herr Carteret.

Der Justiz: Herr Crémieux.

Des öffentlichen Unterrichts: Herr Carnot; Unterstaatssecretair: Herr Jean Reynaud.

Des Krieges par interim: Herr Charras.

Der Marine: Herr Vice-Admiral Casy.

Des Ackerbaues und des Handels: Herr Flocon.

Der Finanzen: Herr Duclerc.

Des Cultus: Herr Bethmont.

Minister der öffentlichen Arbeiten: Herr Trélat.

Das Ministerium mochte wohl tüchtig sein, aber es fand nur wenig Anklang im Volke; es war nicht geeignet, das Ansehen der Executive, weder in der National-Versammlung selbst, noch auch in der Nation, zu steigern, da die Mitglieder desselben zum großen Theil Männer waren, welche noch in keiner Weise sich einen bedeutenden Namen in der öffent-

lichen Meinung zu verschaffen gewußt hatten. Die meisten traten zum ersten Male in der Verwaltung auf.

Besonders wenig zufrieden mit der Executivcommission war die entschieden socialistische Partei. Sie fühlte sich in derselben nur durch Ledru-Rollin, im Ministerium so gut wie gar nicht vertreten. — Sie beschloß deshalb, einen Staatsstreich zu versuchen, und in den Clubs von Paris begann deshalb im Anfange des Mai wieder ein so reges Leben, wie selten vorher. Eine gewaltige Aufregung, eine furchtbare Gährung war die Folge hiervon.

Die Führer der Clubs beschlossen, ein Fest, welches am 14. Mai zu Ehren der National-Versammlung auf dem Marsfelde begangen werden sollte, als Gelegenheit eines neuen Aufstandes zu benutzen, und zwar vermöge einer Demonstration, welche man zu Gunsten des unterdrückten Polens machen wollte.

Die Wiederherstellung Polens und damit der Krieg gegen Rußland, war von jeher eine Lieblingsidee des gesammten französischen Volkes gewesen. Es war eine Idee, welche fast alle Parteien gleichmäßig ansprach, wurde sie doch sogar in der National-Versammlung durch den ultramontanen Legitimisten Montalembert vertreten. Zu Gunsten der Polen wollten die extremen Republikaner eine gewaltige Demonstration machen und sie durften hoffen, damit Anklang im Volke zu finden. Das Fest auf dem Marsfelde wollten sie benutzen.

Aber die Regierung wurde von den Plänen der socialistischen Partei unterrichtet. Unter dem Vorwande, daß die Vorbereitungen noch nicht hinlänglich getroffen worden seien, wurde das Fest auf dem Marsfelde verschoben vom 14. bis zum 21. Mai.

Die Führer der Clubs gaben deshalb jedoch die Manifestation nicht auf, welche ihnen Gelegenheit bieten sollte, die National-Versammlung mit ihrer gemäßigten Majorität aufzulösen, einen Convent und eine neue provisorische Regierung aus den entschiedensten Republikanern, an deren Spitze Ledru-Rollin stehen sollte, zu bilden; schon am 13. Mai erschien ein Straßen-Anschlag, von Huber und A. unterzeichnet, welcher offen ankündigte, daß die demokratische Manifestation zu Gunsten Polens am Montag, den 15. Mai, stattfinden und daß die Theilnehmer an dieser Demonstration sich auf dem Bastilleplatz versammeln würden.

Am Abende des 14. Mai wurde die Regierung durch den Minister des Innern, Recurt, jedoch auf ungenügende Weise, von den Plänen der Clubführer in Kenntniß gesetzt. Sie schickte sogleich zu dem Polizei-Präfekten Caussidière, um von diesem nähere Nachrichten einzuziehen.

Caussidière gehörte selbst der entschiedensten, demokratischen Partei an. Er antwortete, daß er krank sei und daß er Nichts erfahren habe, was irgend zu Besorgnissen für den 15. Mai Veranlassung geben könne. Caussidière wurde in der That durch die Folgen eines Sturzes mit dem Pferde, welchen er wenige Tage vorher gemacht hatte, in seiner Wohnung zurückgehalten, und benutzte diesen Unfall, um nicht den Plänen der Partei, der er selbst angehörte, entgegenarbeiten zu müssen.

Trotz der beruhigenden Nachricht, welche die Regierung durch den Polizei-Präfekten erhalten hatte, glaubte sie doch, Vorsichtsmaßregeln ergreifen zu müssen. Am Abend des 14. noch machte sie eine Proclamation bekannt, in welcher sie vor Manifestationen und Zusammenrottungen warnte und zu

gleicher Zeit das Volk darauf aufmerksam machte, daß nur in der Ordnung die Freiheit und die Arbeit erblühen könne. Zu gleicher Zeit erließ die Regierung an den General Courtais, den Kommandanten der National-Garde, an den General Tampour, den Kommandanten der Mobil-Garde, und den General Foucher, den zweiten Kommandanten der Truppen, die gemessensten Befehle, ihre Mannschaften für den folgenden Tag bereit zu halten.

Auch Ledru-Rollin, obgleich von der extremen demokratischen Partei zum Präsidenten der neuen provisorischen Regierung ausersehen, zeigte sich mit der Executiv-Commission vollkommen einverstanden und suchte nach Kräften dahin zu wirken, daß der für den 15. Mai vorbereitete Aufstand, den er selbst als ein durchaus unsinniges Unternehmen betrachtete, vereitelt werde. Er gab zu allen Maßregeln der Executiv-Commission auf das Bereitwilligste seine Zustimmung.

5.

Der 15. Mai brach an und mit ihm ein Tag der furchtbarsten Gährung, der gewaltigsten Aufregung für Paris, ein Tag, der noch einmal einen unblutigen Sieg für die gemäßigt republikanische Partei bringen, aber nur der Vorläufer größerer, furchtbarerer Ereignisse sein sollte.

Schon am frühsten Morgen versammelten sich die Mitglieder der Regierung in einer gemeinsamen Conferenz mit den Ministern und den Generälen im Luxembourg. General Courtais erhielt den Oberbefehl über sämmtliche Truppen und die Aufgabe, mindestens 12,000 Mann National-Garden um die National-Versammlung am Palais Bourbon zu concen-

triren, die Höfe des Gebäudes ebenfalls zu besetzen und außerdem die Mobil-Garden als Reserven in den elysäischen Feldern aufzustellen. Die Regierung hatte indessen gerade im General Courtais eine schlechte Wahl für den kommenden Tag getroffen; denn Courtais gehörte einerseits selbst der entschieden socialistischen Partei an, andererseits war er durchaus nicht energisch genug, um in einer so kritischen Zeit den Oberbefehl über sämmtliche Streitkräfte führen zu können. Die Ereignisse des 15. Mai zeigten dies bald genug auf das Deutlichste.

Die Mitglieder der Regierung selbst verabredeten sich so, daß Lamartine und Ledru-Rollin sich mit den Ministern nach dem Palais Bourbon in die National-Versammlung begeben wollten, während die übrigen Mitglieder der Regierung, Arago, Marie, Garnier-Pagès und Pagnerre, der General-Secretair der Regierung, im Luxembourg bleiben sollten, um Maßregeln treffen zu können, falls Lamartine und Ledru-Rollin mit der National-Versammlung im Palais Bourbon eingeschlossen werden sollten.

Schon vom frühsten Morgen des 15. Mai an herrschte in den Straßen von Paris ein reges, wildbewegtes Leben, welches begünstigt wurde durch das prächtigste Wetter. Durch alle Straßen zogen kleine Trupps von Arbeitern mit Fahnen dem Bastilleplatz zu. Gegen 10 Uhr waren dort bereits gegen acht Tausend Mitglieder der verschiedenen Körperschaften und Clubs, mit ihren Fahnen geordnet, versammelt. Die Trottoirs der Boulevards waren mit eben so vielen Zuschauern besetzt, als gelte es nur, ein fröhliches Schauspiel, nicht aber den Beginn einer vielleicht blutig endenden Revolution mit anzusehen.

Nach und nach setzte die Masse sich in Bewegung unter dem Rufe:

„Es lebe die demokratische Republik!

„Es lebe Ledru-Rollin!

„Es lebe Louis Blanc!

„Es lebe Barbès!“

Mit jedem Augenblicke, mit jedem Schritte, den der Zug that, wuchs derselbe, indem fortwährend Tausende von neuen Mitgliedern aus allen Gegenden von Paris ihm zuströmten. So wälzte er sich fort wie eine beständig sich vergrößernde Lawine.

Gegen 11 Uhr erreichte der Zug den Platz de la Concorde. —

Man hatte erwartet, die National-Versammlung von National-Garden und Truppen umringt zu sehen. Merkwürdiger Weise war dies nicht der Fall. Kaum ein halbes Bataillon der Mobil-Garde versperrte die Brücke de la Concorde, und dieses vermochte in keiner Weise dem gewaltigen Andrängen der ungeheuren Menschenmasse, welche noch immer sich vergrößerte, zu widerstehen. Es versuchte nicht einmal einen Widerstand, die Reihen waren gleich durchbrochen und unaufgehalten flutheten jetzt die Menschenmassen vorwärts; sie hätten ohne Weiteres in den Palast eindringen können, wenn nicht noch zur rechten Zeit durch die Quästoren der National-Versammlung das Gitter, welches sich dem Platze de la Concorde gegenüber befindet, geschlossen worden wäre. Die Volksmasse suchte, durch das Gitter am Eindringen verhindert, nach einem anderen Wege, sie wendete sich durch die Rue de Bourgogne, um durch das Thor am Platz des Palais Bourbon in dasselbe eindringen zu können.

Mittlerweile war um 12 Uhr die Sitzung der Nationalversammlung eröffnet worden. Lamartine und Ledru-Rollin waren, der Verabredung mit den übrigen Mitgliedern der Regierung gemäß, gegenwärtig, ebenso die Mitglieder des Ministeriums.

In der Nationalversammlung selbst herrschte eine gewaltige Aufregung. Mit größter Spannung sah man den Ereignissen des Tages, der ein bedeutungsvoller in der Geschichte Frankreichs werden mußte, entgegen. Die Aufmerksamkeit auf die Debatte wurde daher nur zu sehr zerstreut, und doch war diese Debatte so wichtig und interessant, als nur irgend möglich.

Man hatte die Petition zu Gunsten Polens gelesen, mehrere Redner hatten dieselbe unterstützt. Lamartine wollte diesen mit seiner gewöhnlichen Friedens- und Vermittelungspolitik eben antworten, als die Nachricht von dem Nahen der Volksmasse in den Saal drang und die schon herrschende Aufregung in demselben noch vermehrte.

Die Quästoren des Hauses, welche fühlten, daß es ihnen unmöglich sein würde, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wendeten sich an Lamartine und Ledru-Rollin, um diese beiden populairen Männer zu bitten, daß sie ihren Einfluß zur Beruhigung der wüthenden Volksmassen verwenden möchten.

Beide folgten der Aufforderung und fanden am Eingang des Hauses bereits den General Courtais, der sich daselbst vergeblich bemühte, die Menge zum Schweigen zu bringen.

Als Lamartine und Ledru-Rollin an dem Gitter des Thores erschienen, welches lediglich noch die Menge abhielt, in den Palast zu bringen, und welches diese vergeblich zu

übersteigen oder zu zerbrechen trachtete, wurde Ledru-Rollin mit einem donnernden, jubelnden Lebehoch empfangen, während der Ruf: „Nieder mit Lamartine!“ kaum zurückgehalten werden konnte und hier und dort in dem wilden Arbeiterhaufen ertönte.

Aber trotz des Jubels, der Ledru-Rollin empfing, vermochte doch auch dieser bei dem ungeheuren Tumult nicht, sich Gehör zu verschaffen, ebenso wenig, als dies Lamartine gelang. Noch waren die beiden Mitglieder der Regierung beschäftigt, sich durch Zeichen dem Volke bemerklich und verständlich zu machen, als plötzlich das Gitter entweder geöffnet oder zerbrochen wurde. Das Volk stürzte nun in dichten Massen unter wildem Jubelgeschrei in die Oeffnung.

Fast zu gleicher Zeit war die Menschenmasse auch durch das Thor am Platz des Palais Bourbon in den Palast eingedrungen, und die Nationalversammlung war jetzt durch die Rath- und Thatlosigkeit des General Courtais, der für ihren Schutz so schlecht gesorgt hatte, den Angriffen der wild aufgeregten Volksmasse überlassen.

In dem zweiten Hofe stand allerdings noch ein halbes Bataillon Mobilgarden, und auch in den andern Höfen standen Nationalgarden. Diese waren freilich nicht genügend, um die Nationalversammlung auf die Dauer gegen die Angriffe einer wüthenden Volksmasse zu schützen, welche nach und nach fast bis zur Höhe von 100,000 Mann angewachsen war; aber sie waren doch stark genug, um augenblicklich, bis weitere Maßregeln zum Schlagen des Generalmarsches getroffen worden wären, der Nationalversammlung einigen Schutz zu gewähren und die ersten Eindringlinge aus dem Palast zu verjagen.

Lamartine hoffte hierauf und er zog sich zurück, um die nöthigen Befehle an die Commandeure zu erlassen, als er plötzlich zu seinem Staunen sah, daß die Mobilgarden die Bajonnette von den Gewehren nahmen und dieselben in die Scheiden steckten.

General Courtais hatte den Befehl hierzu gegeben und dadurch jeden Kampf unmöglich gemacht; ob dies der General absichtlich oder nur in der vollständigsten Rath- und Thatlosigkeit gethan hatte, ist nicht ermittelt worden, jedenfalls wurde durch diesen Befehl die Nationalversammlung vollständig der blinden Willkür der aufgereizten und wüthenden Volksmasse überlassen.

Lamartine eilte sofort in die Versammlung, machte dem Präsidenten Mittheilung von der Gefahr, in welcher die Nationalversammlung schwebe, und kehrte dann zurück, um zu versuchen, ob er nicht durch seine Beredsamkeit, durch welche er früher so viel gewirkt hatte, noch einmal einigen Einfluß auf das Volk gewinnen könne.

Schon in einem der Vorsäle traf er die ersten Eindringlinge, an ihrer Spitze Albert, das frühere Mitglied der provisorischen Regierung, und mehrere andere Anführer.

Lamartine redete die Eindringlinge an, er beschwor sie, abzustehen von einem gewaltsamen Angriff auf die Nationalversammlung; aber seine Worte waren in den Wind gesprochen, sie erregten nur ein höhnisches Gelächter, während die Worte, welche nach Lamartine Louis Blanc und Barbès sprachen, wenigstens das bewirkten, daß sich die Eindringlinge für einige Augenblicke ruhig verhielten und nach dem großen Wartesaal zurückkehrten; aber freilich nur, um wenige Minuten nachher aufs Neue wieder vorzudringen.

Lamartine ging jetzt wieder in die Versammlung, in der eine grenzenlose Verwirrung herrschte. Kaum hatte Lamartine seinen Platz eingenommen, als plötzlich die Thüren der öffentlichen Gallerieen mit lautem Krachen erbrochen wurden und eine wilde Volksmasse die Gallerieen füllte. Männer in Blousen und Jacken vertrieben die Zuhörer von ihren Sitzen und nahmen selbst dieselben ein, oder setzten sich auf die Brüstung der Gallerie mit in den Saal herabhängenden Beinen. Aber auch damit waren die Eindringlinge nicht zufrieden, sie kletterten, indem sie sich an den Verzierungen der Säulen des Balkons festhielten, in den Saal hinab, um zwischen den Abgeordneten selbst Platz zu nehmen.

Zu gleicher Zeit wurden auch die Seitenthüren zur Kammer überfallen und erbrochen, und auch durch diese strömte eine wilde, aufgeregte Volksmasse in den Saal, der voran zwei Fahnen mit Inschriften zu Ehren Polens getragen wurden. Die eindringenden Volksmassen vereinigten sich der Tribüne gegenüber und verbreiteten sich dann in dem breiten Gange, welcher den Sitzungssaal in der Mitte durchschneidet.

Eine Scene grauenhafter Verwirrung zeigte sich jetzt im Saale. Die Deputirten waren aufgestanden von ihren Sitzen, aber sie waren entschlossen, dieselben gegen die Eindringlinge unter jeder Bedingung zu behaupten, sie stießen diejenigen zurück, welche es wagten, sie verdrängen zu wollen.

Ein Paar Leute wollten eine der mitgebrachten Fahnen auf der Rednertribüne befestigen, Andere wollten es nicht leiden, wieder Andere wollten die Tribüne erklettern, um von dieser aus zur Versammlung zu sprechen, sie wurden zurückgestoßen von den Huissiers der Nationalversammlung, von eini-

gen Deputirten, so wie auch von einigen Männern aus dem Volke selbst, welche die Frechheit der Einzelnen empörte.

Es kam zu widerwärtigen Balgereien, zu unwürdigen Scenen des Scandals, welche dieser ganzen Demonstration, deren Zweck, die Befreiung Polens, anfangs ein so edler gewesen war, den gehässigsten Charakter aufdrückten.

Vergeblich bemühten sich während dieser scheußlichen Scenen selbst die populairsten Deputirten, wie Ledru-Rollin, Barbès, Louis Blanc, sich Gehör zu verschaffen. Nur im Einzelngespräch in kleinen Gruppen vermochten sie zu wirken und auch hier gelang es ihnen nicht, die Ruhe wieder herzustellen; das Volk hatte sich zu einer so bestialischen Wuth erhitzt, daß für den Augenblick jedes Zureden ein vergebliches Bemühen war.

Wohl eine Stunde dauerte dieser grauenvolle Scandal, während dessen Niemand, selbst nicht die Anführer der eingedrungenen Massen, zum Worte kommen konnten. Vergeblich läutete Buchez, der Präsident der Nationalversammlung, mit der Glocke, daß diese fast zersprang, es hörte ihn Niemand; vergeblich bedeckte er sich das Haupt mit dem Hute zum Zeichen, daß die Versammlung aufgelöst sei, Niemand achtete darauf. Der Lärm dauerte ununterbrochen fort und zwar in einem solchen Maße, daß selbst die Leiter der ganzen Scene, die Bürger Huber, Blanqui und Andere nicht zu Worte kamen und daher auch die ganze Scene zu keinem Resultate bringen konnten.

Der Präsident und die Regierung befanden sich in dieser Zeit in einer furchtbaren Lage. Sie wußten nicht, was sie thun sollten. Der General Tampour, der Commandeur der Mobilgarde, befand sich auf einer der Gallerieen als Gefan-

gener des Volks, welches ihn verhinderte, seinen Truppen Befehle zukommen zu lassen. General Courtais hatte schon vorher Beweise seiner Unentschlossenheit, um nicht zu sagen seiner Unzuverlässigkeit gegeben; auch jetzt befand er sich unthätig im Saale mitten unter den Eindringlingen, dem Scheine nach, vielleicht auch in der That außer Stande, seiner Nationalgarde Befehle zukommen zu lassen.

Die Mitglieder der Regierung selbst waren zum Theil gefangen im Sitzungssaale, wie Ledru-Rollin und Lamartine, oder fern von dem Schauplatz der Ereignisse und wußten noch kaum etwas Sicheres von denselben, wie Garnier-Pagès, Marie und Arago.

Was also war zu thun? —

Das Nothwendigste wäre gewesen, in allen Stadtvierteln von Paris sogleich Generalmarsch schlagen zu lassen, um die gesammte Nationalgarde, auf welche man sich verlassen konnte, zum Schutze der Nationalversammlung aufzubieten: aber dies war nicht leicht zu bewerkstelligen, vergeblich machten sowohl Lamartine als Buchez den Versuch, einen ähnlichen Befehl an die Obersten der Nationalgarde zu senden.

Das eingedrungene Volk beobachtete mißtrauisch jede Bewegung Lamartine's und des Präsidenten; es kam bald auf die Idee, daß der Befehl zum Generalmarsch gegeben worden sei und zwang nun Buchez sowohl als Lamartine, diesen Befehl schriftlich zu widerrufen und das Schlagen des Generalmarsches zu untersagen.

So erhielten die Obersten der Nationalgarde verschiedene, sich widersprechende Befehle, und wußten daher nicht, was sie thun sollten, und ob diese Befehle überhaupt ächt seien, denn dieselben wurden ihnen von Männern des Volkes überbracht,

denen sie nicht vollkommen glaubten vertrauen zu dürfen. Die allgemeine Verwirrung in ganz Paris war grenzenlos, Niemand wußte, wie eigentlich die Sachen standen, ob die Nationalversammlung aus einander gesprengt, die Regierung gestürzt und eine neue Regierung begründet worden sei, oder ob noch Alles beim Alten stände und ob die ganze Demonstration des Volkes nichts Anderes geworden sei, als das, was man anfangs beabsichtigt hatte, nämlich eine Sturmpetition zu Gunsten der Polenfrage.

Endlich nach vielen verunglückten Versuchen gelang es Lamartine, durch einen zuverlässigen Boten, der sich zur Geißel für die Richtigkeit seines Befehles stellte, in einer Legion Generalmarsch schlagen zu lassen; zu gleicher Zeit bemühte sich Lamartine, theils im Sitzungssaal selbst, theils außerhalb desselben mit den intelligenteren Leuten in der eingedrungenen Volksmasse zu sprechen und sie dazu zu veranlassen, daß sie einigermaßen die Ruhe wiederherstellten, ein Bemühen, welches ihm indessen nur halb gelang.

Nachdem der wüthende Lärm in der Nationalversammlung wohl eine Stunde lang gedauert hatte, ohne daß es für irgend einen, weder der Abgeordneten noch der Führer der Clubs, möglich gewesen wäre, ein Wort zu sprechen, besänftigte sich nach und nach das Getöse ein wenig, die Volkswuth hatte sich etwas ausgetobt und es gelang nun Raspail, die Petition zu Gunsten der Polen vorzulesen, wie sehr sich hiergegen auch die Deputirten sträubten, welche Raspail das Wort in der Versammlung nicht bewilligen wollten, weil er nicht Mitglied derselben war.

Aber ihr Sträuben war vergeblich. — Unter dem donnernden Beifall der Menge verlas Raspail die Petition, und

auch andere Führer der Clubs nahmen nach ihm ungestört das Wort, obgleich sie nicht Mitglieder der National-Versammlung waren.

Auch Blanqui bestieg die Tribüne. Er erhob langsam die mit einem schwarzen Handschuh bedeckte Hand und winkte, er erlangte Ruhe.

Blanqui, dieser wüthendste der Revolutionsmenschen, der größte Terrorist unter den Führern der Clubs, dem selbst Barbès, Raspail und Andere feindlich gegenüberstanden, weil sie ihn für zu terroristisch gesinnt hielten, machte einen wunderbar eigenthümlichen Eindruck auf die Versammlung.

Seine durchaus schwarze Kleidung, sein bleiches Gesicht gaben ihm etwas Unheimliches und bewirkten, daß die Menge, zumal da sie seine Grundsätze kannte, ihn mit einem an Grauen streifenden Respekt anhörte. Der ruhige Ton seiner schwachen und ausdruckslosen Stimme, welche trotz ihrer scheinbaren Schwäche dennoch die stärkste Versammlung durchdrang, trug nicht wenig dazu bei, den unheimlichen Eindruck, den Blanqui machte, zu erhöhen, aber auch seinen Einfluß auf die Massen, welcher eben auf diesem Grauen, auf einer gewissen Furcht vor dem unheimlichen Manne basirt war, zu bestärken.

Blanqui wußte sich Stille und Aufmerksamkeit zu verschaffen; er forderte trotz der Ruhe, mit der er sprach, mit vieler Energie die Wiederherstellung Polens, und daß die Versammlung den Krieg gegen Preußen, Oesterreich und Rußland auf der Stelle votire.

Verschiedene Redner folgten Blanqui auf der Tribüne, auch Barbès, sonst Blanqui's unversöhnlichster Feind, der sich aber heut mit feurigen Worten zu Gunsten des Krieges

ausſprach, der ſogar forderte, daß jeder Repräſentant, der ſich weigere, noch in dieſer Sitzung für den Krieg zu ſtimmen, für einen Verräther des Vaterlandes erklärt werden ſolle.

Ein rauſchender Beifall folgte von Seiten des Volkes dieſer und jeder ähnlich excentriſchen Rede, während die Repräſentanten in ihrer großen Mehrzahl ein eiſiges Stillſchweigen beobachteten und höchſtens hier und dort durch einen Laut der Mißbilligung zu erkennen gaben, wie wenig ſie geneigt ſeien, auf die Vorſchläge einzugehen, welche ihnen die exaltirten Volksredner machten.

Der Leſer möge bedenken, daß die Majorität der National-Verſammlung der gemäßigt republikaniſchen Partei angehörte, und daß dieſe, wie ſehr auch ein Krieg gegen Rußland, Oeſterreich und Preußen, der für die allgemein herrſchende Gährung einen wünſchenswerthen Abfluß gewährt hätte, zur Befeſtigung der jungen Republik beigetragen haben würde, doch viel zu ſehr der vermittelnden Friedens-Politik Lamartine's anhing, um einen ſo energiſchen Beſchluß, als eine Kriegserklärung zu Gunſten Polens gegen Rußland, Oeſterreich und Preußen es war, faſſen zu können.

Die Repräſentanten nahmen daher die Anträge der meiſten feurigen Redner nur mit einem verächtlichen, eiſigen Stillſchweigen auf.

Während dieſer Reden war eine längere Zeit verfloſſen; dann beſtieg plötzlich Huber die Tribüne.

Huber war einer der einflußreichſten, wüthendſten Revolutionaire in den Pariſer Clubs. Sein langer, fuchsrother Bart, ſeine kleinen, entzündeten, rothen Augen gaben ſchon ſeinem Geſicht etwas Gräßliches, und dieſer Eindruck wurde durch ſein ganzes Weſen, durch die wilde Energie, mit der

er auftrat und sprach, mit der er immer zu den äußersten Mitteln rieth, nur erhöht. — Huber war bei allen Bewegungen der socialistischen Partei seit der Februar-Revolution einer der Leiter gewesen und brannte vor Begierde, die unentschiedene Regierung und Lamartine zu stürzen, so wie die National-Versammlung auseinander zu sprengen, deren gemäßigte Majorität seiner Ansicht bei weitem nicht genügte.

Huber entfaltete auf der Tribüne ein Papier und rief mit lauter Stimme:

„Im Namen des Volkes: — Die National-Versammlung ist aufgelöst!"

Dann wendete sich Huber um und legte den Zettel auf dem Büreau des Präsidenten nieder.

Ein wilder Jubelruf beantwortete von Seiten der Menge die von Huber proklamirte Auflösung der National-Versammlung, und gleich darauf erfolgte wieder eine ekelhafte Scene der gemeinsten Gewaltthätigkeit.

Eine Anzahl Arbeiter überfielen die Estrade des Präsidenten und verdrängten diesen von seinem Sitze. Herr Buchez wurde gezwungen, den Saal zu verlassen. Die meisten Deputirten folgten ihm, denn sie wollten nicht länger in dieser Versammlung verweilen, welche durch die Rohheiten des Pöbels entweiht war. Blousenmänner, Arbeiter in Jacken, mit Säbeln, Aexten und dergl. bewaffnet, nahmen die Plätze der Deputirten, welche sich entfernt hatten, ein.

Inmitten des furchtbaren Lärmens, welcher dieser ekelerregenden Scene folgte, proklamirte Huber eine neue provisorische Regierung, bestehend aus den wildesten Führern der Clubs, aus den extremsten Mitgliedern der socialistischen Partei. Es war die Liste einer Regierung, welche von den re-

volutionairen Clubs aufgestellt worden war. — Auch Ledru-Rollin hatte man einen Platz in dieser Regierung gegeben, weil man ihn als einen energischen, thatkräftigen Mann kannte, und weil man durch ihn, durch seinen Namen der Regierung einige Achtung auch in den Departements, so wie bei der Pariser Bourgeoisie, zu geben hoffte. Die Regierung sollte bestehen aus:

Pierre Leroux,
Barbès,
Blanqui,
Cabet,
Prudhon,
Louis Blanc,
Albert,
Ledru-Rollin,
Raspail.

Diejenigen Mitglieder der neuen provisorischen Regierung, welche sich im Sitzungssaale befanden, forderten jetzt die Menge auf, ihnen zu folgen, nach dem Stadthause zu ziehen, dies einzunehmen und dort die Regierung zu installiren. — Die Menge folgte dieser Einladung unter Jubelgeschrei.

An der Spitze eines Haufens von 5000—6000 Mann zog die neue Regierung, Barbès voran, nach dem Stadthause und setzte sich hier fest.

Ledru-Rollin, welcher bisher vom Volke in der Wohnung des Thürhüters bewacht worden war, wurde der Beschluß, daß auch er Mitglied der neuen Regierung sein solle, mitgetheilt. Er wurde aufgefordert, seinen neuen Collegen nach dem Stadthause zu folgen; aber er weigerte sich dessen

auf das Entschiedenste. Er erklärte, daß er sich unter keiner Bedingung eine Gewalt werde aufnöthigen lassen, welche nur durch eine unbegründete Emeute der gesetzlichen, aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangenen und daher den allgemeinen Willen des Landes aussprechenden Vertretung der Nation entrissen worden sei!

Barbès, obgleich auch er am Morgen des 15. Mai wohl eben so wenig als Ledru-Rollin darum gewußt haben mochte, welches Ende die Führer der Clubs der Polen-Demonstration zu geben beabsichtigten, war weniger klug und politisch, als Ledru-Rollin. Er zog, wie wir bereits gesagt haben, an der Spitze der wilden Haufen mit nach dem Stadthause.

Barbès verkannte gänzlich den Charakter der Bewegung des 15. Mai. Er glaubte, daß das Volk eine sociale Revolution gemacht habe, und ließ sich dadurch verführen, mit an die Spitze des Aufstandes zu treten, der kaum den Zeitraum einiger Stunden überdauern und ein höchst klägliches Ende nehmen sollte.

Kaum hatte die Menge den Sitzungssaal der National-Versammlung verlassen, als derselbe von einer kleinen Abtheilung Mobil-Garden, die indessen mit dem noch zurückgebliebenen oder neu eindringenden Volke fraternisirten, besetzt wurde. Gleich darauf langte auch National-Garde an, diese säuberte schnell den Saal und nahm Diejenigen gefangen, welche sich weigerten, den Saal zu verlassen oder gar sich den Befehlen widersetzten. Mit der National-Garde kehrten die meisten Deputirten zurück.

6.

Nachdem die National-Versammlung für aufgelöst erklärt worden war, kam die Nachricht von diesem Ereigniß zu Lamartine, der in einem der Vorsäle immer noch vergeblich sich bemühte, Ruhe zu predigen.

Lamartine hielt es jetzt, als die wuthentbrannten Volksmassen aus dem Sitzungssaale hervorströmten, für angemessener, sich zu entfernen, um nicht von den Anhängern der neuen provisorischen Regierung gefangen genommen zu werden. In Begleitung einiger Freunde zog er sich durch den Garten nach dem im Bau begriffenen Palast des Präsidenten zurück, um hier ganz in der Nähe der National-Versammlung den Verfolg der Ereignisse abzuwarten.

In diesem Zufluchtsort suchte der General Courtais Lamartine auf und besprach sich mit diesem, was wohl zu thun sei. General Courtais war, wie Lamartine selbst sagt, über die ganzen Ereignisse auf das Höchste erschrocken und verwirrt, er wußte nicht, was er thun sollte. Lamartine versichert, daß Courtais auf ihn bei dieser Gelegenheit in keiner Weise den Eindruck eines Verräthers, wohl aber den eines unentschlossenen, verwirrten Mannes gemacht habe.

Lamartine gab Courtais den Befehl, sich durch die Gärten zu schleichen, sich an die Spitze der ersten, besten Legion, welche er zusammenbringen könne, zu stellen, und mit dieser nach dem Sitzungssaale zu marschiren, um die National-Versammlung wieder einzusetzen.

General Courtais versuchte es, diesen Befehl zu befolgen, aber es gelang ihm nicht; er war schon zu sehr bei der National-Garde verdächtigt worden, als daß dieselbe sich in einem

so kritischen Zeitpunkte seinen Befehlen untergeordnet hätte. General Courtais wurde durch die National-Garde selbst, welche sich auf Befehl der Lamartine'schen Emissaire und auf Befehl der im Luxembourg gebliebenen drei Regierungs-Mitglieder versammelt hatte, verhaftet.

Mittlerweile war in verschiedenen Gegenden der Stadt Generalmarsch geschlagen worden. Der Ton der Trommeln drang bis zu dem Zufluchtsort Lamartine's und war für diesen ein Signal, sich wieder an der Bewegung zu betheiligen.

Er verließ den Präsidentschaftspalast und wendete sich zuvörderst an ein Bataillon Mobil-Garde, welches im Garten der Präsidentur stand. Er wurde mit dem Rufe: „Es lebe Lamartine! Es lebe die National-Versammlung!" empfangen.

Sogleich stellte sich Lamartine an die Spitze des Bataillons und kehrte mit diesem nach dem Palast Bourbon zurück, überall die in den Palast eingedrungene Menge vor sich hertreibend.

Die Deputirten kehrten, wie wir dem Leser bereits erzählt haben, auf ihre Plätze zurück, die National-Versammlung war wieder eingesetzt.

Unter dem lauten Jubelruf der Versammlung sowohl, als der National-Garden, bestieg Lamartine die Rednertribüne und theilte der Versammlung in einer feurigen Rede mit, daß die Mitglieder der Regierung nicht ferner an den Berathungen theilnehmen könnten, ihr Platz sei auf dem Schlachtfelde.

Mit Ledru-Rollin vereint, verließ Lamartine unter dem Jubelruf der Versammlung und der National-Garden den Saal, um den Versuch zu machen, die revolutionaire Regierung aus dem Stadthause zu vertreiben.

Die beiden Regierungs-Mitglieder stellten sich an die

Spitze der mittlerweile gesammelten Militairmacht; sie ritten derselben unter den fortdauernden enthusiastischen Jubelrufen der Soldaten voran.

Mit einer kleinen Armee von einigen Bataillonen National-Garde und Linie, einer Abtheilung Dragoner und vier Geschützen, marschirten Lamartine und Ledru-Rollin nach dem Stadthause, welches, wie ihnen mitgetheilt wurde, durch etwa 6000—7000 Bewaffnete vertheidigt werden sollte und auch mit Geschütz hinlänglich versehen war.

Die beiden Mitglieder der Regierung waren fest entschlossen, unter jeder Bedingung das Stadthaus trotz ihrer schwachen Truppenmacht anzugreifen und womöglich zu stürmen, um nicht der aufständischen Regierung Zeit zu lassen, sich in den Arbeiter-Vierteln von Paris zu rekrutiren und dadurch eine bewaffnete Macht ins Leben zu rufen, gegen welche ein Kampf schwieriger, vielleicht unmöglich geworden wäre. Dem General Bedeau, welchen Lamartine vom Quai des Louvre holen ließ, wurde mündlich der Oberbefehl über sämmtliche Truppen von Paris übertragen.

Jetzt drangen die National-Garden unter dem Befehle Lamartine's und Bedeau's von zwei Seiten zu gleicher Zeit gegen das Stadthaus vor. Man erwartete einen heftigen Widerstand zu finden und war daher auf das Höchste erstaunt, als dies nicht der Fall war, als das Stadthaus nicht einmal vertheidigt wurde.

Die ganze Besatzung des Stadthauses, in der That etwa 5000—6000 bewaffnete Männer, war in der höchsten Verwirrung und Bestürzung, sie versuchte nicht einmal einen Widerstand und zerstreute sich beim ersten Vorrücken der National-Garden, von einer panischen Furcht ergriffen.

Eine ebenso jämmerliche Rolle spielte die revolutionaire Regierung. Diese war ebenso fassungslos, als ihre Schutzwache. Niemand wußte, was er thun sollte.

Vom Palast Bourbon war die revolutionaire Regierung an der Spitze der Volksmassen nach dem Stadthause geeilt und hatte hier eine lärmende Sitzung von zwei Stunden gehalten, in der nichts beschlossen, nichts ausgeführt wurde, in der diese Regierung die beste Gelegenheit erhielt, ihre vollständige Unfähigkeit, den Mangel jedes nicht revolutionairen organisatorischen Talentes zu zeigen. Nach diesem kurzen Triumphe wurde die Regierung schnell gestürzt und auf einen von Lamartine und Ledru-Rollin unterzeichneten Befehl gefangen genommen und nach Vincennes abgeführt.

Während der kurzen Zeit, welche die Einnahme des Stadthauses gekostet hatte, war in ganz Paris die Allarmtrommel geschlagen worden. Die National-Garden hatten sich in allen Theilen der Stadt versammelt, die Mobil-Garden und die Truppen waren sämmtlich unter Waffen getreten, während die Mitglieder der Clubs, einsehend, daß der von ihnen beabsichtigte Staatsstreich verfehlt sei, die Waffen möglichst schnell niedergelegt und sich zurückgezogen hatten.

Nach dem Verlauf so weniger Stunden war die Emeute des 15. Mai, welche anfangs drohend erschien, vollständig unterdrückt worden. Lamartine wurde überall, wo er sich auf seinem Rückwege vom Stadthause nach der National-Versammlung sehen ließ, von National-Garde und Volk mit lautem Jubelruf empfangen.

Der Schrei: „Es lebe Lamartine! Es lebe die Republik! Es lebe die National-Versammlung!“ ertönte in allen Straßen von Paris.

Schon um 6 Uhr wurde die National-Versammlung ordnungsmäßig wieder eröffnet.

Der General-Prokurator Portalis bestieg die Tribüne und forderte die Versammlung auf, die beiden Repräsentanten, Barbès und Courtais, als des Verbrechens, die nationale Souverainetät angegriffen zu haben, angeklagt, dem Gericht zu überliefern.

Die Versammlung votirte das Dekret einstimmig.

Briefe vom Stadthause meldeten jetzt die Einnahme desselben und die Verhaftung der provisorischen Regierung.

Bald darauf trat Lamartine in den Saal, fast getragen von den ihn begleitenden National-Gardisten und empfangen von einem ungeheuren Jubelruf. Er theilte der Versammlung mit, daß die Emeute vollständig besiegt sei und daß die Regierung die kräftigsten Maßregeln treffen werde, um einem Wiederaufleben derselben vorzubeugen, so wie auch um die Urheber und Theilnehmer der Empörung zur verdienten Strafe zu ziehen.

Die Executiv-Commission zog sich darauf zurück, um sich über die zu treffenden Maßregeln zu berathen und die Versammlung wurde geschlossen.

Als die Mitglieder das Palais Bourbon verließen, konnten sie kaum vorwärts gehen vor den sie umdrängenden und beglückwünschenden National-Gardisten, welche sie umringten und ihnen freudig die Hände drückten.

In ganz Paris herrschte an jenem Abend ein wahres Entzücken, ein vollständiger Freudentaumel. Die ganze Stadt wurde illuminirt, in allen Straßen sah man National-Garden mit dem Rufe: „Es lebe die National-Versammlung!“ umherziehen, um jede etwa auftauchende Unordnung im Keime

zu zerstören; aber es war dies kaum nöthig, denn Niemand dachte mehr an einen Aufstand; die Führer der revolutionairen Clubs waren theils gefangen, theils vollständig entmuthigt; sie sahen wohl ein, daß nach der gewaltigen physischen und moralischen Niederlage, welche sie an diesem Tage erlitten hatten, jedes weitere gewaltsame Unternehmen für das Erste nicht nur erfolglos bleiben müsse, sondern sogar das sicherste Mittel zu ihrer vollständigen Vernichtung sein werde. Paris blieb daher ruhig. —

7.

Die Regierung hatte sich, wie wir bereits sagten, zurückgezogen, und blieb die ganze Nacht im Luxembourg versammelt, um sofort die Maßregeln zu berathen, welche theils nöthig waren, um die Nationalversammlung vor einem ähnlichen Ueberfall zu sichern, theils um die Urheber der Emeute vom 15. Mai zu bestrafen.

Die Regierung verfügte die Verhaftung der bei der gestrigen Bewegung Betheiligten und setzte diejenigen Militairbefehlshaber ab, deren Unschlüssigkeit die Republik in solche Gefahr gebracht hatte. Besonders traf dieser Vorwurf den General Courtais, der durch den Obersten Clement Thomas als Commandeur der Nationalgarde ersetzt wurde.

Eine außerordentlich zweifelhafte Stellung bei der ganzen Empörung hatte auch der Polizeipräfect von Paris, Caussidière, eingenommen. War es schon befremdend, daß Caussidière als Polizeipräfect von dem bevorstehenden Aufstande der Regierung gar keine Meldung vorher gemacht und sogar auf ihr Befragen beruhigende Versicherungen gegeben hatte, so

mußte die vollständige Zurückgezogenheit und Thatlosigkeit Caussidières während des 15. noch verdächtiger erscheinen. Sein leichtes Unwohlsein bot während einer so kritischen Zeit hierfür keine Entschuldigung dar.

Die Regierung beschloß deshalb, trotz der Verwendung des immer noch Caussidière vertrauenden Lamartine, den Polizeipräfecten seines Amtes zu entsetzen und eine zuverlässigere Persönlichkeit auf diesen hochwichtigen Posten zu berufen.

Die Ausführung dieser Maßregel war indessen keine sehr leichte Sache.

Caussidière, einer der eifrigsten und entschiedensten Republikaner, einer der bedeutendsten Anhänger der socialistischen Partei, war äußerst beliebt beim Volke. Er war umgeben von zwei bewaffneten Corps, welche ihm Hülfe leisteten für die Sicherheitspolizei, von den Montagnards und der Garde republicaine.

Beide Corps betrachteten Caussidière als ihren eigentlichen Chef und waren in jedem Augenblick bereit, für denselben die Waffen zu ergreifen; um so verdächtiger war es gewesen, daß beide Corps am 15. Mai auch nicht den geringsten Versuch zum Schutz der Nationalversammlung oder des Stadthauses gemacht hatten, um so dringender mußte daher der Verdacht werden, daß Caussidière selbst bei der Bewegung des 15. nicht unbetheiligt gewesen sei.

Die Regierung beschloß deshalb außer der Absetzung Caussidières auch die Auflösung dieser beiden so unzuverlässigen und gefährlichen bewaffneten Corps.

Am 16. Mai sollte die Entwaffnung der Montagnards und der Garde republicaine vor sich gehen.

Die Garde republicaine gehorchte schon der ersten Auf-

forderung; wenn auch murrend, streckte sie doch die Waffen. Nicht so jedoch die Montagnards. Diese setzten sich in einer Stärke von etwa 3000 Mann in der Polizeipräfectur mit der Erklärung fest, daß sie ihre Waffen bis auf das äußerste vertheidigen und nur auf Befehl Caussidières abgeben würden, dessen Absetzung sie nicht anerkannten.

Ein gefährlicher Kampf schien bei der wilden Entschlossenheit, welche die Montagnards von jeher an den Tag gelegt hatten, bevorzustehen; aber die Regierung war entschlossen, ihn durchzukämpfen; sie sah ein, daß sie ein Zeichen von Energie geben müsse, wenn sie anders sich einige Achtung im Volke verschaffen wollte.

Schon am Vormittage cernirte General Bedeau mit 6000 Mann Truppen und 25,000 Mann Nationalgarden die Polizeipräfectur und ließ Kanonen auf das Thor des Gebäudes richten; gegen 4 Uhr Nachmittags sollte der Angriff beginnen, der sicherlich ein furchtbares Blutvergießen veranlaßt hätte, denn die Nationalgarden waren wüthend auf das revolutionaire Corps der Montagnards und brannten vor Begierde, einen Vernichtungskampf mit demselben zu beginnen.

Da versuchte es Lamartine, den Frieden herzustellen. Er wandte sich mit Bitten an Caussidière, der sich bisher noch fortwährend geweigert hatte, freiwillig seine Entlassung einzugeben. Er wußte diesen zu bewegen, daß er zum Besten des Staates auf sein Amt verzichte und daß er, um ein Blutvergießen zu vermeiden, sogar die Vermittlerrolle zwischen der Regierung und den ihm ganz ergebenen Montagnards übernehme.

Erst nach langem Zureden ging Caussidière auf Lamartines Bitten ein; aber er that es doch, er begab sich in die

Polizeipräfectur und versuchte es, die Montagnards zu besänftigen. Mit vieler Mühe gelang dies ihm und General Bedeau vermochte nun auch dies revolutionaire Corps ohne Waffengewalt, ohne Blutvergießen aufzulösen.

So war denn der letzte Rest der Empörung unterdrückt, die Emeute vom 15. Mai war ohne das geringste Blutvergießen auf das Vollständigste besiegt, die Nationalversammlung und die von derselben gewählte Regierung bestanden wieder in voller Macht, die Herrschaft des Gesetzes war vollständig wieder hergestellt.

Indem wir die Geschichte des 15. Mai beendigt haben, können wir nicht umhin, derselben noch einige Worte der Beurtheilung jener denkwürdigen Ereignisse hinzuzufügen; wir glauben dies um so mehr thun zu müssen, weil wir bei der Darstellung jener Ereignisse dem Anschein nach Partei gegen die Socialisten, von denen der Aufstand des 15. Mai ausging, genommen haben, und als wir den Vorwurf von uns abwälzen möchten, als seien wir denselben feindlich gesinnt, während doch gerade der socialistischen Partei in Frankreich unsere ganzen Sympathieen angehören.

Der socialistischen Partei in Frankreich gehört unserer innigsten Ueberzeugung nach die Zukunft*); aber ehe sie zur Herrschaft gelangen kann, muß sie, wir sind auch davon auf das Festeste überzeugt, noch eine schmerzliche Schule der Unterdrückung durchgehen, um sich moralisch zu kräftigen. Schon jetzt hat sie einen Theil dieser Lebensschule durchwandert und schon jetzt sehen wir, wie viel ruhiger und vernünftiger, wie

*) Geschrieben am 3. December 1849.

viel energischer zu gleicher Zeit die socialistische Partei handelt, als zur Zeit des 15. Mai 1848.

Als durch die Februar-Revolution die socialistische Partei zuerst zur Geltung gelangte, als sie damals zuerst vom Felde der leblosen Theorie berufen ward in das praktische Leben, als ihr durch den Sieg der Republik die Herrschaft näher gerückt war, da überließ sie sich ganz dem ungestümen, jugendlichen Enthusiasmus, der ohne Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse sich hingiebt seinen schönen Phantasieen.

Die socialistische Partei wollte mit einem Schlage einen socialen Staat aufbauen, sie wollte diesen nicht organisch entwickeln aus dem Bestehenden, sondern sie wollte alles Bestehende mit einem Male umwerfen, um ihre Systeme an dessen Stelle zu setzen, jene Systeme, deren Ausführbarkeit im Staatsleben noch nirgends sich bewährt hatten.

Schon der erste Versuch, das Arbeiterparlament Louis Blancs mit seinen Nationalwerkstätten mißlang und gab in seinem Mißlingen die Veranlassung zu der furchtbaren Juni-Revolution, zu der die Ereignisse des 15. Mai nur das unblutige Vorspiel sein sollten.

Mit Staunen und Widerwillen blickte das Volk von Frankreich auf das Gebahren der immer kühner ihr Haupt erhebenden socialistischen Partei in Paris. Das Volk von Frankreich war kaum reif genug für die Republik, für eine Verfassung mit dem allgemeinen Stimmrecht; die Februar-Revolution hatte es mit diesem Uebermaß der Freiheit gewissermaßen überrascht. Dessenungeachtet hatte sich das Volk auch in diese Verfassung gefunden, es hatte eingesehen, daß es in einer Republik mit ächt demokratischen Institutionen

sich am freiesten und glücklichsten bewegen könne; aber es wollte innerhalb der Republik wenigstens die gesetzliche Ordnung; es haßte die alle Verhältnisse untergrabenden ewigen Aufstände und es haßte deshalb auch die socialistische Partei in seiner großen Mehrheit, weil diese wieder und immer wieder die Veranlassung zu neuen Aufständen gab. Es wollte nach ächt demokratischen Principien den Willen der Majorität im Staate zur Geltung gebracht sehen und es fühlte sich daher um so tiefer verletzt, daß die als Minorität anerkannte socialistische Partei stets diesem Willen entgegenstrebte und sich eine Minoritätsherrschaft auf dem Wege der Gewalt zu erwerben suchte.

Das Volk zeigte durch die allgemeinen und direkten Wahlen seinen Gesammtwillen deutlich genug, indem aus diesen Wahlen für die Nationalversammlung eine Majorität hervorging, welche zwar gern bereit war, eine demokratische Republik durch freisinnige Gesetze zu befestigen, aber auch ebenso bereit, energisch den Uebergriffen der Minorität entgegenzutreten und dieselbe sogar durch Waffengewalt zu bekämpfen, welche leider selbst einige der demokratischen Freiheiten des Volkes zu opfern bereit war, wenn nur durch dieses Opfer die Ruhe und der Friede im Lande hergestellt und eine Garantie dafür geboten werden konnte, daß der Wille der Majorität das Gesetz des Volkes werde.

Die socialistische Partei hätte die Aufgabe gehabt, auf dem ihr offenstehenden Wege der freien Presse und des freien Wortes Propaganda zu machen für die erhabene Lehre der socialen Gleichberechtigung, für das Recht auf Arbeit und den Schutz der Gesellschaft durch die Gesellschaft, für Lehren, welche der gesunde Sinn des Volkes nach und nach in sich aufge-

Digitized by Google

nommen hätte, wenn sie nicht verpönt gewesen wären durch die Lächerlichkeiten sich widersprechender Systeme und durch die Aufstandsversuche, Ruhestörungen und gehässigen Demonstrationen, welche diese Systeme mit Gewalt zur Geltung zu bringen sich bemühten.

Die socialistische Partei erfüllte indessen ihre Aufgabe nicht. Der richtige Weg der friedlichen Agitation durch Wort und Schrift ging ihr bei weitem zu langsam. Die enthusiastischen Feuerköpfe, welche an der Spitze der socialistischen Partei standen, glaubten mit Gewalt sich die Herrschaft erringen zu müssen, dann werde das Volk sich ihnen von selbst anhängen, dann werde es ihnen leichter werden, für ihre Lehren Propaganda zu machen. Sie benutzten deshalb jede Gelegenheit zu einem Aufstande, der ihnen die Gewalt in die Hände spielen sollte, und fachten deshalb täglich mehr und mehr den Haß der ruheliebenden Majorität gegen sich selbst und leider auch gegen ihre Lehren an, sie machten es nur durch diesen gegen sich gerichteten Haß möglich, daß aus dem allgemeinen, direkten Stimmrecht eine Versammlung hervorgehen konnte, wie diejenige, welche im gegenwärtigen Augenblick an der Spitze der französischen Republik steht.

Von diesem Grundsatze gingen nicht die Führer der revolutionairen Clubs aus, als sie die Demonstration zu Gunsten Polens benutzen wollten, um die socialistische Partei zur Herrschaft zu bringen.

Wie sehr wir auch die ursprünglichen Principien des Socialismus anerkennen, so tadeln wir doch das Auftreten der socialistischen Partei am 15. Mai. — Wir sind der innigen Ueberzeugung, daß eine Minorität niemals das Recht hat, mit Gewalt der Majorität im Volke ihren Willen aufzudrin-

gen, wie dies die socialistische Minorität am 15. Mai 1848 beabsichtigte.

Eine Revolution ist stets ein trauriges Mittel, die natürlichen Menschenrechte zur Geltung zu bringen, sie soll stets nur das letzte Mittel sein, wenn alle Mittel des Gesetzes, der Rede und Schrift erschöpft sind.

Zur Revolution **berechtigt** ist ein Volk erst dann, wenn die Majorität desselben **keinen andern Weg** mehr hat, ihren Willen dem einer herrschsüchtigen Minorität gegenüber zur Geltung zu bringen; **erst dann wird die Revolution zum Recht, dann wird sie aber auch zur Pflicht!**

8.

Der 15. Mai mit seinen Scandalen, mit den Scenen offener Auflehnung gegen die gesetzliche Gewalt war vorüber, ohne Blutvergießen war von der gemäßigt republikanischen Partei ein gewaltiger Sieg erkämpft über die Partei der extremen Socialisten; aber dieser Sieg sollte für Frankreich keine lange Ruhe zur Folge haben. Zwei große Fragen waren es, welche schon in den letzten Tagen des Mai und in den ersten Tagen des Juni das Volk von Paris und das von ganz Frankreich gewaltig beschäftigten.

Die eine Frage war die Arbeiter-Frage, sie knüpfte sich besonders an die Frage über das Bestehen und die künftige Einrichtung der National-Werkstätten.

Die zweite Frage war von kaum geringerer Wichtigkeit, obgleich sie fast lediglich eine einzelne Persönlichkeit, nämlich die des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, betraf; aber an

diese Persönlichkeit knüpften sich die Hoffnungen einer gewaltigen Partei, welche täglich mit einer größeren Kühnheit ihr Haupt erhob, derjenigen Partei, welche unter jeder Bedingung die Republik nach und nach wieder der Monarchie zuführen wollte, hierzu aber glaubte eines Uebergangsstadiums zu bedürfen, und welche in Louis Napoleon die für ihre Zwecke geeignete Persönlichkeit zu erblicken glaubte.

Wir wenden uns dieser letzten Frage zuerst zu.

Schon in der Sitzung vom 26. Mai war in der National-Versammlung zur Sicherstellung der Republik ein Gesetz-Entwurf durchgegangen mit 632 gegen 63 Stimmen, welcher die Verbannung der Familie Orleans aus Frankreich aussprach.

Den Anhängern der Monarchie blieb daher keine Hoffnung, durch ein Mitglied der Familie Orleans auf scheinbar gesetzlichem Wege die Monarchie in Frankreich wieder begründen zu können. Es hatte diese Partei anfangs auf die Popularität des Prinzen von Joinville gehofft, aber sie sah jetzt ein, daß diese Hoffnung getäuscht sei und daß nur auf dem Wege der Gewalt eine Agitation für die Häuser Bourbon oder Orleans möglich sei, und dazu schien es noch nicht Zeit zu sein, die monarchistische Partei mußte noch immer den Deckmantel des Republikanismus sich überhängen; sie sah sich daher um nach einem anderen Werkzeuge für ihre finsteren Pläne, und glaubte dies in dem Prinzen Louis Napoleon Bonaparte gefunden zu haben.

Der Name Napoleon hatte noch immer in Frankreich einen guten Klang; an ihn knüpften sich alle jene Erinnerungen ruhmvoll durchkämpfter Schlachten, der Weltherrschaft

Frankreichs in der Kaiserzeit, jene Erinnerungen, welche der Eitelkeit der Franzosen so sehr schmeichelten.

Auch über die Familie Bonaparte bestand ein Gesetz, welches dieselbe aus Frankreich ausschloß, das Gesetz vom 10. April des Jahres 1832.

Aber dieses Gesetz war schon durch die Revolution außer Kraft getreten. Drei Mitglieder der Familie Bonaparte waren durch das Vertrauen der Nation zu Mitgliedern der National-Versammlung ernannt worden, und es mußte daher das unter der Regierung Louis Philipps erlassene Gesetz als von selbst erloschen oder durch die Anerkennung der Wahl der drei Napoleoniden durch die National-Versammlung als vernichtet betrachtet werden.

Diese natürliche Auffassung erschien indessen nicht als die der National-Versammlung. Zwei Anträge, welche die Anerkennung dieses Grundsatzes bezweckten, wurden von der National-Versammlung am 2. Juni verworfen, hingegen ein dritter Antrag, welcher die formelle Aufhebung des Art. 6 des Gesetzes vom 10. April 1832 bezweckte, in Berathung gezogen.

Die Frage war nämlich in der That eine außerordentlich wichtige und bedenkliche.

Die drei bereits zur National-Versammlung gewählten Mitglieder der Familie Bonaparte hatten keinen besonderen Einfluß und keine besondere Popularität. Trotz ihres gefeierten Namens konnte wohl Niemand im Ernste daran denken, sie als Prätendenten für eine französische Königs- oder Kaiserkrone hinzustellen.

Ganz anders stand aber ein viertes Mitglied der Familie Bonaparte da, der Prinz Louis Napoleon Bonaparte, der

Sohn Louis Napoleon Bonaparte's, Königs von Holland, und Eugeniens von Beauharnais, der Stieftochter des Kaisers Napoleon.

Wir müssen mit einigen Worten zurückkommen auf die frühere Laufbahn des Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, der berufen sein sollte, einen so großen Einfluß auf das Schicksal Frankreichs auszuüben.

Louis Napoleon war, wie wir gesehen haben, zugleich der Neffe und der Enkel des angebeteten Kaisers der Franzosen. Er war im Jahre 1808 geboren und wurde damals als der Erbe seines Oheims, als der Nachfolger desselben im Kaiserreiche, betrachtet, denn an eine Scheidung des Kaisers von Josephine wurde damals noch nicht gedacht; so wurde denn der Louis Napoleon als der Erste in das kaiserliche Familien-Register eingetragen.

Nur kurze Zeit sollte indessen die glänzende Aussicht für den jungen Prinzen dauern. Schon im Jahre 1815 sollten die glücklichen Aussichten, welche Louis Napoleon zu lächeln schienen, vernichtet werden. Mit dem Sturze des Kaisers Napoleon war natürlich auch der Sturz der kaiserlichen Familie ausgesprochen, und Louis Napoleon mußte, wie die übrigen Mitglieder seiner Familie, ins Exil wandern.

Die Schweiz diente der Königin Hortensia, welche den Titel einer Herzogin von St. Leu angenommen hatte, zum Zufluchtsort. Auf dem Schloß Arenenberg im Canton Thurgau suchte sie ihren Kindern eine Erziehung zu geben, welche dieselben befähigen sollte zu der bedeutenden Rolle, welche ihnen, nach dem Glauben der Mutter, das Schicksal noch aufbewahrte.

Louis Napoleon beschäftigte sich hauptsächlich mit mili-

tairischen Studien. Seiner glühenden Phantasie schwebte fortwährend das Bild des kaiserlichen Oheims vor, dem er sich nachzubilden strebte, dessen Rolle er noch dereinst zu spielen hoffte, ohne indessen auch nur einen Theil der eisernen Willenskraft und großartigen Genialität des Kaisers zu besitzen. Die Versuche des Jünglings, Napoleon zu copiren, nahmen deshalb stets mehr und mehr den Anschein einer bedeutungslosen Nachäfferei an.

Es ist dessenungeachtet Louis Napoleon ein lebhafter Geist und eine schnelle Auffassung nicht abzusprechen, wenn ihm auch die tiefe Durchbildung, die großartige Genialität und der eiserne Wille seines Oheims fehlen. Die Schriften, welche Louis Napoleon während seines Exils und später während seiner Gefangenschaft in Ham über Militairwissenschaften (besonders Artillerie) und über die sociale Frage veröffentlichte, beweisen tüchtige Studien und ein scharfes Urtheil.

Als die Juli-Revolution im Jahre 1830 die Familie Orleans auf den Thron Frankreichs führte, hofften die Napoleoniden, daß ihr Exil beendet sein werde; aber sie hatten sich getäuscht. Der Königsthron Louis Philipps stand zu schwankend, als daß der König der Franzosen eine Familie im Lande hätte dulden können, welche in Frankreich noch so viele Sympathieen hatte, als die Familie Napoleons.

Louis Napoleon sah sich daher nach wie vor ausgeschlossen aus dem Lande, welches er als sein Heimathland betrachtete. Er verwendete seine Zeit während des fortdauernden Exils besonders auf militairische und staatswirthschaftliche Studien, und nahm Theil an der Erhebung der Romagna, an der italienischen Bewegung.

Louis Napoleon träumte indessen fortwährend von der

Wiederherstellung eines Napoleonischen Kaiserreichs, und er wurde in seinen Träumereien bestärkt durch die Nachrichten, welche er aus Frankreich empfing, welche ihm die großartige Unzufriedenheit des gesammten französischen Volkes mit dem Juli-Königthum schilderten, und ihm mittheilten, daß die gesammte republikanische Partei sowohl, als auch die Armee, welche noch immer enthusiasmirt war durch die Erinnerungen an das Kaiserreich, auf ihn, den Erben des Kaisers Napoleon, den prinzlichen Vertreter des Socialismus, hofften.

Diese Mittheilungen und vielfache Verbindungen mit den geheimen Anhängern der Bonaparteschen Partei in Frankreich veranlaßten Louis Napolean zu dem Entschluß, als Prätendent in Frankreich aufzutreten und dort das Napoleonische Kaiserreich wieder herzustellen.

Hätte Louis Napoleon nur einen Theil der kühnen Entschlossenheit seines Oheims und der gewaltigen Umsicht desselben gehabt, so hätte er in der That ein gefährlicher Nebenbuhler für Louis Philipp werden können; aber gerade diese Eigenschafteu, so nothwendig für einen Prätendenten, gingen ihm ab; er war kühn, sogar tollkühn, ohne entschlossen zu sein, und es fehlte ihm jede Umsicht, er war vollkommen kopflos im Augenblick der Entscheidung. Deshalb scheiterten seine beiden Versuche, den Thron Louis Philipps, so schwankend derselbe stand, zu stürzen.

Im Jahre 1836 machte Louis Napoleon seinen ersten Versuch, sich die französische Kaiserkrone wiederzuerobern. — Er hatte sich der Ergebenheit einer Anzahl Officiere der Besatzung von Straßburg, besonders eines Obersten des vierten Artillerie-Regiments, Namens Vaudrey, zu versichern gewußt. Louis Napoleon war heimlich nach Straßburg gekommen.

Am 29. Oktober hatte er in der Wohnung eines treuen Anhängers, des Herrn von Persigny, der schon seit Monaten für die Organisation einer Bonaparteschen Conspiration thätig gewesen war, eine Zusammenkunft mit denjenigen Officieren der Straßburger Garnison, von deren Ergebenheit er überzeugt sein durfte. Mit diesen Officieren wurde die Napoleonische Schilderhebung für den folgenden Tag verabredet.

Am 30. Oktober, Morgens 5 Uhr, ließ Oberst Baudrey sein Regiment in Schlachtordnung antreten. Louis Napoleon erschien vor demselben in Obersten-Uniform, geschmückt mit dem Orden der Ehrenlegion. Er wurde mit Jubelruf von den Soldaten empfangen und stellte sich nun an die Spitze des Regiments, um mit demselben einen planlosen Zug durch Straßburg anzustellen.

Proclamationen, welche von dem neuen Prätendenten an die Armee und an das Volk erlassen werden sollten, und welche in hochtrabenden Worten berechnet waren, auf die Eitelkeit des französischen Volkes zu wirken, waren vorher genügend ausgearbeitet worden, um im Augenblick der Entscheidung vertheilt zu werden.

Auch die schönsten Pläne waren entworfen worden, wie man die Präfecte und andere königliche Beamte in ihren Wohnungen verhaften und die Armee vollends für Louis Napoleon gewinnen wollte.

Alle diese Pläne scheiterten jedoch an der unbesonnenen Planlosigkeit, mit welcher Louis Napoleon zu Werke ging.

Louis Napoleon zog nach der Kaserne Finkmatt und wurde hier von der Infanterie mit seinen Begleitern verhaftet. Die Artillerie machte zwar einen Versuch, ihn zu be-

freien; aber derselbe gelang nicht und so war denn das ganze Unternehmen zerstört.

Noch unbedeutender und unbesonnener angelegt war ein zweiter Versuch Louis Napoleons, die Kaiserkrone von Frankreich zu erringen, welchen der Prinz im Jahre 1839 in Boulogne machte, ein Versuch, welcher fast kindisch erschien.

Nach dem Aufstand in Straßburg war Louis Napoleon nach Nord-Amerika transportirt worden. Louis Philipp benahm sich dem jungen Prinzen gegenüber mit einer wirklich außerordentlichen Großmuth.

Von Nord-Amerika aus wendete sich Louis Napoleon wieder nach der Schweiz, und da er hier seinen Aufenthalt nicht mehr für sicher hielt, nach England.

Von England aus knüpfte er aufs Neue Verbindungen mit der Bonaparteschen Partei in Frankreich an und entschloß sich, einen abermaligen Aufstands-Versuch zu machen, der ein noch kläglicheres Ende haben sollte, als der erste in Straßburg. —

Mit dem Dampfpacketboot Stadt Edinburgh landete Louis Napoleon am Morgen des 6. August, zwischen 3—4 Uhr, bei Wimereux, etwa eine halbe Meile von Boulogne. Er war begleitet durch den General Montholon, einen exaltirten Bonapartisten, den Obersten Voisin und eine Anzahl anderer napoleonistisch gesinnter Officiere.

Die kleine Schaar, aus etwa 50 Personen bestehend, zog, nachdem sie einen kleinen Douanenposten überfallen hatte, nach der Stadt, und zwar gleich zuerst nach der Kaserne, um das in Boulogne stationirte Militair zu gewinnen.

Der Versuch scheiterte vollkommen. — Die Napoleonische Schaar zog nun planlos durch die Stadt, in welcher

Generalmarsch für die Truppen und National-Garden geschlagen wurde. Nirgends zeigte sich die geringste Sympathie für den unbesonnenen Abenteurer, der endlich auf seine Flucht bedacht sein mußte, aber auch diese nicht mehr bewerkstelligen konnte, denn das Dampfboot war bereits mit Beschlag belegt und in den Hafen gebracht worden. So wurde denn Louis Napoleon mit seinen Begleitern verhaftet.

Sein Prozeß wurde vor dem Pairshof geführt und er von diesem zu lebenswieriger Haft verurtheilt, zu deren Verbüßung er nach Ham abgeführt wurde. — Es gelang ihm jedoch, von dort nach langer Haft zu entspringen. —

Wir haben in Vorstehendem versucht, dem Leser in so kurzen Zügen, als irgend möglich, ein Bild zu geben von dem Leben und dem Charakter Louis Napoleons; es war dies für das Verständniß der Geschichte Frankreichs im Jahre 1848 und 1849 unumgänglich nothwendig. Der Leser hat daraus ersehen, daß die Persönlichkeit Louis Napoleons an und für sich eine durchaus ungefährliche war; aber Louis Napoleon wurde gefährlich durch die Erinnerungen, welche sich an seinen Namen knüpften, und dadurch, daß er als der legitime Erbe des Kaisers Napoleon nach dem Tode des Königs von Rom betrachtet werden mußte.

Louis Napoleon wurde gefährlich für die Existenz der jungen Republik, weil die verschiedensten Parteien sich vereinigten, um durch ihn ihre Pläne gegen die Republik auszuführen.

Die Monarchisten betrachteten Louis Napoleon als das geeignetste Werkzeug, die Monarchie wieder in Frankreich einzuführen. Legitimisten, Orleanisten und Napoleonisten vereinigten sich daher in der Agitation für Louis Napoleon, in-

dem die Ersteren hofften, daß die Unfähigkeit des Prinzen bald genug sich zeigen würde, und daß dann Louis Napoleon leicht bei Seite geworfen werden könnte, während die Letzten durch Louis Napoleon wirklich eine dauernde Napoleonische Monarchie zu gründen hofften.

Aber auch selbst unter den extremen Socialrepublikanern fand Louis Napoleon viel Anklang. Einerseits war er nicht unbeliebt bei den Arbeitern, besonders in den National-Werkstätten, seine socialistischen Arbeiten hatten ihm bei diesen einigen Ruf und ein gewisses Vertrauen verschafft, und andererseits hoffte ein anderer Theil der socialistischen Führer, daß Louis Napoleon sich aufrichtig der socialistischen Partei anschließen müsse, weil er leicht einsehen konnte, daß die Legitimisten und Orleanisten seine unversöhnlichsten Feinde seien.

So gewann denn der Name Napoleon schon zu Ende des Mai einen furchtbaren Klang für die gemäßigt republikanische Partei, weil sich in ihm die Agitationen der verschiedensten Parteien, welche den gemäßigten Republikanern gegenüberstanden, vereinigten.

Gegen Ende des Mai und im Anfange des Juni begannen die Agitationen für Louis Napoleon immer offener an das Tageslicht zu treten. Dieser Name, der bisher wenig genannt worden war, wurde plötzlich das Feldgeschrei des Tages, sowohl in Paris, als in den Departements.

In Paris bildeten sich allabendlich auf den Boulevards gewaltige Zusammenrottungen, in denen der Ruf: „Es lebe Napoleon!" und oft auch der: „Es lebe Napoleon II.!" oder: „Es lebe der Kaiser!" ausgestoßen wurde.

Oft wurden ruhig vorübergehende Bürger gezwungen,

in diesen Ruf einzustimmen, wenn sie sich nicht Mißhandlungen aussetzen wollten.

Diese Bewegungen wurden mit jedem Tage drohender und die Executiv-Commission sah sich endlich genöthigt, mit Ernst gegen dieselben einzuschreiten. Sie ließ das Aufruhr-Gesetz proclamiren und mit Energie die versammelten Menschenmassen auseinandertreiben. Vielfache Verhaftungen kamen dabei vor, an manchen Abenden mehrere Hundert.

Aber auch diese Maßregeln reichten nicht aus, jene Zusammenrottungen, wie überhaupt die Bewegung zu Gunsten Louis Napoleons, zu unterdrücken, wenn sie auch allerdings dazu beitrugen, die Ruhe einigermaßen wiederherzustellen.

Wie tief die Agitation zu Gunsten Louis Napoleons bereits ins Volk eingedrungen war, zeigte sich am deutlichsten bei den neuen in Folge der Doppelwahlen vorzunehmenden Wahlen für die National-Versammlung. Louis Napoleon wurde in drei Departements und zum Theil mit einer ungeheuren Stimmenzahl gewählt. Die Bonapartischen Agenten hatten mit einer wunderbaren Schnelligkeit und Geschicklichkeit, besonders unter den Landleuten, für das Haupt des Napoleonischen Hauses gewirkt.

Die Executiv-Commission sahe ein, daß diese Bewegung mit jedem Tage gefährlicher wurde, und sie glaubte daher, mit ernsten Maßregeln gegen dieselbe vorschreiten zu müssen. Sie beschloß, bei der National-Versammlung darauf anzutragen, daß das Verbannungs-Dekret gegen die Familie Bonaparte vom Jahre 1832 wenigstens in Betreff der Person Louis Napoleons aufrecht erhalten würde.

Ein Straßen-Scandal, welcher sich am Montag, dem 12. Juni, zutrug, bei dem vielfach der Ruf: „Es lebe der

Kaiser!“ ausgestoßen worden war und bei dem sogar einige Schüsse gegen die National-Garden gefallen waren, gab der Executiv-Commission eine erwünschte Gelegenheit, ihren Antrag bei der National-Versammlung einzubringen, welche für denselben an jenem Tage in Folge der täglich sich wiederholenden Zusammenrottungen nicht ungünstig gestimmt schien.

Der Vetter Louis Napoleons, Napoleon Bonaparte, welcher bereits Mitglied der National-Versammlung war, trat als Vertheidiger seines Cousins auf und erklärte energisch, daß er gegen jedes Gerücht protestire, welches seinem Vetter freiheitsfeindliche Pläne unterlege. Er verbürge sich dafür, daß Louis Napoleon keinen anderen Ehrgeiz habe, als den, in der National-Versammlung als einfacher Bürger aufgenommen zu werden.

Die Rede Napoleon Bonapartes wurde von der Versammlung mit tiefem Schweigen aufgenommen; aber trotzdem weigerte sich die National-Versammlung, ein ihr später von der Executiv-Commission vorgelegtes Dekret durch Acclamation anzunehmen, obwohl die in das Haus gekommene Nachricht von den Bonapartischen Unruhen nicht wenig günstig für dies Dekret wirkte.

Dies Dekret forderte nämlich die Aufrechterhaltung des Gesetzes vom Jahre 1832 für die Person Louis Napoleons. Es begründete seine Forderung besonders darauf, daß die friedliche republikanische Entwickelung Frankreichs nicht durch dynastische Parteien gestört werden dürfe, daß aber Louis Napoleon bereits zwei Mal als Prätendent für eine Kaiserkrone aufgetreten sei und daß auch jetzt wieder sich eine große Aufregung für denselben zeige. — Die Regierung könne ohne

Annahme des Dekrets nicht für die öffentliche Ordnung und Sicherheit Garantie leisten.

Die Annahme oder Verwerfung dieses Gesetzes wurde auf den 13. Juni verschoben; nach einer heftigen Debatte faßte indessen die Nationalversammlung den Beschluß mit einer Majorität von fast zwei Dritteln der Mitglieder, daß Louis Napoleon als Repräsentant in der Nationalversammlung zuzulassen sei.

Die Executions-Commission hatte durch die Verwerfung ihres Dekrets eine große Niederlage erlitten, zu welcher besonders auch die entschiedenste Linke in der Nationalversammlung beigetragen hatte, welche zum größern Theil für die Zulassung Louis Napoleons war, indem sie die Wahl als einen Act der Volkssouverainität betrachtete, den man nicht beschränken durfte.

Am 15. Juni lief in der Nationalversammlung folgender Brief Louis Napoleons an den Präsidenten ein, der verlesen wurde und eine gewaltige Aufregung in der Versammlung hervorbrachte. Der Brief lautete:

„Herr Präsident!

„Ich stand im Begriffe abzureisen, um mich auf meinen Posten zu begeben, als ich erfahre, daß meine Wahl bedauernswerthen Unruhen und verderblichen Irrthümern zum Vorwande dient. Ich habe die Ehre, Volksrepräsentant zu sein, nicht gesucht, weil ich den beleidigenden Argwohn kannte, dessen Gegenstand ich war. Ich würde noch weniger nach der Regierung streben. Wenn das Volk mir Pflichten auferlegte, so würde ich sie zu erfüllen wissen.

(Lärmende Aufregung.)

„Aber ich widerspreche Allen denen, die mir ehrgeizige

Absichten zuschreiben, welche ich nicht habe. Mein Name ist ein Symbol der Ordnung, der Nationalität, des Ruhmes, und ich würde ihn mit dem größten Schmerze dazu dienen sehen, die Unruhen und die Spaltungen des Vaterlandes zu vermehren. Um ein solches Unglück zu vermeiden, würde ich eher in der Verbannung bleiben. Ich bin zu allen Opfern für das Glück Frankreichs bereit.

„Haben Sie die Güte, Herr Präsident, meinen Brief der Nationalversammlung mitzutheilen. Ich sende Ihnen eine Abschrift meiner Danksagungen an die Wähler.

„Empfangen Sie den Ausdruck meiner ausgezeichneten Gesinnungen.

Napoleon Louis Bonaparte."

In diesem ganzen Brief war nicht ein Wort von der Anerkennung der Republik enthalten, wohl aber zeigte die Stelle: — Wenn das Volk mir Pflichten auferlegte, so würde ich sie zu erfüllen wissen! — deutlich genug, daß Louis Napoleon noch immer seine besonderen Pläne habe, welche im Augenblicke zu ergründen noch unmöglich war, zu denen erst die Zukunft, die Wahl Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik und sein Auftreten als solcher den Schlüssel bieten sollte.

9.

Die zweite Frage, welche in den letzten Tagen des Mai und während des Juni das Volk von Paris besonders beschäftigte und welche die Veranlassung zu dem furchtbaren Ereignisse der Junirevolution geben sollte, war die Arbeiterfrage, welche zu jener Zeit sich besonders concentrirte in der Frage: „Sollen die Nationalwerkstätten bestehen bleiben oder

sollen sie geschlossen werden, und wenn letzteres geschehen soll, wie kann dann für die Ernährung und Beschäftigung der 120,000 Arbeiter gesorgt werden, welche bisher in den Nationalwerkstätten unterhalten wurden?"

Der Leser erinnert sich der Begründung der Nationalwerkstätten durch Louis Blanc. Die Nationalwerkstätten, in denen die verschiedensten Arbeiten aller Handwerke gemacht wurden, waren der erste Versuch einer Organisation der Arbeit durch den Staat; aber dieser Versuch sollte sich bald genug als ein vollkommen mißlungener zeigen.

Die Nationalwerkstätten, in denen nach dem Glauben Louis Blancs die Arbeit sich kräftigen und die Industrie emporblühen sollte, sanken schon in sehr kurzer Zeit zu einer Versorgungsanstalt brodloser Arbeiter herab, welche dem Staat ungeheure Summen, täglich 170,000 Franken kostete, ohne dafür irgend einen reellen Gewinn zu geben, denn die Arbeiten in diesem großartig angelegten Institute wurden im höchsten Grade nachlässig betrieben. Ob der Arbeiter faul oder fleißig war, er erhielt dennoch seinen Tagelohn! Daher kam es, daß schon nach sehr kurzer Zeit die Nationalwerkstätten eine wahrhafte Schule des Müßiggangs wurden.

Schon von Anfang der Begründung der Nationalwerkstätten an hatte sich dieser Uebelstand gezeigt, die provisorische Regierung hatte aber nicht umhin gekonnt, dennoch die Nationalwerkstätten bestehen zu lassen und immer neue Geldsummen für dieselben zu verwenden, da in jener Zeit die Gewerbe in Paris vollständig stillstanden und Tausende von Arbeitern brodlos sich umhertrieben. Diese mußten beschäftigt werden, wenn sie nicht eine gefährliche Plage für die Gesellschaft werden sollten.

Seit der Begründung der Nationalwerkstätten hatte sich die gewerbliche Stockung ein wenig vermindert, sie war aber dessen ungeachtet groß genug geblieben, man hatte deshalb immer noch nicht Gelegenheit gefunden, auf eine andere Weise für die Unterbringung der brodlosen Arbeiter zu sorgen, als durch die Nationalwerkstätten, und doch hatten sich die Uebelstände derselben mit jedem Tage greller ans Tageslicht gestellt.

Da sich in den Nationalwerkstätten auf eine höchst leichte Weise ein verhältnißmäßig hoher Lohn erwerben ließ, hatten sich täglich mehr Arbeiter in dieselben aufnehmen lassen; die Zahl derselben war bis auf 120,000 gewachsen, 120,000 kräftige Männer, welche zum größten Theil, wenigstens halb müßig gingen oder ihre Kräfte auf eine für die Gesellschaft nutzlose Weise vergeudeten.

Es hatte dieser Uebelstand in den gesammten Verkehr eine große Stockung gebracht, denn die meisten Arbeiter zogen es vor, in den National-Werkstätten wenig zu thun, anstatt in den Fabriken, selbst gegen einen höheren Lohn, tüchtig zu arbeiten.

Die National-Werkstätten waren außerdem eine gefährliche Vereinigung einer gewaltigen, unzufriedenen Arbeitermasse gegen die herrschende, gemäßigt republikanische Partei. In ihnen fanden alle Umtriebe, alle Revolutions-Versuche der extrem socialistischen Partei ihre festeste Stütze.

Alle diese Uebelstände waren schon längst so grell an das helle Tageslicht getreten, daß sich die allgemeine Stimmung täglich heftiger gegen die National-Werkstätten und die in ihnen vergeudeten Geldmittel des Staates aussprach.

Die Executiv-Commission sah sich hierdurch veranlaßt,

endlich energische Maßregeln gegen die National-Werkstätten zu ergreifen; aber sie befand sich allerdings hierbei in einer außerordentlich schwierigen und gefährlichen Lage, denn sie verhehlte sich nicht, daß möglicherweise ein Einschreiten gegen die National-Werkstätten, eine Auflösung derselben, welche Tausende von Arbeitern brodlos zu machen drohte, eine furchtbare Arbeiter-Revolution hervorrufen konnte.

Die Executiv-Commission mußte sich deshalb auch für den Fall eines solchen Aufstandes rüsten.

General Cavaignac hatte das Kriegs-Ministerium übernommen, auf seine Energie konnte die Executiv-Commission rechnen, und es kam nun nur noch darauf an, dem General auch die nöthigen Militairkräfte zu Gebote zu stellen, um ihm die kraftvolle Unterdrückung eines Arbeiter-Aufstandes möglich zu machen. Es wurden deshalb die disponiblen Streitkräfte in Paris und der Umgegend auf einen Bestand von über 50,000 Mann gebracht. Mit dieser Truppenmacht glaubte die Executiv-Commission einem Arbeiter-Aufstande gegenüber des Sieges gewiß zu sein, zumal da ein so tüchtiger, energischer General, als Cavaignac, an der Spitze der Truppen stand.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Trélat, bekam deshalb den Auftrag, auf den er gern einging, dafür zu sorgen, daß die Auflösung der National-Werkstätten durch vorbereitende Maßregeln angebahnt werde.

Schon am 4. Juni erließ die Executiv-Commission ein Dekret, vermittelst dessen die Arbeit in den National-Werkstätten nicht mehr, wie bisher, nach Tagelohn, sondern nach dem Stück bezahlt werden sollte. Die Arbeiten sollten direct, nach einem vorher gemachten Anschlage, ohne Abzug eines

Rabatts, entweder, je nach der Beschaffenheit der Arbeit, an einzelne, oder verbündete Arbeiter gegeben werden.

Außerdem sollten durch Kredite Arbeiten in den Departements eröffnet, auch der Privatgewerbs-Betrieb unterstützt werden, um hierdurch einen Abfluß der National-Werkstätten zu ermöglichen.

Die Arbeiter, welche seit weniger als drei Monaten sich im Departement der Seine aufhielten, bekamen den Befehl, in ihre Heimath zurückzukehren, und erhielten dazu Reisevergütigung.

Schon dieses Dekret erregte in den National-Werkstätten eine große Erbitterung, denn es nahm den Arbeitern die Aussicht auf das gemächliche Leben des halben Müßiggangs, an welches sie sich bereits seit Monaten gewöhnt hatten; aber diese Erbitterung hatte noch keinen Ausbruch; sie wuchs indessen bedeutend, als sich in der Sitzung der National-Versammlung am 20. Juni nicht ein einziger Redner fand, welcher die bisherige Einrichtung der National-Werkstätten in Schutz nahm.

Die Erbitterung der Arbeiter ging deshalb von der Executiv-Commission über auf die National-Versammlung, welche übrigens, ihrer gemäßigten Majorität wegen, schon längst das Vertrauen der Arbeiter ziemlich verloren hatte.

Die Regierung, welche mit dem eben erwähnten Dekret den Anfang zu ihren Maßregeln gegen die National-Werkstätten gemacht hatte, mußte jetzt weiter gehen, sie mußte fortfahren in dem begonnenen Werke, und sie that es.

Das geeignetste Mittel, viele Arbeiter aus den National-Werkstätten zu entfernen, sie unschädlich zu machen, sogar in dieser kritischen Zeit nützlich für das Vaterland zu verwenden, war, sie zur Armee anzuwenden. Die Regierung erließ

daher den Befehl, daß die Arbeiter von 17—25 Jahren, welche gerade das renitenteste Element in den Werkstätten ausmachten, sich zur Armee anwerben lassen oder nicht mehr in den Werkstätten zugelassen werden sollten.

Es war dies eine Maßregel, welche allerdings eine große Ungerechtigkeit enthielt und welche daher auch nicht verfehlen konnte, eine gewaltige Erbitterung unter den jungen Arbeitern zu erregen.

Man hatte den Arbeitern schon diese Maßregel einige Tage vor dem 22. Juni angezeigt und es hatten sich vielfache Stimmen der Entrüstung über dieselbe kundgegeben. — Die Arbeiter waren entschlossen, sich einer solchen Gewaltmaßregel nicht zu fügen, ihr im Gegentheil sich mit Gewalt entgegenzusetzen, und sie wurden in ihrem Willen durch die aufregendsten Reden, welche in ihrer Mitte durch einige enthusiasmirte Clubisten gehalten wurden, bestärkt, so wie auch durch Schriften, welche gratis unter sie vertheilt wurden.

Eine solche Schrift war schon am 19. Juni erschienen. Sie war mit dem Motto: „Ich bin der Prophet des Unglücks", bezeichnet und unterschrieben durch Louis Pujol, einen Mann, der sich eine Art Namen durch seine extremen Ansichten unter den Arbeitern gemacht hatte. Pujol prophezeite in dieser Schrift einen blutigen Kampf für die nächsten Tage, aus dem die Freiheit glänzend hervorgehen würde.

Die Arbeiter waren durch solche Worte und Schriften schon auf Maßregeln der Gewalt vorbereitet, und als am Morgen des 22. Juni der Moniteur die Nachricht enthielt, daß die Anwerbungen zur Armee mit dem 23. Juni in den Werkstätten beginnen würden, versammelte sich schon Morgens eine bedeutende Anzahl von Arbeitern auf dem Platze

Saint Victor, um gegen diese Art von Verbannung zu protestiren, welche vorzüglich dem Minister Trélat zugeschrieben wurde.

Zu diesen Arbeitern gesellte sich Louis Pujol und forderte sie auf, nach dem Luxembourg zu ziehen, um der Executiv-Commission ihre Forderungen mitzutheilen.

Der Arbeiterhaufen ging auf diesen Vorschlag sofort ein, Louis Pujol stellte sich an die Spitze der Colonne und zog mit ihr nach dem Luxembourg. Er wurde zum Sprecher der Arbeiter ernannt und noch drei andere Arbeiter wurden ihm als Deputation beigesellt.

Die Deputation wurde von der Executiv-Commission durch ein Mitglied, Herrn Marie, empfangen, aber nach einem heftigen Gespräche, in welchem Pujol ausrief, er wisse sehr wohl, daß die Arbeiter betrogen seien, daß die Regierung eine Organisation der Arbeit nie gewollt habe, und daß deshalb die Arbeiter entschlossen seien, ihre Freiheit, wenn auch mit dem Opfer ihres Lebens, aufrecht zu erhalten, mit dem Bescheide entlassen, daß die ausübende Gewalt unter jeder Bedingung die Arbeiter zwingen werde, in die Provinz abzugehen, sei es auch mit Waffengewalt.

Mit dieser Antwort, welche den Zorn der Arbeiter natürlich nur noch erhöhte, zog sich die Deputation zurück und Pujol theilte dieselbe seinen Begleitern vom Brunnen auf dem Platze Saint Sulpice mit. Er bat die Arbeiter, sich Abends um 6 Uhr abermals auf dem Platze des Pantheon zu versammeln, um zu berathen, was geschehen solle.

Unter den Rufen:

„Nieder mit Lamartine!

„Nieder mit Marie und der ganzen Executiv-Commission!

„Es lebe Pujol und Barbès!"
trennte sich die Menge, fand sich aber Abends pünktlich 6 Uhr und noch zahlreicher wieder auf dem Platze des Pantheon ein.

Pujol hielt abermals eine aufregende Rede an die Massen. „Arbeit und Brod," so rief er, „möge fortan ihr Wahlspruch sein!"

Die Arbeiter jubelten dem Redner zu, er stellte sich an ihre Spitze und machte mit ihnen einen Rundzug von einigen Stunden durch die Stadt, während dessen die Massen mit jedem Augenblicke lawinenartig wuchsen; dann kehrte er mit ihnen nach dem Pantheonsplatze zurück und forderte sie auf, am folgenden Morgen um 6 Uhr sich wieder auf demselben Platze zu versammeln. Er ließ die mehr als 10,000 Köpfe betragende Menge einen Eid darauf ablegen, daß sie den Verrath, der am Volke durch die Regierung geübt worden sei, durch das Blut der Volksfeinde sühnen wolle. Dann entließ Pujol die Massen, welche sich unter Lebehochs auf Pujol, Barbès und andere Männer der extremsten Partei und unter Verwünschungen gegen die Mitglieder der Executiv-Commission und die übrigen Führer der gemäßigten Republikaner trennten.

10.

Die Vorgänge am Abend des 22. Juni sollten nur ein unblutiges Vorspiel sein zu den furchtbaren Ereignissen der folgenden Tage; aber sie waren als ein solches schon bedeutungsvoll.

Allerdings hatte sich bei den Aufläufen vom 22. Juni gar keiner der eigentlichen und gefürchteten Volksführer, keiner

der berühmten Clubisten oder der Parteihäupter der socialistischen Partei betheiligt, denn Louis Pujol war nur eine höchst untergeordnete Größe von gar keiner Bedeutung; aber doch erschien die Aufregung der Arbeiter so gewaltig, daß die Regierung gezwungen war, diesen Vorgängen ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Arbeiter kämpften in der That einen Kampf für ein ihnen garantirtes Recht, wenn sie sich nicht geduldig aus den National-Werkstätten vertreiben und in die Provinzen verbannen oder in die Armee aufnehmen lassen wollten. Die Arbeiter kämpften gegen eine neu sich bildende Aristokratie in der Republik, welche ihnen eben so abschreckend erschien, als die in der Februar-Revolution gestürzte.

Die Organisation der Arbeit war den Arbeitern unmittelbar nach der Februar-Revolution verbürgt worden; mochten nun auch immerhin, und dies hatte sich allerdings mit jedem Tage klarer herausgestellt, die Louis Blanc'schen National-Werkstätten nicht geeignet sein, die Arbeit mit Vortheil für die Gesellschaft zu organisiren, den Arbeitern die Arbeit zu garantiren, so gab dies doch sicherlich der Regierung nicht das Recht, die Arbeiter von 17 bis 25 Jahren zum Eintritt in die Armee zu zwingen, oder ihnen, wenn auch dies nicht geschah, doch ein ihnen durch die Revolution errungenes und durch die Gesetze der ersten Zeit nach der Revolution garantirtes Recht, das auf Arbeit, zu rauben.

Es läßt sich gar nicht verkennen, daß sich in jener Zeit die Regierung in einer furchtbaren Lage befand. — Auf einer Seite forderte das ganze Land von ihr die Aufhebung der National-Werkstätten, als einer für das Ganze im höchsten Grade schädlichen und gefährlichen Institution, auf der an-

deren Seite aber forderten die Arbeiter die Aufrechterhaltung der ihnen gesetzlich garantirten Rechte, und drohten, dieselben nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen aufrecht zu erhalten.

Die Regierung entschloß sich endlich, wie wir gesehen haben, den Kampf mit den Arbeitern aufzunehmen, sie entschloß sich, zum Wohle des Ganzen eine Rechtsverletzung den Arbeitern gegenüber zu begehen, und gab diesen dadurch Veranlassung, mit einem gewissen Rechte zu den Waffen zu greifen, eine Berechtigung, welche den Kampf des Juni um so gefährlicher machte, da sie ihm den Charakter einer unbegründeten, rechtlosen Emeute vollständig nahm und ihm dadurch vielfache tüchtige Kräfte zuführte, welche sich niemals entschlossen haben würden, an dem Kampfe Theil zu nehmen, wenn in demselben das Recht nicht eigentlich auf Seite der Arbeiter gewesen wäre.

Der Kampf des Juni wurde zu einem Kampfe der Arbeiter, welche das ihnen gewährte Recht auf Arbeit und Organisation der Arbeit schützen wollten gegen die gewaltsamen Uebergriffe einer Regierung, welche, nach den Ansichten der Arbeiter, nur die privilegirte Klasse der Gesellschaft, die der Besitzenden, vertrat; der Kampf des Juni wurde zum Kampfe für die Rechte des Besitzlosen gegenüber der Gewaltherrschaft der Besitzenden. Er ist der erste sociale Kampf in der neueren Geschichte, und darum von der höchsten historischen Bedeutung.

Die Executiv-Commission sah diesen Kampf herankommen, die Aufläufe des 22. Juni verkündeten ihr denselben, und sie rüstete sich, ihn auszukämpfen als einen Kampf um die Existenz, als einen Klassenkampf zwischen Besitzenden und

Besitzlosen, zwischen Berechtigten und Rechtlosen; ebenso aber rüsteten sich auch die Arbeiter.

11.

Wir kommen jetzt zur Erzählung der Juni-Revolution selbst, jener wunderbaren Revolution, welche in ihrer Furchtbarkeit einzig dasteht in der Weltgeschichte, zur Darstellung der ersten socialen Revolution, in welcher die Kämpfer für das Recht auf Arbeit unterlegen sind.

Es wird uns unmöglich sein, alle jene zahllosen Kämpfe in den Straßen von Paris, welche am 23, 24. und 25. Juni durchfochten worden sind, zu erzählen, wir müßten Bände schreiben, um den unvergleichlichen Heldenmuth zu schildern, mit welchem die Arbeiter und die Socialisten überhaupt an jenen Tagen für ihr heiliges Recht kämpften *) und mit dem auch auf der anderen Seite von den Anhängern der gemäßigten Republik für diese gestritten wurde.

Nur ein allgemeines Bild jener Kämpfe und der Pläne, welche ihnen zu Grunde lagen, vermögen wir dem Leser, in dem beschränkten Raume, der uns noch gestattet ist, zu geben, und auch diesem Bilde wird Manches fehlen, da über den geheimen Fäden, welche sich durch den Juni-Aufstand hindurchziehen, noch der dichte Schleier eines Geheimnisses liegt, welcher vielleicht nie, vielleicht erst in späteren Jahren gelüftet werden wird.

---

*) Wir erinnern hier den Leser an die schönen Worte, mit welchen Freiligrath die Juni-Kämpfer von Paris anruft. Er sagt:
„Ihr von des Zukunftdranges Sturm am weitesten Getragenen,
„Ihr Juni-Kämpfer von Paris, Ihr siegenden Geschlagenen!“

Am Morgen des 23. Juni, schon vor 6 Uhr, versammelte sich auf dem Platze des Pantheon eine mit jedem Augenblicke sich vergrößernde Menge von Arbeitern. Sie bestand zum größeren Theile aus Arbeitern in Blousen, aber man bemerkte dazwischen auch manchen feingekleideten Mann, auch National-Gardisten in Uniform, und besonders auch eine ziemliche Anzahl von Soldaten und Officieren der Garde republicaine.

Gegen 7 Uhr kam der Bürger Pujol in einer Blouse und sprach zu dem versammelten Volke, um es aufzufordern, fest zu stehen für seine Freiheit, und ihm zu folgen nach dem jenseitigen Ufer der Seine.

Ein gewaltiger Zug, an dessen Spitze der Bürger Pujol ging, setzte sich bald darauf in Bewegung; eine Fahne wurde ihm v.rangetragen; die meisten Anwesenden schlossen sich dem Zuge an, nur wenige blieben auf dem Pantheonsplatze zurück; aber zu diesen Wenigen strömte aus den umliegenden Stadtgegenden bald wieder eine gewaltige Volksmenge, welche in kurzer Zeit den Pantheonsplatz anfüllte.

Die Regierung erhielt Nachricht von den Zusammenrottungen auf dem Pantheonsplatz, sie ließ einige Bataillone der National-Garde und der Linie sich gegen dieselben bereit halten; bevor jedoch mit Waffengewalt eingeschritten wurde, begab sich Arago zu den Volkshaufen und suchte dieselben durch friedliche Worte zum Auseinandergehen zu bewegen; es gelang ihm dies, indessen nicht vollständig, die Massen zerstreuten sich nicht, sondern sie zogen nur dem schon vorausgegangenen Zuge nach, ein Theil blieb sogar zurück und bald hatten sich neue Haufen angesammelt.

Der Zug hatte sich mittlerweile, mit jedem Schritte sich

vergrößernd, nach dem Bastilleplatz gewendet, und hier hatte Pujol abermals vom Fuße der Juli-Säule zum Volke gesprochen und dasselbe aufgefordert, mit entblößtem Haupte niederzuknieen, um auf dem Grabe der ersten Märtyrer der Freiheit diesen eine Huldigung darzubringen.

Die Tausende waren dem Rufe gefolgt und hatten sich durch die den Freiheitshelden dargebrachte Huldigung gestärkt zu dem furchtbaren Kampfe, den sie selbst in wenigen Stunden zu bestehen beabsichtigten. Dann standen sie auf und zogen weiter unter dem Ruf:

„Es lebe die demokratische Republik!

„Freiheit oder Tod!

„Nieder mit der ausübenden Gewalt und der National-Versammlung!“

Der Zug wendete sich unter fortwährenden Lebehochs auf die demokratische Republik nach der Faubourg Saint Antoine, wo die Arbeiter-Bevölkerung dieses Viertels ihn vergrößerte, dann wendete er sich nach dem Boulevard du Temple und hielt endlich in der Gegend der Porte Saint Denis; von hier aus zerstreute sich des Morgens gegen 10 Uhr die Menge unter dem fortwährenden Rufe: „Barrikaden! Barrikaden!“

Und mit einer wunderbaren Geschwindigkeit entstanden die Barrikaden; im Verlaufe weniger Stunden war die eine Hälfte von Paris mit ihnen übersäet und glich einem großen, gewaltigen Feldlager, während die andere Hälfte sich noch im tiefsten Frieden sich befand.

Die Barrikaden wuchsen mit Blitzesschnelle aus dem Boden, die Omnibus und andere Wagen, welche durch die Straßen fuhren, wurden umgeworfen, das Steinpflaster wurde

aufgerissen, aus den Häusern wurden Bretter, Bohlen und andere Materialien geholt, und mit diesen Bollwerke von einer außerordentlichen Festigkeit und Künstlichkeit im Verlaufe weniger Stunden gebaut. Alle diese Barrikaden wurden errichtet nach einem ganz bestimmten System, am Ende jeder Barrikade wurde ein enger Durchgang offen gelassen, durch welchen die Insurgenten sich miteinander von Barrikade zu Barrikade in Verbindung setzen konnten, während er doch bei weitem zu enge war, um den Angreifern einen Vortheil zu gewähren.

Nach diesem System wurden die Barrikaden in dem ganzen östlichen Theile von Paris fast zu gleicher Zeit, wie auf ein Kommando, errichtet, während der westliche Theil von Paris vollkommen frei blieb. Das Barrikaden-System erstreckte sich über die sämmtlichen Stadttheile, innerhalb der Barrieren von Bercy, Charenton, Montreuil, Menilmontant, Saint Denis, Poissonnière, Rochechouart, in einem Queerdurchschnitte durch ganz Paris.

Kein Zögern war bei dieser so wunderbar plötzlich ausbrechenden Bewegung sichtbar, kein wirres, planloses Hin- und Herlaufen, wie man es sonst wohl bei den früheren Aufständen in Paris bemerkt hatte. Die Arbeiter wußten, was sie wollten, sie waren sich bewußt, daß sie einen furchtbaren Kampf zu kämpfen hatten für ihr Recht, für die Organisation der Arbeit! Sie wußten dies und sie hatten sich längst auf diesen Kampf vorbereitet, der nicht unerwartet kam, denn die Auflösung der National-Werkstätten war ja schon längst von der Executivgewalt vorbereitet und unverblümt angekündigt worden.

Die Insurgenten, wenn wir diese Männer, welche für

die Aufrechterhaltung ihrer Freiheit und ihres Rechtes kämpften, so nennen wollen, waren vollständig organisirt. Sie hatten schon in den National-Werkstätten sich abgetheilt in Compagnieen von je 220 Mann, an deren Spitze immer ein Lieutenant stand. Jede Compagnie zerfiel in Brigaden zu 55 Mann, jede Brigade in 5 Rotten von 10 Mann und 1 Rottenführer.

Diese Organisation, welche öffentlich in den National-Werkstätten angebahnt worden war, machte bei dem jetzigen Aufstande den Arbeitern es allein möglich, mit so wunderbarer Geschwindigkeit und so ordnungsvoll die Insurrection über denjenigen Theil von Paris zu verbreiten, in welchem sie, wie sie wußten, die meisten Sympathieen fanden und darauf rechnen konnten, nicht aus den Häusern im Rücken der Barrikaden angegriffen zu werden.

Der Plan der Socialisten war auf das Vollkommenste angelegt und wurde mit der höchsten Energie ausgeführt. Er hatte sicherlich ein günstiges Resultat gehabt, wenn die Mobilgarden, welche ja meistens selbst aus Arbeitern bestanden, wie die Insurgenten hofften und mit der größten Wahrscheinlichkeit hoffen durften, zu ihnen übergegangen wären; aber dies geschah nicht und hieran scheiterte die Juni-Revolution.

Der Plan der Insurgenten war folgender:

Sie wollten eine einige Bewegung unter der gesammten socialistischen Partei hervorbringen, diese Bewegung aber concentriren in dem östlichen Theil von Paris, da eine Ausbreitung derselben über die ganze Stadt die Streitkräfte zu sehr zersplittert und dadurch dem Militair und den National-Garden Gelegenheit gegeben haben würde, die zersplitterten Corps einzeln anzugreifen und einzeln zu vernichten.

Die gesammte Macht der Insurgenten hatte sich deshalb in vier Hauptcorps abgetheilt.

Auf dem linken Ufer der Seine hielt ein Corps im Pantheon sein Hauptquartier und breitete sich von hier aus über die Straßen St. Jaques, de la Harpe, de la Cité u. s. w.

Ein zweites Corps hielt die Rue Saint Victor und die umliegenden Straßen besetzt.

Auf dem rechten Ufer der Seine stand ein drittes Corps, welches sein Hauptquartier in dem im Bau begriffenen Spital Clos Saint Lazare hatte, die Faubourg Saint Denis besetzt hielt und den Kampf leitete vom Faubourg Poissonnière bis zum Faubourg du Temple.

Ein viertes Corps endlich hatte den Bastilleplatz besetzt und sich weithin in die umliegenden Straßen bis in die Nähe des Stadthauses verbreitet.

Der Plan der Insurgenten war, sich zuvörderst festzusetzen in den Stadttheilen, welche sie eingenommen hatten, dann aber längs der Seine über die Quais sich auszubreiten, das Stadthaus zu erobern, hier eine neue Regierung zu proklamiren, darauf nach dem Palais Bourbon zu ziehen und die National-Versammlung, in welcher die Socialisten nur die Vertretung einer Partei, die der gemäßigten Republikaner, erblickten, auseinander zu jagen. Es stand zur Ausführung dieser Pläne den Insurgenten eine Streitmacht von etwa 100,000 Arbeitern zu Gebote, welche sämmtlich entschlossen waren, für das Kriegsgeschrei: „Freiheit und Brod!" zu siegen oder zu sterben.

Wir haben vorher angedeutet, daß die Insurgenten aus den Arbeitern und den Anhängern der socialistischen Partei und der Clubs bestanden. Dies ist vollkommen richtig; aber

auch außerdem hatte noch ein großer Theil einer anderen Partei sich dem Juni-Aufstande angeschlossen, und zwar der monarchistischen Partei; besonders hatten die Legitimisten und die Napoleonisten vielfach die Arbeiter-Bewegung begünstigt, indem sie den Führern der Clubs und der Arbeiter Geldmittel hatten zufließen lassen, um Waffen und Munitions-Vorräthe für den Kampf anzuschaffen, dessen Ausbruch man schon längere Zeit vor dem 23. Juni geahnt hatte.

Die monarchistische Partei hielt mit Recht die gemäßigt republikanische Partei für viel gefährlicher, als die extrem socialistische, und glaubte die letztere, wenn sie einen momentanen Sieg erfochten hatte, leicht wieder bekämpfen zu können, indem sie auf die Ueberstürzung der socialistischen Führer hoffte, wenn diese erst das Heft der Regierung in der Hand hätten.

Nach Beendigung des Kampfes hat sich diese Betheiligung der napoleonistischen, und ganz besonders die der legitimistischen Partei vielfach dadurch bestätigt, daß man bei einer großen Anzahl der gefangenen Juni-Insurgenten nicht unbeträchtliche Geldsummen und zwar in auswärtigen, besonders russischen Münzen gefunden hat. Juristisch bewiesen hat freilich hierüber nichts werden können, wie denn überhaupt über den geheimen Fäden der Juni-Revolution, über den Personen, welche den Kampf geleitet haben mögen, noch jetzt immer ein tiefes Geheimniß schwebt. Man kennt allerdings viele der untergeordneten Officiere, aber die eigentlichen Hauptleiter der ganzen Bewegung sind nicht genau bekannt.

Während, wie wir mitgetheilt haben, die Barrikaden mit Blitzesschnelle in der ganzen nordöstlichen und östlichen Stadt entstanden, und die Corps der Insurgenten sich zur

Vertheidigung derselben ebenso schnell organisirt hatten, war auch die Regierung nicht unthätig, denn sie sah sehr wohl ein, daß der bevorstehende Kampf ein Kampf um Leben oder Tod zwischen der gemäßigt republikanischen und der socialistischen Partei sei.

Schon des Morgens um 9 Uhr war Rappel in Paris geschlagen worden, um Angesichts der Ansammlung der Arbeiter die Nationalgarden zu ihren Sammelplätzen zu rufen; aber diese erschienen nur sparsam, denn sie waren in letzter Zeit zu häufig unnöthig zu den Waffen gerufen worden, als daß sie anders als im Fall der Noth zu erscheinen Lust hatten.

Von 10 Uhr ab ertönte deshalb der Generalmarsch durch alle Straßen von Paris, welche noch nicht durch die Barrikaden der Insurgenten besetzt waren; zu gleicher Zeit heulten auch von den Thürmen herab die Sturmglocken, welche die Insurgenten zogen, um ihre Brüder, die Arbeiter, aus den anderen Stadttheilen heranzurufen.

Nicht überall gelang es, den Generalmarsch zu schlagen, denn an manchen Orten wurden die Tamboure, obwohl sie von Abtheilungen bewaffneter Nationalgarden begleitet waren, von Arbeiterhaufen überfallen, und es wurden ihnen die Trommeln zerschlagen oder fortgenommen. Es kam schon hierbei zu blutigen Conflicten zwischen den Insurgenten und den Nationalgarden.

Die Regierung selbst hatte den Luxembourg, wo sie dem Schauplatz der Revolution zu nahe und daher gefährdet war, und wo sie außerdem auch wegen der zu weiten Entfernung nicht in fortwährender Verbindung mit der National-Versammlung stehen konnte, verlassen, und hatte sich in der Wohnung des Präsidenten der National-Versammlung mit dem

General Cavaignac zu einer Regierungssitzung und zugleich zu einem Kriegsrath vereinigt.

Der Operationsplan, welcher in diesem Kriegsrath beschlossen wurde, war folgender:

General Cavaignac erhielt den Oberbefehl über sämmtliche Truppen. Er sollte dieselben in vier großen Corps aufstellen, und zwar im Garten der Tuilerieen, in den elysäischen Feldern, auf dem Eintrachtsplatze und auf der Esplanade der Invaliden.

Außerdem erhielt General Cavaignac den Auftrag, das Stadthaus von etwa 15—16 Bataillonen unter dem Commando des General Duvivier besetzen und mittelst derselben die Quais frei erhalten zu lassen. Der General Damesme, der Commandant der Mobilgarde, erhielt das Commando in dem District zwischen dem Pantheon und der Seine, in welchem die Insurgenten, wie der Leser weiß, zwei ihrer Hauptcorps postirt hatten; General Lamoricière erhielt den Befehl, den District zwischen dem Chateau d'Eau und der Magdalenen-Kirche zu decken; es konnten ihm hierzu indessen nur wenige Bataillone, eine für den ungeheuren Stadtdistrict bei weitem nicht ausreichende Streitmacht, bewilligt werden.

12.

So waren denn von beiden Seiten die Vorbereitungen zum Kampfe getroffen worden, zu dem Kampfe, den beide Parteien als den Kampf um Leben und Tod betrachteten; aber die Vorbereitungen der Regierung waren nicht so energisch getroffen, als die der Insurgenten, deshalb konnte über die Letzteren auch erst nach drei blutigen Tagen der Sieg

erkämpft werden, obwohl weder Mobilgarden noch Nationalgarden, wie von den Insurgenten gehofft worden war, zu ihnen übergingen. Die Regierung hatte noch nicht Zeit gehabt, oder war zu nachlässig gewesen, diejenigen Truppenverstärkungen, welche sie von auswärtigen Garnisonen an sich zu ziehen beabsichtigte, nach Paris zu beordern; dieselben trafen daher nicht schon beim Beginn des Kampfes, sondern erst während desselben ein, ebenso auch die Verstärkungen durch die Nationalgarden der Bannmeile und der benachbarten Städte.

Der Kampf begann des Mittags gegen 1 Uhr an verschiedenen Stellen, nachdem die Insurgenten vollkommen Zeit gehabt hatten, ihre Barrikaden so viel als möglich zu verstärken und sich aus den Waffen-Depots zu bewäffnen, welche zu diesem Zweck schon vorher an mehreren Stellen der östlichen Stadt angelegt worden waren. Die Insurgenten hatten außerdem auch Waffen dadurch erhalten, daß sie durch Patrouillen in den von ihnen besetzten Stadtvierteln die Häuser hatten visitiren und den in diesen wohnenden Nationalgardisten die Waffen hatten wegnehmen lassen.

Die einzelnen Kämpfe, welche an jenem Tage, am 23. Juni, stattfanden, zu beschreiben, ist vollständig unmöglich. Wir müssen uns darauf beschränken, dem Leser einige Scenen jener Kämpfe vorzuführen, welche ihm die Art derselben charakterisiren, ihm ein Bild jener furchtbaren Ereignisse geben werden.

An der Barrikade der Porte Saint Denis macht ein Bataillon der Nationalgarde einen herzhaften Angriff; trotz des heftigsten Kugelregens erreicht es die Barrikade, es erklimmt dieselbe und steht nun Mann gegen Mann den In-

surgenten gegenüber. Ein grauenvolles Handgemenge beginnt, da öffnen sich plötzlich die Fenster vor, neben und hinter den Nationalgarden. Aus allen Fenstern blitzen Schüsse, jeder sicher gezielt, jeder seinen Mann zu Boden streckend.

Noch versuchen die tapferen Garden sich zu halten! Jene Männer, welche noch gestern als Krämer hinter dem Ladentisch standen, sie kämpfen heut als wackere Soldaten mit Löwenmuth. Jeder Mann ist ein Held!

Aber das Feuer verdoppelt sich, die Garden müssen sich zurückziehen, verfolgt von den Insurgenten, ein Theil von ihnen wird sogar beim Rückzuge abgeschnitten und muß Munition und Waffen abgeben an die Arbeiter, welche damit ein Dutzend neue Streiter für die Freiheit und Arbeit bewaffnen.

Wir wenden uns zu einer anderen Stelle des Kampfes, nach den Boulevards, wo schon die Nationalgarde heftige Kämpfe bestanden hat, ohne von den Linien unterstützt zu sein, und wo sie mehrfach zurückgeschlagen worden ist, aber immer wieder mit tapferem Muthe aufs Neue angreift.

Gegen halb 2 Uhr entfaltet sich ein Bataillon der zweiten Legion auf den Boulevards; ihm folgt ein Detachement Infanterie unter der Anführung des Generals Lamoricière.

Der General, welcher noch immer glaubt Frieden stiften zu können mit Worten, geht gegen die Insurgenten vor, um Worte der Versöhnung mit ihnen zu sprechen; aber ein heftiges Gewehrfeuer empfängt ihn, so daß er sich schnell zurückziehen und zum Kampfe kommandiren muß.

Jetzt schreiten Nationalgarde und Linie vereint gegen die Barrikade vor, sie werden mit einem furchtbaren Feuer empfangen und müssen zurückweichen. Auf die Barrikade springt ein Mann, eine Fahne in der Hand, auf welcher die Worte:

„Arbeit und Brod!“ geschrieben stehen. Er schwenkt diese Fahne gerade in demselben Augenblick, wo die Nationalgarde eine Charge gegen die Barrikade thut, und stürzt, von sechs Kugeln getroffen, todt, rücklings von der Barrikade herab.

Kaum ist er gefallen, so springt eine schöne, große, junge Frau mit entblößten Armen und nicht uneleganter Kleidung auf die Barrikade und reißt die Fahne in die Höh'. Sie schwenkt dieselbe und schreitet gegen die Nationalgarde vor; zu gleicher Zeit reißt ein furchtbares Feuer der Insurgenten weite Lücken in die Reihen der Nationalgarde.

Es war noch der erste Tag des Kampfes und noch waren die Nationalgarden nicht, wie dies später geschah, abgestumpft gegen jede Rücksicht, noch betrachteten sie den Kampf gegen Weiber und Kinder als einen schimpflichen; sie riefen daher dem jungen Weibe zu, daß sie sich zurückziehen möge, weil sie schießen würden. Die Frau hört nicht, mit wilden Geberden die Fahne schwenkend, geht sie der Nationalgarde entgegen. Ein furchtbares Feuer aus deren Reihen antwortet jetzt den fortwährenden Schüssen der Insurgenten, und die junge Frau, welche mitten zwischen den Garden und den Insurgenten steht, wird von mehreren Kugeln getroffen. Sie schwankt, sie läßt die Fahne sinken und stürzt dann blutend, tödtlich verwundet zu Boden. Eine andere Frau springt hinter der Barrikade vor, sie ist noch jünger, zarter, lieblicher. Sie hebt die Fahne wieder empor und schwenkt sie, dann setzt sie sich neben ihre Gefährtin und nimmt den bleichen, blutenden Kopf derselben in ihren Schooß. — Wenige Augenblicke später, und sie liegt entseelt neben ihrer Freundin.

Die Nationalgarden werden mit jedem Augenblick mehr und mehr von Wuth entbrannt. Der furchtbare Widerstand

den sie finden, regte sie auf das Heftigste auf, und jemehr der Nationalgardisten vor der Barrikade fallen, um so heftiger und fester entschlossen werden die Uebrigen, die Barrikade zu nehmen.

Sie dringen endlich vorwärts — und sind tief verwundert, als sie nicht mehr mit Schüssen empfangen werden. Sie gelangen bis an die Barrikade, Niemand macht ihnen dieselbe streitig, sie ist verlassen von den Vertheidigern, von denen vielleicht die Hälfte getödtet oder schwer verwundet worden ist, während die andere Hälfte sich zurückgezogen hat, um mit demselben Feuer, mit demselben Muth auf einer anderen Barrikade zu kämpfen.

Mit gefälltem Bajonett dringen die Nationalgarden vorwärts, drei Barrikaden überschreiten sie, ohne den geringsten Widerstand zu finden, aber bei der vierten werden sie mit einem mörderischen Feuer empfangen. Die Insurgenten waren nicht geflohen, sie hatten sich nur zurückgezogen.

Und wieder wird auf beiden Seiten mit gleichem Heldenmuth gekämpft, mit einem Heldenmuth, wie wir ihn sicher dem bleichen Kaufmann, welcher hinter seinem Ladentisch mit der Elle vor wenigen Stunden noch stand und Band verkaufte, nicht zugetraut hätten; mit dem Heldenmuth, den wir nicht gesucht hätten in dem zerlumpten Bettler, der uns vor wenigen Stunden um ein Almosen anflehte. Nationalgardisten und Insurgenten, Beide kämpften mit gleichem Muth, mit gleicher Kühnheit, mit gleicher Ausdauer den furchtbaren Kampf, den Kampf um die sociale Existenz, Beide mit dem vollkommenen Bewußtsein, daß ihre Niederlage ihr Untergang sein werde.

Es war dieser Kampf so voll von dramatischen Scenen,

daß wir uns nicht versagen können, wenigstens eine derselben mitzutheilen, um dem Leser ein Bild zu geben von der Aufopferung, mit der gekämpft wurde, wenn auch diese Scene keinen Einfluß auf die geschichtliche Entwickelung des Kampfes gehabt hat:

Ein Nationalgardist der dritten Legion steht im dichtesten Kugelregen, er kämpft tapfer; neben ihm steht sein Sohn, der mit derselben Tapferkeit, mit demselben Heldenmuthe streitet. Eine Kugel verwundet den Sohn, er stürzt zusammen, er sinkt dem Vater in die Arme, und dieser trägt ihn fort, um ihn aus der Schußlinie zu bringen und für wundärztliche Hülfe zu sorgen. Indem er ihn fortträgt, trifft eine zweite Kugel den schon Verwundeten und tödtet ihn. — Kummervollen Auges blickt der Vater auf den getödteten Sohn, er untersucht die Wunde, er überzeugt sich, daß keine Rettung mehr möglich ist; dann läßt er stillschweigend die Leiche auf das Pflaster sinken und winkt einigen Freunden, indem er sie bittet, für dieselbe Sorge zu tragen; er selbst aber nimmt das Gewehr seines Sohnes und eilt mit demselben fort, er eilt nach Haus und übergiebt dort seinem jüngsten Sohne das Gewehr des getödteten Aeltesten. Nach wenigen Augenblicken stehen Beide wieder in den Reihen, und zwar in den ersten Reihen der Nationalgarde, der Sohn kämpft wieder neben dem Vater, um den Tod des Bruders zu rächen.

Wir haben vorstehend mit einigen Beispielen die Art des Kampfes beschrieben, welcher in den Straßen von Paris wüthete. In ähnlicher Art, mit gleichem Heldenmuthe von beiden Seiten geführt, dauerte der Kampf während des ganzen 23. Juni fort. Selbst als am Nachmittage ein furchtbares Gewitter sich über Paris mit mächtigen Regenströmen entlud,

selbst da hörte der Kampf nicht auf, obgleich das Unwetter so arg war, daß die Gewehre mit Feuerschloß versagten und unbrauchbar wurden. Die sonst gegen schlechtes Wetter so verweichlichten Pariser kümmerten sich in der Wuth des Kampfes nicht mehr um den Sturm und den Regen, um Donner und Blitz: sie kämpften fort.

Vergeblich waren die Bemühungen vieler Männer des Friedens, diesen zu predigen, und die Versuche, auf die Insurgenten dahin zu wirken, daß sie die Barrikaden verließen. Es war dies ein Werk der Unmöglichkeit.

Die Friedensstifter wurden verhöhnt und verspottet und mußten sich zurückziehen. Auf Arago wurde sogar bei einer Barrikade, bei der er zum Frieden ermahnte, geschossen.

Am erbittertsten war der Kampf um das Pantheon herum, besonders in den Straßen Saint Jaques, de la Harpe und in der Straße Saufflot, in welcher letzteren besonders viele eben im Bau begriffene Häuser den Insurgenten willkommene Schlupfwinkel darboten und es ihnen möglich machten, die Barrikaden vor denselben mit einer größeren Leichtigkeit und Festigkeit als irgend wo anders aufzurichten.

Schon der Kampf am 23. Juni erforderte schwere Opfer von beiden Seiten, obgleich er noch bei weitem nicht mit der Erbitterung geführt wurde, wie der Kampf an den folgenden Tagen.

Aber schon am 23. Juni erhielt General Bedeau eine Kugel ins Bein, welche ihn schwer verwundete. Ebenso erhielt der Repräsentant Birio, welcher bei der Garde mobile ein Commando übernommen hatte und eine Colonne derselben, obgleich selbst unbewaffnet, gegen den Feind führte, eine Kugel mitten in die Brust, welche zuerst tödtlich schien. Auch

General Francois wurde verwundet und eine Anzahl Bataillonschefs und eine große Menge Offiziere und Gemeine der Nationalgarde und der Truppen wurden theils getödtet, theils verwundet.

Auch die Insurgenten erlitten schwere Verluste.

Der Kampf dauerte bis nach 8 Uhr fort. Zu dieser Zeit wurden die Truppen von Paris unterstützt durch die Nationalgarde der Bannmeile, welche Detachementsweise nach Paris einrückten.

Ebenso näherten sich die Truppen aus den nahe liegenden Städten, welche durch den Telegraphen nach Paris entboten worden waren.

Am Abend wurde von beiden Seiten der Kampf eingestellt. Trotz der vielfachen und heftigen Kämpfe war gegen die Insurgenten eigentlich Nichts gewonnen. Allerdings waren die ersten Barrikaden von den Regierungstruppen erobert und besetzt worden, aber dies hatte Nichts in der Hauptstellung der Insurgenten geändert, und wie viel Blut diese Kämpfe auch gekostet hatten, so boten sie doch keinen eigentlichen Vortheil dar.

Am Abend war der Schlachtplan der Regierung folgender: Das Stadthaus bildete den Mittelpunkt der sämmtlichen Regierungsoperationen; von hier gingen sämmtliche militairische Befehle aus, und so nahe es auch den Insurgenten war, so glaubte man es doch vollkommen gegen jeden Angriff derselben halten zu können.

General Lamoricière befand sich an der Porte St. Denis mit dem Auftrage, gegen Clos St. Lazare zu marschiren. General Duvivier hatte sein Quartier im Stadthause, und war beauftragt, gegen die Rue St. Antoine vorzuschreiten.

General Damesme stand auf dem Platze der Sarbonne, bereit, das Pantheon anzugreifen.

Patrouillen wurden fortwährend von den einzelnen Truppentheilen abgeschickt und durchzogen die vom Militair eingenommenen Straßen. Die Patrouillen waren meistens mehrere Hundert Mann stark, damit sie jedem Angriff, welcher etwa hinterlistiger Weise auf sie geführt würde, Stand halten könnten.

Arbeiter, oder Männer in Kleidern, welche nicht augenscheinlich die höheren Klassen der Gesellschaft charakterisirten, wurden sofort angehalten, wenn sie auf der Straße gingen, und verhaftet, wenn sie das Losungswort nicht wußten. Man wollte dadurch vermeiden, daß sich aus den noch friedlichen Stadtgegenden die Arbeiter in das Lager der Insurgenten hinüberzögen. Es gelang dies natürlicherweise nicht vollständig, aber dennoch waren die strengen Maßregeln, die in dieser Beziehung gefaßt wurden, von einigem Erfolg, denn es war nur höchst schwierig zu bewerkstelligen, sich aus einem Stadtviertel in das andere zu begeben.

So bot die Nacht vom 23. zum 24. Juni für Paris einen furchtbaren Anblick dar. Die ganze Stadt glich einem großartigen Feldlager, in welchem zwei große Klassen der Gesellschaft sich im erbittertsten Kampfe gegenüber standen. Die Besitzenden standen im Kampfe gegen die Besitzlosen, die Berechtigten gegen die Unberechtigten.

13.

Während der Kampf mit so außerordentlicher Heftigkeit in den Straßen von Paris wüthete, war die Nationalversammlung unschlüssig, was sie thun sollte.

An eine geregelte Berathung war an einem solchen Tage nicht zu denken. Die Mitglieder der Versammlung sprachen durcheinander. Fortwährend kamen neue Nachrichten nach dem Palais Bourbon, bald richtige, bald falsche, welche nur noch mehr dazu beitrugen, die Verwirrung im Hause zu vergrößern.

Gegen Abend meldete der General Cavaignac den Zustand der Dinge, wie er wirklich bestand.

Die Nationalversammlung blieb während der Nacht zusammen und erklärte sich sogar in Permanenz.

Am Morgen des 24sten faßte sie folgenden Beschluß:

Die Republik adoptirt die Kinder und Wittwen der Bürger, welche im Laufe des Tages vom 23. Juni gefallen sind, und die derer, welche noch für die Vertheidigung der Ordnung, der Freiheit und der republikanischen Institutionen umkommen könnten.

Die sämmtlichen Mitglieder der Nationalversammlung erhoben sich einstimmig für diesen Beschluß.

Während der Kämpfe des 23. Juni wurde es der Nationalversammlung immer mehr und mehr klar, daß in einer so furchtbar aufgeregten Zeit, in einer Zeit der Revolution, die Herrschaft unmöglich in den Händen einer schwerfälligen Executiv-Commission liegen könnte, es wurde ihr klar, daß in einer solchen Zeit ein Dictator für eine Republik eine Nothwendigkeit sei.

Die Mitglieder besprachen sich ernst darüber, und am Morgen des 24sten erhob sich Herr Pascal-Dupont und erklärte, daß die Nation einer starken Regierungsgewalt bedürfe; er schlage deshalb vor, Paris in Belagerungszustand

zu erklären, und alle Gewalten in den Händen des General Cavaignac zu vereinigen.

Ein furchtbarer Lärmen entstand über diesen Vorschlag. Die Mitglieder des Berges sprachen sich entschieden gegen eine solche militairische Dictatur aus und gegen eine Erklärung der Stadt in Belagerungszustand, welche den Insurgenten nur neue Kräfte aus den Reihen Derer zuführen würde, welche bisher gegen dieselben gekämpft hätten.

Die Versammlung ging indessen dennoch auf diesen Vorschlag ein, nachdem Thouret darauf aufmerksam gemacht hatte, daß General Cavaignac nur die Executivgewalt haben solle, während die Legislative nach wie vor in den Händen der Nationalversammlung bleiben müsse, die sich überdem in Permanenz zu erklären habe.

Louis Blanc, Considerant, Lagrange und Andere protestirten vergeblich gegen alle diese Vorschläge; sie wurden mit großer Majorität angenommen und die Executiv-Commission, welche bisher die Regierung geleitet hatte, war damit abgesetzt. Sie übersendete sofort folgenden, von Lamartine geschriebenen und von seinen Collegen gebilligten Brief an die Nationalversammlung:

„Bürger, Repräsentanten!

„Die vollziehende Commission würde es ebenso ihrer Pflicht, wie ihrer Ehre zuwider betrachten, wenn sie vor einem Aufruhr oder einer öffentlichen Gefahr zurückträte. Sie zieht sich nur auf ein Votum der Nationalversammlung zurück. Indem wir Ihnen die Gewalt zurückgeben, mit der Sie uns bekleidet haben, treten wir wieder in die Reihen der

Nationalversammlung, um uns mit Ihnen der gemeinsamen Gefahr und dem Heile der Republik zu widmen.

„Die Mitglieder der Commission:
Arago,
Ledru Rollin,
Garnier=Pagès,
Lamartine,
Marie."

14.

Schon gleich nach Mitternacht, gegen 1 Uhr am Morgen des 24. Juni, begann hier und da ein leichtes Scharmützelfeuer zwischen den Insurgenten und den Nationalgarden. Der Kampf ruhte indessen noch an den meisten Orten. Erst gegen 3 Uhr Morgens entbrannte er wieder mit derselben Heftigkeit wie am Tage vorher, durch heftige Angriffe, die am Pantheon und auf dem Bastillenplatz gegen die Insurgenten gemacht wurden.

Die Nationalgarden und Truppen hatten den Waffenstillstand der Nacht benutzt, um sich ein Wenig auszuruhen. Es waren vielfache Verstärkungen von außerhalb in die Stadt gezogen worden und die Regierungsmacht war daher bedeutend gewachsen.

Aber auch die Insurgenten hatten sich verstärkt. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln war es dennoch vielen Arbeitern aus den anderen Stadttheilen gelungen, in den östlichen Theil zu gelangen.

Die socialistisch gesinnten Arbeiter aus den benachbarten Ortschaften hatten sich ebenfalls nach dem Faubourg St.

Antoine durchzuarbeiten gewußt und die Insurgenten daselbst verstärkt.

Die Barrikaden, welche am Abend vorher beschädigt worden waren, wurden wieder hergestellt, man hatte sie aufs Neue befestigt und an andern Stellen sogar vollständige Barrikaden wieder aufgeführt.

Vor dem Beginn des neuen Kampfes ließ General Cavaignac sorgfältige Recognoscirungen über die Stellungen der Insurgenten anstellen. Es zeigte sich, daß dieselben im Besitz der Cité, des Pantheons, des Faubourg St. Antoine, du Temple, der Barrieren Roche chouart, Poissonnière und la Vallette waren.

Sie hatten sich vollständig festgesetzt im Clos St. Lazare und in der Kirche St. Gervais.

Die Angriffe auf den Bastillenplatz begannen Morgens mit einem gewaltigen, langen und mörderischen Kanonenfeuer gegen die große Barrikade auf den Bastilleplatz in der Mündung der Faubourg St. Antoine. Aber diese Barrikade war so fest und kunstvoll gebaut, daß die Kugeln meistens von den Quadersteinen abprallten, ohne ihr den geringsten Schaden zu thun. Im Laufe des Tages wurden auf diese Barrikade noch vielfache Angriffe gemacht, aber meistens vergeblich, ebenso wie die übrigen Angriffe auf die Faubourg St. Antoine, welche den Hauptstützpunkt der Macht der Insurgenten bildete, und in welcher sich dieselben ganz besonders festgesetzt hatten.

Die ganze Vorstadt war so vortrefflich befestigt, daß sie fast uneinnehmbar war. Die Insurgenten wurden an dieser Stelle nicht nur nicht zurückgedrängt, sondern es gelang ihnen sogar, selbst weiter vorzudringen.

So drangen einige vereinigte Arbeiter-Abtheilungen gegen

6 Uhr Morgens aus der Faubourg Poissonnière und St. Antoine nach dem Nord-Bahnhof vor. Nach einem heftigen Kampf mit der Linie und Nationalgarde schlugen sie diese zurück, bemächtigten sich des Abfahrtsplatzes und rissen auf einer bedeutenden Strecke die Schienen der Bahn auf und zerschnitten die Dräthe des Telegraphen, um es der Regierung unmöglich zu machen, auf diesem Wege sich durch neue Truppenmassen Unterstützung zu verschaffen.

Erst nachdem dies geschehen, zogen sie sich wieder zurück.

Es war im Allgemeinen das Streben der Insurgenten, sich möglichst zu vereinigen, und an denjenigen Punkten, wo gekämpft wurde, mit möglichster Energie zu kämpfen, so wenig wie möglich aber zersplitterte Gefechte zu bestehen, während andererseits die Regierung einen Theil der Nationalgarden verwandte, um die Straßen zu sperren und auf diese Weise die Verbindung der Insurgenten mit einander und mit den noch nicht bedrohten Stadttheilen zu verhindern.

Am Morgen gegen 9 Uhr wurde plötzlich das Feuer von Seiten der Truppen überall eingestellt. Man bewilligte den Insurgenten 2 Stunden der Ueberlegung und wünschte mit denselben Frieden zu schließen.

Aber die Insurgenten gingen auf diese Vorschläge nicht ein. Sie benutzten die Zeit des zweistündigen Waffenstillstandes, um sich zu erholen und zu verstärken, und verstanden sich zu nichts. Sie erklärten sich entschlossen, den Kampf bis zum letzten Blutstropfen auszufechten. Nur unter der Bedingung wollten sie die Waffen niederlegen, daß eine Regierung aus Ledru-Rollin, Barbès und allenfalls Lamartine bestehend die Executivgewalt in die Hände nähmen und daß ihnen das Recht auf Arbeit wie bisher gewährt werde.

Hierauf wurde nicht eingegangen und um 11 Uhr der Kampf an allen Orten wieder eröffnet.

Das Resultat des Kampfes war anfangs in den verschiedenen Gegenden der Stadt ein sehr verschiedenes. Am günstigsten für die Insurgenten stellte sich der Kampf in der Gegend des Stadthauses.

Gegen 2 Uhr gelang es den Insurgenten, auf dem Place royale einige Hundert Mann Linientruppen zu umschließen und sie zu entwaffnen; sodann gegen das Stadthaus vorzurücken, die Kirche St. Gervais, welche nur durch eine kurze Straße vom Stadthause entfernt ist, zu erobern und sich in derselben festzusetzen.

Die Insurgenten griffen darauf das Stadthaus mit einer so furchtbaren Wuth an, daß der General Duvivier, welcher eine gefährliche Wunde am Fuß erhalten hatte, nach Hülfe schicken mußte, indem er dem General Cavaignac mittheilte, daß er sich nicht länger würde halten können, wenn man ihm nicht sofort Hülfstruppen sende.

Die Angriffe der Insurgenten wurden immer erbitterter, aber sie wurden endlich doch zurückgeschlagen, mußten sich in die Kirche St. Gervais zurückziehen und verschanzten sich in derselben. Hier wurden sie mit Kanonen angegriffen und endlich gezwungen, sich auf die Faubourg St. Antoine, ihr Hauptquartier, zurückzuziehen.

Günstiger für die Truppen stellte sich der Kampf schon von Anfang an bei dem Pantheon. Hier wurde mit einer grenzenlosen Wuth gekämpft; jeder Fußbreit Erde, jede Barrikade wurde mit furchtbaren Opfern errungen. Aber die Nationalgarden und Truppen drangen vor, sie eroberten end-

lich den Platz des Pantheons in einem Kampfe Mann gegen Mann.

Die Insurgenten zogen sich in das Pantheon zurück und befestigten sich in demselben; sie kämpften hier einen grauenhaften Kampf. Während das Pantheon selbst angegriffen wurde, gelang es den National- und Mobilgarden, weiter vorzudringen, so daß das Pantheon nun isolirt stand. Es wurden vor den Thoren desselben Kanonen aufgefahren und dieselben damit eingeschossen.

Etwa 1000 Mann Insurgenten, welche im Pantheon von den Ihrigen abgeschnitten worden waren, wurden gezwungen, sich zu ergeben; nur einem kleinen Theil gelang es, sich zu flüchten.

Ein ähnliches Resultat hatten die Kämpfe auf den übrigen Punkten der Stadt. Die Insurgenten wurden überall verdrängt, ohne doch eigentlich besiegt worden zu sein, und als Abends gegen 7 Uhr der Kampf aufhörte, war es den Truppen gelungen, die Insurgenten in ihre drei Hauptpunkte zurückzudrängen und diese von einander abzuschneiden.

Ein Theil der Insurgenten befand sich im Clos St. Lazare, ein anderer Theil im Faubourg St. Marceau und ein dritter in der Faubourg St. Antoine. Die Faubourg St. Antoine war der Sitz der Hauptmacht der Insurgenten, und hier sollte der erbittertste Kampf gekämpft werden.

Die Insurgenten erklärten, daß sie sich lieber unter den Ruinen ihrer Häuser begraben lassen, als sich ergeben würden; sie würden die Faubourg St. Antoine in Brand stecken, oder sie in die Luft sprengen, und so den Kampf bis zum äußersten Punkt fortführen.

Eine Proklamrtion, welche die Insurgenten an allen Straßenecken der in ihrem Besitz befindlichen Stadttheile angeschlagen, und welche sie über die Barrikaden hinweg auch den Mobilgarden zukommen ließen, lautete folgendermaßen:

„Zu den Waffen!

Wir wollen die demokratische und sociale Republik.

Wir wollen die Souveränetät des Volkes.

Seit zwei Tagen sind zahlreiche Demokraten in die Straßen hinabgekommen.

Indem wir die Republik vertheidigen, vertheidigen wir das Eigenthum.

Wenn wir besiegt sind, so laßt uns Alle schwören, unter dem brennenden Schutte der Faubourg St. Antoine zu sterben.

Denkt an Eure Frauen und an Eure Kinder, und Ihr werdet Alle kommen."

Wie in dieser, so auch in anderen Proklamationen sprachen die Junikämpfer ihre feste Absicht aus, den Kampf auf Tod und Leben fortzuführen.

Es konnte nicht fehlen, daß ein Kampf, der mit so furchtbarer Erbitterung geführt wurde, auch reich war an grauenhaften Scenen, an Scenen der Grausamkeit, welche von beiden Seiten verübt wurden. Besonders wüthend waren die Insurgenten auf die Mobilgarden, von denen sie gehofft hatten, daß sie sich der Insurrection anschließen würden, und welche, obgleich selbst Arbeiter, doch mit der größten Wuth gegen ihre Brüder und Genossen kämpften. Die Mobilgarden waren es noch eher als die Nationalgarden, welche zuerst durch die Niederschießung von Gefangenen die heftigste Wuth der Insurgenten erregten und diese nöthigten, Repressalien zu gebrauchen.

Als ein Opfer solcher Grausamkeit fiel unter anderm auch General Bréa, welcher an die Stelle des verwundeten General Mamesme getreten war.

General Bréa war mit seinem Adjutanten, Herrn Manguin, den Insurgenten zu nahe gekommen. Er hatte sich behufs der Recognoscirung nach der Barriere Fontainebleau begeben, war dort auf eine Barrikade zugeschritten, um mit den Insurgenten zu unterhandeln. Einer der Insurgentenführer lud ihn ein, die Barrikade zu überschreiten, und General Bréa war unvorsichtig genug, dies zu thun.

In Begleitung des Herrn Manguin und eines andern Offiziers stieg er über die Barrikade.

Er wurde sofort von den Insurgenten ergriffen, nach dem Octroi-Gebäude gestoßen und dort nebst Manguin erschossen, während es dem andern Offizier gelang, sich zu verstecken.

Diesem Mord gegenüber, denn anders können wir die Erschießung eines Gefangenen nicht nennen, geben bei andern Gelegenheiten die Insurgenten vielfache Zeichen einer wahrhaft edelmüthigen Gesinnung. So entließen sie den Hauptmann Lovardo, welcher bei einer Barrikade von Ihnen gefangen genommen worden war, nachdem sie ihn zuvor aufgefordert hatten, sich an ihre Spitze zu stellen. Der Hauptmann hatte sich geweigert, er war mit Erschießung gedroht worden, hatte aber auf seiner Weigerung bestanden. Sein großherziges Benehmen wurde anerkannt und er frei zum General Damasme zurückgeführt.

Gegen 7 Uhr wurde, wie wir bereits mitgetheilt haben, der Kampf auf fast allen Punkten der Stadt beendet. Während der Nacht wollten beide Theile sich ein Wenig ausru-

hen, um sich zu stärken zu dem Kampfe, der am folgenden Tage fortgesetzt werden sollten.

Nichts desto weniger ertönten fortwährend hier und da Flintenschüsse, denn einzelne kleine Scharmützel waren nirgends zu vermeiden. Alle Thüren der Häuser waren in der ganzen Stadt geschlossen, ebenso die Fenster, und die Nationalgarden, welche verschiedene Quartiere bewachten, achteten strenge darauf, daß nirgends, weder ein Fenster, noch eine Thür geöffnet wurde, denn es war häufig vorgekommen, daß hier und dort aus den Fenstern der Häuser Schüsse auf die Garden gefallen waren.

So durchlebte Paris auch die Nacht vom 24. zum 25. Juni in einer furchtbaren, grauenhaften Aufregung.

15.

Am 25. Juni begann schon am frühen Morgen der Kampf auf's Neue.

Es waren Hülfstruppen von Amiens und Rouen angekommen und auch, was die Hauptsache war, einige Batterieen Artillerie waren mehr nach Paris gezogen, um mit diesen gegen die Arbeiter vorzuschreiten.

Die hauptsächlichsten Kämpfe an diesem Tage wurden gegen die Vorstadt St. Antoine und gegen die zweite Macht der Insurgenten in Clos St. Lazare geführt, welches Letztere eine vollständige Festung war, die auf das Kunstreichste vertheidigt wurde.

Die Insurgenten hatten außer dem Clos St. Lazare die Kirche St. Vincenz de Paula zur Rechten und das am Canal St. Martin liegende Douanenhaus zur Linken als vorgeschobene Werke befestigt.

An diesem Punkte war ein furchtbarer Kampf. Gegen Mittag gelang es, die Kirche St. Vincenz de Paula einzunehmen. Gleich darauf wurden die Thore des Lagerhauses eingeschossen und dasselbe unter der Anführung des General Lamoricière erstürmt.

Gegen 5 Uhr wurde endlich der Clos de Lazare genommen und die Insurgenten wurden aus dieser festen Stellung vollständig vertrieben.

Aber die Eroberung derselben hatte schwere Opfer gekostet. — Wieder waren 2 Generäle, General Bourgon und General Bourgon schwer verwundet. Außer ihnen waren eine große Anzahl von höheren und niederen Offizieren theils verwundet, theils getödtet.

Auch die Insurgenten hatten auf das Heldenmüthigste gekämpft, sie hatten nur der überlegenen Gewalt weichen müssen. Die meisten ihrer Führer waren entweder getödtet oder schwer verwundet.

Unter den Getödteten befand sich auch einer der Hauptleiter des Aufstandes, Namens Larroque, der Redacteur des Journals der Pater du Chaine, einer der radikalsten socialistischen Zeitschriften. Er hatte tapfer an der Spitze der Socialisten gekämpft und war im Kampfe gefallen.

Es machte einen ungeheuren Eindruck, als die Leiche des blühenden, schönen jungen Mannes von 28 Jahren, der unter der Arbeiterblouse die eleganteste Kleidung, die feinste Wäsche trug, durch die Straßen getragen wurde und zu gleicher Zeit die Nachricht sich verbreitete, daß Clos St. Lazare genommen sei.

Ein anderer Kampf, welcher ebenfalls mit der furchtbarsten Erbitterung geführt wurde und den ganzen Tag über

dauerte, war der in der Straße St. Antoine und in der Faubourg St. Antoine. Eine Barrikade nach der andern wurde genommen. General Négrier, welcher hier befehligte, kämpfte mit einer ungeheuren Bravour; er eroberte die Kaserne Célestins, welche in der Gewalt der Insurgenten war, vertrieb dieselben aus den Kornspeichern und drang vor bis an die Barrikade der Faubourg St. Antoine, welche seit dem frühsten Morgen von der Artillerie vergeblich beschossen wurde.

General Négrier wendete bei der Eroberung der Barrikaden und bei Erstürmung der Häuser besonders eine Methode an, welche auch am Tage vorher schon vielfach in Anwendung gebracht worden war und sich bewährt hatte. Er drang nämlich in die Häuser ein und schlug in denselben die Wände durch, falls diese nicht, wie es vielfach der Fall war, schon von den Insurgenten selbst durchgeschlagen worden waren. So drang er mit seinen Truppen von einem Hause in's andere und konnte nun die Barrikade von hinten angreifen.

General Négrier glaubte, als er so weit gekommen war, daß die Insurgenten einsehen würden, ein weiterer Kampf wäre für sie vergeblich; er ließ sich deshalb in Unterhandlung mit ihnen ein.

An der Seite seines Adjutanten ritt er auf die Barrikade zu. — Einen Augenblick schwieg das Gewehrfeuer, aber als der General zu den Insurgenten sprach und sie zur Uebergabe aufforderte, da fielen plötzlich aus den umliegenden Häusern sowohl, als von der Barrikade eine Anzahl Schüsse auf ihn und er sank tödtlich getroffen zu Boden.

„Ich bin als Franzose, als Soldat gestorben!“ Das war sein letzter Ruf. —

An seiner Stelle übernahm ein Oberst das Commando.

Der General Négrier sollte nicht das einzige Opfer sein, welches für die Unterhandlung mit den Insurgenten fiel; ihm folgte der Erzbischof von Paris, Herr Denis, August Affro.

Schon Nachmittags gegen 3 Uhr hatte sich der Erzbischof, in Begleitung seiner vier Vicare, zum General Cavaignac begeben und ihn um die Erlaubniß gebeten, mit den Insurgenten zu unterhandeln. General Cavaignac hatte ihm mitgetheilt, daß eine Unterhandlung mit den Insurgenten bereits versucht, aber vergeblich versucht worden sei; die Insurgenten hätten sich geweigert, die Barrikaden, außer gegen das Versprechen einer vollständigen Amnestie, zu verlassen, sie hätten erklärt, daß sie bis zum Tode kämpfen würden, wenn ihnen nicht erlaubt würde, die Barrikaden mit den Waffen in der Hand zu verlassen und wenn ihnen nicht eine ganz vollständige Amnestie verbürgt würde.

Darauf hatte General Cavaignac sich nicht eingelassen; er hatte eine Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangt.

Den Bitten des Erzbischofs von Paris gelang es, den General Cavaignac zu einer abermaligen Unterhandlung zu bewegen. Er erhielt von demselben eine Proclamation, welche dieser an die Insurgenten entworfen hatte. Dieselbe lautet:

„An die Insurgenten.

Bürger!

Ihr glaubt, Euch im Interesse der Arbeiter zu schlagen; Ihr kämpft gegen sie; auf sie allein wird alles das vergossene Blut zurückfallen. Wenn ein solcher Kampf sich verlängern könnte, so müßte man an der Zukunft der Republik verzweifeln, deren unwiderruflichen Triumph wir Alle schon wollen.

Im Namen des mit Blut befleckten Vaterlandes!

Im Namen der Republik, die Ihr ins Verderben zu stürzen im Begriffe steht.

Im Namen der Arbeit, welche Ihr verlangt, und die man Euch niemals verweigert hat, täuscht die Hoffnungen unserer gemeinschaftlichen Feinde, streckt Eure brudermörderischen Waffen, und rechnet darauf, daß die Regierung, wenn es ihr nicht unbekannt ist, daß sich in Euren Reihen verbrecherische Aufhetzer befinden, auch weiß, daß sich in ihr Brüder befinden, welche sich nur verirrt haben, und die sie in die Arme des Vaterlandes zurückruft.

Der Vorstand der ausübenden Gewalt,
General Cavaignac."

Mit dieser Proclamation machte der Erzbischof sich auf den Weg nach der Faubourg St. Antoine, dem einzigen Punkte, auf welchem die Insurrection noch fortdauerte, auf welchem der Kampf noch im vollen Gange war, denn auf allen anderen Punkten war die Insurrection bereits bezwungen.

Von seinen General-Vicaren begleitet, kam der Erzbischof auf dem Platze der Bastille an, kurze Zeit nachdem General Négrier daselbst getödtet worden war. Ueberall auf dem Wege wurde er vom Jubelruf der Soldaten und Nationalgarden empfangen und die Frauen wehten dem Friedensstifter mit weißen Tüchern ihren Gruß zu. Vielfach wurde er gewarnt, sich der Gefahr nicht auszusetzen, da die Insurgenten ohne Rücksicht auf Parlamentaire schössen, aber er entgegnete lächelnd: „Ein guter Hirt giebt sein Leben für seine Schaafe."

Auf dem Bastilleplatz angelangt, bat er den Oberst, das Feuer aufhören zu lassen und ihm zu gestatten, sich zu den Insurgenten zu begeben.

Der kommandirende Oberst folgte augenblicklich dem Wunsche des Erzbischofs. Das Feuer der Truppen hörte auf und sogleich schwieg auch das Feuer der Insurgenten.

Der Erzbischof ging auf die Barrikade zu; ihn begleiteten, außer zweien der General-Vicare, den Herren Jaquemet und Ravinet, mehrere Mitglieder der National-Versammlung, die Herren Barabit, Galy Cazalat und Druet-Desvaux. Ein Arbeiter, der in einer Blouse gekleidet war, ging dem Erzbischof voraus und hielt einen grünen Zweig in die Höhe, um den Insurgenten zu zeigen, daß der Erzbischof käme, um Frieden zu schließen.

Der Erzbischof wurde mit Jubel von den Insurgenten empfangen; er konnte nicht über die Barrikaden steigen und ging deshalb durch einen Branntweinsladen, von dem aus er durch eine andere Thür hinter die Barrikade kommen konnte.

Er sprach mit den Insurgenten und seine Worte machten um so mehr Eindruck, als er im vollsten Ornate, mit der Stola auf der Schulter und dem Kreuz auf der Brust erschienen war.

Schon schien es, als wollten die Insurgenten sich den begütigenden Worten des Erzbischofs hingeben, da kam es zu einem Streit zwischen einigen den Erzbischof begleitenden Nationalgardisten und den Insurgenten — es fiel ein Flintenschuß und in demselben Augenblick begann auch das Gewehrfeuer von den Truppen, welche glaubten, daß die Insurgenten den Erzbischof ermordeten.

Das Feuer wurde von der Barrikade und aus den Häusern erwidert; einige Arbeiter wollten den Erzbischof fortziehen, um ihn aus der Gefahr zu bringen, man drängte ihn nach einem der Häuser zu, aber ehe er noch in Sicherheit

gebracht werden konnte, traf ihn ein Schuß durch den Leib. Er stürzte zusammen — er war tödtlich getroffen.

Die Insurgenten selbst trugen ihn nach dem nächsten Pfarrhause, wo der Versuch gemacht wurde, die Kugel herauszuziehen; aber dies war nicht möglich und so wurde auch dieser Mann ein Opfer seiner Bemühungen, den Frieden wieder herzustellen.

Seine Begleiter wurden gerettet, sie wurden von den Insurgenten selbst in benachbarten Häusern untergebracht und von diesen aus fortgeführt, weil man nicht wünschte, daß ihnen ein Leides geschehe.

Der Kampf um die Faubourg St. Antoine dauerte fort, sie war der letzte Stützpunkt der Aufständischen.

Der General Cavaignac verwendete alle Kraft darauf, in diesem letzten Punkt die Insurrection einzuschließen, um jede Wiederausbreitung derselben zu verhindern. Er ließ am Eingang der Vorstadt St. Antoine durch das Geniecorps eine Bastei errichten und auf derselben eine Batterie schweren Geschützes aufpflanzen. Alle Eingänge der Vorstadt wurden mit Kanonen besetzt. 30,000 Mann Truppen, 50,000 Mann Nationalgarde und 10,000 Mann Kavallerie hielten die Vorstadt eng eingeschlossen, so daß es höchst schwierig wurde, sich nur irgendwie daraus zu retten.

General Cavaignac erklärte, daß er, wenn es nöthig wäre, die Vorstadt sogar mit glühenden Kugeln, mit Bomben beschießen würde, um unter jeder Bedingung den Aufstand niederzudrücken.

16.

Die Nacht vom 25. zum 26. Juni verging ohne Kampf. Die in ihrem letzten Zufluchtsort eingeschlossenen Insur-

genten begannen endlich einzusehen, daß es für sie eine Unmöglichkeit sein werde, den Kampf länger aufrecht zu erhalten, daß jeder fernere Kampf nur ein unnützes Blutvergießen sei.

Sie sendeten deshalb des Morgens gegen 3 Uhr aus der Faubourg St. Antoine eine Deputation an den Präsidenten der National-Versammlung, Herrn Senard, welche begleitet war durch den Repräsentanten Larabit, der, wie der Leser sich erinnert, mit dem Erzbischof von Paris die Unterhandlungen mit den Insurgenten geleitet hatte, bei dem wiederbeginnenden Kampfe aber von den Insurgenten in Sicherheit gebracht war.

Die Deputation bat den Präsidenten um einen vorläufigen Waffenstillstand, damit während desselben der Frieden geschlossen werden könne, ein Frieden, der gewiß für beide Theile wünschenswerth sei, da allerdings die Insurrection nicht mehr den Bestand des Staates zu gefährden vermöge, wohl aber noch im Stande sei, großes Unglück über Paris zu bringen.

Die Deputation übergab dem Präsidenten zugleich folgende Adresse:

„Herr Präsident der National-Versammlung!

Wir wünschen die Vergießung des Blutes unserer Brüder nicht, wir haben immer für die demokratische Republik gekämpft; wenn wir einwilligen, die blutige Revolution nicht zu verfolgen, welche stattfindet, so wünschen wir auch den Titel als Bürger zu behalten, indem wir alle unsere Rechte und unsere Pflichten als französische Bürger behalten.

Die Abgeordneten der Faubourg Saint Antoine."

(Unterschriften.)

Der Repräsentant Larabit befürwortete diese Adresse und der Präsident gab auf dieselbe folgende Antwort:

„Bürger! wenn Ihr wirklich den Titel, die Rechte französischer Bürger bewahren und die Pflichten derselben erfüllen wollt, so reißt auf der Stelle die Barrikaden nieder, bei deren Bestehen wir in Euch nur Insurgenten sehen können; laßt jeden Widerstand aufhören; unterwerft Euch und kehrt als verirrte Söhne in den Schooß der Republik zurück, welche die National-Versammlung zu gründen berufen ist, und die sie durch alle Mittel achten zu lassen wissen wird.

Senard."

Zu gleicher Zeit theilte er auch dem General Cavaignac mit, daß die Insurgenten bereit seien, Frieden zu schließen, und bat denselben, auf den Frieden hinzuwirken.

Schon am frühen Morgen erließ General Cavaignac folgende Proclamation an die Nationalgarden und Truppen:

„An die Nationalgarde, an die Soldaten.

Mit Eurer Hülfe wird der Aufstand gedämpft werden; dieser Bürgerkrieg, dieser gottlose Krieg, der uns bereitet worden, nahet seinem Ende. Seit gestern haben wir Nichts vernachlässigt, um die Trümmern dieses verirrten, von Gottlosen geleiteten und angefeuerten Volkes aufzuklären. Eine letzte Anstrengung, und das Vaterland, die Republik, die ganze Gesellschaft werden gerettet sein!

Ueberall muß die Ordnung und die Aufsicht wieder hergestellt werden; es sind Maßregeln getroffen, daß die Gerechtigkeitspflege in ihrem Laufe gesichert sei. Ihr werdet mit Eurer Verdammung jede Handlung treffen, welche zum Zwecke hätte, sie zu entwaffnen. Ihr werdet nicht dulden, daß der Triumph der Ordnung, der Freiheit, mit einem Worte, der

Republik, das Signal zu Repressalien sei, welche Eure Herzen verwerfen.

General E. Cavaignac."

Die Insurgenten zögerten indessen mit der Uebergabe der Barrikaden, und um 10 Uhr des Morgens ließ deshalb General Cavaignac die Faubourg St. Antoine von zwei verschiedenen Seiten zu gleicher Zeit angreifen, und zwar durch den General Perrot, welcher das Commando an Stelle des, schwer verwundeten General Duvivier übernommen hatte von vorn, und durch den General Lamoricière von der Seite.

Der Kampf dauerte nur eine kurze Zeit; bald erschienen Parlamentaire und erklärten, daß die Insurgenten sich ohne Bedingung ergäben, da der Präsident der Nationalversammlung dies verlangte.

Die Truppen rückten in die Vorstadt ein, ohne irgendwo Widerstand zu finden und konnten dieselbe besetzen.

Gegen halb 2 Uhr konnte General Cavaignac die Beendigung des Kampfes der Nationalversammlung anzeigen.

17.

Der furchtbare Kampf des Juni war ausgekämpft. Die Partei der gemäßigten Republikaner hatte einen entschiedenen Sieg davon getragen über die der Socialisten. Diese letzteren hatten eine Niederlage erlitten, von der sie sich für's Erste unmöglich erholen konnten; denn außer der ungeheuren Menge der Todten und Verwundeten, waren noch weit mehr gefangen worden.

Die Zahl der, theils im Laufe der Insurrection selbst, theils bald nach derselben Verhafteten, belief sich nach einer

Veröffentlichung des an die Stelle des Herrn Trouvé-Chauvel getretenen Polizeipräfecten Ducour, am 1. August über 9000, während gegen 1500 Menschenleben von beiden Seiten bei der Juni-Revolution betrauert wurden.

Der Verlust war auf beiden Seiten fast gleich groß gewesen. Hauptsächlich aber hatten die Führer, die Offiziere der Nationalgarden und die Generäle in der Juni-Revolution gelitten.

In der Liste der Gefallenen finden sich 4 Repräsentanten: Dornet, die Generäle Negrier, Duvivier und der Oberst Charbonnel. General Duvivier starb erst einige Zeit nach der Revolution, indem der Brand zu seiner an und für sich nicht gefährlichen Wunde schlug.

Außer den beiden schon genannten Generälen, welche zugleich Repräsentanten waren, ergiebt die Liste der Gefallenen den Tod folgender Generäle: General Bréa, General Francois, General Renyaud, General Bourdon. Verwundet wurden General Korte, General Dumesme, General Foucher, General Bedeau und General Lafontaine. Der General Lamoricière wurde allerdings nicht verwundet, aber es waren ihm während des Kampfes zwei Pferde unter dem Leibe erschossen worden.

Der unverhältnißmäßige Verlust an Offizieren der Truppen während des Kampfes ist besonders dahin zu rechnen, daß die Insurgenten fortwährend auf jeden Offizier, den sie sahen, zielten und daß diese daher auch der höchsten Gefahr ausgesetzt waren.

Daß über die Juni-Revolution, über die Veranlassung derselben, eine strenge Untersuchung angestellt wurde, versteht

sich wohl von selbst. Schon am 27. Juni wurde in der Nationalversammlung folgendes Decret angenommen:

„Art. 1. Als Maßregel für die allgemeine Sicherheit sollen die verhafteten Personen, welche anerkannter Weise Theil an dem Aufstande des 23. Juni und der folgenden Tage genommen haben, in die überseeischen Französischen Besitzungen, mit Ausnahme derer des mittelländischen Meeres transportirt werden.

„Die Frauen und die Kinder der auf diese Weise außerhalb des Gebietes transportirten Personen werden zugelassen werden, das Schicksal ihrer Gatten und ihrer Väter zu theilen.

Art. 2. Die vor den Kriegsgerichten begonnene Untersuchung wird ungeachtet der Aufhebung des Belagerungszustandes ihren Lauf verfolgen.

Art 3. Ein Decret der Nationalversammlung wird die Vorschriften bestimmen, denen die transportirten Persouen unterworfen sein werden.

Art. 4. Die Ausübende Gewalt ist beauftragt, ohne Verzug zur Ausführung des gegenwärtigen Decretes zu schreiten.

Berathen in öffentlicher Sitzung,

In Paris, den 27. Juni 1848.

Die Präsidenten und die Secretäre.

Unterz. Senard, Peupin, Leon Robert,

Emile Pean, Edmond Lafayette,

Landrin, Berard."

Es war dies Decret um so nothwendiger, als es ganz unmöglich war, die ungeheure Masse der Insurgenten in Paris zu verpflegen. Die Gefangenhäuser waren von den-

selben zu sehr überfüllt, und es war zu besorgen, daß bei einem etwa erneuerten Aufstande dieselben gestürmt werden würden, und daß durch die befreiten Insurgenten jede Revolution immer neue Nahrung haben würde.

Die Untersuchung, welche in den folgenden Monaten über die Ereignisse des Juni und auch über die mit denselben wahrscheinlich in Zusammenhang stehende Emeute vom 15. Mai geführt wurde, hatte verhältnißmäßig wenig bedeutende Resultate. Die eigentlichen Triebfedern des Aufstandes wurden durch diese Untersuchung nicht entdeckt.

Louis Blanc und besonders Caussidière erschienen allerdings durch die Resultate der Untersuchung gravirt und die Nationalversammlung gab deshalb am 25. August ihre Erlaubniß zum gerichtlichen Verfahren gegen beide Repräsentanten, welche sich indessen der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen wußten. Aber Alles, was gegen Beide, so wie auch gegen die übrigen bedeutenden Persönlichkeiten innerhalb der socialistischen Partei vorgebracht wurde, war doch von so geringer Bedeutung, daß sich nicht mit Sicherheit auf die eigentlichen Triebfedern der Juni-Revolution schließen ließ.

Man hat nicht in Erfahrung gebracht, ob die Juni-Revolution in der That eine lange vorbereitete und vorher angelegtem Plane zufolge entstanden ist, oder ob sie das Resultat war erst derjenigen Maßregeln, welche die Executiv-Commission gegen die Nationalwerkstätten ergriff.

Die Juni-Revolution, die erste sociale Revolution Europa's, ist deshalb noch immer mit einem dichten Schleier des Geheimnisses umgeben. Mit der Juni-Revolution war die eigentliche revolutionaire Bewegung in Frankreich beendet, und es begann jetzt für das Land eine Epoche der Gesetz-

gebung, eine Epoche der Weiterbildung der staatlichen Formen auf dem ruhigen Wege des Gesetzes.

Schon am 27. Juni wollte General Cavaignac die ihm übertragene Gewalt in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.

Die Nationalversammlung votirte ihm ihren Dank und ernannte ihn zum Präsidenten eines Ministeriums, dessen Mitglieder er zu wählen beauftragt wurde.

Er bildete das Ministerium aus folgenden Männern:

Ministerium des Innern:	Herr Senard.
" des Handels:	Herr Tourret.
" der öffentl. Arbeiten:	Herr Recurt.
" der Marine:	Admiral Leblanc.
" der auswärtigen Angelegenheiten:	Herr Bastide.
" des Kriegs:	Herr Lamoricière.
" der Justiz:	Herr Bethmont.
" der Finanzen:	Herr Goudchaux.
" des öffentl. Unterrichts:	Herr Carnot.

Die Ministerliste befriedigte namentlich eine Partei im Lande, welche vermöge der Juni-Revolution zur herrschenden geworden war; es war die Partei der gemäßigten Republikaner, die Partei des ehemaligen National, dessen Hauptredacteur, Marrast, auch zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt wurde.

Cavaignac selbst gehörte zwar nicht vollständig dieser Partei an, aber er neigte sich derselben zu; er ging noch, ein so aufrichtiger Republikaner er auch war, um ein Weniges weiter rechts, als die Partei des National.

Cavaignac benutzte die ihm übergebene Executivgewalt mit Ruhe und Mäßigung. Er erhielt allerdings mit Energie die gesetzliche Ordnung in Paris aufrecht. Die Hauptstadt blieb vorläufig in Belagerungszustand.*) Eine Anzahl der extremen Journale blieb eine Zeit lang unterdrückt, wurde aber bereits am 6. August wieder erlaubt.

Es sind gegen den General Cavaignac, besonders von Seiten der demokratischen Partei vielfache Beschuldigungen ausgestoßen worden, als habe derselbe mit Blutdurst, mit einem wahren Vergnügen gegen die demokratische Partei gewüthet. Diese Beschuldigungen sind im höchsten Grade ungerecht. Cavaignac hat als ein tapferer General gegen eine ihm feindlich gegenüberstehende Partei, welche mit ihm selbst viel weniger Schonung gehabt hätte, als er sie an den Tag gelegt hat, gekämpft. Nach beendigtem Kampfe hat er als Sieger nirgends die Menschlichkeit verletzt, und wenn während des Kampfes von Seiten der wüthenden National- und Mobilgarde einige Grausamkeiten gegen die Insurgenten verübt worden sind, welche der General zu vermeiden nicht vermochte, so fallen ihm dieselben nicht zur Lust, sondern der Aufregung, welche durch die blutige Revolution des Juni naturgemäßer Weise erzeugt worden war.

General Cavaignac hat während der ganzen Zeit, in der er an der Spitze der Executivgewalt in Frankreich stand, gezeigt, daß er ohne eigenen Ehrgeiz, mit Ruhe und Kraft seiner innigsten Ueberzeugung nach für das Beste des Landes gestrebt hat, und wenn er auch nicht einzugehen vermochte in die demokratischen Ideen, wenn er selbst auch nicht derjenigen

*) Am 20. October wurde der Belagerungszustand aufgehoben.

Partei angehörte, welcher sicherlich dereinst die Zukunft beschieden ist, so hat er doch ebensowohl gezeigt, daß er nicht zur Partei des Rückschritts gehört, sondern daß er von ganzem Herzen ein aufrichtiger Republikaner ist.

Man hat Cavaignac vielfach des Strebens nach Reaction angeklagt, besonders, nachdem derselbe am 13. October sein Ministerium veränderte und dasselbe folgendermaßen zusammensetzte.

Die Bürger:
Marie, Justiz;
Bastide, auswärtige Angelegenheiten;
von Lamoricière, Krieg;
Verninac, Marine und Colonien;
Dufaure, Inneres;
Tourret, Ackerbau und Handel;
Freslon, öffentlicher Unterricht und Cultus;
Goudchaux, Finanzen:
Vivien, öffentliche Arbeiten.

Die Ernennung der Minister Dufour und Vivien, welche für Royalisten gehalten wurden, gab den Vorwurf, daß Cavaignac es selbst nicht ehrlich mit der Republik meine, vielfache Nahrung; aber dennoch ist dieser Vorwurf unbegründet. Cavaignac ist Republikaner, aber er gehört jener unglücklichen Partei der Republikaner an, welche im Streben nach Ruhe und Ordnung, sich eher entschließen, die freien Institutionen des Volkes zu verletzen, als die Möglichkeit einer Verletzung der Ruhe und Ordnung offen zu lassen.

Die Nationalversammlung wendete sich, nachdem die innern Unruhen unterdrückt waren, mit ganzer Kraft dem Verfassungswerke Frankreichs zu; sie berieth die künftige

Constitution der Republik, und es ist anzuerkennen, daß die Nationalversammlung diese Constitution mit eisernem Fleiße und großer Schnelligkeit, und doch nur nach gründlicher Berathung geschaffen hat.

Am 4. November wurde die Constitution im Schooße der Nationalversammlung angenommen und an die Spitze der Republik wurde ein Präsident gestellt, der aus der allgemeinen direkten Wahl hervorgehen sollte, einer Wahl, welche an keinen Census, an keine Beschränkung irgend einer Art gebunden sein sollte.

Der Entwurf, so demokratisch er in allen seinen Grundprinzipien war, wurde mit der ungeheuren Majorität von 739 Stimmen angenommen. Nach der Annahme erhob sich die ganze Versammlung mit dem dreimaligen Rufe: „Es lebe die Republik!"

Am 12. November wurde die Constitution in einem großartigen Nationalfeste bekannt gemacht.

Die wichtigste Frage, welche jetzt ganz Frankreich beschäftigte, war die über die Wahl des Präsidenten. Am 12. December sollte diese Wahl stattfinden; wer aber sollte aus der Urne hervorgehen?

In dieser Frage standen sich wiederum die Parteien auf das Schroffste gegenüber. Vier Kandidaten waren es hauptsächlich, deren Wahl überhaupt in Frage kommen konnte. Vier Kandidaten, welche die vier verschiedenen Parteien im Lande charakterisirten.

Der Kandidat der äußersten Linken, der entschiedensten Socialisten war Ledru-Rollin. Der Kandidat der gemäßigten aber demokratischen Republikaner war Lamartine. Der Kandidat der entschiedenen Republikaner, aber derer, welche ebenso

entschiedene Feinde des Socialismus und der Demokratie als des Royalismus waren, war Cavaignac. Der Kandidat endlich Derer, welche die Republik nur als Uebergang zum Königthum betrachteten, war Louis Napoleon Bonaparte, der bereits am 27. September seinen Sitz als Repräsentant in der Nationalversammlung eingenommen hatte.

Für alle diese Kandidaten wurde ungeheuer agitirt. Am gewaltigsten war die Agitation für Louis Napoleon Bonaparte. Die Junirevolution hatte die Reihen der Socialisten gewaltig gelichtet. Durch die Junirevolution waren viel frühere Anhänger der Socialisten übergegangen in die Reihen der gemäßigten Republikaner, übergegangen zum Theil sogar in die Reihen der Royalisten, weil der furchtbare Kampf des Juni sie eine Zerrüttung der ganzen Gesellschaft mit der Herrschaft der Socialisten befürchten ließ.

Louis Napoleon wurde, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, von einem Theile der Socialisten als ein Anhänger der socialistischen Lehren angesehen, deshalb wendete auch ein großer Theil der wirklichen Socialisten seine Stimmen auf Louis Napoleon, weil man nicht glaubte, Ledru-Rollin bei der Wahl durchzubringen, und lieber Louis Napoleon an der Spitze des Staates sehen wollte, als einen Cavaignac oder Lamartine.

Für Ledru-Rollin waren daher fast keine Chancen zur Präsidentur. Noch weniger Chancen hatte indessen Lamartine. Die Popularität Lamartine's hatte sich gewaltig schnell verbraucht. Der Mann, der noch vor wenigen Monaten mit mehr als 2,000,000 Stimmen als Repräsentant in die Nationalversammlung gewählt worden war, hatte nicht mehr die geringste Aussicht, zur Präsidentur gewählt zu werden. Seine

Schwäche auf der einen Seite, seine Hinneigung zur Vermittelung hatte alle Parteien gegen ihn aufgebracht, und so blieb ihm nur ein sehr kleiner Theil der freisinnigen aber gemäßigten Republikaner.

Mehr Chancen hatte Cavaignac; aber gegen diesen waren die Socialisten wegen seiner energischen Bekämpfung der Junirevolution in Wuth entbrannt, ihn fürchteten auch die Royalisten, und so war denn Cavaignac angewiesen auf die allerdings zahlreiche aber wenig in sich zusammenhängende Partei der entschiedenen Republikaner, welche in der Mitte zwischen dem Socialismus und dem Royalismus stand.

So blieb denn von den vier aufgestellten Kandidaten nur Einer übrig: Louis Napoleon Bonaparte, für den eine großartige Agitation der verschiedenen Parteien möglich war.

Auf der einen Seite wirkten die Royalisten beinahe einstimmig für Louis Napoleon, weil sie ihn, wie wir schon früher mitgetheilt haben, für das geeignete Werkzeug hielten, die Republik nach und nach der Monarchie wieder zuzuführen. Ebenso fielen ihm auch aus schon angeführten Gründen viele Stimmen der Socialisten zu, einestheils, weil die Socialisten Louis Napoleon für einen Anhänger der socialen Ideen hielten, anderntheils, weil dieselben hofften, Louis Napoleon würde, einmal zur Herrschaft gelangt, dieselbe dermaßen auszubeuten wissen, daß er sich bald beim ganzen Volke verhaßt gemacht habe und daß er dadurch das Volk wiederum dem Socialismus zuführen werde.

Der Pessimismus war nach den unglücklichen Kämpfen des Juni die letzte Zuflucht der socialistischen Partei, und dieser führte eine ungeheure Anzahl socialistischer Stimmen der Wahl Louis Napoleons zu.

Nur durch diese Uebereinstimmung der verschiedenen Parteien wurde es möglich, daß Louis Napoleon Bonaparte von 7,572,149 abgegebenen Stimmen 5,658,755 erhielt, obgleich seine persönliche Unbedeutendheit, seine Unfähigkeit, eine so ungeheuer wichtige Stellung, als die des Präsidenten der französischen Republik es war, fast von allen Parteien anerkannt wurde*).

Vor seiner Wahl erließ Louis Napoleon folgendes Manifest, welches von den bonapartistischen Agenten, die mit ungeheurer Thätigkeit das ganze Land durchreisten, in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde; ein Manifest, welches wir dem Leser mittheilen, weil es charakteristisch für die Politik Louis Napoleons ist.

„Louis Napoleon Bonaparte an seine Mitbürger.

Um mich aus der Verbannung zurückzurufen, habet Ihr mich zum Volks-Repräsentanten ernannt. Gerade da Ihr im Begriffe seid, die erste obrigkeitliche Person der Republik zu erwählen, bietet sich Euch mein Name als Symbol der Ordnung und der Sicherheit.

Diese Beweise eines so ehrenvollen Vertrauens gelten, ich weiß es wohl, mehr meinem Namen, als mir selbst, der

---

*) Die Zahl der abgegebenen Stimmen war folgende:

Louis Napoleon Bonaparte	5,658,755	Stimmen.
Eug. Cavaignac	1,448,107	„
Ledru-Rollin	370,117	„
Raspail	36,920	„
Lamartine	17,910	„
Der General Changarnier	4,687	„
Verschiedene Stimmen	12,434	„
Weiße oder constitutionswidrige Wahlzittel	23,219	„

ich noch Nichts für mein Vaterland gethan habe; aber je größeren Schutz mir das Andenken an den Kaiser gewährt und je mehr es auf Eure Abstimmung einwirkt, desto mehr fühle ich mich verpflichtet, Euch mit meinen Gesinnungen und Grundsätzen bekannt zu machen. Zwischen Euch und mir darf durchaus kein Zweifel obwalten.

Ich bin keineswegs ein Ehrgeiziger, der bald Kaiserreich und Krieg träumt, bald die Anwendung den Umsturz bewirkender Theorieen. In den freien Ländern, in der Schule des Unglücks erzogen, werde ich den Pflichten, welche mir Eure Stimmen und der Wille der Versammlung auferlegen werden, immer treu bleiben.

Sollte ich zum Präsidenten ernannt werden, würde ich mich von keiner Gefahr, von keinem Opfer zurückschrecken lassen, um die auf so verwegene Weise angegriffene Gesellschaft zu vertheidigen; ich würde mich ohne Rückhalt mit Leib und Seele dem Werke widmen, eine durch ihre Gesetze weise, in ihren Absichten redliche, durch ihre Handlungen große und starke Republik zu befestigen.

Ich würde meine Ehre daran setzen, meinem Nachfolger nach Verlauf von vier Jahren die oberste Macht befestigt, die Freiheit unangetastet, einen wirklichen Fortschritt vollendet überlassen.

Welches auch der Erfolg der Wahl sein mag, ich werde mich vor dem Willen des Volkes beugen, und ich sichere zum Voraus meine Mithülfe jeder gerechten und energischen Regierung zu, welche sowohl in den Gemüthern als auch in den Verhältnissen die Ordnung wieder herstellt; welche die Religion, die Familie, das Eigenthum, — denn dies sind die ewigen Grundlagen jedes socialen Staates, — kräftig in

Schutz nimmt; welche die möglichen Reformen ins Leben ruft, den gegenseitigen Haß beruhigt, die Parteien mit einander aussöhnt, und so dem besorgten Vaterlande gestattet, den folgenden Tag ruhig erwarten zu dürfen.

Die Ordnung wieder herstellen, heißt das Vertrauen wieder erwecken, durch den Credit der vorübergehenden Unzulänglichkeit der Hülfsmittel abhelfen, die Finanzen wieder herstellen.

Der Religion und der Familie Schutz gewähren, heißt die Religions- und Lehrfreiheit sichern.

Das Eigenthum schützen, heißt die Unverletzlichkeit des Ertrages aller Arbeiten aufrecht erhalten, heißt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Besitzes, welche die unumgänglich nöthigen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit sind, sichern.

Was die möglichen Reformen betrifft, so scheinen mir folgende die nöthigsten zu sein:

Alle Ersparnisse in Anwendung bringen, welche die Verminderung der für das Volk lästigsten Abgaben gestatten, ohne daß dadurch die Staatsbedürfnisse vernachlässigt werden; die Unternehmungen ermuthigen, welche, indem sie die Reichthümer des Ackerbaues enthüllen, den unbeschäftigten Armen in Frankreich und in Algier Arbeit gewähren können; durch zweckmäßige Anstalten für betagte Arbeiter zu sorgen; in unseren industriellen Gesetzen die Verbesserungen einführen, deren Streben dahin geht, nicht den Reichen zum Vortheile des Armen zu Grunde zu richten, sondern den Wohlstand eines Jeden auf der Wohlfahrt Aller zu begründen.

Die Zahl der Aemter, welche von der obersten Macht

abhängen, und oft aus einem freien Volke ein Volk von Bittstellern machen, einschränken.

Jenes verderbliche Streben vermeiden, welches den Staat verleitet, für eigene Rechnung auszuführen, was die Privatpersonen eben so gut, und noch besser als er, auszuführen vermögen. Die Centralisation der Interessen und der Unternehmungen liegt in der Natur des Despotismus. Der Charakter der Republik verschmäht jedes Monopol.

Endlich, die Preßfreiheit vor den beiden Mißbräuchen zu wahren, durch welche sie sich immer Blößen giebt: die Willkür und ihre eigene Zügellosigkeit.

Mit dem Kriege ist für unsere Uebel keine Erleichterung zu hoffen. Der Friede wäre also der innigste meiner Wünsche. Seit seiner ersten Revolution ist Frankreich kriegerisch gewesen, weil man es dazu gezwungen hatte. Den Angriff erwiderte es mit der Eroberung. Jetzt aber, da es nicht in die Schranken gefordert ist, kann es seine Hülfsquellen zu friedlichen Verbesserungen verwenden, ohne deshalb einer loyalen und entschlossenen Politik zu entsagen. Eine große Nation muß schweigen, oder nie vergeblich sprechen.

An die nationale Würde denken, heißt an die Armee denken, deren so edler und so uneigennütziger Patriotismus so oft verkannt wurde. Während man die Grundgesetze aufrecht erhält, welche die Stärke unserer militairischen Einrichtung ausmachen, muß man das Lästige der Conscription mildern und nicht noch mehr erschweren. Man muß für die Gegenwart und die Zukunft nicht blos der Officiere sorgen, sondern auch der Unterofficiere und der Soldaten, und den Männern, die lange unter den Fahnen gedient haben, eine sichere Existenz bereiten.

Die Republik muß großmüthig sein und auf ihre Zukunft vertrauen; auch wünsche ich, der ich die Verbannung und die Gefangenschaft kennen gelernt habe, den Tag sehnlichst herbei, wo das Vaterland ohne Gefahr jeglicher Verbannung ein Ziel setzen und die letzten Spuren unserer bürgerlichen Zwietracht verlöschen kann.

Dies, meine lieben Mitbürger, sind die Ideen, die ich in der Verwaltung der obersten Gewalt geltend machen würde, wenn Ihr mich zum Präsidenten der Republik erwählen solltet.

Die Aufgabe ist schwierig, die Sendung eine unendlich wichtige, ich weiß es wohl! Aber ich würde an ihrer Ausführung nicht verzweifeln, indem ich zu diesem Werke, ohne Ansehen der Partei, die Männer berufen würde, welche ihre hohe Einsicht und ihre Rechtlichkeit der öffentlichen Meinung empfehlen.

Ueberdies giebt es, wenn man die Ehre hat, an der Spitze des französischen Volkes zu stehen, ein untrügliches Mittel, das Gute zu thun, man darf es nämlich nur wollen.

Louis Napoleon Bonaparte."

Am 20. December proklamirte die Nationalversammlung den neuen Präsidenten der Republik.

General Cavaignac bestieg die Tribüne und legte die ihm übertragene Regierungsgewalt in die Hände der Nationalversammlung zurück; ebenso reichten seine sämmtlichen Minister ihre Entlassung ein.

Die Nationalversammlung sagte durch ein allgemeines Beifallrufen dem General ihren Dank für die bisherige Leitung des Staates. Dann proklamirte der Präsident der Na-

tionalversammlung, Marrast, die Wahl Louis Napoleons und vereidigte denselben.

Am nämlichen Tage ernannte Louis Napoleon folgendes Ministerium:

zum Minister der Justiz Herrn Odilon Barrot, Volksrepräsentanten, beauftragt, in Abwesenheit des Präsidenten der Republik im Ministerrathe das Präsidium zu führen;

zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Volksrepräsentanten Herrn Drouyn von Chuys;

zum Minister des öffentlichen Unterrichtes und des Cultus den Volksrepräsentanten Herrn von Falloux;

zum Minister des Innern den Volksrepräsentanten Herrn Léon von Maleville;

zum Minister des Ackerbaues und des Handels den Volksrepräsentanten und Vicepräsidenten der Nationalversammlung;

zum Minister der öffentlichen Arbeiten den Volksrepräsentanten Herr Léon Faucher;

zum Kriegsminister den Volksrepräsentanten Herrn General Rulhière;

zum Minister der Marine und der Colonien den Volksrepräsentanten Herrn von Tracy;

zum Finanzminister Herrn Hippolyt Passy, Mitglied des Institutes;

durch Beschluß von demselben Tage ist der Marschall Bugeaud, Volksrepräsentant, zum Oberbefehlshaber der Alpenarmee ernannt;

der Oberst Rebillot, Oberst der Gensd'armerie des Seinedepartements, ist zum Polizeipräfekten ernannt;

und zeigte durch die Wahl der Männer, welche er an seine Seite zur Regierung berief, daß er in der That den Ansprüchen derjenigen Partei zu genügen entschlossen war, welche in ihm den Wiederhersteller der Monarchie hoffte, denn das Ministerium bestand fast nur aus den Mitgliedern dieser Partei, und besonders war der Ministerpräsident, Odilon Barrot, der Leiter der royalistischen Partei.

Wir schließen hiermit die Geschichte Frankreichs im Jahre 1848 und die Geschichte der Staatsumwälzungen in den Jahren 1847 und 1848 überhaupt, obgleich uns noch die Geschichte der italienischen Kämpfe, des deutschen Parlaments, des Krieges in Schleswig-Holstein und des ungarischen Krieges zu erzählen übrig bleibt. Wir ziehen es indessen vor, diese Kämpfe, in ihrem Zusammenhange mit den Ereignissen des Jahres 1849, in einem besonderen Werke dem Leser zu übergeben, von welchem bereits die ersten Hefte „Der Freiheitskampf in Ungarn" erschienen sind.

Zum Schlusse theilen wir dem Leser noch die Verfassung der französischen Republik mit. Möge er aus der Vergleichung dieser Verfassung und der jetzigen Zustände Frankreichs ersehen, wie wenig eine Verfassung als solche zu thun vermag, wenn Diejenigen, welche die Paragraphen auszuführen haben,

nicht willens sind, dies im Sinne des Gesetzgebers zu thun; möge er daraus ersehen, daß auch die freieste Verfassung einem Volke die Freiheit nicht gewähren kann, wenn das Volk selbst durch die Wahl seiner Repräsentanten zeigt, daß es für die Freiheit noch nicht reif ist.

Verfassungs-Urkunde
der
französischen Republik
vom 14. November 1848.

In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes verkündigt die National-Versammlung:

I. Frankreich hat sich zur Republik erklärt. Indem es die Republik als bleibende Regierungsform annahm, hat es sich zum Ziele gesetzt, freier auf dem Wege des Fortschrittes und der Volksbildung voranzuschreiten; eine gleichmäßigere und der Gerechtigkeit mehr und mehr sich nähernde Vertheilung der Lasten und Vortheile in der Gesellschaft herbeizuführen; den Wohlstand eines Jeden durch die allmälige Verminderung der öffentlichen Ausgaben und der Steuern zu sichern und alle Bürger, ohne neue gewaltsame Erschütterung, durch die fortgesetzte und beständige Wirkung der Saatseinrichtungen und Gesetze zu einem immer höheren Grade der Tugend, der Aufklärung und des Wohlstandes zu führen.

II. Die französische Republik ist eine demokratische, einige und untheilbare.

III. Sie erkennt Rechte und Pflichten an, welche älter und höher sind, als die positiven Gesetze.

IV. Sie hat zu Grundsätzen: die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit. Sie hat zu Grundlagen: die Familie, die Arbeit, das Eigenthum und die öffentliche Ordnung.

V. Sie achtet die fremden Nationalitäten, wie sie ihre eigene geachtet wissen will; sie unternimmt keinen Krieg zum Zwecke der Eroberung und gebraucht nie ihre Kräfte gegen die Freiheit eines Volkes.

VI. Gegenseitige Pflichten verbinden die Bürger gegen die Republik und die Republik gegen die Bürger.

VII. Die Bürger müssen das Vaterland lieben, der Republik dienen, sie mit ihrem Leben vertheidigen, an den Lasten des Staats nach Maßgabe ihres Vermögens theilnehmen; sie müssen durch Arbeit ihren Lebensunterhalt und durch Vorsicht sich ein Auskommen für die Zukunft sichern; sie müssen zum Gemeinwohle beitragen, indem sie sich brüderlich unter einander helfen, und zur allgemeinen Ordnung, indem sie die Vorschriften der Moral und die geschriebenen Gesetze, welche die Gesellschaft, die Familie und die Einzelnen lenken, beobachten.

VIII. Die Republik muß den Bürger in seiner Person, seiner Familie, seinem Glauben, seinem Eigenthum, seiner Arbeit schützen und Jedem den allen Menschen nöthigen Unterricht gewähren; sie muß durch brüderliche Hülfeleistung den Unterhalt der bedürftigen Bürger sichern, entweder indem sie in den Gränzen ihrer Hülfsquellen ihnen Arbeit verschafft, oder, wo die Familie es nicht kann, denen Unterstützung giebt, welche nicht im Stande sind, zu arbeiten.

In Absicht der Erfüllung aller dieser Pflichten und zur Gewährleistung aller dieser Rechte bestimmt die National-Versammlung, treu den Ueberlieferungen der großen Versammlungen, welche der französischen Revolution die Weihe gaben, die Verfassung der Republik, wie folgt:

Verfassung.

Abschnitt I.

Von der Souverainetät.

Art. 1. Die Souverainetät beruht in der Gemeinschaft aller französischen Bürger. Sie ist unveräußerlich und unverjährbar. Kein Einzelner und kein Theil des Volkes kann sich ihre Ausübung anmaßen.

Abschnitt II.

Durch die Verfassung dem Bürger gewährleistete Rechte.

Art. 2. Niemand kann anders verhaftet oder festgehalten werden, als gemäß den Vorschriften des Gesetzes.

Art. 3. Die Wohnung jeder Person, welche den französischen Boden bewohnt, ist unverletzlich; es ist nicht erlaubt, hineinzudringen, als unter den Formen und in den Fällen, welche das Gesetz vorsieht.

Art. 4. Niemand darf seinem natürlichen Richter entzogen werden. Es können keine Kommissionen oder außerordentliche Gerichte geschaffen werden, aus welchem Anlasse oder unter welcher Benennung es auch immer sei.

Art. 5. Die Todesstrafe in politischen Sachen ist abgeschafft.

Art. 6. Die Sklaverei darf nirgends auf französischem Boden bestehen.

Art. 7. Jeder bekennt frei seinen Glauben und genießt für die Ausübung seines Gottesdienstes vom Staate gleichen Schutz. Die Diener der gegenwärtig vom Gesetze anerkannten Bekenntnisse, so wie derjenigen, welche in Zukunft anerkannt werden, haben das Recht, ein Staatsgehalt zu beziehen.

Art. 8. Die Bürger haben das Recht, in Gemeinschaft zu treten, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, zu petitioniren, ihre Gedanken vermittelst der Presse oder auf andere Weise zu veröffentlichen. Die Ausübung dieser Rechte hat nur die Rechte und die Freiheit des Nebenmenschen und die öffentliche Sicherheit zur Grenze. Die Presse kann in keinem Falle der Censur unterworfen werden.

Art. 9. Der Unterricht ist frei. Die Freiheit des Unterrichtes wird nach den von den Gesetzen bestimmten Bedingungen der Fähigkeit und Moralität und unter der Aufsicht des Staates ausgeübt. Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten ohne irgend eine Ausnahme.

Art. 10. Alle Bürger sind gleich zulässig zu allen öf-

fentlichen Aemtern ohne anderen Grund einer Bevorzugung als ihr Verdienst und gemäß den Bedingungen, welche die Gesetze bestimmen werden. Alle Adelsrechte, alle Unterschiede der Geburt, des Ranges oder Standes sind abgeschafft.

Art. 11. Alles Eigenthum ist unverletzlich. Dessenungeachtet kann der Staat das Opfer eines Besitzstückes auf den Grund des gesetzlich festgestellten öffentlichen Nutzens und gegen eine gerechte vorläufige Entschädigung verlangen.

Art. 12. Die Gütereinziehung kann niemals wieder eingeführt werden.

Art. 13. Die Verfassung gewährleistet den Bürgern die Freiheit der Arbeit und der Betriebsamkeit. Die Gesellschaft begünstigt und ermuntert die Entwickelung der Arbeit durch unentgeldlichen Elementar-Unterricht, durch Erziehung zu bestimmten Geschäften, durch Gleichstellung der Beziehungen zwischen Meistern und Arbeitern, durch Spar- und Kredit-Institutionen, durch Ackerbau-Anstalten, durch freiwillig gebildete Gesellschaften und Anordnungen solcher Arbeiten, welche zur Beschäftigung müßiger Hände geeignet sind, in den Departements und Gemeinden, von Seiten des Staates; den verlassenen Kindern, den Kranken und Greisen, welche des Unterhaltes ermangeln und von ihren Familien keine Hülfe erhalten können, gewährt sie Unterstützung.

Art. 14. Die Staatsschuld wird gewährleistet. Jede Art von Verbindlichkeit des Staates, seinen Gläubigern gegenüber, ist unverletzlich.

Art. 15. Jede Steuer wird zum Nutzen der Gesammtheit auferlegt. Jeder trägt dazu bei im Verhältniß seiner Fähigkeiten und seines Vermögens.

Art. 16. Keine Steuer kann anders als kraft des Gesetzes auferlegt oder erhoben werden.

Art. 17. Die direkte Steuer wird nur für ein Jahr bewilligt. Die indirekten Steuern können auf mehrere Jahre bewilligt werden.

Abschnitt III.

Von den Staatsgewalten.

Art. 18. Alle Staatsgewalten, welche es sein mögen, gehen vom Volke aus. Sie können nicht erblich übertragen werden.

Art. 19. Die Trennung der Gewalten ist die erste Bedingung einer freien Regierung.

Abschnitt IV.

Von der gesetzgebenden Gewalt.

Art. 20. Das französische Volk überträgt die gesetzgebende Gewalt einer einzigen Versammlung.

Art. 21. Die Gesammtzahl der Volksvertreter wird siebenhundertfunfzig sein, die Vertreter Algeriens und der französischen Kolonieen einbegriffen.

Art. 22. Diese Zahl wird sich auf neunhundert für die zur Revision der Verfassung berufenen Versammlungen belaufen.

Art. 23. Die Wahl hat die Bevölkerung zur Grundlage.

Art. 24. Das Stimmrecht ist unmittelbar und allgemein. Die Abstimmung ist geheim.

Art. 25. Wähler sind, ohne Bedingung eines Census, alle Franzosen, welche 21 Jahre alt und im Genusse ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind.

Art. 26. Wählbar sind, ohne Bedingung in Bezug auf den Wohnort, alle Wähler, welche 25 Jahre alt sind.

Art. 27. Das Wahlgesetz wird die Ursachen bestimmen, welche einen französischen Bürger des Wahlrechtes und der Wählbarkeit berauben können. Dasselbe wird diejenigen Bürger bezeichnen, welche in einem Departement oder einem Territorial-Bezirke nicht gewählt werden können, weil sie daselbst Amtsverrichtungen ausüben oder ausgeübt haben.

Art. 28. Die Ausübung jedes besoldeten öffentlichen Amtes ist mit der Volksvertretung unvereinbar. Kein Mit-

glied der Nationalversammlung kann während ihrer Amtsdauer zu einem besoldeten Amte, dessen Inhaber durch die ausübende Gewalt nach Belieben gewählt werden, ernannt oder befördert werden. Die Ausnahmen von den Bestimmungen der beiden vorhergehenden Sätze sollen durch das organische Wahlgesetz festgestellt werden.

Art. 29. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sind auf die zur Revision der Verfassung erwählten Versammlungen nicht anwendbar.

Art. 30. Die Wahl der Volksvertreter geschieht nach Departements und vermittelst Stimmlisten. Die Wähler stimmen am Hauptorte des Kantons; nichtsdestoweniger kann ein Kanton in Folge örtlicher Verhältnisse in mehrere Bezirke eingetheilt werden, in der Art und unter den Bedingungen, welche das Wahlgesetz bestimmen wird.

Art. 31. Die Nationalversammlung wird auf drei Jahre gewählt und im Ganzen erneuert. Wenigstens fünfundvierzig Tage vor dem Ende ihrer Amtsdauer wird durch ein Gesetz der Zeitpunkt der neuen Wahlen festgestellt. Wenn in der im vorigen Satze bestimmten Frist kein solches Gesetz erschienen ist, treten die Wähler am dreißigsten Tage, der dem Ablaufe der Amtsdauer der Versammlung vorhergeht, von Rechts wegen zusammen. Die neue Versammlung ist von Rechts wegen auf den dem Tage, wo die Amtsdauer der vorhergehenden Versammlung zu Ende geht, folgenden Tag berufen.

Art. 32. Sie ist permanent. Doch kann sie sich auf einen von ihr zu bestimmenden Zeitpunkt vertagen. Während der Dauer der Vertagung hat ein Ausschuß, bestehend aus den Mitgliedern des Büreau's und fünfundzwanzig von der Nationalversammlung in geheimer Abstimmung und mit absoluter Mehrheit gewählten Volksvertretern, das Recht, die Versammlung in dringenden Fällen einzuberufen. Der Präsident der Republik hat ebenfalls das Recht, die Versammlung einzuberufen. Die Nationalversammlung bestimmt den Ort ihrer Sitzungen; sie bestimmt den Belauf der militairischen Streitkräfte, welche zu ihrer Sicherheit bestellt werden und verfügt darüber.

Art. 33. Die Volksvertreter sind stets wieder wählbar.

Art. 34. Die Mitglieder der National-Versammlung sind

nicht die Vertreter des Departements, welches sie ernennt, sondern von ganz Frankreich.

Art. 35. Sie können keinen bindenden Auftrag erhalten.

Art. 36. Die Volksvertreter sind unverletzlich. Sie können zu keiner Zeit wegen der in der National-Versammlung geäußerten Meinungen verfolgt, angeklagt oder einem gerichtlichen Urtheilsspruch unterworfen werden.

Art. 37. Sie können wegen Verbrechen nur im Falle der Ergreifung auf frischer That verhaftet und nur auf Erlaubniß der Versammlung verfolgt werden. Im Falle der Verhaftung im Augenblicke der That muß der Versammlung sofort darüber berichtet werden, welche dann die Fortsetzung der Verfolgung genehmigt oder untersagt. Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn ein schon verhafteter Bürger zum Volksvertreter ernannt wird.

Art. 38. Jeder Volksvertreter erhält eine Entschädigung, auf welche er nicht verzichten kann.

Art. 39. Die Sitzungen der Versammlung sind öffentlich. Doch kann die Versammlung sich in ein geheimes Comité verwandeln, wenn die durch die Geschäfts-Ordnung festgesetzte Zahl von Volksvertretern es verlangt. Jeder Volksvertreter besitzt das Recht der parlamentarischen Initiative, welches er nach den durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Regeln ausübt.

Art. 40. Die Anwesenheit einer die Hälfte um eines übersteigenden Anzahl der Mitglieder der Versammlung ist zur Gültigkeit der Annahme von Gesetzen erforderlich.

Art. 41. Kein Gesetzvorschlag wird, außer in dringenden Fällen, anders als nach drei Berathungen, welche in Zwischenräumen von wenigstens je fünf Tagen stattzufinden haben, definitiv angenommen.

Art. 42. Jedem Antrag auf Dringlichkeits-Erklärung ist eine Auseinandersetzung der Gründe vorauszuschicken. Wenn die Versammlung der Meinung ist, dem Dringlichkeits-Antrage Folge zu geben, so verordnet sie die Ueberweisung desselben an die Abtheilungen und bestimmt sie den Augenblick, wo der Bericht über die Dringlichkeit ihr vorzulegen ist. Auf diesen Bericht entscheidet die Versammlung über die Dringlichkeit,

spricht dieselbe aus und bestimmt den Zeitpunkt der Berathung. Wenn sie entscheidet, daß keine Dringlichkeit vorhanden ist, so folgt der Antrag dem Laufe der gewöhnlichen Vorschläge.

Abschnitt V.

Von der vollziehenden Gewalt.

Art. 43. Das französische Volk überträgt die vollziehende Gewalt einem Bürger, welcher den Titel „Präsident der Republik" erhält.

Art. 44. Der Präsident muß geborener Franzose, wenigstens 30 Jahre alt sein und nie die Eigenschaft eines Franzosen verloren haben.

Art. 45. Der Präsident der Republik wird auf vier Jahre gewählt und ist erst nach einem Zwischenraum von vier Jahren wieder wählbar. Eben so wenig kann nach ihm vor Ablauf dieser Zwischenzeit der Vice-Präsident oder einer der Verwandten und Verschwägerten des Präsidenten bis zum sechsten Grade einschließlich gewählt werden.

Art. 46. Die Wahl findet von Rechts wegen am zweiten Sonntage des Monats Mai statt. Wenn im Falle des Todes, der Abdankung oder einer anderen Ursache die Präsidentenwahl zu einer anderen Zeit zu geschehen hätte, so läuft seine Amtsdauer mit dem zweiten Sonntage des Monats Mai des vierten Jahres, welches auf die Wahl folgt, ab. Der Präsident wird mittelst geheimer Abstimmung und mit absoluter Mehrheit der Stimmenden durch das unmittelbare Stimmrecht aller Wähler des französischen Departements und Algeriens ernannt.

Art. 47. Die Protokolle über die Wahlhandlungen werden unmittelbar der National-Versammlung übersandt, welche ohne Verzug über die Gültigkeit der Wahl entscheidet und den Präsidenten der Republik ausruft. Wenn kein Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen und wenigstens zwei Millionen Stimmen für sich hat, oder wenn die Bedingungen, welche der Art. 44 verlangt, nicht erfüllt sind,

so wählt die National-Versammlung den Präsidenten der Republik mit absoluter Mehrheit und in geheimer Abstimmung aus den fünf wählbaren Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

Art. 48. Ehe der Präsident sein Amt antritt, leistet er inmitten der National-Versammlung den Eid, dessen Wortlaut folgt: „In Gegenwart Gottes und vor dem französischen Volke, vertreten durch die National-Versammlung, schwöre ich, der demokratischen, einen und untheilbaren Republik treu zu bleiben und alle Pflichten zu erfüllen, welche mir die Verfassung auferlegt."

Art. 49. Er hat das Recht, der National-Versammlung durch die Minister Gesetz-Entwürfe vorlegen zu lassen. Er überwacht und sichert die Ausführung der Gesetze.

Art. 50. Er verfügt über die bewaffnete Macht, ohne sie jemals in Person befehligen zu können.

Art. 51. Er kann weder einen Theil des französischen Gebiets abtreten, noch die National-Versammlung auflösen oder vertagen, noch in irgend einer Weise die Wirksamkeit der Verfassung und der Gesetze unterbrechen.

Art. 52. Er legt jedes Jahr der National-Versammlung eine Auseinandersetzung des allgemeinen Standes der Angelegenheiten der Republik durch eine Botschaft vor.

Art. 53. Er unterhandelt und vollzieht die Staats-Verträge. Kein Staats-Vertrag ist gültig, bis er von der National-Versammlung genehmigt worden ist.

Art. 54. Er wacht über die Vertheidigung des Staates, kann aber ohne die Bewilligung der National-Versammlung keinen Krieg unternehmen.

Art. 55. Er hat das Recht der Begnadigung, aber er kann dieses Recht nicht ausüben, ohne vorher die Meinung des Staats-Rathes eingeholt zu haben. Allgemeine Amnestieen können nur durch ein Gesetz gewährt werden. Der Präsident der Republik, die Minister, so wie alle anderen von dem hohen Staatsgerichtshofe verurtheilten Personen, können nur durch die National-Versammlung begnadigt werden.

Art. 56. Der Präsident der Republik verkündigt die Gesetze im Namen des französischen Volkes.

Art. 57. Die dringlichen Gesetze werden in einer Frist

von drei Tagen und die anderen Gesetze in einer Frist von einem Monate nach dem Tage, wo sie von der National-Versammlung angenommen sind, verkündigt.

Art. 58. In der für die Verkündigung festgesetzten Frist kann der Präsident durch eine begründete Botschaft eine neue Berathung verlangen. Die Versammlung erwägt, und ihre nunmehrige Beschlußnahme ist entscheidend; sie wird dem Präsidenten der Republik zugestellt. In diesem Falle findet die Verkündigung in der für dringliche Gesetze bestimmten Frist statt.

Art. 59. In Ermangelung der Verkündigung durch den Präsidenten der Republik in den durch die vorhergehenden Artikel festgesetzten Fristen, hat der Präsident der National-Versammlung dafür zu sorgen.

Art. 60. Die Gesandten und Botschafter der fremden Mächte werden bei dem Präsidenten der Republik beglaubigt.

Art. 61. Er führt bei National-Festen den Vorsitz.

Art. 62. Er wohnt auf Kosten der Republik und erhält eine Besoldung von sechsmalhunderttausend Franken jährlich.

Art. 63. Er residirt an dem Orte, wo die National-Versammlung sich befindet, und kann das Festland der Republik nicht verlassen, ohne durch ein Gesetz dazu ermächtigt zu sein.

Art. 64. Der Präsident der Republik ernennt und entläßt die Minister. Er ernennt und entläßt im Ministerrathe die diplomatischen Agenten, die Ober-Befehlshaber der Land- und Seemacht, die Präfekten, den Ober-Befehlshaber der Nationalgarden des Seine-Departements, die Statthalter Algeriens und der Kolonieen, die General-Prokuratoren und anderen Beamten höheren Ranges. Er ernennt und entläßt auf den Vorschlag des betreffenden Ministers unter den durch das Gesetz geregelten Bedingungen die unteren Staatsbeamten.

Art. 65. Er hat das Recht, die durch die Bürger erwählten Beamten der vollziehenden Gewalt für eine Zeit, welche drei Monate nicht übersteigen darf, ihrer Amtsverrichtungen zu entheben. Er kann sie nur mit Zustimmung des Staatsraths absetzen. Das Gesetz bestimmt die Fälle, wo die abgesetzten Beamten zu denselben Aemtern nicht wieder wähl-

bar erklärt werden können. Diese Nichtwählbarkeit kann nur durch einen Urtheilsspruch verhängt werden.

Art. 66. Die Zahl und Befugnisse der Minister werden durch die gesetzgebende Gewalt festgestellt.

Art. 67. Die Verfügungen des Präsidenten der Republik, mit Ausnahme derjenigen, durch welche er die Minister ernennt oder entläßt, haben nur Kraft, wenn sie von einem Minister gegengezeichnet sind.

Art. 68. Der Präsident der Republik, die Minister, die Agenten und Bewahrer der öffentlichen Macht sind, Jeder, insoweit es ihn betrifft, für alle Handlungen der Regierung und der Verwaltung verantwortlich. Jede Maßregel, durch welche der Präsident der Republik die National-Versammlung auflöst, vertagt oder ihr in Ausübung ihres Berufes hinderlich wird, ist ein Verbrechen des Hochverrathes. Durch diese bloße Thatsache ist der Präsident seines Amtes verlustig; die Bürger sind gehalten, ihm den Gehorsam zu verweigern; die vollziehende Gewalt geht von Rechts wegen auf die National-Versammlung über; die Richter des hohen Staatsgerichtshofes treten, unter Strafe der Pflichtverletzung, sofort zusammen; sie berufen die Geschworenen an den von ihnen zu bezeichnenden Ort, um zur Aburtheilung des Präsidenten und seiner Mitschuldigen zu schreiten; sie ernennen selbst die Gerichtspersonen, welche das Staatsanwalts-Amt vertreten sollen. Ein Gesetz wird die anderen Fälle der Verantwortlichkeit und die Formen und Bedingungen der Verfolgung bestimmen.

Art. 69. Die Minister haben Zutritt in der National-Versammlung; sie werden gehört, so oft sie es verlangen, und können sich von Bevollmächtigten, die durch einen Erlaß des Präsidenten der Republik ernannt werden, unterstützen lassen.

Art. 70. Es giebt einen Vice-Präsidenten der Republik, welcher von der National-Versammlung aus einer vom Präsidenten im ersten Monate nach seiner Wahl vorgelegten Liste von drei Kandidaten gewählt wird. Der Vice-Präsident leistet denselben Eid, wie der Präsident. Der Vice-Präsident kann nicht unter den Verwandten oder Verschwägerten des Präsidenten, bis zum sechsten Grade einschließlich, gewählt werden. Im Falle der Verhinderung des Präsidenten vertritt

der Vice-Präsident seine Stelle. Wenn die Präsidentschaft durch Tod oder Abdankung des Präsidenten oder auf andere Weise erledigt wird, so wird in Monatsfrist zu einer neuen Präsidentenwahl geschritten.

Abschnitt VI.

Vom Staatsrathe.

Art. 71. Es besteht ein Staatsrath, dessen Vorsitz der Vice-Präsident der Republik von Rechts wegen führt.

Art. 72. Die Mitglieder dieses Rathes werden auf sechs Jahre von der National-Versammlung ernannt. Sie werden in den zwei ersten Monaten jeder Legislatur mittelst geheimer Abstimmung und absoluter Majorität zur Hälfte erneuert. Sie sind stets wieder wählbar.

Art. 73. Diejenigen Mitglieder des Staatsrathes, welche aus der Mitte der National-Versammlung genommen werden, sind sofort als Volksvertreter zu ersetzen.

Art. 74. Die Mitglieder des Staatsrathes können nur durch die National-Versammlung und auf den Vorschlag des Präsidenten der Republik entlassen werden.

Art. 75. Der Staatsrath wird gehört über die Gesetz-Entwürfe der Regierung, welche nach dem Gesetze seiner vorläufigen Prüfung unterworfen werden müssen, und über die Entwürfe der parlamentarischen Initiative, die ihm von der National-Versammlung zugewiesen werden. Er bereitet die Verordnungen über die öffentliche Verwaltung vor und erläßt diejenigen dieser Verordnungen selbstständig, bezüglich deren die National-Versammlung ihm besondere Vollmacht ertheilt hat. Er übt den öffentlichen Verwaltungen gegenüber jedes Recht der Aufsicht und Ueberwachung aus, welches ihm durch das Gesetz übertragen wird. Das Gesetz wird seine sonstigen Befugnisse regeln.

Abschnitt VII.

Von der inneren Verwaltung.

Art. 76. Die Eintheilung des Landes in Departements, Arondissements, Kantons und Gemeinden wird beibehalten. Die gegenwärtige Begränzung derselben kann nur durch das Gesetz geändert werden.

Art. 77. Es giebt 1) in jedem Departement eine Verwaltung, bestehend aus einem Präfekten, einem General-Conseil und einem Präfektur-Conseil; 2) in jedem Arrondissement einen Unterpräfekten; 3) in jedem Kanton ein Kantonal-Conseil; doch wird nur ein einziges Kantonal-Conseil eingerichtet in den Städten, die in mehrere Kantons getheilt sind; 4) in jeder Gemeinde eine Verwaltung, die aus einem Maire, Beigeordneten und einem Gemeinrathe besteht.

Art. 78. Ein Gesetz wird die Zusammensetzung und Befugnisse der General-Conseils, der Kantonal-Conseils, der Gemeinderäthe und die Art der Ernennung der Maires und Beigeordneten bestimmen.

Art. 79. Die General-Conseils und Gemeinderäthe werden durch unmittelbare Wahl aller in dem Departement oder der Gemeinde wohnenden Bürger ernannt. Jeder Kanton wählt ein Mitglied des General-Conseils. Ein besonderes Gesetz wird die Art der Wahl in dem Seine-Departement, in der Stadt Paris und in den Städten von mehr als 20,000 Einwohnern festsetzen.

Art. 80. Die General-Conseils, Kantonal-Conseils und Gemeinde-Räthe können durch den Präsidenten der Republik unter Zustimmung des Staatsrathes aufgelöst werden. Das Gesetz wird die Frist bestimmen, binnen welcher zu einer neuen Wahl zu schreiten ist.

Abschnitt VIII.

Von der richterlichen Gewalt.

Art. 81. Es wird unentgeltlich im Namen des französischen Volkes Recht gesprochen. Die Verhandlungen sind öffentlich, wofern die Oeffentlichkeit nicht der Ordnung oder den Sitten gefährlich ist; in diesem Falle erklärt das Gericht dies durch ein Urtheil.

Art. 82. Das Schwurgericht wird in Kriminalfällen beibehalten.

Art. 83. Das Erkenntniß über alle politische Vergehen, so wie über alle durch die Presse begangenen Vergehen, steht ausschließlich dem Schwurgerichte zu. Die organischen Gesetze werden seine Zuständigkeit in Injurien- und Verleumdungssachen gegen Privatpersonen bestimmen.

Art. 84. Das Schwurgericht entscheidet allein über den wegen Handlungen oder Vergehen der Presse begehrten Schadenersatz.

Art. 85. Die Friedensrichter und ihre Stellvertreter, die Richter erster Instanz und die der Appellations-Instanz, die Mitglieder des Cassationshofes und des Rechnungshofes werden durch den Präsidenten der Republik ernannt nach einer Kandidatur-Ordnung oder nach den Bedingungen, welche durch die organischen Gesetze bestimmt werden.

Art. 86. Die Beamten des öffentlichen Ministeriums werden durch den Präsidenten der Republik ernannt.

Art. 87. Die Richter erster und zweiter Instanz, die der Appellations-Instanz, die Mitglieder des Cassationshofes und des Rechnungshofes werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch ein Urtheil abgesetzt oder suspendirt und nur unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden.

Art. 88. Die Kriegsgerichte und Revisions-Conseils der Land- und Seemacht, die Seegerichte, die Handelsgerichte, die Sachverständigen und andere besondere Gerichte behalten ihre bisherige Einrichtung und Befugnisse, bis solche durch ein Gesetz geändert werden.

Art. 89. Kompetenzkonflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden werden durch ein besonderes Gericht aus Mitgliedern des Cassationshofes und des Staatsrathes, welche alle drei Jahre in gleicher Zahl von diesen beiden Körperschaften bezeichnet werden, geschlichtet. Bei diesem Gerichte wird der Justizminister den Vorsitz führen.

Art. 90. Die Berufungen wegen Inkompetenz und Ueberschreitung der Befugniß gegen die Urtheile des Rechnungshofes gehören unter den Gerichtsstand der Konflikte.

Art. 91. Ein hoher Staatsgerichtshof entscheidet, ohne Appellation und Cassationsberufung, die von der National-Versammlung gegen den Präsidenten der Republik oder die Minister gerichteten Anklagen. Er entscheidet gleichermaßen über alle wegen Verbrechen, Attentaten oder Verschwörungen gegen die innere oder äußere Sicherheit des Staates beschuldigten Personen, welche die National-Versammlung vor ihn verweist. Den Fall des Art. 68 ausgenommen, kann er nur einschreiten auf Grund eines Beschlusses der National-Versammlung, welcher die Stadt bezeichnet, wo der Gerichtshof seine Sitznngen zu halten hat.

Art. 92. Der hohe Staatsgerichtshof besteht aus fünf Richtern und sechsunddreißig Geschworenen. Jedes Jahr in den ersten vierzehn Tagen des Monats November ernennt der Cassationshof aus seiner Mitte, in geheimer Abstimmung und mit absoluter Stimmenmehrheit, die Richter des hohen Staatsgerichtshofes, fünf an der Zahl, und zwei Stellvertreter. Die fünf wirklich Sitzung haltenden Richter wählen ihren Präsidenten. Die Beamten, welche das Amt des öffentlichen Ministeriums versehen, werden durch den Präsidenten der Republik bezeichnet, und, im Falle der Anklage gegen diesen oder die Minister, durch die National-Versammlung. Die Geschworenen, sechsunddreißig an der Zahl, nebst vier zur Ergänzung, werden aus den Mitgliedern der General-Conseils der Departements genommen. Volksvertreter können nicht darunter sein.

Art. 93. Wenn ein Beschluß der National-Versammlung den Zusammentritt des hohen Staats-Gerichtshofes angeordnet hat, und in dem Falle des Art. 68 auf die Aufforderung des Präsidenten oder eines der Richter, zieht der

Präsident des Appellations-Gerichtshofes, und, wo kein solcher besteht, der Präsident des Gerichts erster Instanz des Hauptgerichtsorts des Departements, in öffentlicher Sitzung den Namen eines Mitgliedes des General-Conseils durch das Loos.

Art. 94. An dem für den Urtheilsspruch festgesetzten Tage wird, wenn weniger als sechszig Geschworene anwesend sind, diese Zahl durch Ergänzungs-Geschworene vollzählig gemacht, welche der Präsident des hohen Staats-Gerichtshofes unter den Mitgliedern des General-Conseils desjenigen Departements, wo der Hof Sitzung hält, durch das Loos bestimmt.

Art. 95. Die Geschworenen, welche keine gültige Entschuldigung vorbringen, werden in eine Geldbuße von 1000 bis 10,000 Fr. und zum Verluste ihrer politischen Rechte während höchstens fünf Jahr verurtheilt.

Art. 96. Der Angeklagte und das öffentliche Ministerium üben jeder das Recusationsrecht wie beim gewöhnlichen Gerichtsverfahren aus.

Art. 97. Die Erklärung der Geschworenen, daß der Angeklagte schuldig ist, kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gegeben werden.

Art. 98. In allen Fällen, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister, kann die National-Versammlung nach den Umständen den beschuldigten Minister, was die bürgerliche Genugthuung angeht, vor den hohen Staatsgerichtshof oder vor die gewöhnlichen Gerichte verweisen.

Art. 99. Die National-Versammlung und der Präsident der Republik können in allen Fällen die Untersuchung der Handlungen jedes anderen Beamten, als des Präsidenten der Republik, dem Staatsrathe übertragen, dessen Bericht dann veröffentlicht wird.

Art. 100. Der Präsident der Republik hat nur vor dem hohen Staatsgerichtshofe seinen Gerichtsstand; mit Ausnahme des im Art. 68 vorgesehenen Falles kann er nur auf eine Anklage von Seiten der National-Versammlung wegen der im Gesetze bestimmten Verbrechen und Vergehen verfolgt werden.

Abschnitt IX.

Von der öffentlichen Macht.

Art. 101. Die öffentliche Macht ist bestimmt, den Staat gegen äußere Feinde zu vertheidigen und im Innern die Aufrechthaltung der Ordnung und die Ausführung der Gesetze zu sichern. Sie besteht aus der National-Garde und dem Land- und See-Heere.

Art. 102. Jeder Franzose ist unter den im Gesetze bestimmten Ausnahmen den Dienst im Heere und in der National-Garde zu leisten schuldig. Die jedem Bürger zustehende Befugniß, sich vom persönlichen Kriegsdienste zu befreien, wird durch das Rekrutirungs-Gesetz geregelt.

Art. 103. Die Einrichtung der National-Garde und des Heeres werden durch das Gesetz festgestellt.

Art. 104. Die öffentliche Macht ist wesentlich gehorchend. Kein bewaffnetes Corps kann berathen.

Art. 105. Wenn die öffentliche Macht zur Erhaltung der Ordnung im Innern verwendet wird, handelt sie nur nach Aufforderung der gesetzlichen Behörden, gemäß den von der gesetzgebenden Gewalt bestimmten Regeln.

Art. 106. Ein Gesetz wird die Fälle bestimmen, wo der Belagerungszustand ausgesprochen werden kann, und die Formen und Wirkungen dieser Maßregel feststellen.

Art. 107. Keine fremden Truppen können ohne vorläufige Einwilligung der National-Versammlung den französischen Boden betreten.

Abschnitt X.

Besondere Bestimmungen.

Art. 108. Die Ehrenlegion wird beibehalten; ihre Statuten sollen revidirt und mit der Verfassung in Einklang gebracht werden.

Art. 109. Das Gebiet Algeriens und der Colonieen

wird als französisches Gebiet erklärt, und es wird dasselbe durch eigene Gesetze verwaltet, bis ein besonderes Gesetz sie unter die gegenwärtige Verfassung stellt.

Art. 110. Die National-Versammlung vertraut die Bewahrung der gegenwärtigen Verfassung und der durch sie geheiligten Rechte der Obhut und Vaterlandsliebe aller Franzosen an.

Abschnitt XI.

Von der Revision der Verfassung.

Art. 111. Wenn im letzten Jahre einer Legislatur die National-Versammlung den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Verfassung im Ganzen oder theilweise abgeändert werden möge, so wird auf folgende Weise zu dieser Revision geschritten. Der von der National-Versammlung ausgedrückte Wunsch wird erst in einen feststehenden Beschluß verwandelt durch drei nach einander in Zwischenräumen von je einem Monat gehaltene Berathungen und durch Dreiviertel der abgegebenen Stimmen. Die Anzahl der Stimmenden muß wenigstens Fünfhundert sein. Die Revisions-Versammlung wird nur auf drei Monate ernannt. Sie darf sich nur mit der Revision, wozu sie berufen worden ist, beschäftigen. Nichtsdestoweniger kann sie in dringenden Fällen für das in der Gesetzgebung Nothwendige Sorge tragen.

Druck von C. Lindow in Berlin, Neue Schönhauser Str. Nr. 12.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google